

Geschichte
der
Revolutionszeit
von
Heinrich von Sybel.
1. Band





Geschichte

der

Revolutionszeit

1789–1800

von

Heinrich von Sybel.

Wohlfeile Ausgabe.

Erster Band.



Stuttgart 1897.
Verlag der J. G. Cotta'schen Buchhandlung
Nachfolger.



Druck der Union Deutsche Verlagsgesellschaft in Stuttgart.

Vorbemerkung.

In Ausführung eines noch von Heinrich von Sybel geförderten Planes sind wir durch dessen Söhne in den Stand gesetzt worden, dem deutschen Volke eine gediegene Ausgabe der „Geschichte der Revolutionszeit“ zu einem Preise zu bieten, der geeignet ist, das Buch auch in weiteren Kreisen zu verbreiten.

Die neue Ausgabe bringt das klassische Werk unverändert in der Gestalt, die es in der letzten vom Verfasser bearbeiteten (vierten bezw. zweiten) Auflage der alten Ausgabe erhalten hat. Nur empfahl sich der größeren Handlichkeit halber die Einteilung in zehn anstatt der früheren in fünf Bände. Auch wurde die Zählung der Bücher, die in der alten Ausgabe mit dem vierten Bande von neuem begann, fortlaufend durchgeführt.

Möge sich denn das Buch in dem neuen Gewande allerorten neue Freunde erwerben!

Stuttgart, 1897.

J. G. Cotta'sche Buchhandlung
Nachfolger.



Vorrede.

Als ich im Jahre 1853 die Veröffentlichung dieses Buches begann, lagen die authentischen Quellen für die europäische Geschichte der Revolutionszeit, die Urkunden der auswärtigen Angelegenheiten der Großmächte, noch unter sieben Siegeln. Die Pseudo-Hardenbergschen Mémoires tirés des papiers d'un homme d'état, ein überall unzuverlässiges Machwerk der Emigrantenlitteratur, hatten bis dahin die Grundlage für alle Darstellungen der europäischen Politik in jener Epoche gebildet. Auch mir blieb anfangs der Zutritt zu jenen entscheidenden Dokumenten versagt: ich mußte mich zunächst mit den Akten des preußischen Generalstabs und des Pariser dépôt de la guerre, mit den bis dahin nie benutzten Akten des großen Wohlfahrtsausschusses im französischen Reichsarchiv, sowie mit der Korrespondenz der holländischen Diplomaten begnügen. Nur Schritt auf Schritt gelang es mir späterhin, Eingang in die Archive der auswärtigen Angelegenheiten zu Berlin und London und endlich im Laufe der letzten zehn Jahre auch in Wien und Paris zu erhalten. So ergab sich aus dem nur allmählich zuwachsenden Material für jede meiner folgenden Auflagen die Notwendigkeit einer teilweisen Revision, und

auch die vorliegende vierte unterscheidet sich, vornehmlich nach der Benutzung der österreichischen, sowie mehrerer bisher unzugänglicher preußischer Akten, sehr erheblich von ihren Vorgängerinnen. Schon in dem ersten Bande erscheinen wichtige Abschnitte (Reichenbach, Annäherung zwischen Oesterreich und Preußen, Ursprung des Revolutionskrieges, deutsche Rüstungen) in völlig neuer Gestalt. Im zweiten Bande haben die Kapitel über die Teilung Polens, den österreichischen Ministerwechsel und die Katastrophe der Koalition, im dritten die Abschnitte über die Räumung Belgiens, den Rücktritt Preußens vom französischen Kriege und Oesterreichs Politik im Jahre 1795 eine durchgreifende Umarbeitung erfahren. Auch die Litteratur der letzten Jahrzehnte ist nach Kräften berücksichtigt und nach ihren Ergänzungen oder Einwürfen der Text des Buches einer genauen Prüfung unterzogen worden. Obwohl nun hiernach die Darstellung der einzelnen Thatsachen eine Menge von Korrekturen, Beschränkungen und Zusätzen erhalten hat, scheint mir die vor zwanzig Jahren gewonnene Gesamtauffassung sowohl der Revolution als der europäischen und insbesondere der österreichischen Politik jener Zeit durch die Eröffnung der neuen Quellen nur bestätigt worden zu sein. Das letztere, das Urteil über Oesterreichs Verhalten, meine ich hier im negativen wie im positiven Sinne; ich halte es auch heute, nach der urkundlichen Offenlegung aller Thatsachen, für zweifellos, daß Oesterreich nicht die mindeste Schuld an dem Ausbruche des Revolutionskrieges, wohl aber die bedeutendste an dem unglücklichen Verlaufe desselben trifft.

Diese Ansicht kann ich auch gegenüber den neuesten

Werken eines Mannes nicht aufgeben, auf welchen als Lehrer und Meister zu hören, mir seit vierzig Jahren Gewohnheit und Freude ist, ich meine Rankes „Ursprung und Beginn der Revolutionskriege“ und „die Denkwürdigkeiten Hardenbergs, Band I“. In der Vorrede zu dem ersteren bezeichnet der Verfasser, mit bestimmtem Hinblick auf die früheren Darsteller, sein Streben dahin, „die Studien über den Gegensatz der Parteien hinaus zu erheben und eine allgemein gültige Anschauung vorzubereiten“. Gewiß kein anderer unter den Lebenden hätte bessern Titel als er, einen so hervorragenden Standpunkt zu beanspruchen. Eben deshalb aber, da mein Buch in den wichtigsten Punkten zu ganz anderen Ergebnissen kommt, kann ich nicht umhin, den Grund unserer Differenzen, mit einigen Worten wenigstens, anzudeuten. Was den Ursprung des Revolutionskrieges betrifft, so trennt uns nicht so sehr eine verschiedene Angabe des Thatbestandes als eine abweichende Beurteilung der Vorgänge. Ranke sieht in den Girondisten die Träger der revolutionären, in dem Wiener Hofe den Vertreter der konservativen Idee; der Konflikt erfolgt wie ein Zusammenstoß zweier feindlicher Welten, in den auf jeder Seite jeder einzelne ohne eigene Verschuldung, in gutem Glauben, aber mit unwiderstehlicher Gewalt hineingerissen wird. Das eine, sagt er an einer zusammenfassenden Stelle, rief das andere gleichsam mit Notwendigkeit hervor; so war einmal das Schicksal. Meinerseits sehe ich die Ideen nicht außerhalb des Menschen, als dämonische Kräfte, die ihn wider seinen Willen fortstoßen; ich sehe in aller Geschichte die Menschen, die sich das Gedankenbild erschaffen, danach handeln und dafür einzustehen haben.

Andere Divergenzen treten bei der Darstellung der Ereignisse von 1793 und den folgenden Jahren hervor. Hier hat Ranke zur Vergegenwärtigung der österreichischen Politik sich durchgängig mit Vivenots für diese Jahre sehr fragmentarischen Publikationen und den Berliner Korrespondenzen begnügt, während mir außerdem die vollständigen Akten der österreichischen Botschaft in Petersburg, sowie jene der englischen Gesandtschaft in Wien, sodann ein großer Teil der österreichischen Depeschen aus London und der Thugutschen Korrespondenz mit Rastatt vorgelegen haben. Es konnte nicht fehlen, daß bei diesem erweiterten, gerade die entscheidenden Punkte scharf erhellenden Material die Bestrebungen Oesterreichs sich vielfach in einem andern Lichte darstellten. Wie ich hoffe, ist hier so viel authentische Kunde gewonnen, daß das daraus erwachsende Bild als gesichert gelten kann. Nichts wäre übrigens zur Ergänzung desselben mehr zu wünschen, als daß das Wiener Archiv möglichst bald einen tüchtigen Fortsetzer des durch Vivenots frühzeitigen Tod unterbrochenen Urkundenwerkes finden möchte. Die bisher erschienenen Bände, obgleich in etwas hastiger Weise zusammengestellt, lassen deutlich erkennen, welche Fülle des lehrreichsten Materials dort noch angehäuft liegen muß.

Berlin, im Sommer 1877.

Heinrich von Sybel.

Inhalt.

Erstes Buch.

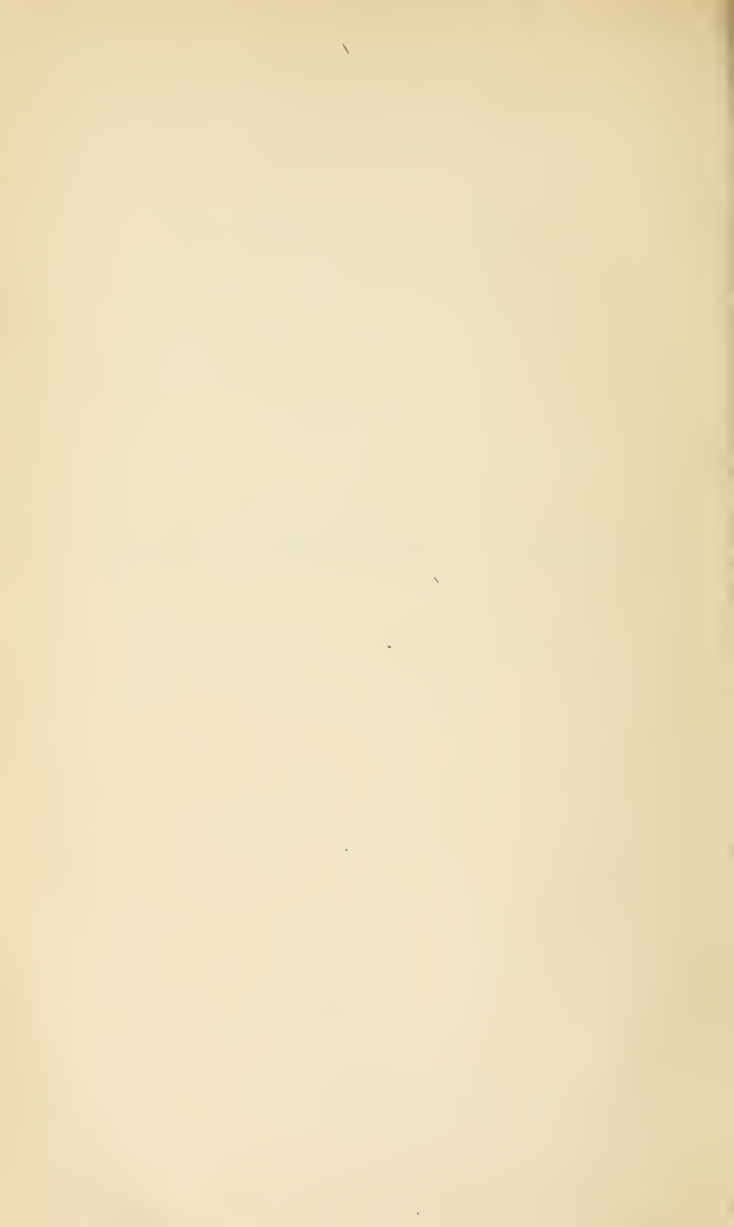
Ausbruch der französischen Revolution.

Zweites Buch.

Erste Einwirkung der Revolution auf Europa.

Erstes Buch.

Ausbruch der französischen Revolution.



Erstes Kapitel.

Frankreich vor der Revolution.

Frankreich gab im vorigen Jahrhundert das Bild eines Staates, der auf seiner Oberfläche moderne Farben angenommen, in Grundlagen aber und Inhalt tausend feudale Bestandteile bewahrt hatte.

Im früheren Mittelalter fand man dort wie überall das Gemeinwesen der Gutsherren und Ritterbürtigen, der Prälaten und Korporationen; über den geschlossenen Standesvorrechten erhob sich ein schwaches Königtum und eine weltbeherrschende Kirche; die materiellen Verhältnisse waren durch das Monopol der zunftmäßigen Arbeit und des unbeweglichen Eigentums gebunden. Obwohl adlige Vorrechte den ganzen Boden bedeckten, gab es doch keine aristokratische Staatsverfassung, sondern nur Zersplitterung der politischen Gewalt und Ausdehnung der Privilegien, sowohl auf Kosten der Staatseinheit als des Gesamtwohls. Die Provinzen bildeten wie die deutschen Territorien beinahe unabhängige Staaten, deren Herzöge und Grafen daheim regierten, wie sie wollten oder konnten, dem Könige aber nach ihren Lehnbriefen oder den Zeitverhältnissen ihre Reisigen zuführten oder auch entgegensetzten. Mit ihren eigenen Vasallen standen sie ungefähr auf demselben Fuße wie der König mit ihnen: der einzelne Edelmann war im Grunde der Herr und Fürst seiner

Bauern und dafür seinem Lehnsherrn nur zu geringen und fest bestimmten Leistungen verpflichtet.

Sehr langsam hob sich unter dieser Masse streitbarer Dynasten die königliche Macht empor. Noch im Mittelalter gelang es ihr, durch schmiegsames Bündnis mit der Kirche und den Stadtgemeinden die großen Reichsbarone, die Beherrscher ganzer Provinzen, zu beseitigen und deren Gewalt mit der Krone zu vereinen. Dann gaben die englischen Kriege und die inneren damit verbundenen Wirren Karl VII. den Anlaß, die Zustimmung seiner Stände zu dem ersten stehenden Heere in Europa und, was dafür unumgänglich war, zu einer festen und bleibenden Steuer, welche von königlichen Beamten überall zu erheben wäre, zu gewinnen. Es machte den König unabhängig von der Lehnsbewaffnung des Adels; es eröffnete zugleich der Verwaltung des Königs den Zugang in die adligen Herrschaften wieder. Dabei kam diese wichtigste Grundlage der absoluten Monarchie in Frankreich zu stande unter dem Jubel der Bürger und Bauern, die hier endlich Schutz gegen adlige Wegelagerer, fahrende Söldnerbanden und englische Kriegsbeschwerden zu finden hofften. Seitdem stand die Monarchie in Frankreich auf eigenen Füßen, für sich allein stark genug, um den Ständen des feudalen Staates das Gleichgewicht zu halten. Aus diesem aber trat sie bald in eine unzweifelhafte Ueberlegenheit hinüber. Denn indem Franz I. sich von dem Papsttum einen durchgreifenden Einfluß auf die Besetzung der kirchlichen Aemter errang, brachte er den wichtigsten der alten Stände, den Klerus, in entschiedene Abhängigkeit von dem Throne. Er schmückte zu gleicher Zeit seinen Hof mit allem Prunke der burgundischen Etikette und den besten Erzeugnissen der italienischen Bildung; er erfüllte endlich die ganze Nation mit lebhaftem Schwunge für die gewaltigen Kämpfe gegen Kaiser Karl V. Mit beiden Antrieben lockte er vor allem die Edelleute immer unwiderstehlicher aus der einsamen Selbständigkeit ihrer Burgen in den glänzenden Dienst seines Palastes und seines Heeres. Die Einkünfte stiegen unter ihm und seinen Nachfolgern durch eine stets

wachsende Zahl indirekter Abgaben: auf diese gestützt, konnte man die Zahl der Truppen beständig vermehren, und nachdem einmal die Krisis der Religionskriege überwunden war, gab es keine Genossenschaft in Frankreich mehr, stark genug, um der materiellen Gewalt des Königtums die Wage zu halten. Zuweilen erinnerte sich der Adel wohl noch an die alte Unabhängigkeit, wenn eine Spaltung in der königlichen Familie oder zwischen den Faktionen des königlichen Hofes ihm Anlaß zu freierer Bewegung gab: es ist aber bekannt, wie Richelieu und Mazarin die letzten Regungen dieses bewaffneten Mißvergnügens zu Paaren trieben und darauf Ludwig XIV. die Regierung übernahm, er sowohl als die Welt davon überzeugt, daß es keine Schranke seines Rechtes als seinen Willen gebe.

Es ist in der That nicht wohl möglich, ein höheres Bewußtsein von seiner Stellung zu haben, als es diesem Fürsten innewohnte. Aus der gesetzlich bestehenden Verfassung konnte er es nicht schöpfen: denn in dieser fand sich keine Abschaffung der alten Adelsrechte, der Befugnisse der Reichsstände, der Souveränität der hohen Gerichte. Er betrachtete aber die thatsächlichen Verhältnisse, nach welchen damals fast ein halbes Jahrhundert hindurch der König zu jedem Belieben auch die Kraft besessen hatte: er las, was im Neuen Testamente oder im byzantinischen Rechte von dem göttlichen Ursprunge und der schrankenlosen Allmacht der Monarchie gesagt war, und kam zu der Ueberzeugung, daß Gott, welcher Könige über die Menschen gesetzt, ihnen damit auch unbedingte Verfügung über die Unterthanen verliehen habe. Er betrachtete sich als die Quelle jedes Rechtes im Staate, welches von selbst zerfalle, sobald er ihm die Genehmigung des Fortbestehens entziehe. Er gab Gesetze, erhob Steuern und änderte urkundliches Recht nach seinem Belieben. Die Aeußerungen dieses Herrscherbewußtseins gingen zuweilen über alles Maß des europäischen Menschenverstandes hinaus. Einmal forderte er ein Gutachten, ob ihm nicht, wie mohammedanischen Herrschern des Orients, das Eigentum aller Aecker im Lande zustehe. Ein anderes

Mal bedrohte er die private Wohlthätigkeit mit Strafen, weil der König und sonst niemand der Hort und Schutz der armen Leute in Frankreich sei. Immer verstand es sich ihm von selbst, daß die Aufsicht über Gewissen und Religion zu den höchsten Rechten seiner Krone gehöre: man weiß, wie er die unglücklichen Hugenotten zu Tausenden gepeinigt oder über die Grenzen verjagt hat.

Ein, wie es scheint, so maßloser Despotismus war lange Jahre hindurch nichtsdestoweniger bei der Masse des französischen Volkes noch mehr verehrt als gefürchtet. Ludwig war ebenso thätig wie ehrgeizig, und sein Ehrgeiz selbst richtete sich nicht minder auf den Inhalt als den Glanz seines Berufes. Mitten in den Verschwendungen und Festlichkeiten seines Hofes, neben Jagd und Theater, unter Frauen- und Kunstgenuß fand er Zeit und Arbeitskraft, die großen Interessen seines Reiches im Auge zu behalten und das Wirken seiner Minister unaufhörlich mit seinen leitenden Gedanken zu durchdringen. Er hatte das Glück, für die innere Verwaltung Colberts eisernen, allseitigen, rastlosen Fleiß neben sich zur Hand zu finden: es ist wahr, er behandelte den großen Minister oft rauh wie einen Leibeigenen, immer aber unterstützte er ihn, fast ein Menschenalter hindurch, bei jedem schöpferischen Vorschlage, mit deren Reihe Colbert das moderne Frankreich gründete. Civil- und Finanzverwaltung, bürgerlicher und peinlicher Prozeß, Industrie und Handel empfingen neue Antriebe und fruchtbare Einrichtungen: die großen darauf bezüglichen Ordonnanzen sind nicht gerade tadellose Arbeiten, aber selbst ihre Mängel dürfen im siebzehnten Jahrhundert für Fortschritte gelten, und überall zeugen sie von unermeßlichem Studium, praktischer Einsicht und nationaler Gesinnung. Vollends aber wird die Höhe ihres Standpunktes einem jeden in das Auge fallen, der sich in die Aktenmasse der laufenden Verwaltung unter diesem Ministerium vertieft [1]). Die Ueberlegenheit ist gewaltig, mit der sich der moderne Staat, unentwickelt

[1]) Correspondance administr. de Louis XIV, ed. Depping.

und despotisch, wie er ist, über die Verwirrung und die Beschränktheit des verfallenden Feudalwesens emporhebt. Es ist unter Colbert, wie vor ihm unter Richelieu, stets dieselbe Grundrichtung, in welcher seit dem Ausgange des Mittelalters jeder Fortschritt der Monarchie sich vollzieht. Als die Territorien des alten Feudalstaats zu einem weiten politischen Gemeinwesen verschmolzen, forderte überall die Entwickelung der Gesellschaft und der Kultur eine entsprechende Fortbildung der politischen Einrichtungen. Diese entscheidende Aufgabe zu übernehmen, entschloß sich in Frankreich nicht der Adel, nicht der Klerus, sondern das Königtum. Während der Adel seine Reisigen zu inneren Fehden mißbrauchte, gründete die Krone das stehende Heer zum Schutze des Landes. Während der Adel die Polizei seiner Territorien gründlich vernachlässigte, sammelte die Krone die Scharen der Maréchaussée zum Schirme des inneren Verkehrs. Während der Adel an seine Privilegien und Befreiungen dachte, sorgte die Krone zum Besten aller für die Entwickelung des Staatshaushaltes. So ging es fort durch alle Zweige des öffentlichen Lebens, und eben dies Verhältnis ist es, welches in tausendfacher Anwendung die Maßregeln der Colbertschen Verwaltung charakterisiert. Handele es sich nun um die Anlage des großen Südkanals oder um die Schulden kleiner Stadtgemeinden, um die Sicherung der Landstraßen gegen vagabundierende Bettler oder um die Deckung des schuldlos Angeklagten gegen eine willkürliche Kriminaljustiz: durchgängig ist das Gefühl für das allgemeine Wohl, die Pflege des Landes und den Schutz der niederen Klassen auf der Seite des Ministers, und die unverdeckte Selbstsucht der Familie, des Standes oder der Gemeinde auf der Seite der Beteiligten. So hart die Regierung gegen zahllose Privatrechte verfuhr, so kann man doch nicht bezweifeln, daß in den meisten Fällen ihre organisatorische Wirksamkeit höchst wohlthätig auftrat. Erwägt man dabei, daß sie Frankreich zu gleicher Zeit eine beinahe herrschende Stellung in Europa erkämpfte und dem kriegerischen Stolze des Volks die vollste Befriedigung verschaffte,

so wird die lange Popularität Ludwigs XIV. nicht mehr befremdend erscheinen.

Immer aber würde man irren, wenn man diese Regierung im vollen Sinne des Wortes für eine unumschränkte hielte. So stark sie war, so war sie doch auf allen Seiten von selbständigen Gewalten, von Rechten und Freiheiten, von Privilegien und Sonderstellungen umgeben. Das Königtum, welches nur sehr allmählich seinen Gipfel über die verschiedenen Schichten der Feudalstände emporgehoben hatte, fand überall noch die Reste derselben, oft in schweren und großen Massen, auf seinen Bahnen. Es war keine Rede von den Gesichtspunkten der rationellen Zweckmäßigkeit, welche in den heutigen Staaten alle Teile des öffentlichen Wesens nach durchgreifendem Plane gleichartig und zusammenhängend gestaltet. Es fehlte durchgängig an einer systematischen und formell erkennbaren Abgrenzung der Rechte, die sich immer erst nachträglich als thatsächliches Ergebnis herausstellte, wenn im einzelnen Fall Regierung und Stände ihre Kräfte gemessen hatten. Obgleich der König das unbedingte Recht der Steuererhebung behauptete und in den älteren Kronlanden beliebig ausübte, wachten die später erworbenen Grenzprovinzen mit reger Eifersucht über ihren Kapitulationen und Privilegien und erhielten damit eine starke Bevorzugung bei dem Aufbringen der Staatslasten. Wenn der König auf den Gebieten der Polizei, der Finanzen und der inneren Verwaltung die Verleihung der Staatsämter nach freiem Willen ausübte, so galt doch in der Kirche, im Heere und am Hofe die Alleinberechtigung des Adels zum Besitze der höheren Stellen als eine bindende Regel, die nur in äußerst seltenen Fällen durchbrochen wurde. Während die Regierung in den meisten Landesteilen die Verwaltung unbedingt nach ihrem Gutdünken leitete, hatten sich doch in einzelnen Teilen des Reiches immer noch Provinzialstände mit starken Befugnissen und großem Ansehen erhalten: in Languedoc, Bourgogne, Bretagne, Artois, Bearn und einer Anzahl kleinerer Bezirke. Es waren jährliche Versammlungen von Bischöfen, Edelleuten und städtischen Magi-

straten: sie hatten jede neue Steuer zu genehmigen und in jedem Jahre dem Könige ein freies Geschenk zu bewilligen, sie bewirkten die Umlage aller Abgaben auf die Einwohner ihrer Provinz; sie behielten davon einen ansehnlichen Teil in ihrer Kasse und verwalteten aus diesen Mitteln die Straßen und Kanäle, Marställe und Hospitäler des Landes. Ihre Befugnis, jene Gelder zu genehmigen oder zu verweigern, war nach dem Gesetze völlig unbeschränkt; sie prüften wohl, ehe sie die neue Bewilligung aussprachen, ob die Regierung die Verheißungen des letzten Jahres erfüllt habe. Allerdings behauptete gegenüber ihren Abstimmungen der König seinerseits einen ebenso unbeschränkten Anspruch auf den Gehorsam aller seiner Unterthanen und setzte denselben dann auch in der Regel durch, wie es seiner äußeren Macht und in den meisten Fällen dem Bedürfnis der Gesamtheit entsprach.

Eine ungleich stärkere Selbständigkeit als die Provinzialstände hielt die große Körperschaft des Klerus der Allmacht des Staates entgegen. Der König besaß das Recht, die Bischöfe und eine Anzahl niederer kirchlicher Beamten zu ernennen; einmal aber angestellt, verwalteten diese die kirchlichen Dinge beinahe in völliger Unabhängigkeit von der königlichen Regierung, und wo etwa ein weltlicher Einfluß stattfand, bei Berufungen gegen den Mißbrauch geistlicher Gewalt, bei der Anlage neuer Stiftungen oder dem Erwerbe neuer Güter und Vermächtnisse, war es nicht der König allein, sondern mit ihm auch die obersten Gerichtshöfe, die Parlamente, welche das entscheidende Wort sprachen. Auf die Masse des Volkes übte der Klerus einen höchst energischen Einfluß aus, so daß man z. B. die Verfolgung der Hugenotten in gleichem Maße als eine Wirkung des kirchlich angefeuerten Volkshasses wie der königlichen Unduldsamkeit betrachten kann. Das ganze achtzehnte Jahrhundert hindurch gab es vor den Augen des Gesetzes in Frankreich keine Befugnis, außerhalb der katholischen Kirche zu leben; die Ausschließung von allen politischen Rechten verstand sich für den Ketzer von selbst, und da die Pfarreien allein die Civilstandsbücher führten, so

fehlte es den Calvinisten an jedem Beweismittel sogar für eheliche Geburt und Erbberechtigung. Wie die Leitung der Gewissen lag auch das Unterrichtswesen auf allen seinen Stufen beinahe vollständig in der Hand der Kirche. Der größte Teil des Lehrerpersonals bestand aus Geistlichen oder wurde von geistlichen Behörden ernannt; neben ihnen gab es noch eine Anzahl Lehrerstellen, deren Inhaber von den städtischen Gemeinden oder den Provinzialständen berufen wurden. Die Krone aber hatte, abgesehen von fünf oder sechs Specialschulen, so gut wie keine Einwirkung auf die Bildung des heranwachsenden Geschlechts. Der Klerus erteilte den Unterricht ohne Forderung eines Schulgeldes; seine Schulanstalten waren demnach zahlreich besucht und ein gewisser Grad der klassischen Bildung bei den höheren Ständen weit verbreitet. Neben diesen Mitteln des geistigen Einflusses besaß endlich die Kirche das Gewicht einer kolossalen und trefflich verwalteten Gütermasse mit Herrschaftsrecht über viele tausend Bauern sowie einer Jahreseinnahme von etwa 130 Millionen Livres an Zehnten und verschiedenen Gebühren. Sie zahlte von diesem gewaltigen Reichtum dem Staate nicht mehr, als sie frei beliebte, und nachdem die Sitzungen der Reichsstände längst außer Gebrauch gekommen, dauerten die Versammlungen des Klerus in ungestörter Regelmäßigkeit beinahe frei von jeder königlichen Einwirkung fort.

Wie Kirche und Unterricht hatte im alten Frankreich auch die Rechtspflege eine eigentümliche und korporative Gestalt gewonnen. Auch hier war nicht an Einheit und Zweckdienlichkeit der Organisation zu denken: es war eine Mischung alter Ueberbleibsel und neuer Anfänge, die nebeneinander unter zahllosen Reibungen und Unannehmlichkeiten fortexistierten. Ueberall besaßen adlige Grundherren oder städtische Behörden eine niedere und zuweilen auch eine höhere Gerichtsbarkeit über ihre Lehngüter. Die Beaufsichtigung dieser grundherrlichen Richter sowie die Entscheidung aller wichtigeren Prozesse war den königlichen Amtsgerichten übertragen, unter denen wieder eine gewisse An-

zahl unter dem Titel Präsidialhöfe als Berufungsinstanz dienten. Die Kompetenz aller dieser Behörden war aber weder fest noch unabänderlich bestimmt; Geburts- und Amts- und Standesvorrechte griffen vielfach ein, und bei gleichem Prozeßverfahren im ganzen Reiche wurde die Sicherheit des Rechtes durch eine Masse verschiedener Provinzialgesetze, Gerichtsgewohnheiten und Polizeiregulative verringert. Die höchste Stufe in der richterlichen Amtshierarchie nahmen die Parlamente ein, zuerst neun, dann fünfzehn an der Zahl, das Pariser durch die Größe seines Bezirkes und das Ansehen seiner Magistratur vor den übrigen hervorragend, sie alle aber von dem Bewußtsein voller Souveränität erfüllt und im einzelnen weder untereinander, noch mit den untergeordneten Behörden, noch auch mit dem königlichen Rate über die Grenzen ihrer Befugnisse einig. Nach verschiedenen Richtungen griffen sie auf das tiefste sowohl in die Gesetzgebung als in die Verwaltung ein. Sie behaupteten den Anspruch, daß keine königliche Verordnung gesetzliche Kraft habe, bis sie in die Register des Parlamentes eingetragen sei, und daß sie gegen diese Eintragung aus Gründen des Rechtes und des Gemeinwohles Beschwerde erheben könnten. Sie erließen polizeiliche Verfügungen, Weisungen an die Sicherheitsbehörden, Urteile über ungesetzliche Maßregeln der Verwaltungsbeamten. Sie standen in offener Rivalität gegen die Kirche und hatten das Bewußtsein, die Selbständigkeit des Staates und des Bürgers vor den Uebergriffen der Hierarchie zu schützen. Nicht selten empfahlen sie sich durch diese Tendenz auch dem Königtum, während bei anderen Anlässen ihre starre Eigenwilligkeit der Regierung äußerst unbequem wurde. Der König erzwang dann wohl die Eintragung des zurückgewiesenen Gesetzes, verbot die Verfolgung der angeklagten Behörde, schickte die unfolgsamen Richter in das Exil. In den meisten Fällen mußten die Parlamente nachgeben, blieben aber um so fester auf dem Grundsatze ihres Rechtes bestehen und kamen bei jedem neuen Anlaß mit unerschütterlicher Zähigkeit darauf zurück.

Was nun das Verhältnis des Monarchen zu den Mitgliedern dieser Höfe betraf, so war entscheidend, daß die Aemter derselben, so weit sie nicht an einer Gutsherrschaft hafteten, zu erblichem Besitze verkauft waren, der König also nicht den mindesten Einfluß auf die Besetzung der Stellen besaß. War man bei Hofe der Meinung, daß ein Tribunal die Justiz mangelhaft verwalte, so hatte man kein anderes gesetzliches Mittel dagegen, als Kassation des Urteils wegen Formfehler, oder neue Auslegung des Gesetzes, oder, ein bedenklicher Rest des früheren Mittelalters, Ansichziehen des ganzen Prozesses. Von einer Aenderung des Personals durch Absetzung, Versetzung oder Beförderung war keine Rede. Dasselbe Schauspiel wiederholte sich dann in den übrigen Zweigen des öffentlichen Dienstes. Sehr wenige unter den französischen Königen waren ordentliche Haushalter gewesen, vielmehr hatten sich aus Nachlässigkeit, Ehrgeiz oder Genußsucht die meisten in steter Geldnot befunden: so war seit dem Ende des fünfzehnten Jahrhunderts der traurige Gebrauch aufgekommen, die Aemter zu verkaufen, ja seit Heinrich IV., sie zu erblichem Besitze zu veräußern. So ging aus dem Staatsdienst eine zahlreiche und selbständige Aristokratie hervor; um den Preis der Aemter zu steigern, verband die Regierung mit vielen derselben die Erhebung in den Adelstand, mit allen die Befreiung von den drückendsten Steuern. Die Zahl der so veräußerten und oft nur zur Veräußerung geschaffenen Aemter war ungeheuer. Richelieu, heißt es, schaffte 100 000 ab. Colbert berechnete, daß die Kaufsumme der zu seiner Zeit bestehenden 500 Millionen Livres betrug. Sie fanden sich in allen Gebieten des Staatsdienstes, bei Hof und im Heere, im Steuer- und im Forstwesen, in den Gemeinden und in den Zünften. Bei allen hatte der Staat für eine geringe Geldsumme das Recht aufgegeben, seine Organe zu lenken und zu beaufsichtigen.

Ludwig XIV. war aber nicht der Meinung, daß man mit einer solchen Staatsverfassung nicht regieren könne. Mochte sein Thron von noch so vielen selbständigen Rechten umgeben

sein, so fand er das Wesentliche darin, daß die Berechtigten seine Gebote im einzelnen befolgten. Es gab keine menschliche Leidenschaft, die er nicht zu diesem Zwecke in Bewegung gesetzt hätte. Hinreißend liebenswürdig in jüngeren, ehrfurchterweckend in älteren Jahren, war er unübertroffener Meister in der Kunst der persönlichen Beherrschung. Er benutzte die Eitelkeit des Adels, die Herrschsucht der Magistrate, die Glaubenshändel der Geistlichen, die Habsucht aller. Half weder Schmeichelei noch Intrigue oder Bestechung — obwohl dies alles in ausgearbeitetem Systeme und unendlichem Umfange gebraucht wurde — so nahm er nach dem Bewußtsein seines göttlichen Berufes keinen Anstand, zu den Mitteln der Furcht und der Gewalt zu greifen. Gegen widersetzliche Landschaften marschierten seine Regimenter, unbequeme Magistrate erlagen unter dem Drucke der Bequartierungen, willkürliche Verhaftungen ließen die lästigen Opponenten zu Hunderten verschwinden. Allmählich entwickelte sich aus unscheinbaren Anfängen eine das gesamte Reich umfassende königliche Verwaltung, welche, von Einem Mittelpunkt, dem Finanzminister, abhängig, ihren Einfluß Schritt auf Schritt in alle Lebenskreise der Nation vorschob. Seit Richelieu gab es in jeder Provinz einen königlichen, jederzeit absetzbaren Beamten, den Intendanten, welcher in jedem seiner Bezirke einen ebenso absetzbaren Beigeordneten (subdélégué) unter sich hatte. Er sollte zunächst die Finanzinteressen des Staates wahrnehmen, griff aber von diesem Punkte aus bald nach allen Seiten umher, unterwarf die Gemeinden einer strengen Aufsicht, drängte den Einfluß der adligen Grundherren in den Schatten und legte eine starke polizeiliche Gewalt über alle Teile seiner Provinz. Wie viele Privilegien, Korporationen und Exemtionen die neue Gewalt auch umringen mochten, die Monarchie hatte jetzt ein überall schlagfertiges Organ, eine jede derselben, wenn nicht zu beseitigen, aber doch unter ihren Willen zu beugen. Die Provinzialstände murrten zuweilen, aber bewilligten alles; die Magistrate widersprachen, aber fügten sich zuletzt in ihre Niederlage; der Adel hing mit Zittern an dem

Augenwinken des Herrschers, und der Klerus floß von Devotion und Begeisterung über. Ludwig fand sich lange Jahre hindurch auf einer die Welt überragenden Höhe, auf welcher nur selten ein ferner Ton der Klage oder des Widerspruchs sein königliches Ohr erreichte.

War aber ein bleibendes Gedeihen auf solchen Grundlagen zu erreichen?

Die Möglichkeit desselben wird sich nicht in Abrede stellen lassen. Die damalige Stärke des Königtums war an sich kein Schaden für das Land: im Gegenteil, sie vertrat mit Glanz und Erfolg die Einheit des Landes, die Macht des Staates, die Bedürfnisse des öffentlichen Wohles. Fragt man aber nach verfassungsmäßiger Freiheit, so boten damals noch die Korporationen, Stände und Parlamente eine Menge lebensfähiger Keime zur Ausbildung und Sicherung eines liberalen Rechtszustandes. Allerdings, die Aufgabe war schwierig genug. Wir bemerkten, wie in dem damaligen Frankreich weder Verwaltung noch Verfassung jemals mit systematischem Sinne geordnet worden waren: die einzelnen Einrichtungen bestanden nebeneinander, verwickelt und schwerfällig, hinderten oder unterstützten sich, wie der Zufall ihrer Entstehung sie gestellt hatte. Ohne Zweifel hätte es langwieriger Mühe bedurft, um sie so weit zu reformieren, als es zu einem fruchtbaren Gleichgewicht zwischen Macht und Freiheit, zwischen Centralregierung und Selbstverwaltung, zwischen Kronrecht und ständischem Rechte nötig gewesen wäre. Wie gesagt, unendlich schwierig war die Aufgabe, aber unmöglich war sie nicht. Einer größeren Fähigkeit, als die Machthaber des achtzehnten Jahrhunderts sie besaßen, hätte es zu ihrer Lösung nicht bedurft, wohl aber einer starken politischen Gesinnung, und diese ließ sich, leider von Geschlecht zu Geschlecht in wachsendem Maße, auf allen Seiten vermissen.

Wie unter Ludwig XIV. die Dinge lagen, wäre es nur der Krone möglich gewesen, den leitenden Antrieb zu jener Reform zu geben. Sie war durch kräftige Vertretung des Gemeinwohls zur Machtfülle emporgestiegen; wollte sie ihr

ferneres Gedeihen sichern, so mußte sie fortfahren, für das Gemeinwohl zu sorgen, auch auf Kosten ihrer Alleinherrschaft. Sie war stark geworden vermöge der beschränkten Selbstsucht der feudalen Stände; um dauernd zu bestehen, mußte sie diese Stände aus der egoistischen Unthätigkeit hervorreißen und zu gemeinnütziger Arbeit oder, was dasselbe ist, zu politischer Freiheit erziehen. Dadurch, und dadurch allein, wäre es möglich gewesen, den Staat, und mit ihm die Krone, auf der einzigen festen Grundlage, auf der thätigen Vaterlandsliebe aller Bürger, sicher zu stellen. Die tiefste Wunde des damaligen Frankreichs — wir werden sie sehr bald im einzelnen kennen lernen — war der feindliche Zwiespalt zwischen den Ständen des Volkes; auf jenem Wege, und nur auf jenem, hätte die Heilung sich erreichen lassen: ein echter Frieden und ein freudiges Zusammenwirken aller Klassen, indem man auf jeder Stufe die politische Berechtigung nach dem Maße der gemeinnützigen Leistung festgestellt hätte. Die Krone, damals in unverletzlicher Höhe und fast unbegrenzter Macht über dem Streite stehend, besaß die Mittel für einen solchen Zweck. Nur kam es darauf an, dieselben zu verwenden, auch auf Kosten, wenn es nötig wäre, der persönlichen Willkür ihres Inhabers. Denn die große That, die Stände einer Nation aus der Selbstsucht zur Freiheit zu erziehen, wird offenbar erst dann möglich, wenn der Erzieher seine Kraft in den Dienst nicht der eigenen Selbstsucht, sondern des nationalen Wohles stellt.

Von einer solchen Auffassung seines Berufes hatte aber Ludwig XIV., zum Unheile Frankreichs und der Bourbonen, keine Ahnung. Wohl hatte er vieles und großes für das Wohl seines Volkes gewirkt. Aber der seiner Natur angeborene Ehrgeiz war durch die Menge seiner Erfolge immer stärker zu einem kolossalen Egoismus herangewachsen. Die thatsächliche Schrankenlosigkeit seiner Macht, welche ohne Zweifel eine Weile dem Staate und Volke nützlich gewesen, hatte ihm selbst den schlimmsten Schaden zugefügt. Denn selten ist einem irdischen Menschen die Kraft gegeben, sich das Bewußtsein der Pflicht zu erretten, wenn keine Nöti-

gung mehr von außen ihm das Recht der anderen sichtbar macht. Ludwig, der sein Amt als mystische Vollmacht von Gottes Gnaden betrachtete und jeden Widerspruch durch materielle Gewalt zu zermalmen vermochte, unterlag wie andere seinesgleichen der Versuchung, den irdischen Rechtszustand gering zu achten und seinen Stolz nicht mehr in patriotischem Wirken, sondern in der Allmacht der eigenen Leidenschaft zu finden. Wozu den Adel die politische Unthätigkeit gebracht hatte, dazu führte ihn die politische Unbeschränktheit: sein hohes Amt verwandelte sich ihm aus einem Antrieb zur Leistung in einen Titel zum Genusse. Die großen Anforderungen des fortschreitenden Staates ließ er eine nach der anderen außer acht. Er versäumte, im Bewußtsein seiner Stärke, den steten Widerstreit zwischen der königlichen Verwaltung und den Rechten der Feudalstände zu einer gedeihlichen Lösung zu bringen. Er dachte nicht daran, den politischen Sinn des Volkes durch geregelte Thätigkeit der höheren, durch angemessene Berechtigung der niederen Klassen zu wecken. Er kam für sich selbst in seiner Allmacht und Selbstvergötterung überhaupt von den Wegen des Staatswohles hinweg zu einer Politik persönlicher Leidenschaft und Ehrsucht. Durch eine Kette immer maßloserer Eroberungspläne stürzte er das Land in tödlich erschöpfende Kriege und vereinte ganz Europa zu allgemeiner und glücklicher Auflehnung gegen das französische Uebergewicht. Er beschädigte aber dadurch die Monarchie in doppelter Beziehung. Einmal entzog er ihr die materielle Grundlage der Kraft durch eine nicht auszuheilende Verwirrung der Finanzen, welche nach unten jede Erleichterung des hart gedrückten Volkes unmöglich machte und nach oben die Regierung vollkommen aus ihren natürlichen Bahnen hinausdrängte. Denn da das Deficit immer zunahm, obgleich die Steuerkraft des Volkes auf das höchste angespannt war, so griff bereits Colbert, und seine Nachfolger in verstärktem Maße, zu dem traurigen Mittel, die Zahl der käuflichen Aemter in unglaublicher Weise zu mehren und so das erbliche und ausschließliche Privileg durch den ganzen Körper des Reiches zu

verbreiten. So verlor der Staat die Besetzung einer neuen Reihe von Aemtern im Steuer- und Forstwesen; der Privatindustrie wurde in vielen Städten der Holz-, Wein- und Branntweinhandel entzogen, selbst der ärmliche Verdienst der Schiffzieher, Packknechte und Leichenbitter wurde zum Monopol erhoben und gegen ein ansehnliches Kapital wenigen Familien ausschließlich gesichert. Sodann aber, und dies war das schlimmste, sank das moralische Ansehen des Thrones. Den einsichtigen Despotismus verzeiht für eine Weile ein Volk, wenn es privates Gedeihen und öffentliche Macht darunter erwachsen sieht: hier aber herrschte Hungersnot in allen Provinzen, Baumrinde war die tägliche Nahrung von Hunderttausenden, die Armee durch Niederlagen zerrüttet, und die einzige Wirkung der Gottähnlichkeit Ludwigs das offenbare Verderben des Reiches. Seine Nachfolger sollten es empfinden. Gleich nach seinem Tode stieß das Pariser Parlament seinen letzten Willen ohne Schwierigkeit um: die bedeutendsten Erfolge seiner inneren Politik gingen verloren, nach heftigen Erschütterungen mußte sein junger Urenkel den Weg der modernen Monarchie von neuem beginnen.

Es war Ludwig XV.; man braucht nur den Namen auszusprechen, um das Ergebnis vor Augen zu haben. Wenn Ludwig XIV. durch die Uebertreibungen seiner Politik auch sein persönliches Ansehen beschädigt hatte, so gab sein Nachfolger der Welt ein Beispiel sittlicher Versunkenheit, wozu nur der Lebenslauf der verworfensten aller römischen Kaiser ein Seitenstück liefert. Der Bürgerstand lernte einen Thron verachten, welchen der König durch seine Ausschweifungen besudelte; die höhere Gesellschaft vergiftete sich alle Adern durch wetteifernde Nachahmung der königlichen Laster. Hatte Ludwig XIV. die Rechte der feudalen Stände keiner großen Reform unterzogen, weil er sie thatsächlich alle beherrschte und sich ihnen insgesamt überlegen fühlte, so stieg sein Enkel in ihre Reihen hinab, nahm an ihren Parteihändeln Anteil und wußte sie nicht aus eigener Kraft, sondern den einen nur durch die Hilfe des anderen zu bekämpfen. So

demütigte er zuerst die Parlamente, um Klerus und Jesuiten zu befriedigen, verbündete sich dann auf das Antreiben der Marquise Pompadour mit dem richterlichen Adel, um den überragenden Einfluß der Kirche zu brechen, und fiel endlich durch den Einfluß der Gräfin Dubarry wieder in die Abhängigkeit einer jesuitischen Faktion zurück, nachdem ihm die Macht der Parlamente zu Häupten gestiegen war. Jede dieser privilegierten Klassen benutzte die Zeit ihrer Gunst, um ihre Vorrechte zum Schaden des Staates oder des Volkes zu mehren, und erfüllte die Tage ihres Mißgeschicks mit demagogischen Klagen gegen den Despotismus der königlichen Regierung. In jedem Falle büßte die letztere entweder einen Teil ihrer Gewalt oder ihrer Volksgunst ein. Dabei erlitt das Ansehen Frankreichs nach außen immer empfindlichere Niederlagen. Man hat das Bündnis mit Oesterreich, welches die Marquise Pompadour 1756 abschloß, sehr oft mit Unrecht getadelt: nicht das Eingehen desselben hat Frankreich Schaden gebracht, sondern die elende Führung des gleichzeitig mit England begonnenen Krieges durch die damals herrschende Faktion. Als sie dann unter Choiseuls Leitung im Begriffe war, nach lobenswerten Rüstungen und unter günstigen Aussichten den Kampf wiederaufzunehmen, erlag sie den jesuitischen Gegnern, welche aus Parteihaß die Kriegspolitik der gestürzten Machthaber verdammten und Frankreich zu völliger Nichtigkeit in Europa herunterbrachten. Die Herabwürdigung der Monarchie unter den Einfluß der feudalen Parteien hatte also auch die nationale Demütigung im Gefolge. Es war der letzte Stoß für das Ansehen der alten Staatsordnung.

Ein solcher Zustand mußte eine erregbare und in ihren höheren Schichten gebildete Nation wie die französische in tiefe und lebhafte Gärung versetzen. Von Jahrzehnt zu Jahrzehnt erhob sich trotz aller Fesseln der Censur und der Bastille die Kritik der öffentlichen Meinung immer allseitiger und immer ungestümer. Eine revolutionäre Wendung hatte der Strom der Gedanken schon längst in ganz Europa. Nachdem die große Autorität des Mittelalters, die Kirche,

sich nicht mehr als unfehlbar und einig erwies, gab es für die Zeit überhaupt keinen äußeren Haltpunkt mehr. Die Kirche hatte Staat und Recht, Wissenschaft und Kunst in sich beschlossen, Natur und Welt außer ihr für etwas Verlorenes und Sündhaftes erklärt: als sie nun selbst sich spaltete, kam nicht bloß der Glauben, sondern der ganze Zustand der Menschen in Schwanken. Ueberall trat die Ueberzeugung hervor, kein Bestehendes mehr ohne Ausweis seines inneren Wertes anzuerkennen, dafür aber ohne Rücksicht auf äußere Schranken jedem echten Leben nachzuforschen und es sich anzueignen. Hatte sich das Mittelalter von der Welt abgewandt, so ergriff man jetzt von der Natur wie von etwas ganz neu Entdecktem jubelnd Besitz; hatte die alte Kirche die Nichtigkeit alles Irdischen verkündet, so wandten sich jetzt alle Triebe der Entwickelung des materiellen Zustandes zu; hatte das religiöse Weltalter vor allem die Sündhaftigkeit des Menschen betont, so trat jetzt der Gedanke des göttlichen Bildes im Menschen, der Würde und des Wertes des menschlichen Geistes in den Vordergrund. Dies traf in das Herz des alten Staates, der von dem Menschen als solchem niemals Notiz genommen, sondern ihn nur nach Stand und Zunft geschätzt hatte. Es entstand die Forderung, nicht des Umsturzes aller bestehenden Ordnung, wohl aber der Zugänglichkeit ihrer Rechte für jeden aufstrebenden Geist. Eine neue Politik arbeitete sich gleichzeitig mit einer unbekannten Naturforschung und einer schöpferischen Philosophie an das Licht. Ueberall wandte man sich von dem Idealen hinweg, weil es dem drängenden und gärenden Bedürfnis nicht sicher und greiflich genug erschien: die ganze Zeit erfüllte sich mit realistischen und praktischen Trieben, die sich nur allmählich zu Humanität und Schönheitssinn abklärten. Wie das religiöse Mittelalter seine Ketzermorde gehabt hatte, so fehlte es auch der neuen Weltrichtung nicht an Fehlgriffen und Vergehen: man soll aber über dem Tadel derselben nicht vergessen, daß der Zustand, aus dem sie Europa emporgerissen, uns allen ohne Ausnahme als die unerträglichste Barbarei erscheinen würde.

Man hat eine Zeit lang die Aufklärung des achtzehnten Jahrhunderts zum Teil in ihren wertlosesten Ausläufern überschätzt; man ist jetzt nur zu geneigt, ihr weltgeschichtliches Verdienst zu übersehen, weil es das Gemeingut aller und der Boden unseres Zustandes geworden ist. Wer jedoch über ihre zuweilen schlaffe oder heuchlerische Humanität die Achseln zucken möchte, versetze sich erst in die gänzlich inhumane Zeit vor ihrem Wirken zurück. Weder das klassische noch das christliche Altertum, weder das Mittelalter noch die Reformation nahm einen Anstoß an den ärgsten Greueln der Kriegführung, an den Qualen einer grausamen Kriminaljustiz, an einer Vernichtung der politischen Gegner, gegen welche alle Schrecken unserer Revolutionen und Reaktionen Kinderspiele sind. Der Gedanke, daß das Leben jedes einzelnen Menschen für die anderen etwas bedeute, ist erst durch das vorige Jahrhundert eine thätige Kraft geworden.

Die verneinende Seite dieses Geistes, die Verwerfung der Autorität, hatte nun in Frankreich einen in jeder Beziehung günstigen Boden. Denn hier war das Bestehende nur zu oft in seinem Wirken erbärmlich und, was vielleicht noch schwerer wog, in seinen Rechtstiteln ungewiß. Die Gewalt des Königtums war unbegrenzt, aber niemand hätte sagen können, wie weit seine rechtliche Befugnis, wie weit dieser gegenüber die gesetzliche Selbständigkeit der großen Korporationen reiche. Es gab in dem französischen Staatsrechte kaum eine unangefochtene Stelle; es war ganz natürlich, daß die Neuerung von vornherein ihren Ausgangspunkt in Natur- und Menschenrecht suchte. Der Wunsch, das Bestehende zu verbessern, der bei gesunden Nationen sich erst bei äußerstem Mißlingen in den Drang der Zerstörung umsetzt, war hier von Anfang an hoffnungslos. Die einen drückten sich milder, die anderen herber aus; die einen hofften auf friedliche Mittel, die anderen auf gewaltthätige Revolution; die einen studierten einzelne Seiten, die anderen den gesamten Bau des Staatslebens: so weit sich aber die Betrachtung erstreckte, so weit stand auch die Ueberzeugung von der gänzlichen Untauglichkeit des Alten

fest. Auf die zahllose Menge der Theorien, welche damals die Luft erfüllten, im einzelnen einzugehen, ist für unseren Zweck nicht nötig: genug, wenn wir zwei Hauptrichtungen unterscheiden, die sich dem alten Gemeinwesen entgegenwarfen. Beide empfanden den unberechtigten und schädlichen Druck der bisherigen Vorrechte, der Krone, der Kirche, der Feudalstände. Die einen antworteten darauf mit der Forderung, daß an die Stelle all dieser Herrschaften die unbedingte Freiheit der einzelnen, die anderen, daß dafür die Herrschaft der bisher gedrückten Mehrheit eintreten sollte. Auf jene Seite im wesentlichen gehört Voltaire, auf diese Rousseau, und in den ökonomischen Fragen auf jene die Physiokraten, auf diese die Socialisten. Damals, um die Mitte des Jahrhunderts, empfand man die Tiefe eines solchen Gegensatzes noch wenig: man arbeitete unter unendlichem persönlichen Hader, mit ewig wechselnder Gruppierung, in allen denkbaren Formen der Litteratur, des geselligen Lebens, der Freimaurerei und des Ordenswesens an dem gemeinsamen Werke, an der Zerstörung des Alten. Allerdings, bei der Schwäche der Zeitungspresse, der Strenge gegen Druck und Buchhandel, dem geringen Verkehr im Lande und der tiefen Unbildung des Volkes blieb die geistige Bewegung fast ganz innerhalb der guten Gesellschaft und erreichte selbst die bürgerlichen Schichten nur an wenigen Punkten. Desto stärker aber war die Einwirkung der Theorie auf die privilegierten Klassen selbst. Da sie der Reihe nach abwechselnd mit der Regierung verbündet und mit ihr in Widerstreit waren, so sogen sie gleich eifrig die Pest der höfischen Sittenlosigkeit und die Lehren der radikalen Opposition ein. Die Parlamente, welche als echte Glieder des feudalen Systemes auch damals noch die Aechtung des Protestantismus und das Verbot des zinsbaren Darleihens aufrecht hielten, erfüllten sich doch im Kampfe gegen die Jesuiten mit der ätzenden Kritik der Voltaireschen Schule und stimmten laut in den Ruf nach Ausrottung des Aberglaubens ein. Der Hofadel lernte unter Choiseuls Verwaltung sich in der Stärke des freien Geistes fühlen und

scharte sich nach dessen Sturze wieder um die äußere Kirchlichkeit, man kann sich denken, mit welcher Inbrunst, da es unter dem Einflusse der verworfensten aller königlichen Maitressen, der Dubarry, geschah. Gerade hier, in der unmittelbaren Nähe des Thrones, gewann von allen die radikalste Ansicht die tiefsten Wurzeln, die Weltanschauung eines rohen Materialismus, nach welcher nichts als der Sinnengenuß und die Eigensucht wirklich, alles andere aber ein leeres Spiel der Einbildung ist.

So war, als die schimpfliche Regierung Ludwigs XV. endete, der Bau des alten Staatswesens in allen Teilen unterhöhlt. Die Krone hatte durch die Laster des Königs und die Schwäche gegen das Ausland, die Feudalstände durch ihre inneren Händel und den Kampf mit der Krone, beide durch das Aufkommen der radikalen Staatslehren Ansehen und Halt auf das gründlichste verloren. Es war die Zeit, die jeder Revolution der Zustände vorhergehen muß, die Zeit der Umwandlung der Geister. So weit sich in dem damaligen Frankreich geistige Bildung erstreckte, so weit herrschten auch inmitten des alten Staates die neuen Begriffe des angeborenen Menschenrechtes und der allgemeinen Gleichberechtigung, der Freiheit des Gedankens und des Widerstandes gegen Unterdrückung. Noch wagte sich an keiner Stelle der leiseste Versuch einer faktischen Auflehnung vor. Aber was an Thatkraft, Begeisterung und Jugendmut in der Nation vorhanden war, lebte und webte in den Vorstellungen, daß es kein Recht gebe als den Willen der Gesamtheit, daß kein Vorzug berechtigt sei als jener der Tugend und des Talents, daß keine Autorität Geltung habe gegenüber der unveräußerlichen Freiheit des Volkes, gegenüber der unverjährbaren Herrschermacht der Nation. Leider entsprach diesen emporstrebenden Forderungen die Entwickelung der Wirklichkeit an keinem Punkte. Mochte die Theorie noch so freisinnig, noch so menschenfreundlich sein, die Masse des Volkes fand sich dadurch nicht gebessert. Vielmehr war der Druck der Privilegien, der sich über alle Punkte der bürgerlichen Gesellschaft erstreckte, mit der inneren Fäulnis

der Zustände nur immer härter geworden. Denn je tiefer die höheren Klassen in ihrem sittlichen Bestande sanken, desto schwerer und eigensüchtiger traten ihre Anforderungen an das gemeine Wesen auf. Es war die traurige Folge nicht bloß persönlicher Leidenschaft: es war zu großem Teile das unaufhaltsame Ergebnis der Staatsordnung selbst. Das Wachstum der Krone hatte dem Adel die politische Macht entzogen; die königlichen Beamten drängten ihn täglich mehr von der politischen Thätigkeit zurück. Der Grundherr berief noch den Gutsrichter, aber er selbst bekümmerte sich nicht mehr um die Rechtssicherheit der Insassen. Von seiner früheren Teilnahme an Polizei, Verwaltung und Milizwesen in seinem Bezirke war keine Rede mehr. Das einzige, was er noch von seiner einstigen Stellung behauptete, waren die Ehrenvorrechte und Befreiungen von Steuern und Lasten, mit denen ihn einst das Gemeinwesen für seine politische Arbeit belohnt hatte, mit denen er jetzt als verdienstloser Günstling des Glückes über seine zahlenden und dienenden Mitbürger hervorragte. Da diese Vorrechte den einzigen noch übrigen Inhalt seines Standesbewußtseins bildeten, so lag die Wendung nahe, die unbedingte Bewahrung derselben für die höchste Standespflicht zu halten. Der Adel, der einst ein öffentliches Amt gewesen, wurde jetzt zur Quelle des persönlichen Genusses. Das naturgemäße Verhältnis, daß die stärkste Leistung auch das höchste Recht zur Folge und das glänzendste Privileg die wirksamste Thätigkeit zur Voraussetzung hat, schlug in diesem Staate in sein völliges Gegenteil um. Alle Einrichtungen nahmen die Richtung auf eine höchst reichliche Ausstattung der höheren Stände bei möglichst geringer Leistung, auf eine höchst drückende Ausbeutung der niederen Klassen ohne jede politische Berechtigung. Um es uns im einzelnen zu vergegenwärtigen, gehen wir die großen Lebenskreise des französischen Volkes durch [1].

---

[1] Für das Folgende sind vor allem die ministerielle statistique de la France und die ergänzenden Arbeiten Moreau de Jonnès' sowie Lavergne, économie rurale, 3e édit., benutzt. Moreau giebt häufige

Der bei weitem wichtigste war damals die Landwirtschaft. Von 25 Millionen Einwohnern waren ungefähr 21 damit beschäftigt, von 51 Millionen Hektar — so groß war die Oberfläche des Reiches — nahm sie 35 in Anspruch, nicht ganz so viel wie jetzt, mehr als noch einmal so viel als in dem heutigen England. Nicht selten hat man sich nun vorgestellt, das Eigentum dieser Ländermassen sei fast ausschließlich in der Hand der Kirchen, Klöster, Edelleute und Finanzmänner gewesen: so daß man vor 1789 nur große Güter gekannt und erst die Revolution einen Stand der kleinen Eigentümer geschaffen hätte. Die einen finden darin das höchste Lob, die anderen den tiefsten Schaden der neuen Zeit; über die Thatsache aber sind sie um so einiger, als sie in den Debatten der revolutionären Versammlung fast unaufhörlich angekündigt wird. Allein sieht man näher zu, so zeigt sich, daß nicht auf dieser Seite die Wirkung des Feudalsystems auf den Landbau zu suchen ist. Die Autorität der revolutionären Redner kann man nicht hoch anschlagen, da sie einmal ein politisches Interesse hatten, die vorhandenen großen Güter zu Gunsten der städtischen Proletarier zu zerstückeln; und sodann sich überall in statistischen Dingen in fabelhafter Weise unwissend zeigten. Versetzt man dagegen sich selbst in die Zustände vor 1789 zurück, so begünstigte, abgesehen von Lehn- und Kirchengütern, auch das alte französische Erbrecht die Anhäufung der Güter keineswegs, und oft hörte man den Adel klagen, daß die Roture mehr und mehr Güter erwerbe, begreiflich genug, da die Geldmacht dem alten Adel gegenüber in stetem Wachstum begriffen war. In den Verhältnissen lag mithin alle Möglichkeit zur Teilung des Bodens, und einer der glaubwürdigsten Beobachter spricht dann kurz vor der Revolution nach dreijährigen Forschungen in allen französischen Provinzen das Ergebnis aus, daß ungefähr ein Drittel des Landes von kleinen Eigentümern bebaut werde,

---

Nachweisungen über den älteren Zustand, die jedoch hie und da der Kontrolle und Berichtigung bedürfen.

die in Flandern, Elsaß, Bearn und der nördlichen Bretagne wohlhabend, sonst aber, und vor allem in Lothringen und Champagne, arm und elend seien: die Zersplitterung bei den Erbschaften, bemerkt er, ist zu groß; ich habe häufig Besitzungen von zehn Ruten mit einem Fruchtbaume gesehen, man sollte mit einem gesetzlichen Teilungsverbote dazwischentreten.

Es ist Arthur Young, einer der ersten Landwirte des damaligen Europa, welcher nach unermüdlichen Beobachtungen dies Zeugnis ablegt. Einheimische Beobachter bekräftigen seine Aussage. Die Zersplitterung der Güter, sagt Turgot, ist so groß, daß ein Besitztum, welches eben für eine Familie ausreichte, unter fünf oder sechs Kinder geteilt wird. Die Güter, berichtet ein Intendant, werden in gleichmäßiger und beunruhigender Weise zersplittert; die Aecker werden in das Unendliche geteilt und die Stücke weitergeteilt. So war es bei den Bauern, bei den kleinen Besitzern[1]). Die übrigen zwei Drittel des Bodens standen nun durchaus im Eigentum großer Grundherren, teils des Adels und Klerus, teils der Magistratur und Geldmacht. Auf welche Weise diese ihre Güter nutzbar machten, werden wir sogleich untersuchen, bemerken aber vor allem, daß eine Klasse mittlerer Eigentümer, groß genug, um von dem Acker ein sorgenfreies Dasein zu gewinnen, und immer noch so klein, um zu steter und angestrengter Arbeit genötigt zu sein, daß mit einem Worte ein ländlicher Mittelstand völlig fehlte. Heutigen Tages[2]) lassen sich die ländlichen Eigentümer Frankreichs in drei Massen sondern, deren jede ungefähr ein Drittel des ertragfähigen Landes besitzt. 18 Millionen Hektar fallen auf 183 000 große, 15 Millionen auf 700 000 mittlere, 15 auf nicht ganz 4 Millionen kleiner Eigentümer[3]). Zieht man den Vergleich mit dem alten

[1]) Angeführt bei Tocqueville, l'ancien régime, 60.

[2]) Es ist hier wie auf den folgenden Seiten stets die Mitte des neunzehnten Jahrhunderts gemeint.

[3]) Cochut, revue des deux mondes, sept. 1848. Rossi, économie politique, 325 ff. In den obigen Zahlen sind die Waldungen mit einbegriffen.

Zustande, so ist das letzte Drittel armer Besitzer in genauer Uebereinstimmung auf beiden Seiten vorhanden, und merkwürdig genug, es findet sich fast ungeändert 1815 und 1831, ebenso wie vor der Revolution und in unserer Zeit. Die furchtbarsten Stürme gehen über seine Oberfläche und ändern nichts an seinem Bestehen. Was aber die Bewegung von 1789, was die Freiheit des Bodens und die bürgerliche Gleichheit in Wahrheit neu erschaffen hat, das ist jene Mittelklasse, welche jetzt ein volles Drittel des Areales innehat. Man wird gestehen, ein merkwürdiges Ergebnis. Wie oft ist es von Feudalen und Socialisten verkündet worden, daß die volle Freiheit in ökonomischen Dingen zur Vertilgung der Mittelklassen und dem Gegensatze der Millionäre und Proletarier führe! Hier sehen wir das Gegenteil in einer der größten geschichtlichen Thatsachen. Das Feudalsystem hat durch seine Beschränkungen den ländlichen Mittelstand zerdrückt, die Herrschaft der Freiheit hat ihn neu geschaffen. Fassen wir aber die Stellung jener Optimaten und der von ihnen abhängigen Leute noch etwas näher in das Auge.

Die erste Thatsache, welche uns hier begegnet, ist eine traurige. Es war nur eine verschwindende Minderheit der großen Besitzer, welche sich selbst um ihre Güter und deren Insassen kümmerte. Wer es irgend vermochte, eilte zu den Genüssen des Hofes oder der Hauptstadt und kehrte erst auf seine Güter zurück, um hier die liederlich ausgeleerte Börse wieder zu füllen. Da lebten sie in knauseriger und zusammenscharrender Zurückgezogenheit, in elend eingerichteten Schlössern, von den Bauern als unerbittliche Gläubiger gemieden, oder auch mitten in Wald und Wüstung, um die Freuden der Jagd in nächster Nähe zu genießen. Von geistigen Interessen war so wenig wie von landwirtschaftlicher Thätigkeit die Rede; noch weniger hatten sie Verkehr mit ihren Nachbarn, teils aus Sparsamkeit, teils aus Mangel an allen Vicinalwegen. War dann die Zeit des Fastens vorüber, so stürzten sie begierig wieder zu den lockenden Tafeln von Paris und Versailles. Die Zahl der Ausnahmen

in dieser trübseligen Regel war so gering, daß sie auf den Zustand des Landes keinen Einfluß ausübte.

Während diese Herren den Ertrag ihrer Güter in vornehmem Glanze aufgehen ließen, waren die Aecker in Parzellen von etwa 10, höchstens 15 Hektar an sogenannte Meier ausgethan, welche nicht einen festen jährlichen Geldzins, sondern in der Regel die Hälfte des Rohertrags als Pacht entrichteten und dafür von dem Herrn die erste Saatfrucht, Vieh und Gerät empfingen [1]. Dies ergab ein jammervolles Dasein für sie selbst, einen kümmerlichen Zustand der Güter und eine hohe, aber unsichere Einnahme für die Herren. Die letzteren, welche ihr Gut fast nur als Reisende sahen, pflegten die Erhebung der Gefälle zu verpachten, gewöhnlich an einen Notar oder Advokaten, welcher die Bauern mit unbarmherziger Härte behandelte. Diese vernachlässigten den Kornbau, von dem sie die Hälfte abzugeben hatten, um jeden Nebenverdienst, der ihnen allein zufiel, brauchten die Ochsen lieber zu Fuhren als zum Pflügen, mästeten im eigenen Weizenfelde die Gänse, vor allem aber, führten mehr und mehr die Zweifelderwirtschaft ein, um eine große Hutung und dadurch eine Vermehrung des Viehstandes zu gewinnen, der ihnen persönlichen Vorteil, dem Acker aber in solcher Weise offenbar keinen Nutzen brachte. Es war also eine Landwirtschaft ohne Fleiß, ohne Wissenschaft und vor allem ohne Kapital: man hat gefunden, daß damals in den französischen Meiereien durchschnittlich ein Kapitalaufwand von 40 bis 60 Livres auf das Hektar verwandt wurde, während in England schon in jener Zeit der Durchschnitt auf 240 stieg [2]. So war denn das Ergebnis erbärmlich. Man rechnete beim Weizen eine Ausbeute von 7 bis 8 Hektoliter auf das Hektar, bei fünf- bis sechsfachem Ertrage der Aussaat, während der Engländer da-

[1] Quesnay bei Daire, physiocrates, 219 ff. Young, Reise, II, 190 d. d. Uebers. Lullin de Chateauvieux bei Mounier, I, 270 ff.

[2] Arthur Young, II. 249. Der ältere Mirabeau rechnet für ganz Frankreich (kleine und große Kultur zusammen) 66 Livres auf den Arpent.

mals den zwölffachen erzielte. Der Bauer konnte dabei nicht bestehen; die Ausbeute von 10 Hektar reichte kaum hin, seine Familie zu ernähren, an Verkauf und Gewinn war nicht zu denken. Wer auf solche Art sein Leben lang zum Hunger verurteilt ist, pflegt bald die Hände in den Schoß zu legen. Allmählich blieben immer weitere Ackerstrecken wüst liegen, ein Viertel des pflugfähigen Bodens, sagt Quesnay 1750, mehr als 9 Millionen Hektar Arthur Young 1790. Millionen ländlicher Wohnhäuser hatten keine Oeffnung als die Thür oder doch nur ein Fenster[1]); es gab keine Kleidung als ein selbstgefertigtes grobes und doch nicht dichtes Wollentuch; in vielen Provinzen ging alle Welt barfuß, in anderen waren nur Holzschuhe bekannt. Die Nahrung war Mehlsuppe mit etwas Schweinefett, abends ein Stück Brot, wenn es hoch kam, mit Speck, sonst monatelang kein Fleisch, in vielen Gegenden niemals Wein[2]). Die geistige Entwickelung entsprach diesen materiellen Verhältnissen. Bücher und Zeitungen waren in den Dörfern ebenso unbekannt wie Lesen und Schreiben. Für allen Unterricht waren die Bauern an den Pfarrer und Küster gewiesen, an Proletarier wie sie selbst; die in sehr seltenen Fällen aus dem Gesichtskreise des Kirchturmes herauskamen. Immer war die Kirche das einzige, was in dies elende Leben einen geistigen Funken warf: leider aber war die religiöse Anregung unendlich stark mit Roheit und Aberglauben versetzt. In weiten Strecken des Südens wußten die Bauern von einem Protestanten wenig mehr, als daß man ihn wie einen gefährlichen Zauberer totschlagen müsse; ihr eigener Glauben war dabei mit einer Fülle der krausesten Bilder altkeltischen Heidentums durchzogen. Von der Außenwelt hörten sie nichts. Denn im ganzen Lande war der Reiseverkehr so gut wie null. Es gab einige königliche Straßen, prachtvoll gebaut, sechzig Fuß breit, Denkmale des monarchischen Prunkes, auf denen aber bis 1776 in ganz Frank-

[1]) Dies ist auch jetzt noch so.

[2]) Berichte der Präfekten an das Ministerium 1803.

reich nur zwei Postwagen fuhren [1]) und der Reisende tagelang zubringen konnte, bis er eines anderen Fuhrwerkes ansichtig wurde [2]). Verbindungswege aber zu diesen Straßen oder den nächsten Marktstädten hatten nur wenige Dörfer in bevorzugten Provinzen. So verging das Dasein dieser Menschen ohne Inhalt als Arbeit und Entbehrung, ohne Freude als den bunten Putz einiger Kirchenfeste, ohne Wechsel, wenn nicht der Hunger den einen zum städtischen Tagelohn oder zum Militärdienste führte. Nicht leicht kam er dann jemals in das Vaterhaus zurück, die Genossen seines Dorfes empfingen keinen Gewinn aus seinen Erfahrungen.

Das Verhältnis zum Gutsherrn mußte bei solchen Zuständen ein abscheuliches sein. Schon das bisher Angeführte charakterisiert dieses Gemeinwesen, welches allen Genuß dem Reichen, alle Last dem Armen zuwälzte. In dem aristokratischen England war damals ein Viertel des Rohertrags ein hoher Pachtschilling, und dabei bezahlte der Gutsherr schwere Zehnten und Armentaxe [3]). In Frankreich war die Hälfte die Regel, und die Gutsherren befreiten sich noch dazu durch ihre Privilegien von vielen öffentlichen Lasten, die mit verdoppeltem Gewichte auf die Meier zurückfielen. So verhielt sich der Ertrag des französischen Ackers zum englischen wie 9 zu 14, die Rente aber des englischen Grundherrn stand auf 2¾, die des französischen auf 3¾ Prozent [4]). Der Ausfall im Ertrage traf also doppelt den Anteil des kleinen Kolonen. Dazu kamen die Menge der gutsherrlichen Rechte, Fronden auf dem Herrnhofe, Zehnten für die Kirche, Straßenbau für den Staat. Der Gutsherr, der seine Naturalgefälle teuer zu verkaufen trachtete, wünschte sich hohe Getreidepreise; der Bauer, der bei so vielen Abgaben nicht genug für seine Familie erzeugte, sehnte sich wie der städtische Proletarier nach niedrigen Korntaxen.

---

[1]) E. Daire, introduction aux œuvres de Turgot.
[2]) Youngs Reise.
[3]) Yvernois, tableau des pertes etc.
[4]) Young l. c.

Mit einem Worte, den beiden so eng aufeinander angewiesenen Klassen war nichts auf der Welt gemein: sie standen sich nach Bildung, Interessen, Genüssen wie Bewohner verschiedener Erdteile, hier mit Verachtung, dort mit Ingrimm gegenüber. Wenn der Bauer die Türme des Herrnhauses erblickte, so hatte er keinen lieberen Gedanken, als einmal das Schloß mit den Schuldregistern darinnen in Brand zu stecken.

Hie und da gab es im einzelnen bessere Verhältnisse, im großen können wir nur zwei Ausnahmen der trübseligen Regel anführen. In Anjou herrschte Meierwirtschaft wie in Niederbretagne und Guyenne: dennoch waren dort die Bauern wohlhabend und die Edelleute beliebt. Dies waren nämlich die einzigen Provinzen, aus denen sich der Adel nicht in den Strudel des Hoflebens hatte hineinlocken lassen. Der Edelmann saß auf seinem Schlosse, in Wahrheit der Herr seiner Güter, der Verwalter seiner Aecker, der Pfleger seiner Bauern. Er gab ihnen Vorschuß zur Anschaffung, Lehre zur Erhaltung ihres Viehs [1]; die Ausweisung eines Meiers war unerhört, der Knecht war auf dem Gute geboren, der Gutsherr der Pate aller Kinder auf den Kolonaten. Oft sah man ihn mit den Bauern zusammen auf den Markt ziehen, um diesem die Rinder möglichst vorteilhaft zu verkaufen. In solchen achtungswerten Sorgen ging aber auch sein Gesichtskreis völlig auf; er ehrte Gott und den König, arbeitete auf seiner Scholle, war ein guter Jäger und Trinker und wußte von der Welt und ihrer Bildung so wenig wie seine Meier.

Im Norden des Reiches aber hatten sich modernere Zustände entwickelt. Hier fand man wohlhabende Pächter, welche auf eine Reihe von Jahren die Güter gegen feste Geldpacht übernahmen, die Höhe derselben nach den Steuern abmaßen und mit Einsicht und Kapitalkraft wirtschafteten. Dies war die Regel in Flandern, Artois, Picardie, Nor-

---

[1]) Sauvegrain, considérations sur la population etc., Paris 1806.

mandie, Isle de France und einigen kleineren Bezirken. Hier stand der Eigentümer auf sicheren Renten, der Ertrag des Bodens war doppelt so groß wie bei den Meiern. Das Land nahm sich aus wie ein Garten, die ärmeren Nachbarn fanden auf den stattlichen Pachthöfen ein reichliches Unterkommen. Es waren dieselben Provinzen, in welchen Young die kleinen Eigentümer in leidlichem Wohlstande antraf. Wenn hier ein solcher Bauer ein schmales Streifchen Land neben seiner Hütte besaß, eben groß genug, um etwas Gemüse, Futter für ein paar Ziegen und einige Weinreben zu ziehen, so verdiente er den Rest seiner Bedürfnisse entweder im Tagelohn bei dem benachbarten Pächter oder als Weber für den nächsten Fabrikanten. Es war der Zustand, den man heute in Frankreich als den regelmäßigen der kleinen Grundbesitzer betrachten muß: es sind nicht heruntergekommene Bauern, sondern Arbeiter, die ihr Ersparnis in Grund und Boden angelegt haben [1]. Damals wurde ihnen das Fortkommen schwerer als jetzt, weil es weniger Industrie und wohlhabende Oekonomen gab: wo sie außer den eben genannten Provinzen vorkamen, saßen sie zwischen den Meiern, ebenso elend und hoffnungslos wie diese, nur darauf bedacht, zu der eigenen Scholle noch eine Meierei hinzuzupachten. Sie verschwanden also völlig unter jenen, und dies ist auch der Grund, weshalb die französischen Schriftsteller ihrer niemals besondere Erwähnung thun, sondern sie stets mit den Meiern unter der Beschreibung der sogenannten kleinen Kultur zusammenfassen. Ueber deren Umfang (abgesehen von den Waldungen) sind alle Zeugnisse gleichlautend auf ungefähr 27 Millionen, während gegen Geldpacht nur 8 Millionen Hektar benutzt wurden [2]. Jene würden also zu ziemlich gleichen Teilen unter kleines Eigentum und Naturalpacht zerfallen.

Im heutigen Frankreich werden durch kleine Eigentümer und Meier nahe an 23 Millionen, durch Geldpächter wie

---

[1] Rossi l. c.

[2] Quesnay, Turgot, Young.

1780 ungefähr 8 Millionen, durch wohlhabende Eigentümer etwas über 9½ Millionen Hektar angebaut[1]). Hier sehen wir wieder deutlich, worin das Verdienst der Revolution um den französischen Ackerbau besteht. Wie in ihrem Gefolge das mittlere Eigentum entstanden ist, so hat auch ein vernünftigeres System des Anbaues bedeutenden Boden gewonnen. Der sogenannten kleinen Kultur sind 4 Millionen Hektar, und ungefähr ein gleicher Betrag ist der Wüstung entzogen. Der Umfang des auf Geldpacht ausgegebenen Landes ist genau derselbe wie vor der Revolution, und der Zuwachs besteht ganz in Besitzungen reicher und wohlhabender Eigentümer, die ihre Güter selbst bewirtschaften, also in der Ueberleitung von eifrigerem Fleiße und stärkerer Kapitalkraft auf den Acker. Das Reich der Meierwirtschaft ist noch sehr bedeutend, auch die Lage der Meier, trotz des Wegfalls der Fronen und Herrenrechte, wenig gebessert. Es wird eine unserer wichtigsten Aufgaben sein, die einzelnen Ereignisse und Tendenzen der Revolution hinsichtlich ihres Einflusses auf diese Entwickelung zu prüfen.

Wenden wir uns zu den Städten des alten Frankreich hinüber, so brachten ähnliche Ursachen auch dort wie auf dem Lande entsprechende Wirkung hervor. Die städtischen Aemter, einst aus der Wahl der Quartiere oder der Zünfte hervorgegangen, waren seit dem siebzehnten Jahrhundert häufig zur königlichen Ernennung gezogen, im achtzehnten aber zur Füllung des Staatsschatzes in den bei weitem zahlreichsten Ortschaften zu erblichem Besitze verkauft worden[2]). Die Verwaltung der Stadt lag also in der Hand eines geschlossenen Verbandes weniger Familien, die im allgemeinen sich nur zu sehr von dem schlaffen und eigensüchtigen Geiste des damaligen Staates anstecken ließen. An diese reihten sich zu-

---

[1]) Hierin stimmen im wesentlichen Lullin de Chateauvieux und Cochut überein. Lavergnes Ziffern weichen im einzelnen ab; das Gesamtergebnis ist dasselbe.

[2]) Depping, correspondance administrative de Louis XIV, II, introduction.

nächst die Familien der Geldmacht, die Mitglieder der großen Finanzcompagnien, die Pächter der indirekten, die Erheber der direkten Steuern, die Aktionäre der mit Staatsmonopol ausgestatteten Handelscompagnien und die größeren Bankiers. Auch diese Kreise waren teils gesetzlich, teils faktisch vollkommen abgeschlossen: die Herrschaft der Börse wurde von einer Aristokratie gehandhabt, in welche nur Geburt oder Staatserlaubnis den Zugang eröffnete. Der Natur der Sache nach sammelte sich ihre Thätigkeit vor allem in Paris, ja sie drückte ihr Gepräge dieser Stadt überhaupt in so vorwiegendem Maße auf, wie es in unserer Zeit, berufen als der Epoche der Papierherrschaft, wie sie ist, niemals eintreten kann. Alle Welt weiß, bis zu welcher schwindelnden, das Land erschütternden Höhe die Agiotage zu Anfang des Jahrhunderts durch Law gesteigert worden war: seitdem hatte ihre Arbeit niemals ausgesetzt, und was vom Reichtum und Einfluß vorhanden war, stürzte sich mit wagehalsiger Begierde in ihre Kreise. König, Minister, Adel, Klerus, Parlamente begegneten sich auf diesen Bahnen; das ewige Deficit und die wachsende Schuldenlast des Schatzes gaben stete Gelegenheit, den Staat hineinzuverwickeln und nach Privatzwecken auszubeuten: ohne Bedenken darf man behaupten, daß im Vergleiche mit der Gegenwart die Schwindelei jener Zeit so groß und so schamlos war wie die Liederlichkeit derselben. Nun war Paris damals keine Fabrikstadt und hatte unbedeutenden Großhandel: abgesehen von wenigen Ausnahmen bestand die industrielle Thätigkeit des Ortes in kleinem Handwerke und großem Papierhandel. Es ist nicht der unbedeutendste Zug zu dem Bilde träger und eigennütziger Genußsucht, zu welcher die höheren Klassen der gewaltigen Nation herabgesunken waren, daß unter allen Papieren keine beliebter als die Leibrenten waren, mit denen man, gegen hohe Zinsen für sich selbst, seinen Kindern das Kapital vorwegnahm.

Handel und Gewerbe lagen nun in dem ganzen Reiche in den Banden des strengsten Zunftzwanges. Die damaligen Einrichtungen gingen bis auf König Heinrich III.

zurück, der zuerst den Satz ausgesprochen hatte, nur der König verleihe das Recht auf Arbeit, ein Wort, welches die ganze Lehre der Socialisten in monarchischer Fassung in sich enthält. Die Meister jedes Handwerkes handhabten darin die innere Ordnung, ließen keinen außer ihrer Zahl zur Ausübung desselben zu, nahmen niemanden auf, der sich nicht vor ihnen einer Prüfung seiner Fähigkeiten unterzogen hatte. Anfangs blieben viele Gewerke von dieser Organisation verschont, bis auch hier die Finanznot des Staates zerstörend eingriff und den Handwerkern das Zunftrecht wie den Richtern die Aemter verkaufte. Bald ging man weiter, teilte vorhandene Handwerke in mehrere Zünfte und stempelte die geringfügigsten Erwerbszweige zu zunftmäßigen Handwerken um. So gab es Ebenisten neben den Schreinern, Trödler neben den Schneidern, Pastetenhändler neben den Bäckern. Die Obstweiber wie die Blumenmädchen bildeten geschlossene, mit Statuten versehene Innungen; in den Zünften der Näherinnen, Stickerinnen, Putzmacherinnen durften nur Männer das Meisterrecht erwerben. Eine Menge dieser Statuten erschwerten dem fähigsten Gesellen die Meisterschaft durch übertriebene Gebühren, eine kaum geringere ließ überhaupt nur die Söhne der Meister oder die zweiten Männer verwitweter Meisterinnen zu. Kurz, der Mißbrauch der Staatsgewalt zum Nutzen bevorzugter Einzelinteressen trat in der grellsten Weise hervor. Wer einmal nicht zu dieser Aristokratie des Handwerks gehörte, hatte keinen Weg, durch seiner Hände Arbeit anders als in ewiger Dienstbarkeit zu leben. Die Bauern, welche die Verzweiflung des Hungers vom platten Lande in die Städte trieb, fanden kein Gewerbe als den Tagelohn ihren Bestrebungen geöffnet. Was das System dem Staate bedeute, empfand man sehr wohl auf beiden Seiten, bei den Bevorzugten wie bei den Hintangesetzten. Als Turgot im Jahre 1776 die Zünfte sprengte, erklärte das Pariser Parlament, Prinzen, Pairs und Doktoren einhellig: alle Franzosen seien in feste Körperschaften geteilt, deren Kette vom Throne an bis zum niedrigsten Handwerke ein Ganzes bilde,

unentbehrlich zur Existenz des Staates, unauflöslich, wenn nicht alle gesellschaftliche Ordnung zu Grunde gehen sollte. Es dauerte nicht lange, so wurden hiernach die Zünfte hergestellt: wir werden sehen, wie auf die salbungsvolle Erörterung die Gesellen und Lehrlinge fünfzehn Jahre später antworteten.

Die große Industrie vollzog sich in denselben eng gemessenen Formen. Sie war seit Colbert, der sie eigentlich erst geschaffen, das Lieblingskind der Regierung, wurde aber, wie es Lieblingskindern geht, zugleich gehätschelt und tyrannisiert. Als Colbert seine Thätigkeit begann, erzeugte Frankreich weder feineres Tuch noch Strümpfe, weder Seidenstoffe noch Glas, weder Teer noch Seife. Das Handwerk, seit einem Jahrhundert zünftig, hatte den industriellen Sinn so wenig entwickelt, daß der Minister für alle diese Dinge deutsche, schwedische, italienische Arbeiter kommen ließ. Um den Absatz nach außen zu sichern, schrieb er überall die Art der Fabrikation auf das genaueste vor; um die Konkurrenz von außen her zu beseitigen, trat er mit einer Menge von Verboten und Schutzzöllen dazwischen. Es war wieder die Staatsgewalt, die ihre Kraft mitten in der Sphäre des privaten Verkehres einsetzte, zu Gunsten des Fabrikanten, zum Schaden des Konsumenten. Bei seinen Nachfolgern setzte sich das System fort und wurde schädlicher, weil es mit aller Unbeständigkeit und Planlosigkeit der Regierung Ludwigs XV. gehandhabt wurde. Die Industrie nahm allerdings einen bedeutenden Aufschwung und steigerte ihren Jahresertrag von Colbert bis Necker vielleicht auf das Sechsfache [1]. Aber die Statuten wurden doch von Jahr zu Jahr drückender, jede neue Erfindung und Verbesserung war durch sie ausgeschlossen, und seit 1760 hätte dem Wachstum der Maschinen keine Gesetzgebung nachkommen können. Die Industrie folgte demnach, wie unter solchen Umständen überall, nicht den natürlichen Bedürfnissen und Fähigkeiten, sondern nahm sogleich eine künstliche und

[1]) So stand das Verhältnis bei der Wollenmanufaktur.

aristokratische Wendung. Unter Colbert kamen auf 60 400 Arbeiter der Wollindustrie nicht weniger als 17 300 in der Verfertigung der Spitzen, und hundert Jahre später brachte die Fabrikation der Seife 18, jene des Puders aber nicht weniger als 24 Millionen jährlichen Ertrag. Schneidender läßt sich das Verhältnis zwischen der Wichtigkeit des vornehmen Luxus und der unreinlichen Dürftigkeit der Volksmassen nicht ausdrücken.

Der Ackerbau mußte aber in jedem Sinne die Nachteile dieses Systemes empfinden, welches ihm den Verkehr mit dem Auslande lähmte, die Gerätschaften verteuerte und außerdem den unmittelbaren Absatz verkümmerte. Denn durch die Beschützung der Industrie trat die landwirtschaftliche Produktion überhaupt für die Regierung in den Hintergrund. Diese gewöhnte sich, auch hierin unseren Socialisten ähnlich, bei dem Worte Volk an die städtischen Arbeiterklassen zu denken, und wenn sie deren Interesse an hundert Stellen den Privilegierten aufopferte, so wirkten Menschen- und Ruheliebe zusammen, um ihnen wenigstens die notdürftige Nahrung und Kleidung unbedenklich auf Kosten der Ackerwirte zuzuführen. Als Ergänzung der Prohibitionen und Schutzzölle erschienen die Ausfuhrverbote des Getreides und anderer ländlicher Rohprodukte. Mit diesen Künsten hatte man 1764 den Preis des Hektoliters Weizen, den man jetzt im Durchschnitte auf 19 bis 20 Francs annehmen kann, noch unter 8 Livres hinabgedrückt [1]). Damals gab Choiseul den Handel frei, der Preis stieg etwas über 15 Livres. Die gleiche Wirkung folgte derselben Maßregel 1775 unter Turgot: nach ihrer Beseitigung fiel der Durchschnittspreis bis zur Revolution wieder auf 12¾ Livres. Die Arbeiter hatten dann leidlich wohlfeiles Brot, aber nirgends im Reiche konnten die Landwirte gedeihen. Trotz der heftigsten Klagen aus allen Provinzen blieb der Anlaß des Uebels und damit das Uebel selbst bestehen. Die Regierung war fest in

---

[1]) Melier im 10. Bande der mémoires de l'académie royale de médicine.

ihrer Ueberzeugung, daß sie für die Bevölkerung der Städte und deren Ernährung unmittelbar zu sorgen habe: es war eine sich von selbst verstehende Sache, daß der Staat seine politische Gewalt zum Besten seiner Machthaber und Günstlinge verwandte. Niemand dachte an die weiteren Folgen eines solchen Grundsatzes, niemand erwog die Frage: wie, wenn diese Gewalt einmal in demokratische Hände käme?

Versuchen wir hier einen allgemeinen Ueberblick über den Wohlstand des damaligen Frankreich zu nehmen. Bei der Unvollständigkeit offizieller Nachweise ist die Aufgabe schwer, die Lösung ungewiß. Indessen wird auch ein nur annäherndes Ergebnis sein Interesse haben, indem wir überall, um nicht bloß tote Zahlen aufzustellen, die Vergleichung mit dem gegenwärtigen Zustande beifügen.

Den Gesamtertrag der Industrie giebt der gut unterrichtete Tolosan, hier der einzige Gewährsmann, auf 931, den des Handwerks auf 60 Millionen an. Heute [1]) liefert, vom Handwerke abgesehen, die Industrie allein des östlichen Frankreich einen Jahresertrag von 2282 Millionen: die Gesamtsumme hat sich also wenigstens vervierfacht. Damals trug es auf jeden Kopf der Bevölkerung 39 Livres, heute wird man unbedenklich mehr als 100 annehmen können. Die Freigebung der inneren Konkurrenz, welche seit 1789 eingetreten, hat aber nicht bloß die Masse des erzeugten Gutes gesteigert, sie hat auch, was so oft bezweifelt wird, die Verteilung derselben günstiger gestaltet. Der Tagelohn nämlich der industriellen Arbeiter stand nach einem hoch berechneten Durchschnitte 1788 für die Männer auf 26, jener der Weiber auf 15 Sous [2]). Heute beträgt er, nach erschöpfenden Aufnahmen, für die Männer 42, für die Weiber 26 Sous. Ebenso ist der ländliche Tagelohn von 1789 sicher nicht höher als auf 15 [3]), in der Gegenwart aber in keinem Falle

---

[1]) So 1853. Um 1860 ist die Gesamtsumme von 5 Milliarden erreicht. Boiteau, état de la France en 1789, 506.

[2]) Young. Assemblée nationale, 15. Januar 1790, 11. August 1791.

[3]) Boiteau l. c. meint 19 bis 20.

niedriger als 24 Sous[1]) anzuschlagen. Wenn man dann für das Jahr noch die erhebliche Verstärkung von etwa 30 seitdem aufgehobenen Feiertagen in Anschlag bringt, so findet man für den Lohn der alten Zeit wenig mehr als die Hälfte des heutigen Betrages — 351 Livres für die Fabrikarbeiter, 157 für die ländlichen Tagelöhner, während er in der Gegenwart auf 630 und 300 Francs steht. Um die Bedeutung dieser Sätze miteinander zu vergleichen, muß man noch die Preise der Waren damals und jetzt zusammenstellen. Da zeigt sich denn, daß vor 1789 das Brot für sehr wohlfeil galt, wenn es 3 Sous das Pfund kostete, dieser Satz aber nur in Paris ein häufiger war und in den Provinzen in der Regel überschritten wurde. In unserer Zeit aber stand von 1820 bis 1840 der Durchschnittspreis in ganz Frankreich auf 17, 1851 aber in Paris auf 14 Centimes, also noch unter dem alten Werte von 3 Sous. Dies scheint zu dem Verhältnis der Getreidepreise übel zu passen, da das Hektoliter Weizen um 1780, wie wir sahen, zwischen 12 und 13, um 1840 aber zwischen 19 und 20 Francs kostete; allein der Widerspruch löst sich durch die Vervollkommnung des Mahlens und Backens, welches jetzt ein Drittel, ja die Hälfte mehr Brotgewicht aus demselben Kornvorrat gewinnt als in der alten Zeit[2]). Man sieht also, daß der Arbeiter vor der Revolution fast um die Hälfte weniger Brot für seinen Lohn erhielt als heutigen Tages. Bei den übrigen Nahrungsmitteln war das Verhältnis ähnlich, bei den Kleidungsstoffen aber noch ungünstiger.

Den entscheidenden Grund dieser Verhältnisse wird man erkennen, sobald man den Grundreichtum des Landes, den Ertrag des Ackerbaues im weitesten Sinne, in Erwägung zieht. Es würde zu weit führen, hier alle einzelnen Zweige durchzugehen und alle dabei vorkommenden Bedenken zu

---

[1]) Lavergne, 57 sagt 30 Sous.

[2]) Vor 1789 gab der Septier von 240 Pfund Weizen in der Regel nur 180 Pfund Brot. Moniteur, 12. Juli 1792, Supplement.

diskutieren: es muß uns hinreichen, nur einige Hauptpunkte hervorzuheben. Von dem hauptsächlichsten Nahrungsmittel, dem Weizen, erzeugte das Land vor der Revolution ungefähr 40 Millionen Hektoliter, also auf den Kopf der Bevölkerung 167 Liter, 1840 dagegen 70 Millionen Hektoliter und demnach 208 Liter auf den Kopf. Den Viehbestand aller Art schätzte man damals auf 33 Millionen Stück, heute beträgt er 49, und die Zunahme ist gleichmäßig in allen Sorten. Das Weinerzeugnis stand damals auf 27, jetzt auf 37 Millionen Hektoliter, so daß also der Kopfbetrag wenigstens nicht gesunken ist [1]. So geht es durch alle Teile der Landwirtschaft hindurch. Erwägt man, daß eine Menge nutzbarer Erzeugnisse damals noch völlig unbekannt war, daß über die Unschädlichkeit der Kartoffel eine hitzige litterarische Fehde geführt, daß der Wald ungleich mehr als heute auf den Raub gebaut wurde [2], so kann es nicht befremden, daß der kundigste Statistiker des heutigen Frankreich den vegetabilischen Ertrag des Bodens, der jetzt sicher die Summe von 6 Milliarden übersteigt, für die Zeit vor der Revolution nur ein Geringes über 2 ansetzt [3]. Was dies für den Volkswohlstand bedeutet, fällt in das Auge: man wird sich von der Lage der Bevölkerung vor 1789 demnach einen Begriff machen, wenn man sich erinnert, daß auch die jetzt erzeugten Massen die allgemeine Konsumtion in Franreich nicht besser als in Preußen [4], immer aber viel schlechter als in England stellen.

---

[1]) Moreau de Jonnès aus gleichzeitigen Quellen. Ich bin hierbei stehen geblieben, weil der Raum mir nicht erlaubte, die Erörterungen mitzuteilen, nach denen mir ein noch ungünstigeres Ergebnis für 1770 höchst wahrscheinlich ist.

[2]) Mémoire remis aux notables, 1787. Young, Reise, III, 111. Moreau, agriculture, 366.

[3]) Damit stimmt die Berechnung Youngs. Tolosan, Dedeley d'Agier, Lavoisier kommen zu höheren Erträgen (Boiteau, état de la France en 1789. 481 ff. stellt ihre Angaben zusammen). Doch ist die Unsicherheit ihrer Berechnung leicht erkennbar.

[4]) Mitteilungen des (preuß.) statist. Bureaus, 1851.

Ueber den dritten großen Zweig des nationalen Reichtums, den Handel, fasse ich mich kurz. Denn bis jetzt liegen meines Wissens keine statistischen Daten über den inneren Verkehr vor, welcher übrigens bei der Menge der Binnenzölle im alten Frankreich sehr viel geringer als heute gewesen sein muß: weiterhin ist aber für den auswärtigen Handel der früheren Zeit kein Mittel gegeben, um aus den allgemeinen Summen den Wert der Rohprodukte und der industriellen Arbeit von dem eigentlichen Handelsgewinne zu sondern. Genug, wenn wir uns das Verhältnis im großen durch die summarische Angabe anschaulich machen, daß nach den Registern der Douane kurz vor der Revolution die jährliche Einfuhr auf 576, die Ausfuhr auf 540 Millionen stand, während 1836 jene auf 905, diese auf 961 Millionen, 1857 aber eine jede derselben auf mehr als 1800 Millionen gestiegen war.

Alles zusammengenommen war also Frankreich unter der alten Monarchie in Industrie und Gewerbe vierfach, in der Landwirtschaft dreifach, in dem Handel mehr als dreifach so arm als zwei Menschenalter nach der Revolution. Dies Ergebnis muß man wohl im Auge behalten, wenn man sich ein Urteil über die Finanzen des alten Staates zu bilden unternimmt. Ein Budget von 600 Millionen bedeutete für die ökonomische Kraft des Landes damals ungefähr so viel wie 1850 eine Abgabenmasse von 2000 und folglich auch eine Jahreslücke von 100 nicht weniger als in dieser Zeit ein Deficit von 300 Millionen. Ein solches aber war vorhanden, als Ludwig XVI. die Regierung antrat: es ist also sehr begreiflich, daß er mit ängstlichem Eifer auf die Herstellung des Gleichgewichtes Bedacht nahm und mit den Versuchen dazu das Staatsgebäude endlich bis zu völliger Umwälzung erschütterte.

Es würde ein Buch für sich allein erfordern, wollte man die Reformbestrebungen von der Thronbesteigung Ludwigs bis zum Ausbruche der Revolution im einzelnen darstellen. Für unseren Zweck aber ist es genug, die Momente zu bezeichnen, welche zuerst für die Möglichkeit

und dann für den Verlauf der Revolution wichtig geworden sind.

Ludwig XVI. selbst, daran kann nur der zweifeln, welcher den geschichtlichen Quellen dieser Zeit niemals nahegetreten ist, brachte zu der Regierung ein Herz, erfüllt von Gottesfurcht, Gewissenhaftigkeit und Menschenliebe, mit. Kaum in das erste Mannesalter eingetreten, war er ernsthaft, sittenrein, von den Pflichten seiner Würde durchdrungen und fest in dem Entschlusse, die schandbaren Wege seines Vorgängers für immer zu schließen. Leider aber stand seine Fähigkeit bei weitem nicht zu seinem Willen im Verhältnis. Er war ohne sicheres Urteil, dürftig unterrichtet und unbehülflich wie in der äußeren Erscheinung, so auch in Sprache und Gedanken. Bei ihm, wie bei jedem rechtschaffenen Menschen, gab es Ueberzeugungen, von denen er sich nicht abdrängen ließ; überall aber, wo sein Gewissen nicht ganz unmittelbar berührt wurde, wo die Entscheidung von politischer Klugheit oder technischer Zweckmäßigkeit abhing, war er hülflos und wehrlos, jeder wechselnden Einwirkung hingegeben und deshalb immer unberechenbar in seinem Thun. Es hatte guten Grund, als sehr bald nach seiner Vermählung mit der vierzehnjährigen Erzherzogin Marie Antoinette der österreichische Gesandte Graf Mercy wiederholt nach Wien berichtete, wenn die junge Fürstin mit etwas Ernst, mit etwas Stetigkeit sich in die politischen Verhältnisse ihrer neuen Heimat vertiefe, werde sie ohne Zweifel im vollen Sinne des Wortes die regierende Königin, die wirkliche Herrscherin von Frankreich werden. Daran freilich war nun eine Reihe von Jahren nicht zu denken, eben weil die von Mercy geforderten Eigenschaften dem Wiener Fürstenkinde fürs erste völlig fehlten. Ludwig gewann bei seiner unglaublichen Schüchternheit geraume Zeit hindurch schlechterdings kein innigeres Verhältnis zu seiner schönen und lebhaften Gemahlin; sie entschädigte sich dafür durch ein unermüdliches Treiben in leeren und prunkenden Vergnügungen, welche zwar ihre Sittlichkeit nicht verletzten, aber ihrer Börse und ihrem Rufe schadeten und vor allem sie von der zur

Herrschaft erforderlichen Geistesbildung entfernt hielten. Unter diesen Umständen war es mehr schädlich als nützlich, daß sie in einzelnen Augenblicken oft sehr gebieterisch eingriff und besonders in Personenfragen, trotz alles Sträubens des Gemahls, nicht selten ihren Willen durchsetzte. Denn sie war von reich begabtem Geiste, rasch in Auffassung und Entschluß, bestimmt und energisch in ihrem weiblichen und fürstlichen Selbstbewußtsein; sie hatte es, wo sie nicht durchdrang, nicht der Selbständigkeit des Königs, sondern dem eigenen Mangel an Erziehung und Kenntnissen zuzuschreiben, bei welchem sie den sonstigen Ratgebern des Königs nicht gewachsen blieb. So erging es ihr gleich am ersten Tage nach der Thronbesteigung, wo sie die größte Anstrengung machte, den Herzog von Choiseul, den Stifter ihrer Vermählung und des österreichisch-französischen Bundes, wieder an die Spitze des Ministeriums zu bringen. Ludwig aber hatte von seinem verstorbenen Vater die dringendsten Warnungen gegen Choiseuls Gottlosigkeit und Unsittlichkeit erhalten, Anklagen, deren Begründung Marie Antoinette nicht zu widerlegen wußte. Demnach setzte des Königs Tante Adelaide die Ernennung des alten Marquis Maurepas, eines schlauen, aber innerlich leeren Höflings durch, welcher sich dann überall mit Choiseuls Gegnern umgab, darunter aber halb zufällig auch einige sehr bedeutende und hervorragende Männer berief, deren Wirken, wäre es ungehemmt geblieben, das Schicksal Ludwigs und Frankreichs hätte wenden mögen.

Es war vor allem der bisherige Intendant von Limousin, Turgot, der größte Reformer dieser Jahre, der auf solche Art an die Leitung der französischen Finanzen gelangte. Dessen Streiche fielen nach allen Seiten. Freigebung des Kornhandels und Abschaffung der Wegefronen für das platte Land, Aufhebung des Zunftzwanges und Errichtung eines großen Kreditinstitutes, der Diskontokasse, für Industrie und Gewerbe, eine Menge von Verbesserungen und Milderungen in dem Steuerwesen des Staates, Aussicht auf allmähliche Beteiligung aller besitzenden Einwohner an den

politischen Rechten: unter diese Hauptrubriken läßt sich die rastlose Thätigkeit des liberalen Staatsmannes ordnen. Man begreift, daß unter den Privilegierten kaum eine Klasse war, die nicht ihre ganze bisherige Existenz gefährdet sehen mußte: der Widerstand erhob sich von allen Weltgegenden her; Hofleute, Parlamente, adlige Grundherren und zünftige Handwerke setzten sich mit hitzigem Geräusche zur Wehre. Der Hader drang bis in das Innere der königlichen Familie selbst: Ludwigs jüngerer Bruder, Graf Karl von Artois, schmähte über den Minister, welcher den Adel, die Stütze und den Wall des Thrones, unterwühle, und ein Vetter des Königs, der reiche und sittenlose Herzog Philipp von Orleans, fing bei der allgemeinen Aufregung an, Demagogie auf eigene Rechnung zu treiben. Zum ersten Male sah man damals in Paris, was seitdem in so furchtbarer Steigerung sich wiederholen sollte, daß die Polizeibehörden der Hauptstadt, dieses Mal im Interesse der Privilegierten, selbst den Pöbelaufstand gegen die Krone anfachten. Ludwig XVI. fand im Anfange, daß er und Turgot allein das Volk liebten, und war fest gegen den Straßentumult und das Parlament, hatte dann aber keine Waffe gegen die eigene Ermüdung und den bohrenden Einfluß seiner täglichen Umgebung. Den letzten Streich führte, ohne irgend ein Interesse für oder gegen Turgots Reformen, von deren Bedeutung sie schlechterdings keine Ahnung hatte, endlich die Königin. Turgot gehörte zu Choiseuls Gegnern; er hatte zu einer sehr verdienten Strafmaßregel gegen einen Freund des Herzogs mitgewirkt: da entriß Marie Antoinette dem armen Monarchen den Befehl, welcher dem bestraften Beamten eine Standeserhöhung, dem großen Minister aber die Entlassung verfügte; sie war gründlich zornig, daß Ludwigs Gutmütigkeit nicht an die Einsperrung Turgots in die Bastille herangewollt hatte. So fiel der treffliche Staatsmann nach kaum anderthalbjähriger Verwaltung; fast alle seine Schöpfungen brachen wieder zusammen; die Reaktion des alten Staats- und Hofwesens behauptete den Platz.

Es folgte eine lange Zeit der Experimente und Palliative:

man wäre gern in dem breiten Geleise des privilegierten Herkommens fortgegangen, wenn nur die wachsende Finanznot Ruhe gelassen hätte. Eben damals entschloß sich Ludwig zur Unterstützung der Nordamerikaner gegen England, im Grunde gegen seinen Willen und die Einsicht seiner Minister, welche die Kosten eines großen Krieges scheuten und in der Befreiung der Kolonien keine Schwächung Englands erblickten. Aber zu heftig wirkte die doppelte Strömung, hier die nationale, welche dem stolzen England die Demütigungen des Siebenjährigen Krieges nicht verzeihen wollte und damals keinen lieberen Gedanken als den Bruch der britischen Seeherrschaft kannte, dort der unbestimmte Freiheitsdrang und die Freude an einem zur Unabhängigkeit emporstrebenden Volke. Der junge Marquis von Lafayette, damals ein junger, hochaufgeschossener Blondkopf, äußerst eitel und ehrgeizig, der bei Hofe wegen seiner eckigen Formen kein Glück machte, rüstete ein Schiff aus eigenen Mitteln und fuhr hinüber; die amerikanischen Gesandten wurden die Idole der vornehmen Gesellschaft; genug, diese Meinung siegte, und der Krieg gegen England wurde erklärt. Für Frankreich ergab sich daraus eine starke Verbreitung des demokratischen Sinnes nach dem Muster der amerikanischen Anschauungen. Die Anhänger Rousseaus frohlockten: hier sehe man die Möglichkeit einer breiten Demokratie, die Einrichtung eines Staates auf der Grundlage der natürlichen Menschenrechte. Eine weitere Folge des Krieges war eine neue Belastung des Staatshaushalts. Damals war Necker Finanzdirektor, ein Genfer, welcher einst als armer Commis nach Paris gekommen war, sich durch Verstand und Handelsgeschick zu einem reichen Bankier emporgeschwungen und mit großer Selbstgefälligkeit sein Haus zum Mittelpunkte der vornehmen Liberalen gemacht hatte. Durch sein Ansehen auf der Börse verschaffte er dem Staate einen gewissen Kredit und machte Anlehen auf Anlehen, bis zu 500 Millionen, ohne eine Vermehrung der Steuern, ohne eine Vorkehrung zur Tilgung. Es hieß offenbar die Zukunft der Gegenwart opfern, da das Deficit durch die Vermehrung der Zinslast

mit jedem Jahre anwuchs. Necker hatte das wirkliche Verdienst, einige Zweige der Finanzverwaltung in verständigere Ordnung zu bringen, genoß für den Augenblick ein unermeßliches Ansehen und sonnte sich gerne in der ihm allseitig gezollten Anerkennung, daß er der erste Staatsmann Europas sei. Das öffentliche Vertrauen kam dem Minister entgegen, der seine Verwaltung allein auf den Kredit, also eben auf das Vertrauen der Menschen, zu gründen suchte: er wurde vollends ihr Held, als er mit gutem Erfolge in Berry und Guyenne Provinzialstände einrichtete und bald nachher, alle Ueberlieferungen der alten Monarchie durchbrechend, einen ausführlichen, leider sehr ungenauen, sehr schöngefärbten Bericht über die Lage der Finanzen veröffentlichte. Aber da er nirgends die Axt an die Wurzel der Schäden legte, so regte er zwar eine Menge starker Interessen durch seine Neuerungsversuche gegen sich auf, vermochte aber schlechterdings nicht die Quelle der ökonomischen Zerrüttung zu schließen. Bald wußte auch er keinen anderen Rat als Einschränkung des Budgets und Sparsamkeit in den Ausgaben des Hofes, machte sich aber dadurch bei allen Großen des Vorzimmers verhaßt und wurde im Mai 1781 beseitigt. Nachdem in den nächsten Jahren zwei unbedeutende und unerfahrene Minister ihre Kräfte erschöpft hatten, kam der Intendant von Lille, der geistreiche und frivole Calonne, an das Ruder. Er begann mit dem Satze, daß, wer Kredit begehre, Luxus treiben müßte, und erneuerte auch für das höfische Treiben die Verschwendung im glänzendsten Stile Ludwigs XV. In solchem Zuge jubelte man einige Jahre fort, vermehrte die Schuldenmasse um mehr als 400, die Steuerlast um 21 Millionen und fand sich dann mit dem Anfang des Jahres 1787 kreditlos den leeren Kassen gegenüber. Die Katastrophe war unabweislich.

Werfen wir hier einen Blick auf das Budget des alten Staates, dessen Verwirrung das Signal zu einer Erschütterung aller civilisierten Weltteile geben sollte. Es liegt, nachdem Necker und Calonne, die Notabeln und die Revolution über seinen Inhalt mit gleicher Unwahrhaftigkeit ge-

stritten, jetzt in seinen geheimsten Teilen der geschichtlichen Betrachtung vor[1]).

Was zuerst die Einnahmen betrifft, so ist die Vergleichung allgemein bekannt, nach der sie vor 1789 etwas über 500, unter Napoleon nahe an 800 betragen und dann zwischen 1815 und 1848 bis 1500 Millionen zugenommen hätten. So bestimmt sich diese Ziffern ausnehmen, so wenig läßt sich ein Schluß auf die Wohlfeilheit der verschiedenen hier beteiligten Regierungsweisen darauf begründen. Das eine bemerkten wir schon, daß im Verhältnis zum Nationalreichtum eine Abgabe von 500 Millionen vor 1789 ungefähr das Gewicht einer heutigen von 1500 Millionen hatte. Sodann ist aber die runde Summe von 500 Millionen bedeutend zu erhöhen. Die Solleinnahme des Staates stand nämlich im Jahre 1785 auf 558 Millionen, wozu noch 41 Millionen für die Lokalverwaltung der Provinzen kamen, die, ohne in den Schatz zu gelangen, gleich an den Erhebungsstätten wieder verausgabt wurden. Dies ergab für die Nation eine jährliche Last von 599 bis 600 Millionen. Daneben erhob die Kirche, deren Kosten sich jetzt auf dem Budget des Staates finden, 133 Millionen an Zehnten und 16 Millionen an sonstigen Gebühren[2]): die Sporteln, welche zur Ergänzung der richterlichen Besoldungen dienten, trugen 29 Millionen[3]): die Grundherren bezogen an Zöllen 2½ und an Stempelgebühren[4]) wenigstens 37 Millionen. Ich sehe hier ab von den Grundzinsen, Renten und Diensten, deren Schätzung ganz unmöglich ist, die aber auch ihrer Natur nach nicht bei den öffentlichen Lasten zur Sprache kommen können, sondern eher gegen die Hypo-

---

[1]) Bailly, hist. financ. de la France, II, 278 ss.

[2]) Nach anderen Angaben bei L. Blanc, Buch III, Kap. 3 nicht 16, sondern 30 Millionen.

[3]) Nach anderen Angaben 42 Millionen. Boiteau, état de la France en 1789, Paris 1861.

[4]) So bezeichne ich der Kürze wegen die Abgaben bei Besitzveränderungen, lods, relods, quints u. s. w.

thekschulden der heutigen Bauern aufzurechnen sind. Die genannten Posten aber, nebst einigen kleineren von ähnlichem Charakter, betrugen zusammen 280 Millionen, so daß also das französische Volk damals im ganzen eine jährliche Abgabenmasse von 880 Millionen zu tragen hatte. Vergleicht man diese Summe mit dem allgemeinen Nationalreichtum, so kann man sie unbedenklich einem heutigen Betrage von 2400 Millionen gleich setzen und erhält so das Ergebnis, daß von Ludwig XV. bis auf Napoleon III. nur eine einzige Regierung in Frankreich existiert hat, welche einen noch größeren Betrag des Gesamtvermögens als das alte Regime für sich in Anspruch genommen, die Schreckensherrschaft nämlich der Jakobiner. Kaisertum, Restauration und Louis Philipp haben sich mit ungleich niedrigeren Sätzen begnügt; der Feudalstaat findet auch hier sein Gegenbild bei den Socialisten.

Fragt man nach der Verteilung dieser Abgaben auf die einzelnen Teile der Nation, so tritt eine grelle Ungleichmäßigkeit zu Tage. Die Vornehmen waren nicht frei von Steuern, wohl aber in vielen Beziehungen hoch begünstigt. An den Verbrauchsteuern, welche auf 308 Millionen geschätzt waren, nahmen sie natürlich ihren vollen Anteil; bei der Grund- und Kopfsteuer aber, 171 Millionen, hätten sie, wie sich während der Revolution herausstellte, bei gleicher Verteilung etwa 33 Millionen mehr bezahlen müssen, als geschah. Sodann fiel die Last des Straßenbaues, die ausschließlich durch die Frondienste der Bauern getragen und auf 20 Millionen geschätzt wurde, ferner die Kosten der Provinzialmiliz, etwa 6 1/4 Millionen, allein auf die Schultern der niederen Klassen. Nimmt man die oben angeführten 40 Millionen hinzu, welche die Grundherren ihrerseits von den Bauern bezogen; erwägt man, daß die kleinen Leute jedes Ortes verpflichtet blieben, den Steuerbetrag ihrer Gemeinde aufzubringen, auch wenn reiche Mitbürger sich durch Ankauf privilegierter Aemter ihrerseits der Zahlung entzogen; bringt man endlich die entsetzliche Willkür bei der Erhebung der Verbrauchsteuer in Rechnung, bei der wieder

große bevorrechtete Klassen der wehrlosen Volksmenge gegenüberstanden: so wird man den jubelnden Ingrimm verstehen, womit 1789 vor allem die Bauern die Freudenkunde von dem gänzlichen Sturze dieses Systems empfingen.

So gewaltig nun der Anteil war, welchen der Staat von den Einnahmen des Volkes erhob, so sah er sich selbst dennoch in immer wachsender Bedrängnis und Verlegenheit. Unordnung von der einen und Selbstsucht von der anderen Seite löste seine Schätze in Staub auf. Es war in der Finanzverwaltung wie in der Justiz: nie hatte jemand es versucht, ihre Organisation nach einem großen Gesichtspunkte der Zweckmäßigkeit zu ordnen, vielmehr schleppten sich eine Menge einzelner Verwaltungen, bald nach Provinzen, bald nach Einnahmequellen, bald nach der Bestimmung der Fonds gesondert, nebeneinander fort, kreuzten ihre Wirkung und vernichteten jede Verantwortlichkeit. Den Belauf der Kassenrückstände, der vielleicht einem halben Jahresbudget gleich kam, hat auch die Revolution nicht zu ermitteln vermocht. Den Gewinn der Steuerpächter hat sie nur mit der Guillotine herbeizubringen gewußt. Einmal im Zuge des Deficits, kam die Regierung schnell genug auch in den Strom der schwebenden Schulden hinein; die Vorausnahme künftiger Jahreserträge gegen wucherische Zinsen bei ihren eigenen Erhebern und die Verschleppung fälliger Schulden und gesetzlicher Ausgaben hatten die eine immer größere Verluste als die andere bei der endlichen Saldierung im Gefolge. Wie weit diese Verwirrung um sich gegriffen, zeigt das Budget über die wirkliche Kassenführung von 1785. Neben einer regelmäßigen Einnahme des Schatzes von nicht ganz 357 Millionen geht eine Rechnung von 340 Millionen in der Einnahme, von 407 Millionen in der Ausgabe, über Posten, die entweder früheren oder späteren Jahren von 1781 bis 1787 angehören, so daß die Generalsumme der Rechnung mit nahe an 850 Millionen abschließt. Man sieht, welch ein Feld hier den Spekulanten und Beutelustigen eröffnet war; man sieht, wie weit es bei einem solchen Verfahren mit dem Wohlstande eines Reiches kommen mußte,

welches hundert Jahre früher und zwanzig Jahre später Europa seinen Willen als Gesetz diktierte.

Den letzten Zug für die Würdigung dieses Haushaltes giebt aber die Art der Ausgaben, für welche die mühsam aufgebrachten Schätze verwandt wurden. Der Hof stand auf dem offiziellen Budget mit 33 oder 35 Millionen, in Wahrheit verbrauchte er 40, ohne die Kosten der königlichen Jagden und Reisen, ohne den Lohn der Großwürdenträger, ohne die Unterhaltung der königlichen Schlösser. Das Kriegsministerium, welchem Necker 99, Calonne 114 Millionen zuweist, empfing 131 Millionen; davon nahm die Verwaltung etwas über 39, der Sold und Unterhalt der Truppen 44, der Gehalt aber der Offiziere 46 Millionen hinweg. Außer allen ministeriellen Berechnungen lagen die persönlichen Anweisungen des Königs „für Geschenke u. dgl. an Hofleute, an den Finanzminister und Magistrate, Rückzahlung auswärtiger Anleihen, Zinsen und Diskontierungen an die Schatzbeamten, Nachlaß einzelner Personalgefälle, unvorhergesehene Ausgaben aller Art". Diese Rubrik, die sich durch ihre Ueberschrift charakterisiert, belief sich 1785 auf 136 Millionen; in anderen Jahren war der Betrag etwas geringer, immer aber muß der Durchschnitt auf etwas mehr als 100 Millionen jährlich angenommen werden[1]). Während auf diese Art in den höchsten Regionen der Gesellschaft nichts als Ueberfluß und Fülle erscheint, treten die Brücken und Chausseen mit 4, die öffentlichen Bauten mit kaum 2, wissenschaftliche Anstalten mit etwas über 1 Million auf. Dagegen wirft das Budget von 1832 und in ähnlicher Weise die folgenden für diese Zwecke 59 Millionen aus. Hospitäler und Findelhäuser erhielten 6 Millionen vom Staate, 6 von der Kirche und hatten 24 Millionen eigene Einkünfte, während die Wohlthätigkeitsanstalten des modernen

[1]) Zu diesem Ergebnis führen die Verhandlungen der Assemblée constituante, April 1790 über die Pensionen, die ordonnances à comptant und das livre rouge. Eine Reihe Details daraus hat L. Blanc, Buch IV, Kap. 5.

Frankreich (1832) über einen Jahresbezug von 119 Millionen verfügten. Kurz, wo man in die Vermögensverhältnisse dieses Feudalstaates eingeht, erhält man immer das gleiche Ergebnis; er trennt das Volk in zwei gesonderte Hälften und bereichert die bevorzugte Minderheit auf Kosten der gedrückten Masse.

Da aber jede Aussaugung dieser Art in sich selbst den Keim des Verderbens trägt, da sie ihre Einnahmequellen verdirbt und ihre verschwenderischen Leidenschaften steigert, so fand man auch hier sich Ende 1786 in folgender Lage. Die ordentliche Jahreseinnahme stand auf 357 Millionen. Die Jahresausgabe, wie sie die Tabellen des Schatzes darstellten, stieg auf 442 Millionen. Dazu kamen 27 Millionen Pensionen, 72 Millionen drängende Rückstände der Vorjahre, endlich mit 1787 der Ausfall einer nur bis hierhin ausgeschriebenen und einregistrierten Steuer von 21 Millionen. Das Deficit belief sich also auf 198 Millionen. Man hatte bis zu diesem Augenblicke sich durch alle guten und schlechten Künste eines übermäßig angespannten Kredites fortgeholfen: dieser aber zeigte sich auf das gründlichste erschöpft. Eine Vermehrung der Steuern wär bei der Masse der Lasten, welche die Nation bereits erdrückten, ganz undenkbar. In dieser Lage griff Calonne mit geistreichem Leichtsinne auf Turgots ernste und edle Gedanken zurück. Hatte er bisher von der Gunst der Privilegierten gelebt, so trachtete er jetzt durch ihre Aufopferung das Gemeinwesen zu erleichtern. Er wünschte dem Staate Glück, daß er so viele und große Mißbräuche in sich schließe, durch deren Beseitigung man neue Quellen des Wohlstandes eröffnen könnte.

Natürlich geschah ihm in doppeltem Maße, was Turgot erfahren hatte. Die dicht gedrängte Menge der Vorrechte erhob sich tumultuarisch gegen seine Pläne. Hofadel, Provinzialstände, Steuerbehörden, Gerichte, Polizeibeamte, Gemeinderäte, Handwerksmeister eröffneten den Kampf gegen den Willen des Königs und seiner Minister. So weit aber war die Entwickelung der modernen Gedanken gediehen, daß sich beide Parteien um die Wette an die Kraft der öffent-

lichen Meinung wandten. Das Ministerium selbst war es, welches die Presse befreite, damit sie die Anhänger des alten Zustandes der nationalen Verachtung preisgebe. Der jüngere Adel bei Hofe und in den Provinzen war es, der gegen die Minister den Pariser Pöbel und die Bauern der Auvergne bewaffnete und zu gewaltsamen Unordnungen aufregte. Eine Versammlung aristokratischer Notabeln, welchen Calonne seine Reformentwürfe vorlegte, weigerte ihre Zustimmung, forderte Einsicht und Aufsicht über alle Zweige des öffentlichen Dienstes und endigte mit der Erklärung, daß sie, weil vom Könige ernannt und nicht Vertreterin der Nation, keine Befugnis zu neuen Bewilligungen habe. Was sie in negativer Form nur angedeutet hatte, sprach gleich nach ihrer Entlassung das Pariser Parlament, also nach dem Ministerium die mächtigste Behörde des Staates, als positives Begehren aus: in feierlichem Beschlusse forderte es die Versammlung der allgemeinen Stände des Reiches, deren sich das Königtum seit zwei Jahrhunderten entledigt hatte. Das Ministerium nahm den Antrag zuerst mit höchster Ungnade auf, da aber die Geldnot immer heftiger drängte, so trat bald der lockende Gedanke hervor, an dem großenteils bürgerlichen Reichstage eine kräftige Stütze gegen die Privilegierten zu finden. Niemals würde man den unermeßlichen Erfolg der ersten revolutionären Schläge verstehen, wenn man sich diese Verhältnisse nicht stets vergegenwärtigte: welch einen starken Anteil an der Beherrschung des Landes die privilegierten Stände und Korporationen hatten, und wie diese jetzt mit dem Ministerium wetteiferten, sich gegenseitig zu Staub zu zerreiben.

Calonne hatte dieser brausenden Bewegung nicht lange Stich gehalten. Den letzten Anstoß zu seinem Falle gab die Königin, die er seitdem mit unvertilgbarem Hasse verfolgte. Derselbe Einfluß entschied die Wahl seines Nachfolgers, des Erzbischofs Brienne, der einst den ersten Lehrer der jungen Fürstin ausgesucht und späterhin von Kaiser Joseph II. das Zeugnis erhalten hatte, daß er der bedeutendste Staatsmann Frankreichs sei. Allein auch hier zeigte

sich, daß geistreiche Gespräche eine schwache Bürgschaft für praktische Leistung bieten: Brienne, in die Regierung eingetreten, erwies sich in jeder Hinsicht unfähig und haltungslos. Er hatte bei den Notabeln zu der Opposition gegen Calonne gehört: als Minister wußte er keine anderen Wege und Mittel als sein Vorgänger und war sehr bald in ebenso heftigem Streite wie dieser mit den Notabeln, dem Adel, den Parlamenten, welche jetzt die ganze Flut ihrer zornigen Schmähungen nicht bloß über Brienne, sondern auch über dessen königliche Beschützerin ergossen. Bereits begannen diese inneren Wirren auch auf die Machtstellung des Reiches bedenklich einzuwirken. Der amerikanische Krieg mit seinen unleugbaren Erfolgen hatte das Selbstbewußtsein der Nation mächtig angeregt; um so peinlicher war es, daß gleich nachher die französische Politik sich wieder höchst unsicher und schwankend zeigte und empfindliche Demütigungen und Niederlagen erlitt. Auch der hierdurch erweckte Unmut traf großenteils das Haupt der Königin. Man warf ihr vor, daß sie, die Oesterreicherin, im Sinne der verhaßten Allianz von 1756 auf ihren schwachen Gemahl einwirke, Frankreich zum dienstwilligen Vasallen Oesterreichs erniedrige und dadurch auf allen Punkten die Ehre und die Interessen des Reiches verrate. In der That, seitdem die Königin Mutter mehrerer Kinder geworden, hatte ihr Sinn eine ernstere Richtung genommen; sie schenkte den Geschäften eine fortgesetzte Aufmerksamkeit und gewann einen verstärkten Einfluß auf die Regierung. Auch geschah es nicht selten, daß sie auf das lebhafte Andringen ihres Bruders, des Kaisers Joseph, in wichtigen Lagen die Wünsche Oesterreichs befürwortete, ohne die entgegenstehenden Interessen Frankreichs in gebührendem Maße zu beachten. Jene populäre Mißstimmung hatte also eine gewisse Wahrheit: doch ist sofort hinzuzusetzen, daß ihre Anklagen in hohem Maße übertrieben waren, möge man nun auf das Wollen oder auf das Können der Königin sehen. Denn zunächst war sie weit entfernt davon, Frankreichs Wohlfahrt ihrer deutschen Heimat opfern zu wollen; sie wußte es eben nicht anders, als daß thätige Freundschaft

beiden Teilen den größten Vorteil bringen würde; vor allem aber irrig war die Meinung, daß sie in diesen Dingen eine wirklich leitende und herrschende Stellung besäße. Choiseuls Gegner hatten dem engen Geiste König Ludwigs schon sehr früh ein großes Mißtrauen gegen die Herrschsucht der Frauen eingeflößt, und die langjährige Unbedachtsamkeit der Königin hatte es ihren Gegnern, sowohl dem alten Maurepas als dem Minister des Auswärtigen Vergennes, äußerst leicht gemacht, diese Stimmung des Monarchen zu befestigen und gegen die Wünsche der Königin trefflich auszubeuten. Das Ergebnis war, daß die entgegengesetzten Einflüsse sich bei Ludwigs eigener Unfähigkeit wechselnd verdrängten und jedes vorausschauende und planmäßige Handeln unmöglich wurde. Während Kaiser Joseph die Unfruchtbarkeit seines französischen Bündnisses bitter beklagte, ärgerten sich mächtige Pariser Kreise über hundert kleine Begünstigungen Oesterreichs. Als Joseph mit den Holländern über die Scheldeschiffahrt einen heftigen Zank anzettelte, war man in Frankreich allerorten der Meinung, man müsse Holland, mit dem man eben gemeinsam gegen England gekämpft hatte, nachdrücklich unterstützen: der Unwille war demnach groß, als auf das Andringen der Königin Frankreich nur als Vermittler auftrat und zur Genugthuung des Kaisers den Holländern eine Zahlung von zehn Millionen auferlegte. Dann wurde bekannt, daß Ludwig zur Erleichterung des Abschlusses beinahe die Hälfte der Summe selbst vorgeschossen hatte, und ein Schrei der Entrüstung ertönte in allen Kreisen, daß die Königin aus der schwer bedrängten Staatskasse die letzten Reste ihrem Bruder zuwende. Noch schlimmer stellten sich die Verhältnisse, als in Holland die bis dahin mächtige, mit Frankreich befreundete Partei zwar eine neue Allianz mit Frankreich abschloß, bald nachher aber mit dem Prinzen von Oranien in offenen Streit geriet, und dieser die nachdrückliche Unterstützung Englands und Preußens fand. Die Patrioten wandten sich um Hilfe nach Paris; die Königin meinte, der Handel werde Frankreich noch weiter von Preußen entfernen, sonst sei es ziemlich gleichgültig, welche Partei in

dem kleinen Holland die Oberhand erhalte. Indessen war der Minister Montmorin, der in Holland einen wichtigen Verbündeten zur Bekämpfung der englischen Seeherrschaft sah, anderer Ansicht, zog Truppen an der Nordgrenze zusammen und legte überall die nachdrücklichste Verwendung für die Patrioten ein. Aber Preußen und England, weit entfernt, sich dadurch einschüchtern zu lassen, warfen im September 1787 die Patrioten mit rascher Waffengewalt zu Boden, und jetzt war das französische Ministerium so durchdrungen von der Schwere seiner inneren Verlegenheiten, daß es den Krieg mit den beiden Mächten nicht wagte, die Patrioten aufgab und auf Englands drohende Forderung die Umwälzung in Holland sogar ausdrücklich anerkannte. Seit dem Tage von Roßbach war der nationale Stolz Frankreichs nicht so schonungslos verletzt worden; durch das weite Land ging ein einziges Gefühl der bittersten Verachtung gegen ein Staatswesen, welches solche Beschimpfungen gelassenen Mutes hinunterschluckte.

Indessen auch die Regierung hatte das Gefühl, daß ein solcher Zustand nicht andauern dürfe. Ueberall gehindert und gelähmt durch die Opposition der adligen Stände, in finanzieller Beziehung nur noch um einen Schritt von dem erklärten Bankerotte entfernt, faßte man endlich den Entschluß, sich an die Nation selbst zu wenden und mit der Wucht der bürgerlichen Klassen den erstickenden Widerstand der Privilegierten zu brechen. Unter solchen Umständen kam Ludwig wieder zu Necker zurück, der denn auch die Geldverlegenheit beschwichtigte, die Notwendigkeit einer liberalen Politik anerkannte und das Zusammentreten des Reichstages auf den 27. April 1789 festsetzte. Die Gärung, welche durch die vorhergegangenen Streitigkeiten zum ersten Male seit den Religionskriegen in die Volksmassen gedrungen, wuchs seitdem von Stunde zu Stunde. Sie knüpfte sich vor allem an die Frage, ob die Reichsstände, wie früher, in drei Kammern, oder ob sie in einer einzigen Versammlung mit doppelter Stimmenzahl des dritten Standes tagen sollten: hier schieden sich die bisher verbundenen Oppo-

sitionen, indem die Aristokraten die Sonderung, die Liberalen die Vereinigung der drei Stände begehrten. Necker hatte das Ungeschick, seine Ansicht durch die Verfügung der doppelten Stimmenzahl zu verraten, aber über den Hauptpunkt die Regierung hartnäckig schweigen zu lassen. Es war freilich kein Wunder, daß man sich tastend und schwankend vorwärtsbewegte. Denn schon damals mußte es jedem aufmerksamen Beobachter deutlich sein, welch eine unabsehbare Fülle von Ansprüchen sich hinter dem Begehren der Vereinigung der drei Stände bewegte. Alle demokratischen Gedanken der Zeit strömten an diesem Punkte zusammen. Nach der Vereinigung würde man nicht mehr Beauftragte einzelner Volksklassen mit begrenzten Rechten vor sich haben, sondern die Versammlung würde eine Vertretung und Verkörperung der ganzen Nation und als solche ebenso unbeschränkt in ihren Befugnissen, ebenso souverän in ihrem Willen sein wie die nationale Gesamtheit selbst. Es war begreiflich, daß vor einem solchen Wellenschlage der öffentlichen Meinung die Regierung zurückschreckte und das bedeutungsschwere Wort nicht selbst auszusprechen wagte. Kaum aber hatte man sich einer solchen Stimmung einen Augenblick hingegeben, so empfand man aufs neue die Unmöglichkeit, ohne Bändigung der Privilegierten weiter zu verwalten; man sah sich notgedrungen auf den Beistand der populären Kräfte angewiesen und lenkte wieder in die herrschende Strömung hinüber. Je weniger bestimmt aber die Regierung auftrat, desto heftiger und heißer wurden im Lande die Debatten; in der Bretagne kam es zu offenem Bürgerkrieg zwischen dem Adel und dem Bürgerstande. Was von radikalen Elementen in Frankreich war, sah seine Zeit gekommen, und eine starke Teurung während der Wintermonate stellte jedem Konspiranten verzweifelnde und schlagfertige Massen zur Verfügung. In Paris scharte sich die revolutionslustige Demagogie um die Agenten des Herzogs von Orleans und erprobte Ende April ihre Kräfte in einem blutigen Straßenauflauf, der angeblich gegen die wucherische Habsucht eines reichen Fabrikherrn gerichtet war, in der

That aber keinen anderen Zweck hatte, als bei den bevorstehenden Reichstagswahlen die gemäßigte Partei einzuschüchtern [1]. Sonst herrschte in den Provinzen noch äußere Ruhe, aber jeder Tag steigerte die grenzenlose Aufregung der Gemüter. So begannen die Wahlen, beinahe nach allgemeinem Stimmrechte. Jedes Wahlkolleg hatte nach mittelalterlichem Brauche seinen Abgeordneten Aufträge und Beschwerden mitzugeben: da wurde dann in allen Amtsbezirken die lange Liste der Uebelstände aufgestellt, geprüft und durch diese Verhandlungen ein Gemeingut des populären Bewußtseins. Mit Recht bemerkt ein neuerer Geschichtschreiber, daß diese Beschwerden nicht eine Partikel des alten Staates verschonen, daß alles, alles von dem unruhig suchenden Drange der Neuerung verworfen, und daß leider die Möglichkeit, die Art und die Mittel des Neuen an keiner Stelle bezeichnet werden. In ganz Frankreich war nur der eine Gedanke, daß von hier an ein neues Zeitalter für das Volk und das Reich beginne und, trete in den Weg, wer da wolle, sich vollenden müsse.

Während so die Millionen in allen Landschaften sich aus den Banden des hergebrachten Rechtes erhoben, ungewiß über ihre Zukunft, aber sicher in ihrem Entschlusse zum Vorangehen, sank die Regierung mit jedem Tage in immer tiefere Ohnmacht. Sie ahnte, welche Gefahren in dem Anbrechen der neuen Epoche lägen, aber ihre Entblößung war so dringend, daß sie den Beginn der Krisis eifrig herbeisehnte. Das eine große Mittel der materiellen Macht, das Geld, war in ihren Kassen nicht vorhanden. Aber auch das zweite, die Armee, war bereits von dem allgemeinen Zersetzungsprozesse ergriffen. Es ist dies vielleicht der wichtigste Umstand für den weiteren Verlauf der Revolution und dessen Verschiedenheit von allen seitdem in Europa erfolgten Umwälzungen. Der Grund desselben ist einfach: das französische Heer war im wesentlichen nach keinen an-

---

[1] Dies hat Croker, Essays on the French revolution, 50 mit größter Bündigkeit nachgewiesen.

deren Grundsätzen als die übrigen Zweige des Staatswesens organisiert und wurde wie diese durch die Kämpfe zwischen Krone und Feudalständen längst vor dem Ausbruche der Revolution aus allen Fugen gehoben. Der Adel allein hatte Zutritt zu den Offizierstellen, und wenn von dieser Regel einzelne thatsächliche Ausnahmen vorkamen, so hatte man doch gesetzlich 1781 das Monopol sogar auf den Adel von vier Ahnen beschränkt. Nun gehörten 27 Regimenter fremden oder einheimischen Großen; bei ihnen ernannte der Inhaber aus einer vom Kriegsminister aufgestellten Liste den Obersten, dieser aber die übrigen Offiziere des Regiments. Der Einfluß der königlichen Regierung auf die Auswahl der Offiziere beschränkte sich also auf die Zusammenstellung jener Kandidatenliste zu dem einzigen Amte des Obersten. Bei den übrigen Truppenteilen vergab allerdings die höchste Stelle allein der König; die anderen Chargen aber wurden nur zur Hälfte durch den König, zur Hälfte durch den Obersten besetzt. Endlich empfing auch der Offizier sein Amt, auf Nachweis seiner Befähigung, gegen Erlegung einer Geldsumme: es war ein Kauf auf Lebensdauer, wie er bei den Gerichten auf Erblichkeit stattfand. Hierdurch wurde nun die Pflicht des unbedingten Gehorsams formell nicht aufgehoben: es konnte aber, namentlich unter einer schwachen Regierung, nicht ausbleiben, daß das Offiziercorps sich als das, was es war, auch fühlte, als Teil der großen Aristokratie, welche sich auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens mit dem Könige in die Beherrschung Frankreichs teilte. Die Kämpfe dieses Adels gegen das Ministerium, welche die letzten Jahre erfüllten, mußten demnach in die Armee auf das tiefste eingreifen. Vielfach kam es vor, daß, wie die Richter, so auch die Offiziere, ihre Obersten an der Spitze, den Gehorsam versagten. Wie aber hinter der aristokratischen Opposition in den Landschaften die Bauern und in den Städten die Arbeiter zu gären begannen, so ergoß sich neben der ständischen Widersetzlichkeit der Offiziere die populäre Bewegung in die Gemüter der Soldaten. Sie hatten den Druck des alten Regime vielleicht noch härter

als die Bauern gefühlt, denn sie darbten so arg wie diese bei einer Löhnung von 10 Sous, während namenlose Summen zur reichen Ausstattung von 1171 Generalen verwandt wurden; sie empfanden allen Uebermut des Adels gegen die Canaille, verschärft durch die Wucht einer harten und oft brutalen Disciplin, und blickten ebenso wie ihre Mitbürger auf den Beginn der Reichsstände als auf die Befreiung aus einer unerträglichen Sklaverei. Die Zahl der Regimenter, auf welche die Regierung rechnen konnte, war äußerst gering, die Disciplin hatte sich auf allen Stufen gelockert: die Offiziere schmähten auf den Despotismus der Minister, und die Soldaten versprachen sich, dem Volke nichts zuleide zu thun.

Der alte Staat war also in seiner inneren Zwietracht und Auflösung vernichtet, ehe noch ein revolutionäres Wort gesprochen war. Die Regierung war entblößt von Geld und Truppen, um ihren Bestand zu verteidigen: die Feudalstände hatten große Einzelrechte, aber keine Gesamtorganisation, um die Regierung zu ersetzen. Sobald die öffentliche Meinung, welche nach ihren radikalen Theorien beide gleich nachdrücklich verwarf, in dem Reichstage ein Organ ihrer Kraft erhielt, brauchte sie nur ihren Willen zu erklären, ja die vorhandene Thatsache nur auszusprechen, und der alte Staat fiel rettungslos in seiner eigenen Fäulnis zusammen. Was dann aber kommen würde, vermochte damals kein Mensch vorauszusehen. Da die meisten über den Zustand des Landes höchst ununterrichtet waren, so schwelgten sie in unbestimmten und desto feurigeren Hoffnungen. Manche aber kannten die Armut und Roheit der Massen, den bitteren Haß zwischen Besitzern und Nichtbesitzern und die selbstsüchtige Sittenverderbnis der höheren Stände und blickten, die einen mit ehrgeiziger Lust, die anderen mit patriotischer Sorge, in eine sturmbewegte Zukunft.

Zweites Kapitel.

Sturz des Feudalstaates.

Die Eröffnung der französischen Reichsstände war auf den 5. Mai 1789 anberaumt und Versailles zum Orte der Sitzungen bestimmt. Am 4. war halb Paris hinübergeströmt, um den Hof und die Abgeordneten zu dem feierlichen Gottesdienste, welcher die große Epoche einweihen sollte, hinziehen zu sehen. Eine unübersehbare Menschenmasse erfüllte die Straßen, die Fenster, die Dächer; als die Abgeordneten des dritten Standes erschienen, dröhnte die Luft von weithin hallenden Jubelrufen; der prunkende Zug des Adels und Klerus wurde dagegen mit tiefem Schweigen empfangen, und erst bei dem Herannahen des Königs begann das grüßende und dankende Tosen aufs neue. Den folgenden Tag traten die Stände, im ganzen 1200 Personen, in dem festlich geschmückten, weiten Sitzungssaale zusammen: der König erschien, umgeben von seiner Familie und dem vollen Prunke des alten Hofstaates und von begeistertem Beifall der Abgeordneten und der Zuschauer begrüßt. Auf das Zeichen des Ceremonienmeisters, daß der König sprechen werde, folgte dem brausenden Lärmen eine lautlose Stille, und Ludwig begann seine Thronrede, deren Sätze, reich an Wohlwollen und arm an politischen Gedanken, ein neues Zeitalter für Frankreich und Europa eröffnen sollten.

Nachdem er geschlossen, erhob sich der Großsiegelbewahrer Barentin, welcher den Abgeordneten eine weite und nur zu unbestimmt umzeichnete Thätigkeit in Aussicht stellte. Sie werden, hieß es, über die Freiheit der Presse und der Personen, über Kriminal- und Civilrecht, über Erziehung und Unterricht beraten. Sie werden, setzte er warnend hinzu, von diesen schöpferischen Reformen die gefährlichen Neuerungen zu unterscheiden wissen, welche die Feinde des öffent-

lichen Wohls damit vermischen möchten. Ueber die nächste, entscheidende Frage, über die Befugnisse der Versammlung und ihr Verhältnis zu ihren Teilen, über die Privilegien des Klerus und des Adels, über die Art der Abstimmung endlich, sprach der Minister keinen Willen, sondern nur Wünsche und Hoffnungen aus.

War dies schon ein Zeichen der Ratlosigkeit und Uneinigkeit im Ministerium, so machte Necker, der sich mit einem dreistündigen Vortrage anschloß, die Sache noch schlimmer. Sein Fehler war nicht bloß, daß er die Versammlung ermüdete, daß er über die Frage des Augenblicks, über die Abstimmungsweise, der Regierung das Entscheidungsrecht so wenig wie der Siegelbewahrer vorbehielt[1]), daß er sich mit hoffendem Glauben an die Verträglichkeit des Adels und Klerus begnügte, daß er über die Reform der Finanzen keine bestimmten Anträge vorlegte und wenigstens auf diesem Gebiete die Initiative der Regierung feststellte. Dies alles war fehlerhaft, es hätte für sich allein schon gefährlich und verderblich werden können. Aber er fügte ein Schädlicheres hinzu: er brachte es nicht über sich, die Wahrheit der Lage auszusprechen.

Er meldete ein jährliches Deficit von 56 Millionen an und verwirrte damit die öffentliche Meinung, die seit den Notabeln stets über ein Deficit von 120 bis 140 Millionen verhandelt hatte. Er hatte ganz recht, wenn er jene 56 Millionen durch Ersparnisse an den Ausgaben decken zu können meinte: aber es war aufregend und unwahr, wenn er deshalb die Notwendigkeit des Reichstages leugnete und dessen Berufung einen freien Akt der königlichen Gnade nannte. Er sprach nicht von dem eigentlich fressenden Schaden des Staatshaushaltes, weil er selbst vor allen ihn angerichtet und doch nicht seinen Ruf als Retter der Finanzen verlieren wollte. Wenn das künftige Gleichgewicht der Einnahmen

---

[1]) L. Blanc, Buch I, Kap. 8: son vrai tort, ce fut de n'avoir pas décidé, par voie d'initiative, que les ordres vérifieraient leurs pouvoirs en commun, et formeraient, dès l'origine, une même assemblée.

und Ausgaben leicht herzustellen war, so hatte man bisher, und Necker am meisten, das Deficit der früheren Jahre planlos auflaufen lassen. Man fand sich einer schwebenden Schuld von 550 Millionen gegenüber [1]); man hatte also viel mehr als eine ganze Jahreseinnahme vorausverzehrt. Die Lage war schlimmer, als wenn das heutige französische Budget statt 600 über 2000 Millionen schwebender Schuld zu tragen hätte.

Von jener Masse mußten kontraktmäßig im Jahre 1789 an Anticipationen 71 und außerdem an fälligen Schuldkapitalien 72 Millionen bezahlt werden [2]). Das wahre Deficit des Jahres nach seinem geringsten Ansatze belief sich also auf mehr als 200 Millionen, beinahe die Hälfte der Jahreseinnahme. Es war so schwerbedeutend, als wenn heute der Schatz eine Jahreslücke von 600 Millionen zu decken hätte.

Dies also wurde bemäntelt, die Stellung des Ministeriums zu den Ständen notwendig verfälscht, die Fortschleppung des bisherigen Unwesens verewigt oder eine scharfe Katastrophe schon an diesem Punkte vorbereitet. Es war ein verhängnisvolles Beispiel, wodurch Unredlichkeit und Unordnung an diesem Brennpunkte des Staatslebens für ein Menschenalter eingesetzt wurde.

Für den Augenblick war keine Rede davon. Alles trat zurück vor dem Gewichte der Verfassungsfrage, ob die drei Stände gemeinsam oder gesondert, ob eine einzige Nationalvertretung oder selbständige Körperschaften nebeneinander beraten sollten. Sie brach sogleich mit voller Bedeutung bei der Formfrage herein, von wem die Wahlzeugnisse der Abgeordneten zu prüfen wären, ob von jedem Stande für sich oder von der ganzen Versammlung.

Den Rechtspunkt brauchen wir nicht zu erörtern. Zweifel-

---

1)		
Anticipationen	271½	Millionen.
Rückständige Renten	160	„
Rückstände der Ministerien	120	„
	551½	Millionen.

2) Dies sind die Remboursements, von denen Calonne redet.

los fest stand eines: das formelle Recht der Regierung, welche die Stände so gut wie neu erschuf, sie in der einen oder der anderen Weise zusammenzurufen. Die Regierung wollte Reformen, teils nach dem politischen Systeme des Hauptministers, teils weil sie Geld bedurfte und dies ohne Reformen nicht zu haben war. Vergab sie ihrem Ansehen unermeßlich, indem sie die wichtigste Verfassungsfrage dem Gutdünken und dem Hader der Stände überließ, so hob sie ihre materiellen Zwecke auf, wenn sie sich nicht entschieden für die Vereinigung der Stände zu einer Versammlung erklärte. Denn jede erhebliche Reform im Sinne der ökonomischen und finanziellen Hebung des Landes wäre beim Klerus verkümmert, beim Adel verworfen worden. Das zeigten schon die Aufträge der Wähler.

Was die Regierung versäumt hatte, mußten also die Stände selbst zu thun übernehmen. Was die Regierung mit freier Gesetzlichkeit hätte befehlen können, führte jetzt zu reißender Revolution. Aber es gab keine Wahl. Die Gemeinen wollten die Fortdauer der privilegierten Stände nicht dulden, der Staat hätte sie nicht dulden können, wollte er nicht zu Grunde gehen.

Die Kommunen, hier ohne eine abweichende Stimme einig, betrachteten das System einer einzigen Versammlung als sich von selbst verstehend. Sie vermieden es, als dritten Stand sich zu konstituieren, sie blieben unthätig und erklärten, die Konstituierung der gemeinsamen Versammlung zu erwarten. Langsam also und vorsichtig begannen sie ihren Gang. Sie fühlten sich im Bewußtsein der guten Sache, sonst aber noch unsicher nach allen Seiten hin. Die Personen waren sich fremd, der Schauplatz des Handelns den meisten völlig neu, feste Planmäßigkeit lag in der Natur der wenigsten. Sie kannten den Wunsch ihrer Wähler, nämlich fast aller erwachsenen Männer des Reiches, sie empfanden die Gärung des öffentlichen Sinnes, sie wußten, welch eine Fülle von Verzweiflung und Begeisterung sie hinter sich hatten. Einige der Führer waren bereits in den Gassen und Winkeln der Hauptstadt wohl bekannt, einige

Versuche des Aufruhrs waren gut gelungen, man sah wenigstens die Möglichkeit auch eines materiellen Widerstandes. Aber die Masse der Deputierten war ungewiß über den Umfang der eigenen Pläne, verlegen sie selbst bei dem Anblick des Schwankens in der Regierung [1]). Würde der König unvermutet umschlagen, so gab es doch nur wenige, die sich von dem Gedanken der gewohnten Ehrfurcht und dem Bilde der überragenden Regierungsgewalt losmachen konnten [2]). Noch mancher Fehler der Monarchie mußte ihnen das Bewußtsein steigern. Ohne Zweifel der bedeutendste und einflußreichste war Graf Mirabeau, Vertreter der provençalischen Stadt Aix, ein ungestümer Gegner des Feudalstaates und unruhiger Teilnehmer an allen populären Bewegungen der letzten Zeit. Wenn irgend einer, hätte er die Kraft gehabt, die Versammlung anzutreiben und fortzureißen: aber auch er zauderte und hielt die Genossen von allen kräftigen Schritten zurück, weil er von der Haltlosigkeit und Unerfahrenheit der meisten den Ruin des Staates befürchtete. Hätte Necker einen Schatten von Kraft und Talent, schrieb er damals, in acht Tagen könnte er 60 Millionen Auflagen, 150 Millionen Anleihen haben und uns am neunten auflösen: wäre der König gewandt genug, sich an unsere Spitze zu stellen, statt entgegengesetzte Wünsche bei sich erraten zu lassen, so wäre die Versammlung bereit, den zweiten Teil der dänischen Revolution von 1660 zu machen.

Nur allmählich kamen Verhandlungen mit den anderen Ständen in Gang. Der Adel zeigte sich herb, absprechend, vorwärtsdrängend, der Klerus behutsam, salbungsvoll und

---

[1]) Uebereinstimmend mit den Aussagen Baillys, Mirabeaus und Barentins.

[2]) Sieyès hofft damals, sie würden die Keime legen, und die nächste Generation den Adel abschaffen können. Beaulieu, essais, I. 139. Robespierre hält Mounier, Malouet, Target für verdächtig, hat geringes Zutrauen zu Mirabeau und tröstet sich, daß es in der Versammlung 100 Patrioten gebe, bereit für das Vaterland zu sterben. Ungedruckte Briefe Robespierres, angeführt bei L. Blanc, Buch I, Kap. 8.

zähe. Man versuchte gemeinsame Konferenzen, man war nach drei Wochen keinen Schritt weiter und ließ die Beratung fallen (25. Mai). Die öffentliche Ungeduld und die Not des Schatzes wuchs, einflußreiche Männer des dritten Standes, Rabaut St. Etienne, Thouret u. a., drängten die Regierung zu kräftigem Vorgehen; wenn sie gegen die aristokratischen Anmaßungen ihnen beistehe, werde man alles thun, die Staatsschuld zu konsolidieren und das Deficit zu decken. Aber der König, obgleich den Kommunen geneigt, kam zu keinem ganzen Entschlusse. Necker mußte einen Mittelweg vorschlagen. Die Vollmachten sollten von jedem Stande geprüft, das Ergebnis den beiden anderen mitgeteilt und im Falle einer hier sich erhebenden Anfechtung durch den Ministerrat entschieden werden. Es wäre ein geringer Gewinn gewesen, da die Hauptfrage über die Abstimmung unerledigt blieb. Der Klerus nahm also den Vorschlag unbedenklich an, der Adel aber, durch das Zusammensein gesteift und gesteigert, erklärte, er habe längst geprüft und sich konstituiert. Er ersparte so den Kommunen die gefürchtete Ehre, zuerst mit der Krone zu brechen. Die Konferenzen schlossen am 9. Juni von neuem.

Die Führer der Kommunen sahen, daß man sich dem Adel unterwerfen oder die Unterwerfung der Stände erzwingen müsse. Am 10. kündigte Mirabeau an, der Abgeordnete von Paris, Abbé Sieyès, habe einen wichtigen Antrag zu stellen. Es war die Erklärung, die Zeit sei gekommen, die Versammlung zu konstituieren, die beiden anderen Stände zur gemeinsamen Wahlprüfung aufzufordern, die Operation ohne Aufenthalt zu beginnen und über die Ausbleibenden hinwegzusehen. Es wurde angenommen, dem Könige Nachricht gegeben, die Wahlprüfung am 12. abends angefangen und am 14. beendigt. Die alles entscheidende Frage mußte jetzt zur Lösung kommen. Die Versammlung war in der Lage, sich zu konstituieren: als was konstituierte sie sich?

Zwei Denkweisen, deren Kampf von nun an den ganzen Verlauf der Revolution beherrschen sollte, traten hier auf

der Schwelle der Ereignisse sich entgegen, eine jede durch ihr bestes Organ, welches sie in Frankreich besaß, vertreten. Auf der einen Seite erhob sich Sieyès, ein politischer Theoretiker von geringer Kenntnis der wirklichen Dinge, welcher die Welt und die Menschen überall nur nach seinem Systeme beurteilte, in einseitiger Beschränktheit folgerichtig vorwärtsschritt und nach der Weise solcher Doktrinäre mit verborgenem und hochmütigem Ehrgeize erfüllt war. Seine Rede bewegte sich um die einfachen Sätze: wir sind laut Ausweis unserer Vollmachten Vertreter von 96 Prozent des Volkes, das Volk ist souverän, folglich haben wir als seine Vertreter zu handeln und uns als Nationalvertretung zu konstituieren. Es war die Erklärung des offenen Krieges der willkürlichen Prinzipien gegen die bestehenden Rechte. Der Vernunft ist es allein gemäß, daß die Mehrheit des Volkes herrsche; was nicht vernünftig ist, soll nicht weiter existieren; wenn der König und die höheren Stände unvernünftig bleiben, so schreitet das herrschende Volk über sie hinweg.

Dagegen wollte Mirabeau allerdings um jeden Preis die Einführung einer neuen Regierungsform und die Beseitigung des ganzen Feudalstaates. Aber er war der Mann der Ordnung so gut wie der Todfeind der alten Ordnung. Er war, wenn es unvermeidlich wäre, auch zur Revolution entschlossen, aber er suchte mit rastloser Sorge die Heftigkeit des Stoßes zu brechen. In seinem unaufhörlich schaffenden Geiste spiegelte sich das Bild der segensreichen Thätigkeit, die sich bei Erhaltung der Ruhe unabsehbar nach allen Seiten ausdehnen ließ, aber auch der entsetzlichen Zerstörung, die mit dem Zusammenstürzen der Ordnung hereinbrechen mußte. Soeben noch hatte er Necker, der in seinen Augen ein verächtlicher Staatsmann war, aufgesucht, um ihm seine Unterstützung auf der richtigen Bahn zu bieten; Necker aber, der Mirabeaus unsittliches Privatleben verachtete und in dem gewaltigen Talente desselben nur eine gefährliche Nebenbuhlerschaft erblickte, hatte ihn trocken zurückgewiesen. Mirabeau ließ sich durch den Zorn darüber nicht aus seinen Wegen bringen; indem er

sich überzeugte, daß ein Gewaltschritt nicht zu vermeiden war, strebte er, die Gewalt der Mehrzahl wenigstens nicht als höchstes Recht erklären zu lassen. Das Volk ist noch nichts, rief er, aber es wird groß und majestätisch werden; noch stehen wir unter den vom König beliebten Rechten und können seine Genehmigung bei unserem Schritte nicht entbehren; wir müssen uns jetzt mit unserem jetzigen Rechte begnügen, an die Zukunft aber einen unwiderstehlichen Anspruch stellen. Also nennt euch Vertreter des Volkes in der Nationalversammlung, verschafft dem Volke den Zugang zu seinen Rechten und wachset dann selbst mit dem Volke heran.

Es gab in der Versammlung nur wenige Stimmen, denen auch Mirabeaus Fassung zu viel zu sagen schien; aber selbst diese gingen, indem sie die Benennung Vertreter der Mehrheit vorschlugen, von der in jedem Falle nötigen und vorausgesetzten Einheit der Versammlung aus. Es gab darüber keinen Zweifel, keine Abweichung. Draußen gärte es lebhafter: in Paris schlugen kecke Redner ihre Tribünen in den Gärten des Palais Royal auf und setzten unaufhörlich zuströmende Massen in Bewegung; in den Provinzen wuchs die Hungersnot und bewirkte zahlreiche Rottierungen der Meier und Ackerknechte, die an keiner Stelle Aussicht auf Besserung hatten und in großen Banden zuerst die reichen Pächter, dann die Schlösser der Gutsherren, endlich kleine Städte brandschatzten. Die Truppen wurden unaufhörlich dadurch in Atem gehalten und richteten doch nur wenig aus. In Marseille ließ die Stadtbehörde auf Mirabeaus Rat die Bürger zu den Waffen greifen, um solche Banditen von der Stadt abzuhalten. Weit und breit stand die Jugend der Bretagne noch aus den Zeiten der Wahlkämpfe her in Waffen, man wollte ihre Zahl auf 40 000 angeben; sie schworen auf Unterstützung der Kommunen, wenn die Aristokratie sich denselben in den Weg stellen würde. Nachrichten ähnlicher Gesinnung flossen von allen Seiten in Versailles zusammen; in Paris herrschte die Meinung, der Hof sei schuldig durch Verräterei, die Kommunen durch Langsamkeit. Jede Stunde drängte die Ver-

sammlung unaufhaltsamer zu den äußersten Schritten: der Hof hatte allen Grund zu der Sorge, daß mit der Vereinigung der drei Stände die Allmacht der Nationalversammlung auch über die Krone hinauswachsen werde. Dazu fand sich das Ministerium von sehr reellen Sorgen gepeinigt, da schon sechs Wochen seit Eröffnung der Stände vergangen, für keine Einnahme gesorgt, die Kasse der völligen Erschöpfung nahe war. Artois und seine Freunde pochten auf die rasche Erfüllung ihrer düsteren Weissagungen und meinten, es sei die höchste Zeit, die königliche Gewalt vor den stündlich wachsenden Gefahren zu sichern. Unter solchen Stimmungen vollendete sich die Verhandlung der Kommunen. Am 16. Juni faßte sie Sieyès in kurzen Bemerkungen zusammen. Vielen war der Mut gewachsen, andere zürnten über die sich ankündigende Hinneigung des Ministerrats zu dem Adel. Mit einer an Einstimmigkeit grenzenden Mehrheit, unter dem Beifalle von 4000 Zuschauern, siegte Sieyès am 17. Die Kommunen konstituierten sich als die Versammlung der Nation.

Wohl war es ein Beschluß, welcher die Regierung zu ernsten Erwägungen aufforderte. Denn er enthielt nicht bloß die Vereinigung der drei Stände zu einer Versammlung: es war die Erklärung, daß die Erwählten der Mehrzahl über jedes bestehende Recht hinüber zu den Beherrschern Frankreichs erhoben seien. Es war etwas anderes, durch das Einverständnis aller Beteiligten und die Genehmigung des Königs zu dem Ziele zu gelangen oder aus eigener Kraft sich selbst und vielleicht sich allein die gesetzgebende Gewalt über Frankreich beizulegen. Es war eine Usurpation, wenn je eine geschehen ist; es war, wie einer der Pariser Abgeordneten, der große Naturforscher Bailly, selbst es sagte, die Uebertragung der königlichen Gewalt auf die Versammlung. Es war die Revolution. Die Gemäßigten in der Versammlung konnten mit vollem Rechte die Verantwortung dafür den Ministern zuschieben, die ihnen keine Wahl außer der Ungesetzlichkeit oder dem politischen Tode gelassen: für die Regierung, die sich durch Unklarheit und

Nichtsthun, ohne es zu wollen, in eine Linie mit den höheren Ständen gestellt, blieb das Ereignis ein vernichtender Angriff.

Seit mehreren Tagen sah man den Zusammenstoß auf allen Seiten voraus. Der Adel rührte sich bei dem Könige auf das heftigste, um sich und seine Rechte zu behaupten. Ein Teil der Minister, sonst ihm wenig geneigt, glaubte jetzt in seinem Sinne verfügen zu müssen, um die Selbständigkeit der Krone zu wahren. Eine Beratung folgte der anderen, man kam sehr langsam vorwärts; denn man verkannte die Schwierigkeiten nicht, und vor allem, man war nicht einig. Necker war es, der eifrigen Widerspruch erhob. Mit einem Teile des Adels und einigen Mitgliedern der Kommunen hegte er längst den Wunsch, eine der englischen ähnliche Verfassung einzuführen und den hohen Klerus mit dem Adel zu einem Oberhause zu vereinigen. Das demokratische System des Abbé Sieyès aber gab dazu so wenig Hoffnung wie die eigensinnige Absonderung der beiden höheren Stände; er hatte bei der jetzigen Lage der Dinge weder hüben noch drüben Aussicht: am schlimmsten dünkte ihn jedoch der Verlust seiner Volksgunst, der ihm fernere Einwirkung auf die Kommunen unmöglich gemacht und ihn bei entschiedener Parteinahme für den Adel sicher betroffen hätte. Er drang also jetzt endlich auf die Maßregel, die er vor fünf Monaten als die Lebensfrage seines ganzen Thuns hätte durchsetzen müssen, auf das Einschreiten des Königs zu Gunsten des richtigen Systems. Der König müsse aus eigener Macht die Vereinigung der Stände befehlen, sonst aber seine bisherige Machtstellung wahren. Die Mehrzahl seiner Kollegen im Ministerrate widersprachen; der König, noch immer dem dritten Stande zuneigend, entschied sich doch, daß die Beratung der Verfassungsfragen von jedem der drei Stände gesondert vorzunehmen sei. Die Beratungen gingen weiter; in den nächsten Tagen sollte der Endbeschluß gefaßt und dann auf die feierlichste Weise in einer königlichen Sitzung den Ständen verkündigt werden.

Es war charakteristisch für die feindselige Stimmung und

den gedankenlosen Uebermut der Minister, daß die Kommunen am 20. Juni ohne sonstige Benachrichtigung ihren Sitzungssaal geschlossen fanden, weil die Handwerker dort mit den Vorbereitungen zur königlichen Sitzung beschäftigt waren. In großer Aufregung sammelten sich die Mitglieder des dritten Standes in einem Nachbarhause, wo ein großer Saal zum Ballspiel hergerichtet war. Die Stimmung wogte auf und nieder; anfangs war sie bei der Mehrzahl bei weitem nicht so begeistert, wie sie gewöhnlich geschildert wird [1]). Nicht alle wußten, wie tief die Macht des Königs schon damals untergraben war, den meisten war es unheimlich genug bei dieser Eröffnung des Kampfes gegen den Enkel Ludwigs XIV. Einige Eifrige riefen, man solle nach Paris hinüber, wo das Volk sie mit Begeisterung erwarte. In der That war dort die Aufregung auf dem höchsten Punkte, die Massen in wilder Gärung, die Soldaten, hundertweise jeden Tag im Palais Royal bewirtet, in voller Zuchtlosigkeit [2]). Die Gemäßigten in der Versammlung erschraken vor dem Bilde der Katastrophe, welche ihr Erscheinen auf solchem Boden veranlassen würde, und Mounier, Abgeordneter der Provence, rief lebhaft aus, man müsse hier bleiben, man dürfe sich nicht trennen, bis die Verfassung des Reiches und die Wiedergeburt der öffentlichen Ordnung vollendet sei. Er stellte den Antrag, diesen Entschluß mit feierlichem Eidschwur zu bekräftigen. Das Wort zündete ringsum; man erinnerte sich, wie viele befreundete Kräfte zur Unterstützung bereit seien, eine eifrige Minderheit des Adels, eine überwiegende Masse im geistlichen Stande, eine stille, aber thätige Einwirkung des leitenden Ministers. Von einem Tische herunter las Bailly die Eidesformel vor und forderte für sich die Ehre, sie zuerst zu beschwören. Da brach die Begeisterung von allen Seiten hervor; mit stürmischem,

---

[1]) Die gleichzeitigen und unwiderleglichen Beweise hat Granier de Cassagnac zusammengestellt, histoire des causes etc. III, 63. Auch Louis Blanc stimmt zu, Buch I, Kap. 8.

[2]) Sie sind alle zu Philosophen geworden, schrieb Camille Desmoulins.

immer erneuertem Zuruf wiederholten die Männer das Gelübde, mit welchem der Pulsschlag einer neuen Zeit für Frankreich begann, das Gelübde, mit welchem die meisten das eigene Haupt als Opfer für Vaterland und Freiheit weihten.

Es war hiernach deutlich, daß die Regierung bei einem Versuche, den Beschluß des 17. Juni zu beseitigen, auf kräftigen Widerstand stoßen würde. Man hätte allen Grund zu der ernstlichsten Erwägung gehabt, ob man diesem Widerstand gewachsen sein würde. Aber der Vorgang im Ballhause hatte bei dem Hofe die entgegengesetzte Wirkung. Der Geist des Aufruhrs trat offen zu Tage; es sei unerläßlich, ihn bei seinem ersten Erscheinen kräftig zurückzuweisen. Der König zürnte auf Necker, der sich stark gemacht hatte, den dritten Stand in Schranken zu halten, und jetzt nicht das mindeste bei der Versammlung ausrichtete. Die Königin hatte das Schlimmste von den Beratungen der Reichsstände seit dem ersten Tage befürchtet: scharfe Untersuchung der höfischen Geldverschleuderung, feindselige Schritte gegen die österreichische Allianz; sie empfing damals den Adel in feierlicher Audienz und empfahl sich und ihren Sohn seiner Unterstützung. Am 21. Juni fand in Marly die entscheidende Beratung statt. Der König, seine beiden Brüder, die Prinzen von Condé und Conti waren zugegen. Necker entwickelte nochmals seine Meinung, fand aber nur bei dem Minister des Auswärtigen, Montmorin, Unterstützung. Auf das lebhafteste trat ihm Artois entgegen und forderte die königliche Sitzung und in derselben die Vernichtung des aufrührerischen Beschlusses vom 17. Juni. Mit Nachdruck wurde darauf hingewiesen, wie rasch die Revolution, wenn man sie nicht im Keime ersticke, um sich greifen würde; schon hörte man von den Forderungen, daß die Truppen auch der Nation wie dem Könige schwören sollten, daß die Steuern nur provisorisch bis zu ihrer Bewilligung durch die Stände fortzuerheben seien, daß die Nationalversammlung alle Herrschaftsrechte des Königs aufheben und dann wiederherstellen müsse, um dadurch ohne Aenderung des

thatsächlichen Zustandes den Grundsatz der Volkssouveränität zur Anschauung zu bringen. Diese Befürchtungen trugen den Sieg davon [1]. Der König beschloß die Sonderung der Stände und damit die Privilegien derselben aufrecht zu erhalten.

Anderer Meinung war der damalige preußische Gesandte, Graf Goltz, der durchaus kein Demokrat, aber ein klarsehender Staatsmann war. Er hatte wenige Tage vorher seiner Regierung berichtet: der König muß sich jetzt zwischen dem Adel und dem dritten Stande entscheiden; da es sich in erster Linie um Finanzen und Kredit handelt, würde ich den dritten Stand vorziehen; im entgegengesetzten Falle wäre bei der Aufregung, dem Geldmangel und der Hungersnot eine unermeßliche Anarchie vorauszusehen. In der That, die Staatskasse war leer und die Truppen in Paris vollkommen unzuverlässig. Es war der Regierung nicht unbekannt, aber man schloß die Augen dagegen und schritt vorwärts. Ludwig XVI. ging auf die Jagd, die Hofjunker freuten sich, daß den Schwätzern und Demagogen das Maul gestopft würde.

Am 22. Juni kamen 148 Geistliche, Bischöfe, Aebte und Pfarrer, es kam der gesamte Adel der Dauphiné, sich mit den bedrohten Gemeinen zu vereinigen. Das Ministerium that nichts, um es zu hindern, nichts, um seine Vorsätze danach zu ändern. Am 23. wurde der König feierlich in den Saal geführt, um hier, zum letzten Male, sein königliches Belieben zu verkünden.

Was er damals sagte, hätte die Monarchie in Frankreich begraben und den Reichsständen die Souveränität gegeben. Das ganze Finanzwesen wurde ihnen überlassen; der König erklärte sich zur Aufhebung der drückendsten Steuern, zu Reformen im Justizwesen, zur Einrichtung von Provinzialständen, zur Abschaffung der Verhaftbefehle und der Censur seinerseits bereit. Alles sollte erst entschieden und

---

[1] Nach den Memoiren Barentins und den Berichten des preußischen Gesandten Goltz.

geregelt werden durch die Stände — das schien an sich eine reiche Bewilligung —, aber durch die Stände in gesonderter Beratung. Dieses Verbot der Nationalversammlung war das erste und das letzte Wort der Sitzung. Es war die Abdankung der Monarchie zu Gunsten des Adels. Es war die Ueberantwortung des französischen Staates an das Belieben der privilegierten Stände. Dieser alles bestimmende Punkt wird nur in zu vielen Darstellungen übersehen. Er entschied aber über den Wert aller jener Verheißungen des Königs, die unter dem Systeme der drei Kurien sicher nur Verheißungen geblieben wären.

Es war kein Wunder, daß die Kommunen widerstanden. Als nach der Entfernung des Königs der Ceremonienmeister Marquis Brézé die Abgeordneten zum Auseinandergehen aufforderte, nahm Mirabeau das Wort und antwortete dem Hofbeamten mit ruhiger Festigkeit: „Wenn Sie Auftrag haben, uns aus dem Saale zu entfernen, so lassen Sie sich auch den Befehl zur Anwendung der Gewalt geben; denn wir werden unsere Plätze nur vor den Bajonetten räumen [1])!" Die Versammlung beschloß dann auf seinen Antrag die Unverletzlichkeit der Abgeordneten. Es war hinreichend, den ganzen Apparat der königlichen Sitzung in Trümmer zu werfen.

Zunächst schrak der König vor der ersten Gewaltthat zurück. Sie wollen den Saal nicht verlassen? sagte er, nun, so lasse man sie. Dann wurde Necker lebendig. In der Sitzung war er nicht gewesen, sondern hatte seine Entlassung eingereicht. Abends nahm er den Jubel unzähliger Volksmassen in Empfang, die den König kurz vorher mit Murren und Schmähen begleitet hatten, und ließ sich darauf von Ludwig zum Bleiben bestimmen. Stundenlang waren die Häupter der Kommunen in seinem Saale vereinigt, und am 24. dankte er der Versammlung, welche Sitzung hielt, als wäre nichts geschehen, für die Zeichen ihrer Achtung. Wieder ein Teil des Klerus und am folgenden Tage die liberale

---

[1]) Mirabeau, lettres à ses commettants. Die vielfachen Varianten des berühmten Satzes sind sämtlich unbeglaubigt.

Minderheit des Adels, Neckers Freunde, traten herzu. Dann aber dröhnte es in Paris. Die Aufregung war tief und allgemein: es waren nicht bloß die Litteraten und Weiber des Palais Royal mit dem beweglichen Haufen, der sich um sie sammelte, sondern aus der Bürgerschaft erhoben sich die Wähler des dritten Standes, alles besitzende und hochgeachtete Männer, um der Versammlung ihre Unterstützung zuzusagen. Schon am 25. meldete sich die Empörung. Ein Volkshaufe stürmte den erzbischöflichen Palast in Paris, und die Garden weigerten ihr Feuer. In Versailles wollte eine ähnliche Schar die Truppen von dem Eingang des Sitzungssaales verjagen, und die Offiziere fühlten sich ihrer Mannschaft nicht sicher. Die Minister waren durch Neckers, der König durch den offenen Abfall der Truppen gebrochen. Ludwig ließ den Präsidenten des Adels, den Herzog von Luxembourg, kommen und empfahl ihm selbst die Vereinigung mit den Kommunen. Ich habe kein Geld, setzte er hinzu, und das Heer ist voll von aufrührerischer Gesinnung; ich kann euch nicht schützen, mein eigenes Leben ist in Gefahr. Ueberrascht und erschreckt rief der Herzog: aber das heißt die Allmacht der Versammlung erklären, so stark ist die öffentliche Meinung; der Adel ist bereit, sein Leben für den König dahinzugeben. Ich will nicht, schloß Ludwig, daß jemand für mich umkomme.

Die Niederlage war vollständig. Die Partei trug den Gedanken nicht, ohne Widerstand an eigener Schwäche schimpflich gestorben zu sein. Zwar erfolgte jetzt die Vereinigung, und der Klerus beschloß noch vorher, sich zum Verdienste, künftig Steuer zu zahlen und seine Güter der Nationalschuld als Pfand zu stellen. Dann aber kamen allerlei Verwahrungen, Proteste, Gewissensskrupel, und die Erbitterung blieb auf allen Seiten. Wichtiger war noch, daß auch in Paris die Anarchie sich fortsetzte, die man an das Tageslicht beschworen hatte. Keine Behörde konnte sich geltend machen, die Truppen wurden immer zuchtloser, fremde Vagabunden strömten von allen Seiten in die Stadt, 12 000 heißt es in einigen, 30 000, ja 40 000 Menschen

in anderen Berichten. Dabei hungerte das Volk, das Brot kostete vier Sous und darüber, Tumulte vor den Bäckerläden kamen fast täglich vor, es gab für die Sicherheit der Personen und des Eigentums nicht den geringsten Schutz mehr. Es war ganz richtig, wenn die Minister einem solchen Zustande gegenüber auf Herstellung ihrer materiellen Macht bedacht waren; es war ganz pflichtgemäß, daß sie aus verschiedenen Provinzen neue Regimenter herangezogen. Aber sogleich heftete sich die Adelspartei an diesen Punkt. Der Streich des 23. war mißglückt, weil die Garde versagt und Necker seine Kollegen im Stiche gelassen hatte. Wie nun, wenn man ein Ministerium aus neuem, festerem Stoffe bildete und in dessen sichere Hand die Verfügung über neue, imposante Streitkräfte legte, die von den Demagogen noch nicht bearbeitet wären? Dann wäre doch das Mißgeschick des 23. nach jeder Seite hin unmöglich? Dann würde man doch die Mittel besitzen, den Maulhelden der Versammlung die thätige Kraft der Krone fühlen zu lassen, das gute Recht des Adels zu sichern und dadurch von selbst die wahre Freiheit vor der Anarchie zu schirmen.

Die Dinge gingen dann ihren Weg. Die Truppen mehrten sich von Tag zu Tag, den Oberbefehl erhielt der greise Held des Siebenjährigen Kriegs, der Marschall Broglie; denn diesem, glaubte man bei Hofe, werde die Gunst und der Gehorsam der Soldaten nicht fehlen. Man hätte schnell genug diese Täuschung berichtigen können, wenn man hier überhaupt die Fähigkeit zum Lernen besessen hätte. Am 30. ließ der Oberst der französischen Garden elf seiner Leute verhaften, weil sie in Verbindung mit dem Palais Royal im Regimente einen Klub zur Verführung der Soldaten gebildet hatten. Solcher Klubs gab es damals schon, von Paris her angeregt, in vielen Städten und Garnisonen der Provinz, alle hingen mit dem Palais Royal als Mittelpunkt zusammen; hier war man sogleich entschlossen, die elf zu befreien, um nicht selbst in die Untersuchung verwickelt zu werden. Ein Haufe von einigen Tausenden erbrach das Gefängnis, die Garden jubelten, eine Kolonne Dragoner,

die zur Herstellung der Ordnung abgeschickt wurde, vereinigte sich mit dem Volke. Das Regiment der Leibwachen selbst, erfuhr man in Versailles, sei nicht zuverlässiger; ein Linienregiment in Bethune versagte bei einem Brottumulte, und die Bürgerschaft setzte ihm zum Dank eine Soldzulage aus.

Broglie hatte kein anderes Mittel dagegen, als immer neue Regimenter kommen zu lassen; die Folge war nur, daß die Berührung mit Paris die Auflösung im Heere immer weiter verbreitete [1]). Noch einmal erhob sich unter diesen Umständen in der Nationalversammlung Mirabeau. Er gehörte nicht zu den eigentlichen Leitern der Demagogie, welche damals die Soldaten dem Throne abwendig machte; immerhin war er so weit beteiligt, um den Umfang ihrer Erfolge zu kennen, und stets noch entschlossen, wenn es zum Sturze des Feudalstaates unumgänglich nötig wäre, die ärgsten Uebel der Revolution in den Kauf zu nehmen. Aber seine mächtige Adresse an den König um Entfernung der Truppen entsprang nicht aus dem Wunsche, ein kräftiges Mittel gegen die Pariser Anarchie zu beseitigen, sondern zum Teil aus dem Streben, von der Versammlung jeden Schein einer Gefahr zu entfernen, vor allem aber aus der Ueberzeugung, daß jeder Gewaltschritt die Armee auf der Stelle sprengen und die Anarchie über ganz Frankreich verbreiten würde. Indem er den Versuch machte, mit der Adresse einen Antrag auf Errichtung von Bürgergarden in Paris zu verbinden, hatte er zugleich ein Streitmittel gegen die alte und eine Gewähr für die neue Ordnung im Sinne. Aber weder der König, welcher von der Zersetzung des Zu-

---

[1]) Journal and correspondence of Lord Auckland, II. 326: What has certainly contributed to this quick and wonderful revolution, is the defection of those troops who were depended upon and applied to to support coercitive measures, and a more than probability that the whole army is ready to do the same. The most serious informations on that head are daily coming to the ministers from the provinces. So schreibt am 5. Juli ein mit Necker täglich verkehrender Diplomat. Dasselbe berichtet am 29. Juni Graf Goltz.

standes gar keinen Begriff hatte, noch die Versammlung, die durch die Umtriebe des Adels erschreckt und erbittert war, ging darauf ein.

Am 11. Juli machte die Feudalpartei ihren Staatsstreich. Necker und drei andere Minister wurden entlassen, Breteuil, Broglie, Foulon und Laporte dafür in den Rat der Krone berufen. Diese Männer gehörten nicht gerade zu dem Kerne der Partei; sie waren vielmehr persönlich stramme Monarchisten und zunächst nur dazu bestimmt, die Versammlung in Versailles und die Demagogen in Paris zu unterwerfen: die Dinge hatten sich aber schon so unnatürlich verwickelt, daß die Frucht eines solchen Sieges nicht der Krone, sondern dem Adel zugefallen wäre. In diesem Sinne verstand die Ernennung jedermann, und der ganze Haß gegen die Privilegierten brauste augenblicklich gegen die neuen Minister auf. Tags vorher hatte in Paris ein kolossales Gastmahl im Palais Royal stattgefunden, wo Garden, Reiter aller Waffen, Kanoniere und Linientruppen in buntem Gemisch von den Bürgern bewirtet worden. Tief in der Nacht am 11. verhandelten dann die Wähler des dritten Standes über Mirabeaus Antrag und die Bildung einer Bürgergarde. Nun am Mittag des 12. kam die Nachricht von Neckers Entlassung: im Palais Royal brach der Tumult los, und aus den Fenstern des Café Foy rief Camille Desmoulins das Volk zum Widerstande auf. Nach so gründlicher Vorbereitung war der Erfolg gewaltig. Viele Tausende waren auf der Stelle in Bewegung, mutige Männer aus allen Klassen, Arbeiter und Studenten, Kaufleute und Handwerksburschen, freilich auch Bettler, Vagabunden und Diebe; überall wurden die Waffenläden geplündert, kleine Wachtposten aufgehoben, die Zollhäuser an den Barrieren in Brand gesteckt, die Reiterangriffe, die Prinz Lambesc auf den Tuileriengarten unternehmen ließ, abgewehrt. Gleich in diesen ersten Augenblicken war die Niederlage des Ministeriums entschieden. Denn alle Truppen bis auf wenige Kompanien Ausländer versagten, so daß man vor Dunkelwerden sich veranlaßt sah, die Stadt gänzlich zu räumen und die Truppen auf

dem Marsfelde biwakieren zu lassen [1]). Der 13. Juli war ein elender Tag, sowohl für den Hof, der die Meldung über den bevorstehenden Abfall der Soldaten empfing [2]), als für die besitzende Bevölkerung in Paris, die sich auf der einen Seite von dem Heere des Marsfeldes, auf der anderen von den stets wachsenden Massen der Revolutionäre bedroht sah. Die letzte Gefahr war bereits die dringendere. Die Banden plünderten nicht nur die Waffenläden allein, sondern außerdem die Getreidemagazine und bald auch die Bäckerläden und in raschem Fortschritt dann einzelne Weinkeller, und endlich vernahm man von allen Enden von Diebstählen aller Art, mit denen die Freiheitsbewegung begleitet wurde. Da war denn die Einrichtung der Bürgergarde ein mit dankbarem Jubel begrüßtes Rettungsmittel [3]). Die ersten Patrouillen zeigten sich in der Nacht des 12.; am Morgen des 13. nahmen die Wähler von dem Rathaus Besitz und setzten einen permanenten Ausschuß ein, welcher die Regierung der Stadt übernahm, sofort 200 Mann aus jedem der sechzig Distrikte bewaffnete und die weitere Ausrüstung einer vierfachen Stärke beschloß. Ein Teil der bisher ganz zuchtlosen Rotten trat auf der Stelle ein, die übrigen zu entwaffnen war die Hauptthätigkeit des neuen Instituts. Indes war der Tumult noch immer im Wachsen; das ganze Regiment der französischen Garden trat zum Volke über, zahlreiche Deserteure der anderen Truppenteile langten an [4]); diese Menschen waren bei weitem am schwierigsten

---

[1]) Poisson, l'armée et la garde nationale, I. 32, hat die Berichte der gleichzeitigen Presse über den Abfall der Truppen übersehen und führt den Abmarsch auf eine frühere Ordre des Königs zurück, was nach den positiven Aussagen Besenvals (Mémoires III, 300) ganz unmöglich ist.

[2]) Selbst die fremden Regimenter Royal-Allemand und Chateauvieux kündigten den Gehorsam. Révol. de Paris.

[3]) L. Blanc sieht darin nur den „Argwohn" der „Bourgeoisie" gegen das „verleumdete Volk". Die oben erwähnten Unordnungen scheint er nicht zu kennen.

[4]) In der Correspondence of Auckland, II. 330, sagt der Korrespondent, ein Regiment Schweizergarde, ein Regiment Dra-

in Zucht zu halten. Wieder war die Rede davon, alle Häuser der Aristokratie auszurauben; das Lazaristenkloster wurde verheert, die Waffensammlung des Kronschatzes entwendet, eine Anzahl Schuldgefängnisse geöffnet. Das war der 13. Juli, sagt Bailly, der Tag, an welchem Paris fortwährend Gefahr lief, geplündert zu werden, und nur durch die Bürgergarde vor den Banditen gerettet wurde [1]). Derselbe Tag entschied auch über die Monarchie. General Besenval, welcher die Truppen auf dem Marsfelde befehligte, wagte mit den verwilderten Bataillonen sich nicht zu rühren, schickte vergeblich Meldung auf Meldung nach Versailles und entschloß sich endlich am 14., sich aus der gefährlichen Nähe der Hauptstadt zurückzuziehen [2]). Der Sturz der Adelspartei, die Besiegung des alten Königtums, die Auflösung der alten Armee war besiegelt. Das bisherige System war zum zweiten Male, ohne Kampf, an seiner eigenen Zerrüttung, es war durch den Abfall seiner Regimenter am 13. Juli erlegen.

Die Ereignisse des 14. gehörten bereits einer neuen Epoche und einem neuen Kampfe an.

In Paris ging die populäre Bewegung unaufhaltsam vorwärts. Die unermeßliche Stadt war von einem Ende zum anderen in der Hand der Insurrektion; alle Leidenschaften der menschlichen Brust, Freiheitsliebe und Patriotismus, Haß und Rache, Habgier und Ehrgeiz arbeiteten in den wogenden Menschenmassen; unaufhörlich flogen die wil-

---

goner und zwei Infanterieregimenter seien zum Volke übergetreten. Loustalot redet von 3000 Mann.

[1]) Mém. I, 113. 115 (édit. 1804).

[2]) Wenn Lafayette II. 22 sagt, die Ankunft einer Eskadron Husaren am 14. hätte den Alarm erneuert und Anlaß zum Bastillekampfe gegeben (auch der Moniteur weiß von diesen Husaren), so giebt er II, 53 den wahren Maßstab für die Bedeutung dieser Version: „Die plötzliche Entstehung der Bürgergarden wurde wahrlich nicht durch die Gerüchte über die Banditen verursacht, sondern höchstens beschleunigt, wie das Gerücht von der Ankunft der Husaren die Pariser Bewegung beschleunigte". Vgl. Bailly I, 139. Es war ein falscher Lärm, wie sie zu tausenden täglich vorkamen.

besten Gerüchte umher, von dem Anmarsch feindlicher Heeresmassen, der Sprengung der Nationalversammlung, der blutdürstigen Wut der Aristokraten: und drohende und abenteuerliche Pläne antworteten ihnen, alle Volksfeinde zu ächten, nach Versailles hinauszuziehen, den König von seinen schlechten Ratgebern zu befreien. Die Wähler auf dem Stadthause wünschten innezuhalten und sich zunächst mit der Nationalversammlung in Berührung zu setzen: draußen aber ging das Toben fort, man dürfe nicht rasten, bis der König sein Ministerium aufgelöst hätte, man müsse kämpfen bis auf den letzten Blutstropfen, man müsse vor allem Waffen für die Massen des entfesselten Volkes haben. So warf sich ein Schwarm, geführt von dem Prokurator Corny und dem Pfarrer der Stephanskirche [1]), auf den Palast der Invaliden, wo 20 Kanonen und 28 000 Flinten erbeutet wurden; ein anderer eröffnete von der Antonsvorstadt einen Angriff auf die Bastille, wo man ebenfalls große Waffenvorräte vermutete. Das Schloß war berufen als Gefängnis für willkürlich Verhaftete, besonders für vornehme Staatsgefangene, Opfer der höfischen Parteien und nicht selten der Laune der Machthaber. Mit seinen schweren Mauern von zehn Fuß Dicke, mit seinen acht dunklen und massiven Türmen lag es gerade am Eingange des eigentlichen Paris und beherrschte mit den von seinen Zinnen hinunterblickenden Geschützen die Antonsvorstadt, das Quartier der Fabrikarbeiter und Tagelöhner. Es war ein lebendiges Zeichen der despotischen Willkür im alten Staate; es war ein starkes Bollwerk gerade in dem Hauptbette für den Strom der Pariser Revolution. Der Freiheitssinn der Massen und die Berechnung der Demagogen vereinte sich in dem bald durch ganz Paris weiterhallenden Rufe: nieder mit der Bastille! Trotz der Gräben, Mauern und Kanonen des Schlosses war die Schwierigkeit der Aufgabe nicht groß. Die Besatzung war 138 Mann stark, davon ein Drittel Invaliden [2]), hatte

[1]) Ein großer Freund und Verehrer Lafayettes (vgl. seine Thätigkeit nach dem 22. Juli, Lafayette II).

[2]) Nach anderen Angaben 82 Invaliden und 32 Schweizer.

zwei Säcke Mehl als Proviant und konnte das Abschneiden des Wassers nicht hindern. Hülfe und Entsatz waren unmöglich. Aus der Vorstadt wälzten sich unabsehbare Massen bewaffneten Volkes gegen den Eingang heran; aus Paris kamen mehrere Kompanien der zur Revolution übergetretenen Regimenter, an ihrer Spitze die französischen Garden. Indes weigerte der Befehlshaber de Launay die Uebergabe; der Kampf begann, und nachdem einige Bürger mit waghalsiger Kühnheit die Ketten der Zugbrücke durchschnitten, wurde der erste Hof des Schlosses genommen, dann aber zum grimmigen Zorne der Angreifer ein Sturm auf den zweiten blutig zurückgeschlagen. Damit aber war der Mut der Besatzung zu Ende. Die Invaliden begehrten zu kapitulieren; de Launay, durch seine Offiziere verhindert, sich mit dem Schlosse in die Luft zu sprengen, ließ auf Versprechen freien Abzugs die zweite Brücke nieder, und nun flutete die siegende Masse, die einen freiheitjubelnd und begeistert, die anderen blutgierig und mordlustig in das alte Gebäude. Auf der Stelle war das Leben der Besatzung bedroht; die gemeinen Soldaten wurden mit Mühe durch die französischen Garden errettet, de Launay aber und seine Offiziere trotz langen, heldenmütigen Ringens der sie beschützenden Volksführer niedergemacht und die Köpfe im Triumph umhergetragen. Gleich nachher fiel im Rathause der Präsident des Ausschusses Flesselles, auf welchen das Volk den Argwohn geworfen hatte, daß er der revolutionären Bewaffnung Hindernisse in den Weg gelegt und de Launay Beistand versprochen [1]). Das einzige, was die improvisierte Behörde zum Schutze der Privatsicherheit noch veranstalten konnte, war der Befehl, die Häuser während der Nacht zu erleuchten. Sonst wogte die entfesselte Bewegung tosend durch alle Quartiere der Stadt. Die Gerüchte jagten sich: die Truppen von Versailles seien gegen Paris im Anmarsche, die liberalen Deputierten gefangen, die Beschießung der Stadt

---

[1]) Daß es nicht bewiesen war, zeigt die genaue Untersuchung bei L. Blanc, Buch I, Kap. 11.

befohlen. Die Hauptstraßen bedeckten sich mit Barrikaden, auf den großen Plätzen wurden Redouten aufgeworfen und mit Geschützen besetzt, Männer und Weiber zogen bewaffnet, drohend und jauchzend durch die Straßen. Man sagte am 16., wenn der König jetzt nicht nach Paris käme, so würden 80 000 Bürgergarden ihn in Versailles abholen und den Schwarm der Aristokraten in alle Winde verjagen.

Es war nicht mehr nötig. Schon am 15. erschien der König, nur von seinen Brüdern begleitet, in der Nationalversammlung, zeigte den Rückmarsch der Truppen und die Wiederberufung Neckers an und bat um Vermittelung in Paris. Am 16. traf dort eine Deputation der Versammlung ein, fand noch alle Straßen voll von Barrikaden und die Agenten des Herzogs von Orleans mit dem Zuge auf Versailles beschäftigt, entzündete aber durch ihre Nachrichten auf dem Stadthause unermeßlichen Jubel. Mitten in dieser Begeisterung wurde durch Zuruf der Präsident der Kommunen am Tage des Ballhauses, Bailly, als Maire der Hauptstadt und General Lafayette als Führer ihrer Nationalgarden proklamiert. Beide Männer wollten nun von dem Herzoge von Orleans weder als König noch als Generalstatthalter etwas wissen, und man beschloß, Ludwig XVI. persönlich in Paris auftreten zu lassen, um durch einen solchen Schritt der Hingebung jede Hoffnung auf einen Thronwechsel abzuschneiden. In der Nacht flohen die Minister, die Generale der letzten militärischen Operationen, die Prinzen von Artois und Condé aus dem Lande, und am 17. schickte sich der König zu der gefährlichen Reise in seine Hauptstadt an, nachdem er sein Testament gemacht und das Abendmahl genommen hatte. Indes gelang der Zug. Unter dem Schutze Baillys und anderer populärer Abgeordneten kam der König in anderthalbstündiger Fahrt von den Barrieren bis zum Stadthause, unter dessen Fenstern Hunderttausende den Platz und die Straßen füllten. Er selbst vermochte nicht zu sprechen; Bailly und Lally-Tollendal thaten es für ihn, und unzählige Vivats antworteten aus der Menge. Von Philipp von Orleans war keine Rede weiter.

Der König war unterworfen, die Regierung an die Nationalversammlung übergegangen. Ob aber in diesem Augenblicke das Wort Regierung noch etwas bedeutete, wußte kein Mensch. Denn wie der Funke in der Mine hatte der Pariser Aufstand eine unermeßliche Explosion in ganz Frankreich hervorgebracht, in welcher binnen wenigen Tagen der alte Staat für alle Zeiten zu Grunde ging. In allen Provinzen ohne irgend eine Ausnahme erhoben sich die Stände, die Ortsbehörden, die Bürgerschaften, die Bauern und die Proletarier. In der Bretagne, wo alle Anstalten zur Revolution seit Monaten getroffen waren, setzten die Städte neue Municipalitäten ein und rüsteten aus den königlichen Waffenmagazinen die Bürgergarde. In Caen stürmte das Volk die Citadelle, zertrümmerte die Bureaux der Salzsteuer und hätte die Beamten ohne Dazwischenkunft der Nationalgarde erschlagen. In Rouen, Vernon, Nevers bildeten sich in der Aufregung des Parteienhaders mehrere Gemeinbehörden, ja mehrere Nationalgarden nebeneinander, die sich mit heftiger Eifersucht anfeindeten. Im allgemeinen war die Ausrüstung der Bürgerwachen binnen acht Tagen in ganz Frankreich vollständig, mit Waffen, wie man sie eben zur Hand hatte, Flinten, Piken, Dolchen, Säbeln, in der Regel ausreichend gegen zu unbändige Tumultuanten, zu weiteren Zwecken nicht erforderlich, da im ganzen Reiche nicht ein einziges Regiment gegen sie ausgerückt wäre. Die königlichen Intendanten ließen sich nicht blicken, die Parlamente strebten vergessen zu werden, die alten Gerichtsbehörden verschwanden spurlos. Das Bedürfnis der privaten Sicherheit rief dann, wie in Paris, allerorten permanente Ausschüsse in das Leben, selten durch regelmäßige Wahl der Bürger, meistens durch Zuruf oder eigene Machtvollkommenheit ernannt. Diese brachten, von den Nationalgarden unterstützt, in den meisten Städten eine leidliche Ordnung zu stande, d. h. sie verhüteten in der Mehrzahl der Orte Totschlag und Plünderung. Was aber mit dem alten Staatswesen zusammenhing, hatte auf keinen Schutz zu rechnen. Die Zollhäuser an den Stadtthoren wie an den

Reichsgrenzen wurden zu großem Teile zerstört, mißliebige Offiziere und Beamte verfolgt und niedergemacht, in einigen Orten, St. Denis, Poissy, St. Germain, sogenannte Kornwucherer aufgehängt. In Poissy rettete eine Deputation der Nationalversammlung einen solchen Unglücklichen, einen braven Mann, wie sich später herausstellte, der vierzig Arbeiter ernährte, nur durch fußfälliges Flehen aus den Händen einer wütenden Rotte. Ueberhaupt trat bei der drückenden Teuerung die Sorge um Brot mit furchtbarem Gewichte hervor. Die Bauern fürchteten sich, ihr Korn in die brausenden Städte, vielleicht zur Plünderung, zu führen, die städtischen Behörden, dann ihres Lebens nicht sicher, schickten heimliche Agenten, um Getreide zu jedem Preise zu kaufen; diese kreuzten ihre Operationen, trieben die Preise in die Höhe, erregten die Aufmerksamkeit der Dörfer, wurden angehalten, auch wohl als Kornwucherer totgeschlagen. Kurz, es war Verwirrung, Aufregung, immer anwachsendes Getümmel an allen Punkten.

Alles dies aber schien gelinde und leichte Unbequemlichkeit, wenn man es mit dem Zustande der Landschaften verglich. Hier hatte der Druck des Feudalstaates am stärksten gelastet, alle einzelnen am schwersten getroffen: hier war auch, sobald die zwingende Macht der Obrigkeit nicht mehr empfunden wurde, der Ausbruch über alle Beschreibung entsetzlich [1]). Im Norden, wo der größte Teil der Aecker von wohlhabenden Pächtern mit gut bezahlten und gehaltenen Knechten betrieben wurde, blieb es bei der plötzlichen Versagung aller Leistungen, Zehnten, Dienste und Fronen, so daß bald die Pächter, bald die Gutsherren sich mit einem Schlage vermögenslos sahen. Anderwärts brachen die Bauern in die Grundstücke, die sich der Gutsherr zur eigenen Bewirtschaftung vorbehalten hatte, und richteten sich dort mit voller Bequemlichkeit ein. Immer jedoch wurde das Leben der Gutsherren und ihre Wohnung geachtet. Im Centrum aber und im Süden des Reiches, in den Gegenden der

[1]) Gute Details bei Buchez IV, 1e édit.

Meierwirtschaft und ihres Elendes, hatten die Erbitterung und die Roheit der Bauern nicht Maß und Ziel. In Auvergne und Dauphiné rotteten sie sich zuerst in den Bergen zusammen und stiegen dann tumultuarisch bewaffnet in die Thäler und Ebenen hinab. Da gingen die Schlösser in Flammen auf, die Klöster wurden zerstört, die Edelleute, wo man ihrer habhaft wurde, oft unter gräßlichen Martern zu Tode gebracht. In der Franchecomté brannte bis zum Ende des Monats jeden Tag ein adliges Schloß, und als die Bürgergarde von Vesoul einschreiten wollte, wurde sie besiegt und der Ort selbst von den Rotten der Landleute mit stürmender Hand genommen. Nicht weit davon, in Maconnais, sammelte sich ein Haufe Banditen, der bis auf 6000 Mann anwuchs, den Bauern, die sich nicht anschließen wollten, den roten Hahn selbst aufs Dach setzte, ihrer 230 niedermachte[1]), in vierzehn Tagen 72 Schlösser verbrannte und erst am 29. durch die vereinten Bürgergarden aller benachbarten Städte in förmlichem Treffen auf das Haupt geschlagen wurde. Die Wogen einer fessellosen und blutdürstigen Anarchie schlugen über dem Reiche zusammen.

Dahin hatte es in wenigen Wochen der unsinnige Versuch gebracht, ein System, welches den Staat dem Bankerotte und das Volk der Verarmung überlieferte, mit offener Gewalt zu behaupten. Das Schwert, welches das Wachstum der Nation treffen sollte, war bei dem ersten Versuche gebrochen. Behörden und Truppen waren von der Oberfläche des Bodens verschwunden, kein Gesetz, kein Gericht, keine Autorität existierte, die Gesellschaft löste sich in ihre Naturelemente auf. Es ist der Nationalversammlung nicht selten der Vorwurf gemacht worden, daß sie in ihrem Neuerungseifer an alles die Hand gelegt, nichts Bestehendes geachtet, keinen Uebergang vom Alten zum Neuen gesucht habe. Wir werden, wo es sich gehört, diesen Vorwurf nicht verschleiern, aber in den meisten Richtungen gebührt er nicht ihr, sondern den Gegnern ihrer ersten Tage. Was denn hatte der Sturm,

[1]) Bericht an die A. N. Sitzung vom 22. März 1791.

welchen das Ministerium Breteuil erregte, von dem alten Staate übrig gelassen, um es nun langsam zu verbessern und verbessernd zu erhalten?

Mirabeau hatte wieder recht, als er am 17. Juli dem wohlgemeinten Antrage Lallys, das Volk durch eine kräftige Proklamation, nachdem es die Freiheit gewonnen, zur Ordnung und Gesetzlichkeit zu ermahnen — als er diesem Wunsche mit der Antwort entgegentrat, nicht auf Ermahnung komme es an, sondern auf neue Organe der Gesetzlichkeit; die Gemeindebehörden seien so schnell wie möglich neu zu schaffen; die Versammlung möge einige kurze Sätze als allgemeine Richtschnur geben, das einzelne sonst den einzelnen Orten überlassen und nur die schleunige Vornahme der Wahlen befehlen. Ueber diesem Streite geschah aber gar nichts. In Paris vor allem blieb der anarchische Zustand im Wachsen; die Wähler, die im ersten Augenblicke die Leitung ergriffen, sahen sich durch die städtischen Distrikte in ihrer Kompetenz angefochten, und die Tumultuanten hatten wieder völlig freie Hand. Fünf Mal in fünf Tagen rettete nur Lafayettes schmeichelnde Popularität ein Opfer der Volksjustiz, endlich aber, am 22., wurden trotz aller seiner Anstrengungen der Minister Foulon und sein Schwiegersohn Berthier unter greuelvollen Mißhandlungen ermordet. Das Verbrechen kam nicht bloß aus der aufwallenden Leidenschaft der Massen; die Führer, welche die Fortdauer der Unordnungen wünschten, hatten es sich große Summen kosten lassen [1]), immer aber gab es viele Tausende, die für einen solchen Preis zu haben waren. Auf die Nationalversammlung und die Ordnungspartei in Paris machte es den stärksten Eindruck. In Paris dankten die Wähler ab, und 120 von den Distrikten gewählte Vertreter bildeten einen neuen Gemeinderat, der auf

---

[1]) In Mirabeaus Korrespondenz kommt die Aeußerung vor: Foulons Tod hat hunderttausende, der Mord des Bäckers François nur wenige tausend Livres gekostet. Auch Bailly hat dieselbe Ansicht II, 293. Berthier reiten 600 Mann zu Pferde entgegen, um die Bemühungen der Eskorte, ihn direkt in das Gefängnis zu bringen, zu vereiteln. Vgl. Crokers Essays 70.

der Stelle und nach allen Seiten hin den Unordnungen in den Weg trat. Die Nationalversammlung erließ jetzt ihre Proklamation, in den Provinzen jedoch, wie Mirabeau vorausgesagt hatte, ohne irgend eine Wirkung. Unaufhörlich wiederholten sich die Berichte von dem Brande der Schlösser und der Mißhandlung der Edelleute, von Verwüstung der Kirchen, wo sich unbeliebte Geistliche, von Plünderung der Pachthöfe, wo sich reiche Getreidevorräte fanden. Der Ausschußbericht sagte darüber am 3. August: in allen Provinzen ist jede Art des Eigentums dem schändlichsten Raube zur Beute; die Auflagen, die gutsherrlichen Rechte, alles ist zerstört; die Gesetze sind ohne Kraft, die Magistrate ohne Ansehen, die Rechtspflege ein eiteles Scheinbild. Der Ausschuß wußte wieder nichts Besseres als eine nachdrückliche Proklamation; dieses Mal aber griff eine weitere und praktischere Auffassung durch. Man sah ein, daß sich überhaupt nichts würde erhalten lassen, ehe das Unhaltbare völlig und gesetzlich abgethan wäre; daß eine Regierungsgewalt erst dann wieder möglich würde, wenn sie sich die freie Zustimmung der Nation erobert hätte. Man stand aber in diesem Augenblicke an dem eigentlichen Brennpunkte der Revolution. In all jenen Greuelscenen brach das tiefe Elend der Tausende und Hunderttausende an den Tag, welche das System der feudalen Rechte, nicht durch seine Mißbräuche, sondern durch sein Dasein, zu Knechtschaft und Hunger die Jahrhunderte hindurch verurteilt hatte. Alle anderen Nöte, die Verlegenheit des Staatsschatzes, die Ohnmacht und die Gewaltthätigkeit der Monarchie, die Erniedrigung Frankreichs im Auslande, alles ging zuletzt auf die eine Quelle zurück, aus welcher die leibliche und geistige Verarmung des französischen Volkes entsprang. Wer über die Grenzen und die Schranken des Augenblicks hinaussah, mußte sich sagen, daß die Geschichte des Jahrhunderts in Europa kaum einen anderen Inhalt als die Vernichtung des Feudalsystemes hatte, und daß die Revolution, wenn sie eine Geschichte haben sollte, die Vernichtung des Feudalsystemes aussprechen mußte. Thatsächlich war es bereits durch die Thorheit des Ministe-

riums Breteuil in alle Lüfte gesprengt: welcher Mensch von Einsicht und Gewissen hätte einen heißeren Wunsch haben können als die Besiegelung des Umsturzes durch ein feierliches Gesetz? Wer die Frevel, welche den Ausbruch begleitet hatten, beseufzte, konnte er, wenn er ein Herz für sein Land und sein Volk hatte, zu Strenge und Strafe schreiten auf einem anderen als einem befreiten und gereinigten Boden? Der ganze Kampf, den man um die Vereinigung der drei Stände zu einer Versammlung geführt, hatte keinen anderen Zweck gehabt. Die Abschaffung des Feudalsystemes war der Gärungsstoff für das politische Leben Frankreichs vom Tode Ludwigs XIII. bis zum Eröffnungstage der Reichsstände gewesen. Hier war kein Zaudern noch Innehalten möglich.

Der Adel in seiner liberalen Minderheit ehrte sich selbst durch die Initiative, die er in der Nachtsitzung des 4. August ergriff. In materiellem Sinne gehörte kein großer Opfermut dazu, auf Dinge zu verzichten, die durch Schwert und Feuer schon völlig zu Grunde gegangen waren: aber man soll die patriotische Einsicht anerkennen, die, um dem Vaterlande seine Zukunft zu gründen, selbst den Stempel der Gesetzlichkeit auf die eigenen Verluste drückte. Nachdem Noailles und Aiguillon die ersten Anträge gestellt [1]), erhob sich ein maßloser Wetteifer, alle Teile des Systems zur Sprache und zum Gericht zu bringen. Vielleicht niemand in der Versammlung hatte geahnt, wie lang und mannigfaltig das Verzeichnis der Lasten war, welches sich jetzt in erschreckendem Ueberblicke herausstellte. Ich will das unzählige Male Beschriebene nicht wieder beschreiben, wie der Eifer von Stunde zu Stunde stieg, wie man sich mit der Redaktion der Beschlüsse nicht aufhielt, in atemloser Eile endlich, um gar nichts auszulassen, nur noch Grundsätze, Wünsche und Hoffnungen verfügte, nach allen Seiten hin die vernichtenden und befreienden Schläge richtete, Leibeigenschaft, Herren-

[1]) Daß sie vorher bei Orleans gespeist, worauf ihre Gegner ein großes Gewicht gelegt, kann an dem Werte ihres Antrags nichts ändern.

gerichte, Grundrenten, Zehnten, Jagdrechte, käufliche Aemter, Sporteln, Stolgebühren, Gemeinde- und Provinzialprivilegien, Standesvorrechte, Steuerexemtionen, Häufung der Aemter und Pfründen, alles in einer Nacht, in einem unaufhaltsamen Zuge beseitigte und endlich in brausender Begeisterung den Dank der Nation an Ludwig XVI., den Hersteller der Freiheit, und die Abhaltung eines Tedeum votierte.

Es war das kein Akt gewöhnlicher Gesetzgebung. Nach dem Maße einer solchen gemessen, würde es Anlaß zu reichlichem Tadel bieten. Ein Teil der Beschlüsse vertilgte wohlerworbene Rechte und Einkünfte; man setzte wohl hinzu, sie sollten fortbezogen werden, bis man eine Entschädigung und Ablösung geregelt hätte, man wußte aber wohl, daß bei dem jetzigen Zustande an die Erhebung nicht zu denken war. Eine andere Reihe hob organische Einrichtungen auf, die für den Staat ebenso wesentlich waren wie für die bisherigen Begünstigten, die Patrimonialgerichtsbarkeit, die Käuflichkeit der Aemter, die Gerichtssporteln, das Jagdrecht. Es ist mit leichter Weisheit oft gerügt worden, daß man nicht vorher die neue Ordnung geschaffen, weil der Zusatz, es solle bis zu deren Einführung das Alte provisorisch fortbestehen, ohne alle Wirkung sein mußte. Es ist allerdings ganz wahr, daß nach dem 4. August kein Herrnrichter mehr fungieren, kein Zehntpächter mehr erheben, kein Lehnsherr seine Gefälle erlangen konnte, daß sich ganz Frankreich mit Schützen bedeckte, welche die Felder zertraten, die Forsten beschädigten, das erlegte Wild im Walde selbst mit gefreveltem Holze brieten: aber es ist ebenso unzweifelhaft, daß alle diese Ungesetzlichkeiten auch vor jener Sitzung sich ohne Halt und Scheu vollzogen, keine abwehrende Gewalt sich gegenüber hatten und sich auch ohne die Beschlüsse der Versammlung fortgesetzt hätten. Unvermeidlich also waren bei weitem die meisten der Beschlüsse und höchst dringend ihr sofortiger Erlaß. Was man tadeln kann, und was selbst Mirabeau die Nacht des 4. als eine Orgie bezeichnen ließ, war der Taumel der Aufregung, der ihre Entstehung begleitete, manche unnötige und rechtswidrige Einzelheit in das Leben

rief, mehrere nachher beseitigte Anträge als neuen Zündstoff in die Gärung des Volkes warf und vielen späteren Unbesonnenheiten der Versammlung als gefährliches Muster gedient hat.

Immer aber hatte die Versammlung am 4. August das bleibende Interesse des Staates und die großen Gesetze der nationalen Entwickelung für sich. Ihre Beschlüsse waren das große Manifest, womit die Versammlung die gerechten Wünsche der Nation zusammenfaßte und sich an die Spitze aller wahren Bedürfnisse und Hoffnungen des Volkes setzte. Nicht auf die Zerstörung des Alten, durch welche die Bahn zur Zukunft hindurchführte, ist die Reihe der Anklagen zu gründen, die sich mit Recht gegen die Versammlung erheben lassen. Ihre Schwäche kam erst dann zu Tage, als sie unter den verschiedenen Gestaltungen des Neuen mit voller Freiheit das Unrichtige wählte. Was sie hier geschaffen, ist längst der Zerstörung anheimgefallen; der Gewinn des 4. August aber ist für alle Zeiten gewonnen, die Freiheit der Arbeit, die Gleichheit des Rechtes, die Einheit des Staates.

Mehrere Tage wurden übrigens verwandt, um die Beschlüsse jener Nacht zu redigieren. Einiges fiel, als zu unbestimmt, ganz hinweg, anderes, wie die einstweilige Fortdauer der aufgehobenen Institute, wurde genauer gefaßt. Die lebhafteste Verhandlung entstand über die Kirchenzehnten, wo zum ersten Male eine herbe Abneigung gegen alles Kirchliche in der Versammlung anschlug. Umsonst forderte Sieyès im Namen der Gerechtigkeit und des Staatsnutzens, daß man nicht ohne Ablösung den Grundbesitzern ein Geschenk von 130 Millionen machen solle: Buzot entgegnete, die Geistlichkeit möge bei einer verlorenen Sache den Anstand freiwilligen Verzichtes wahren und sich erinnern, daß all ihr Besitz doch Eigentum des Volkes sei. Aus ähnlicher Stimmung entsprang das Gesetz, welches alle Zahlung kirchlicher Abgaben an den Papst verbot: man wird nicht umhin können, darin einen offenen Angriff zu sehen, welcher durch keine vorausgegangene Verletzung gerechtfertigt war.

Denn in jener Zeit war die römische Kurie friedfertiger und nachgiebiger gegen die Staatsgewalten als jemals früher oder später; sie hatte in feierlicher Weise den jesuitischen Bestrebungen abgesagt, welche das folgende Jahrhundert wieder in Flammen setzen sollten; die Abschaffung ihrer hergebrachten Einkünfte war also damals eine grundlose und folglich unkluge Feindseligkeit.

Drittes Kapitel.

Die Menschenrechte.

In die Zukunft, welche der 5. Mai 1789 den Franzosen eröffnete, trat wohl kein Mensch mit unruhigeren Hoffnungen als General Lafayette. Seitdem der amerikanische Befreiungskrieg unter seinen Augen zum glücklichen Ausgang gediehen, trug er sich mit dem Gedanken an eine ähnliche Umwälzung in Frankreich. Die Mißbräuche des alten Staates lagen offen vor jedermanns Augen; auch er kannte sie gerade so weit, um seine Neigungen für durchaus patriotisch halten zu können. Bei den Notabeln und den Ständen seiner Provinz redete er gegen die Gefahren der Verhaftsbefehle, über die Notwendigkeit der Steuerbewilligung und für die Berufung der Reichsstände: Briennes Gewaltschritte gegen die Parlamente verstand er nach ihrer Ungesetzlichkeit und Rechtsverletzung zu beurteilen und sich in dem Widerspruche dagegen bemerklich zu machen. So erweiterte er den liberalen Ruf, der ihm aus seinem Ritterzug nach Amerika erwachsen war; er trat mit allen Mißvergnügten der Zeit in Verbindung, wurde ein naher Freund des Gerichtsrates Duport, welcher die eigentliche Seele jener parlamentarischen Unruhen gewesen, und gehörte bald zu dem engeren Kreise der Männer, welche die Fäden aller damaligen Opposition

in der Hand hielten. Es verstand sich damit von selbst, daß seine Popularität in raschem Fortschritte wuchs, zumal er selbst ein entschiedenes Talent zu vorsichtiger Wühlerei entwickelte, die ihn sehr verschiedenen Bestrebungen als künftigen Führer bezeichnete, ohne ihn gegen oben irgend bloßzustellen. Mit jeder Art des Widerstandes, schrieb er einem Freunde, hab' ich mich verbunden; oft habe ich Werkzeuge gebraucht, die bald zerbrochen werden müssen; alles habe ich versucht, außer dem Bürgerkrieg, und auch den hätte ich führen können, wenn ich ihn nicht verabscheute.

So kam er als ein Mann nicht bloß des Rates, sondern auch zur Revolution gerüstet in die Versammlung der Reichsstände. Anfangs machte er sich wenig bemerkbar; er hatte, um seiner Erwählung sicher zu sein, sich einem adligen Wahlkreise gegenüber zu dem Versprechen bequemt, nur auf einen förmlichen Beschluß der Adelskammer für Vereinigung der drei Stände zu wirken, und damit von vornherein sich jede offene Thätigkeit abgeschnitten. Noch am 27. Juni, als der König die Vereinigung befohlen, ließ er sich von der Kammer bescheinigen, wie gehorsam er seinem Auftrage nachgelebt, und dachte, da ihm bereits seine Eigenschaft als Adelsdeputierter ein unberechenbares Unglück erschien, sich in irgend einer Ersatzwahl des dritten Standes neu ernennen zu lassen. Diese Schwierigkeiten hinderten ihn jedoch nicht, seine populären Verbindungen im stillen zu pflegen. Um seinen Freund Duport sammelte sich jetzt der Bretonische Klub, ein Verein liberaler Abgeordneter, der Mehrzahl nach Vertreter der Bretagne; Duport überlieferte demselben die allmählich durch und um ihn organisierte Pariser Demagogie, und Lafayette verstand, durch seinen Ruf und Reichtum gleich sehr befördert, davon den größten Vorteil für seinen Einfluß zu ziehen. Der Herzog von Orleans, dessen Opposition gegen den Hof den meisten dieser Umtriebe damals zum Aushängeschild diente, suchte sich bereits in den ersten Tagen des Juli dem jungen Generale anzunähern; Lafayette aber, der schon seine eigene Stärke kannte und den Herzog tief verachtete, wies ihn kalt und

wegwerfend zurück. In der Versammlung stimmte er, seines Wahlversprechens eingedenk, auch jetzt noch nicht, ließ sich aber dadurch nicht abhalten, einen Lieblingsgedanken, der ihn völlig charakterisierte und ihm den begeisterten Jubel, nicht aller Liberalen, wohl aber aller Revolutionäre, zuwandte, vor die Versammlung zu bringen. Er beantragte am 11. Juli den Erlaß einer Erklärung der Menschenrechte, nach amerikanischem Muster. Ehe es aber hierüber zu einer Abstimmung kam, entschied derselbe Tag in anderer Weise über seine Stellung. Die Einsetzung des Ministeriums Breteuil bewies dem dritten Stande, daß andere Waffen als die der Rednerbühne zur Anwendung kommen und die Entscheidung von den Pariser Barrikaden und der Haltung des Heeres abhängen würde. In dieser Lage erschien es zweckmäßig, einen Mann an die Spitze der Versammlung zu setzen, der volkstümliche und militärische Vorzüge zugleich vereinte: so schuf man, weil das Präsidium bereits besetzt war, die sonst nicht vorkommende Würde eines Vizepräsidenten, um Lafayette, damals innerhalb der liberalen Partei den einzigen General von Ruf, damit zu bekleiden. Er nahm es an und erklärte, die Gewalt der Umstände nötige ihn, auf sein Wahlversprechen keine Rücksicht weiter zu nehmen, sondern das Vaterland erretten zu helfen. Diese Ernennung war nichts als die Stufe zu einer praktisch wirksameren Machtstellung; am 15. wurde er durch den begeisterten Ruf der Volksmassen auf dem Greveplatz zum Befehlshaber der Pariser Volksbewaffnung gemacht. Man nannte sie damals städtische Miliz; er taufte sie, die Einheit aller Milizen des Reiches im Auge, zur Nationalgarde um. Sie trug die Farben der Stadt, Blau und Rot; er fügte, um sie von den gleichen Farben des Hauses Orleans zu unterscheiden, das bourbonische Weiß hinzu und elektrisierte dann die revolutionäre Stimmung durch das Wort, diese Kokarde werde die Reise um die Welt machen. Es war keine leere Redewendung, denn er hatte bereits Verbindungen in Holland und Irland, um durch Unruhen in beiden Ländern den ihm seit Amerika verhaßten englischen Einfluß

zu brechen [1]. Nur die Bitten der Minister Necker und Montmorin, die sich nichts weniger als auswärtige Verwickelungen zu ihren inneren Nöten wünschten, hielten ihn damals von weiterer Propaganda ab. Immer sieht man, wie wenig er geeignet war, der Revolution die Achtung vor dem Völkerrechte zu lehren.

Verhängnisvoller aber für den Augenblick wirkte in denselben Tagen sein Antrag auf eine Erklärung der Menschenrechte.

Er war nicht der Erfinder des Gedankens, dieses von den Amerikanern gegen England gerichtete Manifest in Frankreich nachzuahmen. Der Vorschlag findet sich vielmehr in verschiedenen Wahlheften; im Verfassungsausschuß setzte Sieyès, dessen abstrakten Neigungen er höchlich entsprach, die Ankündigung desselben durch. Ueberhaupt lag die Beschäftigung mit theoretischer Politik und die unmittelbare Anwendung derselben auf die einzelnen Dinge des Tages in der Luft. Alles überlieferte Recht war streitig, unsicher, dem neuen Freiheitsbewußtsein verhaßt: man hatte das tiefe, heiße und richtige Gefühl, daß der künftige Staat auf dem Grunde einer völlig anderen Anschauung der Welt und der Sitte auferbaut werden müsse, und nichts lag näher als der Wunsch, vor allem die leitenden Grundsätze dieser Anschauung sich selbst, den Zeitgenossen und den Nachkommen klarzustellen. In diesem Sinne wird die Erklärung der Rechte, trotz all ihrer verderblichen Fehler und Unvollkommenheiten, ein Markstein auf der Grenze zweier Weltalter bleiben und für immer den Ausgang und die Richtung einer neuen, unaufhaltsamen Strömung in dem europäischen Staatsleben bezeichnen.

Dennoch aber ist es wahr, daß die Behandlung und die Form derselben die tiefe Krankheit des damaligen Frankreich und die Furchtbarkeit ihrer bevorstehenden Krisen in der schärfsten Fassung erkennen läßt.

Der Antrag auf eine Erklärung der allgemeinen Menschen-

---

[1] Mémoires IV, 82.

rechte war ein Zeichen dieser Krankheit, nicht ein Schritt zu ihrer Heilung. Das Uebel bestand darin, daß in Frankreich niemand mehr ein lebendiges Verhältnis zu dem Staate, dem realen französischen Staate, besaß, daß eine mehrhundertjährige Entwickelung die politische Thätigkeit der einen in eine genießende Ausbeutung des Staats und das politische Streben der anderen in die Sehnsucht nach gleichem Genusse verwandelt hatte, daß jeder an sich und die Seinen, an seine Sicherheit und Freiheit dachte und niemand sich die Frage stellte, zu welcher Arbeit und welcher Leistung er selbst und jeder andere Bürger in den gegebenen Zuständen sich verpflichten müsse, um den Staat zur Ausführung jener Wünsche fähig zu machen. Einige Stimmen in der Versammlung, der Abbé Grégoire und der Jansenist Camus, forderten allerdings eine Erklärung der Pflichten: es war aber begreiflich genug, daß sie keinen Eindruck damit machten, da auch sie auf dem Boden der allgemeinen Sittengesetze blieben und damit den wahren Fehler und die eigentliche Gefahr der Erklärung der Rechte schlechterdings nicht beseitigten. Alle theoretischen Bestimmungen der allgemeinen sittlichen Grundbegriffe brachten die wirkliche Aufgabe keinen Schritt der Lösung näher; im Gegenteil, sie bedrohten das Land mit einer Flut verderblicher Mißverständnisse, da auch die beste philosophische Begriffsbestimmung nicht ohne tiefe Modifikationen sich auf die Wirklichkeit der menschlichen Bedürfnisse und Leidenschaften anwenden läßt. Sollte aber die Erklärung der Rechte zur sofortigen Anwendung fähig sein, sollte sie feststellen, welche Befugnisse und Leistungen jedem Franzosen, je nach seiner Lebenslage, in dem damaligen Staate zukämen, so war sie nichts anderes als die künftige Verfassung selbst, und nichts war zutreffender als Mirabeaus Antrag, wenn überhaupt eine Erklärung der Grundsätze beliebt werde, dieselbe erst nach der Verfassungsarbeit als deren Zusammenfassung und Abschluß vorzunehmen.

Lafayettes Antrag geht auf drei Hauptsätze zurück:

alle Menschen sind frei und gleich, nur das Gesamtwohl darf einen Unterschied begründen; —

alle Menschen haben das Recht zum Widerstand gegen Unterdrückung; —

alle Souveränität hat ihren Ursprung im Volke; kein einzelner darf eine Autorität ohne ausdrückliche Uebertragung ausüben.

Er folgert hieraus dann für die einzelnen Religions- und Preßfreiheit, Sicherheit der Person und des Eigentums, Unterwürfigkeit gegen das Gesetz, wenn man selbst oder durch seine Vertreter zugestimmt hat, Teilung der gesetzgebenden, ausführenden und richterlichen Gewalt. Dies alles endlich nicht als das Programm einer neu einzuführenden Verfassung, sondern als überall geltendes Urrecht, dessen bisherige Unterdrückung rechts- und sittenwidrig sei.

Die Grundanschauung, auf welcher diese Anträge beruhten, war eine höchst bedeutsame. Die Bewegung, die zum Sturze des Feudalsystems führte, ließ sich in die drei Worte zusammenfassen: alles für das Volk. Lafayette setzte nun mit gleichem Nachdruck die weitere Forderung hinzu: alles durch das Volk. Er übersah dabei den tiefen Unterschied, welcher die Erreichbarkeit des einen von der des anderen Satzes trennt. Die Richtung auf das gemeine Wohl kann auf der Stelle jede einsichtige Regierung den Einrichtungen jedes Staates geben, sobald sie will. Eine gedeihliche Verwaltung aber wird sich mit eigenen Kräften eine Nation erschaffen, nicht sobald sie will, sondern sobald sie kann. Die Masse der Menschen wird nicht politisch fähig durch den bloßen Ausspruch des Gesetzes, daß sie politisch mündig sei, sondern erst durch verbreitete Bildung des Geistes und mehr noch des Charakters. Damals aber war die französische Nation zur Selbstregierung so schlecht wie möglich vorbereitet, die Massen in tiefe Unwissenheit, die höheren Stände in beispiellose Sittenverderbnis versunken, überall eine brennende Gier bald nach Rache und Zerstörung, bald nach Herrschaft oder Bereicherung, an keiner Stelle aber ein aufgeklärter Gemeingeist und bei den meisten gerade so viel Vaterlandsliebe, als sich aus frischer Verachtung der Kriegsgefahr und instinktivem Abscheu gegen das Ausland zu-

sammensetzte. Solch ein Volk zur sofortigen und umfassenden Souveränität berufen, hieß es durch abhetzende Anarchie zu errettendem Despotismus führen.

Doppelt stark wurde dieser Fehlgriff aber durch die weltumfassende Form, in welcher der Antrag auftrat. Gewiß, nicht bloß die Franzosen, sondern alle Völker sollen sich zur Selbstherrschaft erziehen. Aber die Selbstherrschaft durch ein Gesetz zur sofortigen Geltung einführen, kommt jedem Staate für sich allein zu, und die Eitelkeit, womit Lafayette sich und seine Revolution als weltbefreiend betrachtete, war ein wühlerischer Eingriff nicht bloß in die Ordnung, sondern auch in die Freiheit aller Staaten. Man möchte es entschuldigen mit dem Gedanken, der gewaltige Vorgang dort in Versailles habe wenigstens den großen Wert gehabt, den Völkern und Herrschern ein nachdrückliches Beispiel zu geben, nach dem sie ihre politische Weiterbildung einzurichten hätten: dann aber wird man um so tiefer bedauern, daß dieses ideale Staatsrecht nicht im einzelnen schärfer gedacht und besser redigiert war.

Denn wenn Lafayette von dem richtigen Grundgedanken ausging, daß in jedem Menschen, ohne Unterschied des Standes und Besitzes, die Würde des menschlichen und das Ebenbild des göttlichen Geistes sich abspiegele, so verfälschte er ihn fast in jeder seiner Anwendungen. Statt der Gleichheit der Rechtsfähigkeit und des Rechtsschutzes erklärte er, alles bestehende Recht vernichtend, den Anspruch auf thatsächliche Gleichheit. Statt der Pflicht der Regierung, politische Fähigkeit in immer weiterem Kreise zu verbreiten, erklärte er die Befugnis der einzelnen, gegen jedes mißliebige Gesetz sich aufzulehnen und jede bestehende Herrschaft zu beseitigen. Er erhob damit nicht den Willen der Gesamtheit, sondern die Willkür der einzelnen auf den Thron, nicht die allen gemeinsame Vernunft, sondern die Masse der individuellen Leidenschaften. Er gab diesen nicht bloß den Staat, sondern auch das Privateigentum, als den Grund der fühlbarsten Ungleichheiten, preis. Er zerstörte, was er damals zunächst bezweckte, die Möglichkeit einer parlamentarischen

Verfassung und eines demokratischen Staates. Denn nach seinen Sätzen ist es ebensogut Sklaverei, dem Willen erwählter Vertreter wie den Geboten des erblichen Königs gehorchen zu müssen. Nach ihnen ist nur ein solches Gemeinwesen möglich, wo die Masse des Volkes nicht bloß zur Gesetzgebung und Verwaltung, sondern auch zum Bruche jeder eigenen Verpflichtung und zur Verfügung über alles Eigentum befugt ist. Gerade im Gegenteil aber bedarf der in Wahrheit demokratische Staat am meisten den Gehorsam des einzelnen gegen das einmal gegebene Gesetz und die Achtung des Staates vor einmal erworbenen Einzelrechten. Je demokratischer eine Verfassung angelegt ist, desto mehr Grund hat sie, Lafayettes Menschenrechte von sich abzuweisen.

Lafayette selbst und seine Freunde waren über dies Verhältnis völlig im unklaren. Bei allem Drange nach demokratischem Ruhme fühlte er sich doch stets als großen Herrn und hatte in seinem populären Eifer keine Ahnung von der kommunistischen Bedeutung seines Thuns. Es machte ihn nicht irre, daß die beiden Menschen, die mehr als alle anderen zu seinem späteren Sturze beigetragen, Marat und Robespierre, die Erklärung der Rechte als die einzig gute That der Versammlung und jede andere Verfassung als überflüssig bezeichneten. Um so trauriger war es, daß auch die gar nicht maratistische Mehrheit der Versammlung gleich nach den Stürmen des Juli den Antrag des Generals mit großem Eifer vornahm. Eine Unzahl von Rednern hatten sich gemeldet, ein Entwurf drängte den anderen. Nichts Peinlicheres noch Langweiligeres kann man lesen als die Verhandlung, wo man durch Stimmenmehrheit ermitteln wollte, was Recht und Freiheit bedeute, zum Maße des Gehorsams jedes Bürgers gegen das Gesetz in allen Staaten und Zeiten. Der Eifer, allen geschichtlichen Schutt zu beseitigen und den reinen Vernunft- und Weltstaat zu erbauen, war unaufhaltsam. Es war vergebens, daß Malouet und Clermont-Tonnerre vor der Selbstüberhebung dieser Metaphysik warnten, vergebens, daß Mounier und Lally-Tollendal an die bestehenden Rechte des Königs erinnerten. Es gab ein tiefes

Mißvergnügen, als Mirabeau sich immer entschiedener von dieser Aufhebung aller Staatsordnung lossagte; es gab endlich Ausbrüche des heftigsten Zornes, als er immer und immer wieder von der Rednerbühne und in der Presse auf die Forderung zurückkam, die Erklärung der Rechte auf ruhigere Zeiten und bis an das Ende der Verfassung zu versparen. Man watete unermüdlich durch das Elend dieser langen Erörterungen hindurch. Ein Paragraph nach dem anderen kam bei allen Verbesserungsanträgen zuletzt doch zu stande, am 27. August war die Erklärung vollendet.

Sie wich in der Fassung überall von Lafayettes ursprünglichem Antrage ab, beseitigte jedoch keinen einzigen seiner Uebelstände, sondern fügte noch manches Samenkorn der Verwirrung und Auflösung hinzu. Denn nicht bloß die Kritik, sondern auch die Schöpfung der wichtigsten Regierungshandlungen überwies sie der augenblicklichen Willkür der einzelnen und der Massen. Jeder Bürger, sagt der sechste Artikel, hat das Recht, persönlich oder durch seine Vertreter an der Entstehung der Gesetze teilzunehmen. Jeder Bürger, sagt der vierzehnte, hat das Recht, persönlich oder durch seine Vertreter die Notwendigkeit der Steuer zu erwägen, sie frei zu bewilligen, die Anwendung zu beaufsichtigen sowie die Auflage und den Umschlag derselben zu bestimmen. Die Versammlung hatte bei dieser Feststellung keinen anderen Gedanken, als daß die Volksvertreter Gesetzgebung und Steuerbewilligung haben und mit dem Erlaß ihres Beschlusses die einzelnen Bürger sich beruhigen sollten: es ist aber offenbar, daß der Artikel selbst auch den einzelnen Bürgern volle Befugnis gab, nach Umständen das Verhältnis umzukehren, jene Rechte selbst in die Hand zu nehmen und dann ein weiteres Handeln der Abgeordneten für unnötig zu erklären. Was endlich das Verhältnis der Bürger untereinander betraf, so suchte man Lafayettes allgemeinen Ausdruck: alle Menschen sind gleich — in etwas zu mildern, indem man hinzusetzte: gleich an Rechten. Allein man gab damit nur die Möglichkeit einer besseren, nicht die Unmöglichkeit der verderblichen Auslegung. Wer es wünschte,

mochte jetzt den Artikel dahin verstehen, daß der Staat jedem Bürger den Weg zur Erwerbung aller Rechte gleich offen lasse: wer aber mit seinen Wünschen höher stieg, fand in dem Wortlaute des Artikels allen Grund, um auf Gleichmachung der thatsächlichen Rechtsverhältnisse zu bestehen und an keiner Stelle eine thatsächliche Ungleichheit weiter zu dulden.

Wie sich an diesem Punkte der Gang der Revolution entschied, so charakterisierte sich hier auch im wesentlichen der Gehalt aller Parteien der Revolutionszeit. Es waren drei Gruppen, welche von nun an um die Herrschaft rangen und bald auch räumlich sich im Lokale der Nationalversammlung schieden. Auf der Rechten saßen die meisten Edelleute und Bischöfe, die unbedingten Anhänger des Alten, bereit zu manchen einzelnen Reformen, grundsätzlich aber fest in den Anschauungen des 23. Juni, nach welchen das Volk dem Könige und dieser den alten Ständen unterworfen werden sollte. An Zahl schmolzen sie täglich zusammen, weil immer mehr Edelleute teils aus Furcht vor den Tumulten, teils aus Haß gegen die Revolution auswanderten; desto mehr steigerten sie sich an blinder und eifriger Heftigkeit und vermehrten dadurch die Leidenschaftlichkeit und Erbitterung der Gegner. In der Versammlung waren ihre besten Vertreter der Abt Maury, ein von Geist überströmender kecker und frecher Redner, ein Mensch von ausgelassenem Lebenswandel und ohne allen sittlichen Ernst, welcher dann später auch bereitwillig die Farbe wechselte, einstweilen aber bald witzig, bald salbungsvoll die Monarchie, das Recht, die Religion verteidigte; sodann der Hauptmann Cazalès, ein ritterlicher Offizier ohne Furcht und Tadel, von engem, aber geradem Urteil, von warmem Herzen und aufbrausendem Willen, ein stets schlagfertiger Redner und bereit, gegen jeden Widersacher sein Wort auch mit dem Degen zu vertreten. Im allgemeinen zeigte die Partei alle Tugenden und Fehler der alten Gesellschaft, hingebenden Mut, frivolen Leichtsinn, unbezähmbare Eigenwilligkeit. Sie waren bereit, für ihre Sache den Kopf zu verlieren, aber nicht, ihn ernst zu gebrauchen; sie stritten für das Banner

der Zucht und Ordnung und waren außer stande, ein Vorurteil oder eine Stimmung dem Bedürfnis des Landes oder der Partei zu opfern.

Im Centrum begegneten sich dann die Gemäßigten von rechts und links, die Abgeordneten, die, von der Schlechtigkeit des alten Zustandes überzeugt, die Gewaltthaten Breteuils durch die Erhebung des Juli gebrochen hatten, die Revolution aber als Notwehr und nicht als Recht begriffen und so schnell wie möglich auf den Sturz des alten die Gründung des neuen Staatswesens folgen zu lassen wünschten. Es gab unter ihnen einzelne an Charakter und Talent hervorragende Politiker, den beredten und begeisterten Lally-Tollendal, den stets thätigen, stets zuverlässigen Malouet, den geist- und kenntnisreichen Mounier, der in seiner Provinz früher als ein anderer den Sturz des Feudalstaats verkündigt hatte und jetzt in der Versammlung deutlicher als seine meisten Genossen die Gefahren des neuen Zustandes voraussagte. Leider war sein Erfolg gering. Die große Mehrzahl der ihm Gleichgesinnten waren ehrenwerte Männer, für die Freiheit begeistert, die Ordnung ersehnend, aber ohne ausreichende Kenntnis des Landes, mehr juristisch als staatsmännisch gebildet und ununterrichtet über die ersten Erfordernisse einer guten Verwaltung. Sie litten dabei unter allen jenen Schwierigkeiten, welche in stürmischen Zeiten die Bildung jeder Mittelpartei erschweren, der Ohnmacht des wägenden Verstandes gegenüber der vorwärtsstürmenden Leidenschaft, dem Mangel an fester Eintracht in den eigenen Reihen, der hemmenden Sorge vor entgegengesetzten Gefahren. Indessen dies alles hätte man wohl überwunden, wäre nicht ein weiterer, stets wichtiger, für die Aufgabe der Partei entscheidender Uebelstand hinzugetreten. Es bedarf keiner weiteren Erörterung, daß gerade für ihr Streben die erste, ja die schlechthin unerläßliche Bedingung eine unmittelbare Einheit zwischen der Nationalversammlung und der Regierung war. Das Ministerium des 15. Juli zählte nun einige Abgeordnete eben dieser Farbe, sein Haupt war Necker, der von jeher sich zu ihnen gehalten hatte. Jedermann mußte

erwarten, daß eine solche Regierung keine dringendere Aufgabe kennen würde als die Erweiterung und Organisation der Partei, daß vor allen anderen sie darauf bedacht sein würde, jene persönlichen Reibungen durch ihren Einfluß auszugleichen, jene Verschiedenheiten der Meinung durch ihr Ansehen mit sich fortzureißen. Weder das eine noch das andere überstieg menschliche Kräfte, so vielerlei Schwierigkeiten es auch bieten mochte. So schwach die Regierung im Augenblicke war, das Ansehen der formellen Sachkunde und der überlegenen Technik besaß sie auch jetzt noch: so viel Mißtrauen in der Versammlung wucherte, Reiz- und Leitungsmittel gab es für alle Mitglieder ohne Ausnahme. Der Hof machte gerade in diesem Augenblicke keine Schwierigkeit; die Königin war tief gebeugt, ihre nächsten Freunde geflohen, Artois und seine Genossen im Auslande. Ludwig XVI. aber war wieder auf die Gedanken zurückgekommen, die ihn ursprünglich zur Berufung der Reichsstände geführt hatten. Der König, schrieb Graf Goltz am 31. Juli, ist im Grunde froh, das Ministerium Breteuil los zu sein; er ist bereit, sich konstitutionelle Schranken gefallen zu lassen, wenn sein Volk glücklich wird und man ihm die Mittel bewilligt, Frankreichs Ansehen in Europa zu stärken. Necker hatte nach dieser Seite freie Hand. Aber von neuem kam seine vollkommene Unfähigkeit an den Tag. Nicht bloß hat er nichts Wesentliches geleistet, sei es, daß man Bildung einer liberalen Regierungspartei, sei es, daß man eine einsichtige Initiative der Regierung in Betracht zieht: sondern er hat weder das eine noch das andere jemals versucht; ja, so unglaublich es scheint, er ist in beiden Beziehungen ein wesentliches Hindernis gewesen. Gab es unter den Abgeordneten Verstimmung und Reizbarkeit, so war er empfindlicher und verletzbarer als sie alle. Waren die übrigen Minister nicht gerade schöpferische Talente, so schien es bei ihm Grundsatz, jedes eigene Lebenszeichen der Regierung zu vermeiden. Selten genug kam er zum Vorschein; alles, was sich von seinem Thun berichten läßt, beschränkt sich auf weiteres Lavieren mit den alten Finanzmitteln, unnötiges Reizen der

Versammlung durch Tadel unwesentlicher Kleinigkeiten, mutloses Nachgeben bei allen wichtigen Forderungen der Anarchisten, unvernünftige Zähigkeit endlich in dem Festhalten an seinem Amte. Es war kein Wunder, daß er in einer Woche seinen Einfluß, in einem Monate seine Volksgunst, in einem Jahre sein politisches Dasein einbüßte. Es war kein Wunder, daß eine solche Regierung der Revolution keinen anderen Ausgang als Anarchie und Schreckensherrschaft zu bereiten wußte. Persönliche Mängel und vermeidbare Fehler, aber nicht die gebieterische Kraft eines Grundsatzes oder der unaufhaltsame Drang einer Naturgewalt hat das fernere Unheil geschaffen. Eine schöpferische Politik des Centrums ist 1789 unmöglich geworden, nicht weil es am 14. Juli, wie die Rechte murrte, mit dem Grundsatz der Autorität gebrochen, nicht weil es, wie die Linke polterte, durch folgewidrigen Verrat an der Freiheit die Kraft verloren, sondern weil es durch die Regierung selbst an der Wiedergeburt der Regierung verhindert worden ist.

Endlich auf der Linken folgten die Verehrer der Menschenrechte und der reinen Volkssouveränität, die unbedingten Gegner der Kirche und des Adels, die Schwärmer für grenzenlose Bewegung der Volksmassen. Der großen Anzahl unter ihnen klangen die Worte Nation, Freiheit, Rechte unter allen Umständen begeisternd; es schien ihnen unmöglich, daß man darin zu viel thun, einen Staat durch zu starke Rechte der Unfähigen beschädigen, ein Volk durch zu große Freiheit der Nichtsnutzigen zerrütten könnte. Sie waren noch mitten im Jubel des Bastillesturms; sie hatten stets noch das Elend des alten Gemeinwesens vor Augen; sie meinten, die Vernichtung könne nicht gründlich, der Sieg nicht vollständig genug sein. Alles, was mit dem früheren Zustande in irgend einer Verbindung stand, Hof und Klerus, Adel und Parlamente, sahen sie mit Mißtrauen und Ungunst, alles, was dagegen ankämpfte, mit Bewunderung oder beschönigender Nachsicht an. Die meisten waren persönlich unbescholtene Männer, deren Einsicht und Charakter nur für ihren damaligen Beruf nicht ausreichten, deren Erreg-

barkeit vor allem einer festen Leitung durch eine liberale Regierung bedurft hätte. Da es an dieser, wie wir sahen, völlig fehlte, so blieb die Partei in der Hand ihrer demagogischen Häupter, deren keines durch Talent und Gesinnung eine so bedeutende Machtstellung verdiente. Sieyès, welcher früher und später erfolgreich eingegriffen, hielt sich damals in übellauniger Zurückgezogenheit. Statt seiner trat ein anderer Kleriker hervor, der Bischof Talleyrand von Autun, ein großer Edelmann, der wegen eines Körpergebrechens mit der profansten Gesinnung von der Welt in den geistlichen Stand getreten war, ein Ausbund von geschmeidigem Verstande und kühler Menschenberechnung, gutmütig im Privatverkehr, gewissenlos und habsüchtig in den großen Geschäften. Mit gründlicherer Heftigkeit machten sich die Leiter des Bretonischen Klubs bemerklich, neben dem scharfen und konsequent entschlossenen Logiker Duport der Ritter Lameth und der Advokat Barnave, jener ein flacher und leerer, aber höchst unruhiger und breit auftretender Mensch, dieser ein begeisterter und schwungvoller Redner, ein sittlich reiner und liebenswürdiger Charakter, für den Augenblick aber von schrankenlosem Fanatismus fortgerissen — ihre Freunde pflegten damals die drei durch das Wort zu charakterisieren: was Duport denkt, führt Barnave durch Reden und Lameth durch Thaten aus. Weiterhin fand sich eine kleine Gruppe von Freunden des Herzogs von Orleans, durchgängig ebenso verworfene Menschen wie ihr Patron, in der Versammlung ohne Einfluß, aber gefährlich durch ihre Verbindung mit dem ärgsten Pariser Pöbel. An sie reihte sich schließlich eine kleine Gruppe der äußersten Linken, welche fürs erste wenig hervortrat, in allem bisher Geschehenen nur den oberflächlichen Anfang der eigentlichen Revolution sah und auf eine demokratische Zukunft hoffte, an ihrer Spitze die Advokaten Pétion aus Chartres, Buzot aus Evreux und Robespierre aus Arras [1]).

---

[1]) L. Blanc, Buch I, Kap. 8, nach ungedruckten Briefen Robespierres (bei dem Festzug am 4. Mai 1789): un seul dans ce

Der einzige Staatsmann in der Versammlung, der einzige, welcher ihrer Aufgabe hätte genügen können, war Mirabeau [1]). Dieser gewaltige Mensch war 1749 geboren, stand also jetzt auf der Höhe seines Lebensganges. Die Natur hatte ihn mit üppiger Verschwendung ausgestattet; sein Vater, ein geistreicher, aber eigenwilliger und querköpfiger Sonderling, sah mit Erstaunen die überströmende Begabung des Sohnes, die Fülle des Talents, die hinreißende Liebenswürdigkeit, die lodernde Leidenschaft; er meinte, ein solches Wesen durch strenge Zucht regeln und bändigen zu müssen, und ließ sich durch den heftigen Widerstand des Sohnes von Schritt zu Schritt bis zur ärgsten Tyrannei verhetzen. Die unausbleibliche Folge trat ein: der Sohn riß sich völlig von dem Vater, von Haus und Familie los, warf sich in den Strudel der wildesten Ausschweifungen und büßte darin für immer den Adel sittlicher Reinheit und Unschuld ein. Aber so mächtig angelegt war diese Natur, daß seine geistige Kraft wie unberührt durch den Schlamm seines Lebens hindurchging. Niemals hatte er regelmäßige Studien gemacht; aber inmitten seiner Saturnalien vermochte er jegliches, womit er in Berührung kam, Politik und Geschichte, Verwaltung und Finanzen, Rechts- und Verfassungsfragen, mit überlegenem Genius zu ergreifen. Lange vor der Revolution war er im klaren über die Notwendigkeit ihres Ausbruches und die Richtung ihres Laufes. Ein so stolzer Aristokrat wie irgend einer der altgläubigen Kavaliere, verfolgte er die Fäulnis des feudalen Staates mit glühendem patriotischem Hasse und zeichnete in einer Reihe überwältigender Streitschriften das Bild des künftigen Frankreich mit einschneidenden, leuchtenden Zügen. Er gab Calonnes gewissenloser Finanzpolitik den Todesstoß, er brandmarkte Neckers Schwäche, als noch alle Welt ihn als

---

cortège, un seul pressentait alors, illuminé qu'il était par sa conviction, les conséquences suprêmes.

[1]) Blanc sagt: Il y avait dans l'assemblée un quatrième parti — ce parti était un homme, et cet homme était Mirabeau.

den untrüglichen Gott des Staatshaushaltes verehrte. Schon damals nahm er in der öffentlichen Aufmerksamkeit die erste Stelle ein. Untersetzt, blatternarbig und cynischen Wesens wie er war, bezauberte er dennoch bei jedem Gespräche und erschütterte durch eine Beredsamkeit ohnegleichen. Wohl niemals wieder hat ein parlamentarischer Staatsmann so heiße Bewunderung und so grimmigen Haß erregt. Während die Liberalen ihn schon 1785 als den einzig befähigten Finanzminister begehrten, galt er den Anhängern des Alten als der wahre Feuerbrand der Revolution: das Ministerium wollte ihn bei dem Beginne der Wahlen als den gefährlichsten aller Demagogen nach Ostindien hinüberschaffen, als die Gutmütigkeit des Königs hindernd dazwischentrat. Es gehörte zu der gesunden Stattlichkeit seines Wesens, daß solche Erlebnisse bei ihm nicht den mindesten Eindruck machten: so unermeßlich sein Ehrgeiz war, so kannte er doch keine persönliche Empfindlichkeit und selbstsüchtige Reizbarkeit. Er wollte Frankreich beherrschen, weil er sich und keinem anderen die Kraft dafür zutraute; er traf jede sich spreizende Mittelmäßigkeit mit zermalmenden Schlägen, für sich selbst aber hatte er keinen anderen Gedanken, als daß seine Macht das Wohl des Landes fördern müsse.

So war die Versammlung beschaffen, die sich jetzt dazu anschickte, auf die Erklärung der Rechte die Redaktion der Verfassung folgen zu lassen. Wird man die Grundsätze der Erklärung entwickeln, oder schon bei den ersten Schritten inkonsequent werden?

Man wollte zuerst sehr methodisch und langsam vorwärtsgehen, von den Rechten der Bürger zu der Nation, zu deren Vertretern, zum Könige gelangen. Allein ein solches Verfahren war nicht die Sache dieser gespaltenen, entzündbaren, unerfahrenen Versammlung; auch drängte die ganze Lage der Dinge auf die Feststellung einiger großen Leitpunkte. So brach die Verhandlung rasch durch alle Dämme des Geschäftsganges hindurch, und ehe man es sich versah, war man im Kampfe um die umfassendste aller politischen Fragen, über das Verhältnis der Versammlung zum Könige. Alle

Gegensätze der Systeme und alle Brennstoffe der Praxis fanden sich dort zusammen.

Allmählich ordnete sich der Streit um folgende Fragen:

Wird der gesetzgebende Körper in mehrere Kammern zerfallen?

Wird zwischen seinen Sitzungen ein Zwischenraum sein?

Wird der König einen Anteil an der gesetzgebenden Gewalt empfangen?

Ist ihm ein solcher an der konstituierenden Gewalt der jetzigen Versammlung zuzugestehen?

Der Ausschußbericht darüber ging aus dem Kreise hervor, zu dem sich früher auch Necker hatte rechnen lassen, der sich jetzt um Mounier sammelte und mehrere liberale Edelleute, Lally, Clermont u. a. zu seinen Organen zählte. Zum Sturze des Feudalstaates hatten sie alle eifrig beigetragen, ihr Augenmerk war auf ein etwas demokratisch umgestaltetes Nachbild der englischen Verfassung gerichtet. Also neben den Abgeordneten des Volkes ein Senat von lebenslänglichen Mitgliedern, dreijährige Sitzungen, ununterbrochene Aufeinanderfolge derselben, kein Gesetz ohne Zustimmung beider Kammern und Genehmigung durch den König.

Von diesen Anträgen war der eine, auf Permanenz gerichtete, der Annahme sicher, da ihn das Centrum einbrachte und er ganz im Sinne der Linken lag. Der andere, der zwei Kammern vorschlug, wurde stürmisch verhandelt. Die Linke erhob sich mit Ungestüm dagegen und protestierte gegen eine solche Verletzung der Grundrechte. Mirabeau, der allein so viel wog wie eine ganze Fraktion, legte kein Gewicht darauf: seine Meinung ging auf eine Kammer, die in zwei Abteilungen verhandeln sollte. Die Rechte endlich gönnte ihren liberalen Standesgenossen die Genugthuung nicht, die neue Adelskammer zu besetzen. So zeigte sich schnell genug, daß der Artikel durch eine erdrückende Mehrheit fallen würde. Alle Zweifel also, alles Interesse und alle Leidenschaft sammelte sich auf den dritten Punkt, auf das Recht des Königs, einem Beschluß der Kammer sein Veto entgegenzustellen.

Hier nämlich stand nicht das Centrum, sondern die Linke allein. Nicht bloß die Rechte focht mit Eifer für den König, sondern auch Mirabeau hatte schon im Juni, als es sich erst um die Vereinigung der Stände handelte, dieselbe Ansicht mit durchgreifendem Nachdruck ausgesprochen. Wenn er dies zu einer Zeit that, wo die Kraft und deren Mißbrauch noch ganz auf seiten der Krone war, so war er um so weniger für die Schwächung derselben jetzt, wo die Regierung null und das Parlament allmächtig war. Die Stimmung der Mehrheit zeigte sich dann auch in diesen Tagen unzweifelhaft, als bei der Präsidentenwahl ein entschiedener Monarchist den Sieg davontrug [1]). Die Linke sah ihr Unterliegen vor Augen und griff zu allen Mitteln, um, was die freie Entschließung der Mehrheit versagte, durch Einschüchterung zu gewinnen. Ihre Anhänger in Paris drohten mit einem bewaffneten Auszuge nach Versailles, um die Verräter aus der Versammlung auszustoßen, und ein großer Schreier, der Marquis St. Huruge, suchte einen bewaffneten Schwarm zu diesem Zwecke in Bewegung zu setzen. Allein die Nationalgarde machte dem Unfug auf der Stelle ein Ende, und St. Huruge lief vor ihren Patrouillen brüllend davon.

Man sah in Versailles, daß die wirkliche Macht der Hauptstadt in der Hand des Führers dieser Nationalgarde, des Generals Lafayette, lag. Nicht wenige Abgeordnete, die sehr ernstliche Sorge vor den Wühlern hatten, erkundigten sich doppelt ängstlich nach den Ansichten dieses einzigen Retters und Beschützers, und wie die Abgeordneten, fragten auch die Minister den bürgerlichen Diktator nach seiner Meinung über das Veto. Er antwortete unter starker Beteuerung seines Gehorsams und monarchischen Sinnes, er habe gegen das absolute Veto an sich nichts einzuwenden; doch

---

[1]) L. Blanc, Buch II, Kap. 4, citiert Desmoulins Wort: nous n'étions pas alors plus de dix républicains en France. Als Robespierre den Satz diskutieren wollte: die französische Verfassung ist monarchisch, bat er, ihm die ganze Entwickelung sans crainte de murmures zu gestatten.

sei es möglich, daß Unruhen entständen; er rate also den Mittelweg eines bloß aufschiebenden Vetos, und bitte nur, den König in Paris populär zu machen [1]). Hierauf glaubte Necker einen Meisterstreich zu führen, indem er im Namen des Königs selbst der Versammlung jenen Mittelweg vorschlug; der König wolle auf das Veto verzichten, wenn auch die beiden folgenden Legislaturen auf demselben Beschlusse beharrten.

Die Wirkung dieses Vorschlags war gewaltig. Alle farblosen Geister verließen die Sache, die sich selbst aufgab: am 10. September fiel zuerst das Zweikammersystem, am 11. wurde das aufschiebende Veto mit großer Mehrheit angenommen. Vergebens hatten die Monarchisten gegen Necker das verzweifelte Mittel ergriffen, der König habe über die Verfassung, die ihm erst Sanktion oder Veto verleihe, gar nicht mitzureden, die Versammlung allein sei konstituierend: diese Behauptung gerade aus ihrem Munde konnte nur dazu dienen, die Verfahrenheit der Lage anschaulich zu machen, nicht aber, eine Niederlage der königlichen Stellung abzuwenden. Desto nachdrücklicher ersah die Linke dabei ihren Vorteil. Als es sich fragte, wie viel Kammersitzungen hindurch das Veto dauern sollte, begehrte Barnave, die Frage ausgesetzt zu lassen, bis der König die Beschlüsse des 4. August sanktioniert habe: Necker hatte darauf die Kurzsichtigkeit, dem Könige, dem er soeben das Veto entrissen, eine lehrhafte Kritik jener Beschlüsse in den Mund zu legen. Da kamen dicht gedrängt die Anträge, durch förmlichen Beschluß zu erklären, was Mounier und Mirabeau früher gegen Necker geäußert hatten, nämlich, daß der König mit der Feststellung der Verfassung nicht das mindeste zu schaffen, sondern die Befehle des Nationalwillens lediglich bekanntzumachen hätte. Es wäre, sobald es in gesetzlicher Form verkündet wurde, die Absetzung des Königs gewesen. Dieses Mal rettete Mirabeau. Nicht als Verteidiger trat er auf,

---

[1]) Neuerlich weiter bestätigt durch seine Korrespondenz mit Latour-Maubourg, am Schlusse des ersten Bandes bei Mortimer-Ternaux, hist. de la terreur.

es hätte der Sache und ihm selbst nur schaden können, und Necker zu demütigen, nahm er mit zorniger Freude den Anlaß wahr. Mit donnerndem Nachdruck also stellte er die Allmacht der Versammlung den kritischen Erörterungen des Ministers entgegen. Wenn der König nicht gehorchen wolle, so werde man über ihn hinwegschreiten müssen; mit weiser Zurückhaltung habe man bisher die königliche Sanktion der Verfassung nicht erörtert, weil man das beste Vertrauen zum Willen des Königs gehabt; möge dieser nicht selbst die Versammlung nötigen, den Schleier hinwegzureißen. So in ihrem Selbstgefühle gesteigert, ließ sich die Versammlung, ohne zu entscheiden, beruhigen, und Necker beeilte sich, in kürzester Frist die unbedingte Annahme der Beschlüsse nachzuliefern. Darauf wurde denn am 21. September nach seinem Wunsche die Dauer des Vetos auf zwei Legislaturen erstreckt; immer aber hatte die Monarchie eine neue Niederlage erlitten, immer tiefer gruben sich die Grundsätze der Menschenrechte in die Praxis des Staatslebens ein.

Viertes Kapitel.

Die Hauptstadt.

Die Verwirrung in den Provinzen dauerte nach den Augustbeschlüssen fort, da man die Wohlthaten derselben nicht durch feste Ordnung dem Volke zugänglich machte, sondern ihre formellen Rechtsverletzungen durch die Menschenrechte nur noch steigerte. Die Bauern hetzten ihre bisherigen Herren wie wilde Tiere, im Namen der heiligen Insurrektionspflicht, und hielten die am 4. August verschonten Gefälle zurück, als ein Eigentum, das nicht dem Gemeinwohl zuträglich sei. Sie bezahlten aber auch dem Staate wenig Abgaben, da sie persönlich noch nie eine Steuer bewilligt hatten: kurz, die Wildheit und Auflösung nahm

mächtig überhand. Der Nationalversammlung erging es, wie gewöhnlich in solchen Fällen, wo der Arzt ein schmerzstillendes Mittel versucht, ohne den Grund des Uebels zu erfassen: gerade das Bestgemeinte schlug zuletzt am schlimmsten aus. Um bei der Ohnmacht der Provinzialbehörden die Geschäfte nicht völlig stocken zu lassen, nahm sie dieselben durch einen Verwaltungs- und einen Polizeiausschuß selbst in die Hand. Die unausbleibliche Folge davon war die erklärte Nichtigkeit der Minister, die niemand mehr als die Lenker der Regierung betrachten konnte. Um wenigstens die Sicherheit von Leib und Leben wiederherzustellen, gab sie den städtischen Behörden das Recht, die Linientruppen zu requirieren: da aber in dem Gesetze sonst niemand genannt war, so sah sich das Ministerium selbst in seiner persönlichen Erhaltung von dem Stadtrate der Residenz abhängig. Wir werden sehen, wie entscheidend später dieser Umstand geworden ist.

In Paris wuchs übrigens die neue Ordnung, langsam genug, aber immer fortschreitend, heran. Den gesetzlichen Mittelpunkt bildeten die Vertreter der Distrikte, deren Versammlung, zuerst 120 Mitglieder stark, bald auf 240, dann auf 300 Personen vermehrt wurde und über bleibende Einrichtungen und größere Ausgaben zu beschließen hatte. Die Sorge für die laufende Verwaltung oder, wie man lieber sagte, die ausübende Gewalt, lag in der Hand des Maire und Stadtrates, der von jenen Vertretern aus ihrer Mitte erwählt wurde und sich nach Ausschüssen in die Geschäfte teilte. Der ehrliche Bailly, der sich auf seiner Studierstube gern mit politischen Erörterungen beschäftigt und mit patriotischem Stolze das Präsidium im Ballhause geführt hatte, sah sich mit einem Schlage an der Spitze einer Verwaltung, die eine unermeßliche Aufgabe, eine furchtbare Verantwortlichkeit und sehr geringe Mittel hatte. Es dauerte lange, bis irgend eine Arbeitsordnung hergestellt werden konnte; im Grunde mußte jeder zu jeglichem bereit sein, und hatte man alle Kräfte vom Morgen bis tief in die Nacht hinein angespannt, so mochte man dem Himmel danken, wenn die

Sache nur noch ebenso leidlich wie am vorigen Tage stand. Auf Anerkennung war vollends nicht zu rechnen, da seit dem Juli alle Welt die Leidenschaft und das Talent zu regieren besaß. Der Stadtrat kritisierte den Maire, der große Ausschuß den Stadtrat; Bailly begriff es nicht, wie sein Eifer alle die Mißtrauensvota verdiente. Sodann hatte jeder Distrikt seine Versammlung und seinen Vorstand, die sich um die Wette des gemeinsamen Wesens annahmen; von hier aus sah sich ein dutzendmal im Tage das Stadthaus mit Forderungen und Belehrungen unterstützt. Dazwischen regten sich die Gewerke. Die Schneidergesellen forderten Erhöhung des Lohnes und Einschränkung der Flickschneider. Die Haarkünstler begehrten Herabsetzung der Gesellensteuer; die Metzger richteten ihre Fleischbänke ein, wie und wo sie wollten, unter der Erklärung, keine Reaktion gegen ihren souveränen Willen zu dulden, und der Stadtrat ließ es dabei bewenden.

Anfangs hatte man freilich allen Grund, leise genug aufzutreten; denn seit dem 14. Juli war jedermann bewaffnet und außer den Gewehren des Invalidenhauses etwa 50 000 Piken in den Händen der Proletarier. Es war die erste Sorge Lafayettes, diesen Zustand zu beseitigen, indem er die Einrichtung der Bürgergarde vollendete und das übrige Volk allmählich entwaffnete. Jeder Bezirk stellte 4 Kompanien zu 100 Mann, die Offiziere wurden in der Bezirksversammlung gewählt; die Mannschaft in ziemlich kostspieliger Weise uniformiert, und schon dadurch der ganz Besitzlose ausgeschlossen. Dazu kam in jedem Bezirke noch eine Kompanie besoldeter Truppen, Kompanie des Centrums genannt, meist aus ehemaligen französischen Garden bestehend, deren jetzige Offiziere von Lafayette angestellt wurden[1]). Der General verstand sie schnell an seine Person zu fesseln; auch die freiwilligen Garden widmeten ihm eine unbedingte Verehrung; an der Spitze dieser Dreißigtausend, der einzigen schlagfertigen Streitmacht damals im ganzen

[1]) Außerdem noch 8 Kompanien Reiterei. Poisson I, 82.

Königreiche, war er der wahre Beherrscher von Paris und dadurch ohne Frage der mächtigste Mann im Staate.

Diese Einrichtung vollbracht, konnte man etwas freier atmen und sich auf einen Streit einlassen, den man bis jetzt nachgiebig hingehalten hatte. Die Versammlungen im Palais Royal gingen unaufhörlich fort; man hatte dort das Bewußtsein, durch die Julirevolution den Staat gerettet zu haben, man war also entfernt nicht gesonnen, sich von einer Stadtbehörde tyrannisieren zu lassen. Ihr Publikum, welches damals von Desmoulins, St. Huruge, Loustalot begeistert wurde, war von wesentlich anderer Beschaffenheit, als es gegenwärtig bei ähnlichen Verhältnissen erscheint. Auch die modernen Revolutionen kennen die Vagabunden, die bei dem Ausbruche der Unordnung plötzlich hervortauchen und in Keckheit und Wildheit überall den Einheimischen voran sind. Aber die Masse derselben ist mit der damaligen gar nicht zu vergleichen. In den revolutionären Zuckungen von 1789 bis 1795 kann die Bedeutung der heimatlosen und wandernden Bevölkerung gar nicht hoch genug angeschlagen werden. Die polizeiliche Aufsicht und die Armenpflege war bei weitem mangelhafter, die Produktion und der Vertrieb der Lebensmittel ungleich weniger gesichert als in der Gegenwart; sehr häufig gab es Teurung und Hungersnot, welche kolossale Menschenmassen aus ihren heimischen Verhältnissen hinauswarf. Unaufhörlich hatte die Verwaltung mit dieser Gefahr zu kämpfen. Unter Ludwig XIV. erschienen die Bettlerschwärme zu Hunderten und Tausenden, eine wahre Landplage für die Dörfer, die sie nicht selten mit offener Gewalt brandschatzten. Der Staat hatte kein Mittel gegen die Forderungen ihres Elends als harte Strafen; kein Wunder, daß der Uebelstand sich in seiner ganzen jammervollen Ausdehnung von einer Generation zur anderen fortschleppte, und daß die Empörung in den Schwärmen dieser verzweifelten Menschen überall eine zum Aergsten bereitwillige Heerschar fand. Es giebt in Paris, sagte einmal Loustalot, 40 000 Fremde, die kein bestimmtes Gewerbe haben und zur Miete wohnen, für diese ist das Palais Royal die Distrikts-

versammlung [1]). Einen anderen Unterschied aber gegen das heutige Pariser Treiben macht der Umstand, daß es damals keine Fabrikarbeiter gab, die durch das Maschinenwesen von vornherein zu disciplinierten Massen verbunden waren. Die feste Grundlage also der Versammlung im Palais Royal bildeten Handwerksgesellen und kleine Meister, deren äußere Lage in der Regel ärmlicher als die der heutigen Arbeiter war. Es war viel leichter als jetzt, unter günstigen Umständen diese losen Elemente in Brand zu setzen, zumal ihre politische Unbildung viel größer als heute war; es konnte ebenso aber auch gelingen, mit zutreffendem Geschicke eine furchtbare Aufregung ohne Mühe zu zerstreuen. Heute dauert es länger, bis die geschlossenen Massen der Arbeiter sich in Bewegung setzen; einmal aber aufgebrochen, greifen sie tiefer und nachhaltiger ein: Ereignisse wie die Junischlachten von 1848 wären in dem damaligen Paris schlechterdings unmöglich gewesen.

Es waren verschiedene Mittel, wodurch das Palais Royal seine Getreuen in Atem setzte. Wie damals die Aufregung aus der ganzen Lage des Staates hervorging, alle Hoffnungen, Befürchtungen und Leidenschaften an sich auf das höchste gespannt waren, bedurfte es nicht großer Künste und Mühen, um die Wellen unaufhörlich in Bewegung zu erhalten. Das meiste that die Presse, die alle Häuser mit ihren Anschlägen bedeckte, die Straßen mit ihren Ausrufern erfüllte, ihre Zeitungen durch alle Klassen verbreitete [2]). Man war in dieser Hinsicht noch viel genügsamer als heutzutage: die meisten Blätter erschienen in kleinem Oktavformat, die wirksamsten nur einmal die Woche, nicht selten mit greulichen Holzschnitten geschmückt; man beschränkte sich auf möglichst drastische Besprechung der gerade brennenden Tagesfrage, richtete sich ohne Anspruch auf Belehrung oder System an die liebsten Leidenschaften des Lesers und wirkte

[1]) Blanc, Buch IV, Kap. 2, berechnet nach Monteil die Zahl der heimatlosen Bettler 1789 auf 2 Millionen.

[2]) Vgl. Deschien, bibliographie des journaux, und Hatin, histoire du journal en France.

viel nachdrücklicher als die großen Journale der Gegenwart. Nimmt man etwa den französischen Mercure von Mallet du Pan und Mirabeaus Courrier der Provence aus, so zeigt diese Presse im ganzen eine Farbe wie unsere demokratischen Lokalblätter von 1848, mag man nun nach Bildung und Geschmack oder nach Gesinnung und Charakter ihrer Verfasser fragen. Ihre geschichtliche Bedeutung ist größer als jene der deutschen Zeitungen geworden, nicht vermöge der Ueberlegenheit ihrer Schriftsteller, sondern durch die größere Leidenschaftlichkeit ihrer Nation. Das reichste Talent unter ihnen war ohne Zweifel Camille Desmoulins, in dessen leichter Plauderei sich Vaterlandsliebe und Lüsternheit, Freiheitssinn und giftiger Hohn, Anmut und Grausamkeit unaufhörlich vermischten; seine Blätter waren wie Blüten im Schlamme, sein Leben wie ein farbiges, aber versengendes und rasch verrauschendes Feuerwerk. Gemesseneren Ganges schritt neben ihm Loustalot einher, dessen ungelenke Herbigkeit durch den Ernst einer echten, ihn selbst verzehrenden Aufregung und Ueberzeugung geadelt wurde, während der Volksfreund Paul Marats in jeder Nummer geifernden Haß, rastlosen Argwohn und halbverrückten Eigendünkel mit großer Selbstgenügsamkeit zur Schau trug. Ein eigentümlicher Zug der Zeit war übrigens das Monopol dieser Presse für ganz Frankreich. Nur allmählich entstanden einzelne Zeitungen in den Provinzen, den Ton aber gaben ganz unaufhaltsam die Pariser Blätter an, Loustalot z. B. hatte eine Zeit lang 200 000 Abonnenten.

Neben der Presse begannen damals auch die Klubs ihre Thätigkeit. Der Bretonische hatte einige Verzweigungen in Paris und den Nachbarstädten, ein anderer, der Klub von Montrouge, machte sich neben ihm in etwas gröberer Volkstümlichkeit bemerkbar; dies alles stand aber noch in den ersten Anfängen und war ohne erheblichen Einfluß. Desto mehr rührten sich einzelne Gruppen zu vorübergehenden Zwecken, vor allem die Freunde des Herzogs von Orleans, Biron, Laclos, Sillery, die immer noch auf dessen Erhöhung zum Generalstatthalter oder Regenten dachten, ge-

waltige Geldsummen an die einflußreichen Demagogen wendeten, dadurch allen Volksbewegungen die Spur ihres Daseins aufdrückten und der Partei Orleans einen viel größeren Namen, als ihr wirklich zukam, machten. Im Palais Royal war St. Huruge ihre kräftigste Lunge, jenseit der Seine bewegte der Advokat Danton für sie den Bezirk der Cordeliers, — komm, sagte er damals einem guten Freunde, heule mit uns, du wirst viel Geld verdienen und kannst nachher immer noch deine Partei wählen [1]).

Die Gegenstände, womit diese Führer ihre Schwärme entflammten, waren dieselben wie in allen Revolutionen, dieselben, die auch in unserer Zeit ihre Dienste leisten mußten. In Deutschland sprach man 1848 von der drohenden Reaktion und der socialen Frage, damals hieß es mit weniger Umschweif: Verschwörung der Aristokraten und verteuertes Brot. Der kleinste Anschein, der nach diesen Seiten fiel, führte zu Auflauf, Plünderung, Totschlag, und wie es nicht anders sein konnte, die letzte Zielscheibe aller Beschwerden war die nächste Behörde, die des Stadthauses. Da hielt ein Volkshaufe einen Nachen an, in dem auf Befehl der Kommune Schießpulver fortgeschafft wurde; man las auf dem Begleitscheine statt Pulvervorrat, Pulververrat [2]), und sogleich brach ein toller Aufstand los, in dem nur mit unsäglicher Mühe das Leben des angeschuldigten Offiziers gerettet wurde. Nicht selten kam es vor, daß die Bäcker, die ihres Lebens nicht sicher waren, wenn ihr Brot nicht ausreichte oder nicht wohlschmeckend war, selbst die auf Rechnung der Stadt veranstalteten Mehlfuhren plünderten; im Palais Royal schmähte man dann über die elende Verwaltung, die nicht durch Aufhängen der Kornwucherer der Teurung eine Ende mache. Als dann die Uniformen der Bürgergarde erschienen, gab es einen Schrei des Ent-

---

[1]) Der Mann hieß Lavaux; Auszüge aus seinen Erlebnissen hat Villenave mitgeteilt, biogr. univ. art. Danton.

[2]) Poudre de traître, statt poudre de traite, schlechtes Pulver, wofür die Sklavenschiffe Neger einhandelten.

setzens im Palais Royal: jetzt sei die Freiheit verloren und die Aristokratie der Reichen an der Stelle des Adels eingerichtet. Genug, die Gemeindebehörden mußten sich bald überzeugen, daß entweder ihr Ansehen oder jenes des Palais Royal ein Ende erreichen müsse. Ihre erste Maßregel ging gegen die Winkelpresse: sie verboten jede Druckschrift, die nicht einen verantwortlichen Herausgeber nenne. Als man im Palais Royal gegen eine so tyrannische, unterdrückende, die ersten Rechtsgrundsätze vernichtende Verfügung donnerte, verbot die Kommune alle aufrührerischen Versammlungen. Darauf eine gewaltige Entrüstung im Palais Royal und offene Aufkündigung des Gehorsams. Nun endlich schritt die Bürgergarde ein, ihre Patrouillen säuberten den Garten und schlossen die Cafés, es gab eine Menge Verhaftungen und endlose Hetzereien. Die Patrioten wüteten; hier kam es zu der ersten Verkündigung des Gegensatzes, der in unseren Tagen eine so große Rolle spielen sollte. Sie riefen das Volk auf, sich gegen die Tyrannei des Bürgertums zu erheben. Die Redeweise stammte aus dem alten Gemeinwesen, welches unter Bourgeoisie die erblichen Inhaber der städtischen Aemter, unter Volk die Masse der übrigen Bürger verstand. Jetzt hieß Bürgertum die frei gewählte Obrigkeit, die auf der frei eingeführten Ordnung beharren, Volk aber jede beliebige Zusammenrottung, die mit herrschendem Willen die Gesetze überschreiten wollte. Da es meistens Gesellen waren, so sieht man bereits den Uebergang zu dem heutigen Sprachgebrauche, welcher unter Volk die Lohnarbeiter, unter Bürgertum aber die übrige Masse des Volkes begreift.

Uebrigens machte die sociale Frage auch ohne die Tumulte des Palais Royal den Behörden entsetzlich zu schaffen. Wenn schon früher der Privathandel bei weitem nicht ausgereicht hatte, um die der Hauptstadt nötigen Lebensmittel herbeizubringen, so war jetzt gar nicht durchzukommen, weil infolge der bürgerlichen Unruhen der Handel völlig stockte, die letzte mißratene Ernte die Preise hoch gesteigert hatte und jede Stadt und jede Provinz ihre Vorräte festzuhalten

suchte[1]). Nichts aber war gewisser, als daß eine wirkliche Unterbrechung der Zufuhr einen furchtbaren Ausbruch der Volkswut herbeiführen würde; kein Gegenstand lag mit schwererer Verantwortlichkeit als dieser auf den neuen Behörden. Um das Pfund Brot wie bisher zu drei Sous zu liefern, mußte die Stadt bedeutende Getreidemassen im Ausland teuer ankaufen und dann den Bäckern billig ablassen. Dabei war es nicht genug, mit schweren Kosten Brot auf die Bäckerläden zu schaffen; man mußte sehr bald auch den Aermeren das Geld geben, um es zu kaufen. Bei dem Stocken vieler Gewerke waren eine Menge Arbeiter brotlos, und das Einströmen fremder Vagabunden dauerte immer noch fort. Um Ruhe zu halten, richtete man auf dem Montmartre öffentliche Werkstätten ein, in welchen damals 17 000 Menschen einen Tagelohn von 20 Sous erhielten. Es ging hier ganz so wie in den Nationalwerkstätten des Jahres 1848: die meisten erschienen nur, wenn der Wochenlohn gezahlt wurde, und suchten sonst anderweitigen Verdienst oder politische Beschäftigung im Palais Royal. Solchen Ausgaben war denn die Stadtkasse um so weniger gewachsen, als ihre beste Einnahmequelle, das Octroi, mit der Zerstörung der Barrieren völlig versiegt war. Folglich wandte man sich an den Staat. Die Nationalversammlung hatte keinen anderen Rat, als durch einen Beschluß vom 29. August die Freiheit des Getreidehandels und das Verbot der Ausfuhr bei Strafe des Hochverrats zu erklären. Dies gab natürlich keine augenblickliche Hülfe. Necker war bekanntlich in ärgster Geldnot, Bailly aber erklärte ihm, wenn er nicht zahle, so werde eine neue Revolution hereinbrechen. So übernahm es also der Staat, die Stadt Paris zu erhalten. Er deckte die Kosten der Getreidekäufe und sollte den Erlös des Verkaufes zurückbekommen. Aber die Bedürfnisse wuchsen;

---

[1]) L. Blanc, der diese großen Ursachen übersieht und in jedem Einschreiten gegen die Unordnung eine strafbare Bedrückung des peuple durch die bourgeoisie erblickt, donnert unaufhörlich gegen die Kornwucherer als die Urheber der Not. Vergleiche dagegen unten Buch II, Kap. 4.

schon im September verzehrte die Stadt auch jenen Erlös und forderte dazu noch stets neue Millionen. Man zahlte dabei dem Privathandel Prämien für jede Korneinfuhr, machte den ärmeren Bäckern Vorschüsse und schloß große Lieferungen mit dem Auslande ab. Wenigstens erreichte man so viel, daß man nicht mehr wie im Juli von einem Tage zum anderen lebte, sondern für einige Monate im voraus versorgt war. Aber Geld und immer wieder Geld blieb der Inhalt jeder Depesche, die Bailly an Necker abgehen ließ.

Rechnungen anderer Art brachte dann General Lafayette hinzu. Er war der Held des Tages, der Liebling der Hauptstadt, der Mittelpunkt der Pariser Politik. Eine solche Stellung war nicht ohne Gewandtheit und nicht ohne Ausgaben zu behaupten. Der General bewährte die eine und wußte die anderen zu beschaffen. Der gutmütige Bailly, der in allen mühseligen Details fast unterging, war in ewigem Streite mit dem großen Gemeinderat; Lafayette, der außer den militärischen sich nur mittelbar durch heimliche Vertraute, durch diese freilich an allen Punkten, geltend machte, Lafayette wurde von dem Rate mit ausgesuchter Absichtlichkeit gefeiert. Gleich nach seinem Amtsantritte schaffte er sich eine Polizei auf eigene Hand, die unter der Leitung der Herren von Semonville und Talon zuerst ganz Paris, bald auch Versailles, den Hof und die Nationalversammlung unter Aufsicht nahm. An Talon, der Civillieutenant bei dem Gerichte des Chatelet war, hatte er ein getreues Organ bei diesem Tribunale, welches soeben von der Nationalversammlung den Auftrag erhalten hatte, alle politischen Prozesse zu verfolgen. Als endlich auch die Stadt einen Ausschuß für höhere Polizei einsetzte, fanden sich wieder mehrere eng verbundene Anhänger des Generals in diesem zusammen. Durch all diese Mittel war er in der That Herr und Meister in Paris geworden, und es begreift sich, daß er, bei der unendlichen Bedeutung der Hauptstadt, neben dem Könige und der Nationalversammlung ungefähr als die dritte Macht des Reiches betrachtet wurde. Geld freilich

und immer wieder Geld kosteten alle diese Dinge. Lafayette zog auf die Stadtkasse, diese auf den Staat.

Unter so vielfachen Arbeiten, Bewegungen, Intriguen, Tumulten hatte man seine Tage zu fristen. „Welch eine Verwaltung," sagte einmal Mirabeau, „welch eine Epoche! Alles muß man fürchten und alles wagen. Man schafft einen Aufstand durch die Mittel, die man zu seiner Verhütung ergreift. Stets bedarf man der Mäßigung, und jede Mäßigung erscheint langsam und kleinmütig; stets ist Kraft zu entwickeln, und jede Kraft erscheint Tyrannei. Man wird von tausend Ratschlägen bestürmt und darf nur von sich selbst Rat nehmen; man muß die Gutgesinnten fürchten, weil Unruhe und Uebertreibung sie fast gefährlicher als Verschwörer macht. Aus Klugheit muß man weichen, die Unordnung führen, um sie zu bändigen, und unter den grausamsten Verlegenheiten noch eine heitere Stirne zeigen." In dieser Schilderung war kein Wort zu viel gesagt und die Anerkennung derselben von den damaligen Behörden wohlverdient. Einige Wochen nach dem Bastillesturme war das bürgerliche Dasein in Paris wieder gesichert. Wohl gab es noch manchen Lärmen an den Bäckerläden, manche bittere Verlegenheit für den Ausschuß der Lebensmittel. Aber die Zufuhr war auf Monate festgestellt, die Nationalgarde zuverlässig, alle Teile der Verwaltung in Thätigkeit. Das Palais Royal war durch Lafayettes Patrouillen, die orleanistischen Umtriebe durch Lafayettes Agenten überwältigt. Die Verhandlung über das Veto gab zwar noch einmal frischen Anlaß zu Unruhe und Aufregung, die Redner im Palais Royal wurden wieder lebendig, es kam zu jenem Vorschlage, bewaffnet auf Versailles zu marschieren: aber die Masse der Bevölkerung blieb in ihrem Geleise und war der Meinung, daß Anarchie schlimmer als Despotismus sei[1]. Solange ihre Behörde keinen Anlaß fand, die Losung, Gehorsam und Ruhe, zu ändern, gelang den Aufrührern nicht eine einzige belangreiche Demonstration.

---

[1]) Loustalot 13. Sept.

Ludwig XVI. hatte über dies Verhältnis keinen Zweifel. Als Breteuil, um die persönliche Sicherheit des Königs besorgt, ihn damals zur Verlegung der Residenz etwa nach Metz aufforderte, wies er den Vorschlag mit voller Entschiedenheit zurück. Er wußte, daß der Lärmen des Palais Royal ohnmächtig sei, und konnte sich also nicht denken, daß ihm, der nichts gegen die Nationalversammlung im Schilde führte, von Paris her eine ernstliche Gefahr drohte. Er beschied in gleichem Sinne eine Anzahl der gemäßigten Abgeordneten, welche von drohenden Verschwörungen in der Hauptstadt vernommen hatten und ihm deshalb die Verlegung der Nationalversammlung nach Tours anrieten. Er hatte für den Augenblick recht; für die Zukunft aber wäre es wohlgethan gewesen, dem Vulkane nicht zu trauen, und außer Breteuil einmal Mirabeau zu hören. Gerade die Pariser Umtriebe waren es, welche diesen mit ernstlicher Sorge erfüllten.

Die Wünsche des Herzogs von Orleans, darüber ist kein Zweifel möglich, gingen darauf hin, den König entweder hinwegzuschrecken oder, wenn er in Versailles standhielte, aus der Welt zu bringen, in jedem Falle aber den leer gewordenen Thron zu besteigen. Hierin lag indessen noch nicht die bedeutendste Gefahr. Denn wenn freilich seine Agenten damals all jenes Gesindel lenkten, welches später die Tuilerien stürmte und dann die Revolutionsarmee bildete, so war die Nationalgarde stark genug, sie zu hindern, und Lafayette entschlossen, den Herzog nie zur höchsten Gewalt zuzulassen. Wie aber, wenn aus der Mitte dieser Schutzwehren selbst sich Gefahren anderer Art entwickelten, an die bis dahin Ludwig noch gar nicht gedacht hatte? Den König wegzujagen oder gar zu ermorden, war den guten Pariser Bürgern ein Greuel: aber gerade umgekehrt, ihn nach Paris zu holen, ihn dort zu hegen und zu bewahren, ihn von seinem freiheitsfeindlichen Hofe zu trennen und zum rechten Bürgerkönige zu machen, dieser Gedanke, der ebenso vernichtend für die Pläne des Herzogs wie für die Selbständigkeit des Königs war, fing im September an, in

vielen Köpfen umherzuschleichen. Wenn die Gemeinde kein Brot hatte, so lag der Gedanke an die leicht verfügbare Civilliste nahe; wenn Lafayette im Ministerrate einmal nicht gehört wurde, so konnte er sich sagen, der König würde in Paris die Wünsche des Volkes deutlicher vernehmen. Eine Weile leistete man noch der Versuchung Widerstand. Als am 17. September die französischen Garden, welche seit ihrem Abfall am 13. Juli ihren Dienst beim Könige verloren hatten und in die besoldeten Kompanien der Nationalgarden eingetreten waren, auch einmal nach Versailles wollten, war es General Lafayette selbst, der sie beschwichtigte und dem Ministerium Nachricht darüber gab. Er deutete mit nicht mißzuverstehenden Worten auf den Herzog von Orleans als den Mittelpunkt dieses Treibens: in der That war dessen Ehrgeiz wieder lebendig und dessen Geld die Haupttriebfeder der Unruhen. Daraufhin veranlaßte der Minister St. Priest den Stadtrat von Versailles, zum Schutze gegen solche Versuche das Regiment Flandern von Douai kommen zu lassen, 1000 Mann, so daß sich jetzt die Anzahl der Linientruppen bei Paris auf 3600 Mann belief. Mit so geringen Kräften war kein Staatsstreich zu machen; dennoch nahm das Palais Royal davon Anlaß zu beunruhigenden Gerüchten, der König wolle nach Metz, habe sich der Hülfe der Oesterreicher und Preußen, der Spanier und Sardinier versichert. Es war kein wahres Wort daran, indes fingen einige Distrikte und einige Arbeiterhaufen Feuer und wollten nach Versailles. Allein noch immer hielt die Nationalgarde stand, die Patrioten klagten über das reaktionäre Bürgertum, Bailly ärgerte sich über die anarchischen Umtriebe der Orleanisten.

Der 1. Oktober aber brachte wesentliche Aenderung der Zustände.

Zunächst lieferte er den Demagogen des Palais Royal neuen Stoff zur Aufregung der Massen. Die Offiziere der königlichen Leibwache gaben ihren Kameraden von Flandern im Theatersaale des Schlosses zu Versailles ein Gastmahl, bei dessen Schlusse sich die königliche Familie zeigte, die

Offiziere in heißen Jubel begeisterter Königstreue ausbrachen und die Versammlung sich endlich in geräuschvoller Weinseligkeit auflöste. Die Nachricht davon wurde im Palais Royal mit wilder Gier ergriffen; Marat, sagte Desmoulins, machte allein so viel Lärmen wie die vier Posaunen des jüngsten Tages; sie verbreiteten im Volke, das Mahl sei eine prunkende Orgie gewesen, die Offiziere hätten die dreifarbige Kokarde von ihren Hüten gerissen, und was der Lügen mehr waren[1]). Jetzt schienen alle Besorgnisse über die bevorstehende Gegenrevolution bestätigt: die Gärung griff weit in dem Volke um sich; wo eine einfarbige Kokarde erschien, war der Träger seines Lebens nicht sicher. Dazu kam der Brotmangel, der nicht stärker, aber auch nicht schwächer als im Sommer war[2]), sodann die eben beliebte Auflösung der großen Werkstatt auf dem Montmartre, die eine Menge unbeschäftigten Gesindels in die Stadt geworfen hatte; das Volk entdeckte mit einem Male, daß die Aristokraten allein die Not verursachten, daß sie Dreschen und Backen hinderten, um die Nation durch Hunger ihren Trabanten zur Beute zu überliefern. Bei den französischen Garden stieg wieder die Lust auf, nach Versailles zu marschieren, man bemerkte hier und da, daß ihre Mannschaften mit geringerem Eifer gegen die Ruhestörer einschritten. Indes blieb die unbesoldete Nationalgarde, 24 000 Mann, voll-

---

[1]) Das Couvert hatte 3 Mark — 3¾ Francs — gekostet, Loustalot, révol. de Paris N. 15. L. Blanc berichtet ohne Angabe einer Quelle, der Preis des trockenen Couverts sei 26 Livres gewesen, citiert dann aber selbst die Erzählung eines Garde-du-Corps, daß jeder von ihnen für die Speisen 7½ Livres bezahlt habe, was genau zu der Angabe Loustalots stimmt. Die Truppen außer Paris hatten die dreifarbige Kokarde noch gar nicht angelegt.

[2]) Brissot im patriote français: il regnait depuis quelques jours cette même disette apparente dont nous avons déjà parlé, mais cette disette n'existait point réellement. Ebenso unzweideutig ist das Ergebnis der Akten der Getreidehalle (bei Poisson I, 122), sowie jenes der amtlichen Korrespondenz zwischen Bailly und Necker über die Verpflegung von Paris, bei Buchez IV. Das Brot kostete 3 Sous das Pfund, was jahrelang der Marktpreis in Paris blieb.

kommen unberührt. Unermüdlich jagten ihre Patrouillen die tobenden Volkshaufen auseinander. Die Patrioten schrieen über diese Banden, die sich blindlings einem der Aristokratie verkauften Stadtrate zur Verfügung stellten. Noch am Abend des 4. Oktober verteilten sich die Mitglieder des Gemeindeausschusses in ihre Bezirke, um Vorsichtsmaßregeln zu treffen, daß nicht die Aufrührer die Wachthäuser der Nationalgarden entwaffneten, um dann nach Versailles hinauszuziehen[1]). Die Posten und Patrouillen wurden verdoppelt: die Nacht verging ruhig.

Allein in diesem Augenblicke waren die Führer bereits nicht mehr in der Stimmung, um sich einem neuen Ausbruche der Revolution ernstlich entgegenzuwerfen.

Vor einigen Tagen hatte die Nationalversammlung dem Ministerium eine neue Steuer bewilligt. Da meinte Duport, nur das Deficit habe Frankreich zu den Reichsständen verholfen; es sei nicht wohlgethan, das Deficit so schnell zu beseitigen. Ein sonst namenloser Abgeordneter, Broustaret, erinnerte, daß die meisten Cahiers erst nach Vollendung der Verfassung von neuen Steuern wissen wollten, und hierauf setzte Toulongeon, ein naher Freund Lafayettes, den Antrag durch, vor Ausschreibung der Steuer dem Könige die Menschenrechte und die bis dahin beschlossenen Verfassungsartikel zur Annahme vorzulegen.

Von den Verhandlungen, welche dieser Beschluß im Ministerrate hervorrief, ist das einzelne unbekannt. Fest steht aber das Ergebnis, daß man im allgemeinen keinen Widerstand wagte, ebensowenig aber zu einer unbedingten Annahme geneigt war, sondern dem Könige eine Kritik der gefährlichsten Punkte offenzuhalten wünschte. Am 4. Oktober wurde die Antwort des Königs in diesem Sinne festgestellt und der Nationalversammlung am 5. vormittags eröffnet. Ludwig billigte die Dekrete im ganzen, machte aber einige Ausstellungen und behielt sich die volle Aus-

---

[1]) Révolutions de Paris und Gorsas, courrier vom 5. und 6. Oktober.

übung der Exekutivgewalt vor. Die Linke griff diesen Bescheid mit Heftigkeit an und klagte zugleich die höfischen Umtriebe der letzten Tage an. Die Rechte pochte hiergegen auf den Mangel jeglichen Beweises und stellte den in jedem Falle unbesonnenen Antrag auf Untersuchung, den aber Mirabeau durch eine scharfe Hinweisung auf den allgemeinen Verdacht gegen die Königin sofort beseitigte. Er suchte darauf die Verhandlung allein auf die Verfassungsartikel, mit Ausnahme der Menschenrechte, zu beschränken[1]. Allein es gelang ihm dieses Mal so wenig wie im August. Die Versammlung ließ sich ihr Werk nicht verkümmern und beschloß, auf unbedingter Genehmigung des Ganzen zu bestehen.

Wichtiger aber war es für den Augenblick, daß der Urheber der Menschenrechte, der General Lafayette, diese Gesinnung im höchsten Maße teilte. Er war durch seine Freunde im Ministerrate noch früher als die Nationalversammlung von der Entscheidung des Königs unterrichtet. Er aber betrachtete die Menschenrechte als den höchsten Schmuck seines Ruhms, er wollte kein Wort daran bemäkelt wissen. Wenn der König sich dennoch einer Kritik unterfinge, so mochte er die Folgen tragen. Der General dachte nicht selbst eine offene Empörung zu erheben, aber er fand keinen Anlaß mehr, sich einer vorhandenen Gärung in den Weg zu stellen. Die Demokraten sahen plötzlich die Bahn geöffnet: man kann sich denken, daß sie mit Eifer vorwärtsschritten.

Noch ehe die Nationalversammlung am 5. ihre Sitzung eröffnete, waren in Paris seit frühmorgens 7 Uhr[2] zuerst einige hundert, dann einige tausend Weiber auf dem Greveplatz versammelt. Sie drangen in das Stadthaus, schrieen nach Brot, schimpften auf die Behörden, trieben allen denkbaren Unfug. Als sie endlich die Sturmglocke zogen, eilten die französischen Garden herbei und forderten Rache gegen die Beschimpfer der Nationalkokarde. Ein anderer Auflauf

---

[1]) Avant-moniteur. Courrier de Provence.

[2]) Moniteur.

bildete sich, die Waffen in der Hand, im Palais Royal, ein dritter in der Antonsvorstadt um die sogenannten Sieger der Bastille, eine Anzahl der Kämpfer des 14. Juli, die sich neben der Bürgergarde als freiwillige Schar erlesener Patrioten gesondert hielten[1]). Es unterliegt keinem Zweifel, daß deren Führer im Solde Philipps von Orleans standen, der jetzt das Mißlingen des 17. Juli glänzend gutzumachen hoffte und den Weg zum Throne auch durch das schmutzigste Verbrechen hindurch zu beschreiten bereit war. Die unbesoldete Bürgergarde nahm keinen Anteil; auf dem Greveplatze wich sie, als die Weiber Gewalt drohten und keine Behörde den Widerstand befahl; auf den beiden anderen Punkten aber war sie geradezu im Begriff, mit den Waffen einzuschreiten[2]). Jedoch ihre Oberen teilten diese Absicht nicht mehr. Als sie eben den Kampf eröffnen wollte, langten Beauftragte vom Stadthause an, Offiziere von Lafayettes Generalstab und Volksmänner zusammen, um jeden Streit zu hindern[3]). Dann aber war gleich nach Beginn des Weibertumultes der Vizepräsident des Stadtrates, Vauvillers, schleunigst nach Versailles abgereist[4]), wo er gegen 10 Uhr den Ministern die noch ganz unbegründete, aber zur Einschüchterung sehr brauchbare Kunde überbrachte[5]), nicht etwa, daß ein Pöbelhaufe, sondern daß die Pariser Nationalgarde, besoldete und unbesoldete, von Artillerie und einer Menge Volkes begleitet, sich gegen Versailles in Bewegung setze, nicht bloß, um Brot zu fordern oder die Beschimpfung der drei Farben zu strafen, sondern — wovon in der Hauptstadt nur sehr vereinzelte Stimmen geredet hatten — um den König nach Paris zu holen. Die Tumultuanten des Greveplatzes, deren Führer ganz entgegengesetzte Wünsche hegten, wußten nichts davon, sondern im Augenblicke jener Meldung, eben um 10 Uhr, entschlossen sich die Weiber

---

[1]) Poisson I, 111.
[2]) Loustalot, révolution de Paris, N. 13.
[3]) Moniteur.
[4]) Loustalot l. c. 12.
[5]) St. Priest CXVIII ss.

unter der Anführung eines Schreibers Maillard, Hauptmanns der Kämpfer der Bastille, zum Ausmarsch: denn man müsse, sagten sie, den König von der Aristokratie befreien und sich Brot für das hungrige Volk bei ihm erwirken: man werde, mochte Orleans im stillen hinzusetzen, den König entweder aus Frankreich oder aus der Welt hinwegbringen. Das Wort also, welches für den wirklichen Lauf der Revolution verhängnisvoll wie kein anderes werden sollte, der König nach Paris, ist nicht von den Weibern, sondern von Lafayettes Parteigenossen, nicht von dem Palais Royal oder den Orleanisten, sondern von dem Vizepräsidenten der Kommune zuerst ausgesprochen worden. Im Ministerium war die Bewegung groß. St. Priest forderte kräftige Gegenwehr, der König schwankte, die Königin besorgte größeres Unheil: die drei Minister, welche damals mit Lafayette zusammenhingen, Cicé, Montmorin und Necker, erklärten, die Residenz in Paris sei bei der bekannten Anhänglichkeit des Volkes an die Person des Königs eher ein Vorzug als eine Gefahr. So kam man zu keinem Entschlusse.

Unterdes trat in Paris die Bürgergarde in allen Bezirken zusammen. Einige Abteilungen erschienen auf dem Greveplatze und säuberten diesen von dem Gesindel, welches in großer Masse an die Stelle der abgezogenen Weiber getreten war. Mit deren Entfernung war vollendet, was orleanistisches Element an der Bewegung gewesen, Cordeliers und Bastillekämpfer waren mit ihnen abgerückt. Die Massen aber auf dem Greveplatze hatten noch kein bestimmtes Ziel. Man war ungewiß über die wahre Lage der Dinge und wußte nicht recht, mit welchem Worte der Knoten zu zerhauen wäre. Gerade in diesen Stunden empfing die Nationalversammlung die Antwort des Königs auf die Menschenrechte; man kannte sie aber auch schon hier auf dem Greveplatze zu Paris [1]) und steigerte damit die Unruhe: es ist ein Beweis mehr für die weite Vorbereitung des Ausbruchs,

[1]) Gorsas 107.

deren Fäden wenigstens mittelbar in den Ministerrat selbst gereicht haben müssen. Gegen Mittag vereinten sich die Dreihundert [1]) und sandten eine Botschaft an die Nationalversammlung, daß die Emeute noch nicht beendigt, ein anderer Grund aber als der Kokardenstreit und der Brotmangel nicht bekannt sei. Gleich nachher aber kam der wahre Grund gewaltsam an das Licht. Die französischen Garden forderten plötzlich den General Lafayette auf, sie nach Versailles zu führen. Der König müsse nach Paris, damit das Treiben der Aristokraten zerstört und in Paris das Brot wohlfeil werde: weigere er sich, so müsse er abgesetzt und der General im Namen Ludwigs XVII. Regent werden. In dieser Bewegung, durch welche die Botschaft Bauvillers' fünf Stunden nachher verwirklicht wurde, war keine orleanistische Ader; sie lief im Gegenteil gerade den Wünschen des Herzogs zuwider, und man kann höchstens zweifelhaft sein, ob sie von Lafayette veranlaßt, oder gegen den Willen des Generals durch die Begeisterung seiner Soldaten erzeugt war. Für die erstere Ansicht spricht vor allem Bauvillers' verfrühte und in Bezug auf die Nationalgarde damals lügenhafte Botschaft; es spricht dafür das Bekanntsein der königlichen Antwort auf die Menschenrechte, die Ansichten der mit ihm befreundeten Minister und endlich Neckers bestimmte Aussage [2]), es habe damals in Paris zwei Tendenzen gegeben: die eine wünschte den König hinwegzutreiben, um seine Stelle einzunehmen, die andere, ihn nach Paris zu bringen, um durch seinen Besitz Einfluß zu üben. Dagegen steht schlechterdings nur die eigene Versicherung des Generals und sein stundenlanges Sträuben, das er dem Begehren der Grenadiere entgegensetzte. Er hielt unter ihnen zu Roß und erklärte, er müsse den Befehl der Kommune abwarten.

Während draußen die Soldaten unablässig tobten, beratschlagten die Dreihundert stundenlang über die Beschaffung

---

[1]) Protokoll der Kommune. Lafayette sagt falsch, um 9 Uhr.
[2]) Necker, sur la révol. II, sect. 2.

von Brot und Getreide. Mit der Tagesfrage hing dies eng genug zusammen. Bailly hatte vor wenigen Tagen große Lieferungsverträge abgeschlossen, aber im Augenblicke stockten mehrere Zufuhren; die Nationalversammlung hatte am 2. Oktober ein Gesuch an die Ausschüsse gewiesen, was für sie freilich das einzig Mögliche war, für Paris jedoch keine augenblickliche Hülfe schaffte; der Minister Necker endlich antwortete seit dem 1. Oktober gar nicht mehr. So lagen diese Dinge äußerst nahe, als es sich um eine bewaffnete Sturmpetition an König und Versammlung handelte. Da kam Nachricht, daß die Weiber unangefochten die Seinebrücke bei Sèvres passiert hätten, und jetzt gegen 4 Uhr schickte Lafayette einen Adjutanten hinauf, der Abmarsch sei unvermeidlich, man solle ihm die nötigen Befehle zusenden[1]).

Hier erschien denn das vollständige Programm des Tages. Der Ausschuß verfügte nach Lafayettes Wunsch den Ausmarsch, gab dem General Vollmacht zu allem, was ihm nützlich erscheinen würde, und ordnete ihm Kommissäre aus seiner Mitte bei, die dem Könige folgende Punkte als Begehren der Kommune vortragen sollten:

Ludwig möge den Dienst in seinem Schlosse nur durch die Nationalgarde versehen lassen;

er möge der Kommune Einsicht in alle Akten über die Verpflegung von Paris gewähren;

er möge die Menschenrechte einfach genehmigen;

er möge Paris zu seinem gewöhnlichen Aufenthalte erwählen[2]).

Hier war alles zusammen: Unterstützung der Pariser Nahrungssorgen, Bestätigung des Lafayetteschen Staatsrechtes, Ueberlieferung der Reichsgewalt in die Hände der Nationalgarde und des Generals ihres Führers. Auf solche

---

[1]) Er selbst hat zwei, mehrere Jahre später niedergeschriebene Berichte über den Tag hinterlassen und in beiden den Umstand verschwiegen. Er findet sich in einem Protokoll der Kommune.

[2]) Protokoll der Kommune. Lafayette verschweigt dies alles und begnügt sich mit der Notiz, die Kommune habe ihm zwei Kommissäre mitgegeben.

Hoffnungen angewiesen, zog Lafayette hinaus. Auch jetzt noch sammelte die unbesoldete Garde sich langsam, viele wußten nicht, wohin es gehe, einige Abteilungen mußte er unterwegs lange Zeit erwarten [1]). Nachdem er die Seine bei Sèvres passiert, meldete er nach Versailles, er komme von den Garden gezwungen, er würde umgekehrt sein, wenn er die Brücke besetzt gefunden hätte [2]). Seine Truppen aber ließ er von hier in kriegerischer Ordnung vorgehen, mit dem Befehle, alles niederzuwerfen, was sich dem Marsche widersetzen würde [3]).

Die Weiber trieben indes seit 3 Uhr in Versailles ihr Wesen. Sie überschwemmten den Saal der Nationalversammlung, wo Mirabeau kurz vorher den Präsidenten vergebens gebeten hatte, die Sitzung aufzuheben und auf seine Autorität hin den Hof zu benachrichtigen, daß Paris gegen ihn im Anzuge sei. Maillard hielt den Volksvertretern eine donnernde Rede, in welcher er ihnen die Gebote des zürnenden Volkes verkündete und Rache an den Kornwucherern und adligen Verrätern begehrte; draußen zechten die Massen auf Kosten des Herzogs von Orleans, und einzelne Führer berieten im stillen, wie man in der Nacht das Schloß erstürmen und die Königin ermorden könne [4]). Dann ging eine Deputation der Weiber zum Könige [5]), bat um wohlfeiles Brot und ungeschmälerte Freiheit und kam von seiner Güte begeistert zurück. Andere Haufen aber hatten Raufereien mit den Leibwachen, die Lage des Schlosses schien immer bedenklicher, der Ministerrat versammelte sich von neuem. Da kam auch Lafayettes Botschaft, und St. Priest

---

[1]) Gorsas, Courrier. N. 91. 108.

[2]) St. Priest CXXV.

[3]) Lafayette IV, 117.

[4]) Aus den Prozeßakten des Chatelet citiert bei L. Blanc, Buch II, Kap. 10.

[5]) Der preußische Gesandte Goltz schreibt den 12. an Lord Auckland: (la citoyenne) qui portait la parole au roi le soir du 5. est reconnue à présent pour une démoiselle galante, connue et fréquentée par des gens connus. Que d'objets à réflexion!

forderte den König zur sofortigen Flucht nach Rambouillet auf. Wenn Sie morgen nach Paris geführt werden, sagte er, so ist Ihre Krone verloren. Necker rief aus: das ist ein Rat, der Ihnen den Kopf kosten kann. Der König beschloß die Abreise; als aber die Nationalgarde von Versailles Schwierigkeiten erhob, verfiel man wieder in zuwartende Unthätigkeit. Jedoch meldete man jetzt schon der Nationalversammlung die unbedingte Genehmigung der Menschenrechte.

Gegen 11 Uhr abends langte Lafayette mit 20 000 Mann Nationalgarde an. Als seine Trommeln gehört wurden, wußten die Pariser Weiber nicht, was das zu bedeuten habe, und schickten eine Patrouille aus, um etwaige Feinde zu erkunden [1]). Der General erklärte dem Könige, er werde mit seinem Blute die Ordnung aufrecht erhalten, und die Kommissäre des Stadtrats trugen ihre vier Punkte vor. Der König genehmigte den ersten, hatte die beiden folgenden schon erledigt und gab über den vierten, den Umzug nach Paris, eine ausweichende Antwort. Die Nationalgarde besetzte darauf einen Teil der Posten im Schlosse, Lebensmittel wurden beschafft, mehrere Bataillone in Kirchen untergebracht, andere lagerten bei Wachtfeuern auf den Straßen. Zwischen ihnen trieb sich das Gesindel der Weiberkolonne und die Vagabunden, die im Gefolge der Nationalgarde gekommen, herum; in einzelnen Straßen, besonders in der Nähe des Schlosses, ballten sich diese Massen zusammen; es war die Rede, die Kaserne der Leibwache zu stürmen und das verdächtige Regiment zu sprengen. Gegen Mitternacht verließ Lafayette das Schloß, war dann noch eine Viertelstunde bei dem Minister Montmorin und begab sich, obgleich die Bedrohung der Kaserne gemeldet wurde [2]), zur Ruhe, weil alle Vorsichtsmaßregeln getroffen seien. Allein kaum war er verschwunden, so wurde die Kaserne

---

[1]) Gorsas 107.

[2]) La Marck I, 116 ss. Augenzeuge. Lafayette hat eine ganz abweichende Chronologie.

angegriffen, genommen und geplündert [1]); zugleich gab es ein Scharmützel zwischen den Parisern und einer Abteilung der Leibwache, wobei diese aus der Straße verjagt wurde, ihre Posten am Schlosse aber behauptete. Endlich gegen 6 Uhr fand eine Patrouille der Aufständischen einen Eingang zum Schlosse ohne Wache [2]), und auf der Stelle erfolgte der Einbruch. Die ersten Posten der Leibwache wurden niedergemacht und den Leichen die Köpfe abgeschnitten; die Masse flutete durch Höfe, Gänge und Zimmer, Männer und Weiber, mit Waffen aller Art gerüstet, plündernd, tobend, vor allem der Königin Verderben drohend. Mit Mühe wurde das Vorzimmer derselben durch die Aufopferung einiger Leibwachen so lange verteidigt, bis sie in eiliger Flucht halbnackt sich zum Könige gerettet hatte [3]). Endlich erschien, durch die Nachricht des Tumultes aus ruhigem Schlafe aufgerissen, General Lafayette und machte durch das energische Auftreten der Nationalgarde den Mord- und Raubscenen im Inneren des Schlosses ein Ende. Draußen aber tobte die Menge, alle Höfe des Gebäudes erfüllend, weiter; jetzt war der Ruf: der König nach Paris! in aller Mund, und der unglückliche Monarch mußte auf den Balkon hinaustreten, um durch zustimmende Gebärden der dröhnenden Masse seine Unterwerfung anzukündigen. Gegen die Königin jedoch dauerten Flüche und Verwünschungen fort, bis Lafayette auch sie hinausführte und ihr vor den Augen des Volkes die Hand küßte. Da erscholl sogleich der Jubelruf: es lebe der General, es lebe die Königin. Von diesem Augenblicke an, sagt Lafayette, war der Frieden geschlossen. Einige Stunden später war die königliche Familie auf dem Wege

[1]) Gorsas.

[2]) Gorsas 110.

[3]) Es ist ein trauriges Zeichen für L. Blancs historische Gewissenhaftigkeit, wenn er die nichtsnutzige Klatscherei des Lord Holland über die Anwesenheit des Grafen Fersen in dem Schlafzimmer der Königin wieder aufwärmt, eine Verleumdung, deren Grundlosigkeit und Unmöglichkeit bereits 1823 von Croker im Quarterly review unwiderleglich dargethan worden war. Vgl. Croker, essays, 93.

nach Paris, vierzehn Tage weiter folgte ihr die Nationalversammlung.

Ueberblickt man den ganzen Verlauf des Ereignisses, so wird man nicht glauben, daß Lafayette die so nahe an Königsmord streifende Banditenthat des 6. vorausgesehen oder veranlaßt habe. Schwerlich aber ist er von dem Verdachte zu reinigen, daß er nicht auch in diesem letzten Augenblicke, über die Weigerung des Königs erbittert, einen kleinen Schrecken für unschädlich erachtet und sich deshalb ohne Rücksicht auf den beginnenden Tumult zur Ruhe begeben habe. Er ist hier, wie bei dem ganzen Ausbruche. Er läßt die Unfugstifter des Palais Royal gewähren, sehr zufrieden, daß sie ihm die passende Einleitung schaffen, um sich der Beute zu bemeistern und noch dazu als Ordner und Retter zu erscheinen. Sein Spiel war vorsichtig genug, um auf lange Zeit einen jeden Verdacht von ihm ferne zu halten; auch hatten er und seine Freunde seitdem die Macht in Händen und richteten die Untersuchung gegen wen sie mochten. Zehn Monate lang wurde diese betrieben. Der Herzog von Orleans, an den jedermann damals dachte, wenn von schlechten Streichen die Rede war, bot sich vor allen dem Argwohn dar; es war stadtkundig, daß das Gesindel der Weiberkolonne, wenn nicht seine Instruktionen, jedenfalls sein Geld erhielt; verschiedene Personen hatten ihn in dem ärgsten Getümmel der Mordnacht im Schlosse erblickt; den bündigsten Beweis aber lieferte erst mehrere Jahre nach seinem Tode die Auffindung eines Schreibens, in dem er am 6. seinen Bankier anwies, die verabredeten Summen nicht zu zahlen: „das Geld ist nicht verdient, der Tropf lebt noch“ [1]. Ein weiterer Verdacht richtete sich gegen Mirabeau, der gewaltig genug in der Revolution dastand,

---

[1]) Ducoin, Philippe d'Orléans, 72, nach einer Mitteilung des kaiserlichen Polizeiministers Real: Courez vite, mon cher, chez le banquier, qu'il ne délivre pas la somme, l'argent n'est point gagné, le marmot vit encore. Vgl. auch die sehr speciellen und positiven Angaben in der Correspondence of Lord Auckland, II, 365.

daß man einen wichtigen Akt derselben ohne seine Beteiligung fast für unmöglich hielt. Allein damals stellte sich nichts weiter heraus, als daß er, begreiflich genug bei seinen Verbindungen, im allgemeinen unterrichtet war: jetzt aber steht es urkundlich fest, daß er in der Bewegung von Anfang an ein öffentliches Unheil sah. Damals schon wußte es, wenn kein anderer, so doch Lafayette und versprach dem gefürchteten Nebenbuhler, als die Untersuchung spruchreif wurde, sein Zeugnis für Mirabeaus Unschuld abzulegen. Allein an dem bestimmten Tage fehlte der General in der Nationalversammlung, und Mirabeau sprach mit bitterer Schärfe über den ungezügelten Ehrgeiz des neuen Diktators. Gemeinsame Freunde tadelten diesen Unmut: da schrieb Mirabeau seinem nächsten Vertrauten, dem Grafen La Marck, mit der bestimmten Vollmacht, Lafayette das Schreiben vorzulegen: „Ich konnte gestern Lafayette einen unauslöschlichen Flecken aufdrücken, den ich ihm bisher nur für die Geschichte bestimmt habe. Ich habe es nicht gethan, ich habe das Schwert gezeigt, den Hieb aber nicht geführt. Die Zeit wird es thun statt meiner; soll ich es aber beschleunigen, so möge er durch den kleinsten Angriff den Kampf gegen mich eröffnen."

Das geschichtliche Urteil, auf welches Mirabeau sich bezieht, wird schwerlich zweifelhaft bleiben. Nicht der schmutzige Lärm der Weiber, nicht der tückische Mörderanfall auf das Schloß sind die wesentlichen Ereignisse des 5. Oktober. Inwieweit hierbei das Geld des Herzogs von Orleans und der Ehrgeiz seiner Freunde im Spiele gewesen: es ist das eine Frage von kriminalistischem, aber schwachem geschichtlichem Interesse [1]). Das folgenschwere Ergebnis des Tages

---

[1]) L. Blanc, Buch II, Kap. 7 und 10, Buch III. Kap. 8 führt aus, daß der Graf von Provence (Ludwig XVIII.) und in dessen Dienste Mirabeau die Verschwörung gemacht hätten. Seine Beweise thun nichts weiter dar, als daß der Prinz bei verschiedenen anderen Gelegenheiten sich feindselig gegen die Königin benommen, und daß er im November 1790 gegen Bailly und Lafayette komplottiert hat; es ist unbegreiflich, wie Blanc einen Brief dieses letzteren

war die Unterwerfung des Königs unter die revolutionären Kräfte der Hauptstadt. Wir fanden diesen Gedanken, zusammengefaßt in dem Worte: der König nach Paris, unter der Pariser Bevölkerung schon im September weit verbreitet; verschiedene Umstände bewirkten dann in den ersten Oktobertagen die plötzliche Explosion. Ob bei deren ersten Regungen Lafayette getrieben oder Treiber gewesen, darüber läßt sich streiten; sicher aber sind die Thatsachen, daß Lafayette die Uebersiedlung des Königs im voraus gewünscht hat; das Begehren ist zuerst am Morgen aus seiner engeren Umgebung nach Versailles gemeldet, am Mittag unter seinem Einflusse von dem ihm ergebenen Stadtrate beschlossen worden. Seine Begleiter haben es dem Könige vorgetragen, erst nach seiner Ankunft ist es der Ruf der Volksmassen in Versailles geworden. Endlich, er allein und seine Freunde haben den Vorteil des Ereignisses ausgebeutet, bis eine neue Revolution sie nach dem eigenen Muster behandelt hat.

Einen Augenblick dachten freilich die Männer des Palais Royal, eine solche Bewegung der Massen, wie sie hier nach allen Anstrengungen endlich gelungen, würde die Herrschaft der Straßenredner für immer befestigen. Aber die Kommune, die ihre Begehren sämtlich erreicht und den König nebst seiner Civilliste, den Ministern und der Nationalversammlung in Händen hatte, hielt plötzlich inne. Schon am 8. Oktober erließ sie eine scharfe Verfügung gegen den Mißbrauch der Presse. Im Palais Royal empfand man es mit giftiger Erbitterung. Man durfte fragen, mit welchem Rechte

---

Datums zu der Affaire Favras, November 1789, ziehen kann; beim 6. Oktober 1789 hat er vom Prinzen schlechterdings nichts zu berichten, als daß er am Morgen in voller Toilette sich beim König eingefunden. Viel genauer und gründlicher als L. Blanc erörtert Graf Vieil-Castel (Marie Antoinette et la Révolution française) das Verhältnis des Prinzen zur Königin, worüber auch schon vor L. Blanc Guénard, histoire de Madame Élisabeth und Goncourt, histoire de Marie Antoinette gehandelt haben. Was Mirabeau betrifft, so ist auch gegen Blancs Konjekturen nur auf die absolut entscheidenden Urkunden in der Korrespondenz La Marcks zu verweisen.

die uniformierte Miliz auf einmal Ruhe und Gehorsam predige, sie, die ein Geschöpf der Revolution war wie die Pikenmänner der Vorstädte. Man mußte finden, daß Lafayette kein anderes Recht zur Herrschaft hatte als die Revolution, und keinen Grund zur Schließung der Revolution als seine Herrschaft. Man schürte also weiter, man versuchte wieder einen Brottumult und schnitt am 21. einem Bäcker den Kopf ab. Allein auf der Stelle zeigte sich, wer für den Augenblick der Stärkere war. Die Kommune ließ die Mörder ohne Verzug verhaften und begehrte von der Nationalversammlung ein Kriegsgesetz gegen Aufruhr, welches, schon in Versailles von Mirabeau beantragt, jetzt mit starker Mehrheit erlassen wurde. Darauf wurde es fürs erste ruhig in den Straßen von Paris. Der Herzog von Orleans aber, der einen Königsthron in der Emeute zu finden gehofft, ließ sich durch Lafayette, man kann sagen mit Schlägen, in eine anständige Verbannung nach London jagen, so daß Mirabeau, des Herzogs Benehmen nach der eigenen Stellung messend, ausrief: diesen Menschen sollte ich zum Könige ersehen haben? nicht zum Bedienten möchte ich ihn gebrauchen. Auf lange hin war es seitdem zu Ende mit einer Partei Orleans.

Als aber Mirabeau das fernere Begehren stellte, den Ministern alle Mittel zu einer starken Regierung, die sie angeben möchten, zu gewähren, kam von den Ministern selbst nur die Erklärung, daß sie keine Verantwortung bei der allgemeinen Unsicherheit übernehmen könnten. Von irgend einer Ordnung in den Reichsangelegenheiten war keine Rede. Der gesetzliche Boden war vollends zertrümmert. Es blieb bei der Ohnmacht der Regierung und der Herrschaft der Pariser Nationalgarde durch den General Lafayette. Diese waren für den Augenblick die Stärksten in Paris, und Paris hatte die Gewalt über das Reich. Es war die Souveränität der einzelnen Menschen, die Herrschaft der Urwähler, die unmittelbare Volksregierung; es war mit einem Worte die zur That gewordene Theorie der Menschenrechte und des allgemeinen Empörungsrechtes. In Frankreich,

schrieb damals das preußische Ministerium dem Grafen Goltz, ist eine lange Reihe innerer Konvulsionen vorauszusehen, bis dann ein letzter Ausbruch die Allmacht einer siegenden Partei feststellen wird; mit Erstaunen fragt man sich, wie lange die Provinzen den Despotismus des Pariser Stadtrats ertragen werden.

Fünftes Kapitel.

Verwaltung. Assignaten.

Ein einziger Mensch unter den damaligen Staatsmännern Frankreichs hatte über die geschilderte Lage der Dinge ein völlig klares Bewußtsein [1]. Mirabeau begriff, daß die Linke, die aus Furcht vor Adel und Militärgewalt die Anarchie noch immer zu steigern suchte, damit nicht die Konsequenz, sondern die Vernichtung des Repräsentativsystems ausspräche; er sah, daß die Rechte, die aus Furcht vor der Anarchie immer dringender auf Herstellung des Alten pochte, damit nicht der Empörung, sondern der Autorität den letzten Gnadenstoß gäbe. Denn daß der Feudalstaat unmöglich und jeder Versuch zu seinen Gunsten ein Selbstmord der Regierung wäre, diese Ueberzeugung war seit Jahren die Seele all seines Thuns. Dessen despotische Mißbräuche hatte er an seinem eigenen Leibe empfunden, die hektische Schwäche desselben aber auf allen Gebieten der Politik ergründet: es möchte schwer sein zu sagen, ob er ihn mehr gehaßt oder verachtet hätte. Was jedoch seinem Zorne die rechte Belebung und seinen Forderungen die volle Ueberlegenheit gab, war die Deutlichkeit, in welcher das Bild des

---

[1] Hauptquelle für das Folgende, welches früher nur sehr unvollständig bekannt war, ist jetzt der Briefwechsel Mirabeaus mit La Marck.

künftigen Frankreich bis in die Einzelheiten der Verwaltung hinab vor seiner Seele stand. Während er selbst zum überwältigenden Angriffe gegen den König Ludwig und die Minister aufrief, verlor er nicht einen Moment die nötigen Rechte des Königtums und der Regierung aus dem Auge. Schon im Juli sagte er dem Grafen La Marck, einem einflußreichen Freunde der Königin: seht doch, daß man mich mehr für einen Freund als für einen Gegner halte. Im September sagte er mit seinem durchdringenden Urteil über Personen und Dinge, mit seiner vollständigen Kenntnis des Pariser Zustandes das Unheil der Oktobertage voraus; er sah dabei, wie die Regierung immer noch ratlos schwankte, jeden Einfluß aufgab, der Versammlung planlos wechselnd bald Kriecherei, bald Erbitterung entgegenbrachte. Sehen diese Menschen nicht den Abgrund, rief er aus, der sich vor ihren Füßen höhlt und sie rettungslos begräbt; der Pöbel von Paris wird die Leichname des Königs und der Königin peitschen: alles, alles kommt darauf an, sie über ihre Stellung aufzuklären. Es waren dieselben Tage, in denen er die Menschenrechte als das Grab aller Ordnung unablässig bekämpfte und im Namen der Freiheit für das unbeschränkte Veto des Königs stritt: dieselben Tage, in denen er Neckers forttappende Wirtschaft durch einen zermalmenden Streich gegen die Diskontokasse bis auf die Fundamente erschütterte, zugleich aber eine von dem Minister begehrte Einkommensteuer als letztes Rettungsmittel gegen den Staatsbankerott der widerstrebenden Versammlung entriß. Am 29. September stellte er den Antrag, den Ministern des Königs die Teilnahme an den Debatten der Versammlung zu gewähren; man fand gleich heraus, daß er an sich selbst als künftigen Minister denke, und ließ den Vorschlag einstweilen über dringenderen Fragen beruhen.

Es war damals jedermann so gewohnt, seinen Namen mit allen folgenreichen Schlägen der Revolution in Verbindung zu setzen, daß man ihn allgemein als einen Haupturheber des 6. Oktober betrachtete. In Wahrheit aber erkannte kaum ein anderer so klar zugleich das Verderben,

welches hier seine Quelle hatte, und die Mittel, ihm zu begegnen. Am 7. Oktober forderte er den Grafen La Marck auf, dem Könige zu erklären, Thron und Reich seien verloren, wenn man Paris nicht schleunigst wieder verlasse. Er selbst sei bereit, die Mittel dazu unverzüglich anzugeben. Indem er als den Kern der Gefahr die unmittelbare Einwirkung der Volksmassen auf Regierung und Gesetzgebung bezeichnete, traf er genau den Brennpunkt aller späteren Zerstörungen der Revolution. Indem er ein ausführliches Gutachten über die dagegen zu beobachtende Haltung entwarf, zeichnete er mit Meisterzügen die bleibenden Schöpfungen, welche Frankreich der Revolution verdankt. Er will den König aus Paris entfernen, denn er will ihn frei von jedem anderen Einflusse als dem der Nationalvertretung, mit dieser aber untrennbar verbunden. Er will keine Herstellung der Adelsvorrechte und des Feudalsystems, dessen Untergang unwiderruflich ist. Er will, daß der König selbst der Versammlung zuvorkomme, indem er die Vernichtung der Parlamente und des richterlichen Adels ausspreche. Er will, daß der König für seinen Hof genau das Nötige in Anspruch nehme und den Grundsatz feststelle, daß die öffentlichen Einnahmen nur zur Förderung des Gesamtwohls und zur Sicherung des Staatskredits bestimmt seien. Nur indem der König diesen Weg einschlägt und sich so mit den großen Interessen seines Volkes verschmilzt, erkennt Mirabeau die Möglichkeit der Rettung. Vor allem warnt er, an die Grenze zu fliehen und durch Verbindung mit den Emigranten oder dem Auslande die Gesamtheit der Nation gegen sich unter die Waffen zu rufen. Er fordert zu Vorsicht und Eile auf, erklärt aber die jetzigen Minister schlechthin für unfähig zur Ausführung des Planes. Er begehrt also, daß man sonst einen zuverlässigen, begabten und volkstümlichen Vollstrecker aufsuche und diesen mit unbedingten Vollmachten ausstatte.

Zu gleicher Zeit knüpfte er Unterhandlungen über die Umgestaltung des Ministeriums nach allen Seiten an, mit den einflußreichen Mitgliedern der Nationalversammlung, mit dem ältesten Bruder des Königs, dem geschmeidigen,

vorsichtig zurückhaltenden, aber von ehrgeizigen Wünschen erfüllten Grafen von Provence [1]), endlich auch, so viel Ueberwindung es ihn kosten mochte, mit Lafayette. Hier aber trat die eigentliche Schwierigkeit hervor. Lafayette fand die augenblickliche Lage genau so, wie er sie wünschen konnte. Der König war ihm aus Furcht gehorsam, die Minister sahen ihm nach den Augen, er konnte sich für den Regenten von Frankreich halten, ohne die Last der eigentlichen Geschäfte, ohne die Gefahr irgend einer Verantwortlichkeit. Noch gestand er sich keineswegs, daß nicht die Pariser Nationalgarde seinen Befehlen, sondern er ihren Launen folgte; noch genoß er die ganze Fülle einer frischen Volkstümlichkeit; vor allen Dingen aber, der geheimste Wunsch seines Herzens war erfüllt, vor keinem Höherstehenden hatte er sich zu beugen. Wie sollte er nun auf die Bildung eines starken Ministeriums eingehen? Daß sie in gewissem Sinne notwendig scheine, mußte er freilich bei den Verhandlungen zugeben; aber einen anderen mit solchen Befugnissen zu bekleiden, hätte seinen souveränen Einfluß gebrochen, und selbst die Aufgabe zu übernehmen, würde gleich sehr seine Geschicklichkeit und seine Volksgunst bloßgestellt haben. Dieselben Beweggründe wirkten noch stärker bei den anderen Häuptern, die schon Lafayette um dessen Macht beneideten und sonst sich genau in dem Kreise derselben Fähigkeiten und Anschauungen bewegten. Die Konferenzen zeigten von

---

[1]) Vgl. die Anmerkung zu S. 133. Die Korrespondenz mit La Marck zeigt jede Phase dieser Unterhandlungen: Mirabeau kommt erst durch La Marck mit dem Prinzen in Verbindung; eine Zeit lang will er den Prinzen zum Premierminister machen, dann denkt er diese Stelle wieder Necker zu, dann zeigen sich Aeußerungen, die auf die Generalstatthalterschaft des Königreichs deuten. Ehe das Jahr zu Ende ist, erklärt aber Mirabeau, daß die Erbärmlichkeit des Prinzen jede Verwendung desselben unmöglich mache. — Die Stelle der Korrespondenz I, 448, die Plane auf einen Thronwechsel bezieht, kann ohne allen Zweifel nur von der Ernennung des Prinzen zum Minister verstanden werden, und völlig sicher ist die Unechtheit des von Blanc, III, 363 der Leipziger Ausgabe abgedruckten Vertrags zwischen dem Könige und Mirabeau.

Anfang an geringe Hoffnung auf Erfolg, setzten sich indessen einige Wochen hindurch fort.

Die Bildung einer zugleich starken und populären Regierung, das ist der Mittelpunkt, um den sich Mirabeaus Schritte sämtlich bewegen. Sie muß stark sein, um Frankreich aus völligem Verderben zu erretten: sie kann stark sein, sobald sie sich fähig und thätig zeigt und entschieden den Opfern des 4. August den Rücken wendet. Hierin ist ihm alles beschlossen. Mirabeau findet das volkstümliche, moderne oder liberale Element keineswegs in einer Definition der Grundsätze oder einer Form der Regierung: das charakteristische Merkmal ist ihm vielmehr die Befreiung des Volkslebens und des Staates von den Banden der Einzelprivilegien und Monopolien, die Erlösung also des religiösen Gewissens von den Befehlen einer bevorrechteten Kirche, der Arbeit von dem grundherrlichen und Zunftzwange, des Kapitals von dem Monopol der Börse und der Hauptstadt, der Rechtspflege von dem Privatbesitz der Gutsherren und der Parlamente, der Finanzen von der privilegierten Eigensucht des Hofadels, der Verwaltung von dem Erbgange der käuflichen Aemter, der Nationaleinheit endlich von den Schranken der Binnenzölle und der Provinzialprivilegien. Indem hiermit jede andere Herrschaft als die des allgemeinen Wohles unmöglich wird, bilden diese Eroberungen sowohl die wahre Freiheit des einzelnen als auch das wahre Wesen des Repräsentativstaates. Erst als Folgerung aus ihnen, dann aber nicht minder unabweisbar, erscheint die Umgestaltung der Regierungsform. Sie bedingen starke Rechte der Volksvertreter neben dem Könige, nicht als angeborenes Urrecht der einzelnen Menschen, sondern als unerläßlich zum Gedeihen des Staates. Denn durch die Beseitigung der alten Privilegien empfängt vor allem die Krone eine solche Machtvermehrung, daß ohne ständische Teilnahme an Steuern und Gesetzgebung ein völliger Despotismus einträte, unter dieser Teilnahme aber der König schon als Lenker der jetzt erst entstehenden Verwaltung eine stärkere Gewalt als je besäße.

In diesem Sinne bereitete sich Mirabeau zu einer Reihe von Gesetzen, von denen keines ein Wort über die formellen Verfassungsfragen enthielt, die aber zusammen ausgereicht hätten, durch die Schöpfung einer lebensfähigen Regierung auch über den Bestand der Konstitution zu entscheiden. Das erste war die Sicherung des Daseins gegen den Unfug der souveränen Einzelwillkür. Er schlug deshalb gleich nach dem 6. Oktober ein Kriegsgesetz vor, strenger in allen Bestimmungen als das später erlassene, aber liberaler, indem es sich nur auf das Weichbild von Paris beschränkte. Es war ganz sein praktischer Blick, mit dem er in Paris den Hebel für die Bewegung des ganzen Reiches erkannte, diesen mit geharnischter Hand ergreifen, den Provinzen aber den unnötigen Schrecken des Kriegsgepränges ersparen wollte. Sodann bedurfte er, um eine wirksame Regierung herzustellen, einer großen Finanzmaßregel: keine Regierung unter der denkbar besten Verfassung konnte ihr Gleichgewicht erlangen, welche bei jedem Schritte in die Fesseln des Deficits und der Schulden verwickelt wäre. Hier kam ihm nun eine heftige revolutionäre Bewegung entgegen: er wagte es, sie für seine Zwecke der Ordnung zu benutzen.

Die Lage der Finanzen war natürlich trostlos. Hätte das Ministerium Breteuil nicht den Sturm der Anarchie entfesselt, hätte Necker die Kraft besessen, gleich nach dem 23. Juni die Finanzreform in die Hand zu nehmen, so wären sachliche Hülfsmittel in ausreichender Zahl vorhanden gewesen. Damals hatte der Klerus geradezu beschlossen, seine Güter der Staatsschuld zum Pfande zu stellen: damals wäre noch eine für alle Teile vorteilhafte [1]) Ablösung der Zehnten möglich gewesen, nach welcher der Klerus vielleicht auch die Zinsen eines Teiles der Staatsschuld hätte tragen können; endlich verstand sich die Heranziehung des Adels und der Kirche zu den ordentlichen Steuern von selbst, und das Aufkommen davon, etwas mehr als 30 Millionen,

[1]) Da die Zehnten über 30 Millionen Erhebungskosten machten, so gewannen die Pflichtigen 20 Millionen bei einer Ablösung, welche die Einnahme der Kirche noch um 10 Millionen erhöhte.

hätte sich damals noch für die Staatskasse retten lassen. Da die Güter des Klerus nun einen Kapitalwert von beinahe 2000 Millionen darstellten, so hätten diese Hülfsquellen mehr als hingereicht, um den ganzen Betrag der schwebenden und fälligen Schuld — jetzt etwa 620 Millionen — zu verzinsen und zu konsolidieren und so das schwankende Staatsvermögen auf sicheren Boden zu bringen. Dies also war im Juni möglich, wenn die Regierung sich an die Spitze der Reformen stellte, dadurch die äußere Ordnung des Staates und mit dieser die erste Grundlage alles Kredites aufrecht hielt. Als es versäumt wurde und im Juli der ganze Bestand des Staates in Frage kam, verschlechterte sich auch der finanzielle Zustand. Einmal wuchs der Betrag der schwebenden Schuld durch die außerordentlichen Ausgaben der Revolution; man verbrauchte bis zum Ende des Jahres 103 Millionen, und Necker kündigte fernere 90 für 1790 an. Dann wurde man bei dem Stocken aller Einnahmen genötigt, mit den zur Konsolidation und Amortisation bestimmten Geldern die laufenden Ausgaben des Tages zu bestreiten. Es trat Vermischung aller Zweige der Finanzverwaltung ein, die Ordnung verschwand völlig aus der Geschäftsführung des Schatzes. Dabei blieb Necker, obgleich damals auf der Höhe der Volksgunst stehend, bei der Methode des Verschleierns und Bemäntelns. Am 7. August erbat er sich ein Anlehen von 30 Millionen, rückzahlbar während der kommenden Legislatur nach dem Willen der Darleiher, verzinslich zu 5 Prozent, einen sehr begründeten Satz, da bei dem niedrigen Kurse der alten Staatspapiere jeder Käufer 6 bis 6½ Prozent seines Anlagekapitals erzielte. Allein die Unvollständigkeit der Mitteilungen, welche Necker über die Lage des Schatzes gemacht, verführte die Nationalversammlung, den Zinsfuß auf 4½ Prozent zu bestimmen, worauf denn das Anlehen völlig fehlschlug. Drei Wochen später mußte man 5 Prozent für eine Aufnahme von 80 Millionen bewilligen, dazu den Staat durch ungünstige Nebenbedingungen beschweren und sich zuletzt freuen, daß in barem Gelde 33 Millionen zusammengebracht wurden.

Wieder hatte man keine andere Hülfe als die Diskontokasse, deren neue Vorschüsse den Schatz bis Ende September fristeten: da erklärte aber Necker jede weitere Anleihe auch unter wucherischen Zinsen für unmöglich und, wenn man den Bankerott vermeiden wollte, eine Verstärkung der Steuerkraft für unumgänglich. Er beantragte also die Abgabe von einem Viertel alles Einkommens, nach freier Selbstschätzung der einzelnen binnen drei Jahren zu erlegen. Es war der oben erwähnte Anlaß, bei welchem Mirabeaus triumphierende Beredsamkeit dem Minister zu Hülfe kam: er hatte soeben die, wie er glaubte, vernichtenden Hebel zum Sturze Neckers angesetzt, er hoffte durch neue Mittel den kranken Staatshaushalt erfrischen zu können, er wollte nicht vor dem Beginne der Kur das Ganze im Bankerott zusammenstürzen sehen. Er riß die Versammlung zu der Annahme der Steuer fort.

Dies war etwas für die Zukunft, brachte aber für den laufenden Tag keinen Vorteil, als daß sich die Diskontokasse zu ferneren Vorschüssen bestimmen ließ, neuen Anticipationen also, deren größter Teil auf die Saldierung der alten verwandt werden mußte. Was Necker am 5. Mai nicht ausgesprochen hatte, kam immer deutlicher und dringender zum Vorschein. Die Last der schwebenden Schuld war die Quelle aller ökonomischen Verlegenheiten, die Erleichterung derselben der Mittelpunkt aller finanziellen Aufgaben.

In diesem Zusammenhange machte zuerst Talleyrand am 10. Oktober den folgenschweren Vorschlag, die Güter der Kirche für die Staatsbedürfnisse in Anspruch zu nehmen.

Daß darin an sich keine Ungerechtigkeit lag, hatte der Klerus, wie wir sahen, selbst anerkannt. Aus einer Jahreseinnahme von 100 Millionen Zehnten und 60 bis 70 Millionen Gütertrag [1]) hatte er bisher nicht sehr regelmäßig

---

[1]) Nach anderen 80 Millionen Gütertrag. In den 100 Millionen Zehnten sind die Erhebungskosten, etwas über 30 Millionen, nicht mit einbegriffen.

dem Staate eine Steuer von 3 bis 4 Millionen gezahlt und die der Kirche anvertrauten öffentlichen Bedürfnisse des Unterrichts und der Armenpflege höchst unzulänglich besorgt. Seinerseits hatte er sein Vermögen und seinen Kredit in trefflicher Ordnung, er hatte also die Pflicht und die Mittel, dem Staate in dieser bedrängten Lage zu Hülfe zu kommen. Zweifelhaft konnte nur die Art und Weise des Beistandes sein, und hier erschien jetzt von neuem das Unheil des revolutionären Zustandes. Wenn im Juni ohne Störung seines Besitzes der Klerus den Kredit des Staates hätte decken können, so war dies jetzt bei der Vernichtung jenes Kredites an sich unmöglich, sodann aber hätte es den erhitzten Leidenschaften bei weitem nicht mehr genügt. Aller Haß gegen die bestehende Kirche ging mit vollen Segeln zum Angriffe vor, getragen von dem brausenden Strome der siegenden Meinung. Voltaires Abscheu gegen alles Geistliche war in der gebildeten Klasse unendlich verbreitet; die Jansenisten jubelten grimmig, der römischen Kirche alle erlittene Unbill zu vergelten, und die Anhänger der Menschenrechte wollten von dem Dasein einer so mächtigen und so aristokratischen Körperschaft nichts wissen. Viele Tausende freuten sich beinahe, daß die Bedrängnis des Staatsschatzes einen unabweislichen Grund gäbe, dem Standesrechte der Kirche durch sofortige Konfiskation ihrer Güter ein Ende zu machen: der Dienst der Religion hatte durch diesen fürstengleichen Reichtum der Prälaten nur Schaden erlitten, die Not des Staates aber schien durch 2000 Millionen Güter für alle Zeiten beseitigt.

Mirabeau teilte den leidenschaftlichen Zorn gegen die Kirche nicht, der sich in solchen Forderungen Luft machte. Er hatte ihr gegenüber kein anderes Gefühl als tiefe Gleichgültigkeit, da er sie von der Bildung für überflügelt und ihre innere Auflösung deshalb für unvermeidlich hielt. Laßt doch den Klerus schlafen, rief er wohl seinen stürmischen Kollegen zu, wenn diese der kirchlichen Händel nicht genug haben konnten. Der Königin schrieb er später einmal, der Adel sei nicht zu vernichten, solange Familiensinn in den

Menschen lebe, aber die Kirche sei unwiederbringlich gefallen. Allein er wußte sehr wohl, welche Wurzeln sie damals noch in dem Lande hatte, und wollte um so weniger den sicheren Sieg durch äußere Gewaltthätigkeiten verderben. Nachdem die Nationalversammlung sich dennoch zu solchen herbeigelassen, meldete er seinem Freunde Mauvillon, es sei die giftigste Wunde zu den vielen, die man schon gehabt. Nach dieser Stimmung konnte er wenig geneigt sein, die materielle Einziehung der Kirchengüter oder gar die ungeheuerliche Maßregel eines Verkaufes derselben sich anzueignen: wenn er die Herstellung der Finanzen als Mittel für Ordnung, Kredit und Recht erstrebte, so war es einleuchtend, daß davon eine so gewaltige Konfiskation nur geraden Weges hinwegführen konnte. Immer aber kam ihm der Sturm gegen die Kirche gelegen, weil er auch für seine Pläne der Möglichkeit bedurfte, über ihre Güter zu verfügen.

Eine Konsolidation der schwebenden Schuld war unmöglich geworden, man mußte also auf Mittel denken, wenigstens einen Teil derselben zu liquidieren. Auf den Rat eines Genfer Ausgewanderten, Namens Clavière, suchte Mirabeau den Weg dazu in der Ausgabe von Kassenscheinen, mit denen an Geldes Statt die Gläubiger bezahlt würden. Natürlich konnte der Staat bei der Zerrüttung seines Kredits nicht daran denken, eine so große Masse Papiergeld, wie sie hier erfordert wurde, ohne einen besonderen Rückhalt im Kurse zu erhalten; hier sollten denn die Kirchengüter als Hypothek eintreten und, um diese Sicherheit von aller bisherigen Verwirrung unabhängig zu stellen, die Verwaltung der Staatsschuld in die Hand einer neuen, von dem Finanzministerium völlig getrennten Behörde gelegt werden. Hiernach stellte er am 12. Oktober den Antrag: die Nationalversammlung möge erklären, daß die Güter der Kirche Eigentum der Nation seien.

Es war nicht schwer, die Einwendungen gegen dieses System zu finden. Das Papiergeld kann seiner Natur nach nur die Frucht eines festen Kredits sein und dessen Thätigkeit dann weiterentwickeln. Aber einen zerstörten Kredit

zu heilen, dazu ist es völlig ungeschickt: es ist ein Widerspruch in sich selbst, wenn ein bankerotter Schuldner sich durch neue Schuldscheine Vertrauen erobern will. So hat es gleich damals nicht an Stimmen gefehlt, welche das Unheil der späteren Assignatenwirtschaft auf der Stelle voraussagten und später Mirabeau als den ersten Urheber dieses Verderbens anklagten. Indessen, will man gerecht sein, so wird man seine Maßregel in ihrem Zusammenhange beurteilen müssen und dann sogleich den alles entscheidenden Umstand wahrnehmen, daß die Schöpfer des späteren Papiersystems zu Assignaten griffen, um sich damit die Herstellung eines geordneten Haushaltes zu ersparen, er aber, um einen freien Augenblick zur Bildung einer kräftigen Regierung zu gewinnen. Zwei Mal hat er einen wesentlichen Schritt auf den Wegen des Papiergeldes gethan und beide Male nur in der Voraussetzung gehandelt, daß die neuen Mittel in eine mächtige und ordnende Hand gelegt würden.

Kaum hatte am 2. November die Nationalversammlung jene Erklärung gegeben, daß die kirchlichen Güter zur Verfügung des Staates ständen, so erhob sich Mirabeau zu dem Antrage, der wie kaum ein anderer die Zukunft Frankreichs in sich schloß. Jene ministeriellen Verhandlungen hatten nämlich eine günstige Wendung genommen. Lafayette schien gewonnen, seine Freunde Talon und Semonville rückten eifrig zu Mirabeau heran; der Justizminister Cicé erklärte sich bereit, zu dessen Gunsten Necker fallen zu lassen, und der König war bestimmt worden, Mirabeau unter irgend einem Titel eine offizielle Stellung zu verheißen. Unter diesen Umständen legte Mirabeau der Nationalversammlung den Antrag vor: man solle die Ruhe von Paris durch große Getreideankäufe sichern, ferner die Verwaltung der Staatsschuld einer besonderen Kasse übertragen — die, sagte er, den Umlauf solid hypothezierter Scheine und damit die Tilgung der Rückstände bewirken wird — endlich, man solle den Ministern des Königs beratende Stimme in der Nationalversammlung geben. Mit den letzten

Worten des Antrags, das verbarg sich niemand, stellte er seine ministerielle Kandidatur auf.

Bei seinen damaligen Verbindungen war ein sicherer Widerstand nur von der äußersten Rechten und äußersten Linken zu erwarten. Jene verabscheute in ihm den Führer aller Zerstörung, diese hatte schon volles Mißtrauen gegen den Hersteller der Ordnung, beide sahen in seinem Siege mit Recht das Grab ihrer Zukunft. Mirabeau gab den wesentlichen Gütern der Revolution Bestand, indem er ihre anarchischen Elemente beseitigte: das war sein Titel für die Feindseligkeit von rechts und links. Aber wenn Duport und Robespierre sich hier auch mit Maury und Espréménil vereinigten, von dem Besitze der Mehrheit waren sie weit entfernt. Bestimmte der Hof die einsichtigen Männer der Rechten, der Justizminister die sonst ministeriellen Abgeordneten, Lafayette die Mitglieder des linken Centrums, so war Mirabeau sicher, daß sein Ansehen und Rednertalent die Masse des Hauses siegreich mit sich fortnehmen werde. Da, in der letzten Nacht, wandten sich die Dinge. Mirabeau hat später stets behauptet, daß Necker, um sich zu halten, die entscheidenden Schritte gethan; Lafayette erzählt, der Justizminister sei thätig, er selbst aber ein passiver Zuschauer gewesen. Der Unterschied ist in keinem Falle erheblich: das Wesentliche ist, daß Neckers Einfluß gegen Mirabeau durch Cicé und Lafayette nicht zerstört, sondern verstärkt wurde. Das Verhältnis der Kräfte war damit verwandelt. Am 6. setzte die Linke Vertagung der Abstimmung durch, am 7. beschloß die Versammlung unter Aussetzung der anderen Anträge: kein Abgeordneter darf Mitglied des Ministeriums werden. Alle Beredsamkeit Mirabeaus, womit er die allgemeine Verderblichkeit des Dekrets und die nur gegen ihn gerichtete Spitze desselben nachwies, fiel zu Boden. Er sprach zu Hörern, bei welchen die Sache im voraus entschieden war. Der augenblicklichen und haltungslosen Machtstellung Neckers und Lafayettes war das Schicksal der Monarchie geopfert.

Der Ausdruck ist nicht übertrieben; denn das Königtum

verblutete sich damals an den Wunden des 6. Oktober, ohne eigene Kraft zur Rettung. Die Lehre und die Praxis der Anarchie waren seitdem so stark in Frankreich, daß irgend eine Regierung zu erschaffen, ein kolossales Unternehmen war, und allein die Nationalversammlung besaß dazu, und auch sie nur, wenn sie ihre Mittel richtig verwandte, die Kraft. Eine andere Regierung als die parlamentarische war unmöglich in dem damaligen Frankreich. Daß eine solche mit Monarchie und Staatswohl vereinbar ist, zeigt vor allem Englands Beispiel. Das Parlament wirkt auf die Regierung ein, indem stets seine Häupter die Räte und Organe des Königs werden: hierdurch seiner Macht versichert, hat es kein Interesse, die Regierung im einzelnen zu hindern, einzuengen und zu schwächen. Der König hat bei diesem Systeme allerdings nicht die formell entscheidende Gewalt, an welche die Monarchien des Festlandes gewöhnt sind, wohl aber eine so glanzvolle und einflußreiche Stellung wie irgend ein Machthaber der Welt, da er als Faktor der Gesetzgebung, Verleiher des Adels und Lenker des Ministerrats den Beruf hat, sich geltend zu machen, soweit es möglich ist nach seiner Einsicht und Fähigkeit, nach den Rechten des Landes und den Bedürfnissen der Zeit. Im Grunde sind es keine anderen Beschränkungen, als die ein unumschränkter Fürst, wenn er weise und gerecht verfährt, sich selbst auflegt, und welche Ludwig XVI. seinen Ministern gegenüber längst geläufig waren. Er, der alle seine bisherigen Räte beinahe willenlos von seiner Tante oder seinem Premier, von der Königin oder einer Adelspartei empfangen, mochte sie ebenso gerne von der Versammlung entgegennehmen, wenn er nur bei dieser nicht geradezu Haß des Königtums voraussetzen mußte. Jetzt zeigte sich nun dieser Haß gerade darin, daß die Versammlung nicht etwa ihm mißliebige Minister aufnötigte, sondern überhaupt ihm Minister zu geben verweigerte. Indem sie jede Ernennung eines Abgeordneten zum Minister als eine Gefahr für die Freiheit verbot, bezeichnete sie mit unverhüllter Schärfe jeden königlichen Minister und folglich den König selbst als

Feind der Nation. Indem sie den mittelbaren Einfluß auf die Lenker der Regierung zurückwies, welcher den Brennpunkt der englischen Verfassung bildet, kündigte sie unaufhörliche Eingriffe in die Einzelheiten der Verwaltung an, unter welchen die Existenz des Königtums zuletzt erliegen mußte. Denn es giebt kein drittes. Wo ein starkes Parlament vorhanden ist, muß entweder das Ministerium aus ihm hervorgehen oder sich ihm in allen Stücken und Punkten unterwerfen. Das Dekret des 7. November verurteilte demnach das Königtum zur völligen Nichtigkeit auch auf dem Gebiete der Verwaltung. Da aber eine parlamentarische Versammlung nicht unmittelbar die Regierung führen kann und die Existenz auch eines entwürdigten Thrones die Einsetzung anderer Regierungsorgane unmöglich machte, so war seitdem die Anarchie in Frankreich gesetzlich festgestellt.

Die Folgen des Dekrets vom 7. November kamen in den Tagen, beinahe in den Stunden seiner Entstehung zum Vorschein. Ende September hatte Thouret den ersten Bericht über eine neue Einteilung Frankreichs als Grundlage der Wahlen und der Verwaltung vorgelegt. Darüber wurde fast ohne Unterbrechung den ganzen Winter hindurch verhandelt, die einzelnen Gesetze, wie sie fertig wurden, vom Könige genehmigt und in Ausführung gesetzt und so mit dem Beginn des Frühlings die Einführung des neuen Zustandes vollendet. Frankreich zerfiel ohne Rücksicht auf die bisherigen Provinzen in 83 Departements, diese in 574 Distrikte und 4730 Kantone. So viel wie möglich wurden diese Abteilungen nach natürlichen Merkmalen und gleicher Größe oder Bevölkerung abgegrenzt. Alle alte Verbindung und Sonderung verschwand; nur die Ortsgemeinde konnte man nicht füglich vertilgen, und ein Versuch, sie in größere Gemeindeverbände oder Kommunen umzuschmelzen, führte zu keinem Erfolg. Wenigstens wurde ihre alte Verfassung beseitigt und alle nach einem und demselben Systeme als Municipalitäten eingerichtet. Es gab deren etwa 44000, in denen 4 bis 5 Millionen aktiver Bürger die Souveränität des französischen Volkes ausübten. Um zu dieser höchsten

Berechtigung zugelassen zu werden, mußte der Bürger großjährig, ein Jahr lang im Bezirke ansässig sein und irgend eine direkte Steuer bezahlen. Die letzten Bestimmungen machten damals großen Lärm; sie schlugen in der That ganz offen den Menschenrechten in das Gesicht, die keinen Unterschied bei der Uebung politischer Thätigkeit als den der Tugenden und Talente anerkannten: offenbar war es ein innerer Widerspruch, wenn man in diesem Systeme irgend eine bevorzugte Klasse zu schaffen unternahm. Die demokratischen Journalisten schrieen also wieder über den Despotismus der Bourgeoisie gegen das Volk und antworteten auf die Bevorzugung des Eigentums, welche das Gesetz aussprach, mit einer unumwundenen Kriegserklärung gegen die Eigentümer. Bleibt das Dekret bestehen, rief Loustalot, so führt es zu dem agrarischen Gesetze, zu der allgemeinen Vermögensteilung. Praktische Bedeutung und Begründung hatte dieser Zorn übrigens fast nur in Paris, wo das eigentliche Heer der Demagogen wegen mangelnden Domizils sein Wahlrecht einbüßte: im allgemeinen zeigt schon die Zahl von 4 Millionen Aktivbürgern, daß das Gesetz nur eine höchst unerhebliche Einschränkung des allgemeinen Stimmrechtes enthielt. Auch bestimmte man bald nachher, daß die direkte Steuer, welche zum Charakter des Aktivbürgers gehörte, ein jeder bezahlen sollte, der irgend etwas mehr verdiente als den niedrigsten Satz des üblichen Tagelohns. Nach dem Reichtum gemessen, wäre also jeder Handwerksgeselle und Fabrikarbeiter Aktivbürger gewesen, da sie alle ein etwas besseres Verdienst hatten als den Lohn des einfachen Handlangers. Nimmt man alles zusammen, so wird sich kaum ein verkehrteres System ersinnen lassen. Denn während das Dekret das Wahlrecht an ein gewisses Einkommen knüpfte und hiermit bei der damaligen Lage der Dinge unausbleiblich den Zorn der Besitzlosen gegen das Eigentum entflammte, legte es thatsächlich dennoch die politische Macht zum größten Teile in die Hand der Armen und Hungrigen.

Die 4 Millionen Aktivbürger wurden nun zunächst als

Nationalgarde bewaffnet. Jede Gemeinde hatte ihr Bataillon oder ihre Kompanie. Darin wählten die Bürger ihre Offiziere, ohne irgend eine Mitwirkung von oben. Ein Disciplinargesetz für die Bürgergarde kam erst spät und dürftig zu stande, bis dahin gehorchten die Garden ihren Offizieren ungefähr, soviel sie wollten, und diese laut Gesetz vom 10. August 1789 auf der Welt niemandem als ihren Gemeindebehörden. Die Aemter der Gemeinden wurden wieder durch die unmittelbare Wahl der Aktivbürger ohne allen höheren Einfluß besetzt und hatten dann nicht bloß die Verwaltung der Gemeindeangelegenheiten, sondern auch höchst wesentliche Funktionen der Staatsgewalt, namentlich die Anlage der Steuerrollen, die Umlage und Erhebung der Staatsabgaben, die von der Gemeinde aufzubringen waren, endlich die unbedingte Verfügung über die bewaffnete Macht, sowohl der Nationalgarde als auch der anwesenden Linientruppen. Eigentlich sollte das letzte nur für den Schutz der öffentlichen Ordnung zur Anwendung kommen; da aber keine höhere Behörde gegen den Willen einer Gemeinde etwas ausrichten konnte, gingen diese bald weiter und erließen ihre Verfügungen jeder Art auch in das Innere der bei ihnen garnisonierenden Regimenter hinein. Man sieht hieraus, daß ein damals oft gehörter Ausdruck, Frankreich habe aus 44000 kleinen Republiken bestanden, seine volle Berechtigung hatte.

Die Kantone waren nichts als Abteilungen zur Erleichterung der großen Wahlhandlungen, ohne administrative Bedeutung und ohne amtliche Vertretung. Die Distrikte und Departements können wir gleich zusammenfassen, da sie genau mit denselben Funktionen, die Distriktsbehörden als die wirkenden Vertreter der Departements in ihren kleineren Bezirken, beauftragt waren.

An der Spitze jedes Distrikts standen 12, an der eines jeden Departements 36 Personen, ein Teil derselben als Direktorium für die Besorgung der laufenden Geschäfte, ein größerer als Ratsversammlung für die Feststellung der Ausgaben und Verwaltungsregeln. Sie hatten die Staats-

ausgaben auf die Distrikte und Gemeinden zu verteilen, die Eintreibung zu überwachen, die aufgebrachten Summen der Staatskasse abzuliefern. Sie hatten Straßenbau und Straßenpolizei, die Verwaltung der Bezirkskasse und Bezirksinstitute, endlich die Verfügung über die Gendarmerie ihres Bezirkes. Ernannt wurden sie auf zwei Jahre, ohne irgend eine Einmischung des Ministeriums, durch Wählerkollegien, deren Mitglieder nach Kantonen von den Aktivbürgern des Bezirkes bezeichnet wurden. Ihres Amtes verlustig konnten sie nur durch Richterspruch werden, von Versetzung oder Beförderung war keine Rede. Ein Antrag Mirabeaus, daß niemand Distrikts- oder Departementsbeamter werden solle, der nicht bereits auf der niederen Stufe gedient hätte, blieb ohne Folgen.

Die Verfassung bestimmte, daß sie ihre Befugnisse im Namen des Königs ausüben und die gesetzmäßigen Befehle desselben vollstrecken sollten. Wenn sie dies versäumten oder ihrerseits gesetzwidrige Handlungen begingen, so hatte der König das Recht, ihre Verfügungen aufzuheben und ihre Suspension vom Amte auszusprechen. Aber auch dann gelangte die Sache noch an die Nationalversammlung, welche die Suspension vernichten oder bestätigen oder Auflösung und Anklage gegen die schuldige Behörde verhängen konnte. Es bedarf keiner Erörterung, daß unter solchen Verhältnissen das Ansehen der Reichsregierung, welche die Beamten nicht ernannte, auf den regelmäßigen Teil ihrer Wirksamkeit keinen Einfluß hatte und den Personen weder Lohn noch Strafe bieten konnte, gleich Null war. Dasselbe Verhältnis aber fand dann wieder zwischen den Departements und den Municipalitäten, und wo einmal ein Stadtrat sich nicht mehr der Gunst der Nationalgarde zu erfreuen hatte, zwischen den Gemeindebehörden und den einzelnen Bürgern statt. Ueberall lag die Stärke in den unteren, die Schwäche in den oberen Regionen dieser Verwaltung. Dazu kam die übertriebene Menge der Behörden, denn gleich von Anfang an wußte eigentlich kein Mensch, wozu die Distriktsverwaltung diente, sodann die Vielköpfigkeit derselben, die alle

Raschheit und Folge in der Ausführung unmöglich und bei elender Besoldung der einzelnen die ganze Maschine sehr kostspielig machte. Man konnte berechnen, daß auf je 34 Männer im Reiche ein Verwaltungsbeamter kam. So war ungefähr alle Welt zu Befehlen, kein Mensch zum Gehorsam berufen und aufgelegt. Anfangs strömten die Massen mit großem Eifer zu den neuen Einrichtungen hinzu; es dauerte aber nicht lange, so fanden gerade diejenigen, welche Kenntnis und Interesse für die Sache besaßen, daß in dem allgemeinen Getümmel und Wirrsal nichts auszurichten war, und zogen sich verstimmt und abgeschreckt zurück. Die Ehrgeizigen, Hungrigen, Parteisüchtigen behielten den Schauplatz allein, und das beinahe tiefste Unglück, das einer Nation widerfahren kann, erfolgte: nicht bloß die großen Regierungstendenzen, sondern die ganze Fülle der täglichen und örtlichen Interessen wurde der Spielball der politischen Faktionen. Die Masse der ruhigen Bürger, deren Wünsche und Bedürfnisse in geordneten Zuständen durch ihr bloßes Dasein fast unter jeder Verfassung unwiderstehlich wirken, verschwand völlig aus den politischen Kräften Frankreichs.

Desto bemerkbarer traten die Redner, Schreiber, Versammlungen und Klubs hervor, und hier konnten sich auch die Passivbürger für den Verlust ihres Wahlrechtes reichlich entschädigen. Die Presse blieb völlig frei, ohne irgend ein Präventiv- und Repressivgesetz. Ihre Macht wuchs mit der Zahl ihrer Organe. Für neun Zehntel der damaligen Franzosen war der gedruckte Buchstabe an sich eine Autorität, und wenn er ihren Leidenschaften schmeichelte, eine Macht. Der Journalist, mochte er wählen oder nicht, war gewaltiger als irgend eine Behörde, die aus der Wahl hervorging. Auf den zürnenden Artikel einer volkstümlichen Zeitung beeilten sich Bürgermeister und Direktoren, Generale und Minister Entschuldigung und Rechtfertigung einzusenden. Diese flüssige Staatsgewalt fand dann in den Klubs ihre formelle Organisation. Das Vereinsrecht war ebenso unbedingt wie die Preßfreiheit, und die Abwesenheit aller öffentlichen Gewalt machte es anfangs gerade den ruhigen Bür-

gern zu einer Art von Notwehr. Die Nationalgarden benachbarter Städte verbrüderten sich zu Schutz und Trutz, die Bürger ganzer Departements und Provinzen schlossen Bündnisse gegen alle Feinde der Ordnung, des Lebensunterhaltes, der Freiheit. Festeren Bestand und gefährlichere Wirksamkeit aber erhielt die Sache, als sie von den politischen Parteien in Gebrauch genommen wurde. Der Anstoß kam auch hierfür von Paris. Der Bretonische Klub nahm seit der Uebersiedelung von Versailles in dem Jakobinerkloster sein Lokal und begann seitdem auch Nichtabgeordnete aufzunehmen. Bald wuchs die Zahl seiner Mitglieder in die Tausende, er gründete sich ein besonderes Journal und rief in den Provinzen zahlreiche Nachahmungen hervor. Alle standen untereinander und mit dem Mutterklub in stetem Briefwechsel und häufiger Beschickung; die Hauptorte der Departements bildeten Knotenpunkte für ihre Bezirke; in jedem Klub gab es einige Eingeweihte, die sich den Pariser Häuptern zu unbedingter Verfügung gestellt hatten und in den Sektionen des Bezirkes auf die Rekrutierung gleich unbedingter Werkzeuge bedacht waren. Ende 1790 betrug die Zahl der Jakobinerklubs an 200, manche, wie z. B. der Marseiller, zählten über 1000 Mitglieder; das ganze Reich war von ihrer Organisation umfaßt und fühlte jeden Druck, der von dem Mittelpunkte derselben ausging. Hinter der offiziellen Regierung, die bei aller Kopfzahl nichts als Ohnmacht und Verwirrung zeigte, wuchs ganz von selbst eine thatsächliche Gewalt, voll von Eifer und Disciplin, Einigkeit und Rührigkeit, heran. Sie war weit entfernt davon, die Mehrzahl der erwachsenen Franzosen zu umfassen; aber sie war ohne Zweifel schon damals vermöge ihrer strammen Einheit die stärkste Macht im Reiche. Sie verzweigte sich unter Aktiv- und Passivbürger, in die Nationalgarden und Linientruppen. Ihre eigentliche schlagfertige Armee aber, darüber konnte gar keine Ungewißheit sein, war die besitzlose und unstete Klasse, die, weder durch Bildung gemildert, noch durch Vermögensrücksicht gehemmt, ihre Sache einmal auf nichts gestellt hatte,

mit leichtsinniger Bravour zu Aufopferung, Gefahren und Verbrechen bereit war und bei jeder neuen Umwälzung nur Verbesserung ihrer Lage erwarten konnte. Hieraus folgte natürlich, daß die höchste Richtschnur für die Jakobiner die Befriedigung dieser ihrer Truppen wurde, zuerst das Schmeicheln aller ihrer Leidenschaften, ihres Hasses und ihrer Eitelkeit, dann die Stillung ihres Hungers und ihrer Habsucht. Der mächtigste Verein des Reiches hatte also wesentlich eine Tendenz gegen die Sicherheit des Eigentums, gegen die Anerkennung des persönlichen Rechtes und gegen die gebildeten Formen des geselligen Verkehrs. Der Weg zum Despotismus des Pöbels lag offen vor seinen Augen. Damals, im Jahre 1790, schien die Entfernung vom Ziele noch weit genug, da die Aktivbürger alle offiziellen Rechte für sich allein besaßen. Allein schon damals ließ sich gegen den Schluß nichts einwenden: wenn die Jakobiner kräftiger organisiert sind als die Verwaltung, so sind auch die Passivbürger stärker im Lande als die Aktivbürger mit all ihrem Wahlrechte. Das allgemeine Gesetz dieser Verfassung, die Kraft immer nach unten zu legen, hatte auch hier seine Geltung.

Die Dekrete über die neue Verwaltung wurden, wie erwähnt, Februar 1790 vollendet, und die Ausführung teilweise schon im Januar begonnen. Da war es kein Wunder, daß Aufregung und Unordnung allerorten fortdauerten und anwuchsen [1]), obgleich die Nationalversammlung am 16. Februar das Martialgesetz noch verschärfte. Die bisherigen Behörden verschwanden, und die Bildung der neuen erfüllte das Land mit hitzigen Wahlkämpfen. Eine Menge Wahlen wurden angefochten, nicht selten bildeten sich zwei Behörden nebeneinander, mehrere Hundert solcher Anzeigen und Beschwerden kamen bei der Nationalversammlung ein. Die

[1]) Daß die Anarchie seit dem Sommer 1789 eigentlich niemals nachgelassen hatte, zeigt z. B. eine Notiz des Moniteurs vom 27. November, worin von der kleinen Stadt Sézanne als eine fast unglaubliche Thatsache berichtet wird, daß dort ohne Waffengewalt die Ruhe nie unterbrochen worden sei.

Bauern holten ihre Händel gegen die Edelleute wieder hervor, in der Bretagne sah man Banden von 1200 Mann, die gegen die Schlösser in das Feld zogen; in der Champagne und Lothringen weigerten sie alle Leistungen, auch die am 4. August nicht aufgehobenen. Die Steuererhebung, die während des Winters hier und da wieder in das Geleise gekommen, stockte von neuem; wir werden nachher sehen, wie bitter Necker es empfand. Vollends die indirekten Steuern wurden gar nicht mehr bezahlt, jeder Versuch der Einziehung wurde den Erhebern gefährlich; in Bezières z. B. hing das Volk ihrer fünf an einem Tage unter den Augen der furchtsamen Behörden auf. Als es in der Nationalversammlung zur Sprache kam, sagte Lafayette, der Verfassungsausschuß möge ein Gesetz vorschlagen, welches gegen die Unordnung ausreiche, aber die Freiheit nicht gefährde. Der König erschien selbst, um zu nachdrücklichen Maßregeln aufzufordern, seine liberalen Verheißungen erregten beifälligen Jubel, die ganze Versammlung leistete einen Eid, der Nation, dem Gesetze und dem Könige treu zu sein: das Ergebnis aber war eine volltönende Proklamation an das Volk, die ohne die mindeste Wirkung blieb. Die Rechte begehrte Vollmacht für die Minister, Truppen gegen die Insurgenten aufzubieten: darauf aber war die einzige Antwort eine heftige Entrüstung über so freiheitsmörderische Anträge.

Statt dessen schritt die Versammlung unaufhörlich in der Schwächung des königlichen Ansehens und folglich der Regierung fort, indem sie den Einfluß derselben in dem Gerichtswesen ebenso gründlich wie in der Verwaltung vernichtete. Diese Tendenz erscheint hier um so beklagenswerter, als in anderen Beziehungen ihre Justizreformen ebenso einsichtig wie wohlthätig waren. Es saß eine hinreichende Anzahl sachverständiger Richter und Advokaten in der Versammlung, um im Technischen so große Schnitzer wie bei dem Verwaltungssystem zu verhüten. Was den Ausgangspunkt der Reformen anlangte, so war schon längst kein Zweifel darüber, daß die Parlamente fallen müßten. Be-

reits der 4. August hatte die Käuflichkeit und Erblichkeit der Aemter geächtet, die politische Stellung der Parlamente war an sich selbst ganz zweckwidrig, ihre gerichtlichen Leistungen durchaus nicht achtungswert. Am 3. November beschloß auf Lameths Antrag die Nationalversammlung, daß die Parlamente bis auf weiteres Ferien haben und ihre Geschäfte einstweilen durch ihre Ferienkammern besorgt werden sollten; als sich dagegen die Kammern von Rouen, von Metz, von Rennes protestierend erhoben, wurden sie von dem Ministerium selbst vor der Nationalversammlung deshalb angeklagt, von dem Volke ungestüm bedroht und suchten auf der Stelle ihr Heil in schleuniger Unterwerfung: mit drei kurzen Diskussionen war das Schicksal der alten, mehr als einmal der königlichen Macht gewachsenen Korporationen entschieden. Uebel genug für den Augenblick war freilich die Entschädigungssumme von 350 Millionen, welche den Inhabern ihrer Aemter zu zahlen war, und auch sonst mußte man voraussehen, daß in ökonomischer Beziehung die neue Justizpflege dem Staate härter als die bisherige aufliegen würde. Denn ein so geringer Gehalt, wie ihn ein Parlamentsrat im Hinblick auf Erblichkeit, politischen Einfluß und saftige Sporteln freudig annahm, konnte den künftigen Behörden, die nur das Recht und dies ohne Gebühren sprechen sollten, nicht geboten werden. Wahrhaftig aber hätte ein Volk wie das französische durch die Wohlthat einer guten Justiz auch neben einer jährlichen Mehrausgabe von 20 Millionen sich wesentlich bereichert, und überhaupt findet hier die allgemeine Bemerkung statt, daß der Feudalstaat, der seine Beamten mit Hoheitsrechten besoldet, zwar wohlfeiler, aber auch schlechter ist, als der repräsentative, welcher die Dienste bezahlt und die Hoheitsrechte zusammenhält.

Die völlige Neugestaltung war hier schon deshalb dringender als auf dem Gebiete der Verwaltung, weil diese wenigstens durch die alten Gemeindebehörden, die richterliche Thätigkeit aber durch gar kein Organ mehr vertreten wurde. Denn die gutsherrlichen Gerichte, die königlichen Tribunale, die Kammern der Parlamente, sie alle waren in der öffent-

lichen Meinung gleich sehr geächtet, alle ihrer bevorstehenden Auflösung gleich gewiß; allen fehlte es an Kraft und Ansehen gänzlich, um noch irgend eine Wirksamkeit zu bekunden. Indes zogen sich die Verhandlungen bis zum Oktober 1790 hinaus: den ganzen Frühling und Sommer hindurch war Frankreich thatsächlich ohne Gerichte, und leicht ist zu ermessen, wie sehr ein solcher Umstand zur Steigerung der Unsicherheit und Gesetzlosigkeit beitragen mußte.

Vor allen Dingen beschloß die Nationalversammlung Ende April die Einführung von Geschworenen in Kriminalsachen. Für den Civilprozeß lehnte sie die heftigen Anträge der demokratischen Seite nach den Erörterungen ihrer juristischen Techniker Thouret und Tronchet ab, welche mit einleuchtender Bündigkeit die Unmöglichkeit nachwiesen, im Civilverfahren die Rechts- und Thatfrage zu trennen. Dieselben Stimmen, welche hier ihre Abneigung gegen die wissenschaftlich formulierte Jurisprudenz bekundeten und einem Ideale freier Schiedssprüche nach menschlicher Billigkeit nachstrebten, verwarfen auch die Appellation, als unnütze Vervielfältigung lästiger und kostspieliger Formen, als zwecklose Vermehrung des Beamtenpersonals und des Beamtengeistes. Noch viel heftigere Anfeindung fand die Unabsetzbarkeit der Richter, die einst eine unentbehrliche Schranke gegen den Despotismus der Regierung gewesen, jetzt aber die junge Freiheit mit einem fast noch gefährlicheren Despotismus bedrohen würde. Dazu kam die Scheu, der Regierung irgend einen Einfluß in die Hände zu geben: mit fruchtloser Anstrengung verteidigte Cazalès die Ernennung der Richter durch den König, dessen Macht man Stück auf Stück zertrümmere und damit die Einheit des Reiches auflöse: in großer Aufregung und unter dem Jubel der Volksmassen beschloß die Versammlung am 4. Mai, die Richter sollten auf sechs Jahre vom Volke aus der Zahl der gebildeten Juristen gewählt werden. Für den Civilprozeß wird in jedem Distrikte ein Tribunal erster Instanz gebildet, welche eines dem anderen als Berufungsinstanz dienen. In Paris endlich sitzt ein höchster Appellhof als dritte In-

stanz. Für die Kriminaljustiz giebt es in jedem Departement einen Gerichtshof, in Paris aber einen Kassationshof, aus dem zugleich durch das Los die Mitglieder des Nationalgerichts für die Verbrechen der „beleidigten Nation" hervorgehen. Cazalès forderte hier, daß vor allem der Begriff dieses Verbrechens bestimmt werde; Robespierre meinte dagegen, das einzig Erforderliche sei, daß der Hof aus Freunden der Revolution bestehe; denn seine Aufgabe sei es, die Großen, die Feinde des Volkes zu bekämpfen und auch die Verfälschung der moralischen Existenz eines Volkes zu bestrafen. Diese Erwägungen wirkten so viel, daß von Cazalès' Antrag weiter keine Rede war und die Wahl der Kassations- und Nationalrichter den Aktivbürgern aller Departements übertragen wurde. Der König sollte bei jedem Gerichte einen Kommissar bestellen, der im Laufe des Prozesses das Interesse des Staates wahrzunehmen und für die Vollstreckung des Urteils zu sorgen hätte; das Amt aber des öffentlichen Anklägers wurde wieder der Wahl der Aktivbürger anheimgegeben.

Prüft man diese Einrichtungen auf die Zahl, die Stufenfolge und die Kompetenz der neuen Behörden, und vergleicht man sie in diesen Rücksichten mit dem alten Zustande, so sind die Vorteile des neu Errungenen einleuchtend und gewaltig. Dazu die Oeffentlichkeit des Verfahrens, die Einführung der Verteidiger, die Abschaffung der Tortur und der Verhaftsbriefe, dazu die Schöpfung von Friedensrichtern, Handelstribunalen und Familiengerichten. Sobald es gelang, die neuen Behörden mit brauchbaren Personen zu besetzen, so war der Fortschritt unermeßlich. Kaum an einer anderen Stelle tritt die wohlthätige Seite der Revolution so deutlich und so scharf unterscheidbar von ihren Fehlgriffen zu Tage. Die plötzliche Wohlthat der bäuerlichen Freiheit mußte vielleicht, wie die Sachen standen, mit revolutionären Ausschweifungen erkauft werden; die Segnungen aber einer guten Justiz bedurften so wenig einer neuen revolutionären Herabsetzung des Königs, daß sie vielmehr selbst dadurch auf der Stelle zweifelhaft und bald vernichtet wurden.

Allerdings, die Nationalversammlung war durch ihre Beschlüsse der Aufgabe näher gerückt, eine Monarchie ohne König oder einen König, den man auch weglassen kann, zu schaffen. Keinen Dorfschulzen hatte er zu ernennen, keinen Friedensrichter in seiner Thätigkeit zu überwachen, keinen Amtsschreiber wegen Pflichtverletzung zu beseitigen. Die Aktivbürger oder deren Vertreter waren die Geschworenen und wählten die Richter, wie sie die Waffen trugen und die Verwaltungsbeamten ernannten. Dieselbe Partei, die den Bezirksdirektor erkor, bezeichnete auch den Bezirksrichter, den einen auf zwei, den anderen auf sechs Jahre, den einen von ihren Parteiinteressen ebenso durchdrungen oder ebenso abhängig, den einen ebensosehr wie den anderen von aller Würde und Selbständigkeit entblößt. Dieser einzige Umstand stellte den ganzen Fortschritt der Reform in Frage. Es ist kein Zweifel: die alten Parlamente waren innerlich faul, herrschsüchtig und eigennützig, aber sie waren wenigstens unabhängig und im vollen Sinne des Wortes souveräne Höfe. Frankreich sollte bald erleben, daß seine neuen Richter vor jedem souveränen Volkshaufen ihr Angesicht verbargen und die Nichtigkeit der neuen Verwaltungsbehörden in vollem Maße teilten.

Die damaligen Schöpfer dieser Organisationen waren übrigens im Augenblicke der Entstehung von der Unbrauchbarkeit derselben ganz und gar durchdrungen. Wir werden ihnen einige Jahre später wieder begegnen, wo sie die eben gerügten Mängel abzustellen suchen und dann öffentlich erklären, daß sie dieselben auch im Jahre 1790 sehr wohl gekannt, aber mit vollem Bewußtsein dekretiert hätten; denn es wäre für die junge revolutionäre Freiheit zu gefährlich gewesen, dem Könige Ludwig diejenigen Befugnisse zu gewähren, ohne welche in keinem großen Staate der Lenker der Regierung die Ordnung und das Gemeinwohl zu erhalten vermag.

So waren die Hoffnungen zerronnen und in ihr Gegenteil umgeschlagen, mit welchen die einsichtigen Freunde der Freiheit, und unter ihnen am wärmsten Mirabeau, den

Sturz des alten Staates begrüßt hatten. Wir werden später sehen, wie sein unermüdlich arbeitender Geist unter aller Zerrüttung neue Wege der Herstellung suchte: im Augenblicke mochte kaum ein anderer Umstand ihn tiefer verwunden, als daß bei der Vernichtung seines ganzen übrigen Systemes ein einziges Glied desselben erhalten blieb, gerade dasjenige, welches nur in Verbindung mit allen übrigen heilsam, für sich allein aber schlechthin zerstörend wirken mußte, das Dekret über die geistlichen Güter. Dies bestand fort, und hätte einer der zahlreichen Feinde des Klerus es vergessen wollen, so sorgte die Finanznot hinreichend dafür, es im Gedächtnisse zu halten.

Denn Necker kam nicht von der Stelle. Er blieb in seinen alten Wegen, ohne das geringste für deren nötigste Voraussetzung, die Herstellung der Ordnung, zu thun. Er begnügte sich, die Versammlung mit Mahnungen zur Sanftmut und Eintracht zu ermüden, statt sie durch schöpferische Gedanken an sich zu ketten. Sein einziges Mittel war und blieb die Diskontokasse. Als deren Quellen zu versiegen drohten, beantragte er, ihren Kredit durch eine Bürgschaft des Staates zu heben und sie zur Nationalbank zu machen; dann werde sie im stande sein, neues Papier auszugeben und dem Staate darzuleihen. Da jedoch der Staat noch weniger Kredit als die Kasse hatte, so war diese Kombination entweder hoffnungslos oder betrügerisch und bei weitem nicht stark genug, um durch ihre finanziellen Aussichten den Sturm von den Kirchengütern abzulenken. Dieser war vielmehr von Tag zu Tag stärker geworden. Der Drang, einen mächtigen Triumph der Aufklärung und zugleich die reale Sicherheit für das ersehnte Papiergeld zu erringen, ging gerade auf sein Ziel los. Am 18. November berichtete in diesem Sinne für den Finanzausschuß Montesquiou über die Lage des Schatzes, ein Edelmann, wie sich ihrer viele in dem Reichstage zusammenfanden, von leichter Bildung und glänzenden Formen, kein Tugendspiegel und kein großer Verbrecher, revolutionär aus Ehrgeiz, aristokratisch in seinem Geschmacke, zu oberflächlicher Behandlung

aller Geschäfte gleich geschickt. Sein Bericht war das Musterstück einer selbstgefälligen Leichtfertigkeit, kündigte in einem Atem 950 statt 600 Millionen fälliger Schulden und 33 Millionen jährlichen Ueberschusses in den Einnahmen an, hatte nichts gegen ein neues Anlehen bei der Diskontokasse einzuwenden, forderte aber von dem Klerus die Summe von 400 Millionen. Necker vermochte nur einige Nebenpunkte abzuhandeln, und am 19. Dezember wurde der Verkauf von geistlichen Gütern bis zu diesem Betrage dekretiert. Es sollte daraus eine besondere Kasse gebildet und auf dieselbe die Forderung der Diskontokasse angewiesen werden. Zu der Vollziehung des Beschlusses geschahen sofort die vorbereitenden Schritte.

Es kam darauf an, aus der Gesamtheit des kirchlichen Besitzes eine Masse von 400 Millionen auszusondern, die sich am bequemsten zur sofortigen Versteigerung eignete. Der kirchliche Ausschuß der Versammlung verfolgte dies Geschäft, während Necker sich mit dem Diskontopapier und den patriotischen Gaben fristete, die Staatsgläubiger hinhielt, die Pensionszahlungen aussetzte, fällige Anticipationen erneuerte. Seine Not war noch immer im Wachsen; denn jetzt wurden die neuen Gemeinde- und bald die Bezirksbehörden eingerichtet, deren erstes Auftreten die Unordnung in den Provinzen verdoppelte. Der Ausschuß hatte also Grund, seine Anträge zu beschleunigen, und erklärte am 6. Februar, das Nächste, nicht bloß Unbedenkliche, sondern Vorteilhafte und Rühmliche, sei die Aufhebung der Klöster. An die sonstigen Kirchengüter, setzte er hinzu, dürfe man nicht rühren, bis die Bedürfnisse des Gottesdienstes, der durch sie dotiert sei, nach einem allgemeinen Plane eine umfassende Umgestaltung erfahren hätten. Diese Erörterung war nicht gerade beruhigend für den Klerus, da sie nicht bloß Einziehung der Güter, sondern Reform der Kirche in Aussicht stellte. Allein seine erste Einwendung rief einen heftigen Sturm hervor. Alle Abneigung gegen die Kirche gipfelte in der zornigen Verachtung des Klosterwesens. Die Phantasie des Volkes war im höchsten Schwunge. Das Geheim-

nis der Klostermauern schien nichts als Tyrannei, unterdrückte Schmerzen, faule Schlemmerei und Verbrechen jeder Art zu umschließen. Die lebenslängliche Einsperrung eines Menschen, hieß es auf der Tribüne, ist widernatürlich, auf dem befreiten Boden Frankreichs darf eine solche Entweihung der Menschenwürde nicht länger geduldet werden. Der Klerus rief über Gotteslästerung, der Bischof von Nancy stellte die Frage, ob die Versammlung den katholischen Glauben noch für die Staatsreligion Frankreichs halte. Aber nur ein höhnisches Murren antwortete ihm. Sein Antrag wurde als formwidrig beseitigt und laut dem Ausschußberichte beschlossen, die Klöster aufzuheben und die Güter zu veräußern. Eine jährliche Pension für die 20 000 Klosterleute, zusammen etwa 16 Millionen, hoffte man leicht bei dem Geschäfte zu gewinnen.

Dies war nun recht schön für die Zukunft, und je sicherer das Endergebnis schien, desto weniger begriff man, warum Necker es nicht gleich für die Gegenwart benutzen und Anweisungen darauf ausstellen wollte. Er sah wohl, in welche Bahnen man mit leichtsinnigem Uebermute hineinschritt. Griff man zu dem bequemen Mittel des Papiergeldes, ohne durch gründliche Herstellung die Sicherheit des Staatshaushaltes befestigt zu haben, so mußte auch die größte Emission bald verbraucht und das Bedürfnis einer stärkeren Wiederholung vorhanden sein: es war gewiß, daß man Frankreich rasch mit immer wertloseren Massen von Assignaten überschwemmen und die ganze Nation in den Bankerott des Staates verwickeln würde. Es war außerdem aber noch sehr zweifelhaft, ob bei der Konfiskation der kirchlichen Güter ein endlicher Gewinn zu hoffen wäre, da der Staat in diesem Falle offenbar die Kosten des kirchlichen Instituts übernehmen mußte. Die Eifrigen rechneten nun, daß die Güter bisher an 70 Millionn getragen, in Frankreich aber Grundstücke sich in der Regel um den 33fachen Betrag ihrer Rente verkauften; die Veräußerung lasse hier also den Betrag von 2300 Millionen erwarten. Kaufe man für diese Summe sechs- bis siebenprozentige Staatspapiere zurück, so befreie

man den Staat dadurch von wenigstens 150 Millionen jährlicher Zinsen, so daß der Vorteil höchst beträchtlich bleibe, auch wenn man der Kirche eine sehr glänzende Ausstattung, etwa von 100 Millionen, zuwende. Unglücklicherweise litt diese Rechnung an bedenklichen Fehlern. Einmal waren unter den 70 Millionen Gütereinnahme 20 begriffen, welche teils dem Malteserorden, teils Schulen und Hospitälern gehörten, die nach aller Welt Ansicht ihr Gut behalten sollten. Sodann war ein großer Teil der übrigen 50 Millionen nicht die Rente von Landgütern, sondern von städtischen Grundstücken, Staatspapieren, Privatforderungen; die Annahme des 33fachen Kapitalwertes war also jedenfalls zu hoch, und da bei einem solchen Massenverkauf der Preis durch die Menge des Angebotes ohnehin fallen mußte, so war aller Grund, höchstens den 25fachen Wert der Rente, mithin 1250 Millionen, als Erlös vorauszusetzen. Damit aber ließ sich der Staat nur etwa von 80 Millionen jährlicher Zinsen befreien: der Gewinn bei dem kolossalen Geschäfte fing erst an, wenn man die Kosten der Kirche unter diesen Betrag herabdrückte. Man konnte sich nun leicht sagen, daß eine Beschränkung von so großem Maßstabe kaum möglich sein würde, ohne an den inneren Bestand der Kirche zu rühren und so ein geistliches Schisma allen weltlichen Wirren hinzuzufügen. Aber weit entfernt, hierin einen Uebelstand zu erblicken, fand die Linke darin nur eine weitere Segnung der Revolution und kündigte ihre Absicht allerorten mit ungeduldiger Hitze an.

Necker hatte politische und ökonomische Erfahrung genug, um diese Folgen der beantragten Maßregeln zu überblicken, und machte noch einen letzten Versuch, ihr Hereinbrechen abzuwenden. Er meldete am 6. März, daß er für den Lauf des Jahres etwa 250 Millionen [1]) außer den ordentlichen Einkünften bedürfen würde, indessen fast den ganzen Betrag durch verschiedene Mittel, als außerordentliche Ein-

[1]) Er sagt 294, hat aber auf der anderen Seite eine Kassenbestand von 38 Millionen.

nahmen, neue Anticipationen, Verzögerung von Zahlungen, endlich ein letztes Anleihen bei der Diskontokasse, zu decken im stande wäre. Allerdings waren mehrere Posten seiner Hülfsquellen äußerst zweifelhaft, wie er denn selbst schon nach drei Tagen genötigt war, den Betrag der vorgeschlagenen Anleihe von 30 auf 60 Millionen zu erhöhen; andererseits redete er nur von den laufenden Ausgaben und den fälligen Anticipationen, ohne der rückständigen Renten und Schuldkapitalien Erwähnung zu thun. Indes waren es nicht diese Schwächen, an denen sein Entwurf scheiterte: wir wissen bereits hinlänglich, daß es sonst der Nationalversammlung ebenso wie dem Minister auf eine Handvoll Ziffern mehr oder weniger nicht ankam. Andere Gründe entschieden dieses Mal, daß er nicht mehr dieselbe Gunst wie im Dezember für seine Operationen mit der Diskontokasse antraf. Vor allem war sowohl in der Versammlung als in Paris die Ungeduld auf das höchste gestiegen, gegen die Kirche den entscheidenden Schlag zu führen und sich in den materiellen Besitz ihres Vermögens zu setzen. Sodann wirkte ein besonderer Antrieb in der Hauptstadt, der zu charakteristisch für den ganzen Zustand ist, als daß er unerwähnt bleiben dürfte.

Die Stadt Paris war in gleicher Geldnot wie der Staat. Ihre Einnahmen kamen ebenso stockend und unregelmäßig, auch bei ihr mußte die Diskontokasse die Kosten aller Verwaltungszweige ohne Ausnahme vorschießen, und nachdem es geschehen war, noch 2½ Millionen Livres in barem Gelde monatlich dazu verheißen. Unter diesen Umständen erschien es vollends dem Gemeinderat als das höchste Glück, daß der 6. Oktober ihn zum wahren Inhaber aller Gewalt und Herrschaft im Reiche gemacht hatte. Wenn die Proletarier nichts zu essen haben, so machen sie Revolution; da der Staat keine neuen Revolutionen wünscht, so muß er den Proletariern Nahrung schaffen: mit diesem bündigen Schlusse erpreßte man in den beiden ersten Wintermonaten von Necker 17 Millionen für Getreideankäufe, und monatlich 360 000 Livres — bedeutend mehr, als in früheren Zeiten

das ganze Monatbudget der Stadt betragen hatte — für die Besoldung der Arbeiter in den öffentlichen Werkstätten, die seit dem 6. Oktober wieder in voller Thätigkeit waren. Die königliche Civilliste wurde nicht weniger als die Staatskasse in Anspruch genommen: es ist nicht übertrieben, wenn man den Verzehr des Pariser Volkes aus dem Vermögen der Nation auf mehrere Millionen monatlich in dieser Zeit berechnet.

Allein auch hier war mit allen Mitteln der durch Anarchie und Unordnung klaffende Schlund nicht zu füllen. Es war, als wenn jede Zahlung neue Bedürfnisse hervorriefe. So konnte der eigentliche Souverän des Staates, die Kommune Paris, unmöglich eine Frage, volkstümlich und hoffnungsreich wie jene der kirchlichen Güter, vorübergehen lassen, ohne für den revolutionären Fortschritt zu wirken und zugleich sich selbst einen besonderen Vorteil bei der Operation zuzuwenden. Es erschien also am 10. März der Maire der Hauptstadt an der Barre, um die Mißlichkeit des Staatskredits zu schildern, die Notwendigkeit eines raschen Güterverkaufes im großen hervorzuheben und die bereitwillige Hülfe der Kommune bei diesem Verfahren zuzusagen. Paris habe seine Klostergüter in dem Werte von 150 Millionen befunden; es sei bereit, sie sämtlich zu übernehmen, weiter zu verkaufen, und für Mühe und Gefahren dieses Geschäfts sich mit einem Viertel des Erlöses zu begnügen. Es wäre eine Provision von nahe an 40 Millionen gewesen: die Stadt wolle dafür, setzte Bailly hinzu, der Versammlung einen schönen Palast bauen. Dies war denn doch der sonst gegen Paris so gefügen Versammlung zu viel: es kam zu solchen Erläuterungen, daß Bailly ein Mißverständnis erklärte und auf 16 Millionen herabging. Hierauf war nicht länger zu widerstehen. Es wurde am 17. März beschlossen, geistliche Güter für 400 Millionen an die Municipalitäten des Reiches nach deren Angebot zu überlassen, diese würden den Einzelverkauf besorgen und ein Sechzehntel des reinen Ertrages für sich behalten.

So war für Paris immer noch ein sehr stattlicher Gewinn erlangt, für die wirkliche Einziehung aber der Kirchen-

güter das Eis gebrochen. Man kam jetzt nach allen Seiten rasch vorwärts. Vor allem wurde die unmittelbare Ausgabe von Papiergeld durch den Staat im Betrage von 400 Millionen beantragt: diese Assignaten sollten bei dem Einzelverkaufe der Kirchengüter als Kaufgeld angenommen werden, bis dahin aber Münzkurs in allen Geschäften haben. Der Finanzminister würde mit den 400 Millionen seine Schuld an die Diskontokasse (170 Millionen), die im Laufe des Jahres fälligen Anticipationen (158 Millionen), endlich die Hälfte der rückständigen Renten (81 Millionen) decken. So weit hätte man sich trösten können, daß der größte Teil dieser Opfer noch durch das alte Regime verursacht und bei der Beseitigung der Diskontoscheine die Masse des Papiergeldes nicht beträchtlich vermehrt sei.

Leider aber war jetzt schon gewiß, daß die 400 Millionen nur ein erster Anhaltepunkt sein würden. Denn nach ihrer Verwendung hatte man noch die alten Schulden der einzelnen Ministerien (120 Millionen), die zweite Hälfte der rückständigen Renten und 72 Millionen fälliger Schuldkapitalien, zusammen also 273 Millionen aus der alten Zeit, auf dem Nacken, und der Ausschuß selbst kündigte an, es müsse auf deren Tilgung sofort Bedacht genommen werden. Man gab, den Profit für die Städte eingerechnet, mit den 400 Millionen ungefähr ein Drittel der geistlichen Güter fort; es wurde dringend, für den Gehalt und die Schulden des Klerus zu sorgen, und der Berichterstatter wies auf die Notwendigkeit mit Nachdruck hin, der kirchlichen Hierarchie eine neue Ordnung zu geben. Endlich erörterte aber der Finanzausschuß dem Minister, wenn die Assignaten ihn von 140 Millionen Anticipationen befreiten, so würde er am Ende des Jahres 10 Millionen Ueberschuß behalten; es gehörte aber nicht viel zu der Erkenntnis, daß bei diesem Anschlag auf das Beitreiben von etwa 50 Millionen höchst unsicherer Einnahmen und auf eine maßlose Beschränkung höchst nötiger Ausgaben gerechnet war. Nach alle diesem verstand es sich schon von selbst, daß man bei 400 Millionen Güterverkauf und Assignaten nicht stehen bleiben würde.

So stellte denn gleich neben den Antrag des Finanzausschusses das kirchliche Komitee den seinigen. Alle Kirchengüter sollen den bisherigen Besitzern entzogen und unter die Verwaltung weltlicher Behörden gestellt werden. Die Nation übernimmt die Schulden des Klerus (149 Millionen) und bestreitet die Kosten der Kirche aus den Steuern. Fürs erste bleiben die bisherigen kirchlichen Würdenträger, erleiden aber so viel Abzüge, daß die Kirche statt 170 nur noch 133 Millionen kostet. Da dies noch immer viel zu hoch wäre, so wird für die Zukunft eine ganz neue Einrichtung der Kirche gemacht, um mit 65 Millionen (später auf 77 Millionen erhöht) auskommen zu können. Die bisherigen Diözesen werden aufgehoben, jedes Departement bildet ein Bistum, jede halbe Quadratlieue eine Pfarrei, die Pfarrer werden besser als bisher besoldet.

Die Wichtigkeit der Krisis, in welche Frankreich durch diese Anträge eintrat, war niemandem verborgen. Der Klerus bot alle Waffen auf. Seine angesehensten Vertreter richteten eindringliche Mahnungen an den Rechtssinn, die ökonomischen Interessen, die politische Klugheit und das religiöse Gefühl der Versammlung. Der Erzbischof von Aix, einst der Führer des Klerus zur Vereinigung mit dem dritten Stande und darauf der gefeierte Präsident des Reichstages in dem Siegesjubel des 14. Juli, bot 400 Millionen als freiwilliges Opfer der Geistlichkeit, hypotheziert auf ihre Güter, von ihr selbst verzinst und durch allmähliche Verkäufe abzutragen. Cazalès entwickelte in heftiger Rede die stete Unsicherheit der auf rechtlosem Raube beruhenden Assignaten, die Schwäche des Ministeriums, welche das Aufkommen irgend eines Kredites unmöglich mache, die Schwankungen eines unendlich anschwellenden Papiergeldes, durch die jeder einzelne, der Arme und der Reiche, in den öffentlichen Bankerott hineingerissen und die Massen des Volkes von jeder Börsenbewegung zu Insurrektionen des Hungers und der Verzweiflung getrieben würden. Wie groß ist die Thorheit dieser Kapitalisten, rief er, die in der Hoffnung auf die ersten Spekulationen in dem neuen Papier euch mit solcher

Hast vorwärtsdrängen! Sehen sie nicht, daß alle Arten des Eigentums tödliche Verletzung erleiden, sobald eine einzige vernichtet wird?

Die Mehrheit aber war unerschütterlich geschlossen. Sie stand fest auf den bisher errungenen Vorteilen. Seit dem 27. Juni gab es keinen besonderen Stand des Klerus mehr: wie hätte er noch 400 Millionen bieten können? Seit dem 2. November war das Kirchengut zur Verfügung der Nation gestellt: welches Mitglied der Versammlung durfte jetzt Rechtseinspruch erheben, wenn die Nation die Verfügung vollzog? Die Finanznot drängte, der Gewinn manches einzelnen lockte vorwärts, die Kommune Paris gedachte die einmal ergriffene Beute nicht loszulassen. Den meisten schien das Schicksal der ganzen Revolution in Frage gestellt, wenn ein Stand in seinem unabhängigen Reichtum blieb, den sie für den geborenen Feind aller Aufklärung und aller Reformen hielten: sie sahen nicht die Möglichkeit, die Aristokratie aus der Verfassung zu tilgen, wenn die alte aristokratische Kirche ihr Dasein errettete: dagegen hofften sie durch die Assignaten das ganze französische Volk in allen Besitzverhältnissen an das Schicksal der Revolution zu ketten. Was könnte denn die Religion einwenden, wenn der Staat den Dienst des Altares besser als jemals besolde und nur den fürstlichen Prunk aus einer Kirche entferne, deren Stifter die apostolische Armut zum Sprichwort gemacht? Jetzt aber sei pfäffische Habsucht, geistlicher Dünkel und mönchische Unflätigkeit im Munde des Volkes, und gegen diese gesunkene Korporation mit scharfen Mitteln zu verfahren, sei die Pflicht einer frei gewordenen Nation, selbst wenn die Besserung ebenso viel Opfer koste, wie sie in Wahrheit Segen verheiße.

Je länger die Verhandlung andauerte, desto entschiedener zeigte sich die Stimmung. Ich rede nichts weiter, sagte ein Abt, alles ist in engeren Kreisen schon fertig beschlossen. Da erhob sich eine ehrliche Seele, der ebenso fromme wie demokratische Karthäuser Gerles: das sei eine Verleumdung, die von der Versammlung widerlegt werden müsse; er beantrage also eine Erklärung, daß die katholische Religion

die Religion des französischen Volkes sei. Eine stürmische Verhandlung folgte. Links rief man, die Thatsache sei unzweifelhaft, wozu sie förmlich dekretieren, wenn man damit nicht ein Signal zu neuen Ketzerverfolgungen geben wolle? Der Klerus fragte zurück, wenn die Thatsache anerkannt sei, ob die Weigerung sie auszusprechen nicht bitteren Haß gegen die Religion verrate? Auf der Rechten erinnerte Estourmel an ein Gelübde Ludwigs XIV., die Städte Frankreichs beim katholischen Glauben zu erhalten: da brach Mirabeau aus, auch er erinnere sich eines katholischen Königs: von dieser Tribüne sehe er das Fenster, von dem hinab die Hand eines französischen Monarchen, geleitet durch eine abscheuliche Faktion, die ihr weltliches Interesse mit dem heiligen Interesse der Religion vermengte, den Büchsenschuß abfeuerte, welcher die Bartholomäusnacht begann. So flog in der Versammlung Schimpf und Schmähung von einer Seite zur anderen; von den Tribünen wurde gerufen: fort mit den Kutten, fort mit den Pfaffen. Draußen drängte sich das Volk und drohte, die Adligen und Kleriker sämtlich aus der Versammlung zu werfen. Sie seien, hieß es, nicht vom Volke gewählt und nur die Vertreter aufgehobener Stände, mithin beruflose Eindringlinge und, wenn sie schlecht stimmten, nicht unverletzlich wie die echten Deputierten. Am Schlusse der Sitzung mußte die Nationalgarde mehrere Abgeordnete gegen die Angriffe des Pöbels schützen.

Die Versammlung beschloß am 14. und 17. April die Besoldung der Geistlichen und des Gottesdienstes, die Einziehung alles Kirchengutes, die Veräußerung von 400 Millionen, die Anfertigung eines gleichen Betrages von Assignaten.

Zweites Buch.

Erste Einwirkung der Revolution auf Europa.



Erstes Kapitel.

Allgemeine Lage Mitteleuropas.

Während das erste Revolutionsjahr den französischen Staat in seinen Grundfesten erschütterte, nahm eine so gewaltige Erscheinung zwar die Aufmerksamkeit des Auslandes lebhaft genug in Anspruch, die thätige Sorge aber der Staatsmänner war in sehr untergeordnetem Maße auf Paris gerichtet. Die Politik des übrigen Europa bewegte sich vielmehr fast ausschließlich um eine andere Revolution, welche damals mit beinahe gleicher Gewaltsamkeit und in vielfach verwandter Richtung mit der französischen, aber von einem gekrönten Haupte, und zwar dem Kaiser des heiligen römischen Reiches versucht wurde, mit einem Worte, um die Bestrebungen Oesterreichs unter Joseph II. Diese Verhältnisse haben so durchgreifenden Einfluß auf die Geschichte Europas in dem uns beschäftigenden Zeitraume gehabt, daß wir ihnen eine nähere Betrachtung zuwenden und deshalb zu ihrem Verständnisse etwas weiter ausholen müssen.

Das Haus Habsburg erhielt seine europäische Stellung durch Kaiser Karl V. Früher hatten seine Fürsten sich gehalten wie die meisten deutschen Landesherren, vornehmlich auf ihr Hausinteresse bedacht, nicht eben mit Aufopferung für die Wohlfahrt des Reiches thätig, immer aber auf deutsche Gesichtskreise angewiesen, und nicht in dem Falle, fremd-

ländische Beziehungen gegen die heimischen zu bevorzugen. Im fünfzehnten Jahrhundert aber änderte sich dies Verhältnis. Erbschaft und Heirat brachten dem Hause Habsburg rasch nacheinander die Anwartschaft auf das magyarisch-slavische Ungarn, auf das halb französische Burgund und Niederland, endlich auf Spanien, halb Italien und die unabsehbaren indischen Entdeckungen. Im Besitze so vieler über den halben Globus zerstreuter Herrschaften, gerüstet mit Ansprüchen und Aussichten von wenigstens gleichem Belange, gewann Karl V. die Kaiserkrone des römischen Reiches und damit den uralten Titel auf Beherrschung des Erdkreises nach der antiken oder der Christenheit nach der mittelalterlichen Vorstellung. So reichte seine Stellung weit über die eines nationalen Hauptes hinaus, das Interesse der Person und der Dynastie fiel mit der Aufgabe der Universalherrschaft zusammen. Wie er persönlich mehreren seiner Völker und eigentlich keinem angehörte — er war Deutscher von der Vaters-, Spanier von der Mutterseite, nach Erziehung aber und Denkweise Burgunder — so war ihr nationales Gedeihen auch nicht das Ziel seines Lebens, sondern nur ein untergeordnetes Mittel zu dem Zwecke, Habsburgs Herrschaft über den Osten und Westen zu verbreiten. Manches Mal hat er in diesem Ehrgeize auch mit dem Papste gehadert und ihn abwechselnd durch kriegerische und kirchliche Mittel zum Gehorsam gedrängt. Es war dies aber nicht augenblickliche Sympathie für religiöse Freiheit oder für die Selbständigkeit des Staates von der Kirche, sondern es war wie bei den Kämpfen des Mittelalters nur die Frage, wem von den beiden Machthabern in dem großen Gottesreiche der Christenheit die erste Stelle zukomme. Sobald der Papst dem Kaiser die Kirche unterwürfig zeigte, war der Kaiser bereit, der Kirche die Welt zu unterwerfen.

Diese Bestrebungen bilden einen der glänzendsten Punkte in der Geschichte unseres Weltteiles; ohne Frage geben sie Zeugnis von ungemeinem Geiste, schöpferischer Phantasie, unermüdlichem Willen. Aber die Natur, welche die Eigen-

artigkeit der Nationen eingesetzt, will nicht, daß ihre Schöpfung als dienendes Mittel menschlichen Ehrgeizes mißbraucht werde: es ist das Schicksal so ausschweifender Entwürfe, daß sie sich selbst untergraben, indem sie die Quellen ihrer Macht ersticken. Alle Nationen, denen Karl V. gebot, erlebten es der Reihe nach, daß seine dynastische Weltstellung ihrem Gedeihen schadete, am frühesten aber und tiefsten hatte es Deutschland zu empfinden. In religiöser Beziehung bedarf dies gar keiner Erörterung, aber auch in politischer tritt es auf das grellste zu Tage. Im Osten hatten die mit deutschem Blute geführten Türkenkriege für ihn selbst ein geringes, für das Reich aber gar kein Ergebnis; im Süden kamen die italienischen Eroberungen nicht Deutschland, sondern Spanien zu gute; im Westen, wo er die Niederlande beinahe jeder Einwirkung der Reichsgewalt entzog, genehmigte er, um ihnen einen befreundeten Nachbar zu geben, die Erklärung des Herzogs von Lothringen, daß er nicht unter der Hoheit des Reiches stehe. Dem allem entsprach es, daß Karl endlich die deutschen Protestanten mit spanischen, italienischen, ungarischen Truppen niederwarf: so entsprang deren erneute Erhebung unter Kurfürst Moritz nicht bloß aus religiösem Freiheitsdrange, sondern gleich sehr aus dem Zorne, mit dem die ganze Nation, trotz aller Reichsgesetze, den Franzosen Granvella und den Spanier Alba im Reiche schalten und entscheiden sah.

Der Gedanke der habsburgischen Weltherrschaft wurde natürlich geschwächt, als Karl seine reiche Erbschaft teilte, Spanien, Indien und Neapel sowie die alten Reichslande Mailand und Niederland seinem Sohne, die deutschen und ungarischen Provinzen aber seinem Bruder Ferdinand, dem Nachfolger in der Kaiserwürde, überließ. Dieser und noch mehr dessen Sohn Maximilian näherten sich darauf den deutschen Interessen wieder: allein das Gesamtgefühl der Familie blieb doch immer lebendig, und bald entschieden die verhängnisvollen Religionswirren nochmals den völligen Sieg der feudal-dynastischen Anschauung. Es gab damals in Deutschland sowohl auf der katholischen wie auf der

protestantischen Seite eine gemäßigte und eine heftige Partei: wer irgend noch Sinn für Reich und Vaterland hatte, mußte die Verbindung der beiden mittleren Fraktionen unter gegenseitiger Anerkennung des religiösen Glaubens wünschen, und eben dahin hatte auch die Politik der eben genannten Kaiser gezielt. Nun ist es gewiß, daß auf beiden Seiten gesündigt wurde und die protestantischen Radikalen zur Zerstörung jener Aussicht reichlich das Ihrige thaten: nicht minder deutlich liegt aber auch die ebenso alte und wilde Verfolgungssucht der katholischen Eiferer zu Tage, und eben diese Partei hatte keinen andächtigeren und heißeren Anhänger als den künftigen Kaiser Ferdinand II. Hier trat denn die nationale Gesinnung ebenso wie bei Karl V. gegen die Gedanken der Familie und der katholischen Weltherrschaft zurück. Noch als Erzherzog bot er dem spanischen Vetter die schwäbischen Lande seines Hauses an, um ihm zu einer zusammenhängenden Herrschaft von Mailand bis Brüssel zu verhelfen: als Kaiser aber begann er den Dreißigjährigen Krieg durch ein umfassendes Bündnis mit Polen, Italien und Spanien, worauf dann die Protestanten durch Anrufen der Dänen, Schweden und Franzosen antworteten. Ein Menschenalter hindurch kam das Dasein des deutschen Namens in Frage.

Der Ausgang war eine vollkommene Niederlage der habsburgischen Ansprüche. Der Westfälische Frieden erkannte die Gleichberechtigung der protestantischen Kirchen und die Souveränität der deutschen Fürsten an. Damit war einerseits die mittelalterliche Kirchenherrschaft zu Ende, weil sie der Alleinberechtigung zu ihrem Bestehen bedurft hätte. Andererseits aber hatte das feudale Kaisertum die Herrschaft im Reiche verloren, weil die Leitung der deutschen Nation seinem Ehrgeize nicht hatte genügen können. Auch das Haus Habsburg mußte andere Wege für seine Politik aufsuchen. Freilich klangen wohl mehrmals Erinnerungen der früheren Pläne an, und noch im Jahre 1725 schloß man zur Beförderung eines Familienwunsches mit Spanien ein Angriffs- und Verteidigungsbündnis gegen die Türken

und die Protestanten. Allein so eifrig katholisch man blieb, so wenig deutsche Gesichtspunkte man faßte, so mußte man doch nach den Umständen sich bequemen, den Drang auf Weltherrschaft mit engeren Wünschen zu vertauschen. Es begann die Zeit der specifisch österreichischen Politik.

Vor dem Dreißigjährigen Kriege war der Länderkreis der deutschen Habsburger ziemlich unbedeutend gewesen. Der größte Teil von Ungarn war in türkischen, Tirol in den Händen einer Nebenlinie, in den anderen Provinzen die Selbständigkeit des Adels viel stärker als die Hoheit der Erzherzoge. Durchgängig waren die Edelleute eifrige Protestanten, so daß mit dem gewaltsamen Sieg des katholischen Glaubens zugleich auch eine monarchische Gewalt erst erschaffen wurde. Zum ersten Male sah sich seit 1621 in diesen Gegenden die Krone in einer wahrhaft übermächtigen Stellung. Dieses Streben wurde seit 1648 eifrig fortgesetzt. Jetzt erst verloren die Tiroler Landstände ihre wichtigsten Rechte; vor allem aber gelang es mit kurzer polnischer und nachhaltiger deutscher Hülfe, die Türken aus Ungarn zu verdrängen und zugleich unter furchtbarem Blutvergießen die nationalen Freiheiten der Magyaren zu brechen. Die Monarchie errang durch diese Siege zunächst ein sehr vergrößertes Territorium, das sie ungefähr mit Frankreich auf eine Linie stellte: sie errang im Inneren die Kraft, so viele Steuern und Soldaten beizutreiben, als sie nötig hatte, um ihr Heer nach ihren Wünschen zu vergrößern und sodann ihre Beamten und Truppen ohne Unterschied der Nation als kaiserliche Diener durch ihre Lande zu verteilen. So konnte sie der Unterwerfung im Inneren und verwendbarer Stärke nach außen sicher zu sein.

Hierbei aber blieb sie stehen. Wie sie zu keiner ihrer Provinzen ein nationales und folglich zu keiner ein warmes und natürliches Verhältnis hatte, wie sie alle nur dem höheren Zwecke der Habsburger Familienmacht als unselbständige Mittel dienten, dachte die Regierung nicht daran, ihre Macht im Inneren zur Beförderung des Gesamtwohles und zur Schöpfung einer gemeinnützigen Verwaltung zu gebrauchen.

Der Adel hatte nicht mehr die Kraft, sich den Geld- und Rekrutenforderungen der Krone zu widersetzen; aber er behielt nach wie vor die Steuerfreiheit der eigenen Güter, die Gerichtsbarkeit und Polizeigewalt über die Bauern, die Menge der gutsherrlichen Rechte, welche oft genug den Bauern zum Leibeigenen herabdrückten und die Landwirtschaft überall in traurigen Fesseln hielten. Von Industrie war wenig Rede, das Handwerk wurde überall zunftmäßig betrieben. Auf die inneren Verhältnisse der Gemeinden und Provinzen übten die Beamten des Staates keinen Einfluß, die einmal Berechtigten hatten freie Hand, ihre Interessen nach unten mit rücksichtsloser Selbstsucht zu verfolgen. Die erste Stelle aber in dieser Aristokratie nahm nach ihrem Reichtum und ihrer inneren Geschlossenheit die Kirche ein: dabei hob sie sich vor allen anderen hervor durch die Wichtigkeit, welche sie für die Einheit der sonst so locker zusammengefügten Reichsteile hatte.

In den modernen Staaten bindet vor allem Gleichheit der Sprache, der Bildung, der Interessen die Provinzen zusammen; diese Momente erhalten ihren politischen Ausdruck in den Organen der Rechtspflege und des Unterrichts, der Verwaltung und der Volksvertretung, durch welche die Staatseinheit unaufhörlich auf alle Punkte des Territoriums einwirkt. Die bewaffnete Macht erscheint nur im Hintergrunde und wird erst bei offenbaren Störungen wirksam. Von jenen friedlichen und bleibenden Mitteln aber besaß das damalige Oesterreich nichts, es hatte zur Geltendmachung der Centralgewalt nur die bewaffnete Macht des Heeres und war also dringend angewiesen, diesem eine ruhigere und eindringlichere Ergänzung hinzuzufügen. Ganz von selbst bot sich dazu die Kirche dar, deren Kriege unter Ferdinand II. die Monarchie eigentlich gegründet hatten. Sie knüpfte die gute Gesinnung des Adels an die Regierung; denn man muß es nicht vergessen, ein höchst beträchtlicher Teil der adligen Güter war im Dreißigjährigen Kriege an neue Besitzer eben wegen ihres guten Katholicismus gelangt. Sie lehrte der Jugend in allen Zungen des Reiches den

Gehorsam gegen das Haus Habsburg und empfing dafür von der Krone den Alleinbesitz alles Unterrichtswesens. Sie bildete, trotz der Gegenstrebung aller Nationalitäten, eine Art von öffentlicher Meinung zu Gunsten der Reichseinheit; dafür hinderte die Krone jedes Aufkommen aller nichtkatholischen Denkweise in den Schulen, der Litteratur, der Religion. Oesterreich blieb also auch nach 1648 gut katholisch, nicht bloß in dem Sinne, daß seine Fürsten überall persönliche Andacht bewährt, die Seelsorge der katholischen Geistlichen befördert, die Anstalten der Kirche mit kräftiger Unterstützung gepflegt hätten, sondern daß der Staat seine eigene Politik nach kirchlichen Gesichtspunkten einrichtete, die Kirche zu politischen Zwecken verwandte und jede fremde Regung auf allen anderen Lebensgebieten vernichtete. Es handelte sich also hier um viel mehr als einen konfessionellen Gegensatz, es handelte sich um die tiefsten und umfassendsten Unterscheidungspunkte des mittelalterlichen und neueren Bewußtseins. Oesterreich war seinem ganzen Wesen nach ein mittelalterlicher Staat oder Staatenverband.

Die Folgen dieses Zustandes traten besonders scharf in seinem Verhältnisse zu Deutschland hervor.

Zunächst ergab sich eine völlige Trennung der geistigen Beziehungen zwischen dem Körper des Reiches und seiner mächtigen Ostmark. Es war die Zeit, in welcher Deutschland sein geistiges Erwachen in dem modernen Europa feierte, den Grund seiner heutigen Wissenschaft in allen Zweigen, Geschichte und Statistik, Chemie und Geologie, Jurisprudenz und Philosophie legte und durch seine schöne Litteratur den Adel einer vollberechtigten, zugleich humanen und nationalen Bildung gewann. Von all diesen Schöpfungen blieb Oesterreich damals unberührt: man hat bemerkt, daß Werther nur in Gestalt eines Praterfeuerwerks den Wienern bekannt wurde. Die litterarische Polizei ließ den Samen nicht in das Reich eingehen, die Jesuitenschulen hatten den Boden dafür verdorben. Alle Fortschritte der deutschen Bildung beruhten damals auf dem Grundsatze der Selbständigkeit des Geistes in Kunst und Wissenschaft; die Erziehung der

Jesuiten dagegen, unübertrefflich, wo es auf die Heranbildung des Menschen zu einem gegebenen Zwecke ankommt, beginnt gerade mit der Verneinung der individuellen Eigenartigkeit und Selbstbestimmung. Es gab nichts, woran man damals eine österreichische Nation hätte erkennen können, als an ihrer Entfremdung von den Fortschritten des deutschen Geistes.

Wie auf den Kulturgebieten verhielt es sich in den Beziehungen des inneren Staatsrechtes. Die Kaiserwürde, welche fortdauernd von Oesterreich behauptet wurde, war nichts anderes mehr als ein Mittel für die dynastischen Zwecke des Hauses Habsburg. Hatte sie unter Karl V. ihren Gesichtskreis weit über den nationalen Boden hinaus auf die Beherrschung der Welt erstreckt, so war sie jetzt zusammengeschrumpft zu dem Regierungsmittel eines Staates, der nach seinem Ursprung nur eine Provinz des Reiches hätte sein sollen. Im Grunde kann man von der ganzen damaligen Reichsverfassung nichts anderes sagen. Was noch davon übrig war, bildete für die lebenskräftigen Triebe der Nation nicht ein Organ, sondern ein Hindernis. Die Fortschritte des Volkes in Wissenschaft und Kunst, in Ackerbau und Industrie, in Politik und Wehrkraft kamen durchgängig nur in den größeren weltlichen Territorien zum Vorschein, die seit 1648 sich ihrer Souveränität erfreuten und durch die Reste der Reichsverfassung auf Schritt und Tritt in ihren Bewegungen gehemmt wurden. An den Kaiser und den Reichstag klammerten sich allein die Stände, in denen verkommende Ueberbleibsel des mittelalterlichen Daseins fortlebten, die geistlichen Lande, die kleinen Grafen, die Reichsritter und Reichsstädte. Teils die Kleinheit ihrer Gebiete, teils die Unbrauchbarkeit ihrer Einrichtungen ließ hier weder rege Arbeitskraft, noch politischen Gemeinsinn, noch nationales Selbstgefühl aufkommen. An allem, was die Nation in jener Zeit Erhebendes und Zukunftreiches leistete, hatten sie wenig mehr Anteil als Oesterreich selbst. Hierhin waren sie durch innere Gleichartigkeit als den natürlichen Schutz und Helfer gewiesen, dafür stellten sie

ihre Stimmen auf dem Reichstage ein für allemal Oesterreich zur Verfügung.

Die Reichsverfassung also war innerlich abgestorben und außer Verhältnis zu der inneren Bewegung der Nation. Nichts würde verkehrter sein, als das Urteil über den Patriotismus einzelner deutscher Stände nach dem Grade der Hingebung zu beurteilen, welche sie dieser Verfassung widmeten: es wäre noch irriger, als wenn man die deutschen Staaten, welche 1850 den deutschen Bundestag nicht anerkannten, deshalb für Feinde der deutschen Nation halten wollte. Nur darauf kann die Frage gerichtet sein, welche Territorien im vorigen Jahrhundert die lebendigen Interessen des Reiches nach innen und außen mit Bewußtsein und Thatkraft beschützten: diese waren die echten Vertreter des Reiches und der Einheit, während die Anhänger der toten Verfassungsformen als die Organe der Schwäche und Spaltung betrachtet werden müssen. Daß die Verfassung an sich selbst nichts bedeutete, darüber war Oesterreich am meisten außer Zweifel und sagte sich, sobald das österreichische Hausinteresse es erforderte, unbedenklich von allen Reichsgesetzen los. Als das Haus Habsburg zur Neige ging und Karl VI. den Besitz der Erblande seiner Tochter zuzuwenden wünschte, wurde ohne Anstand die weibliche Erbfolge dekretiert, obgleich das Kurland Böhmen nach dem ersten aller Reichsgesetze nicht auf Weiber kommen durfte. Als die Succession eröffnet wurde, war Maria Theresia entschlossen, nie einen nichtösterreichischen Kaiser anzuerkennen, obgleich Karl von Bayern nach allen Reichsgesetzen rechtmäßig gewählt war. Also auch auf dieser Seite war die Obhut der Reichsverfassung nur ein Schein, auch hier wußte man, daß sie irgend einem wirklichen und lebendigen Interesse gegenüber nichts bedeute.

Dieselbe Verschiedenheit, die wir in den inneren Verhältnissen zwischen Oesterreich und Deutschland beobachteten, fand auch in den auswärtigen Interessen statt. Nachdem die Türken aus Ungarn und die Schweden aus der Hälfte Pommerns verdrängt waren, gab es für Deutschland da-

mals nur zwei Nachbarn, deren stete Beobachtung eine Lebensfrage für die Nation war, Polen und Franzosen. Dagegen hatte es im Süden nicht das mindeste Interesse gegen Italien als die Deckung seiner Grenze durch Besitz oder Neutralität der Alpenpässe. Gerade auf Italien aber war seit Jahrhunderten der Blick des Hauses Habsburg ununterbrochen gerichtet. Hier seine Herrschaft zu befestigen und auszudehnen, dahin trieb zugleich die liebste Ueberlieferung der Familie und das politisch-kirchliche Interesse, sich des Papstes und damit des katholischen Klerus zu versichern. Jede andere Rücksicht trat vor dieser höchsten zurück. Es war aus dem österreichischen Standpunkte sehr begreiflich, aber es brachte dem Deutschen Reiche darum nicht geringeren Nachteil. Wie scharf trat dieser Gegensatz bei dem Ende des glorreichen spanischen Erbfolgekrieges hervor, als der Kaiser einen Frieden abwies, welcher dem Reiche Straßburg und das Elsaß zurückgegeben hätte, weil für Oesterreich darin nur Neapel und nicht auch Sizilien geboten war! Wie schneidend zeigte sich dasselbe Verhältnis noch in den letzten Lebensjahren der Habsburger Dynastie 1738 bei dem Wiener Frieden, in welchem der Kaiser, um für das verlorene Neapel wenigstens Toskana zu gewinnen, den Franzosen Lothringen überließ, ohne das Reich, welches er in diesen Krieg hineingezogen hatte, auch nur zu befragen! So behauptete Oesterreich den herrschenden Einfluß in Italien: gegen Frankreich selbst aber errang das Kaisertum in dem ganzen Jahrhundert nach dem Westfälischen Frieden nicht einen nennenswerten Erfolg. Wie viel mehr war dies also hinsichtlich Polens der Fall, welches in der ganzen Periode der Religionskriege der eifrigste Verbündete von Habsburg-Spanien gewesen und in der folgenden Zeit den österreichischen Interessen völlig ungefährlich schien!

Allerdings war Polen von seiner früheren Größe tief gesunken und für den Augenblick auch den Deutschen keine übermächtige Nachbarschaft. Die Zeiten des vierzehnten und fünfzehnten Jahrhunderts waren vorüber, in welchen das starke Königshaus der Jagellonen seine lebhaften Unterthanen klug

und fest zusammenzuhalten wußte, vor allem dadurch, daß es ihre überschäumende Kraft auf auswärtige Eroberungen leitete. Das Reich hatte damals so weit umhergegriffen, so viele seiner Nachbarn unter seine Herrschaft gebeugt, daß fortan die Hälfte seiner Bewohner unterworfene Russen, ein Achtel der Bevölkerung unterworfene Deutsche waren. Der Gegensatz der Nationalitäten wurde bald weiter geschärft durch die Scheidung der Religionsbekenntnisse; die Mehrzahl der russischen Unterthanen gehörte zur griechischen, jene der deutschen zur protestantischen Kirche, während die Polen selbst durch den Einfluß der Jesuiten immer hitzigere Anhänger des Papsttums blieben. Es hätte ein ebenso gewaltiges wie weises Königtum dazu gehört, um diese hadernden und auseinanderstrebenden Elemente zu bändigen und zu verschmelzen. Allein das Gegenteil trat ein. Im sechzehnten Jahrhundert begann die Macht der Krone zu sinken, die Ungebundenheit des Adels zu wachsen und der religiöse Fanatismus alle Schranken zu übersteigen. König Sigismund von Polen übernahm für den Osten Europas dieselbe Aufgabe, welcher sein Zeitgenosse, Philipp II. von Spanien, für den Westen nachstrebte, Beherrschung der Welt im Namen des katholischen Glaubens. Wie dieser, stets als Vorfechter der alten Kirche, England, so suchte Sigismund von Polen sein Geburtsland Schweden zu unterwerfen; wie Philipp Anhänger in Frankreich, jahrelang Garnison in Paris und einen Augenblick die Aussicht hatte, seine Tochter auf dem französischen Thron zu sehen, so erhielt Sigismund eine Partei in Moskau, jahrelang den Besitz des Kreml und zuletzt die Zarenwürde für seinen Sohn. Aber auch der Erfolg war derselbe im Osten und im Westen. Nicht ungestraft vereinte man durch seine Angriffe die natürlichen Bundesgenossen mit den angestammten Widersachern, nicht ungestraft ließ man sich durch fürstlichen Ehrgeiz und jesuitische Devotion aus einem Kampfe zum anderen treiben, während alle Interessen der Nation nach Frieden riefen. Ueberall wurde man geschlagen. Wie sich das katholische Frankreich endlich um Heinrich IV. scharte, so erhob sich das altgläubige

Rußland um Michael Romanow, und wie sich gegen Philipp die junge Seemacht der Elisabeth entfaltete, so wuchs in den polnischen Kriegen der glänzendste Held des Protestantismus, Gustav Adolf, heran. Polen aber trat aus dem endlosen Ringen ebenso ermattet und lebensunfähig wie Spanien hervor. In immer weiterem Umfange schritt die innere Auflösung und Zersetzung voran. Das Ansehen des Königs ging zu Grunde, als man die Erblichkeit der Thronfolge beseitigte; die Städte wurden ihrer politischen Rechte beraubt und die Bauern einer drückenden Leibeigenschaft unterworfen. Der Adel war seitdem allmächtig gegenüber den anderen Ständen der Nation. Aber er verstand es nicht, diese Allmacht zu einem festen nationalen Regimente zu gestalten. Jeder Edelmann hielt sich wie ein unabhängiger Herrscher, sprengte nach seinem Belieben den Reichstag durch sein liberum veto, und was das Schlimmste war, er erachtete sich nach seiner fürstlichen Selbständigkeit für befugt, mit einer fremden Nachbarmacht Bündnisse zu schließen und Subsidien von ihr zu beziehen. Im alten Deutschen Reiche gab es 300 souveräne Herren, im alten Polen aber 200 000. So löste das Gemeinwesen sich auf, der Landesverrat galt für das kostbarste Freiheitsrecht, und die Einmischung der Fremden wurde permanent.

Bei solchen Zuständen hatten die unterworfenen Lande russischer und deutscher Zunge begreiflicherweise wenig Gelegenheit, eine ordnende und fördernde Wirksamkeit des polnischen Staatswesens zu erfahren und dadurch mit ihren Beherrschern innerlich eins zu werden. Die Schwäche der Staatsgewalt ließ weder feste Grenzhut und gesicherten Rechtsschutz noch wirksame Pflege der materiellen Interessen aufkommen. Um so rühriger und nachdrücklicher zeigte sie sich in der stets andauernden Bedrückung der Ketzerei. Wie im Auslande suchte man auch im Inlande der kirchlichen Abweichung einen Krieg auf Leben und Tod zu machen. Lutherische Kirchen wurden zerstört, griechische Gemeinden katholisiert, die Dissidenten von höheren Aemtern und Würden ausgeschlossen. So war es allerdings kein Wunder,

daß die russischen Unterthanen in Galizien und Podolien ebenso wie die deutschen in Ost- und Westpreußen der herrschenden Nation fortdauernd entfremdet blieben, daß sie fortdauernd sehnsüchtige Blicke zu ihren Stammesgenossen jenseit der Grenze hinüberwarfen, daß auch bei diesen, obgleich mehr als ein Jahrhundert seit der polnischen Eroberung verflossen war, der Gedanke der Rückforderung immer kräftigeres Leben gewann. Unaufhaltsam griff mit jedem Menschenalter die Erkrankung des Reiches um sich und sank die Macht des einst so gefürchteten Volkes. Seit der Mitte des siebzehnten Jahrhunderts war es nur eine Frage der thatsächlichen Macht, welche Stücke des Landes fremder Einverleibung anheimfielen, und welche der Nachbarmächte herrschenden Einfluß in Polen ausübte. Von da ab in hundert Jahren erschienen mindestens sechs Teilungspläne, und bei zwei derselben waren die polnischen Könige selbst im Komplott, um sich durch Hingabe einiger Provinzen die Hülfe der Fremden zur Herstellung der Königsmacht im Reste zu erkaufen. Höchst wahrscheinlich wäre es schon damals zu einer völligen Zerreißung und Zersplitterung des innerlich verfaulten und zerfallenen Staates gekommen, wäre nicht ein besonderer Umstand dazwischengetreten, der freilich das gerade Gegenteil von polnischer Kraft und Selbständigkeit bedeutete. Polen wurde einstweilen nicht unter mehrere Nachbarmächte geteilt, aus dem einfachen Grunde, weil eine derselben, Rußland, unter Peter dem Großen in rascher Entfaltung stark genug wurde, allen anderen gegenüber Polen unter ihren alleinigen Schutz zu nehmen. Die russischen Truppen zogen nach kaiserlichem Belieben in Polen aus und ein; der russische Gesandte in Warschau war der allmächtige Vormund des Königs. Unter solchen Verhältnissen hielt man sich in Rußland der Beherrschung des ganzen Landes sicher und empfand also wenig Neigung, einer dritten Macht ein Stück desselben abzutreten. Und unglaublich zu sagen, während alle Welt in Warschau an dem Augenwinken des griechischgläubigen Zaren hing, brachte es der thörichte Glaubenseifer der Polen doch noch 1716 und

1717 zu stande, über Griechen und Protestanten geschärfte Verfolgungsgesetze zu verhängen und dieselben zwanzig Jahre später wiederholt zu bekräftigen! Niemals hat eine große Nation selbstmörderischer in dem eigenen Inneren gewühlt.

Die Haltung Polens in den religiösen Dingen war insbesondere nicht geeignet, den alten gegenseitigen Haß, der von Anbeginn seiner Geschichte zwischen ihm und dem deutschen Norden bestanden hatte, zu mildern. Jahrhunderte hindurch hatten die beiden Nationen um die weiten Ebenen zwischen Elbe und Weichsel gerungen, die einst von den Germanen besessen, dann nach deren Abzug in der Völkerwanderung slavische Wohnstätten geworden waren. Hier hatte sich zuerst die deutsche Kolonisation die brandenburgischen Marken und Schlesien wiedererobert, dann das deutsche Schwert die preußischen Lande unterworfen, deren heidnischer Freiheitssinn den Polen zu stark gewesen. Die Herrschaft des Deutschen Ordens wurde hier zuerst im Einverständnis mit Polen gegründet: als sie aber die polnische Oberhoheit zurückwies, erfolgte ein tödlicher Gegensatz, der nach hundertjährigen Kämpfen mit vollständiger Unterwerfung des Ordens endigte. Ostpreußen wurde polnisches Lehen, Westpreußen polnische Provinz. Nun geschah, daß gerade diese Gegenden den Protestantismus mit Einmütigkeit und Eifer ergriffen, und daß Ostpreußen dadurch ein weltliches Herzogtum wurde, welches bald nachher den Kurfürsten von Brandenburg zufiel. Westpreußen, dessen Städte und Edelleute zum größten Teil lutherisch geworden, bekam seitdem gegen König Sigismund eine Stellung wie die Niederländer gegen Philipp II.; der Gegensatz der Provinz zum Reiche, der deutschen zur polnischen Sprache wurde durch die Feindschaft der Religionen verstärkt: hier wäre der Sieg der katholischen Reaktion unmittelbar der Untergang des deutschen Elementes gewesen. Da aber das Gegenteil eintrat, so kam mit dem Protestantismus auch die deutsche Sache empor: nach langen Kriegen gelang es dem Kurfürsten von Brandenburg, Polen zum Verzichte auf seine

Lehensherrlichkeit zu zwingen und Ostpreußen zu einem selbständigen Staate zu erheben. Polen wich der Notwendigkeit, vergaß aber seine Ansprüche nicht. Wenige Jahre nachher schloß es ein Bündnis mit Ludwig XIV. zur Wiedererwerbung Preußens, und als Friedrich I. sich die preußische Königskrone aufsetzte, regnete es Proteste der größten unter den polnischen Magnaten.

So ward an der Ostgrenze des Reiches, im Kampfe für die deutsche Nationalität und die Freiheit des religiösen Bekenntnisses, in vollständigem, sowohl innerem als äußerem Gegensatze zu Polen, der preußische Staat geboren. Die Feindschaft lag hier in der Natur der Dinge. Wer wollte es nicht beklagen, aber wie weit darf menschliches Bedauern in den Verhältnissen der Nationen reichen? Solange Polen existierte, mußte es danach trachten, Königsberg wieder polnisch und Danzig katholisch zu machen; solange Brandenburg deutsch und evangelisch blieb, war seine dringendste Aufgabe, durch die Befreiung Westpreußens die Mark und das Herzogtum zu einem zusammenhängenden Staatsganzen zu vereinigen.

Den zweiten, größeren Beruf setzte sich gleich der Begründer der preußischen Souveränität, der Kurfürst Friedrich Wilhelm. Seine Staaten waren klein und zersplittert, aber durch geschichtliche und natürliche Verhältnisse, durch Sprache, Religion und gleichartige Schicksale verbunden: er faßte den Gedanken, die Staatseinheit, die er nach außen gesichert, auch nach innen durchzuarbeiten. Indem seine Nachfolger diese Absicht in immer weiterem Maße fortsetzten, entstand eine Staatsverwaltung, welche alle Provinzen mit den Gesichtspunkten der Einheit und des Gesamtwohles durchdrang und Sonderinteressen, konfessionelle Spaltungen und Standesvorrechte dem Gedeihen des gemeinen Wesens unterordnete. Hier auf deutschem Boden wurden Colberts Gedanken verwirklicht, während sie in ihrer Heimat durch die Faulheit Ludwigs XV. stockten oder abstarben. Der moderne Staat wurde aber in Preußen eine strenge Monarchie aus gleichem Grunde, aus dem er gleichzeitig in England

zur parlamentarischen und etwas später in Amerika zur demokratischen Verfassung gedieh. Hier wie dort trat der Stand an die Spitze des Staates, in welchem die schöpferischen Gedanken der nationalen Einheit, Selbständigkeit und Hingebung lebten. Es war in Preußen fast allein das Königtum und dessen Diener, während die Stände sich ihm feindselig oder abgeneigt fernhielten, die Masse des Volkes aber gar kein politisches Bewußtsein hatte.

Das Vorbild Colberts, dessen ich vorher erwähnte, ist in der fiskalischen und Handelsgesetzgebung Preußens sowie in den industriellen Bemühungen dieses Staates nicht zu verkennen. Auf die Dauer traten ähnliche Folgen des gutgemeinten Fehlgriffes, die Arbeit nicht bloß befreien, sondern beschützen zu wollen, wie in Frankreich hervor, auf die Dauer wäre auch Preußen der unzertrennlich damit verbundenen Verarmung nicht entronnen. Dagegen ergab sich für die erste Zeit auch hier infolge der künstlichen Spannung ein kurzer und auffallender Flor, der wesentlich dazu beitrug, dem kleinen Staat unverhältnismäßig große Geldmittel zur Verfügung zu stellen, den bestimmten Vorrat freilich eines mühsam gefüllten Behälters, nicht den stets neu sich erzeugenden Reichtum der fließenden Quelle. Um so glücklicher war es, daß der Sinn für Landwirtschaft und Ackerbau in deutscher Weise unter allen Ständen erhalten blieb: man gelangte noch nicht zur völligen Befreiung des Bodens und Gleichheit der Steuer, aber der Adel lebte unter den Bauern als Beschützer der gleichen Interessen, und der Staat griff überall mit reger Teilnahme und wohlthätiger Aufsicht ein. Das Ergebnis war unerwartet günstig. Im ganzen lebte der märkische Bauer nicht schlechter als der Picarde und besser als der Auvergnat. Er sah dabei im Staate nicht den aussaugenden Erpresser, im Adel nicht den socialen Feind, wie beides in Frankreich in so jammervollem Maße der Fall war. Auch die Form der Verwaltung und die Einrichtung der Behörden war durchaus eigentümlich und national, zum Teil in den alten Verhältnissen des Landes, zum Teil in den Gedanken des Monarchen ohne fremdes Vorbild erwachsen.

So im Inneren erstarkt, aller vorhandenen Kräfte Herr, von seinem Ursprunge her auf die großen Interessen der deutschen Nation angewiesen, begann der junge Staat sofort diese Interessen im Reiche wie gegen das übrige Europa zu vertreten. Wie Friedrich Wilhelm den deutschen Osten von Polen befreit, so unternahm er fast allein die Unterstützung des deutschen Westens und Hollands gegen den Zwingherrn des damaligen Europa, gegen Ludwig XIV. Man kann nicht zweifeln, daß er bei längerer Lebensdauer mit Wilhelm III. von Oranien den Ruhm geteilt haben würde, die Seele des endlich siegreichen Widerstandes gegen den neuen Universalherrscher zu werden. Nicht anders verhielten sich seine Nachfolger. Bei Friedrich Wilhelm I. standen die beiden Gedanken der Unabhängigkeit Preußens und der Erfüllung der deutschen Reichspflichten unaufhörlich nebeneinander. Friedrich II. endlich trat in die entscheidende Stellung ein, welche die Zukunft seines Staates für immer bestimmt hat. Er verkündete sie im Inneren seiner Lande teils durch die Fortbildung der Rechtspflege zu einer sehr starken Selbständigkeit, teils und vor allem durch die gründliche Lösung seines Staates von den Banden eines herrschenden Kirchentums. Was der große Oranier in England wohl gewünscht, aber nicht vermocht hatte, die Lenkung der Politik nach politischen und nicht nach theologischen Gesichtspunkten, das führte Friedrich zum ersten Male in die Wirklichkeit ein und brach damit dem nationalen und geistigen Leben der modernen Zeit die Bahn. Auf das engste hing damit seine Stellung zu dem Deutschen Reiche zusammen. Jenes zerrüttete Gemisch feudaler und kirchlicher Rechtsformen war schlechthin unverträglich mit dem Geiste, der in allen Adern des heranwachsenden preußischen Staates pulsierte: der Bruch wär unvermeidlich gewesen, auch wenn niemals der Kurfürst von Brandenburg mit der Königin von Ungarn um den Besitz von Schlesien gehadert hätte. Vor dem scharfen Blicke des Königs lag dieses Verhältnis von Anfang an klar zu Tage. Ueberall verband sich in ihm das Streben nach eigener Vergrößerung mit dem Plane

einer deutschen Regeneration. Sein Bündnis mit Kaiser Karl VII. beruhte auf dem Gedanken, die alte Reichsverfassung durch einen lebensfähigen Staatenbund zu ersetzen; sein Krieg gegen Franz I. erschütterte eben diese Verfassung durch das militärische Bündnis der kräftigen Staaten Norddeutschlands; sein Gegensatz gegen Joseph II. endete in dem deutschen Fürstenbunde, der alle deutschen Lande modernen Bestandes umfaßte. Bei allen diesen Dingen wirkte, wie kaum der Bemerkung bedarf, ebensoviel persönlicher und preußischer Ehrgeiz, wie deutscher Gemeinsinn und Patriotismus: aber daß beides in Preußen sich nicht wie in Oesterreich widersprach, sondern in seinen Folgen zusammenfiel, dies gerade bewies die gesunde Stellung des jungen Staates und gab seinen Bestrebungen einen großen nationalen Rückhalt. Ganz Deutschland empfand es als eine Wohlthat, daß sein Norden wieder wehrhaft geworden war.

Noch bei Friedrichs Lebzeiten bewährte sich dies in einer der wichtigsten nationalen Angelegenheiten, in der endlichen Befreiung Westpreußens von der polnischen Herrschaft. Der Verlauf der ersten polnischen Teilung, die Mittel, wodurch sie bewerkstelligt wurde, die Rechtsvorwände, welche bei ihr dienen mußten, haben wir hier nicht darzustellen: nur zwei Bemerkungen darüber mögen Platz finden. Friedrich erhielt den ersten Anlaß, seine Eroberungspläne nach dieser Seite zu richten, durch den Wunsch, Rußland für den Verzicht auf türkische Beute zu entschädigen, welche Oesterreich demselben nicht zukommen lassen wollte. Oesterreich war abgeneigt hinzuzutreten, nicht allein nach dem menschlichen Rechtsgefühle der Maria Theresia, sondern auch nach den alten natürlichen Beziehungen dieses Staates zu der Republik; überwunden wurde sein Widerstreben teils durch die Betrachtung, die anderen nicht allein sich bereichern zu lassen, noch mehr aber durch das Aufkommen einer neuen Tendenz neben der althabsburgischen in der österreichischen Regierung. Es war die erste bedeutende Einwirkung, welche Joseph II. und der lothringischen Politik gelang. Was aber die Folgen des Ereignisses für Deutschland betrifft, so bedarf es nur

der Erwähnung, daß eine Million Deutscher einer verhaßten Fremdherrschaft entzogen wurden, und daß der erste unter den rein deutschen Staaten eine zusammenhängende Ländermasse erhielt. Als einst das Haus Habsburg Anstalt machte, Bourgogne und Bretagne zu besetzen, erhob sich Frankreich wie ein Mann und dankte seinen Königen, daß sie die beschworenen Verträge zerrissen: und doch möchte es schwer zu sagen sein, ob hier eine dringlichere Gefahr für Frankreich vorlag, als die fortgesetzte Herrschaft Polens über Preußen gewesen wäre. Es kam dazu, daß die Uebelstände, die von Osten her den deutschen Grenzen drohten, seit dem Anfange des Jahrhunderts eine wesentlich neue Gestalt angenommen hatten. War früher die Republik Polen durch ihre Uebermacht ein bedenklicher Nachbar gewesen, so war sie es jetzt durch ihre Anarchie. Die inneren Parteiungen ließen auch die umliegenden Staaten nicht zur Ruhe kommen, jede der Faktionen wandte sich an eine auswärtige Macht; immer überwältigender aber setzte sich, wie wir sahen, der russische Einfluß und bald die russische Militärgewalt dort fest, und im ganzen Siebenjährigen Kriege war der angeblich neutrale Boden der Republik das Hauptquartier, die Verpflegungsstätte und die Operationsbasis der russischen Heere gegen Norddeutschland. Schlesien, Brandenburg, Ostpreußen, alles deutsche Land also hier zwischen Niemen und Weichsel, dort zwischen Oder und Elbe, waren dadurch gleich sehr gefährdet. Es ist klar, was hier die Besetzung der niederen Weichsel für Deutschland bedeutete. Ueberhaupt aber war der ganze Zustand in solcher Weise für Deutschland unzulässig, und eine gründliche Aenderung erschien leider nicht in einer für Polen erfreulichen Weise möglich. Heutigen Tages ist man gewohnt zu beklagen, daß Deutschland nicht Polen durch enges Bündnis gestärkt und Rußland damit eine kriegerische Vormauer entgegengesetzt hat. Wie damals aber die Verhältnisse lagen, hätte es dazu vor allem des eigenen Willens der Polen bedurft, deren König jedoch den Russen unbedingt ergeben und deren Adel gegen alles, was deutsch hieß, mit heftigem Hasse erfüllt war: es wäre ferner die vereinte Kraft

von ganz Deutschland erforderlich gewesen, während in der polnischen wie in jeder anderen Frage österreichische und preußische Anschauung geradezu auseinanderging. Welcher Weg aber dann noch übrig blieb, um die Russen nicht hart an die Mittelpunkte norddeutschen Lebens ihre Vorposten heranschieben zu lassen, und welche Verwickelungen seine endliche Betretung herbeiführten, darüber wird erst der Verlauf der Revolutionszeit uns Aufklärung geben können.

Mittlerweile hatte eine neue Epoche in dem geschichtlichen Leben Oesterreichs begonnen, deren Verlauf auch heutigen Tages kaum über sein Anfangsstadium gelangt ist. Wir sahen die Habsburger in Oesterreich sich zuerst in den Wegen deutscher Territorialhoheit, darauf katholischer Weltherrschaft, zuletzt österreichischer Feudalpolitik bewegen. Ihr Geschlecht aber ging 1740 zu Ende. An die Stelle des alten Kaiserhauses trat die Familie der Herzoge von Lothringen und brachte sofort die Bestrebungen des österreichischen Einheitsstaates auf den Thron.

Lothringen und Habsburg hatten seit langer Zeit in enger Verbindung und gemeinsamen Bestrebungen gestanden. Wie dieses nahm auch jenes Geschlecht seine moderne Stellung in den Religionskriegen des sechzehnten Jahrhunderts. Ein Sohn desselben gründete in Frankreich das Haus der Guisen, welches vor allen anderen die Hugenotten zuerst durch französische Bürgerkriege und endlich Frankreich selbst in engstem Bunde mit Philipp von Spanien bekämpfte. Die heimische Linie machte um dieselbe Zeit die protestantischen Bauern in Lothringen, ihrer 20000, an einem Tage nieder, verschwägerte sich dann mit Katharina von Medicis und unterstützte mit Nachdruck die Guisen und Spanier gegen König Heinrich IV. Die Bourbonen vergaßen ihnen diese Haltung nicht: es galt seitdem für eine der dringendsten Aufgaben der französischen Politik, Lothringen jenem Geschlechte zu entreißen. Um so enger schloß es sich, nicht an Deutschland, aus dessen Verbande es ja durch Karl V. 1542 entlassen worden, wohl aber an Habsburg an, welches namentlich im Dreißigjährigen Kriege, sowohl gegen den Kurfürsten Friedrich,

als gegen Schweden und Franzosen keinen eifrigeren und heißköpfigeren Vorkämpfer hatte als den Herzog Karl IV. von Lothringen. Dessen Nachfolger schlug die österreichischen Schlachten in Ungarn, welche Pest den Türken wieder entrissen, und trug dafür die Hand einer österreichischen Erzherzogin davon: dessen Enkel aber, Franz Stephan, war der Auserkorene Maria Theresias und dadurch der Nachfolger Habsburgs in den österreichischen Kronlanden. Er war persönlich wenig bedeutend und überließ seiner lebens- und herrscherkräftigen Gemahlin die Lenkung der Staatsgeschäfte fast ausschließlich: sie aber hatte Einsicht genug, um die Forderungen der Zeit zu erkennen und wichtige Schritte zur Umbildung des österreichischen Staatswesens im Inneren zu thun. Die ersten Verwaltungsbehörden, welche den Namen verdienten, wurden damals in Oesterreich geschaffen, das Heerwesen im Sinne der Einheit und Gleichförmigkeit reformiert, den Zuständen der Bauern, als der Quelle der Wehr- und Steuerkraft, ein reges Interesse zugewandt. Selbst in den unabhängigsten Landen des Reiches, in Belgien und Ungarn, gelang es, durch Gewandtheit und Milde dem Adel eine Anzahl wichtiger Rechte zu entwinden und den Einfluß der Centralverwaltung damit zu stärken.

Immer aber war Maria Theresia zu sehr Habsburgerin, als daß sie sich völlig von der Regierungsweise ihres Geschlechtes hätte losreißen können. Erst als ihr Sohn, der erste wirkliche Kaiser des lothringischen Stammes, als Joseph II. zur Regierung kam, wurde das Ende des feudalen Oesterreich und der Beginn des modernen Einheitstaates in Form und That erklärt. Seine Gesetzgebung ist berühmt, vielfach dargestellt, unzählige Male besprochen worden. Niemand wird es leugnen, daß in diesem Fürsten eine rege Menschenliebe und ein rastloser Drang nach Fortschritt arbeitete. Er wollte in der That mit ernstlichem Eifer das Beste seiner Unterthanen; er strebte mit einer hastigen Unruhe, sein Volk zu einer höheren Stufe des freien Erwerbes, der sittlichen Würde, der geistigen Bildung hinanzuführen. An der Auf-

richtigkeit dieses Strebens zu zweifeln, wäre fast sündhaft, in so zahllosen Aeußerungen bricht es hervor, so erschütternd prägt es sich noch in den verzweifelnden Worten seines letzten Krankenbettes aus. Daneben aber sehen wir den gekrönten Menschenfreund, wie ihn seine Zeit zu nennen liebte, nicht bloß gemeinschädliche Vorrechte des Adels oder des Klerus willkürlich zerreißen, sondern auch den tiefsten Grund des menschlichen Daseins, Religion und Sprache und Heimatsgefühl, mit nackter Gewaltsamkeit antasten. Während er den Stolz seiner Gesetzgebung mit Recht in der Befreiung des ländlichen Eigentums findet, stört er den armen Bauern seiner Provinzen die einzige Form ihres geistigen Lebens, ihre kirchliche Andacht. Während er Gleichheit des Rechtes für hoch und niedrig verkündigt, zwingt er Magyaren und Kroaten, bei deutschen Beamten in unverständlicher Sprache ihr Recht zu suchen. Endlich aber, derselbe Fürst, der im Inneren seines Reiches keine Losung als Humanität und Wohlstand kennen will, erscheint nach außen als rücksichtsloser Eroberer, der auf allen Punkten seiner weiten Grenze Händel beginnt, keinem schwächeren Nachbar Ruhe gönnt, mit keinem stärkeren in Frieden zu leben weiß und zuletzt den halben Erdteil mit dem Geräusche seiner Waffen erfüllt. Man würde ihm gegen Verdienst unrecht thun, wollte man diese Seite seiner Regierung allein aus persönlicher Ehrsucht herleiten; man würde ihn weit über sein Verdienst erheben, wenn man den Kern seines Wesens allein in der Menschenliebe seiner Reformen aufsuchte.

Alle diese Widersprüche lösen sich, sobald man den leitenden Gesichtspunkt seiner Politik richtig auffaßt. So gewiß er ein warmes Herz für das Wohl seiner Unterthanen besaß, so entschieden war der letzte Grund seiner Reformen nicht die Förderung des Volkes, sondern die Macht des Reiches. Er hatte erlebt, wie übel Oesterreich gegen das modern gebildete Preußen im Kampf bestanden war; vor allem deshalb beschloß er, die moderne Staatseinheit auch in dem mittelalterlichen Gefüge seiner Lande durchzuführen. Weil die Gesetze der Physiokraten und Rationalisten ihm

dazu tauglich schienen, deshalb wurde er ein thätiger Apostel der Aufklärung, und weil er hier auf dem Gebiete der Macht schlechterdings kein Hindernis anerkennen durfte, deshalb schritt er ebenso heftig über natürliches Recht wie über verbrieftes Unrecht, über religiöses Gefühl und nationales Selbstbewußtsein wie über kirchliche Mißbräuche und adlige Monopolien hinweg. Oesterreich sollte ein centralisierter Staat wie das damalige Preußen oder das heutige Frankreich werden; es sollte kein fremder Einfluß, weder des Deutschen Reichs noch der römischen Kirche, ferner auf sein Inneres einwirken dürfen; es sollte nach allen Seiten abgerundete und wo möglich erweiterte Grenzen erhalten und so aus der Mitte Europas hervor an die erste Machtstelle des Weltteils treten. So befand er sich sofort im Angriffszustande gleichzeitig gegen seine Stände, seine Völker und seine Nachbarn.

Ein so umfassendes Voranschreiten mußte eine nicht minder allgemeine Erregung hervorrufen. Josephs Politik enthielt die Verneinung aller Momente, auf welchen bisher die Kraft der österreichischen Regierung beruht hatte: es war natürlich, daß Gärung und Zersetzung nach jeder Richtung eintrat. Alle magyarischen, belgischen, slavischen Sondergefühle erwachten: es war, als wenn die österreichische Herrschaft nicht seit Jahrhunderten, sondern gestern oder ehegestern diesen Völkern aufgenötigt worden wäre; alle Nationen um die Wette strebten, sich von dem fremden Joch loszumachen. Der Adel hetzte in Galizien und in Ungarn; der Klerus hielt in Belgien die Gemüter in Aufregung. Im Deutschen Reiche erhob sich trotz Josephs Aufklärung aller liberaler Sinn gegen ihn; einen ersten Versuch des Kaisers, Bayern durch Waffengewalt zu erobern, hatte Friedrich II. 1778 durch entschlossenen Krieg zurückgewiesen; einen zweiten, Bayern durch Austausch gegen Belgien zu erwerben, wehrte er 1785 mit der Gründung des deutschen Fürstenbundes ab; die öffentliche Meinung in ganz Deutschland stimmte dem großen König bei; in halb Europa rührte sich ein tiefes Mißtrauen gegen die rastlose Ehrsucht des Kaisers.

Allein noch eine ganz andere Bedeutung entwickelte

Josephs Politik, als sie sich 1788 nach enger Verbindung mit Rußland zur Teilung des türkischen Reiches erhob. Für heutige Leser ist es unnötig, die weltumfassende Wichtigkeit eines solchen Planes zu entwickeln: aus dem damaligen Zustande ist noch hervorzuheben, daß König Stanislaus von Polen zu jenem Bündnisse mit Eifer hinzugetreten war. Einer der zahlreichen Geliebten der Kaiserin Katharina, war er einst durch deren Einfluß auf den Thron gekommen, hatte dann eingewilligt, zu nationalen Reformen mitzuwirken, und in deren Folgen Rußlands Feindseligkeit und die erste Teilung Polens hereinbrechen sehen. Seitdem hatte er den russischen Gesandten in Warschau schalten lassen, einen Vertrag unterzeichnet, der Rußland zum Gewährleister der polnischen Verfassung oder Unverfassung machte, und sich mit der Ueberzeugung erfüllt, daß nur unter Rußlands Schutze ein wahres Gedeihen Polens möglich sei. Während also die mächtigen Familien der Potocki und Czartoriski sich um Schutz gegen Rußland eine Zeit lang dem Wiener Hofe näherten, suchte Stanislaus in unaufhörlichen Wiederholungen bei Rußland selbst die Verwandlung der Wahlmonarchie in eine erbliche zu empfehlen. Als dann 1787 das Bündnis der beiden Kaiserhöfe seine große Thätigkeit begann, ließen zwar die Potocki ihre österreichischen Beziehungen fallen; um so eifriger aber suchte sich jetzt Stanislaus in die Freundschaft Katharinas und Josephs einzudrängen. Er ging also bei einer Zusammenkunft in Kaniew freudig auf den Vorschlag der beiden Kaiserhöfe ein, die Republik Polen zur Ausrüstung von 100 000 Mann zu bestimmen, zunächst für den türkischen Krieg, sodann aber auch für jedes anderweitige Zusammentreffen, eine Klausel, die fürs erste keinen anderen Gegenstand als Preußen haben konnte. Der ganze slavische Osten also, durch alle Kräfte der österreichischen Monarchie verstärkt, erhob sich in Waffen, zu einem Angriffe, dessen erstes Ziel Konstantinopel, dessen letzter Zweck aber von niemand vorauszusehen war [1]).

[1]) Ungedrucktes Memoire von Hertzberg, sur l'alliance conclue en 1790 entre la Prusse et la Pologne. Es giebt zu dem in

Solche Versuche sind noch nie in Europa vorgekommen, ohne den lebhaftesten Widerstand auf allen Seiten hervorzurufen. Der junge König von Preußen, Friedrich Wilhelm II., der soeben die Militärkraft seines Staates in der raschen Unterdrückung der holländischen Unruhen erprobt hatte, war nicht gesonnen, einen Fingerbreit aus der Stellung Friedrichs des Großen zurückzuweichen. England, unter der kräftigen Führung seines großen Ministers, des jüngeren Pitt, zürnte auf Rußland, welches kurz vorher dem französischen Handel einen begünstigenden Vertrag gewährt hatte, und betrachtete die Erhaltung der Türkei damals als einen der ersten Grundsätze seiner Politik. Beide schlossen mit Holland, welches ganz ihren Antrieben folgte, ein Bündnis, welches sich den Kaiserhöfen überall und namentlich in der türkischen Frage entgegenstellte.

So war in dem Augenblicke, als in Frankreich die Revolution entfesselt wurde, das übrige Europa in der höchsten kriegerischen Spannung; die beiden mächtigen Gruppen, der Bund der drei auf der einen, die Kaiserhöfe auf der anderen Seite, standen sich drohend gegenüber; ein die Welt umfassender Kriegsbrand war in nahe Möglichkeit gerückt.

Zweites Kapitel.

Reichenbach und Nootkasund[1].

Niemand in Europa wurde durch den österreichisch-russischen Türkenkrieg in lebhaftere Erregung und unruhigere Thätigkeit versetzt als der damalige Lenker der preußischen

Schmidts Zeitschrift mitgeteilten précis eine Reihe schätzenswerter Zusätze, die im folgenden benutzt sind.

[1] Vgl. die archivalischen Mitteilungen bei Zinkeisen, Geschichte der Türkei, VI; Vivenot, Quellen, I; Ranke, Deutsche Mächte; Duncker in der historischen Zeitschrift N. F. I. 1 ff.; Droysen, Abhandlungen. Eine umfassende Revision der Akten des Berliner Geh. Staatsarchivs hat mich zu der Ueberzeugung geführt, daß Droysens Auffassung die richtige ist.

Politik, der alte Graf Hertzberg, den schon vor einem Menschenalter Friedrich II. seinen Schüler in diplomatischen Dingen genannt, und der von diesem Meister gar manches erlernt hatte. Ein rühriger und erfinderischer Geist, eine unversiegliche Arbeitslust, eine reiches Maß der Selbstüberschätzung, deren der Diplomat zur vollsten Sicherheit des Auftretens bedarf, mit diesen Gaben vereinte er eine unbegrenzte Hingebung an die preußischen Interessen, so daß er keine Freude und keine Sorge kannte als die Förderung seines Staates. Wie begreiflich nach seiner Vergangenheit, sah er das schwerste Hindernis auf Preußens Bahnen in dem österreichischen Nebenbuhler, in der, wie er überzeugt war, unversöhnlichen Feindschaft des Wiener Hofes. Er vergalt denn Gleiches mit Gleichem von Grund seines Herzens und beobachtete mit rastlosem Argwohn jeden Schritt des österreichischen Staatskanzlers, des ihm ebenbürtigen und in manchen Beziehungen ähnlichen Fürsten Kaunitz. Allerdings, so wenig wie Friedrich der Große in seiner letzten Zeit wünschte sich Hertzberg neuen Krieg; die Eindrücke von Kolin und Kunersdorf hatten ihn den Frieden vollständig schätzen gelehrt. Immer aber blieb er entschlossen, wie sein Vorbild, die Zukunft Preußens durch Verhinderung jedes österreichischen Wachstums zu sichern und keine Vergrößerung des Kaisers zuzulassen, es sei denn, daß Preußen, wie es bei der ersten Teilung Polens gelungen, eine mindestens gleichwertige Beute davontrage.

Bei solchen Stimmungen war der Aufruhr in seinem Inneren gewaltig, als Rußlands endlose Reizungen endlich 1787 die Pforte zur Kriegserklärung bestimmten und Kaiser Joseph sich ohne Zaudern an Rußlands Seite stellte. Man wußte sattsam in Berlin, daß dabei die Eroberung einer türkischen Grenzprovinz wahrlich nicht das letzte Ziel der österreichischen Politik war, sondern daß Joseph diese Kriegsmühen nur auf sich nahm, um sich dadurch Rußlands thätige Hülfe für seine weiten deutschen Entwürfe zu sichern. Daß Preußen eine solche Möglichkeit sich nicht ungestört entwickeln lassen dürfe, stand in Hertzbergs Seele schon seit Jahren

fest, so unheimlich ihm auch der Gedanke eines Waffenganges mit den Kaiserhöfen war, der bei der stets noch dauernden französisch-österreichischen Allianz für Preußen wieder alle Gefahren des Siebenjährigen Krieges erneuern konnte. Er wälzte denn die schwierige Aufgabe, die Kaiserhöfe auch ohne Kampf zu bändigen, in seinem unruhig brütenden Kopfe umher, bis ihm endlich der leuchtende Gedanke emporstieg und er sich freudig das stolze Gefunden zurief. Der Gang seiner Schlüsse war folgender. Er hielt bei der Uebermacht der Kaiserhöfe die Niederlage der Pforte, allerdings unter schweren Verlusten ihrer Gegner, für besiegelt; zuerst die Donaulande, dann die Balkanpässe würden den christlichen Waffen erliegen und hierauf das wehrlose Konstantinopel den Andrang der Sieger vor Augen haben. Hier galt es nun, im richtigen Augenblicke als kluger und kräftiger Vermittler zwischen die Streitenden zu treten, mit einem Friedensprogramme, welches durch innere Zweckmäßigkeit und Billigkeit die Zustimmung aller Parteien erzwingen mußte. Dieser Anforderung würde aber, wie Hertzberg meinte, nichts besser entsprechen, als der Vorschlag der Donaulinie als künftiger Grenze der Türkei. Die Pforte würde Allah und dem König von Preußen dankbar sein, wenn sie um so billigen Preis vor der völligen Vernichtung behütet und mit einer schönen natürlichen Grenze unter europäischer Garantie begnadigt würde. Nicht minder frohen Herzens würde aus der so gesicherten Beute Rußland Oczakow und Bessarabien, Oesterreich die Moldau und Walachei dahinnehmen. Alle Teile endlich müßten bei einiger Verständigkeit das Verdienst dieses rettenden Planes anerkennen und jeder das Seinige beitragen, um dem Urheber desselben den gebührenden Finder- oder Gründerlohn zu verschaffen. Bei der Stattlichkeit ihres Gewinnes könnte es den Kaiserhöfen kein fühlbares Opfer sein, wenn dafür Kaiser Joseph Galizien an Polen, Katharina finnische Bezirke an Schweden überließe und schließlich das dankbare Polen seinerseits Danzig, Thorn, Posen und Kalisch sowie das erkenntliche Schweden die Provinz Vorpommern an Preußen

abträte [1]). Hertzberg war hochbefriedigt, als dieser Entwurf bei ihm Gestalt gewonnen hatte. Er nannte ihn nur noch seinen großen Plan und fühlte sich des Erfolges völlig sicher, wie sich versteht, unter Voraussetzung der nötigen Geschicklichkeit, an welcher er es nicht fehlen zu lassen gedachte.

Ohne Zweifel war es das Muster der ersten polnischen Teilung, welches seinem Geiste dabei vorschwebte. Hatten die drei Ostmächte damals auf Kosten Polens ihre Interessen ausgeglichen, so mochte das jetzt mit türkischen Provinzen geschehen. Allerdings mußte es mißlicher erscheinen, jetzt sechs Mächte unter einen Hut zu bringen, als damals drei. Allerdings war damals Preußen mit Rußland gegen Oesterreich, jetzt aber Oesterreich mit Rußland gegen Preußen verbündet. Allerdings lag ein innerer Widerspruch in der von Hertzberg erwählten Stellung, als Beschützer der Türkei auf Abreißung weiter türkischer Provinzen auszugehen. Denn siegten die Osmanen, so würden sie die Abtretung der Donaulande, siegten die Kaiserlichen, so würden sie die Herausgabe Galiziens weigern: nur in dem einen Falle hatte Hertzberg Aussicht, wenn beide Parteien genau so weit sich gegenseitig schwächten, daß sie die Gebote des plötzlich auftretenden Vermittlers bedingungslos auf sich nehmen mußten. Indessen der unternehmende Minister meinte, schon manche schwierigere Aufgabe gelöst zu haben, und schritt bei dem ersten Donner des orientalischen Gewitters rüstig an das Werk.

Zunächst gelang es ihm, die volle und eifrige Zustimmung seines Königs zu gewinnen. Friedrich Wilhelm war ein stattlicher und kräftiger Mann, von äußerst mangelhaften Kenntnissen, jedoch von großer natürlicher Begabung und erfüllt von dem Wunsche, seinen Staat zu heben und zu stärken; dabei war er von entzündlichem Temperamente, augenblicklicher Erregung äußerst zugänglich und deshalb im ersten Augenblicke Feuer und Flamme, aber weder gründ-

[1]) Der schwedische Teil des Programms wurde demselben erst etwas später hinzugefügt; ich fasse der Kürze wegen alles gleich hier zusammen.

lich in der Durcharbeitung noch stetig in der Ausführung seiner Pläne. Eben damals war durch den Erfolg der holländischen Expedition sein Selbstgefühl in hohem Maße gesteigert, und die Aussichten, die ihm Hertzberg eröffnete, faßten ihn mit unwiderstehlichem Reize. Auch wenn es, was freilich Hertzbergs Meinung nicht war, darüber zum Schlagen kommen sollte: der König war dazu bereit, um sich im Heerlager wie im Kabinette als würdigen Nachfolger des großen Oheims zu zeigen. Der Gesandte in Konstantinopel, Diez, wurde demnach angewiesen, die Türken auf alle Weise zum Kampfe zu ermutigen, etwaige Bündnisanträge mit guter Art abzulehnen, um so mehr aber die preußische Vermittlung beim Friedensschlusse durchzusetzen, in welchem Augenblicke dann der große Plan an das Licht zu treten habe. In Wien und Petersburg wurde sofort die preußische Vermittlung angeboten, jedoch an beiden Orten, wie sich erwarten ließ, nachdrücklich zurückgewiesen.

Die Dinge gingen denn ihren Weg, bald günstig, bald unbequem für Hertzbergs Wünsche, wie das bei einem so verwickelten Systeme nicht anders sein konnte. Zunächst erwies sich der erste Grundgedanke desselben als irrig, da die Türken im Feldzuge von 1788 gar keine Neigung zeigten, sich schlagen zu lassen, im Gegenteil den Russen kräftigen Widerstand leisteten und die Oesterreicher auf das übelste zurichteten. Fürs erste war kein Gedanke daran, ihnen die Abtretung großer Provinzen vorzuschlagen. Indessen stärkte sich die preußisch-englische Partei in Europa. Nach dem endgültigen Abschlusse der Tripelallianz ergriff der ehrgeizige und eitle König von Schweden den günstigen Augenblick, um im Juli 1788 unter äußerst nichtigen Vorwänden gegen Rußland loszuschlagen, was denn auf das trefflichste zu Hertzbergs Entwürfen paßte. Als Rußland darauf ihm ein dänisches Heer an die Fersen hetzte, zwang eine scharfe preußische Erklärung den Hof von Kopenhagen zur Neutralität, und englische und türkische Hülfsgelder gaben dem Schwedenkönige die Mittel zur Fortsetzung seines Kampfes. Sodann gelang es seit Oktober 1788 der preußischen Politik, in Polen

festen Fuß zu fassen und hier eine im höchsten Grade folgenschwere Entwickelung anzubahnen. Kaum hatte nämlich im Warschauer Reichstage, entsprechend den Abreden von Kaniew, das Haupt der russischen Partei, der General der Artillerie Felix Potocki, den Antrag auf ein Bündnis mit Katharina eingebracht, als der preußische Gesandte gegen dieses Vorhaben kräftige Verwahrung einlegte und im Namen seines Königs der erlauchten polnischen Nation preußische Hülfe zusicherte, wenn sie ihre bisherige Abhängigkeit von Rußland brechen und damit wieder zu würdiger Freiheit und Sicherheit gelangen wollte. Diese Verheißungen zündeten gewaltig; eine begeisterte Mehrheit stellte sich unter die Leitung des preußischen Gesandten, verwarf den russischen Antrag und beschloß trotz der tiefsten Finanznot die Aufstellung eines Heeres von 100 000 Mann. Zugleich nahm sie unter heißen Verhandlungen eine Reihe von Verfassungsänderungen vor, wie nachdrücklich auch Rußland gegen die Verletzung der Verträge von 1775 protestieren und Achtung für die russische Garantie der bestehenden Staatsordnung fordern mochte. Der entfesselte Sturm blieb im Wachsen; der Haß gegen uns, schrieb der russische Gesandte, ist so heftig, daß nur noch die offene Kriegserklärung fehlt; alle Welt schwärmt für Preußen.

Gegen eine so rastlos thätige, halb Europa bearbeitende Feindseligkeit suchten die Kaiserhöfe natürlich entsprechende Deckung. Das nächste Augenmerk ging auf den alten Verbündeten von 1756, auf Frankreich, durch welches man dann auch das eng ihm angeschlossene Spanien zu gewinnen hoffte, und ein russischer Agent, ein Prinz von Nassau-Siegen, eilte im Frühling 1789 nach Versailles und Madrid, um dort eine große Quadrupelallianz gegen England und Preußen vorzuschlagen. An beiden Orten fand er die herzlichste Aufnahme, aber wirklichen Erfolg vermochte er nicht zu erzielen. Spanien, seiner Schwäche bewußt und gegen Oesterreich wegen prinzlicher Heiratsfragen erbittert, hüllte sich in unbedingte Friedensliebe. In Versailles schwankte die Wage unter heftigen Zuckungen auf und nieder. Es war die Zeit

nahe vor der Eröffnung der Reichsstände. Die Finanznot, erklärte Necker, verbiete jede Ausgabe zu Kriegszwecken; was würden die Stände zu einer neuen Steigerung des Deficits sagen? Aber, wurde entgegnet, wir dürfen nicht ohnmächtig vor Europa dastehen, wie würden die Stände eine Wiederholung des holländischen Schimpfes aufnehmen? Sonst war es freilich die alte Ueberlieferung der französischen Politik gewesen, Türken, Schweden und Polen gegen die Uebermacht der Kaiserhöfe zu beschirmen, und Graf Montmorin erkannte an, daß Preußen zur Zeit völlig im Sinne dieses Systems handle. Aber auch er empfand die bitterste Eifersucht, daß jetzt die Rolle des hohen Beschützers nicht mehr in französischer, sondern in preußischer Hand liege, und mahnte dringend den Berliner Hof zu Mäßigung und Ruhe. Wie Necker sah er mit tiefer Besorgnis auf die Möglichkeit eines Krieges und fürchtete mit Grund, daß bei längerer Dauer und weiterer Ausdehnung des orientalischen Brandes zuletzt auch Frankreich ergriffen werden könnte. Denn sein Kollege St. Priest vertrat mit lebhaftem Eifer ein thätiges Bündnis mit den Kaiserhöfen, und noch entschiedener empfahl die Königin die Sache Oesterreichs, die Sache ihres Bruders der Unterstützung ihres Gemahls. Fast in jedem seiner Berichte konnte der preußische Gesandte die Summe der Lage dahin zusammenfassen: zur Zeit werde Frankreich wohl die Neutralität bewahren, aber höchst wahrscheinlich seinerseits den Krieg erklären, sobald der Bund der drei gegen die Kaiserhöfe zum offenen Angriff schreite. Eine solche Absicht hatte nun Hertzberg, wie wir wissen, ganz und gar nicht: aber wer konnte bei der Spannung der Lage für die Verhütung des Bruches einstehen? So lastete einstweilen die französische Sorge schwer auf dem preußischen Minister, und unaufhörlich gingen seine Weisungen an die Gesandten in Konstantinopel, Warschau, Paris, jeden augenfälligen Schritt zu meiden, welcher Frankreichs Verstimmung weiter reizen und damit für Preußen nochmals die Bedrängnisse von 1757 herbeiführen könnte.

Man begreift, mit welcher Herzenserquickung er die Kunde

von den ersten Regungen der revolutionären Anarchie in Frankreich empfing. Frohen Herzens berichtete er dem Könige am 5. Juli: in Frankreich ist das königliche Ansehen vernichtet, die Truppen haben nicht handeln wollen, Ludwig hat dem Volke erklärt, daß er die königliche Sitzung als nicht geschehen betrachte; das kündigt fast eine Scene Karls I. an, das ist eine Gelegenheit, von welcher die guten Regierungen Vorteil ziehen müssen. Nun folgte nach wenigen Wochen der volle Ausbruch, der Sturm der Bastille, die Erhebung der Provinzen. In Frankreich, schrieb darauf Hertzberg am 26. Juli dem Könige, ist die Monarchie gestürzt und das österreichische Bündnis vernichtet; das scheint die rechte, aber auch die letzte Epoche zu sein, welche Ew. Majestät benutzen kann, um Ihrer Monarchie den höchsten Grad von Festigkeit zu geben: die Kaiserhöfe können auf Frankreich nicht mehr rechnen.

So sprach über die Revolution der preußische Minister. Sein König war völlig damit einverstanden. Mich interessieren diese Dinge nur, insoweit sie für den Einfluß Frankreichs auf die europäischen Angelegenheiten von Wichtigkeit sind — hatte er schon am 3. Juli dem Gesandten schreiben lassen. Der Gesandte antwortete am 15.: E. M. Stellung in Europa wird durch den Bastillesturm und die Ohnmacht der Königin erheblich verstärkt. Damit die Königin und ihre österreichische Politik nicht wieder zu Kräften komme, trat Graf Goltz mit der demokratischen Partei der Nationalversammlung in einen höchst vertraulichen Verkehr. Der König genehmigte es unbedingt; wie seine Minister sah er in der augenblicklichen Nichtigkeit des französischen Hofes die Abwendung einer für Preußen tödlichen Gefahr. Kein Gedanke rührte sich damals in ihm, daß es Königspflicht sei, dem französischen Königtum gegen den Dämon der Revolution Beistand zu leisten. Mit doppelter Entschlossenheit wandte er sich den orientalischen Kämpfen und Hertzbergs großen Plänen zu. Er sah jetzt die Möglichkeit, im Notfall auch zum Schwerte zu greifen, und schon im September 1789 lassen seine Aeußerungen deutlich erkennen, daß

ihn diese Aussicht nicht wie seinen Minister abschreckte, sondern innerlich lockte. Er schrieb damals an Hertzberg, daß er sehr zufrieden sein werde, wenn Preußen ohne Kampf seine polnischen Erwerbungen mache, und wolle in diesem Falle auch Oesterreich die Walachei gerne überlassen: aber er glaube nicht daran, er halte es für unmöglich, daß Oesterreich Galizien gutwillig hergebe, und dann werde er losschlagen und dem Kaiser noch ganz andere Bedingungen auferlegen.

Und es war, als wenn zum Lohne für diese kriegerischen Neigungen das Schicksal an allen Enden glückverheißende Ereignisse häufen wollte. Im Oktober 1789 brach in Belgien die lange genährte Unzufriedenheit mit Josephs Verwaltung in offenem Aufruhr los; zunächst Gent, einige Wochen später auch Brüssel wurden von der Empörung ergriffen. Die kaiserlichen Truppen und Behörden wurden genötigt, sich nach Luxemburg zurückzuziehen; ein Kongreß der belgischen Provinzen nahm die Regierung in die Hand, verkündete die nationale Unabhängigkeit und begann eifrige Rüstungen zur Abwehr jedes österreichischen Angriffs. Der preußische König griff mit lebhafter Befriedigung in diese Nöte des Gegners ein. Einer seiner geachtetsten Diplomaten ging als Berater des Kongresses nach Brüssel; auf preußische Veranlassung übernahm der hessische General Schönfeld die Organisation der belgischen Streitkräfte, und ein preußischer Lieferant, der Kommissionsrat Ephraim, bildete für sie bei Mastricht große Magazine. Seit dem August standen preußische Truppen in Lüttich, um Volk und Stände gegen rechtswidrige Uebergriffe des Bischofs zu schützen; ihr Befehlshaber, General Schlieffen, empfing jetzt die Weisung, mit Brüssel und Paris in steter Fühlung zu bleiben. Hertzberg war hier nicht ganz so eifrig wie sein Monarch; er wünschte die belgische Sache in Wien nur als Druckmittel für seine polnisch-galizischen Pläne zu verwerten: der König aber bekundete höchst entschieden sein Bestreben, der belgischen Unabhängigkeit möglichst bald die Anerkennung Europas zu verschaffen. Was in Belgien geschehen, drohte sich darauf in Ungarn zu wiederholen. Die Magyaren waren der

Meinung, daß Joseph durch seine Verfassungsverletzungen sein Anrecht auf die ungarische Krone verwirkt habe; eine Deputation ihres Adels kam heimlich nach Berlin, um sich von Friedrich Wilhelm einen deutschen Fürsten als Thronkandidaten bezeichnen zu lassen. Im Lande selbst wurde die Bewegung so stark, daß Joseph eine Reihe seiner anstößigsten Verordnungen mit schwerem Kummer zurücknahm, dann aber erleben mußte, daß seine Nachgiebigkeit nur sehr geringe Wirkung hervorrief. Als er zur Deckung gegen Preußen eine starke Truppenaufstellung in Böhmen und Mähren anordnete, forderte der Pester Reichstag die Zurücksendung der ungarischen Regimenter in die Heimat und begehrte zum Schutze der Verfassung für die Zukunft eine Garantie derselben durch die deutschen Fürsten. Der preußische Gesandte in Wien, Jacobi, stand in enger Beziehung zu den Führern der Opposition und ermunterte sie zu jedem Schritte, welcher zum offenen Aufstande gegen den Kaiser führen konnte. Noch stärker war die Gärung in Galizien, wo auf einige Andeutungen von Hertzbergs Tauschplänen das Nationalgefühl des polnischen Adels in vollen Flammen stand. Ein leitender Ausschuß trat in Lemberg zusammen; in Krakau wurde eine bewaffnete Konföderation zu seiner Unterstützung vorbereitet; der preußische Gesandte in Warschau, Lucchesini, hatte alle Fäden der Bewegung in seiner Hand, lieferte den Insurgenten Geld und Waffen und hatte das polnische Feuer eher zurückzuhalten als anzutreiben. Die Führer in Lemberg dachten zunächst von dem Kaiser eine Landesverfassung gleich der ungarischen zu fordern und dann nach der sicher vorausgesetzten Abweisung mit polnisch-preußischer Hülfe ihre Revolution zu beginnen. So drohte das weite österreichische Staatsgebäude auf allen Seiten den Einsturz. Ich habe keine Hoffnung mehr, schrieb Kaunitz am 5. Januar 1790. Der größte Teil des Heeres war durch den Türkenkrieg in Anspruch genommen; der Kaiser selbst lag schwer erkrankt mit deutlichem Bewußtsein des herannahenden Endes. In düsterer Verzweiflung blickte er mittellos dem Zusammenbruche des Reiches entgegen.

In denselben Tagen entschloß sich Preußen in Konstantinopel zu einem Schritte, welcher weit über Hertzbergs Pläne hinaus- oder von ihnen hinwegführen mußte.

Während des ersten, für die Türken glücklichen Feldzugs hatte, wie wir sahen, der preußische Gesandte sich mit einem hinhaltenden Verfahren begnügen müssen. Als dann aber im folgenden Jahre die Pforte schwere Niederlagen erlitt und alles Land im Norden der Donau räumen mußte, hielt Hertzberg den Zeitpunkt gekommen und ließ die Grundgedanken seines großen Planes den Türken mitteilen. Aber aufs neue erwies sich seine Rechnung fehlerhaft. Die Türken, weit entfernt, dem gütigen Vermittler dankbar entgegenzukommen, schrieen auf, daß die Kaiserhöfe selbst ihnen nichts Schlimmeres zumuten könnten; ihrerseits stellten sie dem preußischen Hofe eine sehr einfache, sehr klare Alternative: entweder schließt Preußen mit der Pforte ein Angriffsbündnis gegen Wien und Petersburg, oder die Türkei tritt ohne Zögern in unmittelbare Friedenshandlung mit den Kaiserhöfen. Nun wußte man in Berlin, daß Kaunitz, in grimmigem Zorne gegen Preußen, bereits in Petersburg den Antrag auf rasche Versöhnung mit der Pforte gestellt hatte, um dann mit vereinten Kräften über den feindseligen Vermittler herzufallen. Um jeden Preis mußte also der einseitige Frieden in Konstantinopel verhütet werden, und Diez erhielt demnach die Weisung, ohne weitere Erwähnung des Tauschplans den Türken das begehrte Angriffsbündnis gegen Oesterreich zu bewilligen, wenn nur die Pforte sich verpflichte, einzig unter preußischer Vermittelung den Frieden mit den Kaiserhöfen zu schließen. So weit gediehen, ersah die Pforte mit Geschick und Festigkeit ihren Vorteil und drängte Diez von Punkt zu Punkt, bis er am 31. Januar einen Bundesvertrag unterzeichnete, worin Preußen die Garantie aller türkischen Lande und sogar die Wiedererlangung der Krim verhieß und zur Erreichung dieses Zweckes Waffenhülfe nicht bloß gegen Oesterreich, sondern auch gegen Rußland zusagte. Hertzberg war entsetzt, als er diese Dinge las, und beschwor den König, die Bestätigung des Vertrags hin-

auszuschieben, denn jede Hoffnung auf Erhaltung des Friedens wäre mit dessen Festsetzungen zertrümmert und der große Plan des Ministers von Grund aus verleugnet gewesen; eine Abtretung türkischer Provinzen, welche für Hertzberg das erste Glied in der Kette der Tauschpläne war, stand mit dieser Urkunde im schneidendsten Widerspruch.

Sodann in Warschau schien der Einfluß Preußens stärker als je zu sein, nachdem Marquis Lucchesini im Dezember 1789 verlauten lassen, daß sein Monarch zu einem förmlichen Bündnis mit der Republik geneigt sei. Seit dem September hatten die Polen die Ausarbeitung einer vollständig neuen Verfassung in Angriff genommen; König Stanislaus war trotz seiner russischen Sympathien notgedrungen zu der patriotischen Partei übergetreten, und je mehr man auf diesen Wegen der wachsenden Erbitterung Rußlands sicher war, desto eifriger ergriff man die starke schützende Hand, welche Preußen durch den Bundesantrag darbot. In Berlin erhoffte man von der dankbaren Stimmung der Polen eine unbedingte Bereitwilligkeit zur Genehmigung der Hertzbergschen Tauschpläne, und jedenfalls war es für den Fall eines österreichischen Krieges ein erheblicher Gewinn, in dem polnischen Bündnis eine erste Deckung gegen Rußland, sei es durch Neutralität, sei es durch Truppenhülfe der Republik, zu erhalten. Jedoch als Lucchesini nun zur näheren Verhandlung schritt, zeigten sich Schwierigkeiten in mehr als einer Beziehung. Die Absicht ging auf einen Verteidigungsbund und einen Handelsvertrag. In jenem sollte die gegenseitige Truppenhülfe und die preußische Garantie gegen fremde Einmischung in die inneren polnischen Angelegenheiten festgestellt werden; in diesem würde Preußen dem polnischen Handel Herabsetzung der Weichselzölle bewilligen und dafür als erste Probe der polnischen Gesinnung die Abtretung von Danzig und Thorn empfangen. Lucchesini, ein scharfer und klarer Kopf und ein gewiegter und schlauer Unterhändler, brachte den Allianzentwurf ohne erhebliche Umstände bald genug ins reine. Aber von Danzig und Thorn wollten die polnischen Staats-

männer nicht reden hören. In der Sache erkannten sie an, daß Preußen, nach seinen Verdiensten um die polnische Freiheit, allerdings zu einem solchen Anspruch berechtigt sei. Allein es widerstrebe, sagten sie, ihrem Gefühl, Land und Leute als Gegengeschenk für Geld- und Handelsvorteile hinzugeben. Wenn dagegen Preußen ihnen Galizien wiederverschafft habe, so werde kein Pole ihm die beiden Städte weigern. Sie blieben um so zäher auf diesem Standpunkte, als sie aus Konstantinopel erfahren hatten, daß sich Hertzbergs Wünsche in Wahrheit nicht auf die beiden Städte beschränkten, sondern noch zwei wichtige Palatinate Großpolens dazu umfaßten. König Stanislaus, im Herzen immer noch den Russen mehr als den Preußen zugeneigt, entschied für den Augenblick die Frage, indem er durch seine Vertrauten die preußische Forderung plötzlich in die Oeffentlichkeit werfen ließ. Da brauste denn das reizbare Selbstgefühl der Polen gewaltig auf; eine allgemeine Entrüstung tobte im Reichstage und durch das Land; nicht eine Scholle polnischer Erde dürfe dem angeblichen Bundesgenossen, dem habgierigen Nachbarn überlassen werden. Preußen, rief man, zeige als Lockmittel Galizien von ferne, um vorher die Städte zu erlangen und dann vielleicht mit Oesterreich auf Kosten Polens mit einer neuen polnischen Teilung abzuschließen. Der Umschlag war vollständig; alles wandte sich von Lucchesini hinweg und dem russischen Gesandten wieder zu. Lucchesini, der im persönlichen Vertrauen seines Herrn sehr hoch stand, meldete die ungünstige Wendung nach Berlin und legte zugleich dem Könige eine tief einschneidende Kritik des gesamten Hertzbergschen Systemes vor. „Wir suchen," schrieb er am 27. Februar, „Eroberungen durch Unterhandlungen zu machen; das ist uns in Konstantinopel mißlungen und mißlingt uns in Warschau; es enthüllt unsere Pläne und entfremdet uns unsere Verbündeten; wir könnten in eine Vereinsamung wie 1756 geraten. Wenn dagegen Ew. Majestät," fuhr er fort, „auf Eroberungen scheinbar verzichtend, Ihren natürlichen Feind durch Entreißung Galiziens und Belgiens schwächten: wäre das nicht auch eine Stärkung,

besser als ein paar kleiner Erwerbungen? Aber zur Eroberung Galiziens bedürfen wir der Polen, und diese verlieren wir, wenn wir auf Danzig und Thorn bestehen." Der König fand freilich das Benehmen der Polen undankbar und niederträchtig und bewahrte seine Wünsche im innersten Herzen für die Zukunft: immer aber hatte Lucchesini so weit Eindruck auf ihn gemacht, daß er ihm die Erklärung zusandte, wenn den Polen der Austausch von Danzig und Thorn gegen die gebotenen Handelsvorteile nicht wohlgefällig sei, so wolle er nicht weiter darauf bestehen und erwarte anderweitige Vorschläge. Damit war denn das gute Einvernehmen und Lucchesinis Ansehen wiederhergestellt. Allerdings vermochte man sich über einzelne Zollfragen noch nicht zu verständigen, wie sehr auch der englische Gesandte, der im Interesse seines heimischen Handels die Eröffnung der Weichsel wünschte, das Einvernehmen zu fördern suchte. Man vertagte also den Handelsvertrag und gelangte in den letzten Tagen des März zu der Unterzeichnung des politischen Bündnisses. Hertzbergs Entwürfe hatten hier wie in Konstantinopel Schiffbruch gelitten; immerhin aber hatte Preußen für den Kriegsfall eine ganz nützliche Verstärkung gewonnen. Die Gedanken des Königs nahmen infolgedessen immer mehr diese Richtung; er erklärte sich mit dem Abschlusse des Bundes zufrieden und ließ die Polen dringend antreiben, ein möglichst starkes Truppencorps bei Krakau zum Angriff auf Galizien, ein anderes bei Mohilew zur Deckung gegen die Russen aufzustellen [1]). Ich denke, sagte er, Anfang Mai marschfertig zu sein; die Polen sind meines Beistandes sicher.

Wenn auf solche Art die neuen Verbündeten dem Grafen Hertzberg versagten und die Stimmung des Königs mehr und mehr von jener des Ministers abwich, so zeigten sich

---

[1]) Die Polen hatten damals nach Lucchesinis Angaben 12 000 Mann völlig gerüstet bei Krakau. Sie formierten 5600 Mann bei Zamoisc, 6268 bei Brody, 2900 in Kaminiek, 2300 Reiter dort in der Umgegend, 6400 Mann in der Ukraine, und in Litauen standen 8800 Mann. Im ganzen 44 268 Mann.

noch stärkere Gegensätze der Ansicht unter den Genossen der alten Tripelallianz selbst, zwischen dem englischen und dem preußischen Ministerium. In London hatte man von Anfang an bei dem preußischen Bündnis keinen anderen Gedanken gehabt als die Abwehr der kaiserlichen Eroberungsgelüste, die Beschirmung der Türkei, die Erhaltung der bestehenden Machtverhältnisse. Niemals war Pitt der Meinung gewesen, die Existenz Oesterreichs zu bedrohen oder auch nur Oesterreichs bisheriges Ansehen zu Gunsten Preußens wesentlich zu schmälern. Sein einziges Augenmerk beim Eintritt in die orientalischen Wirren richtete sich auf Bewahrung des vorhandenen Besitzstandes, des möglichst genauen Statusquo. Gewiß, wenn die Kaiserhöfe durch ihre Habsucht es darüber bis zum Kriege mit dem Bunde der drei Mächte trieben, blieb auch für Pitt das endliche Ergebnis von dem Glücke der Schlachten abhängig: aber eine Umgestaltung der Karte Europas von vorneherein zur Bedingung des Friedens zu machen, von diesem Gedanken war er so weit wie möglich entfernt. Hertzbergs großer Plan hatte also nicht die mindeste Aussicht auf englische Unterstützung.

Nun waren allerdings offene Erklärungen darüber bisher zwischen den beiden Mächten noch nicht ausgetauscht worden. Aber an bestimmten Andeutungen über die Verschiedenheit des beiderseitigen Standpunktes hatte es nicht gefehlt. Als der belgische Aufstand gegen Joseph losbrach und der König von Preußen seinen Wunsch auf Unabhängigkeit der Provinzen erkennen ließ, widersprach England mit voller Energie. Es galt für einen Grundsatz der englischen Politik, daß zur Eindämmung des französischen Ehrgeizes Belgien einer starken Militärmacht gehören, jetzt also österreichisch bleiben und seine Empörung unterdrückt werden müsse. Ebenso unumwunden sprach England bald nachher seine Mißbilligung des preußisch-türkischen Offensivbundes aus, der nach seiner Auffassung weit über die Linie gerechter Verteidigung hinausgehe. Indessen Hertzberg ließ sich zunächst durch diese Anzeichen einer drohenden Spaltung

noch nicht beirren. Wie wir wissen, lag auch bei ihm die Unabhängigkeit Belgiens außerhalb des Systemes, und der Inhalt des türkischen Bundesvertrags war ihm ja ebenso zuwider wie den englischen Ministern. Zu seinem Unglück übersah er, daß das ungünstige Urteil darüber bei Pitt und ihm aus völlig entgegengesetzten Gründen entsprang, daß mithin seine eigenen Pläne in London noch heftigeren Widerstand erfahren würden als etwa die Begünstigung der belgischen Freiheit durch König Friedrich Wilhelm.

Während diese Ereignisse dem preußischen Minister zu denken gaben, trat in Wien die Wendung ein, welche mit einem Schlage die politischen Beziehungen von Grund aus verwandelte. Am 20. Februar 1790 starb Kaiser Joseph; es folgte ihm, zunächst als König von Ungarn und Böhmen, sein Bruder, Großherzog Leopold von Toskana.

Leopold hatte schon früher nicht selten die sich überstürzende Politik Josephs getadelt und sich dadurch das lebhafte Mißfallen seines Bruders zugezogen. Besonders in den letzten Jahren schien ihm die Hingebung Josephs an die russische Politik bedenklich und die Teilnahme an dem Türkenkrieg ein verderblicher Mißgriff. Als Not und Krankheit den Kaiser zu Boden drückten und er sich um brüderliche Teilnahme an Leopold wandte, lehnte dieser jede Annäherung mit eisiger Kälte ab. Nach dem Tode Josephs kam Leopold nach Wien mit dem vollen Ueberblick über die heillose Lage des Reiches, mit dem festen Entschlusse zu jeder Bewilligung, welche für die Herstellung von Frieden und Ruhe erforderlich wäre. Wie die Dinge lagen, war es kein geringes Glück für das Haus Lothringen, daß gerade dieser Lenker vorhanden war, um den zerrütteten Staat von dem Rande des Abgrundes zurückzuziehen. So gescheit und ruhig, so weich gemäßigt und doch so unerschütterlich fest trat er in die Geschäfte ein und wußte sogleich das Vertrauen um sich her zu verbreiten, das, an sich selbst eine Eroberung, alle künftigen Siege in sich schließt. Er war geistig genug, um die großen Prinzipien Josephs zu würdigen, und nüchtern genug, um jedem unerreichbaren Ziele

gelassen den Rücken zu kehren. Er war ohne weiteres bereit, den großen Eroberungsplänen des Bruders zu entsagen, um das Dasein des Gesamtstaats zu retten und der Zukunft desselben nichts zu vergeben. Nach dieser Gesinnung nahm er seine Maßregeln.

Mit rastlosem Nachdruck setzte er die Rüstungen fort und verstärkte insbesondere die von Joseph begonnene Truppenaufstellung in Böhmen und Mähren zur Sicherung der Grenzen gegen einen preußischen Angriff. Aber wenn er sich zu decken strebte, so hatte er schlechterdings keinen anderen Zweck als den baldigsten, vollständigsten Frieden. Er wies Kaunitz' Vorträge, die auf kräftige Fortsetzung des Türkenkrieges drangen, weit hinweg. Er verhieß den Belgiern, wenn sie unter seine Herrschaft zurückträten, die Herstellung ihrer alten Verfassung. Er zeigte dies in London an und erklärte seinen Verzicht auf jede große Eroberung türkischer Gebiete. Die Hauptsache aber war das Verhältnis zu Preußen: denn in der augenblicklichen Lage sah er in einem Angriffe Preußens geradezu das Ende Oesterreichs. Da er die unbedingte Feindseligkeit Hertzbergs und die leichte Bestimmbarkeit Friedrich Wilhelms zu kennen meinte, so wandte er sich in einem eigenhändigen Briefe, 26. März, unmittelbar an die Großherzigkeit seines königlichen Gegners, versicherte seine Friedensliebe und bot zur Ausgleichung jedes Mißverständnisses als Freund dem Freunde die Hand. Ein solcher Ton war seit langen Jahrzehnten in Wien nicht mehr gegen Preußen angeschlagen worden, er machte aber in diesem Augenblicke auf den König geringen Eindruck. Ich erwarte, schrieb er an Hertzberg, nur heimtückische und unannehmbare Vorschläge. Insbesondere besorgte er den plötzlichen Friedensschluß Oesterreichs mit der Pforte und wollte deshalb ohne Zögern die Ratifikation seines türkischen Bündnisses vollziehen. Hertzberg mahnte aufs neue ab: denn mit diesem Schritte sei alles gesagt, der Krieg gegen beide Kaiserhöfe erklärt, jede weitere Verhandlung mit Leopold unmöglich. Er bat also den König, vor allem eine Aeußerung Englands abzuwarten. Diese langte denn am 12. April

in Berlin an und war in der That höchst geeignet, die kriegerischen Stimmungen des Königs erheblich zu dämpfen.

England legte hier in aller Form seine Verwahrung gegen die Losreißung Belgiens oder Galiziens von Oesterreich ein. Unter starker Mißbilligung des preußisch-türkischen Bundes zeigte es an, daß von ihm ein dringender Antrag auf allgemeinen Waffenstillstand in Wien eingebracht worden sei, um dann eine Friedensverhandlung auf der Grundlage des alten Besitzstandes zu eröffnen. Hertzberg, der sich über diesen Protest gegen kriegerische Politik von Herzen freute und bei einem Friedenskongreß immer noch wenigstens Danzig und Thorn für Preußen herauszuschlagen hoffte, legte jetzt am 13. April dem Könige die entscheidende Frage vor: soll Preußen, ohne sich an England zu kehren, Belgien anerkennen und im Bunde mit Schweden, Polen und Türken den Krieg gegen die Kaiserhöfe auf Abtretung Galiziens eröffnen? oder soll es auf Englands Standpunkt eintreten, den alten Besitzstand fordern und dabei nur noch begehren, daß bis zur Entscheidung Oesterreich die Belgier nicht bedränge? Der König war sehr verdrießlich. Sonst stand alles vortrefflich; die Gärung in Galizien und Ungarn wuchs mit jedem Tage; Oesterreich schien so gut wie völlig wehrlos zu werden. Und nun trat diese englische Friedensliebe dazwischen und fiel dem Könige in den siegessicheren Arm. Es war beleidigend, es war geradezu unerträglich. Allein fertig mit der eigenen Rüstung war man doch auch nicht, und endlich war es immer ein schwerer Entschluß, ohne Englands Hülfe sich in den großen Kampf zu stürzen. Genug, der König überwand sein verletztes Gefühl und erklärte sich ganz und gar für Hertzbergs zweite Frage.

Bei Leopolds eben ausgesprochener Gesinnung hätte dieser Beschluß, gemeinsam und rasch von den drei Mächten durchgeführt, den Frieden in wenigen Tagen sichergestellt. Ohne Krieg und Kriegskosten hätte Preußen den Ruhm gewonnen, den ersten Mächten Europas die ruhmreich gewonnene Beute wieder entrissen zu haben.

Aber zu einem so reinen und einfachen Verfahren ver-

mochte Hertzberg sich nicht zu zwingen. Sein großer Plan war nach Englands Widerspruch bereits auf die Erwerbung von zwei Städten eingeschrumpft, aber um so eigensinniger klammerte er sich an dieses geringfügige Begehren. Freilich, es ging einmal nicht anders, er mußte sich zu der Unterhandlung auf Grund des alten Besitzes herbeilassen: aber was konnte nicht alles mittlerweile geschehen, so daß sich im Laufe eben dieser Unterhandlung doch noch der kleine Profit erfassen ließe? Er sah nicht, wenn das niedrige Gleichnis erlaubt ist, daß er auf diese Art zwei Hasen auf einmal nachlaufe, folglich ganz sicher nichts erjagen würde. Auch der König widerstand nicht der Lockung des Erwerbes. Er antwortete also am 15. April dem österreichischen Monarchen unter herzlichen Versicherungen von Friedfertigkeit und Selbstlosigkeit, daß die Kaiserhöfe die ersehnte Lösung herbeiführen könnten, wenn sie entweder den englischen Vorschlag auf Herstellung des alten Besitzstandes annähmen, oder, was der König für noch besser hielte, wenn sie einer allgemeinen Beruhigung durch angemessene Austausche und Entschädigungen zustimmten. Unterdessen hatte Leopold das englische Begehren eines Waffenstillstandes seinem russischen Bundesgenossen zur Begutachtung übersandt und teilte dies dem preußischen Könige in einem zweiten eigenhändigen Briefe mit. Zugleich hatte er mit den Engländern die Frage des alten Besitzstandes in vorläufige Verhandlung genommen und auf seinen Wunsch, wenigstens einige kleine Grenzverbesserungen zu erhalten, von dem englischen Gesandten Keith die Antwort bekommen, daß seine Regierung dagegen nichts erinnere, genug, wenn ungefähr, im wesentlichen, der alte Besitzstand hergestellt würde. Dies war denn Wasser auf Hertzbergs Mühle. Wenn nun doch für Oesterreich kleine Gewinne auf türkische Kosten abfielen, so war ja die Bahn auch für Preußens Wünsche wieder eröffnet. Die Gesandten Oesterreichs und Englands in Berlin, Fürst Reuß und Ewart, äußerten sich nicht ungünstig, und so übergab ihnen der Minister am 10. Mai eine Note, worin er seine Pläne näher entwickelte. Es gäbe drei Wege

zum Frieden: zunächst der alte Besitzstand im schärfsten Sinne; es sei nicht zu verkennen, daß dieser eine starke Demütigung für die Kaiserhöfe in sich schließe. Sodann Abtretung Galiziens durch Leopold an Polen, wofür Oesterreich die Grenzen von Passarowitz, halb Serbien und die halbe Walachei, von den Türken empfinge. Endlich die Türkei träte an Leopold die kleine Walachei, an Rußland den Bezirk von Oczakow bis zum Dniester ab; dafür überließe Leopold den Polen das westliche Viertel Galiziens, Katharina den Schweden in Finnland die Nystädter Grenze, und schließlich empfinge Preußen von den Polen Danzig, Thorn und einen kleinen Landstrich an der Obra. Hertzberg empfahl dringend den zweiten dieser Wege, wollte sich aber auch mit dem dritten begnügen, der, wie er bemerkte, fast ganz mit dem englischen Vorschlag des ungefähren Besitzstandes zusammenfalle. Wie man sieht, erfüllte der große Plan wieder seine ganze Seele; viel oder wenig, aber irgend etwas mußte für Preußen herauskommen. Jetzt riet er seinerseits dem Könige zu kräftigen Rüstungen, um den Oesterreichern zu imponieren und damit ohne Blutvergießen zum Ziele zu gelangen. Friedrich Wilhelm bestätigte alles und legte seiner Antwort auf Leopolds letzten Brief Hertzbergs Note empfehlend bei.

Aber in diesem Augenblicke war, als wenn es mit der Kriegsnot in Osteuropa nicht genug gewesen, aus unbedeutenden Keimen eine neue Verwickelung emporgewachsen, welche, weithin den Westen umfassend, den Friedensstand der ganzen irdischen Welt zu bedrohen schien und damit Hertzbergs zugleich künstliche und schwankende Politik auf das stärkste erschütterte.

Zwischen England und Spanien stand seit einiger Zeit eine Fehde über einen Landstrich, der in unseren Tagen noch einmal ein Zankapfel zwischen Angloamerikanern und spanischen Mexikanern geworden ist, über den Nootkasund in Kalifornien. Die Spanier, die hier ihre Landeshoheit noch auf die päpstliche Verleihung des sechzehnten Jahrhunderts stützten, wollten die Niederlassungen nicht dulden, welche keck englische

Kaufleute in jener Gegend, damals um des Pelzhandels willen, gegründet hatten. Sie griffen endlich in brutaler Weise mit den Waffen durch; darauf entbrannte aber in England ein lebhafter Zorn, kriegerischer Lärm erfüllte das Kabinett, das Parlament, die ganze Nation, und Spanien mahnte in seiner Besorgnis nach dem bourbonischen Familienpakte von 1761 die französische Regierung zu bundesfreundlicher Hülfe auf. Es war natürlich, daß bei der unendlichen Aufregung der französischen Nation eine solche Aussicht alle Parteien in die lebhafteste Bewegung setzte.

Schon im Laufe des Winters war es wohl in Paris zur Sprache gekommen, ob ein auswärtiger Krieg nicht ein brauchbares Mittel sein würde, die Leidenschaften abzulenken und der Regierung militärische Kräfte zur Verfügung zu stellen. Wir bemerkten, wie lebhaft die Freunde Oesterreichs in entsprechender Weise für eine Schilderhebung gegen England und Preußen wirkten, wie mannigfaltige Unterstützung Graf Mercy, der österreichische Gesandte, für seine Hülfegesuche fand. Lafayette war gar nicht abgeneigt, sich auf diese Wege einzulassen. England haßte er von Grund seiner Seele, wir sind schon früher seinen antienglischen Umtrieben in Irland und Holland begegnet; auch jetzt wiegte er sich in dem Gedanken, den Demokraten dieser Länder zu Hülfe zu kommen, den von England und Preußen begünstigten Prinzen von Oranien zu stürzen, als Befreier in Amsterdam und als Triumphator in Paris einzuziehen. Er träumt nichts, schrieb im Januar der amerikanische Gesandte, als den Statthalter von Holland in einen Sumpf zu jagen. Was hätte sich Oesterreich Lieberes ersinnen können als eine solche Diversion, welche England vom Oriente völlig abgezogen hätte. Allein hier so wenig als sonst wo kam Lafayette zu einem ganzen Entschlusse. Wenn Frankreich gegen die Seemächte Krieg erhob, so beförderte es damit freilich Oesterreichs Interesse, schnitt aber der belgischen Revolution ihre saftigsten Wurzeln ab. In Brüssel aber hatte Lafayette nicht minder als in Amsterdam seine demokratischen Freunde, und mehrere seiner Sendlinge waren

mit den belgischen Ständen in eifriger Unterhandlung begriffen. Widerwärtig war ihm dort allerdings der Umstand, daß die Revolution wesentlich in den Händen der Geistlichen, der Edelleute und der Zünfte blieb und durchaus nicht menschenrechtlich werden wollte: immer aber war es eine Revolution, und ihm, dem Helden der amerikanischen und französischen Freiheit, schien die Unterdrückung der belgischen unerträglich. So that er alles, um eine sehr kleine Partei, die sich zu den französischen Grundsätzen bekannte, in Brüssel zur Herrschaft zu bringen, und bot dafür als Preis, während er die Vernichtung Oraniens, des eifrigsten belgischen Alliierten, im Sinne hatte, ein kräftiges Einschreiten Frankreichs zu Gunsten der belgischen Selbständigkeit. Zuletzt blieb er bei dem Plane stehen, Oesterreich solle die Herrschaft in Belgien wiedererhalten, dafür aber die Menschenrechte und die französische Freiheit in den Provinzen einführen: ein Programm, welches allerdings die Widersprüche vereinigte, dafür aber auch alle Interessenten, Oesterreich, die belgischen Stände und die Brüsseler Demokraten, gegen sich hatte [1]). Hierzu kam die ungünstige Lage im Inneren Frankreichs selbst. Man hatte weder Geld noch brauchbare Truppen und fürchtete vor allem, den vorhandenen Unruhen eine neue hinzuzufügen. Genug, trotz der Kriegsgelüste Lafayettes blieb den Winter hindurch der Frieden ungestört.

Nun aber langten im Frühling jene spanischen Nachrichten an. Das Ministerium, obwohl sehr zweifelhaft über die Folgen, konnte nicht mehr allein durch seinen Willen den Frieden erhalten und mußte wohl nach dem Buchstaben der Verträge auf Rüstungen bedacht sein. Bei Lafayette und dessen Freunden tauchten alle Entwürfe wieder auf: um sich der Nationalversammlung zu versichern, versammelten sie aus der großen Partei der Linken alle ihnen sicheren Leute zu einem Festmahle, aus dessen Trinksprüchen und Ver-

[1]) Hierüber niemand ausführlicher als Lafayette selbst in den Memoiren.

handlungen ein bleibender Verein, der sogenannte Klub von 1789, und im Reichstage ein abgesondertes linkes Centrum hervorging. Das Losungswort hieß fürs erste Unterstützung des Ministeriums zum Kriege gegen England.

Die bloße Möglichkeit eines solchen Krieges enthielt eine Stärkung für Leopolds Politik. Statt des Rückhalts, welchen bisher England einem preußischen Kampfe zu Gunsten der Türkei geboten, mußte jetzt umgekehrt England die Unterstützung Preußens bei einem Bruche mit den Bourbonen in Anspruch nehmen. Oesterreich fand sich in seinen Sorgen wesentlich erleichtert, und Preußen mußte es auf der Stelle empfinden. Der englische Gesandte Sir Robert Keith berichtete am 11. Mai seiner Regierung ein Gespräch mit dem König von Ungarn, worin dieser sonst zwar auf seinem früheren Standpunkte, Waffenruhe und ungefährem Besitzstand, beharrte, in Bezug auf Preußens Wünsche aber sich dahin aussprach, daß er ihm Danzig und Thorn von Herzen gönne, nur dürfe diese Erwerbung nicht auf Oesterreichs Kosten geschehen und folglich von einer Abtretung Galiziens gar keine Rede sein. Als Sir Robert auf die bedenklichen Folgen einer solchen Haltung hinwies, steigerte Leopold seinen Ton. Sollte Preußen, sagte er, ihm deshalb den Krieg erklären und dann Belgiens Unabhängigkeit anerkennen, so würde er, wenngleich mit tiefem Bedauern, Frankreich einen ansehnlichen Teil der Provinzen anbieten, um dessen Beistand für Wiedereroberung des Restes zu gewinnen. Es bedarf keiner Erörterung weiter, wie schwer diese Aeußerungen damals bei dem Londoner Kabinett in das Gewicht fielen, wie sie mit voller Kraft zu möglichstem Entgegenkommen antrieben, um so gefährliche Schritte der Verzweiflung abzuwenden. Leopold hielt sich demnach überzeugt, daß er auf der Grundlage des ungefähren Besitzstandes hinreichende Aussicht zu einer stattlichen Grenzerweiterung behalten würde. So übersandte er am 25. Mai dem Könige von Preußen eine vorläufige Kritik der Note vom 10., worin er die beiden Tauschpläne Hertzbergs, den weiteren und den engeren, ablehnte und sich

im Grundsatz für die Herstellung des alten Besitzstandes erklärte.

Indessen verwickelte sich die Lage der Pariser Angelegenheiten in einer sehr unerwarteten Weise. Die Gründung des Klubs von 1789 gab bei den Jakobinern Alarm. Deren damalige Häupter, Barnave, die Brüder Lameth, Duport, unterschieden sich zwar von Lafayette nur sehr wenig in ihren politischen Tendenzen. Aber es trennte sie ein nicht minder wirksames Moment: er besaß die Macht der Regierung, und sie wünschten sie zu haben. So waren sie Widersacher allerorten, und auch in der Kriegsfrage beschlossen die Jakobiner, dem General entschieden in den Weg zu treten.

Es ergab sich hieraus die sonderbarste Parteistellung. Montmorin und Lafayette, die Vertreter der bestehenden Regierung, wünschten Krieg: die Jakobiner, das Organ der immer fortschreitenden Revolution, kämpften für Frieden. Beide waren der Meinung, der Krieg würde die Gewalt des Königtums stärken, und beide arbeiteten damit ihren Parteiinteressen diametral entgegen. In Wahrheit gab es für den König keine größere Gefahr und für die Jakobiner keine glänzendere Aussicht als Krieg. Der Krieg kann zwar niemals die bürgerliche Freiheit befördern, deshalb gefährdet er aber nicht das Interesse der Jakobiner, die nicht auf Freiheit der Bürger, sondern auf Herrschaft der Demagogie ausgehen. Dieser thut der Krieg unter allen Umständen Vorschub, indem er das Land mit Gefahren umgiebt und mit Leidenschaften erfüllt. Er wird bei vollem Verlaufe immer eine Diktatur erschaffen, weil er immer der Diktatur bedarf. Aber er hat keinen Grund, diese Gewalt in die Hand der Legalität zu legen, er schenkt sie dem Verwegensten und dem Stärksten. Wie Karl I. hat er Ludwig XVI. auf das Schafott und Cromwell, Robespierre und Bonaparte zu despotischer Allgewalt geführt. Damals aber hatte Robespierre keine Ahnung einer solchen Möglichkeit; er und seine Freunde beeiferten sich wider Willen, die Regierung Ludwigs XVI. von ihrem Verderben zurückzuhalten.

Am 14. Mai empfing die Nationalversammlung eine Botschaft des Ministeriums, welches wegen der kalifornischen Wirren Geld zu vorbereitenden Rüstungen begehrte. Lafayettes Einfluß war stark genug, um eine eifrige Willfährigkeit auf der Stelle an den Tag zu bringen. Abends aber erscholl die Tribüne und die Presse der Jakobiner von Unwillen und Besorgnis wieder. Man verkündete die Absicht der Regierung, durch den Krieg den Bankerott herbeizuführen und die Konstitution zu stürzen. Man sah die Umtriebe eines österreichischen Geheimbundes in den Tuilerien vor Augen. Man erklärte, daß es nur ein Mittel gegen diese Gefahr gäbe, ein Dekret nämlich, welches das Recht über Krieg und Frieden dem Könige entziehe und allein der Nationalversammlung beilege. Hierauf stellte am folgenden Morgen Lameth seinen Antrag. Er schien ihm die bündigste Folgerung aus den anerkannten Grundsätzen. Die Nationalvertretung spricht den Willen der Nation aus, die ausübende Gewalt vollzieht ihn. Jene hat also zu erklären, ob die Nation Krieg will, diese hat die Kriegserklärung wie jedes andere Gesetz zu vollstrecken. Der Boden des Treffens war geschickt gewählt, man war hier der großen Masse der Abgeordneten sicher, die immer noch ehrlich für die Theorie der Menschenrechte schwärmten und immer noch bei einer Schwächung der Krone eine weise That zu vollbringen glaubten. Sodann griff auch an dieser Stellung die Thätigkeit des preußischen Gesandten Goltz äußerst wirksam ein. In Berlin war begreiflicherweise die Beklemmung groß bei der erneuerten Gefahr eines französischen Krieges, und wie man einst bei dem ersten Herandrohen der Quadrupelallianz den Sturm der Bastille mit Jubel begrüßt hatte, so empfand man jetzt keinen lebhafteren Wunsch, als daß die demokratische Partei dem Könige und damit der Königin das Recht der Kriegserklärung entreißen möge. Graf Goltz stand seit langem mit einem Abgeordneten der äußersten Linken, Pétion, in stiller Verbindung; er lieferte ihm jetzt Materialien aller Art zum Erweise, wie tief das Zusammengehen mit Oesterreich die französischen Interessen

geschädigt habe, und gewann ihn vollständig für Lameths Antrag, welcher dieses Uebel in der Wurzel auszurotten bestimmt war. Ueberhaupt entzündete die Frage die Versammlung in solchem Grade, daß mehrere Tage lang das Geldersuchen des Ministers vergessen blieb.

Hier entwickelten denn die Jakobiner ihre ganze Abneigung gegen den Krieg. Im Frieden, rief Aiguillon, ist die Freiheit unüberwindlich, im Kriege werden die Intriguen wirken, ein siegreicher König wäre die größte Gefahr für die Freiheit. Hier nahm auch Robespierre seine Stellung. Der Krieg, sagte er, ist ein Mittel, die Willkür gegen das Volk zu verteidigen: nehmt euch das Recht über Krieg und Frieden, und der Krieg wird unmöglich sein; glaubt ihr aber den Ministern auf das Wort, so werdet ihr zugleich den Krieg und die Knechtschaft erklären. Dazwischen regnete es geschichtliche Erinnerungen an die frivolen Kriege gekrönter Eroberer, giftige Hindeutungen auf die angeblichen Intriguen zwischen der eigenen und den fremden Regierungen. Es ist sehr wohl möglich, sagte Lameth, daß Grund zum Kriege vorhanden ist, es ist sehr möglich, daß die Höfe ganz einträchtig einen Krieg untereinander verabredet haben; denn es handelt sich hier um die Sache aller Könige gegen die Völker.

Die Wirkung war groß in der Versammlung, den Zuhörertribünen, den Straßendebatten. Weder Lafayette, der das Pfeifen des Publikums mehr als das Pfeifen der Kugeln fürchtete, noch seine Freunde wagten sich gegen den Strom zu stemmen. Alle Kriegsgedanken waren aufgegeben. Der einzige Custine redete noch von Englands Herrschsucht, gegen welche das französische Volk seine ganze Kraft aufbieten müsse, sonst begnügte man sich allein mit der Verteidigung des konstitutionellen Punktes. Hier wäre nun die Krone, wenn sie außer der Rechten nur bei Lafayette hätte Schutz und Stütze suchen müssen, wahrscheinlich übel genug gefahren. Allein eine ganz andere Kraft trat für sie in die Schlachtlinie ein, um durch eine ebenso unvermutete als gewaltige Diversion den Jakobinern auf ihrem eigenen Boden den Sieg zu entreißen.

Mirabeau war seit dem 7. November in der Versammlung fast unthätig gewesen. Ohne einem Grundsatze etwas zu vergeben, hielt er seine Gunst bei dem Pariser Volke lebendig, indem er dann und wann der rechten Seite eines seiner zermalmenden Schlagwörter entgegenwarf. Die Minister zu schonen, hatte er vollends keinen Anlaß; kurz, er schien wieder völlig der alte Revolutionär. Im stillen suchte er bald mit dem Grafen von Provence, bald mit Lafayette von neuem anzuknüpfen, ohne jedoch einen Erfolg zu erzielen. Endlich kam ihm im März eine unerwartete Hülfe entgegen. Der österreichische Gesandte, Graf Mercy, ein Mann von durchgreifenden Kenntnissen und festem Charakter, seit langer Zeit ein persönlicher Freund der Königin und durch den Grafen La Marck von Mirabeaus wahrer Disposition unterrichtet, entschied Marie Antoinette, sich einer so bedeutenden Unterstützung nicht länger zu entziehen. Die Königin hatte längst gewünscht, mit den wichtigsten Führern der Nationalversammlung einen Versuch unmittelbarer Verständigung zu machen, aber bei jeder Erwähnung Mirabeaus, den sie für den Urheber des Mordversuchs am 6. Oktober hielt, sich mit Schauder abgewandt. Als sie jetzt durch La Marck über diesen Punkt beruhigt worden, wurde nach mehrfachen Erwägungen ein vorläufiges Abkommen erreicht. Der König bezahlte Mirabeaus Schulden (200 000 Livres) und gab ihm eine monatliche Rente von 1000 Thalern; dafür erteilte Mirabeau dem Hofe seine Ratschläge und versprach, in der Nationalversammlung die Interessen des Thrones zu vertreten. Ausdrücklich kam man überein, daß es sich nicht um die Herstellung des alten Staates handele: der König selbst in seiner passiven Weise hatte gar keine Sehnsucht nach unbedingter Machtvollkommenheit und keine Ansicht über irgend eine Frage der Verfassungspolitik. Wenn er die Sicherheit des Daseins gewonnen hätte, so gingen seine Wünsche für die Befugnisse seines Herrscherwillens kaum so weit als Mirabeaus alte Ueberzeugung von der Notwendigkeit einer kräftigen Regierung in Frankreich. Hier also, über das Ziel, war wenig Schwierigkeit. Desto übler

aber war es mit den Mitteln beschaffen. An sich war jetzt im Mai jeder Versuch einer monarchischen Restauration hundertfach schwieriger als im November. Jedenfalls gehörte dazu unbedingte Einheit und Konsequenz des Handelns, unbedingte Vollmacht für den Lenker, unbedingte Thätigkeit nach allen Seiten. Wenn Mirabeau nicht selbst Minister werden konnte, so war die erste Aufgabe, ihm ein gründlich ergebenes oder völlig unterwürfiges Ministerium zu bilden. Wenn er selbst in seinem unaufhörlichen Schaffen nicht selten den Weg wechselte und darüber Zeit verlor, so wäre der einzige Beruf des Königs gewesen, ihn bei dem einmal Begonnenen festzuhalten und dessen Vollendung zu beschleunigen. Aber von dem allem geschah das Gegenteil. Der Hof konnte sich nicht zu vollem Vertrauen entschließen. Der König vermochte sich weder von seinen bisherigen Ministern zu trennen noch diese seinem Willen zu unterwerfen. Die Königin nahm Rat von Mirabeau, aber ebenso von vielen anderen höchst verschiedenen Menschen und nahm überhaupt nur mit innerem Zwange an den sie langweilenden Staatsgeschäften teil. Mirabeau, nicht gesonnen, sich auf so nutzlose Art verbrauchen zu lassen, fuhr dann wohl von der Tribüne mit einem Ungewitter dazwischen, dessen Blitze schärfer trafen als alles Gepolter der Jakobiner, die Lage nicht verbesserten, die Stimmung des Hofes aber reizten und erbitterten. Wie viel Frucht ein so beschaffenes Bündnis tragen könnte, mußte von Anfang an höchst zweifelhaft erscheinen.

Damals aber, als das Recht über Krieg und Frieden verhandelt wurde, war er noch im frischen Bewußtsein der zwei Tage vorher eröffneten Aussichten. Er sah wohl, daß die einfache Behauptung der Rechten, der König sei allein der Herr über den Krieg, in der Versammlung nicht mehr zu halten war: er hatte an sich aber auch keine Neigung, seine Kräfte dafür in die Schanze zu schlagen. Die Phrasen über die Herrschsucht der Könige, welche in dynastischen Fehden das Blut des Volkes vergeudeten, bestimmten ihn natürlich nicht, die Entscheidung in die Hand einer Kammer

zu legen, die ebenso viel Herrschsucht und eigennützige Zwecke und selten so viel Sachkenntnis wie die Exekutivgewalt zu der Frage mitbrachte. Allein einen gleich durchgreifenden Einfluß, wie ihn etwa das englische Parlament besaß, wollte er auch dem französischen Reichstage sichern, und wenn dort das Herkommen jeden Paragraphen eines Gesetzes überflüssig machte, so galt es hier, durch ein bestimmtes Gesetz das Herkommen für die Zukunft erst festzustellen. Vollends der vorliegende Fall schien ihm ganz geeignet, die Mißlichkeit allein einer ministeriellen Entscheidung darzuthun. Wenn Lafayette im Augenblicke zwar von allen Kriegsgedanken hinweggeschreckt war, so erschien die Zukunft deshalb vor seinem Ehrgeiz nicht besser gesichert. Ein auswärtiger Krieg aber dünkte Mirabeau — und hier zeigte sich sein Scharfblick ebensosehr dem Lafayettes als der Jakobiner überlegen — als das größte Unheil, was die französische Regierung in ihrer damaligen Lage betreffen konnte. Er wollte Frieden wie die Jakobiner, gerade um die Jakobiner zu entwaffnen.

Hiernach war seine Aufgabe gegeben. Er forderte vor allem die Bewilligung der Subsidien, da eine verteidigende Rüstung unter allen Umständen unerläßlich war. Er entwickelte dann die Unmöglichkeit, den König, den Leiter der auswärtigen Beziehungen und der militärischen Aktionen, von der Erklärung des Krieges auszuschließen, und betonte den entscheidenden Einfluß, welchen die Volksvertretung durch die Bewilligung der Geldmittel und die Verantwortlichkeit der Minister auch dann auf Krieg und Frieden haben würde. Wie gewaltig er sprach, noch lauter und dröhnender tobte ihm der Zorn der Linken und die Aufregung der Massen entgegen. In den Straßen rief man ein Flugblatt aus: die große Verräterei des Grafen Mirabeau; vor den Thüren des Saales wogten in atemloser Spannung die Volksmassen, Lameth hochpreisend, Mirabeau verfluchend, durch eine Menge drohender Gerüchte in Angst und Grimm hineingehetzt. In der Versammlung redete Pétion nach den Anweisungen seines preußischen Freundes mit größter Wirkung; vor allen aber war es der junge und

talentvolle Barnave, der in glänzender Weise die jakobinische Auffassung verfocht. Indem er die Unzulänglichkeit der von Mirabeau empfohlenen Garantien gegen eine regellose Kriegslust des Monarchen und die furchtbare Bedeutung jedes Krieges für Wohlstand und Freiheit des Landes erörterte, faßte er seine Stellung in dem staatsrechtlichen Satze zusammen, daß die Erklärung einer solchen Katastrophe notwendig ein Willensakt der Nation sei und dieser nur durch das Organ des Nationalwillens, die gesetzgebende Gewalt, vollzogen werden könne. Der Eindruck seiner Rede war mächtig im Saale, auf den Galerien, durch ganz Paris hindurch. Aber am folgenden Tage griff ihn Mirabeau unmittelbar in dem Kernpunkte seiner Ausführung zerschmetternd an. Er begann mit dem unleugbaren Worte, daß allerdings eine Kriegserklärung wie ein Gesetz ein Ausdruck des Nationalwillens, der König aber kraft seiner zu jedem Gesetze nötigen Sanktion Teilhaber der gesetzgebenden Gewalt sei. Dann in pressender, festgeschlossener, leidenschaftlich vordrängender Entwickelung überwältigte er alle Zweifel, warf alle Einwendungen zusammen und riß, unwiderstehlich durch überlegene Sachkunde, praktische Klarheit und die Macht seines persönlichen Auftretens, eine große Mehrheit zu dem Beschlusse fort, daß die Subsidien zu bewilligen, daß aber Krieg und Frieden zwar von der Nationalversammlung, jedoch nur nach einem ausdrücklichen und unumgänglichen Antrage des Königs und unter dessen Sanktion, zu beschließen sei.

Hiermit war nach der unzweifelhaften Stimmung der Nationalversammlung entschieden, daß Frankreich keinen Angriffskrieg gegen England und dessen Verbündete führen würde. Zwar schleppte sich zwischen Spanien und England noch eine lange widerwillige Verhandlung bis zum Oktober hin, ehe der abschließende Sühnevertrag gezeichnet war: thatsächlich aber war sofort mit Frankreichs Entschluß auch hier der Frieden entschieden; wenn Frankreich uns unterstützte, sagte der spanische Minister zum englischen Gesandten, so würde ich aushalten, vereinzelt aber sind wir zu schwach

und müssen uns fügen. So war binnen einem Jahre zum zweiten Male Preußen durch die demokratischen Kräfte der Revolution von einem beängstigenden Drucke entlastet und setzte sich mit erfrischtem Mute in Bewegung, um die letzten Reste des großen Tauschplanes in Sicherheit zu bringen. Alles kam nur darauf an, wie Leopold jene Weigerung jeder galizischen Einbuße gemeint hatte. War es Prinzip und Ehrensache, Oesterreichs Besitzstand voll zu halten, so war allerdings die Aussicht auf gutes Einvernehmen gering. Besser stellte es sich, wenn Leopolds Sträuben nur die Folge eines Rechenexempels war, einer Besorgnis, an der polnischen Grenze mehr zu verlieren, als an der türkischen zu gewinnen. Dann ließ sich ziemlich ruhig über den Handel reden. Immer meinte als geschickter Kaufmann Graf Hertzberg gerade in dieser Konjunktur sehr energisch auftreten zu müssen. Auf seinen Antrag geschah es, daß jetzt ein Heeresteil von 30 000 Mann an die ostpreußische Grenze gegen Rußland vorgeschoben, in Schlesien aber eine achtunggebietende Armee versammelt wurde, in deren Hauptquartier der König selbst abging. Wiederholt wurde Jacobi beauftragt, in Wien keinen Zweifel an Preußens kriegerischer Entschlossenheit aufkommen zu lassen, wenn Leopold nicht umgehend die Forderungen bewillige. Die Mobilmachung kostete schwere Millionen, Hertzberg aber hoffte eben damit die Kosten eines wirklichen Krieges sicher zu ersparen. Denn daß man einen solchen wegen zweier Städte nicht führen könne, ohne sich bei Leopolds friedlicher Haltung dem Tadel von ganz Europa auszusetzen, darüber war er mit seinem Kollegen, dem Grafen Finkenstein, mit dem ersten der preußischen Generale, dem Herzog von Braunschweig, sowie mit den Gesandten der Seemächte vollkommen einverstanden.

Die erste Wirkung dieses Verhaltens war ganz nach Hertzbergs Sinne. In Wien mahnten die Seemächte zum Eintreten auf Hertzbergs Wünsche, welche mit Leopolds ungefährem Besitzstande ganz und gar auf demselben Boden ständen, und Leopold entschloß sich denn nach der schlimmen

Wendung in Frankreich zu einem weiteren Schritte, indem er außer dem Fürsten Reuß seinen eigentlichen Vertrauensmann, den Staatsreferendar Spielmann, zur Unterhandlung nach Schlesien absandte. Andererseits bemerkte Hertzberg mit Sorge, daß der König, der ihm Reichenbach als Station angewiesen, selbst aber in der Mitte seiner Truppen Quartier genommen hatte, dort sich immer mehr mit soldatischem Feuer erfüllte, immer ungeduldiger auf rasche Entscheidung drängte. Ich kann, schrieb der Monarch am 14. Juni, meine Armee hier nicht der Dersertion und den Krankheiten aussetzen; es wäre lächerlich, an der Spitze solcher Streitkräfte leere Komplimente auszutauschen, spätestens in drei Wochen muß alles beendigt sein. Seine Erregung wurde noch gesteigert durch eine Depesche Jacobis in Wien, die eine plötzliche Störung in Leopolds Friedensliebe vermuten ließ. Es war bekannt genug, daß Kaunitz unaufhörlich zu kriegerischer Politik ermahnte, bisher aber durch Leopold darin sehr ausdrücklich verleugnet worden war. Um so mehr war man erstaunt, daß mit einem Male auch derjenige der österreichischen Minister, den Leopold stets als das Organ seiner persönlichen Ansichten bezeichnete, Graf Philipp Cobenzl, in der heftigsten Weise gegen Jacobi galizische Abtretungen und preußische Erwerbungen zurückwies. Jacobi sprach demnach auf das bestimmteste die Ueberzeugung aus, es werde keine Kunst der Diplomaten, sondern nur der Donner der preußischen Geschütze den Eigensinn der Hofburg brechen. Ganz in demselben Sinne redete fort und fort auch Lucchesinis Korrespondenz aus Warschau. Die Polen bleiben äußerst mißtrauisch gegen uns; entweder müssen wir ihnen die Städte mit Waffengewalt abnehmen, wenn wir ihnen nicht ganz Galizien schaffen; oder wir müssen Waffengewalt gegen Leopold anwenden, wenn wir ganz Galizien erlangen wollen; wir haben also keine Wahl als entschlossenen Krieg oder Verzicht auf jeden Erwerb, und es ist Thorheit, wenn wir mit diplomatischen Finten das geringste auszurichten hoffen: dies waren die Sätze, mit welchen Lucchesini Ende Mai und Anfang Juni das Blut des Königs in Wallung

brachte. Die Polen, schrieb dieser an Hertzberg, 17. Juni, sind Elende, verdienen nicht, was ich für sie thun wollte; ihre Undankbarkeit macht sie mir verächtlich. Um so entschiedener wies er den Minister an, gegen Oesterreich stets die Sprache zu führen, die man an der Spitze einer respektablen Armee reden muß. Hertzberg selbst war jetzt der Meinung, den türkischen Vertrag zu bestätigen, da die Hoffnung auf Erhaltung des Friedens so tief gesunken sei.

Kaum aber war es geschehen, so schien noch einmal der Horizont sich aufzuklären. Es meldete sich ein polnischer Agent, Graf Morski, und versicherte im Namen der Warschauer Parteiführer, sie würden die Abtretung der beiden Städte durchsetzen, wenn Polen dafür auch nur ein mäßiges Stück von Galizien erhielte. Es kam dann weitere Kunde aus Wien, daß Cobenzls Poltern nicht so ernsthaft gemeint gewesen; Leopold habe ihm letzthin bemerklich gemacht, daß er bisher doch etwas zu fügsam aufgetreten; da sei er denn in das entgegengesetzte Extrem verfallen. Die Hauptsache war, daß am 26. Juni Spielmann und Reuß in Reichenbach endlich eintrafen und der letztere gleich nach der Ankunft dem Grafen Hertzberg vertraulich zuflüsterte, alles stehe gut, und Spielmann werde nach vielen Worten auf billige Bedingungen abschließen. Da war denn Hertzberg, trotz der eben abgegangenen Ratifikation des türkischen Vertrages, wieder im vollen Fahrwasser seines Tauschplanes. Auch der König beruhigte sich, genehmigte die Eröffnung der Konferenzen, erlaubte auch die ihm anfangs unerwünschte Teilnahme der englischen und holländischen Gesandten und schärfte nur seinem Minister nochmals auf das nachdrücklichste ein, daß Oesterreich ein hinreichend großes Stück von Galizien abtreten müsse.

So fanden denn am 26., 27. und 29. Juni die Konferenzen statt. Hertzberg, in seiner Selbstsicherheit, Lehrhaftigkeit und Beredsamkeit, war niemals ein bequemer Unterhändler; jetzt, den drängenden und ruhmesdurstigen König hinter sich, trat er den Oesterreichern doppelt gebieterisch und durchfahrend entgegen, so daß Spielmann nicht

Worte genug fand, um seinem Hofe die Martern dieser Unterhandlung in der Reichenbacher Hölle zu beschreiben. Hinter all den groben Wortgefechten aber machte sich bald genug beiderseitige Bereitwilligkeit zur Uebereinkunft geltend. Man besprach Oesterreichs Verhältnis zu Rußland, die belgische Frage, vor allem aber den für Preußen entscheidenden Punkt, die türkischen und galizischen Abtretungen. Hertzberg hatte die Genugthuung, daß hier die Gegner ohne Widerspruch auf den Grundsatz eingingen, nach welchem Oesterreich für türkische Grenzstriche ein Stück Galiziens an Polen und Polen für dieses die beiden Städte an Preußen überlassen solle. Man stritt nur noch über ein Mehr oder Weniger; nicht eigentlich feindlich, sondern feilschend stand man sich gegenüber. Endlich erklärten die Oesterreicher sich bereit, Hertzbergs Forderungen zwar nicht selbst zu genehmigen, wozu sie keine Vollmacht hätten, wohl aber sie zum Bericht zu nehmen und der Entscheidung ihres Hofes zu unterbreiten. Spielmann erörterte in seinem Schreiben an den Minister Cobenzl, daß nach allem Verdrusse das Ergebnis gar nicht so übel ausgefallen sei; denn in Wahrheit seien die türkischen Bezirke, welche Hertzberg ihnen anbiete, von viel größerem Werte als die galizischen, deren Abtretung er von Oesterreich fordere, wozu dann noch komme, daß Preußen durch dieses Benehmen in Konstantinopel für alle Zeiten jeden Einfluß verlieren werde. In Wien erwog man die Sache vom 2. bis zum 7. Juli; dann meldete Kaunitz den beiden Bevollmächtigten, daß sie noch einmal einige kleine Verbesserungen anstreben, nötigenfalls aber ohne weiteres auf die Forderungen Hertzbergs abschließen sollten. Diese Depesche langte in Reichenbach am 12. Juli an; der preußische Minister war mithin im Begriffe, die bescheidene Frucht seiner langjährigen Mühen zu ernten.

Aber gleichzeitig war in dem königlichen Hauptquartier zu Schönwalde ein neuer Umschlag erfolgt, der geradezu alles wieder in Frage, alles auf die Spitze des Schwertes stellte. Wie es dazu gekommen, zeigt ein Bericht Hertzbergs an den König vom 6. Juli. Jacobi und Lucchesini, schrieb

der Minister, sind der Ansicht, das einzig Verständige sei rascher Krieg gegen das tief zerrüttete Oesterreich, welches durch die hiesige Verhandlung Zwietracht zwischen Ew. Majestät und den Türken auszusäen hoffe, während die Polen, selbst wenn sie ein Stück von Galizien erlangten, dennoch Danzig und Thorn uns freiwillig nicht abtreten würden. Hertzberg räumte die Möglichkeit dieser Auffassung ein, hielt aber seine Ansicht dennoch aufrecht und gab anheim, den Marquis Lucchesini nach Reichenbach zu berufen, damit er nach der Unterzeichnung des österreichischen Vertrags mit desto größerer Kenntnis der Lage in Polen für die Abtretung der Städte wirken könne. Da wurde er noch am Abend durch ein Kabinettsschreiben überrascht, der König werde nach dem Eintreffen des Wiener Bescheides seinen Entschluß fassen, erwarte übrigens Lucchesinis Ankunft jeden Augenblick. Ohne Vorwissen also des Ministers hatte er bereits vor acht Tagen den kriegslustigen Gesandten in sein Hauptquartier geladen. Wir wissen, wie der König schon mehrmals für dessen Meinung empfänglich gewesen, und in der That brachte sein Erscheinen die Entscheidung. Am 11. Juli, also einen Tag noch vor dem Eintreffen des Wiener Kuriers, überbrachte er Hertzberg einen acht Seiten langen Brief des Königs [1]), worin dieser erklärte, er sei der langen, hinterhaltigen Verhandlung müde; die Polen und Türken wollten von Gebietsaustausch nichts wissen; Hertzberg solle den geraden und sicheren Weg beschreiten und in der nächsten Konferenz den genauen alten Besitzstand und dazu preußische Garantie nicht bloß für die belgische, sondern auch für die ungarische Verfassung fordern, vorausgesetzt, daß die Ungarn selbst, wie es angemeldet sei, ein solches Begehren stellten. Plötzlicher und vollständiger, wie es hier geschah, konnte ein Systemwechsel nicht vollzogen werden. In dem Augenblicke, wo Hertzberg die Feder zur

---

[1]) Gedruckt bei Ranke, Werke 32, 550, doch ist hier durch einen Irrtum des Kopisten die zweite Hälfte des Briefes als besonderes Schreiben vorangestellt.

Unterzeichnung zum Frieden ansetzte, empfing er den Befehl, alle Brücken abzuwerfen.

Denn ohne Zweifel, diese Weisung zielte auf den Krieg. Ein so willkürliches Herumwerfen der ganzen Unterhandlung im letzten Augenblicke, ein solches Zerreißen der Bedingungen, die man selbst vor wenigen Tagen dem Gegner drohend abgepreßt hatte, konnte nicht anders als Oesterreich auf das tiefste erbittern. Vollends die geforderte Garantie der ungarischen Verfassung, ein Begehren, wie es sonst nur zwischen Rußland und Polen vorkam, mußte gerades Weges zum Bruche führen. Nun zog der König zwar auf Hertzbergs dringende Vorstellung diesen Antrag zurück; als aber Hertzberg am 13. Juli berichtete, daß nach einem eben gehabten Gespräche mit Spielmann der alte Besitzstand im strengen Sinne nicht ohne Krieg zu erlangen, und daß bei einem solchen Krieg von England, welches den Oesterreichern längst den ungefähren Besitzstand eingeräumt, keine Hülfe zu erwarten wäre, als er die Bitte hinzufügte, morgen selbst nach Schönwalde kommen zu dürfen: da antwortete ihm der König, wohl thue Kaunitz das Mögliche in ränkevoller Politik, aber es werde alles zu Wasser werden durch das jetzt und unabänderlich ergriffene feste Verfahren. Ihr seid mir morgen willkommen, schrieb er; da wollen wir zusammen die Maßregeln ergreifen, um den gordischen Knoten des Fürsten Kaunitz zu durchhauen. Die Aussicht auf den Krieg, mit der ihn Hertzberg abzuschrecken meinte, war es eben, die ihn in erhöhtem Maße anfeuerte.

Am 14. Juli erschien Hertzberg im Hauptquartier. Er fand den König, Lucchesini, den Herzog von Braunschweig und andere Generale. Braunschweig verhielt sich passiv, die übrigen alle stimmten laut und heftig für den Besitzstand vor dem Kriege im strengsten Sinne des Wortes. Hertzberg entwickelte wiederum, die Karte in der Hand, die Vorteile des Tauschplans, machte sich stark, die kleinen von Kaunitz noch begehrten Zugeständnisse abzuweisen, erinnerte an Rußlands kriegdrohende Hartnäckigkeit: es war alles vergebens. Der König blieb bei seinem Gebot; da Oesterreich die früheren

Anträge nicht einfach angenommen, solle Hertzberg morgen erklären, daß man auf den strengen Besitzstand, den status quo stricte, zurückkomme, wie ihn Leopold früher selbst angeboten habe; er solle ferner die unbedingte Annahme desselben bis zum 26. Juli begehren; sonst würde die preußische Gesandtschaft Wien verlassen und das Heer am 28. die Grenze überschreiten. Der König bemerkte, daß Hertzberg von der Richtigkeit dieses rauhen Verfahrens nicht überzeugt war, und sprach den Wunsch aus, daß Lucchesini an der Konferenz teilnähme: dies aber verweigerte Hertzberg mit höchster Entschlossenheit. Der König bestand darauf nicht weiter und begnügte sich, dem Minister eine kurze Denkschrift über die Hauptpunkte seiner Entschließung mitzugeben. Kaum aber hatte sich Hertzberg entfernt, so fuhr dem Könige der Gedanke durch den Sinn, ob jener morgen auch wirklich hart und schneidig genug verfahren würde; er sandte ihm also noch ein Schreiben nach, worin er ihn drohenden Tones zum strengsten Gehorsam verpflichtete; es ist meine Sache, sagte er, Euch an einer Schädigung des Staatswohls zu hindern. Hertzberg antwortete umgehend, er habe bisher nichts gethan, was der König nicht ausdrücklich genehmigt und befohlen habe; das Wohl des Staates glaube er nach 45 Dienstjahren zu kennen, werde aber mit ruhiger Zufriedenheit nicht fortdienen können, wenn man Drohungen gegen ihn für nötig halte; übrigens würden morgen die Befehle Sr. Majestät genau vollstreckt werden. Es war das Ende von Hertzbergs Vertrauensstellung, die gänzliche Verwirkung der königlichen Gnade.

Am 15. Juli überreichte denn Hertzberg den Oesterreichern in einer Note die neue Forderung, deren Annahme binnen zehn Tagen zu erklären sei. Spielmann war äußerst aufgeregt, zürnte über ein so launenhaftes und unziemliches Benehmen, disputierte zwei Stunden lang, daß Oesterreich mindestens die Festung Alt-Orsova behalten müsse. Hertzberg sagte ihm, er habe im übrigen völlig recht; aber der König wolle es so, und nicht ein türkisches Dorf werde Oesterreich behalten. Spielmann konnte nichts anderes

thun, als unter lebhaften Verwahrungen alles wieder nach Wien einsenden und die Antwort Leopolds abwarten. In Schönwalde zählte man bis dahin die Stunden; am 21. schrieb der König an Hertzberg, die Antwort werde ganz sicher wieder ausweichend sein; der Minister möge schon jetzt das Kriegsmanifest anfertigen. Hertzberg meinte, man müsse dazu doch erst die Entschließung Leopolds kennen; der König drängte am 22. aufs neue: Jacobis Berichte, sagte er, zeigen deutlich, daß es Zeit ist, das Manifest zu entwerfen. Mit Spielmann dagegen war Hertzberg gleicher Ansicht, daß Leopold auch den strengen Statusquo genehmigen würde; wir haben, schrieb er an Finkenstein, die Millionen der Mobilmachung nutzlos weggeworfen und uns die Polen, Belgier und Ungarn für immer entfremdet; der König meint, am kommenden Dienstag loszuschlagen, ich glaube, daß Oesterreich annimmt und uns auf den Sand setzt.

Und so geschah es. Es war die letzte Wandlung dieses wechselvollen Spieles. Wie Friedrich Wilhelm die Tauschpläne Hertzbergs gestört hatte, so durchkreuzte ihm Leopold die Hoffnung auf einen frischen, fröhlichen Krieg. So angenehm die von Hertzberg früher gebotene Erwerbung in Wien gewesen wäre, so bereit war man dort zu dem Verzichte auf dieselbe, da dann auch Preußen keine Vergrößerung erhalte. Einen preußisch-türkischen Krieg zu bestehen, erachtete Leopold jetzt wie früher unmöglich, und schon am 24. Juli legte in Reichenbach Spielmann die Antwort vor, daß Oesterreich dem genauen alten Besitzstande zustimme und nur die Hoffnung hege, die Pforte werde sich noch zu einigen freundschaftlichen Bewilligungen für die Sicherung der österreichischen Grenzen freiwillig herbeilassen. Gegen eine solche Hoffnung, die nichts Verpflichtendes in sich schloß, war wenig zu sagen; sie bot selbst für Preußen den Anlaß, für jenen Fall seinerseits die Hoffnung auf eine gleichwertige Erwerbung auszusprechen. Dann gab Leopold das Versprechen, an dem russisch-türkischen Kriege sich nicht weiter zu beteiligen, und wünschte, nachdem er der Türkei den alten Besitzstand gewährt, für sich den alten Besitzstand in

Belgien, unter der alten Landesverfassung, durch die Seemächte und das Deutsche Reich gewährleistet zu sehen. Für den neuen Vertrag beantragte er die Form einer Deklaration und einer Gegendeklaration.

Als der König diese Antwort erhielt, zeigte sich noch einmal, wie tief seine Gedanken von kriegerischem Eifer durchglüht waren. Er warf am 25. Juli die Hauptpunkte seiner Gegendeklaration auf das Papier und sandte sie Hertzberg mit der Weisung, die Oesterreicher noch im Laufe des Tages zur Zeichnung zu bringen und, wenn sie sich weigerten, sofort den Krieg zu erklären. Indessen fühlte er doch gleich darauf die Unthunlichkeit einer solchen Ueberstürzung und schickte einen Befehl hinterher, die Konferenz erst auf den 26. anzuberaumen. Wie groß seine Verstimmung war, mußte übrigens wieder Hertzberg empfinden, der ihm den Entwurf der Gegendeklaration am Nachmittag erst einsenden sollte, damit er, der König, sehe, ob sie in der That seinem Willen entspräche. Als Hertzberg sich über dieses Mißtrauen schmerzlich beklagte, erhielt er den kurzen Bescheid, die erste Pflicht eines Ministers sei Gehorsam gegen seinen Herrn.

In der Verhandlung am 26. Juli kam man dann rasch vorwärts. Besitzstand vor dem Kriege, Hoffnung Oesterreichs auf eine Grenzverbesserung, entsprechende Hoffnung Preußens, Zusage Oesterreichs, sich an dem fortdauernden russisch-türkischen Kriege weder mittelbar noch unmittelbar zu beteiligen: das alles wurde ohne besondere Schwierigkeit erledigt. Den einzigen Anstand rief die belgische Frage hervor. Oesterreich begehrte die Garantie der dortigen Verfassung durch die Seemächte und das Deutsche Reich, wies aber die preußische zurück: dagegen verwarf der englische Gesandte Ewart die Garantie des Reiches und forderte statt deren die preußische. Man stritt eine Weile über das Deutsche Reich; dann fragte Ewart die Oesterreicher, welche Bedenken der preußischen Garantie entgegenständen, und Spielmann sagte rund heraus, nach den preußischen Umtrieben in Galizien und Ungarn könne Oesterreich dieser Macht unter

keinen Umständen irgend welchen Einfluß auf den inneren Rechtszustand einer seiner Provinzen gewähren. Nach dieser Erklärung wurde die Debatte äußerst lebhaft und gereizt, und während der englische Gesandte unerschütterlich auf der Nichterwähnung des Reiches bestand, erhitzte man sich in solchem Grade, daß man auseinanderging, um Ruhe zu weiterer Ueberlegung zu gewinnen. Als abends 7 Uhr niemand wieder erschien, nahm sich Hertzberg vor, am folgenden Morgen den Oesterreichern den Krieg anzukündigen, wenn sie sich binnen einer Stunde nicht zum Ziele legten. Gleich nachher aber meldete ihm der Engländer, er sei mit Spielmann zum Einverständnis gelangt. Oesterreich verzichtete auf die deutsche Garantie und ließ sich die preußische in der Form gefallen, daß der König ausdrücklich erkläre, nur nach seinem engen Bündnis mit den Seemächten sich der belgischen Sache, der einzigen Angelegenheit dieser Art, mit annehmen zu wollen. Der Entwurf ging eiligst zum Könige hinüber, welcher dann, ohne wesentliche Aenderung des Sinnes, noch eine stilistische Umschmelzung des letzten Satzes vornahm. Darüber gab es allerdings am 27. Juli noch einmal heftigen Streit; hier griff denn Hertzberg mit den schärfsten Drohungen durch, und so gaben endlich unter Grollen und Stöhnen die Oesterreicher ihre Unterschrift.

Der König schickte am 28. dem Grafen Hertzberg seinen Glückwunsch zum guten Abschluß der Unterhandlung. Hertzberg antwortete mit kühler Verbindlichkeit: es ist an mir, Ew. Majestät meinen Glückwunsch darzubringen; die Konvention von Reichenbach ist ganz ausschließlich Ihr Werk.

Seit jenem Tage bis in unsere Gegenwart hat man vielfach gestritten, welches Urteil über die Konvention zu fällen sei. Ohne Zweifel, es war für das damals kleine Preußen ein großer Erfolg, der Eroberungssucht der Kaiserhöfe Schach geboten und Oesterreich zum Verzichte auf die Frucht von drei blutigen Feldzügen genötigt zu haben. Wenn man will, mag man dies als eine großartige Weltstellung, als eine weltgeschichtliche That bezeichnen. Bei näherer Prüfung aber wird man dieses Lob erheblich be-

schränken müssen. Das Eigentümliche des Vorganges besteht darin, daß auf jeder der beiden Seiten, in Oesterreich wie in Preußen, ein doppeltes Bestreben auf die Verhandlung einwirkt, daß der Monarch und der leitende Minister sich in verschiedener Richtung bewegen. Aber in Wien ergreift gleich am ersten Tage Leopold mit stetiger Hand die Lenkung und hält in sicherer Festigkeit seine Bahn, und alles, was Kaunitz dagegen vermag, sind einzelne Zornesäußerungen, mit welchen er auf kurze Stunden ein vorübergehendes Mißtrauen gegen Leopolds Absichten draußen verbreitet. In Preußen dagegen fehlt es an dieser Einheit, Stetigkeit und Planmäßigkeit des herschenden Willens durchaus. Der König steht zwischen den streitenden Richtungen Hertzbergs und Lucchesinis, zuerst von dem einen, dann von dem anderen gewonnen, und wenn er zu dem einen hinübertritt, dann wieder einzelnen Vorschlägen des anderen zustimmend. Am Anfange des Prozesses erbaut Hertzberg seine Pläne auf falscher Grundlage, am Ende desselben irrt sich Lucchesini nicht weniger gründlich über Leopolds bevorstehende Entschließung. So erreicht man, was die Seemächte gewollt, die Erhaltung der Türkei, aber völlig mißlingt, was Hertzberg angestrebt, eine preußische Erwerbung in Polen, oder was Lucchesini gewünscht, eine große Schwächung Oesterreichs. Man hatte eben jeden dieser Zwecke durch die Einmischung des anderen verdorben und an europäischem Rufe, trotz der Rettung der Türkei, nicht gewonnen, sondern eingebüßt.

Der amerikanische Gesandte in Paris, Morris, der ein strenger Konservativer und, wenn nicht gerade ein geschulter, so doch ein praktischer Staatsmann war, schrieb damals seiner Regierung: Preußen ist, obwohl es die Bedingungen des Reichenbacher Vertrages diktiert hat, vollständig hinter das Licht geführt worden. In der That zeigte sich bald, wieviel die Planlosigkeit seines Königs aufgegeben hatte [1].

---

[1] Ausführlich nachgewiesen bei Häusser, Deutsche Geschichte I, 322—339.

Sein Ansehen sank nach allen Seiten in demselben Maße, wie der Einfluß Leopolds stieg. Einige Wochen blieb Oesterreich noch auf der Linie des Reichenbacher Vertrages. Es schloß Waffenstillstand mit den Türken, war zur Eröffnung des Friedenskongresses bereit und regelte im Haag gemeinschaftlich mit Preußen, Holland und England die Wiedererwerbung Belgiens. Es war dies die Zeit, welche Leopold zur Befestigung seiner inneren Stellung notwendig bedurfte. Er hatte seine Kaiserwahl zu erwirken, und seit dem Fürstenbunde hatte Preußen die Mehrheit im Kurfürstenkollegium. Zwar die Stimme zur Kaiserwahl hatte Preußen in Reichenbach zugesagt, immer aber handelte es sich noch um die einzelnen Bestimmungen der Wahlkapitulation. Da war es die erste Folge der Politik Reichenbach, daß Sachsen aus der preußischen Führung heraustrat und sein altes Stichwort vollkommener Neutralität hervorsuchte. Hiermit kehrte das Uebergewicht auf die österreichische Seite zurück, und alle Anträge zur Verbesserung der Wahlkapitulation fielen durch die Mehrheit Böhmens, Bayerns, Kölns und Triers gegen Brandenburg, Hannover und Mainz. Nicht weniger erheblich war, daß in denselben Tagen Leopold trotz aller Opposition seine Anerkennung in Ungarn durchsetzte. Er hielt hier den Standpunkt, der seine ganze Regierung charakterisiert. Wenn Joseph die Existenz der Provinzialrechte und Stände zu Gunsten des Gesamtstaates zu vernichten suchte, so stellte Leopold die Existenz der Stände wieder her, behielt aber die wesentlichen Rechte sich selbst vor. In Ungarn insbesondere half vor allem das Mittel, welches sich auch in unserem Jahrhundert bewährt hat: gegen die Magyaren rief er die Illyrier und Südslaven auf und erlangte durch ihre Hülfe seine Krönung zu allen Herrschaftsrechten der Maria Theresia. So weit gediehen, schritt er ohne Zaudern nach allen Seiten weiter vor und, wo er es vermochte, über die zu Reichenbach gezogenen Linien hinaus. Gegen Belgien rückten seine Truppen heran; das Land war infolge inneren Parteihaders schlecht gerüstet, die preußischen Offiziere traten damals aus dem

Dienste des Kongresses zurück, und bald wuchs das Drängen Oesterreichs so sehr, daß es in den Haager Konferenzen zu Drohungen und Protesten seitens der Seemächte kam. Allein die Zeit eines ernsteren Widerstandes war vorüber. Der österreichische Minister Graf Mercy nahm von den Vorbehalten keine Notiz, sondern ließ seine Truppen ohne Zaudern vorwärtsgehen. Jene inneren Parteiungen hatten zudem Belgien auch seines französischen Rückhaltes beraubt, da der Brüsseler Kongreß kurz vorher gegen die demokratische Partei eingeschritten war und ihre verhafteten Führer trotz aller Vorstellungen Lafayettes nicht losließ. Es half nichts, daß dieser den General Dumouriez eigens nach Brüssel sandte und als Preis ihrer Freilassung französischen Beistand gegen Oesterreich bot: der Kongreß blieb fest und war also mit Lafayette völlig überworfen, als General Bender mit 30 000 Oesterreichern seine Operation begann. Lafayette war weit entfernt davon, um so verstockter Sünder willen den europäischen Frieden zu stören. Ohne Schwertstreich kam Belgien unter die österreichische Herrschaft zurück.

Gleich nachher folgte die Unterwerfung Lüttichs unter die Herrschaft seines Bischofs. Preußen hatte die durchaus gerechte Sache der Einwohner bis dahin nachdrücklich unterstützt. War es in Belgien und Ungarn nur heimlich und durch unbeglaubigte Agenten thätig gewesen, so hatte es in der Lütticher Angelegenheit ganz offiziell gewirkt und mußte hier um so mehr ein billiges Verfahren erwarten, als die Lütticher Stände sich bereit erklärt hatten, den Bischof wieder aufzunehmen, wenn er ihre hergebrachten Rechte bestätigte. Allein jetzt rückten österreichische Regimenter ein, und ohne irgend eine Rücksicht auf Preußens Proteste wurde die Opposition mit allen Mitteln des Kriegszustandes niedergeworfen.

Noch greller aber kamen die Folgen des Systemes Reichenbach in Osteuropa zu Tage. Schweden, das im Vertrauen auf preußisch-englische Hülfe den Krieg gegen Rußland begonnen, schloß bitter enttäuscht einen gewinnlosen Frieden. In Polen war man außer sich über Reichenbach;

alle Welt rief, daß Preußen sie preisgegeben habe, und statt die Unklugheit ihres Eigensinnes in der Danziger Sache einzusehen, beschloß der Reichstag am 6. September als nationales Grundgesetz, daß fortan jede Veräußerung polnischen Landes als Hochverrat angesehen und bestraft werden sollte. Endlich wollte selbst der türkische Friedenskongreß nicht zur Eröffnung kommen. Rußland, jetzt seinerseits durch England-Preußen bedrängt, bot dem österreichischen Hofe große Stücke, wenn er wieder auf seine Seite treten wollte, und Kaunitz war der Meinung, wenn Preußen die Russen angreife, sei der Kaiser durch Reichenbach, wo man nur über die Türken verhandelt habe, nicht verhindert, den Russen bundesmäßige Hülfe zu leisten. Dies zwar lehnte Leopold ab, da man doch zu Reichenbach verheißen, weder direkt noch indirekt am Türkenkriege weiter teilzunehmen: allein die preußischen und englischen Gesandten mußten immer noch bis zum letzten Tage des Jahres in Sistowa warten [1]), bis ihre österreichischen Kollegen eintrafen. Wir werden später sehen, wie wenig günstig sich auch dann die Dinge anließen.

So wenig kamen die Händel der europäischen Mächte im Jahre 1790 zu einem befriedigenden Abschlusse. Rußland erfüllte fortdauernd seine Umgebungen mit Sorge und Unwillen durch den geräuschvoll fortgesetzten Türkenkrieg. Oesterreich, welches mit seltenem Glücke aus vernichtender Gefahr zu überraschender Erhebung gelangt war, suchte seine Vorteile mit stets wachsender Heftigkeit auszubeuten. Trotz der neuen Freundschaft mit Preußen hatte man nicht vergessen, wieviel dessen Haltung zu der Bewegung der aufstrebenden Provinzen beigetragen hatte: Leopold bewahrte es wohl im Herzen und ließ sich in seinem Vorwärtsschreiten nach dieser Seite auch durch das wachsende Getümmel der französischen Revolution nicht beirren. Die Stimmung Preußens wurde infolgedessen um so bitterer, je lauterer das Bewußtsein des Königs über die Motive

[1]) Vom 19. bis zum 30. Dezember.

seiner Reichenbacher Entschlüsse war. Während man sich von Ungarn, Belgiern und Lüttichern des Verrates anklagen hörte, fand man sich in Polen über die Achsel angesehen und das eigene Vertrauen auf Oesterreich vollständig getäuscht.

Drittes Kapitel.

Frankreich. Sturz des Klerus und Adels.

Während Europa im Jahre 1790 auf mehreren Seiten die Keime eines allgemeinen Kampfes in sich trug, Oesterreich gegen Preußen, Preußen gegen Rußland, England gegen Spanien die Waffen erhob, wirkte diese kriegsschwangere Atmosphäre mächtig auf die Erhitzung der französischen Revolution zurück. Natürlich nicht in der Weise, wie die revolutionären Parteien es unzählige Male behauptet haben, daß das französische Volk, durch ein Bündnis des alten Europa bedroht, um der nationalen Selbständigkeit willen zum Aeußersten habe greifen müssen: die einfache Darstellung der Thatsachen, welche die deutsche Geschichte von 1790 bilden, reicht hin, um die Unmöglichkeit eines solchen Bündnisses darzuthun. Aber was nicht in den Dingen vorhanden war, erzeugte sich in den Gemütern der Menschen. Wenn in Ost und West, in Nord und Süd der Weltbrand jeden Augenblick auszubrechen schien, hielt man auch das heimische Dasein gefährdet und schloß aus den eigenen Wünschen nur zu bereitwillig auf die Gesinnung der vermeintlichen Gegner. Bei jener halb diplomatischen, halb revolutionären Rüstung zum Schutze Spaniens hatte Lameth gerufen: es ist ein Krieg aller Könige gegen alle Völker. Damit war alles gesagt. Man empfand in sich selbst zu stark den Trieb, auch die übrigen Nationen Europas zu revolutionieren, als daß man nicht bei den Regierungen derselben eine gleich regsame Feindseligkeit vorausgesetzt hätte.

Es kam dazu, daß in demselben Monat Mai in Frankreich selbst der Widerstand gegen die Revolution zum ersten Male über die parlamentarische und höfische Bewegung hinaus in das Volk hinabstieg und an die Gewalt der Waffen appellierte. Zu der auswärtigen Aufregung gesellte sich mit noch heißeren Sorgen und Leidenschaften der Bürgerkrieg. Es war die unselige kirchliche Frage, an welcher sich diese Flamme entzündete.

Gleich die Einziehung der Güter entwickelte bedenkliche Folgen. Wir haben gesehen, es war in finanzieller Hinsicht mehr als zweifelhaft, ob die Besoldung der Kirche aus Staatsmitteln irgend einen Vorteil aus der Beute übrig lassen würde. Ob es in religiöser und politischer Beziehung für einen Fortschritt zu halten ist, wenn eine Kirche statt eigenen Vermögens Besoldung durch den Staat erhält, darüber wird ein vorsichtiger Beobachter jede allgemeine Entscheidung ablehnen, da sie nach der Beschaffenheit des Volkes, des Staates, der Zeit notwendig verschieden sein muß. In dem damaligen Frankreich war Grund genug zur Aenderung des vorhandenen Zustandes: denn da zu allen Pfründen der König ernannte, so brachte das eigene Vermögen der Kirche statt des sonst natürlichen Vorteiles würdiger Selbständigkeit nur die Schäden des Reichtums, Genußsucht und Verweltlichung. Dabei hatte der ganze Strom der Revolution einmal seine Richtung gegen korporative Abschließung: es war also begreiflich, daß er gerade diese so tief gesunkene Körperschaft nicht schonte, sondern sie durch das System der Besoldung dem, wie man hoffte, verjüngten Staate völlig unterwarf. Es war immer eine große Rechtsverletzung, es war auch eine schlechte Geldspekulation: aber es ließ sich begründen, ja man konnte es für unvermeidlich halten.

Man blieb aber dabei nicht stehen. Man begann die neuen Staatsgüter sogleich im einzelnen zu verkaufen und brachte dadurch eine Menge ökonomischer Bedenken in Bewegung. Sodann aber, man kündigte unverhohlen eine Umgestaltung der Kirchenverfassung an, die auf katholischem

Gebiete an sich selbst für einen Gegenstand des Glaubens erklärt wird, und regte damit die Tiefen des religiösen Gewissens auf. Wir werden sehen, in welch entsetzlicher Weise die hier losbrechende Bewegung durch dumpfen Fanatismus und priesterliche Herrschsucht vergiftet wurde: die Nationalversammlung wird dadurch aber von der Anklage nicht befreit, daß sie mit tiefer Unkenntnis oder schwerer Nichtachtung der Zustände ihres Landes verfahren war. Es zeigte sich, daß sie den Boden verlassen hatte, auf dem ihr Ansehen, durch die Forderungen des Jahrhunderts und der Nation gestützt, unantastbar war. Den Klerus als den ersten Stand des Feudalstaates hatte sie vernichten können, ohne daß der Widerstand von etwas anderem als der Ohnmacht der Besiegten Kunde gegeben hätte. Den Klerus als den Träger eines im Volke wurzelnden Glaubens hatte ihre Hand noch kaum berührt, und sofort kündigte sich der Bürgerkrieg auf hundert Punkten des Königreiches an [1]). Man mußte erfahren, daß hinter den aufgeklärten Rednern der Klubs und den religionslosen Pöbelhaufen der Hauptstadt in der Hälfte des Landes eine bäuerliche Bevölkerung vorhanden war, die mit zäher Unerschütterlichkeit und mit kriegerischer Hitze an der Kirche ihrer Väter festhielt. Man hätte schon nach den bisherigen Erfahrungen der Revolution ermessen können, ob dieser Widerstand gering zu achten sei. Daß der letzte Versuch des alten Staates so spurlos gescheitert und eine neue Zeit so unwiderruflich hereingebrochen, man verdankte es, die Thatsachen genau erwogen, nicht den Reden des Palais Royal und auch nicht dem Sturme der Bastille, sondern dem allgemeinen Aufwogen der Bauern in den Landschaften und dem allgemeinen Abfall derselben in den Regimentern. In ihrem Eifer und ihrer Roheit damals hatten sie nachdrücklich genug verkündet, was sie bedurften; sie besaßen es jetzt und fühlten sich sicher, um es gegen die Welt zu verteidigen. Den geistlichen Zehntherrn hätten

1) Mit diesem Urteil stimmt auch L. Blanc, Buch IV, Kap. 11, überein.

sie mit der blanken Waffe abgewiesen, aber das Sakrament wollten sie sich nicht aus ungeweihten Händen aufdringen lassen. Das materielle Interesse, welches bei ihnen bisher die Schritte der Nationalversammlung empfohlen hatte, erhöhte an dieser Stelle ihren besorgten Widerwillen. Wir haben früher bemerkt, daß damals nicht, wie gewöhnlich geglaubt wird, Teilung der großen Güter und Vermehrung der kleinen Eigentümer das Hauptbedürfnis des französischen Ackerbaues war: was ihm not that, war vielmehr Befreiung des Bodens, einsichtiger Betrieb und gute Pachtverhältnisse. Das erste war jetzt erreicht, das zweite konnte nur langsam erlernt werden: was aber das dritte betraf, so waren die geistlichen Güter bei weitem nicht am schlechtesten berufen; im Gegenteil galt ihre Verwaltung als vernünftig und geordnet, und ihre Pachttermine waren eifrig besucht. Jetzt war denn der Schrecken allgemein, als man von dem Wechsel des Eigentumes hörte. Die Pächter fürchteten von dem neuen Käufer ausgewiesen oder nach Spekulanten Weise gedrückt zu werden. Im Elsaß allein hatte eine Petition gegen den Sturz der katholischen Religion in drei Wochen 21 000 Unterschriften, sämtlich die Namen von Pächtern, Katholiken, Lutheranern und Juden in seltener Einstimmigkeit. In der Bretagne hatten bisher die Pfarrer an der Spitze der Freiheitsbewegung gestanden und die Bauern, durch ganz besondere Kolonatsverhältnisse gedrückt, mit Eifer sich gegen den Adel erhoben: jetzt schlugen beide um, und die neuen Gemeindebehörden sahen die Bevölkerung sich einmütig um die widerstrebende Geistlichkeit scharen. Bei weitem aber die stärkste Aufregung entstand für jetzt in dem Süden, wo sich auch die Städte mit lebhafter Entrüstung beteiligten, während hier und da die Bauern, einst härter als im Norden durch den Feudalstaat beschädigt, noch in dem Geleise der revolutionären Bewegung fortgingen. Der Klerus selbst bot alle Mittel seines tiefen und weitverzweigten Einflusses auf. Drohende Reden ertönten von den Kanzeln; der Beichtstuhl diente, den brennenden Streit in alle Familien zu tragen; lange Prozessionen büßender Gläubigen

erfüllten die Straßen der Städte mit dem Jammer über die verabscheute Kirchenschändung. Der erste blutige Tumult erhob sich in Nimes, wo die Existenz einer zahlreichen und durch Wohlstand und Bildung bedeutenden protestantischen Gemeinde die Gemüter der katholischen Eiferer seit der Erklärung der politischen Gleichberechtigung aller Konfessionen in fanatische Aufregung versetzt hatte. Ein gewisser Froment ergriff die Leitung des Aufstandes mit dem Worte, niemals werde man die Revolution durch Lehre und Verstandesgründe bezwingen; es komme darauf an, Leidenschaft gegen Leidenschaft zu setzen und die liberale Bewegung durch die mächtigen Mittel der Religion zu zermalmen. Seitdem gab es Unruhen Tag für Tag; die Protestanten waren ihres Lebens nicht mehr sicher; endlich kam es zu einem größeren Zusammenstoße, bei dem ein patriotisches Linienregiment von den kirchlichen Bürgergarden und Proletariern hart mitgenommen wurde. Darauf trat eine katholische Gesellschaft zusammen, um die benachbarten Departements zu einer Verbrüderung im christlichen Glauben aufzufordern. In Alais jagte der Pöbel die Truppen völlig zur Stadt hinaus, die Bürgergarde war in sich selbst geteilt und mithin keiner Einwirkung fähig. In Montauban dagegen kam es zwischen der Nationalgarde und dem Volke zum Treffen: auch hier behauptete die katholische Sache den Platz, und die Bürgergarde wurde gesprengt. Unter solchen Zuckungen gewann die katholische Verbrüderung Boden, in Nimes allein bekannten sich 4000 Männer zu ihr, Uzès, Perpignan, Tarn, das einflußreiche Toulouse traten in ihren Bund. Tagtäglich erschollen die Klagen der Patrioten, die immer trüberen Berichte der Behörden drängten sich in der Nationalversammlung, und sie beschloß, in der Meinung, mit künstlich gemachten Wirren zu thun zu haben, durch Vollendung der Reform den Parteigängern der alten Mißbräuche jede Hoffnung abzuschneiden.

Am 29. Mai wurde die Kirchenverfassung, deren Grundzüge im April verkündet worden, von dem kirchlichen Ausschusse vorgelegt. Die Ausführung ging noch weit über die

Grundsätze des Aprilberichtes hinaus und griff vielfach tiefer als durch neue Abgrenzung der Diözesen in das Kirchenrecht ein. Die Souveränität der Aktivbürger wurde hier wie in Gericht und Verwaltung anerkannt. Die Wähler jedes Distriktes ernennen sich den Pfarrer, die Wähler des Departements den Bischof [1]). Jeder Erwählte schwört der Nation, dem Könige und der Verfassung den Eid der Treue. Es giebt hinfort keine Kapitel und geistliche Gerichtsbarkeit mehr. Der Papst verliert die Rechte der Dispensationen und der kanonischen Einsetzung. Hätte sich dies alles im Einklange mit der politischen Lage und dem Bildungsgrade des Volkes durchführen lassen, so hätte das Ergebnis ohne Zweifel einen mächtigen Fortschritt im Sinne der religiösen Freiheit und der nationalen Unabhängigkeit in sich geschlossen. Aber so standen hier die Dinge nicht. Wie schon früher bemerkt, hatte damals die römische Kirche ihre Verträge mit dem französischen Staate an keiner Stelle verletzt; im geraden Gegensatze zu ihrem Verhalten im neunzehnten Jahrhundert ließ sie im achtzehnten ihre alten Herrscheransprüche auf sich beruhen: der Staat hatte also keinen Rechtstitel und keine sachliche Nötigung zu einem offensiven Vorgehen, welches sich nicht mit der Feststellung der überall erforderlichen Schranken und Aufsichtsrechte begnügte, sondern den ganzen Organismus der Kirchenverfassung gewaltsam umformte. Nichts war gewisser, als daß Millionen gläubiger Katholiken in jenen Beschlüssen einen ruchlosen Angriff auf das Heiligtum ihres Gewissens sehen würden.

Dennoch war die Wärme der Verhandlung mit den Vorgängen des April nicht zu vergleichen. Der Klerus, der gegen die damaligen Beschlüsse mit einigen Gesinnungsgenossen einen feierlichen Protest erlassen, nahm an der neuen Verhandlung einen sehr spärlichen Anteil. Der Streit wurde fast nur innerhalb des Centrums und der

---

[1]) Einzige Bedingung des Wahlrechts war das Anhören einer Messe. Jeder Nichtkatholische, der sich dem unterzog, konnte mitwählen.

Linken geführt, über die Größe der Gehalte, die Fortdauer der Kapitel, die Wahl der Bischöfe durch das Volk oder durch die Geistlichen. Der eigentliche Held der trockenen und schleppenden Erörterung war der Jansenist Camus, der mit einer Mischung von religiösem und politischem Eifer die Uebereinstimmung des vorliegenden Gesetzes mit dem Neuen Testamente und den Konzilienschlüssen des vierten Jahrhunderts unermüdlich in allen Stücken nachwies. Weniger Glück machte Robespierre, dem manches nicht demokratisch genug war, und mehrere Ansätze, die Abschaffung des Cölibates einzuflechten, mißlangen. In diese halb scholastischen, halb demagogischen Erörterungen warf dann der katholische Süden zuweilen seine drohende Stimme hinein. Am 15. Juni empfing die Nationalversammlung eine Adresse des Vereins von Nimes, die in gebieterischem Tone Ehrfurcht vor der Kirche und Herstellung der königlichen Gewalt begehrte. Es war auch ein Akt des souveränen Volkes, so gut wie die Pariser Adresse vom 5. Oktober: allein die Nationalversammlung beantwortete ihn auf das bündigste an demselben Tage durch einen Beschluß, nicht bloß für 400 Millionen, sondern die ganze Masse der Kirchengüter ohne Aufschub zum Verkaufe zu bringen. Die Adresse aber wurde für aufregend erklärt und die Anstifter vor die Barre geladen. So wuchs die Erbitterung auf beiden Seiten. Nun war es gerade die Zeit, in welcher die neuen Verwaltungsbehörden eintraten, keine thätigen Gerichte existierten, das Heer von der allgemeinen Unordnung immer tiefer ergriffen wurde: es stand also fast jeder Ort in reiner Selbständigkeit, die größere Verwaltung vollzog sich thatsächlich überall in der Form der freien Verbrüderungen, und die Begeisterung für den Reichstag war das einzige Band, welches die schwindende Einheit noch zusammenhielt. Jetzt schlug diese auf weiten Strecken in Haß und Abscheu um, gegen die patriotischen Vereinigungen bildete sich in drohender Heftigkeit die katholische, die souveränen Städte schickten sich an, wie im alten Gallien gegeneinander in das Feld zu ziehen. Als der Kampf in Mon-

tauban bekannt wurde, erhob sich Bordeaux im Zorne seines Freiheitssinnes: die Nationalgarde griff zu den Waffen, bildete in der Umgegend ein kleines Heer und zog zur Bestrafung der rebellischen Frömmler aus. Lange stand man sich förmlich gelagert im Angesicht, und nur mit Mühe hinderte das Einschreiten des Ministeriums und der Nationalversammlung den Ausbruch. In Nimes dagegen kam es Mitte Juni zu einer entsetzlichen Katastrophe. Froments Genossen gerieten mit den Protestanten in Streit, anfangs wurden eine Menge Menschen einzeln ermordet; dann erhielten die Protestanten Verstärkung von liberalen Katholiken der Stadt und von Glaubensgenossen der umliegenden Dörfer; endlich entschied das Eingreifen der Linientruppen im liberalen Sinne den Kampf, und mit unbarmherziger Rache wurden über achthundert Menschen der klerikalen Partei niedergemacht [1]).

Mit einem Worte, wenn die Gesetze über Verwaltung und Gericht die Leidenschaft der Menschen von jeder äußeren Fessel befreit hatten, so drückten ihr die kirchlichen Dekrete die Waffen zum offenen Kampfe in die Hand. Mitten in der Revolution selbst erhob sich gegen sie der Bürgerkrieg. Sie war bereit dazu, ihn aufzunehmen, sie hatte noch weitere Mittel, den Fanatismus ihrer Anhänger zu stärken. Gegen den kirchlichen Eifer der gläubigen Katholiken bot sie die Vaterlandsliebe aller echten Franzosen auf. Die katholischen Pfarrer, welche das Jahr zuvor zu Hunderten sich mit dem dritten Stande vereinigt, hatten zwar an sich nicht das mindeste gemein mit den Prinzen und Herren, die im Auslande um Hülfe für das Feudalwesen bettelten: die Revolution aber, nachdem sie beide mit gleicher Verfolgung getroffen, freute sich, den Abscheu gegen die Landesverräter auf die katholische Kirche richten zu können.

Die Jakobiner hatten jenes Thema fremder Einmischung, welches sie zuerst bei der Vorbereitung des 5. Oktober an-

---

[1]) L. Blanc, Buch IV, Kap. 11, nach den Akten des später darüber geführten Prozesses.

geschlagen, seitdem nicht wieder verklingen lassen. Wäre es hier bloß auf Wünsche und Neigungen angekommen, so hätten sie nicht leicht zu viel gesagt. Es fehlte nicht an zahlreichen Stimmen, welche die bestehenden Gewalten Europas zu Wachsamkeit und Kampf gegen die Revolution aufriefen. Allen voran waren darin wie begreiflich die französischen Auswanderer, welche die Höfe der Reihe nach um bewaffnetes Einschreiten angingen und die Unverträglichkeit eines revolutionären Frankreich mit den alten Ordnungen des Weltteils predigten. Ihr natürlicher Führer, des Königs Bruder, Graf von Artois, lebte, seitdem er nach dem Sturme der Bastille aus Paris entflohen war, bei seinem Schwiegervater, dem Könige von Sardinien, und bestürmte von dort aus seine Freunde in Frankreich wie alle Mächte des Auslandes mit seinen Hülfegesuchen. Andere Beschwerden, deren Wichtigkeit durch ihren völkerrechtlichen Charakter gesteigert wurde, ertönten im Deutschen Reiche. Bei der Abtretung des Elsasses an Frankreich hatte der Westfälische Frieden den dort begüterten Reichsständen ihren Rechtszustand in weitestem Umfang gewährleistet; Frankreich sollte nur die Landschaften und Befugnisse erhalten, welche bisher Oesterreich besessen, allerdings nicht wie dieses als Vasall des Deutschen Reiches, sondern in voller Souveränität [1]. Nun hatte schon Ludwig XIV. mehrfach versucht, diese volle Souveränität, die in Wahrheit nichts als den Gegensatz der Abhängigkeit vom Reiche bedeutete, in dem Sinne zu verwerten, daß er über die Elsässer Stände nicht bloß die geringfügigen früheren Hoheitsrechte Oesterreichs, sondern unbedingte souveräne Machtvollkommenheit besitze. Er hatte aber, obschon ihm einige Eroberungen gelangen, auf den Grundsatz immer wieder in den Verträgen von Ryswick und Rastatt verzichten müssen. Trotzdem hatte die französische Königsmacht auch unter Ludwig XV. im Elsaß fortdauernd um sich gegriffen und mehr und mehr sich selbst und die Bewohner an die Vorstellung gewöhnt, daß das

[1]) Instr. pacis Monast. §§ 73, 74. 87.

Land der gesetzgebenden Gewalt Frankreichs unbedingt unterworfen sei. Als endlich die Revolution ihre Gesetze zur Abschaffung der feudalen Rechte erließ, hatte die Regierung, der alten Vertragspflicht eingedenk, der Ausdehnung derselben auf den Elsaß widerstrebt, die Nationalversammlung aber auf das lebhafte Drängen der Elsässer selbst jede Ausnahmestellung des Landes abgelehnt. Es war dann im Elsaß ergangen wie in allen anderen Provinzen; mit Jubel hatte die Bevölkerung die Beschlüsse in Wirksamkeit gesetzt, Zehnten, Gefälle und Dienste verweigert, die fürstlichen Erheber verjagt, den geistlichen Oberen den Gehorsam gekündigt. Es war der Tag, an welchem in warmer Freiheitsbegeisterung die innere Verschmelzung des Elsasses mit der französischen Nation begann.

Diese für unsere Gegenwart wichtigste Folge des Vorgangs wurde damals in Deutschland gar nicht bemerkt. Desto lauter erschollen die Wehklagen der geschädigten Fürsten, vollends, als im April 1790 außer den feudalen Rechten auch die geistliche Jurisdiktion nichtfranzösischer Bischöfe auf französischem Gebiet abgeschafft wurde. Allen voran drängte der Kurfürst von Mainz, auf seine Erzkanzlerwürde, und der Landgraf von Hessen-Darmstadt, auf seine Verschwägerung mit Preußen gestützt. Der französische Minister Montmorin machte keinen Versuch, nach der Weise Ludwigs XIV. den Westfälischen Frieden umzudeuten; im Gegenteile, er räumte ohne weiteres ein, daß es mißlich für Frankreich sei, die Verträge, welche seinen einzigen Rechtstitel für den Besitz des Elsasses bildeten, selbst zu verletzen. Aber er fragte die deutschen Gesandten, ob sie es für möglich hielten, daß Ludwig XVI. Truppen zur Steuerexekution gegen die befreiten Elsässer aussende oder das Einrücken deutscher Truppen in sein Gebiet zu solchem Zweck gestatte. Die alten Rechte, erklärte er, sind unwiederbringlich dahin, aber Frankreich ist bereit, das mögliche zu thun: es bietet den verletzten Fürsten die umfassendste Geldentschädigung; mögen sie nur ihre Forderungen einreichen, und umgehend werden sie Zahlung erhalten. Die Führer der Nationalversamm-

lung hatten ebenfalls den dringenden Wunsch, den gefährlichen Zank aus der Welt zu schaffen, und Mirabeau setzte ohne große Mühe einen Beschluß durch, welcher die Fürsten zu einer Unterhandlung auf Schadloshaltung einlud. Der preußische Gesandte berichtete seinem Hofe in gleichem Sinne, und weder Friedrich Wilhelm noch Leopold wünschten eine Klage der Fürsten beim Reichstage, gerade weil sie sich der Unterstützung derselben bei der Klarheit der formalen Rechtslage nicht wohl entziehen konnten und dann die widerwärtigsten Verwickelungen voraussahen. Die Fürsten aber blieben, trotz aller Unmöglichkeiten, fest auf ihrem Schein. Die weltlichen fanden es ehrenrührig, nicht bloß auf Einkünfte, sondern auch auf Hoheitsrechte gegen bares Geld zu verzichten, und vollends die geistlichen wiesen eine Abfindung durch schnöden Mammon für ihre geweihten Diözesan- und Metropolitanrechte mit Entrüstung zurück. So blieb die Wolke am Horizont, für den Augenblick nicht unmittelbar verderblich, immer aber mit schwerem Zündstoff geladen.

Denn schon jetzt hatte der Zwist wenigstens die eine schlimme Folge, in den höheren deutschen Kreisen die Mißstimmung zu steigern, mit der man den Fortgang der französischen Unruhen beobachtete. Eine solche Reizbarkeit lag völlig in der Natur der Sache bei jenen Reichsständen, die ihr ganzes Dasein noch auf den feudalen Fuß gestellt hatten. Reichsprälaten, Reichsritter und kleine Dynasten sahen sich durchaus in der Lage der Franzosen, gegen welche die ersten Schläge der Revolution gefallen waren. Die größeren Fürsten aber waren in anderer Stellung. Der Mehrzahl nach protestanisch, hätten sie dem Schicksal der französischen Kirche mit größerer Gleichgültigkeit zusehen mögen. Seit mehreren Menschenaltern im Kriege mit ihrem Adel und wesentlich der Politik des Fortschrittes und des Gemeinwohls huldigend, hätten sie in den Beschlüssen des 4. August sogar den Sieg der eigenen Sache erblicken können. Allein die Thorheit Breteuils und die Schwäche Ludwigs, welche wider das Wesen der Dinge das Königtum in die Niederlage der Feudalstände verwickelten, sodann der zugleich welt-

umfassende und anarchische Charakter der Menschenrechte verwandelten die Stimmung gänzlich. Vollends seit den Scheußlichkeiten des 6. Oktober hielten zahlreiche Fürsten ihr eigenes Dasein durch die Revolution gefährdet und wandten ihre Neigung allen Opfern derselben fast ohne Unterschied zu. Es ging hier in den Gedanken, wie es in Frankreich thatsächlich geschehen. Die Verblendung der Feudalpartei machte das Auftreten eines angriffslustigen Radikalismus möglich: dadurch wurden die natürlichen Bundesgenossen, die Politik des liberalen Gesamtwohles und die nationale Monarchie, einander entfremdet.

Nur war noch ein sehr weiter Weg von der Entfremdung des Herzens bis zu thatsächlicher Feindseligkeit. Die Höfe Europas waren bedenklich über die Frechheit der Pariser Revolutionäre, aber die meisten empfanden ebenso viel Verachtung als Zorn, und die großen Mächte sahen einstweilen in der Revolution vor allem eine tiefe Zerrüttung der französischen Macht und freuten oder betrübten sich über die demokratischen Erfolge, je nachdem sie früher von Frankreich Anfeindung oder Unterstützung erwartet hatten. Selbst in Turin hatte der König zwar heiße Wünsche für das Gelingen seines erlauchten Schwiegersohnes, dessen Galanterien ihm übrigens den festen Anstand seines Hofes unangenehm störten; aber von einer Neigung, die eigenen Interessen in einem französischen Kriege zu gefährden, war nichts zu entdecken. Der Eifer des Grafen Artois griff also immer in die Luft, und noch entschiedener war sein Fehlschlagen bei den anderen Mächten. Ja, in den Tuilerien selbst hielt man sich zwar in steter Verbindung mit dem Grafen, um seine Pläne zu kennen: aber die Königin, ohne deren Vorwissen Ludwig XVI. nichts Wichtiges that, war weit von einer Zustimmung entfernt. Teils ängstigte sie die Gefahr, die man während eines Angriffes der Auswanderer in Paris durchzumachen hätte, teils fürchtete sie bei einem Siege derselben für ihr eigenes Schicksal, besonders, seitdem Calonne in Gunst und Einfluß bei Artois stand. Weiterblickende Geister, welche aus dem bisherigen Verlaufe der

Revolution den endlichen Sieg der anarchischen Demokratie voraussagten, bedauerten damals schon die Trägheit der gekrönten Häupter: nicht als ob sie einen Weltkrieg gegen das neue Frankreich oder die Vernichtung der Reform gewünscht hätten, sondern weil sie keinen Zweifel hegten, daß die siegreiche Demokratie ihrerseits den Angriff beginnen und den Weltkrieg unvermeidlich machen würde. Sie erinnerten an Lafayettes Umtriebe in Irland, Holland und Belgien, an den Eifer, womit sich Genfer und Lütticher Ausgewanderte um Mirabeau und andere Parteihäupter drängten, an die amtliche Tendenz der Menschenrechte, die sich für das allein gültige Staatsrecht nicht bloß Frankreichs, sondern des Weltalls gegeben hatten. Und in der That, diesen Lehren entsprachen damals die Handlungen. Die jakobinische Partei hatte nicht bloß ihre Klubs zur Empfehlung ihrer Grundsätze bei den Volksmassen; sie besaß daneben festgegliederte Organe zur unmittelbaren Vorbereitung bewaffneten Wirkens. Sie hatte einen Ausschuß für die fortwährende Bearbeitung der französischen Linienregimenter; sie hatte einen anderen zur Ausdehnung der Revolution auf die Nachbarstaaten. Beide hatten zahlreiche Agenten in ihrem Dienste und sehr bedeutende Geldmittel zu ihrer Verfügung. Der preußische Gesandte, der seine demokratischen Beziehungen auch in diese Kreise vorgeschoben hatte, konnte seiner Regierung genaue Auskunft über Führer, Pläne und Mittel erteilen und mit Befriedigung berichten, daß die Propaganda ihre ganze Thätigkeit gegen Oesterreich, Spanien und Sardinien und ebendeshalb nicht gegen Preußen richte. Immer war es gewiß, daß die Revolution alle Kräfte zum Angriff gegen das alte Europa, nicht aber dieses die seinigen zur Erstickung der Revolution aufbot.

Allein wenn die Höfe über ihren türkischen Sorgen davon nicht die mindeste Notiz nahmen, wenn Marie Antoinette ihren Gemahl von jeder Teilnahme an den Plänen seines Bruders abhielt: wie viele Menschen in Paris wußten von diesen häuslichen und diplomatischen Verwickelungen oder fanden für gut, daran zu glauben? Jede Aeußerung,

die ein demokratisches Blatt über die Pläne der fremden Tyrannen hinwarf, erhitzte tausend entzündbare Herzen. Bei der maßlosen Unwissenheit der meisten Franzosen über auswärtige Verhältnisse kostete es geringe Mühe, auch den abenteuerlichsten Erfindungen Eingang zu verschaffen. Bald sollte ein Schlag gegen Lyon, bald gegen Marseille geführt werden; bald war es der Kaiser, bald Katharina II., die im Bunde mit den Ausgewanderten stände; England verschwor sich heute mit Artois gegen die Revolution, morgen mit Orleans gegen Ludwig XVI., alles, um sich wegen des amerikanischen Krieges zu rächen. So schien der ganze Boden durch Verrat unterwühlt und der Luftkreis von Verschwörungen vergiftet: kein Verbrechen war so plump oder so abgefeimt, daß man es nicht der Reaktion zugetraut hätte. Indem diese Dinge unablässig in die grellste Farbe gesetzt wurden und die Umtriebe des Grafen Artois an sich nicht zweifelhaft waren, gelang es binnen wenigen Monaten, die Volksmassen zugleich mit peinigender Sorge und maßlosem Stolze zu erfüllen. Starkes Nationalgefühl, lebhafte Einbildungskraft und maßlose Leichtgläubigkeit wirkten zusammen und erweckten rasch in den weitesten Kreisen zuerst das Bewußtsein, von allen Königen verfolgt zu werden, und darauf den Wunsch, allen Völkern die Freiheit zu verschaffen. War man im vorigen Jahre stolz darauf gewesen, das einzige freie Volk des Festlandes zu sein, so begann man jetzt den Gesichtskreis der Revolution über alle Grenzen des Reiches zu erweitern.

Den nächsten Hebel, um diese Stimmungen zur That zu bringen, gaben aber die militärischen Verhältnisse. Denn gegen die Fremden konnte zuletzt doch nur das Heer beschützen: hier aber schien zu fürchten, daß die Offiziere, als ohne Ausnahme adlig geboren, sich selbst an die Spitze des Verrates stellen möchten. Die Parteien wußten überhaupt sehr wohl, was ihnen die Meinung des Heeres bedeute, und die Jakobiner ließen, wie bemerkt, die Stimmung der Soldaten keine Stunde aus den Augen. Nur zu sehr wurden sie darin durch die alten Schäden des französischen Heer-

wesens unterstützt, die mit jedem Tage unheilbarer aufbrachen. Offiziere und Soldaten standen sich als zwei durch einen Abgrund geschiedene und auf den Tod verfeindete Klassen gegenüber; an keiner Stelle war der Haß zwischen dem Adel und dem gemeinen Manne grimmiger als hier, und wenn sonst das stehende Heer als das zäheste Bollwerk der Ordnung betrachtet wird, so hatte damals der Feudalstaat der Wühlerei an keiner Stelle das Spiel so erleichtert wie bei den Soldaten. Die Unteroffiziere waren fast ohne Ausnahme radikal gesinnt, und das Offiziercorps selbst spaltete sich, je nachdem die Revolution den einen von der Notwendigkeit der Reformen überzeugte, den anderen dagegen verhärtete. Im Laufe des Winters drang das Klubwesen in die Regimenter ein; ein jedes hatte seinen Ausschuß der Unteroffiziere als Mittelpunkt der Bewegung; höhere Löhnung, gesichertes Kassenwesen, leichtere Beförderung, mildere Zucht waren die ersten Gegenstände der Verhandlungen. Sie ordneten darüber Gesandtschaften an ihre Obersten oder auch geradezu an die Nationalversammlung und den Kriegsminister ab, begehrten von dem Regimentsführer Rechnungsablage über die Kasse, erklärten ihre Nichtanerkennung freiheitsfeindlicher und adliger Vorgesetzten. Die Offiziere mußten zusehen, beschwichtigen, schmeicheln; wo sie Widerstand versuchten, kam es zu offenen Gewaltthätigkeiten, unaufhörlich mischten sich die Gemeindebehörden in die Verwaltung der militärischen Zucht. Als die Föderationen in den Provinzen begannen, steigerte sich dies alles. Die Festlichkeiten und die Begeisterung, welche hier zu Tage kam, lockte auch die Truppen heran, und die Nationalversammlung, die sich noch nicht daran gewöhnen konnte, das Heer für etwas anderes als ein Werkzeug der Gewalt anzusehen, empfahl ausdrücklich die Verbrüderung der Soldaten und Nationalgarden als gleicher Söhne des gemeinsamen Vaterlandes. Durch ein solches Zusammenleben aber beider Klassen der bewaffneten Macht wurde die Ordnung des Heeres vollends zerstört. Die Soldaten sahen nicht ein, warum sie weniger Freiheit als ihre freien Brüder und

beschränktere Rechte als andere souveräne Volksmänner haben sollten. Sie fanden, daß die Nationalgarde ohne alle Strafgesetze und mit freier Wahl der Offiziere dem gemeinen Wesen höchst zuträglich sei: wenn nun nach der Erklärung der Rechte keine Ungleichheit, als welche das Gemeinwohl erheische, ferner geduldet werden dürfe, warum sollten sie denn strengeren Vorschriften und nicht selbsterwählten Offizieren gehorchen? So kam es bald dahin, daß die Verwilderung des neuen Wesens ärger wurde als die Mißbräuche des alten.

Unter diesen Umständen begann die Nationalversammlung damit die Reform, daß sie eine Reihe der für Offiziere und Soldaten wichtigsten Fragen ihrer alleinigen Entscheidung vorbehielt und dadurch das Heer gewöhnte, mehr auf sie als auf den König zu blicken. Man kann nicht wissen, sagte Alexander Lameth, ob immer ein bürgerlich gesinnter König in Frankreich regieren wird: also beschloß die Versammlung, dem gesetzgebenden Körper allein stehe es zu, die Größe und Einrichtung des Heeres, die Verwendung desselben im Reiche, den Sold aller Grade, die Form der Aushebung, die Aufnahme fremder Soldaten und das militärische Strafrecht zu bestimmen. Lameth war selbst Offizier; neben ihm gab es noch eine Anzahl meist jüngerer Genossen, die mit brennendem Eifer eine große Laufbahn in einer revolutionären Armee und Kriegführung erwarteten: Orleans' glänzender Freund Biron, der strudelköpfige Menou, die mit Lafayette zusammenhängenden Broglie und Montmorency, der bejahrte Custine, brav, unbesonnen und eitel wie der jüngste Mensch, endlich der radikalste von ihnen, Dubois von Crancé, der zu demokratischer Hitze eine grimmige Rachsucht gegen den alten Zustand mitbrachte, unter welchem ihn der Kriegsminister St. Germain einst aus dem Dienste gejagt hatte. Alle diese drängten die Armee auf volkstümlichen Wegen weiter. Der Sold der Gemeinen wurde erhöht, der Zugang zu den Offizierstellen jedem Talente eröffnet, dem Soldaten jedes bürgerliche Recht vorbehalten für die Zeit, in der er sich nicht in aktivem Dienst befinde.

Da aber neben diesen erfreulichen Dingen nicht das mindeste für die Herstellung der Zucht geschah, wohl aber die reaktionäre und verräterische Stimmung der Offiziere in endloser Wiederholung angeklagt wurde, stieg die Auflösung während des Frühlings zu einer erschreckenden Höhe. Volk und Soldaten waren überzeugt, daß jene bei dem ersten Angriffe der Ausgewanderten übertreten würden. Es schien ein Verrat am Vaterlande, wenn man ihnen nicht zuvorkäme, wenn man sie in ihrer Stellung, besonders in den Grenzbesatzungen, beließe. Wer Unordnungen wünschte, konnte kein dankbareres Thema ersinnen. In den ersten Tagen des Mai, gleichzeitig mit den kirchlichen Tumulten des Binnenlandes, loderte die Flamme an der ganzen sardinischen Grenze entlang in die Höhe. Es war planmäßige Verschwörung dabei, denn es steht fest, daß die Aufstände bei den Pariser Jakobinern im voraus angekündigt waren[1]); es war aber auch mehr als Verschwörung, eine weitverbreitete Stimmung nämlich im Lande, welche den Führern eifrig entgegenkam. Zu gleicher Zeit stürmte das Volk in Marseille die Forts[2]), in Grenoble und Montpellier die Citadelle, in Toulon das Arsenal, um sich zu bewaffnen und die Pläne der inneren und äußeren Verräter zu Schanden zu machen. Die Ortsbehörden waren machtlos, die Nationalversammlung lange unsicher; endlich erließ sie Dekrete im Sinne der Ordnung, die aber zur wirklichen Herstellung bei weitem zu schwach waren und zu spät kamen.

Dies war die Lage der Dinge im Inneren, als die Botschaft über Nootkasund die Möglichkeit eines Krieges scharf in den Gesichtskreis der Nationalversammlung rückte. Die

---

[1]) Davon erwähnt L. Blanc nichts; er erzählt dafür von einem royalistischen Komplott des Marschalls Maillebois, das aber auf einen Plan des unsteten und unruhigen Offiziers hinausläuft, die Höfe von Turin, Madrid, den Haag für eine bewaffnete Konterrevolution zu bearbeiten.

[2]) In Marseille war seit 1789 großer Zwiespalt zwischen Militär und Civil; die dortigen Händel gaben Mirabeau und C. Lameth Anlaß, die Jurisdiktion der Grand-Prévots beseitigen zu lassen. Poisson I, 208 ff.

Aufregung, welche sie hervorrief, ist uns jetzt doppelt begreiflich. Die Schreckbilder, die man sich bisher aus freier Phantasie erschaffen, schienen plötzlich eine vernichtende Wirklichkeit zu gewinnen. Es war schwerlich ganz ohne eigene Besorgnis geredet, als Lameth ausrief, es handele sich um einen Krieg der Könige gegen die Völker. Als dann die vermeintliche Gefahr beseitigt worden, war es wieder ganz der menschlichen Natur entsprechend, daß die Verdächtigungen gegen König, Adel und Offiziere in verstärktem Maße erneuert wurden. Denn so sehr die Jakobiner den Krieg fürchteten, so sehr fanden sie ihre Rechnung bei den Kriegsgerüchten. Bei jeder Wiederholung des Satzes, daß die Könige einen Bund gegen die Freiheit schmiedeten, fiel ein Blick des Mißtrauens auf Ludwig XVI. zurück. Jede Sorge über einen Angriff der Emigranten schärfte bei Volk und Soldaten die Erbitterung gegen die aristokratisch gesinnten Offiziere. Auswärtige Propaganda, Adelshaß, militärische Insubordination, eines hob und beförderte das andere. Gerade in diesen Tagen nun stellte die Stadt Lyon das Beispiel einer Verbrüderung, wie sie damals so häufig vorkamen, im großen auf: über 50 000 Nationalgarden schworen unter festlichem Gepränge Treue der Verfassung, der Nationalversammlung und dem Könige. In Paris gab dies Veranlassung zu dem Gedanken, in einer erhebenden Feier am Jahrestage des Bastillesturmes ganz Frankreich in einem einzigen Bundesschwure zu vereinigen, Vertreter aller Departements, Nationalgarden und Truppenteile auf dem Marsfelde zu versammeln und damit der revolutionären Begeisterung und Eintracht einen neuen Schwung zu geben. Der Vorschlag zündete, kaum ausgesprochen, gewaltig. Der König und die Nationalversammlung genehmigten ihn, alle Parteien suchten sich seiner Folgen im voraus zu bemächtigen, und die verschiedenartigsten Verhandlungen wurden an ihn angeknüpft. Die Jakobiner blieben, wie man denken kann, nicht zurück; die obigen Bemerkungen werden das Folgende in sein rechtes Licht stellen.

Nachdem die Vereinigung der drei Stände und die Nacht

des 4. August der Kirche und dem Adel ihre politischen Vorrechte genommen hatten, war man jetzt im Begriffe, die alte Kirche völlig zu beseitigen. Es schien nicht mehr als folgerichtig, ein gleiches Verfahren auch gegen den zweiten der alten Stände, gegen den Adel, zu eröffnen. Wann der Gedanke zuerst auf die Bahn gebracht wurde, ist unbekannt; die nächsten Urheber waren, soweit man sehen kann, die adligen Führer der Jakobiner, Lameth, Aiguillon, Saint Fargeau. Dieses Mal hatten sie von Lafayette keinen Widerspruch zu besorgen; er erinnerte sich, wie der Kampf über die Kriegsfrage seiner Volksgunst gefährlich gewesen, er stimmte hier aber auch von Herzen mit allen Folgerungen der Jakobiner überein. Schon am 4. Juni fand Mirabeau ihn und seine näheren Freunde in voller Hitze [1]) für die Abschaffung des Adels und der Orden und ließ sie seinen Spott über ihre Begeisterung bei solch einem Gegenstande empfinden. Vierzehn Tage später war bereits alle Welt erfüllt von den Vorbereitungen des Verbrüderungsfestes: da meldete sich am 19. bei der Nationalversammlung die Deputation eines Ausschusses der Fremden, um zu dem Feste Zulassung zu erbitten. Der preußische Baron Cloots führte darauf als Redner des Menschengeschlechts eine Anzahl Personen in den Saal, die in alle Nationaltrachten der Pariser Theatergarderoben gekleidet waren [2]), donnerte gegen die Gewaltigen des Erdkreises, stellte die Vertreter aller Völker vor und forderte Frankreich auf, das Zeichen zur Befreiung zweier Welten zu geben. Großer Beifall erklang von allen Seiten, und der Präsident erteilte die gewünschte Erlaubnis unter der bezeichnenden Bedingung, daß sie in der Heimat verkündeten, was sie auf dem freien Boden Frankreichs gesehen hätten. Diese Posse schien ein würdiger Eingang zu dem eigentlichen Gegenstande des Abends.

---

[1]) Très épouffés. Brief an La Marck s. h. d.

[2]) L. Blanc, Buch IV. Kap. 15 citiert dagegen eine öffentliche Erklärung des Barons: sein Türke und Chaldäer seien gelehrte Orientalisten, die wohlbekannt auf der königlichen Bibliothek und dem collège royal seien.

Wenn die fremden Völker gegenwärtig seien, hob Lameth an, fordere die Schicklichkeit, daß man von der Statue Ludwigs XIV. die gefesselten Bilder der besiegten Nationen entferne. Es sei überhaupt an der Zeit, fiel ein zweiter ein, alle Abzeichen des Stolzes und der Hoffart aus dem Lande der natürlichen Freiheit und Gleichheit zu verbannen. Alle Adelstitel, rief ein sonst unbekannter Deputierter, Lambel, sind abzuschaffen. Das entscheidende Wort war gefallen. Lameth und Lafayette erhoben sich um die Wette, die Rednerbühne sich streitig machend, um ihre kräftige Zustimmung auszudrücken. Der eifrige und endlich tumultuarische Widerstand der Rechten war vergeblich, unter dem Tosen der Galerien wurde der Beschluß im Sturme durchgesetzt.

Was sich über den Gegenstand dieser Debatte für einen idealen oder neuentstehenden Staat sagen läßt, denke ich hier nicht zu wiederholen. Die entscheidende Richterin, die geschichtliche Erfahrung, hat für Frankreich wie für jedes alterwachsene Volk gezeigt, daß ein vorhandener Adel sich nicht mit einem Gesetze aufheben, sondern nur durch Aenderung der Zustände allmählich umschmelzen läßt. Was hierfür in dem damaligen Frankreich geschehen konnte, war mit der Eröffnung aller Ehren für jedes Verdienst, der gerichtlichen Gleichheit und der Freiheit des Grundbesitzes vollständig erreicht. Das Dekret des 19. Juni konnte keine anderen Folgen haben und hat keine anderen gehabt als Vermehrung der Feinde und der Erbitterung gegen die Revolution. Es gehört in jeder Beziehung mit der Civilverfassung des Klerus auf eine Linie. Wie diese ohne Befugnis noch Bedürfnis die Staatsallmacht über hundertmal anerkannten Rechtszustand erklärte, so jenes über die vorhandenen Begriffe von Sitte und Ehre. Mag der Inhalt des einen Gesetzes einer nichtkatholischen, die Tendenz des anderen einer demokratischen Gesinnung noch so wünschenswert erscheinen, immer verletzte die Nationalversammlung die ewige Regel, daß der Inhalt des Gesetzes sich den gegebenen Menschen anfügen muß, wenn das gegebene Gesetz den Menschen eine heilige Autorität sein soll. Adel und

Klerus hatten bis dahin, nicht bloß einer äußeren Notwendigkeit folgend, der Revolution ihre Vorrechte zum Opfer gebracht. Gerade die Frömmsten unter den Bischöfen, die Angesehensten unter den Pfarrern, die Tüchtigsten unter dem Adel hatten mit uneigennütziger Begeisterung sich selbst an der Revolution beteiligt. Auch wer von den Ausschweifungen derselben hart getroffen wurde, hatte sich ehrlich bekannt, daß er nicht grollen dürfe, wenn sein Stand jetzt die Folgen der eigenen Fehltritte trage. Durch die neuen Beschlüsse aber erhielten diese Stände zu dem Kampfe gegen die Revolution die unschätzbare Kraft des guten Gewissens. Wo sich unter ihnen ein Ehrenmann fand, sah er sich hinweggestoßen von einer Sache, deren großen positiven Bestand er so gut wie einer der Tageshelden im Herzen getragen hatte. Wohl hatten die Genossen des Grafen Artois Ursache, über Maßregeln zu jubeln, die eine Menge Elemente in ihren Bund drängten, von denen vielleicht neunundneunzig Hundertstel sonst den Gewinn des 14. Juli mit Gut und Blut verteidigt hätten. Freuen mochten sich auch die Jakobiner, denen an der Unmöglichkeit jeder neuen Ordnung gelegen war. Nichts aber übertrifft die Verblendung des eitlen und leeren Menschen, dessen Mund von Ordnung überfloß, und der die Zerstörung mit prunkender Gutmütigkeit aussäete, des Generals Lafayette.

Zwischen all diesen Ereignissen zog sich die lange Verhandlung über die Civilverfassung des Klerus unermüdlich fort. Das Ergebnis war vorauszusehen. Sie endigte am 12. Juli[1]) in demselben Geiste, in dem sie begonnen hatte, als die Besiegelung des Bürgerkrieges in Frankreich.

Zwei Tage nachher feierte man die große Verbrüderung der französischen Nation. Wer wollte es wagen, an der patriotischen Gesinnung und der vollen Begeisterung der Tausende zu zweifeln, die hier, von Pyrenäen, Rhein und Ocean her vereinigt, in ihren redlichen Hoffnungen eine Garantie für ihre Zukunft erblickten? Es würde aber eine

[1]) Gesamtredaktion 24. Juli.

unschuldigere Welt dazu gehören, um allein mit Begeisterung und mit Hoffnung einen Staat zu erbauen und eine Revolution zu schließen. Eine Thatsache stellte sich zweifellos an jenem zweiten 14. Juli heraus. War der Gewinn des vorigen Sommers, der Sturz des Feudalstaates, ein Erzeugnis allgemeiner Zustimmung und der handelnden Stärke Frankreichs, so waren die bevorstehenden Siege der anarchischen Partei nur möglich durch allgemeines Zulassen und ein Zeugnis der Schwäche des Volkes. Denn so wenig wie einst in den Wahlmandaten fand die Lehre der Pariser Demokratie bei den Vertretern des Bruderfestes ihre Stätte. Unter dem allgemeinen Jubel sah diese Partei sich einsam. Ihre Blätter machten, halb ingrimmig, halb niedergedrückt, die Entdeckung, die Feier sei erfunden worden, um den Royalismus in Frankreich zu verbreiten: das Fest, rief Marat, sollte das Volk durch Kinderspiel ergötzen, um es dann in Ketten zu schlagen; die Föderierten, erklärte Loustalot, sind als Spartaner hergekommen und als Sybariten und Heloten zurückgekehrt [1]). Sie hatten sich um Lafayette geschart und Ludwig XIV. in unablässiger Wiederholung hochleben lassen.

Bald genug mochte sich die Demokratie von ihren Besorgnissen erholen. Das Leuchten des Festjubels ging vorüber, die Unverträglichkeit der Parteien, die zersetzenden Einrichtungen und Grundsätze blieben. Immer neue Gerüchte von freiheitsfeindlichen Verschwörungen tauchten auf, immer bestimmter redeten die Jakobiner von der herandrohenden deutschen Intervention, immer heftiger brach der Haß der Widersacher in der Nationalversammlung, in der Presse, in den Volksmassen an das Licht hervor. Marat verkündete in einem Flugblatt: „Es ist um uns geschehen“, den vom Hofe begünstigten Anmarsch der deutschen Heere, forderte Einsperrung des Königs und der Königin und Hinrichtung von fünf- oder sechshundert Freiheitsfeinden: die Nationalversammlung befahl darauf unter stürmischen Verhandlungen

---

[1]) Rév. de Paris 1790, N. 156. Ami du peuple N. 166.

seine peinliche Verfolgung. Andererseits veranlaßte damals die Regierung den Gerichtshof des Chatelet, die Ergebnisse seiner Untersuchung über den 6. Oktober vorzulegen, und die leidenschaftliche Erregung brauste hoch auf, als darin — wir wissen, mit wie viel Recht und Unrecht — zwei Mitglieder des Hauses, Orleans und Mirabeau, als Urheber des Attentats erschienen. Es kam darüber zu Verhandlungen, bei welchen die Parteien bis hart an den Faustkampf gelangten; die Kavaliere der Rechten begannen zu gleicher Zeit, in planmäßiger Weise die Führer der liberalen Parteien mit Beleidigungen aller Art zum Zweikampf zu zwingen, und wurden deshalb von der gegnerischen Presse als mordlustige Banditen gebrandmarkt. Erheblicher als diese einzelnen Händel, welche zwar die glühende Stimmung charakterisierten, sonst aber ohne thatsächliche Folgen blieben, war der Umstand, daß in einer der wichtigsten Institutionen des Staates, in dem Heere, die längst vorhandenen Spaltungen durch das Gesetz über die Abschaffung des Adels unendlich erweitert und vergiftet wurden. Die meisten Offiziere waren seitdem wirklich, wofür man sie bisher nur ausgegeben, entschlossene Feinde der Revolution. Der Beschluß, schrieb Mirabeau, hat dem Bürgerkriege die Fackel entzündet und die Waffen geschmiedet. Um so weniger kannten die Soldaten, in Zorn und Selbstgefühl gesteigert, noch eine Schranke der Zuchtlosigkeit. Die demokratische Presse that das Ihrige; Marat vor allem war unermüdlich, sie zur offenen Gewalt, zur Ermordung ihrer verräterischen Offiziere aufzufordern. Auch blieb es nicht lange bei bloßen Wortgefechten. Unaufhörlich kamen die Meldungen immer schwererer Ausschreitungen, immer weiter griff die Auflösung um sich. Hier verhafteten die Soldaten ihren Obersten, dort jagten sie einen Lieutenant fort; hier war eine ganze Besatzung widerspenstig, dort fochten mehrere Regimenter ihre politischen Händel durch Straßengefechte aus. So ungern die Nationalversammlung an irgend eine Maßregel der Strenge ging, so konnte sie doch zuletzt die wüste Gemeinheit nicht mehr mit politischer Freiheitsliebe bemänteln.

Am 6. August verbot sie die Klubs in den Regimentern, forderte zur strengen Einhaltung der Disciplinargesetze auf und befahl die Untersuchung der Regimentskassen, deren Führung bisher einen ewigen Streitpunkt zwischen Soldaten und Offizieren gebildet hatte. Auf Mirabeaus energischen Antrag aber, das ganze Heer aufzulösen und von Grund aus neu zu bilden, antwortete Marat in seiner Zeitung, die Pariser müßten achthundert Galgen für die Unterstützer desselben errichten und den nichtswürdigen Verräter Mirabeau an ihrer Spitze aufknüpfen. Als die Versammlung sah, an welche Lieblingsfrage der Pariser Demagogen sie die Hand zu legen im Begriffe stand, zog sie sich scheu zurück und gab dem Antrag keine Folge. Vierzehn Tage später war der Ausbruch da. In Nancy empörten sich drei ganze Regimenter, wieder auf Anlaß eines Kassenstreites, wurden Meister der Stadt, verstärkten sich durch den bewaffneten Pöbel und hatten allen Grund, auf den Anschluß der benachbarten Garnisonen zu hoffen. Man sah die Anarchie in ihrer rohesten und niedrigsten Form vor Augen, den reinen Drang nach Ungebundenheit ohne irgend ein politisches oder ideales Streben. Die Nationalversammlung zauderte, was hätten auch Beschlüsse und Erklärungen in solcher Lage vermocht? Da entschied die rasche Energie des Generals Bouillé, eines mutigen und fähigen Offiziers, der im amerikanischen Kriege sich 1778 in der Verteidigung der französischen Antillen einen glänzenden Ruf erworben und trotz seiner strammen militärischen Haltung durch Festigkeit und Entschlossenheit die volle Neigung auch der Bürgerschaft in seiner Garnison Metz gewonnen hatte [1]. Nachdem Regierung und Nationalversammlung die Erdrückung des Aufstandes befohlen, nahm er zusammen, was er an zuverlässigen Truppen in der Provinz besaß, meistens Deutsche, Schweizer und Reiterregimenter, dazu einige hundert Nationalgarden, zusammen etwa 3000 Mann, schüchterte einen Teil der Rebellen durch seine stolze Sicherheit ein und warf die übrigen

[1] Poisson I, 242 ff.

in einem entsetzlichen Blutbad zusammen. Eines der empörten Regimenter wurde bis auf 40 Mann niedergemacht.

Die Nationalversammlung, der in diesem Augenblicke die Bewegung selbst über den Kopf gewachsen war, drückte trotz Robespierres Widerspruch dem rettenden Feldherrn ihren Dank aus. Vor ihren Thüren aber und unter den Fenstern der Tuilerien tobten die Massen des Pöbels, forderten mit wildem Geschrei die Entlassung der bluttriefenden Minister und kündigten eine neue große Revolution an.

Bald kam auch die Nationalversammlung wieder in das gewohnte Geleise zurück. Das Ereignis beschleunigte den Drang auf gesetzliche Organisationen, und hier entschied wieder wie immer das Mißtrauen gegen alles, was der Regierung Macht oder Einfluß geben könnte. Zwar hatte ein Disciplinargesetz, welches am 14. September vollendet wurde, durchgehends vernünftige Bestimmungen, desto mehr aber waren zwei andere Beschlüsse geeignet, die durch den augenblicklichen Schrecken kaum befestigte Ordnung von neuem zu untergraben. Nach dem einen wurde der größte Teil der Beförderungen dem Könige entzogen. Nur die Ernennung der Marschälle und kommandierenden Generale blieb ihm ganz, bei den übrigen Offizierstellen sollte in der Mehrzahl der Fälle das Dienstalter beobachtet, die Ernennung der Unteroffiziere aber in der Weise vollzogen werden, daß die Unteroffiziere der Kompanie dazu die fähigsten Soldaten dem Hauptmann und dem Obersten vorschlügen. Zur reinen Anwendung des Wahlverfahrens von unten herauf hatte man sich noch nicht entschließen können und einstweilen alle denkbaren Systeme unhaltbar genug gemischt. Das zweite Dekret betraf die Militärgerichte. Danach sollten nur militärische Vergehen den bürgerlichen Richtern entzogen, jede Anzeige von dem Urheber unterzeichnet sein, die Anklage sowohl als das Urteil durch eine besondere Jury beschlossen, die Juries aus Mitgliedern aller Grade bis herab zu dem doppelt vertretenen Grade des Verklagten gebildet, endlich die Geschworenen nach fester Reihenfolge aus den Mitgliedern aller Grade genommen werden. Von

irgend einem Einflusse der Oberbehörden auf die Bildung des Gerichts war mithin keine Rede.

Es war hiernach begreiflich, wenn zwar fürs erste keine offene Empörung wie zu Nancy wieder eintrat, die Festigkeit aber und Zuverlässigkeit des Heeres nicht die geringste Sicherung erhielt. Kein Oberst hätte, mit Ausnahme der angeworbenen Deutschen und Schweizerregimenter, für die Treue und Ordnung seiner Truppen einstehen können. Dazu verfiel wie die moralische so auch die materielle Tüchtigkeit des Heeres. Allerdings wurde im Laufe des Herbstes und Winters eine neue Einrichtung desselben in allen Einzelheiten verfügt, deren Grundsätze eine wesentlich bleibende Geltung behauptet haben. Es verschwanden die früheren bevorzugten Corps, die alten Namen der Regimenter und ihre Inhaber, die Ungleichmäßigkeit der Einrichtung bei verschiedenen Truppenteilen, die vielfachen Uebelstände in der Form der früheren Heeresverwaltung. Aber die Schwierigkeiten des neuen Zustandes wurden damit nicht gehoben. Es war vergebens, daß der Kriegsminister de la Tour vorstellte, wie die Armee nur noch 124 000 Mann zählte und die Anarchie der letzten fünfzehn Monate einen Ausfall von mehr als 30 000 Mann verursacht hatte, wie die für das Militärbudget ausgeworfenen 84 Millionen völlig unzulänglich waren, namentlich seit der mit dem 1. Mai begonnenen, an sich sehr begründeten Solderhöhung der Unteroffiziere und Gemeinen [1]). Die Nationalversammlung mochte über Rüstungen und Waffnungen verfügen, sie mochte die dazu nötigen Ausgaben bewilligen und dem Minister zur Verwendung anweisen: was halfen alle Beschlüsse, wenn die Kassen leer blieben, der Minister durch die immer drückendere Feindseligkeit der Versammlung entmutigt, durch die

[1]) Eine sehr gründliche Zusammenstellung aus den Akten im tableau historique de la guerre de la révolution. Paris 1803, I. 147 ff., einem Buche, das von der späteren französischen Litteratur bei weitem nicht nach Verdienst benutzt worden ist. Weiteres bei Poisson I. 314 ff.

Ungebundenheit aller Behörden bei jedem Schritte der Ausführung gehemmt wurde?

Von dem Könige und einer durch ihn etwa zu versuchenden Reaktion war das Heer unwiderruflich geschieden. Um dies Ziel zu erreichen, hatte man es demoralisiert, zum Widerstande gegen jeden Straßenunfug und Bauerntumult unbrauchbar und seine Fähigkeit in einem auswärtigen Kriege zweifelhaft gemacht. Wenn es künftig dennoch einem genialen Feldherrn gelingen sollte, diese gärenden und zerfallenden Massen zusammenzuschließen und neu zu beleben, so gäbe es für dieselben schlechterdings kein anderes Ansehen mehr als die Person ihres gefeierten Führers. Die Nationalversammlung ließ durch ihre Behandlung des Heerwesens dem französischen Volke nur zwischen militärischer Wehrlosigkeit und der Diktatur des Säbels die Wahl. Für uns ist es doppelt leicht, dies Urteil aus dem Erfolge festzustellen, aber auch damals blieb die Versammlung nicht ungewarnt. Der gedankenreichste Staatsmann der englischen Whigs, Edmund Burke, welcher seit dem Beginne der Revolution die Ursachen ihres Mißlingens mit lebhaftem Nachdrucke verkündet hatte, sagte schon im Oktober 1790 ihren Abschluß durch eine unbedingte Militärgewalt voraus.

Viertes Kapitel.

Oekonomische Verhältnisse.

Der Sommer 1790 brachte Frankreich nicht bloß den Religionskrieg und die Soldatentumulte. Um das Bild der Leiden, welche damals das ausgedehnte Reich durchwühlten, zu vervollständigen, muß man noch die Arbeiteraufstände und den Bauernkrieg hinzunehmen. Es ist wohl der bedeutendste Mangel in den früheren Geschichten der Revolution, daß sie über diese Vorgänge ein tiefes Schweigen be-

obachten, so daß lange Zeit der Satz allgemeine Geltung hatte, das vorige Jahrhundert habe nur eine politische und erst das jetzige eine sociale Revolution angestrebt, der erste Urheber aber der socialen Bewegung in Frankreich sei Baboeuf gewesen. Seit einigen Jahren hat sich der Blick für diese Dinge geschärft, und so ist es denn mehrfach ausgesprochen worden, wenigstens die äußersten Kommunisten hätten in dem jakobinischen Abschnitte der großen Revolution bereits ihr Vorbild gehabt. Einmal aber fehlt noch sehr viel daran, daß man nach diesem Gesichtspunkte die äußere Geschichte der Revolution hinreichend aufgehellt hätte: sodann ist jene Behauptung an sich selbst noch immer zu enge gefaßt. Auch die übrigen Richtungen des modernen Socialismus haben im vorigen Jahrhundert ihre Vertreter: neben dem Begehr der eigentlichen Kommunisten, der unmittelbaren Uebertragung alles Besitzes auf den Staat, findet sich in gleicher Wichtigkeit das Streben, unter Anerkennung des Privateigens dem Staate die Verfügung darüber durch indirekte Mittel zuzuwenden. Ja man wird behaupten können, daß kein Vorschlag der heutigen Schulen im Jahre 1790 übersehen worden ist: alles Neue des letzten Jahrzehntes beschränkt sich auf die theoretischen Beweisformeln und philosophischen Verbrämungen des Systems. Für die Wirkungen desselben ist demnach jene ältere Zeit in jedem Sinne lehrreich: ich gehe schon deshalb etwas ausführlicher darauf ein, weil von hier an kein wichtiger Punkt der Revolutionsgeschichte von dieser Strömung unberührt bleibt.

Wenn im Frühling 1790 die Jakobiner die Revolution für nicht vollendet erklärten und auf Fortsetzung der Unruhen hinarbeiteten, so gab es nur zwei Titel, wodurch sie im Lande für ihre Wünsche eine Macht in Bewegung setzen konnten.

Der eine war die Furcht vor Reaktion. Viele wackere Männer glaubten, im Augenblicke seien sie zwar frei genug, aber man dürfe den König überhaupt nicht zu Atem kommen lassen, weil er sonst die Volksfreiheit gleich wieder ersticken würde. Die Zahl dieser Mißtrauischen war groß,

aber ihre Thätigkeit nicht erheblich, da sie im Grunde des Herzens die Rückkehr der Ordnung selbst auf das lebhafteste wünschten.

Andere aber, und gerade die Schlagfertigsten, dachten sich unter Freiheit überhaupt das Gegenteil aller Regierung, nämlich die Fähigkeit, jedes augenblickliche Gelüsten ihres Herzens zu befriedigen. Für diese war die Revolution unvollendet, solange überhaupt eine Verfassung in gebietender Herrschaft bestand: reaktionär war ihnen jeder, der in irgend einer Verfassung die Regierung zu sichern unternahm. Eine solche Gesinnung, deren Früchte auf dem politischen Felde wir schon sattsam kennen gelernt, fand, wie begreiflich, ihren schärfsten Ausdruck in den ökonomischen und socialen Zuständen. Denn hier haben die unbändigsten Triebe des Menschen, Eitelkeit, Hunger und Genußsucht, ihre Stätte. Bei den politischen Fragen im engeren Sinne, Staatsform und Staatsgewalt, handelt es sich um die feinere Leidenschaft des Ehrgeizes oder um ideale Bestrebungen, die nur den Gebildeten zu heißer Aufregung steigern können. Die Masse aber der niederen Volksschichten, deren Aufbruch den Revolutionen erst ihre vulkanische Kraft verleiht, bedarf einfacherer und stärkerer Mittel zur Bewegung. Es hat noch nie eine große Revolution gegeben, die nicht eine sociale — oder eine religiöse gewesen wäre.

Das große Prinzip des Jahres 1789 lautet auf Freiheit der Arbeit und des Eigentums, auf Gleichheit des Staatsschutzes für jeden Arbeiter und Eigentümer. Hierin ist alles beschlossen. Denn wer etwa noch die brüderliche Vereinigung der Arbeiter hinzunehmen wollte, müßte sich doch sogleich erinnern, daß diese nur die freie That der einzelnen sein kann, wenn sie eine brüderliche und vorteilhafte bleiben soll. Dieses Prinzip fand seinen Ausdruck gleich in den ersten Monaten der Nationalversammlung, teils bei den Beschlüssen des 4. August, teils in der Erlaubnis des freien Darleihens, wodurch die Bewegung des Kredits zum ersten Male in Frankreich gesetzliche Bestätigung erhielt. Der Staat verzichtete mit jenen Beschlüssen

auf jeden Eingriff in die ökonomische Arbeit: das System der freien Konkurrenz wurde für die Zukunft Frankreichs eingesetzt.

Es war der gerade Gegensatz zu den Grundsätzen des Feudalstaates. Dieser betrachtete die politische Macht als Privateigentum des jedesmaligen Inhabers, woraus sich von selbst ergab, daß er sie wie jeden anderen Besitz zu Privatzwecken gebrauchen und durch sie die Arbeit der anderen seinem Vorteil unterwerfen konnte. Die Folge war in dem alten Frankreich die Ausbeutung der niederen Klassen durch die höheren, die Wirkung auf beiden Seiten Verarmung und Entsittlichung gewesen. Sie fiel brennend genug in das Auge, um die Nationalversammlung zum raschen Sturze des Systems zu veranlassen. Leider aber trat in demselben Augenblick eine Entwickelung ein, deren Folgen auch den heutigen Gegnern der freien Arbeit die Allgemeingültigkeit ihrer Gesetze darthun kann. Frankreich bereitete sich die Erfahrung, daß jede Abweichung davon sich gleich furchtbar bestraft, möge sie nun auf Begünstigung des Fürsten oder des Adels, der Kapitalisten oder der Proletarier ausgehen.

Kaum war es ausgesprochen, daß der politische Machthaber sich nicht mehr auf Kosten des Volkes bereichern solle, so erinnerte sich die hungerige Masse, daß sie selbst soeben die politische Macht erlangt hatte. Statt den Grundsatz des Feudalstaates zu verneinen, dachte sie darauf, ihn umzukehren. Hatte früher die Staatsgewalt gedient, das Eigentum der Reichen zu mehren, so schien es nicht mehr als billig, daß sie jetzt auch den Armen einmal zu gute komme. Also nicht bloß Freiheit der Arbeit, damit ein jeder erwerben könne, sondern auch ohne Arbeit Gleichheit der Genüsse, für welche der Staat einzustehen habe. Der Staat mußte hiernach auf der einen Seite stark genug sein, um sich nötigenfalls aller Besitztümer zur Austeilung zu bemächtigen, und auf der anderen den Zugang zur Gewalt weit genug eröffnen, um jedem Proletarier die Verwirklichung gerade seiner Wünsche zu sichern. Wir haben ge-

sehen, daß die letzte Forderung durch die Beschlüsse von 1790 hinreichend befriedigt war, da der kleinste Tagelöhner größeres Ansehen als sein Bürgermeister und dieser bedeutendere Macht als der Minister besaß. Immer aber bedeuteten die Aktivbürger noch etwas im Lande, immer bestanden die Civilgesetze über mein und dein noch fort, und ehe der ideale Zustand des allgemeinen Genießens völlig in das Werk gesetzt werden konnte, stand noch mancher harte Kampf bevor. Dies war die praktische Bedeutung der Frage, ob die Revolution vollendet oder geschlossen werden sollte.

Die Nationalversammlung nahm zu der socialen Frage eine ähnliche Stellung wie zu der politischen ein. Sie wollte entfernt nicht, was ihr von der äußersten Linken zugemutet wurde. Sie verwarf die Gütergemeinschaft ebenso wie die Republik. Aber sie ließ sich durch falsche Auffassung der Freiheit, hier der politischen, dort der ökonomischen, zu Vordersätzen verleiten, aus welchen die demokratische und folglich auch die sociale Republik, die Willkürherrschaft der Proletarier und folglich die Vernichtung des Eigentums mit unaufhaltsamer Notwendigkeit folgte.

Wir kennen ihre ersten finanziellen Operationen und den ungenügenden Ausgang derselben. Das erste Jahr der Revolution schloß demnach mit einem Rückstand in der Einnahme von 177 Millionen, die letzten Monate von 1790 ließen sogar ein jeder eine Lücke von mehr als 30 Millionen. Die im April geschaffenen Assignaten waren schon gegen Ende August verbraucht und auf der Welt sonst kein Hülfsmittel zu entdecken. Da wiederholte in größerem Maßstabe und mißlicherer Kühnheit Mirabeau sein Spiel vom vorigen November. Das Ministerium Necker lag in den letzten Zügen, fast von allen Parteien verachtet, von der Pariser Volksmasse seit Nancy tödlich gehaßt. Mirabeau hoffte auf baldigen Wechsel und Besetzung der Stellen durch seine Freunde; der Hof schien bereit, und auch Lafayette ließ sich gefügiger als jemals erblicken. Wie auf eine ähnliche Aussicht hin Mirabeau im November die erste Losung zur

Schöpfung des Papiergeldes gegeben, so stand er jetzt nicht an, durch eine neue Ausgabe von Assignaten das letzte verzweifelte Mittel anzuwenden. Er schrieb der Königin, einstehen für den Erfolg könne niemand, aber es sei der einzige mögliche Weg. Die Erklärung des Staatsbankerottes schien ihm gefährlicher als der Bürgerkrieg selbst, den er thatsächlich schon für begonnen erachtete. Denn der innere Krieg werde neben allen gräßlichen auch die starken und guten Eigenschaften der Menschen wieder in das Leben rufen, während der Bankerott durch einen Aufstand aller Nichtbesitzer nichts als Begier und brutale Genußsucht entflammen könne. Diese Bemerkung war, wie die Dinge lagen, von furchtbarer Richtigkeit: nur stand ebenso fest, daß ohne Herstellung der Staatsordnung jede einseitige Finanzmaßregel den Bankerott zwar in die Ferne rücken, dann aber doppelt entsetzlich machen müsse. Mirabeau drang denn auch ebenso nachdrücklich auf Ministerwechsel wie auf Assignaten, und in der That schied Necker am 10. September ohne Bedauern von irgend einer Seite aus, nicht aber ohne nachdrückliche Warnung gegen die Assignaten zu hinterlassen. Diese hatten darauf in der Versammlung einen um so schwereren Stand, als sich der Einfluß der großen Pariser Geldmänner mit dem Proteste der Rechten und der Abneigung Lafayettes vereinigte. Nichtsdestoweniger drang mit dem Ende des Monates Mirabeau durch. Die Jakobiner waren in dieser Frage für ihn, und vor allem wog der Wille der Pariser Bevölkerung, die das neue Papier wie einen himmlisch befruchtenden Regen betrachtete. 800 Millionen sollten neu fabriziert und zur Tilgung der Staatsschuld verwandt, jedoch nicht mehr als 1200 Millionen in Umlauf gesetzt werden.

Wenn aber Mirabeau dadurch für eine Verwaltung, die er als die seinige hätte betrachten können, gesorgt zu haben glaubte, so mußte er bald seine Täuschung erkennen. Zunächst fiel ihm Lafayette völlig ab und verband sich bei wichtigen Gesetzgebungsfragen gegen Mirabeau mit den Jakobinern. Darauf gab es einige Tumulte in Paris,

durch welche der Hof wieder ganz in Lafayettes Abhängigkeit zurückgedrängt wurde. Die Minister blieben zähe auf ihren Posten, und als endlich Mirabeau, ohne den Hof weiter zu fragen, sie am 21. Oktober durch den Antrag eines massiven Mißtrauensvotums auseinandersprengte [1]), war es nach vielfachem Zaudern endlich doch Lafayette, der ihre Nachfolger ernannte. Es blieb also ganz bei der bisherigen Nichtigkeit und Schlepperei, und schon nach kurzer Frist konnte man voraussehen, daß die 800 Millionen den Weg ihrer Vorgänger nehmen würden. Alle Welt empfand es und war mit Besorgnissen erfüllt. Wiederholt wurde auf der Tribüne erklärt, mit dem 1. Januar müsse eine neue Zeit für die Finanzen beginnen: so gelangte man endlich zu der oft angekündigten Umgestaltung des gesamten Steuersystems.

Die Grundlage dazu gab die Ermittelung der Staatsbedürfnisse, die nach langen Erörterungen auf 580 Millionen für den Staat und 60 für die Departements, außerdem für 1791 auf 76 Millionen außerordentliche Ausgaben festgestellt wurden, mithin auf eine Summe, die von dem Budget des alten Regimes, die Zehnten eingerechnet, um etwa 100 Millionen entfernt blieb. Leider waren diese Ziffern größtenteils trügerisch. Man rechnete z. B. für die Verzinsung der Staatsschuld und die Pensionen des Klerus 302 Millionen, wobei der Ansatz vielleicht um 30 Millionen zu niedrig war; man setzte die Kosten der Steuererhebung auf 8 Millionen, während sie, nur auf sechs Prozent des Betrages geschätzt, schon 31 austrugen. Die Kirche war auf 67, das Heer von 99 auf 89, die Pensionen von 29 auf 12 Millionen herabgebracht, Summen, mit denen entweder gar nicht oder nur mit den schädlichsten Folgen und offener Gewaltsamkeit auszukommen war. Allein

[1]) Seine Briefe an La Marck zeigen, daß er der Urheber des Antrags war. Die Nationalversammlung lehnte zwar den förmlichen Beschluß auf Beseitigung der Minister ab, die Debatte aber wirkte so energisch, daß binnen vierzehn Tagen das Kabinett aufgelöst war.

um keinen Preis hätte man eingestanden, daß durch die Revolution die Last der Ausgaben vermehrt worden; man wollte der Rechten einen solchen Triumph nicht zulassen, man traute dem Volke nicht die Berechnung zu, daß die Hülfsquellen durch den 4. August 1789 in noch größerem Maße als die Ausgaben wachsen würden. Man behielt also eine falsche Grundlage bei und verfügte gleich damit die Fortdauer der bisherigen Unordnung in den Finanzen.

640 Millionen also waren für den regelmäßigen Dienst zu beschaffen. Davon sollten die Nationalgüter 60, die Staatsforsten 15, die Salzteiche 3, eine Abschlagzahlung der Amerikaner 4 Millionen liefern: es wurde dazu bemerkt, daß die Nationalgüter unter der elenden Verwaltung der Gemeindebehörden höchstens 40 Millionen abwerfen würden; man ging aber darüber hinweg, da der Posten überhaupt nur ein vorübergehender war und für künftige Zeiten der Verkauf der Güter viele Millionen von der Schuldenlast beseitigen sollte. Ferner setzte man auf den ordentlichen Etat, ohne Bedenken noch Widerspruch, 32 Millionen als die Hälfte der Salz- und Tabakvorräte, welche der Staat noch aus der alten Zeit auf seinem Lager hatte, obgleich eine Erneuerung derselben nicht bevorstand, sodann 34 Millionen als ein Drittel der patriotischen Einkommensteuer vom September 1789, obgleich dieselbe mit dem nächsten Jahre ebenfalls zu Ende ging. Indem man alle diese Summen, zusammen 148 Millionen, in Abzug brachte, gewährte man sich das Vergnügen, der Nation eine Herabsetzung der Steuerlast auf kaum 500 Millionen zu verkündigen und seinen Nachfolgern zu überlassen, wie sie mit dem Ausfalle fertig werden mochten.

Die wichtige Frage war nun noch, auf welche Weise die 500 oder, genauer, 492 Millionen Steuern verteilt werden sollten.

Das alte System war eine Ausbeutung der niederen Klassen zu Gunsten des herrschenden Privilegs gewesen. Seine Mittel dazu waren eine verwickelte Verwaltung, die jede Willkür in der Erhebung möglich machte, eine ungleich-

mäßige Verteilung der direkten Abgaben, die eigentlich auf hohe Kopfsteuer der Armen hinausliefen, eine zu hohe Belastung endlich der einfachsten und notdürftigsten Konsumtion.

Die Grundsätze des 4. August forderten eine gerechte und gleichmäßige Heranziehung aller Klassen. Eine solche ist aber, wie alle Erfahrung gezeigt hat, nur durch einsichtige Verbindung der direkten und indirekten Steuern zu erreichen. Denn die Ermittelung und Erhebung der einen wie der anderen läßt sich nur bei einzelnen Klassen des Volkes und einzelnen Kreisen des Erwerbes bis zu einer gewissen Vollkommenheit bringen: sobald man also auf die einen oder die anderen das alleinige Gewicht legt, wird man notwendig die verschiedenen Einnahmequellen der Nation nach ungleichem Maße treffen. Der Natur der Sache nach fallen die direkten Steuern am sichersten auf das erkennbare Kapital, also auf die Grundbesitzer, Beamten und reichen Rentner. Den Verbrauchsteuern dagegen kann sich auch der Aermere nicht entziehen, und insbesondere ist es die städtische Bevölkerung, welche bei der größeren Leichtigkeit der Aufsicht ihnen am sichersten anheimfällt. Wo in einer politischen Bewegung der Ruf nach Herabsetzung der Verbrauchsteuern ertönt, hat man die Gewißheit, daß die städtischen Arbeiterklassen (oder auch die Demagogen, die sich ihrer bedienen) an der Spitze derselben stehen, so wie umgekehrt die Herrschaft des Grundbesitzes notwendig auf das System der indirekten Besteuerung gelangen wird. So hat England in dem letzten Jahrhundert die Grundsteuern allmählich auf ein Sechsunddreißigstel seiner Staatseinnahme herabgebracht, seitdem aber durch das täglich wachsende Gewicht seiner Arbeiterklassen sich genötigt gesehen, auf einen großen Teil der Verbrauchsteuern zu verzichten und dafür zu einer Einkommensteuer zu schreiten. So ist es völlig konsequent, wenn die modernen demokratischen Systeme, welche durchgängig die Masse der städtischen Arbeiter im Auge haben, nur von einer Einkommensteuer wissen wollen und alle indirekten Steuern gänzlich verwerfen. Ihre Ten-

denz hat volle Berechtigung gegenüber einzelnen Punkten des Bestehenden: an sich selbst aber ist es nur ein trügerischer Schein von Menschenliebe, mit dem sich jene Forderung umgiebt. Es klingt recht schön, daß die Last des Staates nur von dem Ueberflusse des Reichen und nicht von dem notwendigen Bedürfnis des Armen erhoben werden soll: allein solange Ueberfluß und Bedürfnis relative Begriffe sind, wird der Staat zuerst gerecht sein müssen, ehe er dritte Personen zur Wohlthätigkeit zwingen darf. Der Gerechtigkeit aber entspricht es, daß der kleine Handwerker so viel zahle wie der kleine Bauer, und daß beide im Verhältnis ihrer Kräfte beisteuern wie der Millionär im Verhältnis der seinigen — nicht aber, daß der Reiche oder der Bauer den Befehl erhalte, dem nichtszahlenden städtischen Arbeiter die Staatsordnung fertig zu liefern. Dies kann erst Rechtens werden, wenn der Staat überhaupt das Recht des Privateigens völlig leugnet, die Verfügung über allen Besitz in seine Hand nimmt und dann seinen Lieblingen spendet, soviel deren Herz begehrt.

Im alten Frankreich war allerdings keine Rede von Bevorzugung der Städte oder des Landes; die Erhebung aller Steuern war so tyrannisch, daß die indirekten ebenso auf den Bauern wie die direkten auf den Handwerkern lasteten. Die Bewegung von 1789 warf denn auch die einen wie die anderen über den Haufen. Jetzt aber, wo es sich um ein neues System ohne fiskalische Willkür handelte, machten sich die natürlichen Interessen mit Nachdruck geltend. Je stärker die Einrichtungen von 1790 die kleinen Leute im ganzen Reich gemacht, je gewaltiger vor allem die Pariser Proletarier auf die Beschlüsse der Nationalversammlung einwirkten, desto lauter erhob sich der Ruf nach Abschaffung der indirekten Steuern. Die demokratische Wendung der Revolution prägte sich hier am schärfsten und schneidendsten aus.

Von allen die gehässigste unter den alten Steuern war die Gabelle gewesen. Sie wurde gleich im Sommer 1789 ein Opfer der Volkswut. Als die Versammlung in ihrer

Geldnot die Absicht aussprach, sie aufzuheben, aber sie doch bis zur Einführung eines Ersatzes fortdauern zu lassen, antwortete die Provinz Anjou mit der Erklärung, sie werde mit 60 000 Bewaffneten jedem Versuche der weiteren Erhebung in den Weg treten. Von allen Seiten schloß man sich an, die Versammlung fügte sich in das Unvermeidliche und verzichtete ohne weiteres auf die 60 Millionen der Salzsteuer. Drei kleinere Abgaben, von Puder, Leder und Eisen, zusammen etwa 9 Millionen, folgten bald nachher. Zum Ersatze wurde eine besondere direkte Steuer von 50 Millionen für 1790 ausgeschrieben, von der aber nie ein Heller einkam. Indes wurde damals durch die ersten Assignaten die Staatskasse für den Augenblick gesichert, und so schritt man ohne Aufenthalt weiter. Nacheinander sanken das Tabaksregal mit 27 und die Getränksteuer mit 50 Millionen: es war vergebens, daß einige Besonnene warnten; man bemerkte ihnen, daß der Tabak dennoch eingeschmuggelt, die Getränksteuer nicht bezahlt würde, und hatte noch dazu die Genugthuung, der verhaßten Gesellschaft der Generalpächter und Regisseure gründlich den Garaus gemacht zu haben.

Man liest wohl, der Hauptgrund, welcher die Versammlung bei diesen Schritten geleitet, sei die Lehre der Physiokraten gewesen, daß alle Steuer in letzter Instanz vom Grund und Boden getragen werde, jeder Zoll und Octroi also nur eine kostspielige Weitläufigkeit und zugleich eine nutzlose Fessel des Verkehres sei. In der That waren diese Sätze damals seit dreißig Jahren unendlich oft und heiß verhandelt worden; heutigen Tages ist ihre Widerlegung überflüssig und für uns um so weniger erforderlich, als der angebliche Einfluß dieser Lehre auf die Thaten der Revolution in Wahrheit sehr gering war. Was die Nationalversammlung in ihren Beschlüssen entschied, war nicht die Meinung einer kameralistischen Schule, sondern es war auch hier der politische Druck der Proletarier. Man blieb überall bei den indirekten Abgaben, wo das souveräne Volk der Hauptstadt seine mächtige Stimme nicht einlegte. Man ließ

z. B. die alten Gebühren für Eintragung der Rechtsgeschäfte nicht bloß bestehen, sondern erhöhte sie von 40 auf 51 und fügte noch 22 Millionen an Stempeltaxen hinzu: denn begreiflicherweise hatten hierbei die Männer des Palais Royal und der Antonsvorstadt kein unmittelbar fühlbares Interesse. Noch bezeichnender aber verlief sich die Frage der städtischen Octrois. Diese brachten, zumeist von Fleisch und Wein, in Frankreich 70 Millionen, davon 46 für den Staat, 24 für die Städte und Hospitäler, allein in Paris aber für den Staat 24 und für die Stadt und die Hospitäler 13 Millionen auf. Wenn bei irgend einer Abgabe, hätte man hier Physiokraten und Demokraten in raschem Eifer für die Aufhebung vermuten sollen und ist erstaunt, wenn man den Posten noch Ende 1790 in dem Voranschlage für das folgende Jahr unbedenklich erscheinen sieht. Der Grund davon lag in der Unentbehrlichkeit derselben für den städtischen Haushalt, und solange die Kommune Paris nicht die Aufhebung beantragte, erlaubte sich in der Nationalversammlung keine Hand sie zu berühren. Erst als die Kommune ihrerseits dem Begehr der niederen Volksklassen in den unruhigen Frühlingsmonaten von 1791 nicht mehr zu widerstehen vermochte und selbst die Erleichterung forderte, erst dann erfolgte ohne Zaudern die Aufhebung, zugleich aber auch die Entschädigung der Stadtkasse auf Kosten des Staates mit 3 Millionen. So weit war die Souveränität des Pariser Volkes über Frankreich gediehen, daß die Grundbesitzer des Landes an die Staatskasse 46 Millionen und noch 3 dazu an die Pariser Gemeinde opfern mußten, um dem Pariser Handwerker die Flasche Wein um 4 Sous im Preise herabzusetzen.

Dazu im schneidendsten Gegensatze ließ man, weil die Staatskasse sie nicht entbehren könne, die Lotterie mit 10 Millionen bestehen. Auch von dieser unfruchtbaren und entsittlichenden Steuer brachte Paris den größten Teil auf; aber Paris spielte ebenso gern, wie es trank, und forderte also gleich folgerichtig die Erhaltung des Lotto wie die Abschaffung des Octroi.

Günstiger wirkte diese Macht der Hauptstadt bei den damaligen industriellen Verhältnissen auf die Entscheidung der wichtigen Frage der Zölle. Die Beseitigung der Mauten, welche die verschiedenen Provinzen trennten, unterlag von vornherein keinem Zweifel, und bei den Grenzzöllen erschien eine vollständige Umarbeitung des Tarifes notwendig. In der Nationalversammlung hielten sich die Anhänger des Freihandels und des industriellen Privileges so ziemlich die Wage; was z. B. in der Verhandlung über den Betrieb des ostindischen Handels deutlich zu Tage kam, wo auch Mirabeau nicht im stande war, das freie System gegen den Schutz der nationalen Arbeit vollkommen durchzusetzen. Es war hier ein Glück, daß Paris noch nicht ein so wesentlich industrieller Platz wie heute war und seine Bevölkerung mithin mehr die fiskalische als die protektionistische Seite des Zollsystemes in das Auge faßte. Man wünschte also niedrige Zölle, und so fiel der Tarif im ganzen gemäßigt aus. Immer aber war man weit von reinem Aufgeben des Merkantilsystemes entfernt; in der Regel blieb man bei den Grundsätzen, welche Calonne einst den Notabeln vorgelegt hatte, und begnügte sich, aus dem alten Tarife die zahlreichen Unregelmäßigkeiten und Willkürlichkeiten auszumerzen. Eigentliche Verbote erschienen, jedoch in äußerst geringer Anzahl, meistens auf politische oder polizeiliche Rücksicht begründet. Den Ertrag für die Staatskasse berechnete man wie bisher im ganzen auf 22 Millionen.

Zählt man alles zusammen, so hatte man 170 Millionen von den früheren Verbrauchsteuern aufgegeben und an Registergebühren, Stempeln, Posten (12 Millionen), Zöllen, Lotto und einigen kleinen Quellen noch 110 Millionen indirekter Abgaben übrig behalten. Da die Domänen u. s. w. 148 Millionen abwerfen sollten, so blieben zur Deckung der ordentlichen Ausgaben von 640 Millionen noch 382 Millionen durch direkte Steuern aufzubringen. Hier gab es denn harte und mühsame Verhandlungen, da sehr bald eine erdrückende Ueberbürdung der Grundbesitzer fühlbar wurde. Man hatte mittlerweile laut den Entschlüssen des 4. August

die Zünfte aufgehoben und die Gewerbefreiheit erklärt: man legte jetzt den Gewerbtreibenden die Pflicht auf, jährlich ein Patent zu lösen, nach leidlichen Ansätzen, von denen man einen Ertrag von 22 Millionen erwartete. Dazu kam eine Kopf- oder persönliche Steuer, die zum Teil aber nur auf Gehalte, Löhne, Möbel und Renten ausgeschlagen wurde. Daß sie nicht erheblich war, zeigt schon der Gesamtbetrag von 60 Millionen: daß sie die Nichteigentümer vollends wenig drückte, erhellt aus der allgemein eingestandenen Thatsache, daß es in vielen wohlhabenden Departements keinen Pächter gab, der nach ihren Bestimmungen auf 30 Livres angesetzt werden konnte. Es blieb also für die Grundbesitzer eine Steuerlast von 300 Millionen, von der auf der Stelle vorausgesagt wurde, daß sie nicht aufgebracht werden könnte, und deren Unverhältnismäßigkeit zu den anderen Teilen des Budgets gar keiner Erörterung bedarf. Allein hier wirkten die physiokratische Theorie und der Einfluß der Pariser Demagogen unwiderstehlich zusammen. Man rechnete den Grundbesitzern vor, daß sie vor 1789 noch mehr bezahlt hätten, und schnitt jeden ferneren Einwand mit dem unabweislichen Bedürfnisse des Staates ab. Die 300 Millionen wurden verfügt; davon sollten 60 unmittelbar von den Departements verausgabt, 240 der Staatskasse abgeliefert werden. Wenn dieser Betrag der Steuer die Pflichtigen überbürdete, so wurde die Verteilung und Erhebung gleich mißlich für den einzelnen wie für die Staatskasse eingerichtet. Vergebens forderte Cazalès, daß man den Bodenwert des einzelnen Grundstückes ein für allemale abschätze und danach die Steuer fixiere. Statt dessen setzte man fest, daß ein Fünftel des jedesmaligen Reinertrages bezahlt und hiernach die Ansätze unaufhörlich geregelt werden sollten. Es mußte also der Ansatz des einzelnen in steter Schwankung und der Willkür wie den Anstrengungen der Steuerbehörden ein weites Feld eröffnet bleiben. Als solche aber waren die Direktoren der Departements und Distrikte bestimmt, unter deren Aufsicht die Gemeinderäte die Rollen anfertigen und jährlich berichtigen

sollten. Allein jenen fehlte es an Zusammenhang und Autorität, diesen an Zeit, Ruhe und Geschäftskenntnis; die Arbeit, kaum befohlen, kam überall in das Stocken. So bemächtigte sich bald die politische Parteiung der Sache völlig, die Begünstigten der Machthaber gingen frei aus, die Gegner konnten ohne Mittel einer Abwehr auf das Blut gepeinigt werden. Wie immer hing auch hier Unordnung mit Willkür, Anarchie mit Tyrannei und beide mit Verarmung unmittelbar zusammen. Die direkte Steuer wurde infolge dieser Umstände ebenso nichtig wie die indirekte durch die Pariser Demagogie.

Blicken wir zurück. Die ordentlichen Ausgaben waren um wenigstens 50 Millionen zu niedrig berechnet. Für die außerordentlichen, die beiläufig einmal auf 76 Millionen veranschlagt wurden, fand sich nicht die geringste Vorkehrung. Bei den Einnahmen hatte man alles gestrichen, was mit den Wünschen der Pariser Proletarier nicht übereinstimmte, dafür prophezeite eines der unterrichtetsten Mitglieder einen Ausfall an den direkten Steuern von wenigstens 100 Millionen. Zusammen ein Deficit von mehr als 220 Millionen auf ein Budget von 640. Das sollte die neue Ordnung sein, von der man sich glückwünschend und lobpreisend die Festigkeit des Staatshaushaltes und somit die Wiedergeburt des Staates versprach.

Es war aber bei weitem nicht alles. In demselben Maße nämlich wie das Deficit war auch die Staatsschuld gewachsen. Was zunächst den Ausgangspunkt der ganzen Revolution, die schwebende und fällige Schuld des alten Regimes, anging, so war man trotz aller Assignaten weit von ihrer Deckung entfernt. Von den fälligen Kapitalien war so wenig wie in Neckers erstem Budget die Rede; es waren im Mai 1789 52 Millionen, Ende 1790 107, September 1791 beim Schluß der ersten Nationalversammlung 120 Millionen. Niemand nahm Notiz davon. Ebenso blieben die Schulden der Ministerien, 120 Millionen, unberührt. Die Anticipationen, im Mai 1789, wie wir sahen, 271 Millionen, wurden mit lautem Eifer besprochen und ihre Til-

gung mehr als einmal befohlen; allein am 1. Februar 1791 waren noch 50 übrig und diese am 1. Oktober sogar wieder auf 60 gewachsen. So die alte Schuld. Eine noch größere neue aber hatte die Revolution hinzugefügt. Da im alten Staate alle Aemter und Rechte zugleich erblich und käuflich gewesen, so folgte aus der Unterdrückung jedes Amtes die Erstattung seines Kaufpreises. Und was alles hatte man unterdrückt! Zu einer genauen Feststellung dieser Werte ist es nie gekommen, und die Angaben schwanken in unglaublicher Weise. Den Preis der gerichtlichen Aemter giebt Necker zu 350, der spätere Finanzminister Ramel zu 492, die Nationalversammlung zu 800 Millionen an. Dazu kamen die Aemter der Verwaltung und der Finanzen, die Kautionen der Generalpächter und Steuererheber, einige Chargen bei Hofe und im Heere, die Meisterrechte und Zünfte. Den Gesamtbetrag dieser neuen Schulden berechnete man auf 1430 Millionen[1]), also auf eine jährliche Zinslast von etwa 72 Millionen. Es wäre ungerecht, wollte man, wie es damals die Royalisten mit Schadenfreude thaten, diese Steigerung der Passiva zu den Anklagen gegen die Revolution rechnen. Der erste und letzte Vorwurf trifft vielmehr die alte Regierung, welche auf Kosten der Unterthanen sich hohe Aemterpreise verschafft und damit auch den künftigen Wohlstand der Nation in kolossalem Umfange vorausverzehrt hatte. Die Revolution hätte allerdings vielleicht ein Drittel jener Summe durch größere Mäßigung und Langsamkeit in den Reformen sparen können: für den größten Teil aber war ein durchgreifendes Verfahren zugleich Notwendigkeit und Gewinn, und die einzige Anklage ist der Nationalversammlung gegenüber berechtigt, diese

---

[1]) Montesquions Bericht vom 9. September 1791. Er nimmt sie dort zusammen mit den alten Rückständen der Ministerien, dem Reste der Anticipationen, den fällig gewordenen Kapitalien; zieht man sie aus dieser großen Liste aus, so ergiebt sich obige Summe. Ramel, des finances en l'an IX, 49, rechnet mit den Rückständen der Ministerien (139 Millionen) 1304 Millionen sommes exigibles und 12 Millionen sommes en rentes.

aber auch vernichtend, daß ihr eine solche Belastung der Finanzen nicht stärkeren Antrieb zu Sparsamkeit, Mäßigung und Ordnung gegeben hat. Denn recht eigentlich zur Tilgung dieser Schulden waren die Assignaten bestimmt, und unaufhörlich sah man bei der Fortdauer der Anarchie sich genötigt, mit dem Papiergeld die täglichen Ausgaben zu bestreiten. Im Juni 1791 war auch die Emission des Septembers erschöpft, im ganzen also 1200 Millionen verzehrt. Davon aber hatte man auf die Liquidation der Schuld nur 108 [1]), auf alle Anticipationen und Zinsrückstände 416 [2]), auf den laufenden Haushalt 676 Millionen verwandt [3]).

Ein Ergebnis, wohl geeignet, um Schrecken zu erregen. Nahm man an, daß der Staat das ausgegebene Papier durch den Verkauf der Nationalgüter auslösen würde, so hatte er ein Kapital von nahe an 700 oder eine Jahreseinnahme von etwa 30 Millionen weggeben, ohne selbst den geringsten bleibenden Vorteil dadurch zu erzielen. Ob der Güterverkauf den Wohlstand der einzelnen und dadurch mittelbar den Reichtum des Staates vergrößern würde, war damals mehr als zweifelhaft: für uns steht heute das Ergebnis fest, daß sich seine Vorteile und Nachteile völlig aufgehoben haben und die wahren Fortschritte des französischen Ackerbaues nicht auf ihm, sondern einzig auf der Nacht des 4. August beruhen. Allein noch eine weitere Betrachtung

[1]) Montesquious angeführter Bericht, 5. Tabelle, remboursements. Daraus erhellt, daß die Assignatenkasse bis zum 1. Januar 1791 außer den 221 Millionen Anticipationen und 28 Millionen zurückgebliebener Grundsteuer noch 47 Millionen Schuldkapitalien bezahlt hatte. Bis Ende Juni waren fernere 61 Millionen abgelegt worden, zusammen also 108.

[2]) Nämlich Anticipationen 221 (Montesquious Bericht vom 9. September), an Rentenrückständen bis zum 1. Januar 1791 80 Millionen, im Februar 1791 114 Millionen. An Anticipationen blieben noch 60 Millionen.

[3]) Und mit alledem doch noch 20 Millionen arriéré des départements im Jahre 1790 und 110 Millionen Vorschüsse von den fermiers und régisseurs généraux.

macht sich geltend. Die Unordnung der Finanzen, die Leerheit der Staatskasse, die demokratischen oder socialistischen Anforderungen an das Gemeinwesen dauerten fort: man hatte nur die Wahl, entweder den Bankerott auf der Stelle zu erklären oder durch neue Papierausgaben weiter zu bemänteln. Unbedenklich griff man zu dem letzten Wege. Das Dekret vom 27. September schrieb vor, es sollten nie mehr als 1200 Millionen in Umlauf sein; da aber etwa 160 durch den Güterverkauf zurückgekommen waren, hielt man es für statthaft, gleich 100 Millionen, und zwar in Fünflivrezetteln, zur Erleichterung des kleinen Verkehres, zu dekretieren. Denn überall dauerte die Klage über die Seltenheit des Metallgeldes. Mehrere Millionen entzog jährlich der Handel mit dem Auslande; starke Summen verschwanden durch Einschmelzen, bei dem jetzt nach Abzug aller Kosten ein Reingewinn von 10 Prozent zu machen war. Die Hauptsache aber lag immer in der Unsicherheit des Rechtszustandes. Denn eine Menge Menschen nahmen ihr Geld in das Ausland mit oder legten es in fremden Banken an, die anderen hielten es zurück und suchten von dem allmählich sinkenden Papier zu leben. April und September hatte nun der Staat seine Assignaten auf große Appoints beschränkt und die niedrigsten Noten auf 50 Livres gesetzt: im Frühling 1791 sah man zuerst in Lyon und Bordeaux, bald auch in Paris und anderwärts kleine Privatscheine, womit Fabrikanten und Meister ihre Arbeiter, reiche Herren ihre Handwerker bezahlten. Man war aber schon weit in dem Gedanken vorangeschritten, daß für alle ökonomischen Verhältnisse der Staat einstehen müsse, und so beschloß man auch von dessen Seite die Ausgabe von Fünflivrescheinen. Hätten sie unwandelbaren Wert gehabt, so wäre wenig dabei zu erinnern gewesen: da aber die Assignaten überhaupt 4 bis 6 Prozent gegen Silber verloren, so wurde durch die kleinen Noten auch die niedere Klasse in alle Schwankungen der Börse und des Staatskredites hineingezogen. Die sittliche Wirkung war beinahe gefährlicher als die materielle. Die Arbeiter waren Agioteure; der Bauer, sagte Burke in

seiner kräftigen Weise, weiß nicht, ob das Geld, das er in der Kornhalle für sein Getreide gelöst, im nächsten Laden noch seinen Wert behalten hat; niemand überlegt in Paris am Morgen sein Mittagessen, ohne eine Spekulation zu machen.

Mit den hundert Millionen aber reichte die National-versammlung nicht weit, zumal sie erst nach einigen Monaten fertig wurden; sie beschloß also am 19. Juni eine Emission von 600 Millionen über jene 1200 hinaus. Man rechnete, daß die Hypothek der Nationalgüter reichlich die neue Last ertrage; man mußte allerdings erfahren, daß sofort der Kurs der Assignaten auf 8 bis 10 Prozent Verlust hinunterging. Alle Uebel derselben wuchsen natürlich in demselben Maße: wir werden sie noch in den einzelnen Erwerbskreisen etwas näher in das Auge fassen. Das schlimmste aber war, daß jeder den raschen Verbrauch dieser 600 und stets neue und abermals neue Emissionen vor Augen sah. Es gehörte kein großer Scharfsinn dazu, um das Schlußergebnis schon damals vorauszusagen.

Je mehr Assignaten, desto tiefere Entwertung derselben. Um ihren Kredit zu halten, hat man nur Vermehrung ihrer Hypothek, also Fortsetzung der Güterkonfiskationen. Das Kirchenvermögen ist nahe erschöpft, schon oft haben die Demokraten von Beschlagnahme der Emigrantengüter geredet.

Je mehr Assignaten, desto stärkerer Einfluß der Regierung auf alles Privatvermögen. Wer ohne Kosten und Arbeit in jedem Augenblicke Millionen zu erschaffen vermag, kann alle Welt auskaufen und das gekaufte Gut nach seinem Belieben verschenken. Allerdings könnte ein vorsichtiger Besitzer dem Werte jener Millionen mißtrauen, ein eigensinniger Eigentümer trotz aller Schätze der Erde sein Gut festhalten wollen. Dann muß die Regierung stark und kühn genug sein, um Mißtrauen und Eigensinn für Verbrechen gegen das Vaterland zu erklären, und der Staat ist der Herr über alles Eigentum im Lande und die Gemeinschaft der Güter erreicht.

Auf diese Wege lenkte unter der ersten Nationalversamm-

lung der Haushalt des französischen Staates. Man hat diese Jahre sehr oft die schöne Zeit der Revolution genannt; in Wahrheit haben sie sich von 1793 genau so unterschieden wie die Saat von dem Wachstum. Wir haben die Keime jetzt kennen gelernt, wir müssen aber auch den Boden betrachten, in den sie gepflanzt wurden.

Niemandem, scheint es, warf die Revolution unmittelbarer goldene Früchte in den Schoß als der zahlreichsten und gedrücktesten Klasse, den Bauern. Eine kurze und warme Augustnacht schenkte ihnen die Freiheit von Herrengerichten, feudalen Diensten, geistlichen Zehnten, Binnenzöllen und städtischem Zunftzwange. Als die Freudenposten durch das Land gingen, waren aber die Menschen, arm und roh, wie die alte Herrschaft sie gemacht hatte, schon in einer furchtbaren Bewegung, welche die neuen Vorteile durch neue Fehlgriffe zu Grunde zu richten drohte. Da sie die Herren totschlugen oder verjagten, so floh seitdem das Kapital, welches sich niemals reichlich über den Ackerbau ergossen, völlig aus den Landschaften hinweg. Dann wurden die Zehnten abgeschafft. Die Bauern, statt diesen Vorteil auf ihre tiefste Schwäche, auf die Hebung ihres Viehstandes zu verwenden, erinnerten sich, daß sie manchen Acker zu Weide gemacht, weil die Weide geringere Zehnten bezahlt hatte; da es jetzt damit vorüber war, so begannen sie die Weide wieder in Kornfeld umzuwandeln, um daraus bei den hohen Weizenpreisen raschen Vorteil zu ziehen. Es folgte die Beseitigung der Getränkesteuer. Der Jubel darüber war nicht geringer, denn von jeher hat der französische Bauer sein ganzes Herz an Weinpflanzungen gehängt, und als die Steuer nicht mehr darauf drückte, wurde in tausend und aber tausend Gemeinden guter oder schlechter Boden mit Weinreben besetzt und zahllose kleine Vermögen in diesem mißlichen Betriebe angelegt.

Eine Weile gedieh das alles. Es war der Jubel des Verschwenders, der von dem Kapitale zehrt. Was mehr noch als der Wegfall von Zehnten und Herrenrechten erquickte, war das Aufhören der Staatssteuern, denen bei der

Schwäche des neuen Staats sich jeder nach seines Herzens Wunsch entziehen konnte. In diesen ersten Zeiten der Revolution sind in den Taschen der Bauern jährlich etwa 170 Millionen geblieben, die sonst die Intendanten an sich zogen: kein Wunder, daß die Dörfer sich in ihrem Gedeihen fühlten und die Männer trotz aller Händel und Unordnungen der Zeit sich kräftig streckten.

Allein neben dem Gewinn zeigten sich sofort auch die Gefahren. Den Vorteil aus dem Sturze der Grundherren und Feudalrechte zog zuletzt doch nur der Teil der Landleute, der bereits irgend etwas besaß. Wer kein liegendes Eigen hatte, genoß wenig Freude über die Befreiung des Bodens. Wer als Meier auf einer Parzelle von einem oder einem halben Morgen sein Leben elend fristete, hatte geringes Interesse bei dem Aufhören der Fronarbeiten, da er doch kein Kapital zur Nutzbarmachung der frei gewordenen Zeit besaß. Auch die hohen Getreidepreise, welche den Geldpächtern des Nordens stattlichen Gewinn abwarfen, waren für die Mehrzahl der kleinen Bauern nur eine Last. Sie erzeugten nicht mehr, ja noch weniger Korn, als sie brauchten; ihr Interesse ging wie jenes der ländlichen Tagelöhner und städtischen Fabrikarbeiter auf hohen Lohn und wohlfeiles Brot. Sie alle waren mit der Revolution insoweit zufrieden, daß sie ihnen die Last der Taille und Kopfsteuer genommen; im übrigen aber meinten sie, es müßte erst recht angehen, und von Schließung der Revolution zu reden, schien ihnen Verräterei. Ihnen nutzte es nichts, daß der benachbarte Pächter seine Weide zum Kornfeld machte oder seinen Acker mit Weinreben bepflanzte und für den Augenblick so gut gedieh, daß er Wein statt Cider oder Fleisch statt Haferbrot verzehrte. Es wäre ihnen zu helfen gewesen, wenn die neue Regierung sich bestrebt hätte, stattliche Geldpachten an die Stelle der Meierwirtschaft zu setzen, den landwirtschaftlichen Betrieb im großen anzuregen und ihnen dadurch ergiebige Dienstverhältnisse zu eröffnen. Allein in der demokratischen Ungeduld geschah das gerade Gegenteil. Man verabscheute große Güter, weil man von den bisherigen

Gutsherren mit gutem Grunde nichts wissen wollte: man hielt es für die erste Bedingung der Freiheit, die Zahl der kleinen Eigentümer zu steigern, und beschloß, die kleinen Bauern durch Parzellierung des Kirchengutes unmittelbar zu Besitzern zu machen.

Bei der maßlosen Armut der meisten hätte es kaum eine Wirkung gehabt, wenn man das Kirchengut in so viele Stücke wie Familien geteilt und jedem eine Quote geschenkt hätte. Jeder dieser Armen hätte dann vielleicht ein Stück Landes erhalten, das in seinem bisherigen Verbande an 100 Livres jährlich getragen[1]); allein er hätte lange nicht so viel herausgewonnen und den reichen Nachbarn, der ihm bisher gar manchen Nebenverdienst zugewandt, noch dazu verloren. Was sollte es nun frommen, wenn die Güter nicht verschenkt, sondern verkauft wurden? Mochten sie noch so niedrig weggegeben werden, die zahlreichste Klasse hatte gar nichts, um sie zu erwerben. Für diese also war das große Wort, Verkauf der Kirchengüter, in den Wind geredet. Was kommen mußte, kam. Kaum waren die Tumulte gegen die Lehnsherren vorüber, kaum hatte die Mittelklasse unter den Bauern sich in den neuen Errungenschaften eingewohnt, so erhob sich hinter der ersten eine zweite, hinter der liberalen die sociale Revolution.

Das Brot war teuer seit der schlechten Ernte von 1788. Neckers Fehlgriffe setzten den Mangel fort; er ließ für viele Millionen Getreide kommen, verkündete es öffentlich durch das Land und erregte damit einen solchen Schrecken, daß überall die Preise stiegen und die Besitzer ihre Vorräte zurückhielten. Dann brach der Lärm der Revolution herein. Jeder griff zu, wo er konnte, die meisten Provinzen und Städte ließen ihr Korn nicht ausführen, der Verkehr stockte, und der Mangel verdoppelte sich. Das Volk war wütend: es war bekannt, daß Vorräte existierten, und doch

---

[1]) Reinertrag der Kirchengüter 70 Millionen, Rohertrag nach damaliger Schätzung etwa 170, 7 Millionen ländlicher Proletarier oder 1½ Millionen Familien.

hungerte alle Welt. Da waren es bald die Aristokraten, bald die Wucherer, die es aus Haß oder Eigennutz versteckt halten sollten; es dauerte nicht lange, so hieß jeder Kornhändler ein Blutsauger und war seines Lebens nicht sicher, und natürlich wurde das Uebel dadurch nur schlimmer. Wir werden gleich sehen, wie man in den Städten sich fristete, auf dem platten Lande war man sogleich am Aeußersten. Die Bauern forderten, der Staat solle den Wucherern wehren und die Preise selbst bestimmen. Sie rotteten sich an hundert und aber hundert Punkten zusammen, und nicht immer konnten die Behörden ihre Weigerung durchsetzen. Zuweilen entschädigte dann die Stadt die beschädigten Eigentümer durch einen Zuschuß auf Gemeindekosten, nicht selten aber trug der einzelne ohne weiteres den Schaden allein. Am ärgsten ging es im Sommer 1790 in den Departements, die auch 1789 den Anfang der politischen Bewegung und 1851 der Jacquerie gemacht haben, in den alten Provinzen Bourbonnais, Berry, Nivernais, Charolais, wohl den ärmsten Bezirken des ganzen Landes, wo die Meierwirtschaft damals wie heute ihr volles Elend entfaltete. Während Nimes und Montauban durch die kirchliche Bewegung in Aufstand versetzt wurden, während in den Grenzplätzen die patriotischen Empörungen aufloderten, standen in dem Centrum des Reichs die Bauern unter den Waffen, um niedrige Kornpreise zu erzwingen. Nicht lange blieben sie bei diesem ersten Begehren stehen. Nachdem sie ihren Mut durch die Eroberung der Stadt Decize gestärkt, änderten sie willkürlich die Höhe und die Dauer der Pachtungen und forderten dann geradezu eine Menge Grundstücke, die vor mehr als einem Jahrhundert in die Hände der damaligen Besitzer gekommen waren. Das Land erscholl von dem gefürchteten Rufe nach einem Ackergesetz, der Kommunismus trat in offener Brutalität hervor. Davon wollte allerdings weder die Nationalversammlung wissen, noch waren die Proletarier stark genug, mit so geradem Angriff den Widerstand der Mittelklassen zu brechen. Dekrete und Waffen kamen in Bewegung, überall zogen die städtischen Nationalgarden aus,

um die Korntransporte gegen die Angriffe der Bauern zu decken, mehrere Monate hindurch folgten sich in der Nationalversammlung die Berichte über diese kläglichen Expeditionen. Bis zum Winter war die Bewegung der Bauern erstickt, allein eine volle Sicherheit keineswegs erreicht. Was half es, wenn die Nationalversammlung das Begehren der Ackerteilung verpönte, während sie daneben den städtischen Proletariern gleich gefährliche Dinge gestattete und den verdeckten Kommunismus des Staates durch die Assignaten vorbereitete? Auf diesem Gebiete nahm vor allen anderen Mitgliedern Robespierre seine Stellung. Er war unerschöpflich in Wendungen, die Unbändigkeit des Volkes zu beschönigen, seine Leiden zu schildern und auf milde Pflege des Wohlstandes zu dringen, wo der Wohlstand nur aus strenger Dämpfung der Unruhen entspringen konnte. Er hütete sich sorgfältig, dem Vorurteile des Eigentums geradezu in das Gesicht zu schlagen; er war hier ebenso wie bei der Frage der Republik vor allen Dingen vorsichtig, genug, wenn er das nächste Hindernis seiner Zwecke aus dem Wege räumte. Ueberhaupt war er nach Ueberzeugung und System so wenig Kommunist wie Republikaner; aber er hatte den richtigen Instinkt, daß er auf diesen Wegen sich die Begeisterung der schlagfertigsten Klassen in einer Festigkeit sichere, nach der er das lose Treiben der übrigen Demagogen ruhig verachten könnte. Der einzige, der ihn hier noch überbot, war Marat, der in seinem phantastischen und hitzigen Wesen von jener kalten Vorsicht keine Ahnung hatte, sich Mannes genug glaubte, mit seinen Proletariern die Macht mit einem Handstreiche zu erobern, und deshalb ohne Aufhalten die Wucherer aufzuhängen, die Leuteschinder zu zertreten, das Geld dem tugendhaften Volke zu geben mahnte.

Indes begann auf dem Lande die große Maßregel des Güterverkaufs und der Assignaten zu wirken. Wie man sich denken kann, verfloß mancher Monat, ehe die von Paris her angeregte Bewegung die bäuerlichen Kreise erreichte; während des Jahres 1790 ging der Einzelverkauf langsam, auch dauerte es bis zum November, ehe die gesetzlichen Be-

stimmungen darüber vollendet waren. Die Municipalitäten, die den Verkauf besorgten, hatten vor der Versteigerung die Güter zu schätzen und erhielten ein Sechzehntel des Erlöses — ursprünglich ein Viertel des Ueberschusses über die Taxe — für sich. Im übrigen war alles gethan, um die Käufer zu locken, höchst einfache Geschäftsform, mäßige Abschlagszahlungen, weite Termine für den Rest, Zulassung verschiedener Staatspapiere neben Silber und Assignaten als Kaufgeld. Mit all diesen Mitteln erzielte man in der That einen stets rascher beschleunigten Güterverkauf (964 Millionen Livres bis zum Schlusse der konstituierenden Versammlung), hatte große Genugthuung über die Menge und den Patriotismus der neuen Eigentümer und freute sich sowohl der Aussichten für den Schatz als der durchgängigen Beruhigung der Bauernschaften.

Allein auch hier sollte man kein reines Ergebnis gewinnen. Da die Municipalitäten ein eigenes Interesse an der Höhe des Kaufpreises hatten, da außerdem in der Nationalversammlung aus politischen Gründen jede starke Summe mit Klatschen begrüßt wurde, so hieß man bald einen jeden Bieter willkommen, ohne im geringsten nach Zahlungsfähigkeit und Ruf zu fragen. Eine wilde Spekulation bemächtigte sich des Marktes in vielen Departements; vermögenslose Menschen kauften zu fabelhaften Preisen, oft zum Doppelten der Schätzung, und überlieferten die Güter den Unternehmern, deren Werkzeug sie waren, und welche die erste Abschlagszahlung vorschossen. Dann wurde das Gut auf den Raub gebaut, die Holzungen gefällt, die Felder ausgesogen, die Gebäude wohl auf den Abbruch verkauft, und der Staat fand, wenn er endlich die ausbleibende Zahlung verfolgte, ein tief entwertetes Besitztum wieder. Vollends lebhaft wurde das Unwesen, als mit dem Frühling 1791 die Assignaten im Kurs zu schwanken begannen und sich Güterschacher und Börsenspiel zusammenfand. Wo blieb die Hoffnung, daß der Güterverkauf, als in welchem die Assignaten realisiert würden, den Kredit derselben steigern sollte? Die ganze Masse der Käufer, welche für die 900

Millionen Angebot gethan, und nun eine Reihe von Jahren hindurch Zahlungen darauf leisten mußte, hatte vielmehr das entgegengesetzte Interesse, den Kurs der Assignaten zu drücken und sich so für wenig Geld ihre Zahlungsmittel zu verschaffen. Da der Staat allein von Assignaten lebte, so war ein Sinken derselben von einem Prozent ein Verlust, der gleich in die Millionen ging und den Vorteil vieler Gutsverkäufe verschlang. Schlimmer aber noch als der finanzielle war der politische und sittliche Nachteil, daß der Krebsschaden der Agiotage, der mehr als irgend etwas anderes die öffentliche Moral in Paris zu Grunde gerichtet, jetzt auch auf das platte Land verschleppt wurde. Welche Aussichten für ein Reich, wenn seine bäuerliche Bevölkerung sich in eine große Bande von Hazardspielern auflöst!

Verstärkt wurde dieser Prozeß noch durch die immer lauter empfohlene Zerteilung der Güter. Das Gesetz befahl in jedem Falle Parzellenverkauf, es sei denn, daß die Veräußerung im ganzen ein höheres Angebot liefere. In der Regel sollte nun allerdings die Teilung bestimmte Grenzen haben und die Pachthöfe und Meiereien, aus denen das Gut bisher bestanden hatte, nicht weiter zersplittert werden. Allein der Eifer der Gemeindebehörden setzte sich auch darüber hinweg, sobald ein höheres Kaufgeld in Aussicht erschien, und verkaufte zuletzt in so kleinen Atomen, wie irgend ein Käufer es wünschte. Die Nachfrage wurde dadurch gewaltig vermehrt; insbesondere waren es die kleinen Bauern, die sich jetzt den Markt eröffnet sahen und, einmal angeregt, mit großem Eifer herandrängten. Wer von ihnen ein Stück Geld in der Hand hatte, erwarb sich dafür ein liegendes Eigen, gewöhnlich so viel, daß sein geringes Vermögen durch die erste Abschlagszahlung erschöpft wurde und die neue Wirtschaft ohne alles Betriebskapital begann. Die meisten Güter aber waren durch die municipale Verwaltung, unter der sie das letzte Jahr gestanden, entsetzlich vernachlässigt und entblößt; es war demnach gewiß, die Mehrzahl dieser Glücklichen war bestimmt, im nächsten Jahre das Heer der Hungrigen zu verstärken, welche zehn Monate früher

das agrarische Gesetz und die Feststellung des Kornpreises vom Staate begehrt hatten.

So ließ sich auf dem Lande alles zu neuen Erschütterungen des Pauperismus an. Wenden wir uns zu den Städten hinüber, so nimmt der Brennpunkt aller damaligen Verhältnisse, die Hauptstadt, unsere nächste Aufmerksamkeit in Anspruch.

Die provisorische Verwaltung der Dreihundert, die wir am 5. Oktober kennen gelernt, hatte noch bis zum Sommer 1790 regiert, ehe die bleibende Verfassung der Stadt zur Vollendung kam. Die Nationalversammlung, welche sonst ohne großes Zaudern zu organisieren pflegte, wünschte doch die Pariser sich selbst einrichten zu lassen und harrte auf die Vorschläge der Dreihundert. Diese machten denn auch einen Entwurf, der im wesentlichen die bisherigen Formen beibehielt, einen großen und einen kleinen Rat zur Gesetzgebung, einen Maire und dessen Bureau zur Verwaltung, die städtische Gemeinde in 48 Sektionen geteilt und als Wahlkörper wirkend. Allein die eifrigen Bekenner der Menschenrechte erhoben sich mit Nachdruck dagegen. Sie wußten, daß jeder Mensch ein Teil des Souveräns sei, und hielten die souveränen Bürger zu gut, als daß sie sich mit der bloßen Wahl ihrer Regenten hätten begnügen sollen. Sie wollten also die Permanenz der Bezirksversammlungen; der Maire sollte jeden Tag über die laufenden Fragen dort abstimmen lassen und nach der Summe der Beschlüsse verfahren. Die praktische Wirkung dieses Systems war sicher zu berechnen. Wer sonst Beruf und Thätigkeit hatte, mußte bald aus den ewigen Sektionen wegbleiben und das Feld je nach den Umständen müßigen Rentnern oder den Vagabunden des Palais Royal überlassen, und in jener Zeit sahen offenbar die letzteren sich das Feld geöffnet. Unter ihren Führern regte sich in dieser Frage vor allen eifrig Danton mit dem Bezirke der Cordeliers, während Brissot, damals Mitglied des Gemeinderates, dessen Repräsentativsystem verfocht. Es war der erste Anlaß, bei welchem dieser mit seinen demokratischen Genossen in ein Zerwürfnis geriet,

welches niemals wieder ganz ausheilte. Endlich nach zahllosen Verhandlungen, Maueranschlägen und Zänkereien griff die Nationalversammlung durch und trat den Ansichten der Dreihundert trotz Robespierres Widersprüchen bei.

So blieb denn die städtische Verwaltung fast ungeändert in ihrem Geleise, Bailly wurde von neuem zum Maire gewählt, Lafayette behielt den Oberbefehl über die Nationalgarden. Die Demokraten steigerten, wo möglich, ihre Angriffe auf beide, und Lafayettes Volksgunst sank denn auch besonders merklich, seitdem mit Anfang 1791 der König, auf Mirabeaus und Montmorins Betreiben, ihm die Zuschüsse aus der Civilliste entzog, welche der General ihm bisher für seine Privatpolizei mit dem Schreckbilde drohender Aufstände abgepreßt hatte. Ueberhaupt drängte sich der Geldpunkt immer schärfer in den Vordergrund der städtischen und dadurch der französischen Politik. Die demokratische Presse griff die sociale Frage immer ausdrücklicher auf. Neben Marats bündigen Anforderungen, den Reichen das Geld zu nehmen, um es den Armen zu geben, trat als doktrinärer Prediger der Abt und nachherige Bischof Fauchet auf und stiftete einen „socialen Zirkel", in dem er vor einem großen Publikum mit halb freimaurerischem, halb kirchlichem Gepränge die richtige Verteilung der Güter und die politische Befreiung der Weiber behandelte. Die Jakobiner ließen sich in dieser Zeit auf solche Untersuchungen gar nicht ein, wirkten aber durch die Praxis wohl am nachdrücklichsten zu dem gleichen Zwecke, da ihre Führer des Pöbels zu immer neuen Expeditionen bedurften und seinen guten Willen durch greifbare Mittel ernähren mußten. So ließ auch die Nationalversammlung zu, was sie zu hindern nicht die Kraft hatte; sie klatschte, weil es einmal fester Stil geworden, wenn ein Redner ihr die Unfehlbarkeit des Volkes und die Tugend, die allein bei der besitzlosen Klasse zu finden sei, pries: sie begeisterte sich in menschenfreundlicher Ueberzeugung, wenn ihr Ausschuß für Armenwesen vortrug, die Vertilgung der Armut sei eine nationale Schuld, und obgleich sie in ihrer Geldnot vor der beantragten jähr-

lichen Ausgabe von 51 Millionen zurückschrak, so hatten sich doch die Galerien den Ausdruck nationale Schuld vollkommen gemerkt und fanden nichts natürlicher, als daß einer solchen Pflicht der Nation ein Forderungsrecht bei jedem einzelnen Proletarier entspreche.

So war in Paris die Ansicht weit und breit gewurzelt, daß das Wesen der Freiheit darin bestehe, jede Sorge auf die Gesellschaft zu werfen und für jede Not von dem Staate Abhilfe zu verlangen. Nun war gewiß Mangel und Not in großem Maße vorhanden, aber ebenso deutlich zeigte sich auch, daß das Treiben der Demokraten die Not bei jedem Schritte vergrößerte. Paris hatte sonst hauptsächlich von den reichen Grundbesitzern und den großen Börsenmännern gelebt, die vielleicht ein Drittel aller französischen Einkünfte dort während eines großen Teiles des Jahres verzehrten. Davon war jetzt eine ansehnliche Menge außer Landes geflohen, die übrigen Gutsbesitzer hatten unendliche Verluste erlitten, bei der Unsicherheit der Zukunft hielt jeder seine Reste sparsam zusammen. Auf die Spekulationen aber der Börse, und was damit zusammenhing, hatte es die Volkswut vor allem gemünzt. Kein Vierteljahr verging, in dem nicht die Bürgergarde die Häuser der Wechsler und Bankiers zu schützen hatte oder im Palais Royal der Antrag unter Jauchzen gestellt wurde, die Wucherer und Blutsauger aufzuhängen. Das war kein Mittel, sie zu Ausgaben und Luxus zu ermutigen, und doch hätten nur dadurch in jener Zeit die Gewerke Arbeit und Nahrung erhalten können.

Während so die Gelegenheit zum Erwerb versiegte, nahm in gleichem Maße auch der Trieb zur Arbeit ab. Wenn die Arbeiter Tag für Tag von den Demagogen in Thätigkeit und Lohn gesetzt wurden, wenn sie Tag für Tag vernahmen, daß sie von Grund aus souverän und Staat und Gemeinde ihre nächsten Schuldner seien, so blieb weder Zeit noch Lust zu der harten Anstrengung des Gewerbes zurück. Freilich gab es nicht jeden Tag revolutionäre Arbeit und Belohnung, im schlimmsten Falle aber boten die öffentlichen Werkstätten ein Obdach, wo ohne Mühe ein guter Gewinn

zu haben war. Diese wuchsen denn zu einem maßlosen Umfange heran. Was man auch thun mochte, so blieben sie auf der Zahl von 12 000 Arbeitern, jeder Abgang wurde sogleich aus den Provinzen wieder ersetzt, da der Staat den höchsten Tagelohn, der in Frankreich damals zu haben war, 20 Sous, für nutzlose Erdarbeiten bezahlte. Um wenigstens die Anhäufung in Paris zu verringern, legte man am 30. Mai 1790 2½ Millionen an die Stiftung neuer Werkstätten in den Departements und schickte die Nichtpariser dorthin. Allein die Pariser Anstalt füllte sich auf der Stelle wieder, die Nichtsthuerei nahm zu, und ein Dekret, welches am 31. August die Einführung von Stückarbeit statt des Tagelohns befahl, blieb ohne irgend eine Wirkung. Der Zudrang wuchs mit der Schwäche der Disciplin; man bemerkte, daß höchstens ein Viertel der Leute zur Arbeit kamen, die Zahl der Lohnempfänger aber im Oktober 19 000 betrug. Die Kommune war zu schwach, etwas zu ändern; die Arbeiter hatten überall die Antwort, der Staat sei verpflichtet, für sie zu sorgen.

Ganz dieselben Vorgänge zeigten sich in den Departements. Außer jenen 2½ Millionen, die der Staat bewilligt hatte, verbrauchten die Städte aus eigenen Mitteln ungezählte Summen, um ihre Arbeiter in öffentlichen Werkstätten zu beschwichtigen. Nicht immer werden die Beträge, ja nicht einmal stets die Namen der Städte angegeben; aus der Menge erwähne ich nur einige wenige Beispiele. So meldete Toulouse schon im März 11 000, Amiens im Mai 15 000, das Seine-Oise-Departement im November 41 000 Arbeiter an, die auf Kosten der Städte durch sogenannte wohlthätige Arbeiten ernährt wurden. Nicht anders war es in Besançon und Lyon, in Valenciennes und Langres. Man machte zuerst Anlehen, und wenn der Kredit erschöpft war, außerordentliche Einkommensteuern. Da die Arbeiten durchgängig unfruchtbar waren, so zeigte sich Marats Lehre in voller Wirksamkeit: die Besitzlosen empfingen, die Besitzenden zahlten, bei Strafe neuer Revolution. Es war nur ein verschwindender Tropfen in diesem Meere der Be-

dürfnisse, wenn die Versammlung am 16. Dezember 15 Millionen für angebliche Arbeiten aussetzte und $6^{2}/_{3}$ davon gleich verteilen ließ. Vielmehr stieg der Bestand der Pariser Werkstätten im Frühling 1791 auf 31 000 Menschen und die täglichen Kosten derselben auf 60 000 Livres, so daß Paris allein in einem Jahre eine größere Summe als jene 15 Millionen in Anspruch genommen haben würde. Die meisten jener Arbeiter waren Auswärtige, und dabei trieb sich eine kaum geringere Zahl von nahrungslosen Fremden in der gewaltigen Stadt umher, denen selbst die Werkstätten zu arbeitsvoll erschienen.

Erheblicher noch in finanzieller und von gleicher Bedeutung in politischer Hinsicht war die zweite große Frage, welche die Pariser Verwaltung seit dem Anfange der Revolution beschäftigte, die Beschaffung der Lebensmittel. Es zeigte sich Ende 1790, daß der Staat bis dahin Getreide für 75 Millionen angekauft, dazu die Kosten des Transportes und des Mahlens getragen, endlich dem Privathandel noch $5^{1}/_{2}$ Millionen an Prämien für Korneinfuhr bezahlt hatte. Der letzte Posten kam auch den Provinzen zu gut, der erste aber ging fast ganz für die Hauptstadt auf[1]. Der Staat bezahlte das Korn mit 40 bis 50 Livres den Septier und erhielt somit einen Betrag, der ziemlich genau dem Verzehr der Stadt während achtzehn Monaten entsprach[2]. Der Gemeinderat überließ dann den Bäckern das Mehl ungefähr zum halben Preis, so daß in Paris das Brot durchgängig auch nur halb so teuer war wie in den meisten Departements. Dies also war schon ein Geschenk von mehr als 30 Millionen, welches das Land um der Ruhe und Ordnung willen seiner Hauptstadt machte. Allein es war damit nicht genug. Die Stadt sollte, was sie aus dem

---

[1]) Baillys Memoiren passim. Korrespondenz zwischen Bailly und Necker, Buchez IV. Verhandlungen des Nationalkonvents 19. Oktober 1793.

[2]) Für 75 Millionen Livres etwa $1^{2}/_{3}$ Millionen Septiers. Paris verbrauchte täglich im Durchschnitt 3000 Septiers, lebte also von dieser Masse ungefähr 555 Tage oder 18 Monate.

Detailverkaufe des Getreides löste, natürlich an die Staatskasse erstatten: wie wir es aber schon im Oktober 1789 bemerkten, so unterblieb auch später die Rückzahlung, und der Staat hatte endlich statt 30 nur 2 Millionen, mithin etwa den Betrag der Mahl- und Transportkosten zurückempfangen [1]) und folglich der Stadt Paris ihre Lebensmittel ganz und gar geschenkt.

Hierzu muß man nun noch rechnen, daß der Staat bis zum Schlusse des Jahres 1790 der Pariser Nationalgarde etwa 8 Millionen für Sold und Equipierung zahlte, daß er mit 2 Millionen die Kosten der Beleuchtung und Pflasterung der Straßen trug, daß er über eine Million für die Zerstörung der Bastille, die nicht den zehnten Teil kostete, sich anrechnen ließ [2]). Man muß sich weiter erinnern, daß er für die Beschäftigung der Pariser Arbeiter, wie wir sahen, über 17 Millionen auslegte, endlich der Stadt die Anwartschaft auf etwa 16 Millionen aus dem Verkaufe der Kirchengüter gab. Man erhält somit binnen 20 Monaten die Summe von beinahe 120 Millionen, die das Reich für die eine Stadt von ungefähr 600 000 Einwohnern aufbringen mußte, abgesehen von dem fortdauernden städtischen Budget, abgesehen von den regelmäßigen Kosten der Staatsverwaltung, von der Paris wieder mehr Vorteil zog als irgend ein anderer Teil des Reiches.

Es versteht sich von selbst, daß die übrigen Städte durch die Staatskasse nicht in gleichem Maße bedacht werden konnten; allein die Verhältnisse waren überall dieselben, und die Städte mußten aus eigenen Mitteln den Bäckern das Mehl für den halben Preis ebenso wie den Proletariern das Geld zum Ankaufe des Brotes für halbe Arbeit liefern. Die Gesamtsumme dieser Kosten für das ganze Land auch nur annäherungsweise zu schätzen, ist schlechterdings unmöglich; in dem einen Jahre 1790 betrugen die

[1]) Etat des Finanzministers in Montesquious Bericht vom 9. September 1791.

[2]) Verhandlungen der Kommune Paris, 15. Januar 1795.

Vorschüsse des Staats an die Kommunen der Departements für Getreideankäufe 1600 Millionen [1]). Mochte aber der Staat oder eine Stadtgemeinde die Zahlungen vermitteln, das Ergebnis war immer, daß die Besitzenden zahlen und wiederum zahlen mußten, um die Besitzlosen zu ernähren, gleichviel, ob diese arbeiteten oder nicht. Auch erschien dies nicht mehr als freie Hilfe bei unabwendbarem und außerordentlichem Mißgeschick: die Natur war nicht mehr die Quelle des Leidens, vielmehr waren die Ernten von 1789 und 1790 reichlich, und wo noch zu Ende dieses Jahres drückender Notstand vorhanden war, lag der Grund allein in der Störung der öffentlichen Ordnung und der Unsicherheit des Eigentums. Jeder Vorgang also, welcher wie das bisher Angeführte einen neuen Zwang gegen die Eigentümer enthielt, mochte im Augenblick einen Hungrigen sättigen, mußte aber mittelbar das Elend hundertfach steigern.

Im Jahre 1791 setzten sich diese Uebelstände sämtlich fort. Zwar wirkten auf das städtische Gewerbe die Assignaten anfangs mit ähnlich anregender Kraft wie auf dem Lande, aber die scheinbare Besserung hatte auch in den Städten keine sichere Grundlage. Wo eine große Menge Papiergeld plötzlich in den Verkehr geworfen wird, erscheint stets ein rascher Aufschwung der Industrie. Die Masse der Wertzeichen setzt alle ökonomischen Kräfte in Bewegung, die Anlagekapitalien finden sich leichter als sonst, der Betrieb empfängt immer neue und stets bereite Nahrung. Repräsentiert das Papier einen vorhandenen, auf Ordnung und Rechtssicherheit gegründeten Kredit und behauptet dadurch eine feste und dauernde Bedeutung, so kann ein solcher Augenblick der Ausgangspunkt für eine reiche und weithin wachsende Blüte werden, wie z. B. der glänzendste Aufschwung des englischen Ackerbaues unzweifelhaft von der Freigebung der Privatlandbanken datiert. Ist dagegen das neue Papier von mißlichem Bestande, wie dies bei den französischen Assignaten sich schon im Februar 1791 deutlich her-

[1]) Bericht Johannots an den Konvent, 12. Juli 1795.

ausstellte, so kann auch keine Frucht desselben auf Dauer rechnen. Im Augenblicke nimmt die Industrie vielleicht einen um so heftigeren Anlauf, weil jeder strebt, das zweifelhafte Papier in Gebäuden, Maschinen und Waren anzulegen, die irgend einen inneren Wert unter allen Umständen behaupten. Diese Bewegung machte sich in Frankreich 1791 fühlbar, von allen Seiten kamen befriedigende Nachrichten über die Thätigkeit der Manufakturen. Gesteigert wurde die Regsamkeit, aber auch die Gefahr, noch durch einen besonderen Umstand. Der Wechselkurs gegen das Ausland war seit Jahren für Frankreich ungünstig. Seit 1783 führte das Land mehr ein als aus, dann kamen die großen Kornankäufe Neckers, endlich die tiefe Zerrüttung der Gewerbsverhältnisse durch die Revolution, die überall die einheimische Erzeugung lähmte und Bestellungen im Auslande nötig machte. Frankreich mußte also bedeutend mehr Zahlungen machen, als es empfing, folglich die Kosten derselben decken und bei dem Wechselkurse verlieren, im Frühling 1791 9 bis 11 Prozent. Auch hier griffen die Assignaten ein, denn da sie in diesem Zeitpunkte gegen Silber 4 bis 6 Prozent einbüßten, der fremde Kaufmann aber in Silberwert befriedigt sein wollte, stieg der Verlust des französischen Wechselkurses bis auf 15 Prozent. Der Franzose, der z. B. in London 30 Pfund Sterling schuldete, mußte für einen entsprechenden Wechsel nicht den Nennwert von 740, sondern 880 Livres bezahlen, während umgekehrt der Engländer zu der Deckung einer Pariser Schuld von 880 Livres einer Auslage nicht von 34, sondern nur von 30 Pfund Sterling bedurfte. Eben hieraus aber ergab sich im Moment eine günstige Stellung der französischen Manufakturen. Da man ihre Leistungen auf so wohlfeile Art bezahlen konnte, so strömten ihnen aus der Fremde Bestellungen zu, so daß es ihnen hier und da Schwierigkeiten machte, alle Kunden zu befriedigen. Man sieht aber leicht, daß ein Aufschwung dieser Art mehr als jeder andere eine Grenze hatte. Er gründete sich nicht auf ein sachliches und festes Bedürfnis der Besteller, er konnte vielmehr nur vor-

übergehend dauern, bis durch seine Transporte das Gleichgewicht des Kurses wiederhergestellt war. Er war also ohne weiteres nicht zu bleibenden Kapitalanlagen und kostspieliger Geschäftsausdehnung geeignet, und wenn vollends ein ferneres Sinken der Assignaten eintrat, so mußte er in allen Fundamenten zusammenbrechen und die Krisis um so verderblicher sein, je tiefer die Spekulation sich in die ersten günstigen Aussichten eingelassen hatte.

Nicht wenig trug zu der damaligen Rührigkeit des Gewerbes die junge Gewerbefreiheit bei. Ausgerufen in der Nacht des 4. August, war sie auf der Stelle thatsächlich in das Leben getreten, nicht ohne mancherlei Verwirrung und Verluste, aber von Anfang an wie die Freiheit der Aecker schöpferisch und krafterzeugend. Es dauerte jedoch bis zum März 1791, ehe sie förmlich durch ein Gesetz sanktioniert und in demselben jedem Franzosen der Betrieb eines jeden Gewerbes unter der einzigen Bedingung der Patentsteuer an den Staat verstattet wurde. Jede Fessel also zersprang, jede Art einer Organisation des Gewerbes wäre aber für den einzelnen sogleich wieder eine Fessel gewesen; die Nationalversammlung hatte keinen anderen Gedanken, als jedem einzelnen die unbedingte Anwendung seiner Kräfte zu überlassen. Wir haben in unseren Tagen von der feudalen wie von der socialistischen Partei sehr viel gegen dies System der Vereinzelung, des Atomismus und Egoismus vernommen. Alles, was seitdem gesagt worden ist, faßte übrigens schon damals Marat in den Vorwurf zusammen, die Nationalversammlung habe mit der freien Konkurrenz die Losung zu industrieller Anarchie, Betrügerei und Verarmung gegeben. Indes ist jetzt die geschichtliche Erfahrung groß genug geworden, um die Thatsache ohne irgend einen Zweifel auszusprechen, daß die volle Freiheit der Arbeit in keinem Lande entschiedenere Früchte als in Frankreich und dort auf keinem Gebiete reicheren Ertrag als auf dem industriellen gebracht hat. Die greifbare Wirkung schlägt hier alle Erörterung nieder.

Wenn die Nationalversammlung mit Recht es ablehnte,

sich in die innere Bewegung der Industrie zu mischen, so hätte sie sich immer ein reiches Verdienst dadurch sichern können, daß sie den Boden für diese Bewegung gereinigt und geebnet hätte. Es ist kein Widerspruch gegen die Gewerbefreiheit, wenn eine einsichtige Gesetzgebung ihre Kräfte stärkt, ihre Wege erleuchtet, ihre Hindernisse beseitigt. Gewerbeschulen und Erziehung der Lehrlinge, statistische Aufklärungen über den jedesmaligen Stand der Gewerke, Unterstützungsvereine im Kreise des Gewerbes selbst, Vorkehrungen gegen Betrug und Rechtsverletzung gehören hierher. Diesen Dingen eine sehr schwache Aufmerksamkeit geschenkt zu haben, ist ein Vorwurf, der nicht bloß die erste Nationalversammlung, sondern die Revolution in ihrem ganzen Verlaufe trifft.

Forscht man jedoch nach dem entscheidenden Grunde desselben, so wird man die Verantwortlichkeit auf andere Schultern legen müssen.

Noch ehe das Gesetz über Gewerbefreiheit existierte, bildeten sich in Paris mehrere Arbeitervereine zur Verbesserung ihrer Lage [1]. Der erste entstand bei den Zimmergesellen unter dem Titel: Gesellschaft der Pflichten; der Pflichten nämlich des Arbeiters, als deren wichtigste die Pflicht der Arbeitseinstellung hervortrat, um dadurch die Meister zu höherem Lohne zu nötigen. Bald folgten die Buchdrucker; es gab Verhandlungen mit den Meistern, der Stadtrat ließ sich eine halbe Billigung abgewinnen. Indessen stieg die Zahl der Mitglieder und der Vereine, sie traten miteinander in Verbindung, riefen Nachahmungen in den Departements hervor und setzten sich mit diesen in laufenden Briefwechsel. Es ist sicher an keiner Stelle ein Zeichen politischer Gesundheit, wenn ein Staat dergleichen nicht verträgt; es ist keine gerechte Verwirklichung der Gewerbefrei-

---

[1] Du Cellier, histoire des classes laborieuses. Paris 1859, 460 bemerkt, daß unter den Gesellen der einzelnen Zünfte seit unvordenklicher Zeit Associationen zur Erhaltung auskömmlicher Lohnsätze existierten. Damals war durch das Einströmen fremder Arbeiter das Bedürfnis stärker geworden.

heit, wenn er den Arbeitern verbietet, was er den Meistern erlaubt. Allein ebenso krankhaft ist es, wenn die Arbeitervereine einen Schritt weiter thun und unter Freiheit Gewaltthat verstehen. Dies aber geschah in Paris auf der Stelle, wie es das Jahr zuvor bei den Bauern erfolgt war. Die Vereine fingen an, die Arbeitseinstellung zu erzwingen, auch wo einzelne Arbeiter sich mit ihrem Lohne begnügten, und fremde Arbeiter zu bedrohen, wo die Meister durch deren Annahme hatten aushelfen wollen. Mit anderen Worten, sie nötigten die Meister zu höherer Zahlung, bei Androhung offener Gewalt. Das Verfahren war genau dasselbe wie bei der Kommune, die vom Staate das Geld für Anschaffung des Brotes, die Aufhebung des Octroi und die Entschädigung der Stadt auf Staatskosten begehrte, alles bei Drohung einer neuen Revolution. Es war im Prinzip dasselbe wie bei den Bauern, wenn diese eine neue Teilung der Aecker forderten.

Der Stadtrat hatte nicht die Mittel oder nicht den Mut, ihnen zu widerstehen, so daß die Angelegenheit Ende Mai an die Nationalversammlung gelangte. Es war nun dieselbe Zeit, in welcher die öffentlichen Werkstätten auf 31 000 Arbeiter angeschwollen waren und mit stets neuer Vergrößerung drohten; das Octroi war kurz vorher beseitigt, die Getreidespenden dauerten fort: und statt aller gehofften Linderung sah man hier die kommunistische Gewalt in alle Privatverhältnisse vordringen. So viel Schwäche und Nachsicht gegen anarchisches Wesen bei den parlamentarischen Häuptern vorhanden war, so gab hier doch die Furcht vor dem drohenden Aeußersten Mut zu durchgreifendem Entschlusse. Politische Wendungen, auf die ich weiter zurückkommen werde, traten hinzu, die Katastrophe zu beschleunigen.

Am 14. Juni erließ die Versammlung ein Gesetz, welches alle Vereine von Arbeitern desselben Handwerks, die Einführung von Mitgliederlisten, Vereinskassen und Behörden, als Erneuerung der aufgehobenen Zünfte, verbot und mit tiefer Unbedachtsamkeit den nahrungslosen Arbeitern das

verhängnisvolle Wort zum Troste hinwarf, die Nation werde den Unbeschäftigten Thätigkeit und den Kranken Unterstützung zu verschaffen haben [1]). Zwei Tage später erfolgte ein anderes Dekret, welches die öffentlichen Werkstätten mit dem 1. Juli auflöste, die fremden Arbeiter in ihre Heimat entfernte, der Stadt Paris eine, den Departements eine und eine halbe Million zur ersten Fristung der Not überwies. Damit waren die Uebel an der Wurzel ergriffen, denn wie die Auflösung der Vereine das Eigentum der Meister, so rettete die Entfernung der Fremden den Wohlstand der Stadt, ja man darf sagen, die Möglichkeit des ganzen damaligen Staates. Sie bildeten das Publikum des Palais Royal, sie hatten zum Sturm auf die Bastille wie zu den Tumulten des 6. Oktober das Beste gethan, sie waren die eigentliche Garde der Revolution. So war die Aufregung, welche die beiden Dekrete hervorriefen, sehr bedeutend. Alle, die bisher auf Kosten des Staates gelebt, alle, die eben nach der Börse der Meister und der Grundbesitzer gegriffen, alle, denen die Permanenz der Revolution den Lebensunterhalt lieferte, alle diese sahen sich durch die Reaktion der Nationalversammlung in ihrem materiellen Dasein bedroht.

Und eben in diesen Tagen trat eine politische Krisis ein, welche ihnen plötzlich die Aussicht eröffnete, alle Not mit einem Schlage zu beendigen und mit einem raschen Ausbruch Frankreich der Herrschaft der armen Leute zu unterwerfen.

Fünftes Kapitel.

Abschluß der Verfassung.

Der schneidendste Nachteil, welchen der Sturz der Kirche der Revolution brachte, war die veränderte Stellung des Königs.

---

[1]) Immerhin ist zu bemerken, daß das Gesetz die gleichen Verbote auf die Meister und Arbeitgeber wie auf die Arbeiter erstreckte

Ludwig XVI. war bis dahin kein Gegner der Revolution gewesen. Dieser gutmütige und schwerfällige Mensch hatte überhaupt keine politische Meinung. Solange er jung gewesen, hatte er Kirche, Adel und Parlamente untereinander und mit der Krone in Streit gesehen; aller Widerstand, den die Regierung erfahren, war von dieser Seite gekommen; Turgot und Calonne hatten ihn gelehrt, daß es zugleich des Königs und des Volkes Wohl sei, wenn die Feudalprivilegien beseitigt würden. In solcher Stimmung hatte Ludwig die Reichsstände berufen, um allerlei Not und Streit und Einengung los zu werden und zugleich das Glück seines Volkes erblühen zu sehen; er war zuerst betroffen und verwundert, daß jetzt die Not erst recht begann und unerhörte Zwietracht das Reich erfüllte. So ließ er sich zu dem unglücklichen Ministerium Breteuil bestimmen, um dem widerwärtigen Lärmen rasch ein Ende zu machen; er hatte so wenig Eigennutz, aber auch so wenig Einsicht dabei, daß er im Begriffe stand, sich und das Reich den Feudalständen völlig zu überliefern. Je gewaltiger seitdem die Stürme brausten, desto gründlicher zog er sich in sein Inneres zurück. Am wenigsten regte ihn die persönliche Unbill auf, die er am 5. und 6. Oktober und seitdem so unzählige Male erfuhr: er hatte wohl Sinn für Popularität und freute sich über das Klatschen und Vivatrufen des Volkes, aber er hätte eine Sünde zu begehen geglaubt, wenn er eine persönliche Beleidigung nachgetragen hätte. Dagegen empfand er mit Behagen, daß die Minister ihn viel weniger als sonst mit den Einzelheiten der Geschäfte behelligten. Wenn in der alten Zeit Turgot ohne Rücksicht auf Schlafens- oder Jagenszeit seine Mappen öffnete, wie oft hatte Ludwig geseufzt: schon wieder eine Denkschrift! Jetzt war es genug, wenn er der regelmäßigen Sitzung des Ministerrates beiwohnte und in der Regel den Vorschlag

---

und hierdurch sich vorteilhaft von den späteren Verfügungen von 1803 (Germinal XI) und 1804 (Floréal XII) unterschied. Vgl. du Cellier l. c. 342.

empfing, der auch seiner Gemütsart am besten zusagte: den Vorschlag, zu genehmigen, was die Nationalversammlung forderte. Es war nicht bloß die Anstrengung eigenen Denkens und Wollens, die er vermied, es war ebenso sehr die Scheu vor jeder Verantwortlichkeit, die er mit Beruhigung sich damit abgenommen glaubte. Woher hätte er in seiner schüchternen und schwachen Natur den Trieb zu anderem Handeln nehmen sollen? Sein Geist war beschränkt, die wenigen Gedanken schliefen unter dicker Hülle, er hatte nicht die geringste Vorstellung über das Woher und Wohin seiner Zeit. Desto ängstlicher war sein Gewissen, er dachte nicht an politische Fehler, aber stets an moralische Vergehungen; er war wie ein Blinder, der bei jedem Schritte einen anderen zu verletzten fürchtet und doch unaufhörlich den anderen Rat geben soll. So schien er ebenso unselbständig wie schwer zu lenken. Jeder plötzlichen Einwirkung versagte er, vor allem, wenn sie zu That und Entschließung riet; taucht zwei Elfenbeinkugeln in Oel, sagte sein Bruder, und haltet sie zusammen, dann werdet ihr auch den König in einer sicheren Bahn halten können. Wer aber dauernd mit ihm verkehrte und den regelmäßigen Geschäftsgang mit ihm zu machen hatte, war sicher, daß er endlich ihm nicht entging: hatten eine solche Stellung vollends Männer wie Necker und Lafayette, die in allen kleinen Hülfsmitteln groß und in den großen Fragen stets unentschlossen waren, so konnten sie auf Ludwigs Beistimmung immer rechnen. Er machte es ihnen wie einst dem Grafen Maurepas. Er hörte hundert verschiedene Ratschläge neben ihnen, hatte kein Urteil über gut oder übel, zauderte, unterschrieb endlich den Antrag des Ministers. Höchstens hörte man bei einem übeln Ausgang, daß er sonst in ungestörtem Ertragen ruhig bemerkte, er habe das Unheil sich wohl vorausgedacht.

Wenn es eine Tugend ohne Thätigkeit giebt, so war er ohne Zweifel der reinste Mensch unter seinen politischen Zeitgenossen. Aber dem Rat- und Thatlosen wird die Tugend selbst, wie die irdischen Dinge einmal liegen, zum Fehler und Verderben. Vielleicht das einzige nachdrückliche

Gefühl des Königs war sein Familiensinn, die Neigung zu Weib und Kindern, die ihm anfangs auch nur christliche Pflicht erschienen, dann aber durch die Gewohnheit lebhaft geworden war. Marie Antoinette verdiente aber mehr als ein solches Gefühl. Der fröhliche Leichtsinn, mit dem sie einst den französischen Hof betreten und sich unbefangen und unvorsichtig Ingrimm und Todfeindschaft erweckt hatte, war in den Stürmen der Revolution verwelkt. Die Kraft ihres reinen Charakters war durch keine lockere Hülle mehr verdeckt; sie hatte lebhafte Einsicht und unerschrockenen Mut, und nicht ohne Grund konnte Mirabeau einmal ausrufen, der einzige Mann an der Seite des Königs sei die Frau desselben. Aber ihn mit durchgreifender Wirksamkeit zu leiten, fehlten auch ihr die Mittel. Sie hatte seit Jahren sich vielfach in die politischen Geschäfte gemischt, mehr als einen Minister gefördert, mehr als einen zum Falle bringen helfen. Aber das alles war immer nur persönliche Neigung oder Abneigung und niemals die Wirkung sachlicher Erwägung oder wohlunterrichteter Planmäßigkeit gewesen. Es fehlte ihr an Kenntnissen und an Stetigkeit, weil ihr das innere Interesse an Staat und Politik abging. Die Revolution hatte sie freilich in ihren tiefsten Gefühlen getroffen, und wenn der König täglich schwankte, ob er sich in die Rolle eines konstitutionellen Monarchen ehrlich finden wollte oder nicht, so war Marie Antoinette bisher entschlossen gewesen, an ihrem Teil eine solche Demütigung möglichst zu beschränken. Ueber die Mittel aber, ihren Widerstand durchzuführen, hatte auch sie keinen festeren Plan als der König selbst. Völlig klar und unerschütterlich war sie nur in dem Widerwillen gegen die ihr einmal verhaßt gewordenen Personen. Vor allem verabscheute sie die großen Edelleute, die sich dem Liberalismus und der Revolution angeschlossen; sie vergab dem Marquis Lafayette und dem Grafen Mirabeau eine gemäßigte Opposition weniger als den bürgerlichen Demokraten die wildesten Schmähungen und die tödlichsten Angriffe; es war jene gerade bei deutschen Fürsten heimische Anschauung, daß besondere Königstreue und höfischer Dienst

die Natur und die Pflicht des Adels sei. Bei solchen Stimmungen war ein erheblicher Erfolg, ja auch nur eine fortgehende Einwirkung für die Königin unmöglich. Sie nahm wohl einen augenblicklichen Aufschwung aus Entrüstung, Pflichterkenntnis, beleidigtem Selbstgefühl und fiel dann wieder abgestoßen und ermüdet zurück. So kann man zu Heldenmut und Aufopferung, aber nicht zu einem gründlichen Beharren gelangen, wie es bei dem Könige nötig gewesen wäre. All ihr Thun hatte auf Ludwig nur den Einfluß, daß es seine Scheu vor jedem gewagten Beginnen und jeder Gefahr seiner Familie vermehrte. Damals aber war nur zwischen Gefahr und Verderben die Wahl.

Der König war auch hierbei wie in allen Stücken religiös bestimmt. Das ferne Verderben legte er in die Hand des Herrn; selbst aber die Seinigen bloßzustellen, wäre ihm eine Sünde gegen Gottes Gebot erschienen. Es war der Grundton, der sein ganzes Thun im Ministerrate wie bei dem Brausen des Pariser Volksmassen durchdrang. Hier fand sich die Beschränktheit seines Wesens mit der furchtbaren Gewalt seiner Tage zurecht. Wenn ihm bei politischem Sinnen die ersten Schritte versagten, so war es ja auch ein göttliches Gebot, nicht für den folgenden Tag zu sorgen. Wenn der Unglimpf der Zeiten zu bitter traf, so bot ihm die Kirche erquickende Stütze und Hoffnung. In allen Schwierigkeiten hatte er sonst keinen Rat und keinen Maßstab als den einen, daß er nicht sündigen wolle.

Es hätte nicht großer Macht und unermeßlicher Einsicht bedurft, um nach dem Sturze des Feudalstaates einen solchen Fürsten in einer parlamentarischen Regierung zu seiner ganzen Befriedigung zu verwenden. Ließ er sich doch einen Zustand gefallen, der das Gegenteil aller Regierung war, und als zuletzt auch er die Verderblichkeit desselben begreifen mußte, gingen seine Restaurationsgedanken lange nicht so weit, wie Mirabeau es für unumgänglich nötig hielt. Aber die kirchliche Frage verwandelte alles. Er hatte dabei keinen anderen Standpunkt als die Bauern, welche sich im Elsaß zusammenrotteten und bei Nimes ihr Blut vergossen. Die

gesetzwidrige Wahl der Pfarrer und Bischöfe entweihte ihm das Sakrament, die Verletzung der päpstlichen Rechte trennte ihn von der Einheit der Kirche und damit von dem Heil seiner Seele — und er sollte dies nicht bloß dulden, sondern durch seine Sanktion bekräftigen! In der Pein seines Herzens entschloß er sich zum Schlimmsten, zu einer Unredlichkeit: in der Hoffnung, entweder vom Papste wenigstens eine provisorische Zustimmung zu erhalten oder, wenn sie ausbliebe, das neue Kirchentum an innerer Schwäche hinwelken zu sehen, gab er der Civilverfassung des Klerus seine königliche Zustimmung.

Von diesem Augenblicke an lag aber zwischen ihm und der Revolution ein Abgrund. Hatte er es früher vielleicht in einzelnen Augenblicken fassen können, daß er die Leitung derselben ergreifen müsse, um zugleich das Alte abzuthun und ein kräftiges Neues zu schaffen: jetzt war sie ihm durch Sünde befleckt und vergiftet, und auf ihrem Boden fand er keine Werkzeuge mehr für ein gewissenhaftes Handeln. Noch empfing er zwar Ratschläge von Mirabeau, auf Entfernung in eine Stadt des Inneren und Sammlung aller gutgesinnten Franzosen um eine Gegenverfassung. Aber zugleich gewann auch der alte Unglücksfreund Breteuil wieder Einfluß und drängte auf Flucht in eine Grenzstadt und Erdrückung der Revolution mit Hülfe des Auslandes. Es war im Oktober 1790. Einige Monate schwankte der König noch zwischen beiden Systemen; leider übernahm die Nationalversammlung nur zu eifrig die Sorge, seine Wahl für das Unheil zu entscheiden.

Sie war zu weit fortgeschritten, um einhalten zu können; die Folgen ihres Thuns drängten sie unaufhaltsam weiter. Nachdem sie die Kirche gestürzt, durfte sie dem Könige nicht mehr trauen; indem sie gegen diesen die Schutzwehren häufte, machte sie alles Regieren unmöglich. Der einzige Mensch, der sie zu bändigen vermochte, Mirabeau, war seit dem Ausgange der letzten Ministerkrisis im höchsten Grade erbittert. Zum zweiten Male hatte er es erleben müssen, daß man seine Finanzanträge genehmigt und die Lebens-

bedingung derselben, die Bildung eines tüchtigen Kabinetts, hintertrieben hatte. Er sah sich eifrig benutzt und unaufhörlich verschleudert. Er sah die bestentworfenen Pläne nur zu Gunsten der Zerstörung ausschlagen; er sah seine Popularität gefährdet, ohne für seine Macht etwas zu gewinnen; er sah, was ihm nicht leichter wog, die Stelle, die er seinem geschichtlichen Nachruhme zudachte, verfälscht. Es war nur zu begreiflich, daß er tiefen Grimm gegen den Hof, die Minister, die Rechte, den Klerus, gegen alles empfand, was an irgend einer Stelle seine Wünsche feindlich kreuzen mochte. Seine Donnerschläge fielen nach allen Seiten, er war auf der Rednerbühne heftiger und maßloser als jemals, seine Gunst bei dem revolutionären Pöbel stand auf der höchsten Höhe. Ihm selbst war nicht wohl dabei; er gestand ein, wie er den eigenen innersten Wünschen schade, aber wiederholte auch, er könne nicht anders. Das übelste war, daß eine neue Entwickelung in der Kirchenfrage gerade in diese Tage fiel.

Nachdem der König die Civilkonstitution genehmigt, begann im ganzen Reiche die Ausführung derselben. Da erlebte man denn, daß vielleicht zwei Drittel der Geistlichen in allen Provinzen den Gehorsam weigerten[1]). Das Schisma drang in die entlegensten Dörfer, wie es die Straßen der Städte bewegte; im Süden schlugen alle Flammen aufs neue in die Höhe, und schon im September schworen 30 000 bewaffnete Männer in den Gebirgen von Jalès, der wahren Kirche getreu zu leben und zu sterben. Noch kam es dort zu keiner Gewalt, der Punkt blieb aber seitdem das militärische Hauptquartier des katholischen Südens. Darauf brachte der kirchliche Ausschuß den Antrag vor die Versammlung, von jedem Geistlichen binnen acht Tagen den Eid auf

---

[1]) Die Angaben schwanken nach den Parteien. Genaue Notizen finde ich in dem politischen Journal von 1790, das freilich sehr konservativ, aber in seinen Pariser Berichten nicht schlecht unterrichtet ist. Danach wäre die Schätzung des Textes noch viel zu niedrig.

die Civilverfassung zu fordern [1]), im Weigerungsfalle ihn für abgesetzt zu erklären und bei Fortsetzung kirchlicher Funktionen ihn als Ruhestörer zu verfolgen. Noch gab es zahlreiche Stimmen, die in einem solchen Schritte nichts als Vergrößerung des Unheils erblickten; aber Mirabeau versagte sich nicht den Anlaß, seine ganze revolutionäre Gewalt zu entfalten. Es war wohl der unvollkommenste Punkt in seinem Wesen, daß er die Gefahr des Kirchenstreites, die er in einzelnen Momenten scharf und zutreffend erkannte, nicht bereit und stetig genug auf seine Entschlüsse einwirken ließ. Jetzt war sein Gegenantrag, obwohl in den Formen äußerst scharf, in der Sache doch erheblich milder als der Vorschlag des Ausschusses (er verbot den Bischöfen gewisse Handlungen bei harter Strafe, jedoch er forderte nicht, wie dieser, von ihnen in kurzer Zeitfrist ein positives Thun): aber seine Rede vereinte mit zermalmender Stärke und fortreißender Leidenschaft alles, was über die Sünden des alten Kirchentums gesagt werden konnte [2]). Er wirkte unwiderstehlich, er entschied die Frage, entschied sie gegen sich und für den Ausschuß. Die Versammlung befahl den Geistlichen den Bürgereid [3]).

Keine andere Maßregel hätte so gründlich die Zersetzung des ganzen Zustandes beschleunigen können. Kein anderer Schritt würde so entschieden das Vernehmen zwischen Mirabeau und dem Hofe zerrissen haben. Kurz vorher hatten die Auswanderer von Turin her ein Komplott auf Lyon entworfen, der König aber ihnen dringenden Gegenbefehl erteilt und jedes Mitwirken bestimmt versagt. Auch die

---

[1]) Der Eid lautet wörtlich auf Treue der Nation, dem Gesetze, dem Könige, der Verfassung. Wenn Michelet daraus folgert, daß er sich nicht auf die constitution civile du clergé bezogen, so erhellt die Unrichtigkeit dieser Behauptung aus der Thatsache, daß das Dekret dem Könige ausdrücklich als ein décret constitutionnel vorgelegt wurde. (Instruktion darüber im Moniteur vom 25. Januar.)

[2]) 26. November 1790.

[3]) 27. November. Dann am 27. Januar ein Dekret, daß die Neuwahlen für die Stellen der Eidweigerer beginnen sollten.

Königin hatte damals die Ueberzeugung gewonnen, daß die Grundsätze des neuen Zustandes unzerstörbar seien und der König nur durch aufrichtige Annahme derselben und Berufung eines liberalen Ministeriums seine Stellung verbessern könne. Jetzt aber kamen, wenn nicht die Auswanderer, so doch Breteuils Pläne wieder zum Vorschein[1]; Ludwig hatte keine Hoffnung mehr, mit den Kräften des Inneren etwas auszurichten. Die Verfolgung der Kirche durch die Nationalversammlung — keine geschichtliche Thatsache ist gewisser — hat wie die Vendée in den Bürgerkrieg, so Ludwig XVI. in das Bündnis der Fremden getrieben. Als die Versammlung durch unablässiges Drängen dem Könige die Sanktion des Dekretes entrissen, rief er: lieber der König eines Dorfes möchte ich sein als König von Frankreich unter solchen Umständen. Aber Geduld, setzte er hinzu, Geduld, es geht bald zu Ende.

Es war um so trauriger, als in demselben Augenblicke bei Mirabeau eine entscheidende Wendung eintrat. Das einzige Mitglied des alten Kabinetts, welches die Krisis des Oktober überlebt hatte, war der Minister des Auswärtigen, Graf Montmorin. Ein ehrenwerter, in seinem Fache bewanderter, aber von aller Festigkeit entblößter Mann, welcher bis dahin Lafayettes gehorsamer Freund gewesen und von diesem gegen Mirabeau geschützt worden war. Aber vor allem war er ein ehrlicher Anhänger des Königs, und als er sich überzeugt hatte, wie wenig für die Rettung der Monarchie auf den General zu bauen sei, nahm er keinen Anstand, auf der Stelle sich Mirabeaus Einfluß, um des Königs willen, vollständig unterzuordnen. Endlich also war diesem das lang Ersehnte gewährt, und mit voller Kraft ging er sofort wieder an das Unternehmen der monarchischen Restauration. Seine Pläne, seine Noten und Vorschläge drängten sich; noch vor Ablauf des Jahres entwickelte er ein großes System[2], nach welchem der Angriff auf allen

[1] Breteuils neue Vollmacht zu Unterhandlungen im Auslande ist vom 20. November.

[2] 23. Dezember.

Punkten zu beginnen sei. Allein so stark er war, so konnte er das Geschehene nicht ungeschehen machen. Seit einem Jahre war eine schlechte Verwaltung und ein schwaches Gerichtswesen eingerichtet, das Heer verwildert, die Mehrheit der Versammlung durch anarchische Präcedenzien gebunden. Seit einem Jahre waren die besitzlosen Klassen in Unruhe, die patriotischen Franzosen in Argwohn; endlich hatte die kirchliche Frage das Volk gespalten, und er selbst war hier auf das schärfste beteiligt. So zeigt sein System selbst die Uebermacht der Gefahr und die Schwäche der Mittel. Auch ist damals das erste und letzte Wort seiner Denkschrift nichts weiter als vorläufige Bearbeitung der öffentlichen Meinung; man sieht, daß er den eigentlichen Feldzugsplan für die Stunde des Ausbruchs verspart. Erst nach einigen Monaten trat er damit hervor. Er hoffte etwa die Hälfte der Departements zu bestimmen, daß sie die Auflösung der Versammlung fordern sollten; der König sollte sich nach Compiègne begeben und hier, durch Bouillés Truppen geschützt, eine neue Versammlung zur Revision der Verfassung einberufen. Dieser würde man eine Anzahl bestimmter Grundsätze als unabänderlich feststehend bezeichnen: zwei Kammern, absolutes Veto des Königs, unbedingte Unterordnung der Verwaltungsbehörden unter die Befehle der Minister, unwiderrufliche Beseitigung der Feudalprivilegien, Einziehung eines Drittels des Kirchengutes für den Staatshaushalt. Aber auch die vorläufigen Schritte zu thun, war ihm nicht bestimmt. Denn obgleich der König die Vorschläge genehmigte und einiges, wie eine geheime Polizei in Paris, organisiert wurde, so kam der wahre Wille Ludwigs zuletzt doch immer auf andere Wege zurück. Er wollte die Rettung nicht mehr aus Mirabeaus Hand, seitdem der kirchliche Streit sein Gewissen zwischen ihn und den gefürchteten Bundesgenossen gestellt hatte. Während Montmorin mit Mirabeau beriet, korrespondierte der König mit Bouillé über die Flucht an die Grenze. Sein einziger Gedanke war nur noch Befreiung aus den Fesseln des Pariser Aufenthaltes.

Ursache genug hatte er zu solcher Ungeduld. Die Zügellosigkeit des Pöbels wurde täglich schlimmer. Die königliche Familie selbst erfuhr mehrere Beschimpfungen kurz nacheinander, die demokratische Presse steigerte sich in gemeiner und giftiger Heftigkeit, die Klubs vervielfältigten sich und überstürzten ihre Forderungen. Da sollte eine Legion von Tyrannenmördern gebildet werden, da begehrte man politische Befreiung der Weiber, da erklärte man die Revolution für permanent, bis jeder Mensch ein reichliches Einkommen genieße. Die Jakobiner richteten eine sogenannte brüderliche Gesellschaft aus der Hefe des Pöbels ein, Männer und Weiber, zum Schreien und Losschlagen, wo die Diskussion nicht mehr ausreiche; in der Antonsvorstadt verdrängte Dantons Freund, der Bierbrauer Santerre, Lafayettes Einfluß bei der Nationalgarde gänzlich. Aufläufe, Mißhandlung und Ermordung königlich Gesinnter, Bedrohung und Verfolgung der Geistlichen war an der Tagesordnung. Die letzte Zielscheibe aber alles Grimmes, das letzte Wort aller Schmähungen blieb nach wie vor die Königin. Es war kein Wunder, daß sie die Flucht aus einem solchen Zustande wie die Erlösung aus einer höllischen Sklaverei ersehnte.

Was aber dann? Nur allmählich bildeten sich bei der Königin darüber klare Gedanken.

Sie wollte nicht durch die Auswanderer siegen, sie wollte nicht Herstellung des alten Zustandes[1]). Sie sah mit ruhiger Deutlichkeit, daß eine solche unmöglich sei, so gewiß es einem einzigen unmöglich ist, hundert andere niederzuwerfen. Sie fand, daß ein Sieg der Auswanderer den König in den Schatten stellen, sie selbst ihren alten Wider-

[1]) Hierüber sowie weiterhin über die Ansichten des Kaisers Leopold läßt der Briefwechsel beider (herausgegeben von Arneth) nicht den geringsten Zweifel mehr. Warum ich neben diesen Briefen nicht auch die weitere Korrespondenz der Königin, wie sie von Hunolstein und Feuillet de Conches veröffentlicht worden ist, berücksichtige, darüber vgl. Historische Zeitschrift, 13, 164 ff. In diesen Sammlungen sind so viele unechte Stücke, daß die bloße Versicherung der Herausgeber zur Beglaubigung keines nicht anderweitig beglaubigten Aktenstückes hinreicht.

sachern in die Hände liefern würde: vor allem aber, sie war überzeugt, daß schon der Schein eines Bündnisses mit den Auswanderern die Monarchie in Frankreich rettungslos vernichten müßte. Sie begriff ebenso die Undenkbarkeit eines absoluten Königtums auf dem neuen Boden; sie war jetzt auch zur konstitutionellen Monarchie bereit, nur daß in derselben der König wieder Sicherheit für Leib und Leben und die zur Herstellung der Ordnung nötige Gewalt empfinge. Die Prinzen erstrebten eine Gegenrevolution, die Königin, wie man damals sagte, eine Gegenverfassung. Aber wie dazu gelangen? Wies man die Hülfe der Prinzen ebenso wie Mirabeaus Pläne zurück, so blieben zwei Wege. Der eine lautete auf Flucht in die Vendée oder den Süden, um sich, das Schwert in der Hand, an die Spitze der katholischen Bewegung zu stellen. Der andere führte zur Unterstützung durch die großen Mächte, zunächst durch den Kaiser, ihren Bruder. An Mut für den ersteren hätte es der Königin nicht gefehlt, aber die Natur des Königs machte von vornherein das Betreten desselben unmöglich. Wie Mirabeau den Bankerott, so hielt Ludwig den Bürgerkrieg für das Aergste, das schlechthin Verwerfliche. Ihn entsetzte der Gedanke eines massenhaften Blutvergießens, und nicht vergebens hatte er gelesen, daß das Haupt Karls I. auf die Anklage wegen Beginn des Bürgerkrieges gefallen war. Floh man dagegen an die Ostgrenze des Reiches, so konnte ein Mann seines Schlages sich noch eine Weile die Gewißheit bemänteln, daß man dem Bürgerkriege ebenso unausbleiblich entgegenging und den auswärtigen Kampf noch dazu in den Kauf nahm. Man warf sich in eine Festung, umgab sich mit einigen treuen französischen Regimentern, hatte einige tausend Oesterreicher für den Anfang als Rückhalt. Der bisherige Zustand war so unerträglich, daß man nicht im mindesten zweifelte, auf das Wort des freigewordenen Königs würden eine Menge Franzosen sich erheben. Man besorgte nicht entfernt eine krampfhafte Aufwallung des Nationalgefühls, denn man fühlte sich selbst zu rein von dem Vorwurfe des Landesverrates, da ja die fremden

Truppen nur die gute Sache des französischen Königs unterstützen, gewiß also nicht ihn selbst seines Territoriums berauben sollten. Gelangte man so zum Siege, so wären die großen Folgen der Revolution, Sturz der Feudalität und der Geburtsprivilegien, Einheit der Reichsregierung, Gleichheit des Gerichts, Befreiung des Bodens und des Gewerbes geblieben. Ueber die nähere Form der Verfassung hätten die Umstände entschieden; man wäre je nach dem Verlauf des Ereignisses etwa auf Turgots Gedanken oder auf den materiellen Teil der königlichen Erklärung vom 23. Juni 1789 zurückgekommen. Hierüber stand noch nichts fest, als daß man Sicherung und Kräftigung der königlichen Regierungsgewalt begehrte.

Diese Dinge wurden in den Wintermonaten des Jahres 1791 in den Tuilerien heimlich und unruhig erwogen. Noch gelangte nichts davon in die Außenwelt; nur der erste Schritt des Planes, die Flucht in irgend eine Grenzfestung, wurde mit Bouillé näher erörtert [1]). Mirabeaus Entwürfe gingen daneben her; er hatte seine Stellung entschieden gewählt und trat jetzt in der Versammlung den Jakobinern bei jedem Anlasse offen in den Weg. Diese machten, nachdem sie im Januar den Bürgereid gegen die Geistlichen durchgesetzt, im Februar einen entsprechenden Versuch gegen den Adel, indem sie ein durchgreifendes Strafgesetz gegen die immer zunehmende Auswanderung verlangten. Lameth, Barnave,

---

[1]) Allerorten (auch neuerlich wieder bei L. Blanc V. 164) findet man zwar ein Schreiben Ludwigs an den König von Preußen, angeblich vom 3. Dezember 1790, worin er diesen um einen Kongreß aller Mächte behufs der Intervention auffordert. Meist ist dies Schreiben aus den Mémoires d'un homme d'état genommen und durch deren vermuteten Ursprung aus Hardenbergs Papieren zu Ansehen gelangt. Beauchamp, der Verfasser dieses Teils der Memoiren, hat allerdings vielerlei, aber das meiste unvollständig oder im falschen Zusammenhange erfahren. Diesen Brief hat er aus Bertrands Geschichte, Bertrand aber aus einer gleichzeitigen Flugschrift. Dort sowie bei Beaulieu trägt er jedoch das Datum 1791, und ebenso heißt es denn auch in dem mir vorliegenden Original.

Duport wetteiferten in heftigem Andringen, gaben aber dadurch Mirabeau nur einen Anlaß, seine mächtige Ueberlegenheit nicht allein in der Versammlung, sondern im Jakobinerklub selbst zu bethätigen. Das Gesetz gegen die Auswanderer wurde zurückgestellt [1]).

Ebenso gelang es Mirabeau bald nachher, ein Dekret abzuwenden, nach welchem im Fall einer minderjährigen Herrschaft der Regent durch die Versammlung gewählt werden sollte. Der Hof, der hier eine tückische Demonstration der Orleanisten zu erkennen glaubte, schien dem Redner gerade diesen Erfolg hoch anzurechnen; Montmorin hatte das beste Zutrauen, daß König und Königin sich unbedingt der Leitung Mirabeaus überlassen würden, und der österreichische Gesandte, Graf Mercy, damals in Brüssel, stimmte nachdrücklich ein [2]). Der König aber ließ seine Korrespondenz mit Bouillé keineswegs fallen. Obgleich dieser selbst vor jedem Versuche einer heimlichen Flucht aus Paris an die Grenze dringend warnte, empfing er um den 10. März ein Schreiben Ludwigs, worin er beauftragt wurde, alles für den Empfang des Königs in der Grenzfestung Montmédy gegen Ende April vorzukehren. So wenig unbedingt war Ludwigs Hingebung an Mirabeau.

Unter diesen Umständen muß man es ein Glück für den großen Redner nennen, daß ein günstiges Geschick sein Leben endigte, als sein Beruf unmöglich geworden war. Aufgerieben durch alles, was menschliche Kräfte verzehren kann, Anstrengung, Erregung, Genuß, starb er nach kurzer Krankheit am 2. April 1791. Der erste Abschnitt der Revolution kam mit seinem Dasein zum Schlusse. Die Tendenzen, welche in die weite, durch seinen Tod gerissene Lücke nachzudrängen suchten, kündigten sich auf der Stelle in scharfem Ausdruck an. Mirabeau hatte seine ganze Kraft an die Schöpfung einer parlamentarischen Regierung, an

---

[1]) 28. Februar.

[2]) Dies geht unzweifelhaft aus seinen Briefen an La Marck vom 4. und 10. April hervor.

die Führung des Ministeriums durch die Häupter der Volksvertretung gesetzt: drei Tage nach seinem Tode verlangte Robespierre von der Nationalversammlung ein Verbot, daß kein Mitglied derselben in den nächsten vier Jahren ein Ministerium übernehmen dürfe. Auf dem Boden von 1789 war jede Möglichkeit für eine gesetzliche Ordnung verschwunden. Von allen Seiten drängte alles zum Ausbruche.

In Paris gab es für die demokratischen Massen keine Schranke mehr. Ein päpstliches Breve, welches die Civilkonstitution verwarf, gab das Zeichen zu unaufhörlichen Tumulten. Der Pöbel stürmte die Klöster und peitschte die Nonnen; der Gottesdienst, welchen die orthodoxen Katholiken sich in einer Privatkirche einrichteten, wurde durch wiederholte Gewaltthätigkeiten unterbrochen; die Cordeliers forderten gebieterisch den König auf, die landesverräterischen Pfaffen aus seiner Kapelle zu entfernen. Wo in den Provinzen sich jakobinische Elemente vorfanden, gab es ähnliche Scenen. In Bordeaux wurden barmherzige Schwestern in den Strom getaucht und erst halbtot wieder herausgezogen, eine Menge Dorfgeistlicher rettete mit Mühe vor ihren demokratischen Pfarrkindern das Leben. Der König, der indes aus anderen Gründen seinen Fluchtversuch wieder hinausgeschoben hatte, suchte wenigstens diesen Plackereien zu entgehen und sprach den Entschluß aus, seine Ostern in St. Cloud zu halten, um in Paris durch den Gebrauch eines eidweigernden Priesters keinen Anstoß zu geben. Aber schon länger, als er seine Flucht erwog, hatten ihn seine Dränger wegen solcher Wünsche in Verdacht. Als er am 18. April hinausfahren wollte, fiel der Pöbel den Pferden in die Zügel, die herbeigerufene Nationalgarde versagte, und Lafayette selbst war nicht im stande, die Bahn zu öffnen. Der König mußte zurück; man erklärte ihm, man werde ihn nicht in die Fremde zu den Auswanderern hinwegfliehen lassen; ein Unglück werde geschehen, wenn er und die Königin nicht bei dem vereideten Pfarrer zum Abendmahl gingen.

Dies war denn auch den bisherigen Häuptern der Linken zu viel. Lafayette, seit einem Jahre durch die demokratische

Presse angefeindet, sah mit Schrecken das Sinken seiner Volksgunst. Barnave hatte schon vor einigen Monaten sich Montmorin genähert und schreckte vor der immer stärker auftretenden Gemeinheit und Schmutzigkeit der Bewegung zurück[1]). Die Lameths und Duport glaubten wahrzunehmen, daß die niederen Führer, die sie bisher als ihre Werkzeuge gebraucht, den Aufstand auf eigene Hand verwendeten und sie auf dem eigenen Boden überflügelten. Sie waren bereits nicht mehr ihrer Herrschaft in dem von ihnen gegründeten Klub der Jakobiner sicher. Dann aber standen sie auch seit Mirabeaus Tode an dem mißlichsten Punkt in dem Leben eines Demagogen: sie waren im Begriffe, an das Ruder zu gelangen, und fingen also an, die von ihnen geschaffenen Zerstörungsmittel mit anderen Augen zu betrachten. So hatte Alexander Lameth einige Zusammenkünfte mit Montmorin; der Kriegsminister Duportail, bisher Genosse Lafayettes, begann sich der aufgehenden Sonne zuzuwenden und begehrte nur von Lameth oder Duport gelenkt zu werden. Kurz, die Aussicht, das Ministerium zur Verfügung zu haben, erweckte in diesen Führern des souveränen Volkes konservative Gedanken. Noch blieben sie in ihrer allgemeinen Richtung, aber sie ließen sich ebenso wie Lafayette und Genossen zu einer Beratung mit den Ministern herbei, wie die augenblickliche Gärung gestillt werden könnte. Lafayette erprobte zunächst durch ein äußerstes Mittel den Rest seines Ansehens bei der Nationalgarde, indem er seine Entlassung einreichte. Als darauf die Mehrzahl der Bataillone ihre Ergebenheit beteuerte, trat er wieder ein und konnte eine gewisse Garantie für die öffentliche Ruhe übernehmen. Der König aber mußte sich immer noch zu harten Bedingungen verstehen. Von der Reise nach St. Cloud durfte keine Rede mehr sein, vielmehr mußte Ludwig in der Pariser Pfarrkirche zur Messe gehen, Montmorin aber

[1]) Montmorins Briefe. Die allerorten vorkommende Notiz, daß Barnave durch Rührung über das Unglück der Königin plötzlich in dem Reisewagen derselben bekehrt worden sei, ist nur ein kleiner biographischer Effekt.

eine Cirkularnote an alle Höfe erlassen, worin der König seine warme Bewunderung der Verfassung und seine persönliche Freiheit versicherte[1]). Man sieht hieraus, wie lebhaft trotz alles Geheimnisses der Argwohn gegen die Pläne des Hofes, und wie er im wesentlichen auf richtiger Fährte war. Vor allem fürchteten die Jakobiner den längst verhaßten Bouillé. Der Kriegsminister selbst that alles, um diesen zu entkräften, nahm ihm seine zwei zuverlässigsten Regimenter und ließ von der Versammlung verfügen, daß den Soldaten der Besuch der Klubs nicht verboten werden könne. Die Wirkung wurde rasch genug erzielt; Bouillé mußte nach wenigen Wochen dem Könige berichten, daß seine Truppen außer aller Disciplin und durchaus demokratisch gesinnt seien.

Bereits aber machte dies das königliche Paar nicht mehr irre. Die letzte Mißhandlung bei der Fahrt nach St. Cloud hatte die Fluchtgedanken nicht hervorgerufen[2]), wohl aber den Entschluß zum Wagnis auf alle Fälle geschärft. Was die Königin noch zurückhielt, war einzig die Ungewißheit über den zu erwartenden auswärtigen Beistand. Man hatte sich an den verwandten spanischen Hof gewandt und von diesem die Antwort erhalten, daß er Truppenhilfe leisten wolle, wenn der Kaiser, der König von Sardinien und die Schweiz das gleiche Versprechen gäben: die Königin hatte dies schon am 27. Februar ihrem Bruder mitgeteilt, eine bestimmte Zusage aber nicht erhalten. Im Gegenteil erklärte ihr Leopold in einem Schreiben vom 14. März, ohne das spanische Anerbieten irgend zu erwähnen, daß die

[1]) Die Korrespondenz zwischen Montmorin und La Marck zeigt jetzt die völlige Grundlosigkeit des Berichtes bei Bertrand de Molleville.

[2]) Graf La Marck ist im Irrtum, wenn er dies I, 186 behauptet. Er war über diese Dinge nicht wohl unterrichtet, wie Ranke, Revolutionskriege 84, annimmt; der nach Arneths Anführungen zweifellos echte Brief der Königin an Mercy, vom 3. und 13. Februar, sagt ausdrücklich, daß La Marck gar nichts von ihren Fluchtplänen wisse. Hiernach bin ich denn auch nicht im stande, der Verhinderung der Fahrt nach St. Cloud die Bedeutung beizulegen, die sie in Rankes Darstellung hat.

europäischen Verwickelungen es ihm zur Zeit völlig unmöglich machten, seiner Schwester einen entscheidenden Schritt anzuraten. Wie er selbst, hielt auch der alte Fürst Kaunitz die heimliche Flucht für äußerst mißlich und stimmte dringend für Abwarten und Aufschub[1]), und auch Graf Mercy, damals in Brüssel, welcher die Königin wie eine Tochter liebte, schrieb ihr in gleichem Sinne. Marie Antoinette mochte denken, daß es ihnen leicht sei, Geduld und Vorsicht zu predigen, während ihr selbst ein jeder Tag neue Gefahr und Qual in Aussicht stellte. Sie war tief gekränkt durch Leopolds Seelenruhe und schwieg längere Zeit gegen den Kaiser. Am 14. April schrieb sie indessen wieder an Mercy, bat dringend um entschiedene Auskunft und bestimmte ihre Wünsche näher dahin, daß nicht das Einrücken fremder Truppen in französisches Gebiet, sondern nur eine Zusammenziehung dicht an der Grenze als eine Art moralischen Rückhaltes für die königlich gesinnten Franzosen begehrt würde. Unmittelbar nachher folgte das Ereignis des 18. April, und zwei Tage später erklärte die Königin dem vertrauten Freunde, daß die äußerste Grenze der Mißhandlung und der Geduld erreicht sei. Die Wache, sagte sie, die uns umgiebt, bedroht uns am meisten; unser Leben selbst ist gefährdet: aber ehe wir handeln, müssen wir wissen, ob Ihr unter irgend einem Vorwande 15 000 Mann bei Arlon und ebenso viele bei Mons aufstellen könnt; Bouillé wünscht es sehr, weil er dadurch Anlaß gewinnt, seinerseits Truppen bei Montmédy zu sammeln; gebt mir schleunigst Antwort darüber; unsere Lage ist gräßlich; wir müssen schlechterdings im nächsten Monat ein Ende machen, der König wünscht es noch mehr als ich. Mercy beeilte sich, da er selbst zu solchen Maßregeln keine Befugnis hatte, den Hülferuf nach Italien an den Kaiser weiterzusenden.

Wir werden später sehen, wie schwer Leopold in diesen Tagen durch die russisch-türkischen Händel in Anspruch genommen war. Der Graf von Artois, welcher damals mit

---

[1]) Vivenot, Quellen I, 540.

seinem Ratgeber Calonne die Unterstützung des Kaisers in Anspruch nahm, erfuhr unter schönen Worten eine volle Abweisung; in Leopolds Lage war es schwierig, ja beinahe unmöglich, den gemäßigten Plänen der Schwester Beistand zu leihen; er dachte um so weniger daran, sich auf die prahlerische Geschwätzigkeit und die wahnsinnige Reaktionslust der ausgewanderten Prinzen einzulassen. Artois empfing das dringendste Gebot, sich vollkommen ruhig zu verhalten, bis man über die näheren Absichten Ludwigs unterrichtet sei. Ehe noch Mercys Sendung vom 26. April eingetroffen war, schrieb deshalb Leopold den 2. Mai an die Königin und bat um genaue Auskunft über ihre letzte Entschließung, unter der Zusage brüderlicher Erfüllung ihrer Wünsche in Thun und Lassen, soweit seine Kräfte reichten. Die Gefahr eines preußisch-englischen Krieges gegen seinen russischen Verbündeten war damals zurückgetreten, statt dessen zeigten sich Spuren einer freundlichen Annäherung des Londoner und Berliner Hofes an Oesterreich. Leopold sah also die Möglichkeit, demnächst für die schwerbedrängten Geschwister thätig einzutreten. Nur war alles noch im weiten Felde und vor der vollständigen Beruhigung des Orients für ihn jeder wirksame Schritt unmöglich. Er erklärte also dem Grafen Artois, daß vor der Befreiung des Königs nichts geschehen könne, und daß auch dann erst ein festes Einverständnis zwischen allen beteiligten Mächten, Spanien, Sardinien, der Schweiz, dem Deutschen Reiche, gebildet und die Gefahr eines Widerspruchs von Preußen und England beseitigt sein müsse [1]). Die Ankunft des letzten Notschreis seiner Schwester konnte hieran nichts ändern; er schrieb Mercy am 20. Mai, daß er den Fluchtversuch unter den jetzigen Umständen für äußerst bedenklich halte, aber in der angegebenen Richtung handeln und ihn durch Kaunitz über das einzelne unterrichten lassen werde. Der greise Kanzler war mit der Auffassung des Kaisers überall einverstanden. Beide Männer gingen von dem Gedanken aus,

[1]) Leopold an Mercy 20. Mai, Feuillet II. 60.

daß die Revolution, ja daß jede Beschränkung der königlichen Gewalt in Frankreich zugleich ein Sinken der europäischen Machtstellung dieses Landes bedeute, und damit war Kaunitz, nachdem er in den letzten zwanzig Jahren die Unzuverlässigkeit des französischen Bundes kennen gelernt, im Interesse Oesterreichs gar nicht unzufrieden. Er wollte demnach so wenig wie der Kaiser von der Herstellung der gewaltigen Monarchie Ludwigs XIV. etwas wissen, und ebenso unthunlich schien es ihm, eine solche Restauration für die Nachbarn Frankreichs durch Abreißung großer Grenzprovinzen erträglicher zu machen, da über deren Verteilung endlose europäische Händel entspringen müßten. So gelangte er, wie der Kaiser, wie Ludwig XVI. selbst, zu dem Ergebnis: Schaffung eines haltbaren konstitutionellen Zustandes in Frankreich, mit ausreichender Autorität des Königs und breiten verfassungsmäßigen Rechten des Volkes. Wenn irgend möglich, wünschten jedoch der Kaiser und seine Minister, diesen Erfolg ohne Waffengewalt zu erzielen. Eben deshalb kam Leopold auf den Plan eines großen europäischen Vereins, in welchem alle Mächte ihre Forderungen verbinden und durch eine stattliche Machtentfaltung an allen französischen Grenzen unterstützen sollten. Nach der im Jahre 1790 sichtbar gewordenen Kriegsscheu der Jakobiner hoffte er durch ein solches Auftreten die Anarchisten einzuschüchtern und ohne Blutvergießen die Nationalversammlung zu einer Verfassungsreform im königlichen Sinne zu bestimmen. Für den Augenblick der ersten Gärung, welche die europäische Rüstung sicher in Paris entzünden würde, dachte man die Pariser Bevölkerung unter schweren Drohungen für die Sicherheit der königlichen Familie verantwortlich zu machen. Damit, meinte man, würde ein besseres Schutzmittel für sie gegeben sein, als ein in Verlauf und Folgen höchst gefährlicher Fluchtversuch liefern könnte. In diesem Sinne beantwortete also Leopold in den letzten Wochen des Mai das Hülfegesuch seiner Schwester und übersandte ihr sein Programm durch den Grafen Durfort, welcher soeben dem Prinzen Artois erneute Befehle Ludwigs auf gänzliche Ruhe überbracht hatte.

Als die Königin diese Botschaft erhielt, schien sich die Ansicht des Kaisers um so mehr zu empfehlen, als im Laufe des Monats jene Sinnesänderung der jakobinischen Häupter bedeutende Fortschritte gemacht hatte. Duport, Barnave, die Lameths traten täglich den Mittelparteien und Lafayette näher, täglich nahm dieser eine den Pariser Demagogen feindseligere Stellung. Die Nationalversammlung faßte scharfe Beschlüsse gegen den Mißbrauch der Petitionen und Plakate; sie ließ sogar, durch die allgemeine Aufregung erschreckt, in ihrer Strenge gegen die eidweigernden Priester nach und befahl, alle Verfolgungen bis auf weiteres einzustellen. Die Spaltung, welche zwischen der eigentlichen und der äußersten Linken hierdurch vorbereitet war, kam um die Mitte des Monats zum Ausbruch, als Robespierre beantragte, kein Mitglied der jetzigen Versammlung solle zur nächstfolgenden wählbar sein. Die Häupter von 1789 und die Lameths widersetzten sich: aber der Antrag war populär unter der Masse der einflußlosen Abgeordneten, welche damit ihrer Nichtwiederwahl einen ehrenhaften Titel gaben; er wurde von der Rechten, die darin die Vernichtung ihrer persönlich gehaßten Gegner sah, mit Jubel aufgenommen; er fand endlich die nachdrücklichste Unterstützung der Zuhörergalerien, über die Lameth keine Gewalt mehr hatte, seitdem er nicht mehr die äußerste Linke führte. So siegte Robespierre. Es war das erste Mal, daß er eine führende Stellung in der Versammlung einnahm; er blieb von nun an eine wichtige Person und erklärte bereits auf der Tribüne, wer sich ihm widersetze, begehe ein Verbrechen gegen die Freiheit.

Allein die Königin rechnete darum nicht sicherer auf seine neuen Widersacher, weder auf Lafayette noch auf die Lameths. Für eine gründliche Reform der Verfassung im monarchischen Sinne erwartete sie nichts von ihnen; die Haltlosigkeit ihrer Gesinnung war zu grell hervorgetreten, und auch ihre äußere Kraft war gering, sobald sie nicht mehr über die Massen der Proletarier verfügten. Sie fand also hier keinen Grund, um nach dem Wunsche des Kaisers

in Paris auf den Eindruck des bewaffneten Protestes zu harren. Außerdem bemerkte sie, daß in diesem Systeme der König völlig im Hintergrunde bleibe, während, um die Krisis zu beendigen, gerade umgekehrt er vor allen durch die Kraft und den Mut seines Unternehmens hervorleuchten müsse. Sie schrieb also hier dem Kaiser am 1. Juni, sie verharre bei dem ersten Plane, hoffe um den 20. aus Paris nach Montmédy zu entkommen und bitte wiederholt um die Bereithaltung von etwa 10000 Mann an der Grenze. Leopold antwortete, er könne seine Besorgnis nicht aufgeben, aber alles solle nach ihren Wünschen geschehen. Bis sie aus Paris entkommen seien, werde also niemand sich rühren; dann aber könne sie auf Sardinien, die Schweizer und alle deutschen Truppen an der Rheingrenze, insbesondere auf die preußischen in Wesel, rechnen[1]); Graf Mercy habe außerdem Befehl, sie mit allen Truppen des belgischen Heeres zu unterstützen. Noch ehe dieses Schreiben in die Hand Marie Antoinettes gelangte, in der Nacht des 20., entfloh die königliche Familie aus Paris.

Um den Verlauf und die Wirkung des Ereignisses zu begreifen, reicht es nicht aus, die Absichten Ludwigs XVI. zu kennen. Das Wesentliche war die Meinung, welche darüber weit und breit im Lande gehegt wurde. Seit einem Jahre waren alle Gemüter erhitzt durch die Sorge vor dem Auslande und den Emigranten. Kein Mensch hatte einen anderen Gedanken, als daß der König, einmal an der Grenze angelangt, sich mit Artois vereinigen, hunderttausend fremde Soldaten in das Reich einführen und über Blut und Ruinen den Feudalstaat wiedererrichten würde. Dies aber empörte nicht bloß die Klubisten, deren größerer Teil bei jeder Herstellung der Ruhe den Galgen fürchtete, und die Proletarier, denen bei geordnetem Zustande die Ernährung auf Staatskosten entging. Daß diese

[1]) Dies war nicht ganz richtig; nicht der König von Preußen, sondern sein Adjutant hatte dergleichen versichert. Vgl. das folgende Kapitel.

gegen Ludwig gewesen, hätte sich unter allen Umständen von selbst verstanden. Jetzt aber besorgten die Freunde des Vaterlandes Knechtung Frankreichs unter ausländischem Einflusse und vielleicht den Verlust der Grenzprovinzen; die Bauern fürchteten die Herstellung der Zehnten, der Herrschaftsrechte und aussaugenden Steuern; die Bürger gedachten an den Uebermut des Adels, der wieder dem Gesindel des Parterres aus den Logen auf die Köpfe speien würde. Die Soldaten sahen die Stockstreiche, den niederen Sold und die Ausschließung von den Offizierstellen vor Augen. Den Käufern der geistlichen Güter — es waren jetzt etwa 200 Millionen dafür bezahlt worden — schien der frisch gewonnene Erwerb in der Hand zu zerrinnen. Was endlich noch an Begeisterung und Gemeingefühl in der Nation vorhanden war, bewegte sich um die Gedanken der Freiheit, des menschlichen Rechtes, der Vaterlandsliebe; die Rückkehr zu dem alten Zustande mit fremder Gewalt wäre ihnen zugleich ein leiblicher und geistiger Selbstmord der Nation gewesen. Nicht als hätte sich damals noch die große Mehrheit über die Mängel und Fehlgriffe der Revolution verblendet. Die kirchliche und ökonomische Entwickelung ließ vielmehr dieselbe auf das dringendste die Rückkehr zu Ordnung und Staatsgewalt wünschen, und die monarchische Stimmung, die vor einem Jahre das Föderationsfest offenbart hatte, war auch jetzt noch unverändert und ungeschwächt vorhanden. Aber man war noch nicht erfahren genug, um scharf und bestimmt die herrschende Zerrüttung auf ihre wahre Quelle, auf die Fehlgriffe der Nationalversammlung, zurückzuführen; man hielt nicht den Inhalt der Verfassungsgesetze, sondern die Nichtvollendung der Verfassung für die Ursache des Elends. Jetzt stand die Vollendung nahe bevor, und in diesem Augenblicke trennte sich der König von der Versammlung. Immer aber wäre der Ausgang zweifelhaft gewesen, wenn Ludwig die Menschen hätte überzeugen können, daß er mit den Wünschen der Emigranten nichts zu schaffen hatte. Da jedoch davon schlechthin alle Welt das Gegenteil glaubte, die Emigranten selbst mit Eifer das

Gegenteil lärmend ausposaunten, so fand sich der unglückliche Monarch im Augenblicke selbst seines Entrinnens vollkommen einsam unter den Millionen seines Reiches, ein Gegenstand des Verdachtes, des Grimmes und der Verwünschungen aller.

Die erste Nachricht seiner Flucht fiel übrigens wie ein Donnerschlag in die Nationalversammlung. In die erhabene Ruhe, von der so viel spätere Berichte melden, fand man sich nur sehr allmählich zurecht. Die Masse der Verschuldung gegen den König wurde den Blicken plötzlich klar, indem sie sich als eine Last der eigenen Verantwortung darstellte. Man sprach zum ersten Male in Formen der Ehrfurcht von dem Könige, eben in dem Augenblicke, als man sich offen gegen seinen Angriff zur Wehre setzen mußte. Die Parteien verschmolzen noch einmal, die allseitige Losung war Verteidigung des Vaterlandes gegen die Fremden. Von den Absichten Ludwigs war man auch in der Versammlung so schlecht unterrichtet, daß hier selbst die Rechte mit den bisherigen Widersachern ihre Eide mischte. Die Linke war still, die Jakobiner warteten, die Gassenklubs verschwanden. Fürs erste suchte die Nationalversammlung die Form der Verwaltung aufrecht zu halten. Man wies die Minister an, die Regierung fortzuführen, man legte allen Offizieren einen neuen Eid der Treue auf, man sandte nach allen Seiten den Befehl, die Reise des Königs zu hindern.

Am 24. Juni empfing man die Kunde, daß Ludwig unterwegs mehrmals erkannt und endlich in Varennes verhaftet worden sei. Unter den Augen von Bouillés Dragonern war es geschehen, und kein Mann derselben hatte sich rühren wollen. Weit umher in allen Dörfern lärmten dann die Sturmglocken, jeder Feldweg führte die bewaffneten Bauern herbei, in wenigen Stunden waren ihrer sechstausend zwischen dem Könige und seinen Freunden. Nach zwei Tagen war Bouillé selbst nicht mehr sicher; der Boden des Landes erdröhnte unter ihm; von allen Menschen als Verräter bedroht, entfloh er über die Grenze. Wohin die Nachricht gelangte, pflanzte sich die Erschütterung fort. Soldaten

und Bürger waren einig, die Edelleute und Offiziere mußten sich anschließen oder wurden verjagt. Der Alarm tönte an der flandrischen Grenze wie an den Pyrenäen; in der loyalsten Provinz, in der Normandie, bot jedes Dorf und jede Stadt seine Bürgergarden auf. In den Festungen arbeiteten Männer und Frauen an der Herstellung der Werke; in den Dörfern verhießen die Bauern mit Sensen und Beilen, wenn es not thue, den Feind zu treffen, und große Massen der Bürgergarden erklärten sich bereit, als nationale Freiwillige zur Deckung der Grenze auszumarschieren. Die Oesterreicher blieben darauf in ihren Quartieren, die Spanier, die sich an der Grenze gezeigt, verschwanden hinter den Bergen. Frankreich aber wurde inne, daß vier Millionen Männer zum Schutze der nationalen Selbständigkeit unter den Waffen standen. Die Nationalversammlung benutzte den Anlaß, um eine gleichförmige Organisation der Bürgergarden durch das ganze Reich und die Bildung von 169 Bataillonen nationaler Freiwilliger unter selbstgewählten Offizieren zu verfügen, von welchen schon nach wenigen Wochen sechzig in die Garnisonen der Nordgrenze abgerückt waren [1].

Indessen, kaum war der König zurück in den Tuilerien, so zeigte es sich auch, daß der ganze Aufschwung nicht ihm und seinem Throne, sondern seinem angeblichen Bündnisse mit den Auswanderern gegolten hatte. Dieses schien durch seine Verhaftung gesprengt, und auf der Stelle fiel die Masse der Bürger und Bauern wieder in das Geleise des täglichen Lebens zurück. Was sich noch eine Weile lärmend fortbewegte, waren die Führer der politischen Faktionen, die Klubs und das lose Gesindel in Paris, das stehende Heer für jede Empörung. Diese hielten ihre Zeit gekommen, um jeden Widerstand vor sich niederzuwerfen. Die kühnsten Banditen unter ihnen arbeiteten gleich nach der Verhaftung Ludwigs unter dem Volke, man solle die königliche Familie bei dem Einzuge in Paris niedermachen und

---

[1] Poisson I, 332 ff.

damit den Knoten durchhauen. Dies hatte die Wirkung, daß die Nationalversammlung, um jene Dolche zu entwaffnen, fürs erste jeden Schritt für die Erhaltung des Thrones vermied [1]). Um so eifriger rührten sich nun die vorsichtigeren Demagogen, um die Abschaffung des Königtums und die Erklärung der Republik zu erwirken. Verschiedene Gruppen erschienen nebeneinander. Der Klub der Cordeliers, in welchem Danton herrschte, erließ eine Erklärung, daß jeder Franzose todeswürdig sei, welcher noch einen Herrn und Tyrannen haben wolle; der Klub, fügten sie hinzu, zählt ebenso viele Tyrannenmörder wie Mitglieder. Einige Tage später sandten sie eine Adresse an die Nationalversammlung, um förmlich die Einführung der republikanischen Verfassung zu beantragen. Mit Eifer unterstützte sie darin Brissots viel gelesene Zeitung, der französische Patriot. Der Verfasser derselben war jahrelang ein litterarischer Abenteurer gewesen, wie die Zeit deren so viele hervorbrachte, hatte in London Schmähartikel gegen den Hof geschrieben, in Amerika republikanische Studien gemacht und seit 1789 bei dem Pariser Gemeinderate eine bedeutende Rolle gespielt. Er hatte ein leichtes Formtalent, Rührigkeit in allen Geschäften, Weichheit und Uneigennützigkeit im persönlichen Verkehr. In den öffentlichen Dingen aber trieb ihn ein rastloser Ehrgeiz; je weniger Tiefe sein Wesen und seine Kenntnisse hatten, desto weiter griffen seine unruhigen Pläne umher; er gehörte zu den Menschen, denen die Aufregung auch ohne alles Ergebnis Genuß ist, sonst hatte er keine Leidenschaft, aber auch keine sittliche Schranke, um diesen Trieb zu mäßigen. Er trieb also Demagogie wie einer: dem Pöbel verstand er zu schmeicheln, indem er das Eigentum als gehässiges Privileg und die Besitzlosen als die einzigen wahren Freiheitskämpfer schilderte; er sah keine Rettung, wenn man nicht gründlich aufräume und die erbliche Krone als den letzten Rest der Feudalität aus dem Staat entferne.

---

[1]) Montmorin an La Marck.

Vorsichtiger näherte sich Robespierre demselben Zwecke. Während er das Wort Republik beinahe verächtlich abwies, strebte er ihr zunächst alle Hindernisse und Gefahren aus dem Wege zu räumen. Bei den Jakobinern erhob er eine Generalanklage gegen seine Kollegen in der Nationalversammlung, welche fast alle, sagte er, feindlich gegen die Revolution gesinnt seien. Als er dagegen auf sein Verdienst kam und schilderte, daß er durch seine Freimütigkeit tausend Dolche gegen sich schärfe, leistete die Gesellschaft Mann für Mann den Eid, Robespierres Leben zu verteidigen. Darauf forderte er in der Nationalversammlung, daß man den König und die Königin vor Gericht stelle und das Land über die künftige Staatsform befrage. Von allen aber den kürzesten Weg schlug Marat ein. Er erklärte, es gebe nur eine Rettung vor dem weit verzweigten Verrate, daß das Volk nämlich einen Militärtribunen mit unumschränkter Gewalt ernenne, welcher sofort alle ganzen und halben Verräter niedermachen lasse. Zu diesen Verrätern rechneten er und seine Genossen vor allen Dingen die augenblicklichen Machthaber Lafayette und Bailly, Barnave und die Lameths. Die Nationalgarde, rief Desmoulins, ist in ihrer jetzigen Organisation ein Alp auf der Brust des Volkes, ihre Gesinnung steckt in königsblauen Röcken, es wird nicht besser werden, bis ihre Tschakos durch die wollenen Mützen des Volkes verdrängt sind. Hier erinnern wir uns, wie vier Wochen früher Bailly und die Lameths die Arbeitervereine gesprengt, die öffentlichen Werkstätten aufgelöst, mit ihren Nationalgarden die fremden Arbeiter aus Paris entfernt hatten. Genau dieselbe Maßregel gab 1848 das Signal zu den greulichsten Kämpfen des Jahrhunderts, zu den Junischlachten. 1791 aber war die Not der Arbeiter größer, die Erbitterung frischer und tiefer, ihre Forderungen gleich umfassend. Wenn ihre Zahl und Disciplin schwächer als 1848 war, so wurde dies reichlich aufgewogen durch die gründlichere Verwirrung aller Verhältnisse. Wer nicht alles, was bisher Recht und Eigentum, Gesetz und Sitte geheißen hatte, aufgeben wollte, mußte auf die Seite des Königs

treten, gleichviel ob dieser achtungswert oder verachtet, ein leidender Märtyrer oder ein entlarvter Verschwörer gewesen.

Die bisherige Mehrheit der Nationalversammlung sah es wohl und schloß sich fester als jemals zusammen. Die rechte Seite nahm kaum noch teil an den Beratungen, aber die Männer des Klubs von 1789 verschmolzen vollständig mit Lameth, Barnave und deren Anhängern. Es war bei den letzteren nichts als die einfache Fortsetzung des seit April Begonnenen. Barnave sprach ihnen allen aus der Seele, als er am 15. ausrief: wer jetzt nach dem Sturze aller Aristokratie noch weitere Fortschritte der Revolution verlangt, kann nur den Sturz der Eigentümer im Sinne haben. Ebenso erklärte Lafayette gleich anfangs, als in seinem Kreise einige republikanische Aeußerungen fielen: wenn ihr heute den König tötet, so erhebe ich mit der Nationalgarde morgen den Kronprinzen. In der Nationalversammlung hatten sie eine fast zehnfache Mehrheit gegen die kleine Schar der äußersten Linken; in Paris stand die Nationalgarde zu ihrer Verfügung gegen jeden Angriff der Demokraten, im Lande war das Uebergewicht der monarchischen Partei ganz unzweifelhaft. Kurz, es fehlte weder an äußeren Mitteln noch an gutem Willen. Aber das Beste mangelte, gutes Gewissen und innere Kraft. Zu lange hatte die Partei Lameth an der Spitze aller Feindschaft gegen den König gestanden und den Thron als den Widersacher aller Freiheit verfolgt. Zu tief war bei ihnen die Gewohnheit, ihr wesentliches Verdienst in der Demütigung der Krone zu finden und auf den jauchzenden Lärmen der Galerien zu lauschen. So meinten sie sich jetzt für jeden Schritt zu Gunsten der Monarchie vor sich selbst und dem Volke entschuldigen zu müssen. Im Interesse der Ordnung wollten sie den König erhalten, dabei aber so wenig wie möglich für Royalisten angesehen werden. Vor allem befahlen sie deshalb Verhaftung des Königs und Eröffnung eines gerichtlichen Verfahrens. Ihre Ausschüsse wollten die Abreise für ein Vergehen erklären, welches man nur wegen der Unverletzlichkeit Ludwigs nicht bestrafen dürfe, und erst als

man sie aufmerksam machte, daß dadurch die Königin jeder Verfolgung preisgegeben würde, dachten sie auf eine andere Fassung. Unterdes wuchs die demokratische Bewegung in Paris heran, der Klub der Jakobiner, einen Augenblick durch seine alten Führer wieder erobert, fiel völlig zu Robespierre ab; jeder Tag, den die Versammlung hinzauderte, gab der republikanischen Partei neue Kräfte. Zugleich erließ Kaiser Leopold aus Padua ein Rundschreiben an alle Mächte, worin er sie nachdrücklich zur Errettung Ludwigs aufforderte; es wurde bekannt, daß in Aachen König Gustav von Schweden mit General Bouillé eine Expedition an die flandrische oder normannische Küste entwerfe, und den Krieg, den sie schon 1790 gefürchtet, sahen die Lameths jetzt mit doppeltem Schrecken herannahen. So erschien endlich der Antrag der Ausschüsse: Ludwig solle einstweilen suspendiert bleiben, bis er die Verfassung angenommen, gegen Bouillé aber ein Prozeß wegen Hochverrates eingeleitet werden. Mittelbar war damit die künftige Wiedererhebung Ludwigs ausgesprochen; zu einer ausdrücklichen Erklärung aber seiner Schuldlosigkeit brachte es der Mut der Partei nicht.

Man betrachte dies, von welcher Seite man wolle, es war ebenso ungerecht wie unklug. Die Rechtsfrage bedarf keiner Erörterung. Was aber die Zweckmäßigkeit betrifft, so war, wie wir sahen, schon damals offenbar, daß die Erklärung der Republik unter den vorliegenden Umständen schlechthin nur eine Wahl offen ließ: die Militärdiktatur über die Bürger oder die Pöbeltyrannei über die Besitzenden. Freiheit und Gleichberechtigung war nur noch mit der Erhaltung der Erbmonarchie möglich. Barnave erkannte es vollkommen und sprach es auf der Tribüne mit beredten Worten aus. Erhob man sich demnach zur Herstellung der Krone, so forderten alle Regeln der Politik, der Ehre und selbst des Eigennutzes, diesen Schritt mit Nachdruck, Offenheit und Anstand zu thun. Denn wer damals das Königtum verteidigte, war seitdem der Todfeindschaft der Demokraten gewiß, und schon für seine Selbsterhaltung auf dauernde Stärkung des Thrones angewiesen.

Ueberhaupt aber, war es nicht das traurigste Bild, wie eine solche Versammlung bei der alles entscheidenden Frage in ihrer Ansicht nicht zweifelte, aber, man weiß nicht, ob sich schämte oder fürchtete, ihre Ueberzeugung zu bekennen? In dem Augenblicke, in dem man seine Stellung wählte, untergrub man sie für immer. Wollte man die Konstitution, welche dem König und der Nationalversammlung gemeinsam den Staat überwies, so durfte man den König so wenig wie die Versammlung verleugnen.

Allein die Mehrheit der Nationalversammlung glaubte durch jenen Antrag vom 13. Juli bereits die äußerste Grenze konservativen Mutes erreicht zu haben und genehmigte ihn am 15. nach harter Debatte. Sie erfuhr sogleich, was sie sich hätte voraussagen sollen: daß sie durch ihre Schwäche nur die künftigen Erfolge der Demokratie erleichtert, aber nicht die augenblickliche Wut der Demokraten beschwichtigt hatte. Jedermann wußte, daß ein Aufstand gewiß sei. Den Vorwand gab eine von Brissot verfaßte Bittschrift auf Absetzung Ludwigs XVI., nebst einer Erklärung, ihn keinesfalls mehr als König anzuerkennen: dies Aktenstück sollte auf dem Marsfelde mit den Unterschriften des souveränen Volkes bedeckt und dann den Vertretern dieses Volkes zu ihrer Unterweisung vorgelegt werden. Wenn die Sache gelang, die Unterschriften zahlreich wurden, die Begleiter zu großen Massen anwuchsen, so hätte sich der Versammlung die Unwiderstehlichkeit des Volkswillens schnell genug offenbaren müssen. Desmoulins schrieb in jenen Tagen, daß die ungetreuen Volksvertreter vogelfrei seien, und Marat forderte das Volk auf, den Prälaten und Edelleuten die Daumen abzuschneiden, die Barnave aber, Sieyès und ihre Genossen lebendig zu pfählen. Indes zeigte sich, was die Nationalversammlung, wenn sie wollte, damals vermochte. Gerade der Angriff, welchen der König auf sie durch seine Flucht versucht, hatte ihr Ansehen wieder auf die ganze Höhe der ersten Revolutionstage gehoben. Als sie am 16. Juli die Pariser Behörden zu durchgreifenden Ordnungsmaßregeln aufforderte, war Stadtrat, Bürgertum und

Nationalgarde ohne Zaudern bereit. Auf der Stelle wurde jetzt die Ausweisung der fremden Arbeiter in vollem Umfange vollzogen. Der Eindruck war so vollständig, daß der Jakobinerklub, vorsichtig wie sein verehrter Robespierre, sich von den Republikanern lossagte. Am folgenden Morgen hielt die Nationalgarde, um die Antonsvorstadt zu isolieren, den Bastilleplatz besetzt; dennoch kamen auf dem Marsfelde nachmittags 6000 Menschen zusammen zur Unterzeichnung der Bittschrift. Da erklärte der Stadtrat das Kriegsgesetz, die Nationalgarde erschien, den Platz zu säubern, und als die Anwesenden sich mit Steinwürfen und einigen Schüssen widersetzten, trieb sie durch eine scharfe Salve, bei der zwölf Menschen getötet wurden [1]), die Menge in schleunige Flucht [2]). Der Schrecken, welchen der Vorgang hervorrief, pflanzte sich wie ein elektrischer Schlag durch die ganze Partei fort; Marat versteckte sich in einem Keller, Desmoulins stellte sein Journal ein, Danton verschwand auf sein Landgut, Robespierre wagte nicht zu Hause zu schlafen. Sie alle glaubten an sofortige Schließung der Klubs und Herstellung der monarchischen Gewalt. Kein Mensch hätte Widerstand geleistet.

Aber sie trauten ihren Gegnern zu viel zu. Statt die Klubs zu schließen, hofften die Lameths die Jakobiner durch einen gemäßigten Gegenklub, den sie im Kloster der Feuillants eröffneten, zu überflügeln. Statt die Presse für den Augenblick der Gärung zu bändigen, begnügten sie sich mit einer ohnmächtigen Warnung in Gesetzesform. Als vollends

---

[1]) Protokoll der Kommune.

[2]) Das Wesentliche bei dem Ereignisse ist für uns nicht die später von dem Revolutionstribunal erörterte Frage, inwieweit nach den damaligen Gesetzen Lafayette und Bailly zu den einzelnen Maßregeln — Erklärung des Kriegsgesetzes, blinden Salven, scharfem Feuer u. s. w. — juristisch befugt gewesen. Hierüber läßt sich streiten; unzweifelhaft ist aber die materielle Bedeutung des Aufstandes. Wenn noch neuerlich Louis Blanc sich beschwert, daß man eine Menge friedfertiger Bittsteller beschossen habe, so lehrt der 20. Juni und der 31. Mai hinreichend, daß es nicht die ungefährlichsten Empörungen sind, die mit friedfertigen Petitionen beginnen.

die Revision der Verfassung zur Sprache kam, trat ihre politische Unfähigkeit völlig an das Licht.

Wir kennen die bisher erlassenen Gesetze. Sie machten jede Regierung, gleichviel ob Königtum oder Freistaat, unmöglich. Sie gaben jedem einzelnen, gleichviel ob stark oder schwach, rechtlich oder verbrecherisch, einsichtig oder verführbar, vollkommene Freiheit der Willkür. Jetzt, wo die Partei selbst regieren sollte, mußte es ihr in jedem Augenblicke fühlbar werden. Vollends aber, nachdem sie sich für die Erhaltung Ludwigs XVI. entschieden, hätte sie, scheint es, nicht eine Stunde zaudern können. Wie damals die Sache stand, mußte sie den König unter Schloß und Riegel verwahren, damit er ihr nicht aus der Verfassung und Vollziehungsgewalt hinweg entrinne. Sie mußte ihn fesseln, um ihn zum Regieren zu zwingen. Der Widersinn war augenfällig. Entweder mußte sie eine andere Person berufen oder die Gesetze ändern.

Ludwig hatte ihnen seinerseits in einem Augenblicke völliger Freiheit, eben in dem Proteste, den er bei seiner Abreise unterzeichnete, ein Programm hinterlassen und eine Reihe von Gesetzen bezeichnet, die er anzuerkennen bereit war. Es waren die Beschlüsse, die er vor dem 6. Oktober unterzeichnet hatte, das heißt also die Vernichtung der Feudalität, die Menschenrechte, die Volksvertretung in einer Kammer mit dem Rechte der Steuerbewilligung, der Initiative in der Gesetzgebung, der Anklage der Minister, endlich das aufschiebende Veto. Mirabeau würde dagegen eingewandt haben, daß es zu viel Demokratie für einen großen demoralisierten Staat enthalte. Für die damalige Stellung aber der Mehrheit wäre es das ganz Zutreffende gewesen: sie erhielt damit das positive Prinzip der Revolution in vollem Umfang und wenigstens die Möglichkeit, darauf den Anfang eines ruhigeren Staatslebens zu gründen, indem sie dem Könige seinen Einfluß auf Rechtspflege, Heer und Verwaltung, dem Adel das gesetzliche Dasein und der Kirche ihre kanonische Verfassung zurückgab.

Die Führer erkannten es wohl. Von der Rechten her

machte Malouet einen Versuch, mit Barnave und Chapelier sich in Einverständnis zu setzen, welche beide zu durchgreifenden Reformen der Verfassung sich bereit erklärt hatten. Allein beiderseits wurden sie von der Masse ihrer Parteien im Stiche gelassen. Der stärkste Trieb bei den Mitgliedern der Linken war damals, sich wegen der Reaktion des 17. Juli doppelt unzweideutig als Freiheitsfreunde und Volksmänner zu bewähren. Barnave erklärte es Malouet von vornherein und erkundigte sich über eine etwaige Verbindung zwischen den Gemäßigten beider Parteien. Malouet, dem es ernstlich um Abschluß und Ordnung zu thun war, gab Hoffnung. Aber bei der ersten Abstimmung mußte er erfahren, daß seine Partei an politischer Einsicht und Moralität der Linken nichts nachgab. Die Rechte verhielt sich bei dieser zweiten Lesung wie die Oesterreicher 1848 in der Paulskirche: sie weigerte jede Mitwirkung zu einer Reform, damit die ihr verhaßte Verfassung möglichst bald an ihrer Schlechtigkeit sterbe. Bald zeigte sich, daß das einzige Moment, welches noch für die Revision hätte wirksam sein können, die Politik des Auslandes war.

Die jetzigen Machthaber fürchteten den Krieg. Sie sahen, daß er nach außen geringe Hoffnung gewährte, im Inneren aber die Demagogen zur Gewalt führen würde. So folgten sie mit ängstlicher Aufmerksamkeit den Schritten des Kaisers, nötigten den König und die Königin, jenem zum Frieden zu raten, und linderten deshalb die Haft ihrer gekrönten Gefangenen. Selbst mit dem Grafen Artois wurde eine Verhandlung versucht, und trotz des Anwachsens der bewaffneten Emigration, welche seit dem 20. Juni fast zur Modesache des Adels geworden war, den Auswanderern statt aller oft begehrten Strafen nur eine höhere Besteuerung der Güter angedroht. Dies half aber nichts. In Koblenz sammelte sich vielmehr um die Prinzen ein kleines Heer, welchem die rheinischen Fürsten in jeder Weise Vorschub leisteten, Schweden und Rußland aber beträchtliche Geldsummen zukommen ließen. Zugleich kündigte sich in der Vendée die religiöse Erbitterung immer drohender an;

die Bauern vermieden die beeideten Pfarrer wie Verpestete, zogen sich vor den konstitutionellen Behörden in die Wälder zurück und weigerten Steuerzahlung und Heeresdienst. Die meisten Grenzfestungen waren in verteidigungslosem Zustande, da trotz aller Dekrete weder hinreichendes Geld noch wirksame Behörden für eine Rüstung vorhanden waren; die Regimenter gerade an der deutschen Grenze waren durch die Erschütterung der königlichen Flucht auf den letzten Grad der Zerrüttung gediehen, die meisten Offiziere ausgewandert, die Soldaten schlecht bewaffnet und ohne Disciplin. Zwar hatte ein Dekret am 4. Juli die Ergänzung des Heeres auf volle Kriegsstärke befohlen; immer fehlten aber noch an 30 000 Mann daran: zwar forderte man am 28. die Nationalgarde des Reiches auf, 100 000 Freiwillige zu besoldetem Dienste zu stellen; aber sie kamen sehr langsam zusammen und nahmen noch dazu den Regimentern ihre Werbmannschaft hinweg. Bei einem solchen Zustande wäre ein deutscher Krieg allerdings bedenklich gewesen.

Indes zerstreuten sich die Wolken sehr schnell. Kaiser Leopold, von jener Stimmung der herrschenden Partei unterrichtet, hatte auch sonst die gewichtigsten Gründe zum Frieden — ich werde gleich unten davon im Zusammenhange reden — und fürchtete, was Frankreich betraf, die innere Gefahr eines Krieges wie die Lameths. Brissot teilte von seinem Standpunkte aus diese Ansicht so vollständig, daß er noch Anfang Juli bei den Jakobinern herausfordernd in die Kriegstrompete stieß. Der Kaiser begnügte sich also damit, seine diplomatischen Beziehungen fortzusetzen, sah mit Freuden ihre Wirkung auf die Lenker des französischen Reichstages, war aber entschlossen, in keinem Falle etwas weiteres als Drohungen anzuwenden.

Unter solchen Umständen ging in Paris die Revision der Verfassung ihren summarischen Gang. Es ist nicht nötig, hier noch einen allgemeinen Ueberblick über ihren Inhalt zu nehmen, da das wesentliche meist an dem Zeitpunkt seiner Entstehung schon erwähnt worden ist. Was noch nachzuholen wäre, änderte nichts an dem Charakter des

Ganzen. Wie die Verwaltung der Gemeinden und Departements hatte man seit August 1790 auch die Einrichtung aller Centralbehörden von Grund aus neu gestaltet. Hier wie dort war das allmählich entstandene, verwickelte und schwerfällige Gebäude des alten Staates gefallen. Einfachheit, Uebersichtlichkeit und Zweckdienlichkeit wurde die einzige Richtschnur für die neue Organisation, und der Rahmen davon hat sich denn auch zum Teil bis auf den heutigen Tag bewährt. Allein die damalige Ausfüllung desselben litt an denselben Gebrechen, die wir bei Gerichten und Ortsbehörden beobachteten; Ungebundenheit nach oben und Abhängigkeit nach unten zog sich durch alle Teile dieses demokratischen Staates. Das Gesamtergebnis stand so, daß das Wort der Kaiserin Katharina, Frankreich habe 1200 Gesetzgeber, denen niemand als der König gehorche, seine vollkommene Richtigkeit behielt.

In der Revision selbst kam wenig Erhebliches zu stande, doch wurden immerhin zu großem Zorne der Jakobiner einige monarchische Grundsätze festgehalten, die Erblichkeit der Krone, die Unverletzlichkeit des Königs, mit der einzigen Ausnahme, daß er durch Begünstigung eines auswärtigen Angriffs den Thron verwirke, der höchste Heerbefehl, die alleinige Leitung der Diplomatie. Dafür gelang es an anderen Punkten der Demokratie, folgenschwere Fortschritte zu erringen. Kurz vor der Flucht des Königs hatte in den meisten Departements die Ernennung der Wahlmänner für den neuen gesetzgebenden Körper stattgefunden. Da sie nach demselben Gesetze wie die Wahl der Ortsobrigkeiten, also durch alle Aktivbürger erfolgte, so hatten die Demokraten zwar des Grundsatzes wegen den Ausschluß der Passivbürger lebhaft beklagt, thatsächlich aber die meisten Wahlen ganz nach ihrem Sinne gelenkt. Das einzige Hindernis, welches ihnen noch im Wege stand, war die Bestimmung, daß zum Abgeordneten niemand gewählt werden könne, der nicht 55 Livres Steuern bezahlte. Dies zu beseitigen, benutzte Robespierre den Stillstand, welchen die Flucht des Königs in das Wahlgeschäft brachte: es ge-

lang ihm, die Abschaffung jenes Census zu erlangen, indem die Lamethsche Partei sich statt dessen einen erhöhten Census für die Wahlmänner ausbedang. Theoretisch wäre die Aenderung den Besitzenden zu gute gekommen: da aber für dieses Mal die bereits gewählten Wahlmänner bestehen blieben, so trug die demokratische Partei allein den Vorteil für die bevorstehenden Wahlen davon. Es war um so erheblicher für die radikalen Führer in Paris, als ihre Einwirkung auf die Volksmassen durch die unbeschränkte Freiheit der Vereine und der Presse eine sehr starke war. Die konstitutionelle Partei dagegen erlebte einen schweren Verlust durch den Rücktritt Lafayettes von dem Oberbefehl der Nationalgarde, worauf dann Royalisten und Republikaner, welchen diese bürgerliche Waffenmacht gleich lästig war, gemeinsam ein Dekret durchsetzten, daß für die Zukunft das einflußreiche Amt des Oberbefehlshabers wegfallen und die höchste Leitung unter den Führern der sechs Legionen monatlich wechseln sollte. Das hieß die öffentliche Ruhe der Hauptstadt der Laune des Zufalls anheimgeben: der Oberbefehl verlor mit der Einheit und Stetigkeit auf der Stelle auch Ansehen und Sicherheit [1]).

Nicht besser als auf dem politischen war das Endergebnis auf dem ökonomischen Felde. Wie die Revision der Verfassung unterblieb auch die Ordnung des Staatshaushaltes. Was die Einnahme betraf, so hinterließen die zwanzig Monate vom Beginne der Revolution bis zu Ende 1790 außer dem alten Deficit einen Ausfall von 442, die ersten sechs Monate aber von 1791 einen Rückstand von 145 Millionen. Von ihren 1800 Millionen Assignaten hatte die Konstituante unter solchen Umständen 1323 verbraucht, 1109 waren in Umlauf, 477 den Nachfolgern noch zur Verfügung. Nichts war demnach gewisser, als daß die neue Versammlung mit oder gegen ihren Willen auf den Wegen des Papiergeldes weiter wandeln mußte. Man hatte also schon deshalb für das platte Land die Aussicht einer allgemeinen

---

[1]) Vgl. Mortimer-Ternaux I, 33.

Verwirrung und Verarmung und für die Städte das Herandrohen einer starken industriellen Katastrophe. Den Bestrebungen der Jakobiner und Cordeliers war in jedem Sinne der Boden bereitet.

Die Verfassung, die eine solche Zukunft in sich schloß, wurde am 12. September dem Könige zur Annahme vorgelegt. Noch einmal hing unendlich viel von dem Willen des gefangenen Mannes ab; sein Ausspruch war die Entscheidung über das Schicksal Frankreichs, vielleicht Europas.

Sechstes Kapitel.

Annäherung Oesterreichs und Preußens.

1. Der 3. Mai 1791.

Kaiser Leopold erwartete das Ende der Begebenheiten, die sich an die Flucht des Königs angeknüpft, mit ungeduldiger Spannung. Auch seine Regierung machte in diesen Monaten eine Krisis durch, welche zwar nicht Europa mit revolutionärem Lärmen erfüllte, für Oesterreich aber alle Gefahren des vergangenen Jahres erneuerte. Wir versetzen uns in den Anfang jenes Kongresses zurück, der in den letzten Dezembertagen von 1790 die Vertreter der damaligen Großmächte in die Bretterhäuser des bulgarischen Städtchens Sistowa zum Friedensschluß zwischen Oesterreich und der Pforte versammelte. Man meinte im Publikum, es sei eine leichte Formsache, da die einfache Bedingung des Vertrages, Herstellung des genauen Besitzstandes vor dem Frieden, in Reichenbach allseitig anerkannt war.

Allein so rasch und wohlfeil dachte Leopold seine Gegner nicht los zu lassen. Selbst abgesehen vom Inhalte des Vertrages, hatte er schon die stärksten Bedenken über den Zeitpunkt des Abschlusses. Trotz seiner Reichenbacher Verheißungen war er immer noch der Bundesgenosse Rußlands,

und dieses fuhr fort, ihn mit Erbietungen und Drohungen zu Josephs auswärtigem Systeme zurückzulocken. Die von den Oesterreichern besetzte Walachei z. B. sollte den Türken restituiert werden, Rußland aber forderte sie im Namen seines älteren Vertrages als eine gemeinschaftliche Eroberung für sich und drohte bei einem Abzuge der Oesterreicher seine Truppen sofort einrücken zu lassen. Für sich selbst wollte Katharina von keinem Frieden ohne Eroberungen wissen und lehnte alle Zumutungen der drei verbündeten Mächte mit breitem Hochmute ab. Auch hatten zu Land und zu Wasser ihre Waffen glänzenden Fortgang. England und Preußen sahen den Augenblick kommen, wo die Rettung der Pforte, auch vor den Russen allein, nur durch fremde Kriegsgewalt möglich sein würde, und rüsteten unaufhörlich; niemand konnte wissen, wie gewaltige Konflikte hier noch bevorständen. Bei diesen Aussichten fühlte sich Leopold nicht im mindesten geneigt, seine türkische Unterhandlung vorzeitig zum Abschlusse zu bringen: jede Verlängerung der Ungewißheit mußte ihm den Frieden um so vorteilhafter gestalten, je mehr er sich im Inneren seines Reiches befestigt und in Europa seine Stellung gestärkt hatte. Zudem wußte der Kaiser nur zu gut, daß sein Reichenbacher Vertrag in Petersburg mit hoher Ungunst aufgenommen worden war; in seiner Lage war es eine wichtige Sache, die russische Freundschaft nicht vor der Zeit erkalten zu lassen, und wenn er freilich seine bewaffnete Unterstützung den Russen hatte entziehen müssen, so durfte er mit gutem Grunde jede Verschleppung seines türkischen Friedens in Petersburg als eine wesentliche Förderung der russischen Interessen geltend machen.

So traten seine Gesandten, zuerst Herr von Herbert, später neben diesem Fürst Esterhazy-Galantha, seit der ersten Sitzung mit einer Anzahl von Begehren auf, die kaum anderen Inhalt als die Darlegung übelen Willens hatten. Der Statusquo, sagten sie, beziehe sich nicht bloß auf die Landesgrenzen, sondern auch auf andere Rechtsverhältnisse: so forderten sie die Erneuerung früherer Handelsprivilegien für die österreichische Schiffahrt im Schwarzen Meere. Die

Vermittelung Preußens und der Seemächte, setzten sie hinzu, die man zu Reichenbach anzunehmen versprochen, schließe keineswegs eine ausdrückliche Bezugnahme auf die Konvention in sich; vielmehr laufe eine solche der Ehre Oesterreichs zuwider. Den übelsten Eindruck aber mußte es auf die Türken machen, daß sie aus dem gleichen Grunde die Gewährleistung des neuen Vertrages durch die vermittelnden Mächte verbaten: hier war die Leerheit des Vorwandes heller als der Tag und die Neigung zum Bruche unverkennbar. Als die Verhandlungen über diese Punkte nicht hinauskamen, erklärten die Gesandten der übrigen Mächte am 10. Februar, ihre Höfe befragen zu müssen. Die Arbeiten des Kongresses ruhten seitdem für mehrere Monate.

Nicht günstiger zeigte sich Oesterreichs Verhalten den Reichenbacher Verpflichtungen gegenüber am anderen Ende Europas, auf dem belgischen Boden. Graf Mercy hatte seinerseits im Dezember nach vielfachen Erörterungen endlich doch ein Abkommen mit den drei Mächten im Haag geschlossen; als jedoch die österreichischen Truppen alle Provinzen besetzt und die letzten Spuren des Widerstandes beseitigt hatten, genehmigte der Kaiser zwar die sonstigen Artikel des Vertrages, erklärte aber am 18. Februar statt der alten Landesverfassung, wie er sie zu Reichenbach anerkannt hatte, die Gesetzgebung Maria Theresias aufrecht halten zu wollen, die in vielen Punkten der josephinischen den Weg gebahnt und die Rechte der Krone verstärkt hatte. Die drei Mächte protestierten fruchtlos und nahmen darauf die von ihnen zugesagte Gewähr für die Herrschaft Oesterreichs über Belgien zurück. Die Brüsseler Regierung aber blieb auf ihren Wegen. Mit Holland nahmen die kleinen Reibungen kein Ende: bald wurde eine längst verheißene Grenzregulierung verschleppt, bald die Verminderung der belgischen Garnisonen auf den vertragsmäßigen Stand abgelehnt, endlich ein hitziger Notenkrieg über den Aufenthalt der belgischen Flüchtlinge in Holland begonnen. Genug, in Osten und Westen entwickelte sich die vorwärtsdrängende

lothringische Politik langsamer und bedächtiger, aber auch gründlicher und systematischer als unter Joseph II.

An ein Innehalten schien man um so weniger zu denken, als eben im Februar die Stellung der Regierung in Ungarn zum Abschlusse kam. Wir sahen, daß die Slaven zu Leopolds Krönung das Beste gethan hatten; jetzt empfingen sie einen Lohn dafür, der freilich ihren Gefühlen schmeichelte, praktisches Ergebnis aber nur für den Kaiser hatte. Es wurde nämlich der ungarischen Regierungsbehörde auf der einen Seite Siebenbürgen, auf der anderen Illyrien entzogen und jedes dieser Länder einer besonderen, mit eifrigen Royalisten besetzten Kanzlei unterworfen. Es war dieselbe Politik, mit welcher Leopold etwas später Illyrien selbst, sodann Steiermark und Krain in mehrere kleinere Gubernien zerfällte, mit welcher er Mailand von Mantua trennte und in Belgien die einzelnen Provinzen voneinander zu sondern suchte. Joseph hatte die alten Nationalverbände in seine willkürlichen Verwaltungsbezirke untergesteckt und damit alle Lokalinteressen und Stammesgefühle verletzt: Leopold spaltete jene Verbände auf das wirksamste, indem er jeden kleinen Dorfpatriotismus aufzog, und arbeitete so an dem Werke des Bruders weiter, ohne seine Popularität zu verlieren. Die Magyaren klagten zwar bitterlich über jene Verluste; Leopold wußte aber auch sie zu entzücken, indem er zuerst mit der Errichtung der illyrischen Kanzlei noch eine Menge anderer widerwärtiger Forderungen verband und durch schließlichen Verzicht auf diese bei dem heißblütigen Volke einen unendlichen Jubel erregte. Geschickt genug hatte er einfließen lassen, daß eben die ungarische Opposition ihn zu den traurigen Opfern von Reichenbach genötigt hätte, während sonst die türkische Beute gerade seinem Königreiche Ungarn zu gute gekommen wäre: so trug ihm denn jetzt der Reichstag nichts als Reue und Begeisterung entgegen, verdoppelte eine Geldbewilligung und bot ihm mit dem Rufe: nieder mit dem Reichenbacher Vertrage — Rekruten an, so viele er deren verlangte.

Bei solchen Ereignissen, durch Oesterreich fortdauernd

bedroht, durch Rußland heftig bedrängt, zauderte die Pforte nicht länger, von ihrem preußischen Bündnisse Gebrauch zu machen, und erließ Anfang März eine dringende Aufforderung um Hülfe nach Berlin, welche von da sogleich nach dem Haag und London weitergegeben wurde. Man war weder hier noch dort besonders erfreut über eine solche Verwickelung, aber doch keinen Augenblick zweifelhaft, seinen Verträgen nachzukommen und die Pforte zunächst gegen Rußland durch alle Mittel zu schützen. In den englischen Kriegshäfen wie in den ostpreußischen Garnisonen verdoppelten sich die Rüstungen; die Generale und Truppenkörper, welche zum litauischen Kriege ausrücken sollten, wurden bestimmt, und in London gedachte man eine starke Flotte in die Ostsee, eine andere in das Schwarze Meer gegen die Krim zu senden. Wenn es hier aber wirklich bis zum Aeußersten kam, so gab es offenbar keine wichtigere Frage als das Verhalten Oesterreichs, und darüber vermochten Preußen und England lange Zeit hindurch nicht in das klare zu gelangen. Zwar hatte sich der Kaiser im Reichenbacher Vertrage zum Frieden mit den Türken verpflichtet, Kaunitz aber unterschied sehr bestimmt zwischen einem österreichisch-türkischen und einem preußisch-russischen Kriege. Als dann Leopold endlich auch für den letzteren seine Neutralität verhieß, setzte immer Kaunitz noch die Bedingung hinzu, daß Preußen dabei für sich selbst keinen Vorteil suche. Wir fordern, sagte ihm hierauf einmal der preußische Gesandte, von Rußland nichts anderes als den alten Besitzstand; hat man uns aber einmal zum Kriege gezwungen, so müssen wir uns dann alle Ansprüche auf Entschädigung für unsere Kosten vorbehalten. Wir müssen, entgegnete Kaunitz, gegen jeden derartigen Vorbehalt protestieren.

Indessen, so unumwunden Leopold hier seinen Minister reden ließ, so wenig deckte sich auch in dieser Zeit seine Gesinnung völlig mit jener des alten Kanzlers. Wie gesagt, er hatte nicht eben Eile, mit den Türken abzuschließen, er wünschte vielmehr, die Dinge sich entwickeln zu lassen und vielleicht noch einen kleinen Vorteil für Oesterreich da-

von zu tragen. Aber den Krieg wollte er doch in keinem Falle erneuern. Es war die Zeit, in welcher seine auf den Tod bedrängte Schwester ihn mit ihren flehenden Briefen bestürmte; obwohl er sich mit aller Zähigkeit seines Wesens gegen den Gedanken einer thätigen Einmischung in die französischen Händel sträubte, konnte er sich unmöglich den Bitten Marie Antoinettes völlig entziehen und mußte schon deshalb wünschen, neue Zerwürfnisse im Oriente zu vermeiden. Dann aber sah er sein Verhältnis zu Rußland in ganz anderem Lichte als sein Vorgänger. Während Joseph in seinem Hasse gegen Preußen, in seinen Herrschgelüsten gegen Deutschland seine ganze Politik auf das russische Bündnis gestellt und Katharinen bereitwillig den Weg auf Konstantinopel geöffnet hatte, fand Leopold in einer Ausdehnung der russischen Macht auch nur bis an die Donau die höchste Gefahr für Oesterreich, für seine Herrschaft über Südslaven und Magyaren, für die Zukunft des Reiches. Er beklagte es, daß sein Bruder über dem Haschen nach bayerischen und serbischen Eroberungen den alten Verbündeten Oesterreichs, die Republik Polen, zuerst den Russen preisgegeben und dann in die Arme Preußens getrieben hatte. Er empfand es bitter, mit welchem Tone schneidenden Hochmuts jetzt Katharina seine Friedenspolitik rügte, als wenn er nicht bloß einem Verbündeten den zugesagten Beistand, sondern einem Lehnsherrn die schuldige Treue entzogen hätte. In seiner bedächtigen, überall nach Deckung spähenden Weise wollte er nichts übereilen, nichts vor der Zeit entscheiden, so lange wie möglich freie Hand nach jeder Seite behalten: gerade nach diesem Wunsche aber stand ihm jetzt schon das eine fest, daß er größerer Selbständigkeit und festeren Anhaltes gegenüber dem bisherigen Verbündeten, gegenüber Rußland bedürfe. Sollte sich die Möglichkeit sonstiger Anknüpfungen, sollte sich unter den bisherigen Widersachern eine Neigung zu freundschaftlicher Annäherung finden, so war der Kaiser weit entfernt davon, sich einem günstigen Entgegenkommen zu versagen.

Dieser Stimmung des Kaisers entsprachen nun ähnliche Regungen im preußischen Kabinett.

Bei der Rückkehr von Reichenbach hatte der König zunächst ein hohes Bewußtsein von der stattlichen Rolle, die er als gebietender Friedensbringer für ganz Europa in jenen Verhandlungen durchgeführt hatte. Um die Aufgabe völlig zu lösen, galt es noch, Rußland ebenso wie Oesterreich zum Verzichte auf jede Eroberung zu nötigen, und der König war bereit, wenn es nicht anders gehe, auch hier die Hand an das Schwert zu legen. Immer konnte sich trotz der Verkündigung des alten Besitzstandes sein Sinn nicht völlig von den Bildern preußischen Gewinnes losreißen, welche einst Hertzbergs Tauschplan vor seinem erfreuten Blicke entrollt hatte, und wenn er sie hätte vergessen wollen, so war jetzt England beschäftigt, sie ihm in lebendiger Erinnerung zu halten. Der Grund dieser englischen Thätigkeit, die so entschieden mit der in Reichenbach innegehaltenen Richtung kontrastierte, lag darin, daß England bei der stets näher rückenden Möglichkeit eines russischen Krieges, der seinem Handel einen sehr bedeutenden Markt in Osteuropa zu schließen drohte, den dringenden Wunsch empfand, sich für diesen Fall einen neuen Zugang zu den slavischen Gebieten zu eröffnen und deshalb die polnische Weichsel von den preußischen Zöllen zu befreien. So brachte, trotz Lucchesinis Abraten, der englische Gesandte Hailes schon im August 1790, gleich nach Reichenbach, in Warschau den preußischen Handelsvertrag gegen Abtretung von Danzig und Thorn von neuem auf das Tapet, erlebte aber bei der damaligen Stimmung der Polen auf der Stelle die gründlichste Abfertigung. Lucchesini beeilte sich, zu großem Jubel der Polen, den Antrag als der preußischen Regierung völlig fremd zu verleugnen; der König aber war ebenso ärgerlich über die halsstarrigen Polen wie über die ungeschickt zufahrenden Engländer. Das einzig Erfreuliche bei dem Vorgange war, daß Lucchesini durch seine scharfe Trennung von Hailes wenigstens die Polen bei guter Laune erhalten und dem russischen Einfluß in Warschau erfolgreich entgegengearbeitet hatte.

Rußland hatte allerdings seit Reichenbach seine Forde-

rungen gegen die Türkei erheblich gemäßigt und auf die Abtretung von Oczakow nebst dessen Bezirk, also auf die Dnjestrgrenze beschränkt. Bei diesem Begehren aber blieb Katharina als ihrem letzten Worte unerschütterlich stehen, und schon im September 1790 war man in Berlin überzeugt, daß der alte Besitzstand nicht ohne Krieg durchzusetzen sein würde. Man sagte sich sehr bestimmt, daß ein solcher Kampf, nach Schwedens Rücktritt, bei der Schwäche Polens und bei Englands Unsicherheit ein ernstes Beginnen sei, und kein Gedanke lag näher, als vor der Eröffnung desselben sich auf jeder Seite den Rücken zu decken. Hierbei kam es denn vor allem auf Frankreich und Oesterreich an, und eigentümlich genug war das Verfahren, mit welchem man dort jede Feindseligkeit zu verhüten strebte.

Hertzberg war damals, wie wir wissen, dem Könige gründlich zuwider geworden. Sein Kollege Graf Finkenstein hatte keinen anderen Gedanken als Ruhe und Frieden für Preußen. Bei dieser Abwesenheit eines thätigen und zugleich dem Könige genehmen Staatsmannes gelang es einem persönlichen Vertrauten Friedrich Wilhelms, dem Obersten Bischoffwerder, bestimmenden Einfluß auf die großen Geschäfte zu gewinnen. Der Oberst gehörte schon seit längerer Zeit zu dem engeren Kreise des Monarchen, ein sächsischer Edelmann ohne Vermögen, der in verschiedenen Diensten sein Glück versucht und endlich durch geschicktes Eingehen auf jede Neigung Friedrich Wilhelms dessen Gunst gewonnen hatte, ein innerlich gehaltloser Geist, jedoch geschickt, nach außen durch geheimnisvolle Wichtigkeit zu imponieren, ein Charakter von sehr zweideutiger Reinheit, aber dem Könige durch mystisch religiöse Tendenzen empfohlen, stets geistreicher aber auch stets unklarer als die amtlichen Vertreter der preußischen Politik. Für einen Fürsten von der Natur Friedrich Wilhelms war er ein geradezu unheilvoller Begleiter, für einen Herrscher, der vierzig Jahre alt geworden war, entfernt von allen Geschäften, von gründlichen Kenntnissen und bildender Arbeit, der nach seinem lebhaften Temperamente sich dafür in Aufregung und An-

reiz aller Art entschädigt hatte, bereits aber ermüdet und abgestumpft, über die Oede seines einförmigen Daseins klagte und sich bald daran gewöhnte, wie bisher Frauenliebe und Geisterseherei, so jetzt auch Politik und Religion als Mittel geistiger Erregung zu betreiben — und welcher dann doch so viel Talent besaß, um in manchem Augenblick die gewöhnlichen Geschäftsmänner seiner Umgebung zu übersehen, und so viel geistige Substanz, um das einmal Gewollte gegen jeden Widerspruch eines Untergebenen durchzusetzen. Ein solcher Fürst hätte, durch einen festen und nüchternen Staatsmann beraten, zu großen Zielen gelangen können: so lange er aber unter dem Einflusse eines Bischoffwerder stand, hatte man sich allerdings über das Verwunderlichste nicht zu wundern.

Es sollte also für den russischen Krieg jede Gefahr von französischer und österreichischer Seite entfernt werden. Bischoffwerder fand, daß das sicherste Mittel dafür der Abschluß oder doch die Einleitung eines Bündnisses mit jeder der beiden Mächte wäre. Auf dem gewohnten amtlichen Wege hätte freilich eine solche Umwälzung aller Beziehungen ihre Schwierigkeiten gehabt; den Ministern hätten sich dabei unzählige Bedenken und Hindernisse ergeben: dem geistreichen Obersten war aber ein verborgenes, ungewöhnliches Verfahren nur eine Erhöhung des Reizes. Was Frankreich betraf, so war damals, September 1790, der innere Zustand äußerst ungewiß; Graf Goltz in Paris stand auf leidlichem Fuße mit dem Minister Montmorin, pflog aber auch seine Verbindungen mit den demokratischen Führern; niemand konnte voraussehen, ob am nächsten Tage die heutige Regierung noch bestehe, oder durch eine neue Revolution oder Gegenrevolution verdrängt würde. So durfte Goltz für keinen Fall bloßgestellt werden; ein geheimer Agent mußte die neuen Velleitäten Preußens in Paris zur Geltung bringen. Am 14. September schrieb der König an Goltz, meldete ihm die bevorstehende Ankunft des Kommissionsrates Ephraim und wies ihn an, denselben bei Vollziehung seiner Aufträge zu unterstützen. Ephraim war ein

Geschäftsmann, ein kluger und geriebener Hebräer, der sich der Regierung als brauchbarer und solider Lieferant empfohlen und daneben ebenso gewandt politische Nebengeschäfte besorgt hatte, welche den vornehmen Botschaftern nicht anstehen. Er kam mit der Weisung, angeblich einen französisch-preußischen Handelsvertrag zu unterhandeln; indes erklärte der König am 23. November dem Gesandten, es habe damit nicht so große Eile, es sei nur der Vorwand, um mit guter Art einen längeren Aufenthalt in Paris zu nehmen. Ephraim knüpfte zuerst mit Barnave, Lameth und anderen Führern des diplomatischen Ausschusses an und suchte sie zu überzeugen, welchen Wert Preußens Freundschaft für das wiedergeborene Frankreich habe. Er berichtete dann, was nach Goltz' Beziehungen und Wirksamkeit auch völlig wahrscheinlich ist, er habe den größten Eifer für ein Bündnis mit Preußen bei ihnen gefunden. Goltz hatte ihn darauf aufmerksam gemacht, daß bei der Unstetigkeit aller französischen Verhältnisse die Sache nur dann für Preußen Wert haben könne, wenn eine festere Regierung hergestellt und das Ansehen des Königs gekräftigt werde. Ephraim redete darüber mit Lafayette und freute sich seiner Zustimmung. Dann ließ er sich durch Goltz bei Montmorin einführen, nachdem der Gesandte ihn überzeugt hatte, die Klugheit erfordere es, die Franzosen kommen zu lassen und nicht selbst das erste Wort zu reden; er erfuhr auch hier die freundlichste Aufnahme, hörte aus jedem Worte des Ministers die Neigung zu einem preußischen Bündnisse heraus, hielt aber seinerseits nach Goltz' Belehrung vorsichtig zurück. Fürs erste hatte er vielfache Besprechungen über einen Handelsvertrag, die jedoch kein Ergebnis lieferten, besuchte fleißig die Klubs und Wirtshäuser und machte sich bald durch seine Eitelkeit und Prahlerei so bemerklich, daß Montmorin den Gesandten dringend bat, die Abberufung dieser zweifelhaften Persönlichkeit zu bewirken [1]).

---

[1]) Trotz der gänzlichen Erfolglosigkeit Ephraims habe ich die obigen genauen Angaben mitgeteilt, weil in Wien und bei den

Unterdessen hatte Bischoffwerder sich noch an anderen Stellen für die Besserung der französischen Zustände interessiert [1]) und mit Baron Roll, einem Agenten des Grafen von Artois, über die Bekämpfung der Revolution verhandelt. Infolgedessen erwähnte er gelegentlich, ebenfalls im September, also in derselben Zeit, in welcher Ephraim auf ein französisches Bündnis ausgeschickt wurde, dem österreichischen Gesandten, Fürsten Reuß, wie sehr der König wünsche, gemeinschaftlich mit dem Kaiser für die Herstellung des Königtums in Frankreich zu wirken. Ein preußischer General, Fürst Hohenlohe, bestätigte das dem Gesandten, indem er zugleich andeutete, daß nach einer solchen Expedition die Mächte sich für ihre Kosten etwa mit dem französischen Hennegau und einem Teile des Elsasses schadlos halten könnten. In Wien nahm man diese Aeußerungen als das, was sie damals waren, flüchtige Regungen des königlichen Gemütes und gab ihnen zunächst keine Folge. Am 7. Januar 1791 kam aber Bischoffwerder zu Reuß und erklärte ihm höchst bestimmt den lebhaften Drang des Königs, mit Oesterreich in eine innige Verbindung zu treten, durch welche alle Unruhen Europas mit einem Schlage gebannt würden; in diesem Falle würde der König bereit sein, auf österreichische Verwendung, trotz Englands Widerspruch, den Russen Oczakow zu überlassen. Nur müsse die Vereinbarung der beiden deutschen Mächte vorläufig tiefes Geheimnis bleiben; zu ihrer Vollendung denke der König eine vertraute Person selbst nach Wien zu senden. Der Oberst schloß mit der Erklärung, wenn Oesterreich ablehne, sei er ein unglücklicher Mann, da er jene Gesinnungen aus eigener Ueberzeugung bei dem Könige genährt habe.

Nimmt man zu dem allen noch hinzu, daß in denselben Tagen, wie Reuß aus Berlin und Graf Ludwig Cobenzl aus Petersburg nach Wien berichteten, Bischoffwerder dem

---

Emigranten, vgl. z. B. Breteuils Brief bei Feuillet de Conches I, 430, über den Mann die grundlosesten Anklagen verbreitet wurden.

[1]) Beer, Leopold II., Franz II. und Katharina, 37 ff.

russischen Gesandten Alopäus einen Besuch machte, daß er hier über einen Vertrag der beiden Mächte sondierte, welcher gegen preußische Erwerbungen in Polen den Russen den Bezirk von Oczakow sichern würde: so hat man das vollständige Bild einer dilettantischen, überall unzuverlässigen, dafür aber stellenweise konservativ angeröteten Politik, die zur Zeit noch ohne Plan und Entschließung nach allen Seiten ihre Fühlhörner ausstreckte. Welch ein Abstand von der stets ihres Zieles und ihrer Mittel bewußten Thätigkeit Friedrichs des Großen oder auch nur von den oft zu künstlichen, jedoch immer auf praktische Zwecke gerichteten Bestrebungen des Grafen Hertzberg!

Nichtsdestoweniger sollte dieses unruhige Umhertasten bedeutende Folgen haben.

Als die Berichte des Fürsten Reuß in Wien einliefen, zuckte Kaunitz wegwerfend die Achseln. Er war ein für allemal überzeugt, daß von Berlin nichts Gutes kommen könne, und mahnte den Kaiser dringend, sich einen vertraulichen Besucher zu verbitten, dessen ganze Aufgabe nur hinterhaltige Kundschafterei sein könne. Leopold aber, nach der früher erwähnten Stimmung, war anderer Meinung. Es sei in jedem Falle vorteilhaft, den Preußen zu hören, und vielleicht durch ihn sich Klarheit über die Absichten des Königs zu verschaffen. So erhielt denn Fürst Reuß den Auftrag, dem preußischen Könige die freundschaftliche Gesinnung des Kaisers zu versichern und die Sendung einer Vertrauensperson als höchst erwünscht zu bezeichnen. Hierauf eilte Bischoffwerder unter dem Namen eines Kommissionsrates Buschmann nach Wien, wo er am 20. Februar sein erstes Gespräch mit dem Vizekanzler Philipp Cobenzl hatte. Seine Eröffnungen widerlegten Kaunitz' Besorgnisse vollständig; dieser Mann war nicht dazu geschaffen, als gefährlicher Spion zu wirken. Der König, sagte er, ist ruhmliebend aber menschenfreundlich; er ist vor allem ehrlich und offenherzig; er ist leider durch Hertzbergs schlechte Ratschläge zuweilen zu Irrtümern verleitet worden, sieht sie aber jetzt ein und hat keinen wärmeren Wunsch, als ein aufrichtiges,

vertrautes Bündnis mit dem Kaiser auf der Grundlage beiderseitiger Uneigennützigkeit abzuschließen. Also, fragte Cobenzl, Verzicht auf jede Erwerbung für alle Zeiten? Jawohl, erklärte der Oberst, oder doch, setzte er hinzu, wenn der Fall bei dem einen einträte, herzliches Einverständnis mit einem entsprechenden Gewinn des anderen. Was nicht immer ganz leicht zu machen ist, bemerkte Cobenzl. Aber wie steht es mit Danzig? Gewiß, sagte Bischoffwerder, wünscht der König die Stadt zu erwerben, aber auch darauf würde er gerne verzichten, wenn es nötig wäre, um das Bündnis mit dem Kaiser zu erlangen. Sie glauben nicht, welche Vorteile ihm Rußland für seine Allianz anbietet, aber die Freundschaft mit Oesterreich geht dem Könige über alles. Er denkt, daß das Anwachsen Rußlands für beide Staaten gleich gefährlich sein müßte. Dann hätten wir also, folgerte Cobenzl, unseren Bund mit Rußland aufzulösen, wenn wir mit Preußen abschlössen? Vielleicht doch nicht, antwortete der Oberst, wenn Ihr russisches Bündnis rein defensiv ist; Defensivbündnisse kann man mit aller Welt haben. Und wie soll, fragte Cobenzl weiter, der Vertrag bei Hertzbergs Feindschaft zu stande kommen? Bischoffwerder erläuterte, alles sei in Ordnung, wenn sie beide sich einigten; darauf werde der König um eine persönliche Zusammenkunft mit dem Kaiser bitten, wo die Monarchen die Hauptpunkte des Einverständnisses selbst aufzeichnen und Hertzberg sodann den gemessenen Befehl erhalten würde, hienach einen regelrechten Vertrag auszuarbeiten. Anders, sagte er, wird es nicht wohl gehen; wir haben keinen passenden Ersatzmann für Hertzberg, Finkenstein ist altersschwach, die anderen Minister sind unfähig zu großen politischen Gedanken, und unter unseren Gesandten ist kaum einer, der sich zu einer leitenden Stellung eignete [1]).

Wie man sieht, hatte es allen Grund, wenn Bischoffwerder im Beginne des Gesprächs sich dem österreichischen

[1]) Beer, 232 ff.

Staatsmanne vorgestellt hatte „als einen Mann, der wenig Erfahrung in politischen Dingen hat, der nur das Herz seines Königs besser kennt als alle Minister."

Fünf Tage später hatte der falsche Kommissionsrat eine Audienz bei dem Kaiser. Leopold fand darin die Eröffnungen desselben herzlich und anständig, erklärte sich im allgemeinen geneigt, und beauftragte Cobenzl mit weiterer Verhandlung. Unterdessen mochte Bischoffwerder seine Worte in etwas nähere Erwägung gezogen haben; wenigstens kamen bei einem zweiten Gespräche mit Cobenzl, am 28. Februar, wesentlich andere Gesichtspunkte als acht Tage früher zum Vorschein. Er fand jetzt selbst, daß das russische Bündnis des Kaisers mit dem preußischen sich nicht vertragen würde, und gestand die Ansprüche Preußens auf Danzig und Thorn ohne Rückhalt ein, wogegen dann Preußen auch entsprechende Erwerbungen Oesterreichs gerne begünstigen würde. Er überreichte nachher bestimmt formulierte Artikel für den künftigen Vertrag, auf gegenseitige Garantie der Besitzungen, Ausschließung des russischen Einflusses in Polen, Einladung an die Seemächte zum Eintritte in den Bund, Zustimmung des Kaisers, wenn Preußen durch freie Einwilligung der Polen Danzig und Thorn erwerbe. Kaunitz antwortete darauf, man sei zur Garantie der Besitzungen bereit, hoffe jedoch in Polen auf ein wirksames Einvernehmen aller drei Nachbarn; man wolle die Seemächte als preußische Bundesgenossen sehr gerne in das Bündnis aufnehmen, müsse aber gleiche Gunst auch für seinen russischen Alliierten begehren und werde Danzig und Thorn unter der Bedingung genehmigen, daß Preußen dem Kaiser in Sistowa türkische Grenzstriche schaffe [1]. Mit dieser Antwort waren offenbar die wesentlichen Zwecke Preußens, die Sicherung gegen Rußland und die Erlangung der polnischen Städte, verfehlt. Bei einer letzten mündlichen Verhandlung mit Co-

[1] Vivenot, Quellen I, 93, wo nur durch einen auffallenden Irrtum die österreichische Antwort die sinnverwirrende Ueberschrift: Observations de la Prusse erhalten hat.

benzl, am 4. März, brachte Bischoffwerder die Sache nicht weiter. Mit gewohnter Unbedachtsamkeit sagte er, vielleicht könne der König bei der Pforte eine kleine Abtretung zu Gunsten Oesterreichs durchsetzen; dazu bedürfe er aber längerer Zeit, und deshalb möge Oesterreich den Abschluß in Sistowa nicht übereilen. Etwas dem Kaiser Erwünschteres und für Preußen Unzuträglicheres konnte er natürlich nicht aussprechen; dazu erklärte er noch mit ganzer Biederkeit, daß er persönlich eine volle Uneigennützigkeit Preußens für das allerersprießlichste halte, daß aber leider nicht alle Welt in Berlin derselben Meinung sei [1]). So konnte er denn auch nichts Besonderes einwenden, als Cobenzl über die brennendste Frage des Tages, über die Frage, ob Oesterreich bei einem russisch-preußischen Kriege neutral bleiben würde, fest auf dem Standpunkt blieb: ja, wenn Preußen nur für die Erhaltung des türkischen Besitzstandes kämpft, nein, wenn es sonstige Vorteile für sich begehrt. Um so mehr entzückte den Obersten die stets wiederholte Zusicherung, daß man Rußland auf alle Weise zur Mäßigung ermahnen werde, und schließlich Leopolds Bereitwilligkeit zu einer persönlichen Zusammenkunft mit dem Könige, die wegen der eben bevorstehenden Reise des Kaisers nach Italien in Böhmen während des Juni stattfinden sollte. Mochte der Inhalt des Bündnisses noch in einigen Punkten streitig sein, über die Erlangung desselben hatte der Oberst keinen Zweifel mehr.

Allerdings, als Bischoffwerder, von diesen Dingen erfüllt, nach Berlin zurückkam, gelang es ihm nicht, seine Begeisterung sogleich den leitenden Kreisen mitzuteilen. In der nächsten Nähe des Königs hatte er an dem Adjutanten Obersten Manstein einen entschiedenen Gegner, der allen glänzenden Worten Leopolds ein vollständiges Mißtrauen entgegensetzte; der König selbst meinte, in geradem Gegensatze zu Bischoffwerders Ansicht, die gute Gesinnung des Kaisers müsse sich vor allem durch raschen Abschluß in

---

[1]) Vivenot I, 98.

Sistowa bethätigen. In einem Punkte freilich teilte er die österreichische Gesinnung: Graf Hertzberg war ihm durch Rechthaberei und Selbstgefälligkeit schon lange lästig, und der König befahl sogleich, ihm von der neuen Beziehung zu Oesterreich keine Mitteilung zu machen. Von den Ministern wurde fürs erste nur Graf Finkenstein in das Geheimnis gezogen, welcher sich dann beeilte, gegen die letzten Aeußerungen des Fürsten Kaunitz bestimmte Stellung zu nehmen. Die Zuziehung Rußlands zu dem Bunde sei erst möglich, wenn es aufhöre, den Frieden Europas zu bedrohen; die Danziger Frage sei nicht von Preußen wieder angeregt worden, jedenfalls aber werde diese Erwerbung nur gegen so starke Gegenleistung gemacht werden, daß für Preußen kaum ein Gewinn, also auch für Oesterreich kein Anspruch auf ein Aequivalent daraus erwachse. Uebrigens wurde nach London eine Mitteilung über Leopolds friedliche Stimmung gemacht, um mit dem englischen Alliierten die möglichst wirksame Benutzung derselben zu beraten.

Dem britischen Kabinett kam die unerwartete Botschaft in diesem Augenblicke doppelt erwünscht. Bei der kriegerischen Haltung Rußlands hatte es am 28. März dem Parlamente eine königliche Botschaft über seine Rüstungen zu Gunsten der Pforte vorgelegt und sofort daraus einen gewaltigen Sturm sich entwickeln sehen. Der Ostseehandel war für London damals überaus einträglich, und es erhob den lautesten Einspruch gegen seine Gefährdung durch einen russischen Krieg. Die populäre Bewegung fand im Parlamente ihr Organ an der gesamten Whigpartei, und schon um die Mitte des April beschloß das Ministerium, wenn auch noch siegreich bei jeder Abstimmung, der öffentlichen Meinung gegenüber einzulenken. Pitt zog eine bereits ausgefertigte Drohnote an Rußland wieder zurück und schrieb nach Berlin, der König werde wissen, daß in Großbritannien keine Regierung dem ausgesprochenen Willen der öffentlichen Meinung widerstehen könne [1]. Der Herzog von Leeds, der

---

[1]) Vgl. Stanhope, life of Pitt II, 115.

bisher an der Spitze des auswärtigen Amtes gestanden, wurde entlassen, und sein Nachfolger, Lord Grenville, übernahm es, mit Rußland ein friedfertiges und möglichst unschädliches Abkommen zu suchen. Es leuchtet ein, wie unter diesen Verhältnissen die Nachricht willkommen war, daß Oesterreich einige Aussicht zeige, sich von Rußland loszusagen. Die englischen Minister griffen hierauf mit beiden Händen zu. Der Kaiser war damals in Florenz, wo sein zweiter Sohn soeben die Herrschaft übernommen hatte, und Lord Grenville beauftragte den jungen Grafen Elgin am 19. April, dem Kaiser ein Verteidigungsbündnis mit England und dessen Alliierten anzubieten, wenn Leopold in Petersburg für einen Frieden nach englischem Sinne wirken wolle. Auch hier war wieder ein Unterhändler ohne amtliche Stellung gewählt, weil Grenville dem Fürsten Kaunitz so wenig traute wie Leopold dem Grafen Hertzberg, und mit dem Kaiser persönlich, ohne Zuthun der österreichischen Minister, zu verhandeln wünschte.

Dieser rasche Schritt der englischen Regierung riß denn auch das preußische Kabinett aus der mißtrauischen Unentschlossenheit heraus, welche es bisher bei Leopolds Entgegenkommen gezeigt hatte. Am 1. Mai traten die Grafen Schulenburg und Alvensleben in das Ministerium ein; am 3. überreichte jener gemeinsam mit Finkenstein dem Könige eine Denkschrift, welche für die fernere Haltung Preußens entscheidend werden sollte. Es wurde darin hervorgehoben, daß sonst zwar kein Anlaß zu einem Bunde mit Oesterreich vorliege, vielmehr das Hinschleppen der Sistower Unterhandlung gerechtes Bedenken gegen die Ehrlichkeit des Kaisers erwecke, daß jedoch die Aussicht, Leopolds Neutralität bei dem möglichen Kriege gegen Rußland zu sichern, ein Vorteil von der höchsten Bedeutung sei und für sich allein ausreiche, um den Abschluß einer österreichischen Allianz zu rechtfertigen. In diesem Sinne könne man sich über Elgins Sendung nur freuen, da sie jedenfalls den Gesamtzweck der von Bischoffwerder begonnenen Unterhandlung fördern müsse. Im besonderen aber sei für Preußen hierbei wünschenswert,

daß es nicht erst als Anhängsel Englands in dessen Verhältnis zum Kaiser nachträglich eintrete, sondern unmittelbar mit Oesterreich abschließe und dann seinerseits den Engländern den Beitritt zu dem Bündnisse offen halte. Die Minister stellten hiernach den Antrag, den Fürsten Reuß von diesen Gesinnungen Preußens unter der Bedingung in Kenntnis zu setzen, daß er darüber nicht an sein Ministerium, sondern vertraulich an den Kaiser berichte. Der König, dem alles darauf ankam, den Russen zu imponieren und Leopold gründlich von Katharina zu trennen, genehmigte den Vorschlag der Minister und befahl, den Grafen Alvensleben, nicht aber Hertzberg, in das Geheimnis zu ziehen. Die betreffende Mitteilung ging dann ungesäumt an den Fürsten Reuß, welcher sie dankbar aufnahm, aber in seiner Stellung doch keine Möglichkeit sah, den Fürsten Kaunitz zu umgehen. Hierauf erwog das Berliner Kabinett, daß zuletzt der Kaiser nicht ohne Vorwissen seiner Minister einen so großen Entschluß fassen würde, und ließ auch diesen letzten Vorbehalt fallen. Am 12. Mai ging das Erbieten zu einem Bündnis beider Kronen in amtlicher Form nach Wien ab.

Das war der Ursprung des Bundes der beiden deutschen Großmächte, des vielberufenen Bundes, der zwei Jahre später Europa gegen die französische Revolution in das Feld führte, Polen vernichten half, Deutschland mit fressendem Zwiespalt erfüllte. Damals in den Augenblicken seiner Entstehung ahnte keiner seiner Gründer eine solche Zukunft. Friedrich Wilhelm ließ dem Marquis Lucchesini, welcher in Sistowa für ihn unterhandelte, das neue System dahin erläutern, man habe es genehmigt, nachdem man sich überzeugt, daß der Kaiser dabei nur an die eigene Sicherung denke; Preußens einziger Zweck bei der Maßregel sei die möglichst vollständige Isolierung Rußlands. Leopold dachte seinerseits an keinen Angriff gegen irgend ein Nachbarland, wünschte die Stellung Oesterreichs zu befestigen und vor allem von dem herrischen Einfluß Rußlands frei zu werden: übrigens hatte er sein letztes Wort noch nicht gesprochen, empfand noch sehr geringes Vertrauen zu Preußens redlicher Gesin-

nung und wählte im Augenblicke der Entscheidung vielleicht eine ganz andere Bahn.

Deutlich aber wurde es damals, im Mai 1791, daß die Entscheidung nicht lange mehr hinauszuschieben sei. Der Kaiser wurde durch zwei gleich starke Antriebe in verschiedener Richtung zum Entschlusse gedrängt. Auf der einen Seite erhielt er die Hülferufe seiner Schwester, welche ihn unwiderstehlich in die französische Verwickelung hineinrissen. Auf der anderen erfuhren die polnischen Angelegenheiten plötzlich eine so drastische Wendung, daß ein hinhaltendes Zusehen auch für Leopold unmöglich wurde. In beiden Beziehungen aber war für den Kaiser das Verhältnis zu Preußen von schlechthin durchgreifender Bedeutung. Bei einem Bruche mit dem revolutionären Frankreich konnte es auf der Welt für ihn nichts Erwünschteres geben als Preußens Bundesantrag: die Frage war, ob die Annahme desselben nach dem Verlauf der polnischen Dinge für ihn noch möglich blieb.

Seitdem Polen sich unter Preußens Schutz von Rußland losgerissen, war dort, wie wir sahen, vom ersten Augenblicke an der Ruf nach innerer Herstellung, nach Reform der Verfassung, als der unerläßlichen Bedingung nationaler Unabhängigkeit, durch das Land gegangen. Preußen war fürs erste einverstanden mit einer solchen Richtung, da die bestehende Verfassung vertragsmäßig unter russischem Schutze stand und jede eigenmächtige Aenderung das Zerwürfnis zwischen Polen und Rußland vertiefte. Seine Gesandten ermunterten demnach in den Jahren 1788 und 1789, wo es sich zunächst um den Sturz der von Rußland getroffenen Einrichtungen handelte, die polnischen Patrioten auf alle Weise zu mutigem Voranschreiten. Am 7. September 1789 setzte dann der Reichstag einen Ausschuß zur Entwerfung einer neuen Regierungsform ein, dessen Seele und treibende Kraft der begeisterte Ignaz Potocki war. Der russische Gesandte Stakelberg schrieb damals nach seiner Kenntnis polnischer Geschäftsführung der Kaiserin Katharina: dieser Ausschuß wird viele Zeit gebrauchen, und kom-

men seine Anträge dann an den Reichstag, so werden Monate und Monate über ihrer Beratung hingehen, wenn man sich nicht plötzlich entschließt, ohne alle Erörterung mit einem Handstreich zu endigen. Er hatte vollkommen richtig geurteilt.

Im Januar 1790 war die Arbeit des Ausschusses so weit vorangeschritten, daß er einige allgemeine Grundsätze vorlegte: es möge künftig die Stimmeneinhelligkeit des Reichstages nur für die wichtigsten, die sogenannten Kardinalgesetze erforderlich sein, alle anderen Gesetze mit einer Mehrheit von drei Vierteln angenommen werden können; die Nation solle das Recht der freien Königswahl behalten, aber nur ein Katholik die polnische Krone tragen dürfen. Gleich nachher aber wurde die Aufmerksamkeit des Reichstags durch die Verhandlung des preußischen Bundes- und Handelsvertrags, durch die Frage Danzig und Thorn, sowie durch die Aufwiegelung Galiziens vollständig in Anspruch genommen; die Verfassungsarbeit blieb liegen, und erst nach den Osterferien, im Mai 1790, nahm der Ausschuß seine Thätigkeit wieder auf, um einige Sätze zu bezeichnen, welche als Grundpfeiler der Verfassung in Zukunft nur durch einstimmigen Beschluß aller Provinziallandtage oder Diätinen, also nach französischer Ausdrucksweise durch das souveräne Volk in seinen Urversammlungen, geändert werden könnten. Mittlerweile war aber in den Köpfen der Patrioten ein weiterer Gedanke emporgetaucht, dessen Erscheinen auf der Stelle alle Verhältnisse gewaltig herumwarf: das Königtum müsse erblich werden. In der That, es war das Wort der polnischen Zukunft damit ausgesprochen; die Forderung traf, mehr als jede andere, den wunden Fleck. Polen war eine Beute der Fremden geworden, weil es keine feste Staatsgewalt besaß; die Bildung einer solchen aber war unmöglich, solange jeder Thronwechsel mit der Eröffnung des Wahlverfahrens die Losung zu Parteienhader, Bürgerkrieg und fremder Einmischung gab. Wenn irgend etwas, so konnte die Erbmonarchie, und sie allein, Polen wieder zu einem freien und starken Reiche machen. Nichtsdestoweniger war der

Vorschlag, trotz seiner inneren Berechtigung, in diesem Augenblicke verhängnisvoll. Polen war einmal zerrüttet und ohne Preußens Beistand der russischen Unterdrückung so gut wie wehrlos preisgegeben. Preußen war nun freilich bereit, das Land gegen Rußland zu decken, und deshalb auch die Herstellung erträglicher innerer Zustände zu begünstigen. Aber von einer Maßregel, welche Polen in vollem Sinne des Wortes zu einem mächtigen Staate machen und die reichen Hülfsquellen und Streitmittel des Landes in einer gewaltigen Hand vereinigen konnte, davon wollte es so wenig wissen wie Rußland selbst. Und, wie man eingestehen muß, mit noch drängenderem Grunde als dieses. Für das kolossale Rußland war Polens Schwäche eine Stufe zu weiteren Triumphen, für das kleine Preußen war sie geradezu eine Bedingung des Bestehens, eine Sache der Notwehr. Darüber gab es in Berlin nur eine Ueberzeugung. Gleich bei dem ersten Auftauchen des Gedankens schrieb Lucchesini aus Warschau, nach seiner Kenntnis von der Ansicht des Königs habe er sogleich begonnen, wenigstens mittelbar gegen die neue Richtung zu wirken, da ein offenes Auftreten in diesem Sinne bei der augenblicklichen Spannung mit Oesterreich nicht ratsam erscheine. Indessen ließ sich der Gegensatz nicht lange verhüllen. Bald nachher folgte die Entscheidung von Reichenbach und mit ihr die brausende Entrüstung der Polen über Preußens Schwäche, sowie die derbe Ablehnung des englischen Antrags über Danzig und Thorn. Die Entfremdung zwischen Preußen und Polen war auf beiden Seiten vorhanden. Sie hatte zur Folge, hier, daß der preußische König am 4. August seinen Gesandten zu entschiedenem Widerspruch gegen den Plan der Erbmonarchie anwies, dort, daß die Polen ohne Rücksicht auf Preußens Wünsche vorwärts zu gehen beschlossen. Lucchesini hatte lange Gespräche darüber mit den Reichstagsmarschällen Malachowski und Potocki; sie blieben dabei, daß die Erbmonarchie die einzige Grundlage für einen neuen Aufschwung Polens sei. Am 18. August meldete Lucchesini, die erste Lesung des Antrags auf Erblichkeit der Krone

sei vom Reichstage mit großer Begeisterung aufgenommen worden; allerdings seien nach polnischer Art die Anhänger desselben sogleich in lebhaften Zwiespalt geraten, da die einen die Berufung einer bereits mächtigen Dynastie, die anderen die Wahl eines kleinen deutschen Fürstenhauses begehrten. Er warnte die Polen dann auf allen Seiten, keine Beschlüsse zu fassen, welche den Interessen seines Monarchen zuwider liefen, und hatte die Genugthuung, nach Eröffnung der Debatte im Reichstage von einer großen Masse der Abgeordneten die Ansicht zu vernehmen, daß eine solche Frage von der Nation selbst in ihren Diätinen entschieden werden müsse, womit denn immer ein Aufschub und die Möglichkeit weiteren Widerstandes geboten wurde. Die eifrigen Anhänger der Erblichkeit riefen dagegen, ein solches Verfahren würde im Lande den Bürgerkrieg entzünden, worauf einzelne Vorsichtige dringend baten, die gefährliche Sache völlig ruhen zu lassen. Lucchesini that alles, um diese Auffassung zu verbreiten, fand aber nur selten Zustimmung. Die Nation, hieß es überall, will keine Zwischenreiche mehr, mit ihren inneren und auswärtigen Wirren. Einige meinten Preußen zu gewinnen, indem sie den Kurfürsten von Sachsen als künftigen König und für dessen einziges Kind, eine Tochter, einen preußischen Prinzen als Gemahl vorschlügen. Die meisten beschränkten sich darauf, den Kurfürsten von Sachsen allein zu bezeichnen, andere den Kurfürsten und dessen künftigen Schwiegersohn, gleichviel wer dieser sein würde. Indessen gewann die Meinung täglich an Boden, die große Frage an die Diätinen zu bringen. Im allgemeinen zeigte sich, daß die Masse des kleinen Adels jeder Erbmonarchie als dem Grabe ihrer republikanischen Freiheit im Herzen zuwider war und bei ihrer Unterstützung derselben nur dem Drucke der Potocki und einiger anderer großen Familien folgte. So verging wieder eine geraume Zeit, in welcher der Reichstag zu keinem Beschlusse kam. Aber als wenn er nicht genug an Gesetzen haben könnte, die in Berlin schlimmen Eindruck machen mußten, beschloß er damals als Kardinalgesetz die Alleinberechtigung der katholischen Reli-

gion in Polen und das früher erwähnte Verbot jeder Abtretung polnischen Landes.

König Friedrich Wilhelm gab am 7. September einstweilen Lucchesini den Befehl, fort und fort gegen die ganze Sache zu wirken, insbesondere, was Hertzberg betont hatte, jeder weiblichen Erbfolge zu widersprechen. Sei übrigens eine gänzliche Hintertreibung nicht möglich, so erklärte sich der König in erster Linie für das sächsische Haus: auch eine Nebenlinie desselben, wie Weimar, würde ihm anstehen. Ja, er ließ sogar, an dieser Stelle unberaten von seinen Ministern, sich das Wort entschlüpfen, man könne vielleicht festsetzen, daß jeder Kurfürst von Sachsen, gleichviel aus welcher Linie, zugleich König von Polen würde. Man muß sich erinnern, daß damals die Beziehungen des deutschen Fürstenbundes noch einiges Leben hatten und der König den sächsischen Kurfürsten und noch mehr den Herzog von Weimar als durchaus zuverlässige Verbündete betrachtete. Wir werden später sehen, wie gründlich sich diese Auffassung in kurzer Frist mit den Verhältnissen änderte. Die Erhebung übrigens eines preußischen Prinzen auf den polnischen Thron wies der König ganz entschieden zurück.

Am 16. September endlich wurde im Reichstage die definitive Verhandlung über die große Frage eröffnet. Die Mehrheit, geführt von Branicki und Sapieha und ermutigt durch den russischen Gesandten, schien sich gegen die Erblichkeit zu entscheiden. Da trat am 17. König Stanislaus mit einem vermittelnden Vorschlage dazwischen, mit dem Antrage auf eine feierliche Befragung der Nation, ob sie in Betracht des Alters und der Kränklichkeit des Königs bei dessen Lebzeiten einen Nachfolger wählen wollte. Das hieß auf eine bleibende Einrichtung verzichten und nur für den nächsten Thronwechsel Vorsorge treffen, und in diesem Sinne wurde nach vielen hitzigen Reden beschlossen. Die Feinde der Erblichkeit triumphierten und bewirkten, ihren Vorteil verfolgend, einen weiteren Reichstagsbeschluß, allerdings nicht als kardinales, sondern nur als konstitutionelles, mithin der Aenderung durch Mehrheit fähiges Gesetz, daß die

Nation das Recht der Königswahl behalten solle. Die Diätinen wurden zur Aeußerung über den Nachfolger des jetzigen Königs auf den 16. November einberufen.

Die Aufregung, welche diese Maßregel durch alle Teile des Landes verbreitete, wuchs noch infolge eines weiteren Beschlusses, welchen der Reichstag am 12. Oktober faßte. Das Mandat der jetzigen Versammlung ging am 1. Januar 1791 zu Ende, die Mitglieder aber, ihrer Herrscherstellung froh, erklärten, daß ihre Konföderation dauern müsse, bis der Zweck derselben, die Verfassungsreform, vollendet sei. Den Wählern aber zu Gefallen wurde zugleich eine Neuwahl und somit die Verdoppelung der Nuntien verfügt. Damit kam nun das ganze Land in eine Bewegung von Grund aus und das Ergebnis für die künftige Verfassung einstweilen in völlige Ungewißheit. Alle Parteien und alle Meinungen wirbelten in leidenschaftlichem Gewirre durcheinander, und die Nachbarmächte warben sich Anhänger mit allen Mitteln. Russischerseits erkaufte Fürst Potemkin die Wähler von Volhynien für 15 000 Dukaten, und der Gesandte Bulgakow in Warschau verbrauchte zu ähnlichen Zwecken eine zehnfach größere Summe. Oesterreich blieb unthätig. Preußen kam billiger als Rußland davon, da die Polen wieder große Sehnsucht nach Handelserleichterungen hatten und Lucchesinis Stellvertreter [1]), der eifrige und gewandte Geschäftsträger Goltz, die ihm zur Verfügung gestellten 20 000 Dukaten ersparen konnte, indem er erneuerte Vorlage eines Handelsvertrags in Aussicht stellte. Dazwischen liefen die Meldungen einer ganzen Anzahl von Thronkandidaten ein, gelockt durch das Bild der immer noch möglichen Erbkrone. England schlug den Herzog von Braunschweig vor; um Preußens Unterstützung warb der Prinz Ludwig von Württemberg; König Gustav von Schweden bot Polen seine Allianz, um damit das Wohlwollen der Wähler auf sich selbst zu lenken; König Stanislaus dachte an seinen Neffen, den schönen, ritterlichen, leicht

[1]) Er selbst war damals nach Sistowa bestimmt.

gebildeten Joseph Poniatowski, einen Helden des Kampfes, des Spiels und der Liebe, von dem Goltz sagte, er könne nie ein furchtbarer König, wohl aber ein trefflicher General werden. Kurz, auch damals gab es viele Menschen, denen eine Krone ein süßes Ding erschien, selbst wenn es die polnische wäre. Nur die Hauptperson, der immer ernste und gemäßigte Kurfürst von Sachsen, hielt zurück und ließ durch seinen Gesandten unaufhörlich tiefe Unlust gegen seine Erhebung verkünden. Aber die Polen erachteten es für unmöglich, daß im Ernste irgend ein Mensch dem Glücke, sie zu beherrschen, den Rücken kehren könnte, und blieben bei dem Widerspruche des Fürsten um so eifriger auf ihrem Sinn.

Als der Lärm der Diätinen abgebraust war, zeigten sich folgende Ergebnisse. In den Reichstagswahlen hatte der russische Anhang einige Verstärkung gewonnen, immer aber blieb eine bedeutende Mehrheit der bisherigen patriotisch-preußischen Partei gesichert, und besonders war die Zahl der persönlichen Freunde des Königs Stanislaus gewachsen. Dagegen über die Thronfolge hatten zwar alle Palatinate bis auf zwei für den Kurfürsten, aber nur dreizehn für Erblichkeit der Krone und einige wenige ohne Entscheidung des Grundsatzes für das sächsische Haus gestimmt. Branicki und die Seinen erklärten demnach, daß die Wahlmonarchie eine Mehrheit von zwei Dritteln habe, und wiesen mit Grund auf die allgemeine Abneigung des kleinen Adels gegen die Erblichkeit hin. Die Verfechter der Erbkrone aber gaben ihr Spiel mit nichten verloren. Sie erläuterten dem Grafen Goltz, daß jedes Palatinat, welches die Erblichkeit nicht ausdrücklich verworfen habe, für dieselbe zähle und also die Verkündung der neuen Thronfolge unter allen Umständen durchgesetzt werden müsse. Goltz mahnte dringend zu Besonnenheit und Zögerung; das Höchste aber, was er erreichen konnte, war eine halbe Zusage, nicht vor dem Mai 1791 einen förmlichen Antrag an den Kurfürsten abzusenden. Friedrich Wilhelm bemerkte ihm darauf am 20. Dezember: die Polen haben so oft ihre Unzuverlässigkeit

bewiesen, daß es Thorheit wäre, für die Zukunft auf ihre Versprechungen zu bauen.

In dem verdoppelten Reichstage waren indessen alle Leidenschaften entfesselt, alle alten Parteien durch die Kronfrage zersetzt. Es waren jetzt die russisch Gesinnten, die in der Hoffnung auf die Unpopularität der Sache eine schleunige Verhandlung forderten, hierbei aber durch die geschickte Taktik ihrer Gegner eine glänzende Niederlage erlitten. Es wurde vielmehr beschlossen, vor der Entscheidung der Thronfolge zunächst die Einrichtung der Diätinen und der höchsten Regierungsbehörden auf die Tagesordnung zu bringen. Neben diesen Sorgen wurde im Januar 1791 wieder der preußische Handelsvertrag oder genauer die Frage, ob Polen gegen gewisse Handelserleichterungen Danzig und Thorn abtreten wolle, in die Verhandlung gezerrt. Von der einen Seite waren es die Polen, von der anderen die Engländer, die auf eine der Weichselschiffahrt günstige Erledigung drangen. Preußen verhielt sich, nach richtiger Erwägung, schweigsam; selbst wollte es auch nicht einmal den Namen der Städte nennen, sondern abwarten, ob Polen sie ihm anböte. Im stillen freilich zeigte Goltz den patriotischen Führern eine ministerielle Aeußerung vom 12. Januar: wenn Polen uns jenen Wunsch erfüllt, werden wir alles für seinen Handel und seine Sicherheit thun, im entgegengesetzten Falle aber die entgegengesetzte Haltung einnehmen. Der englische Gesandte Hailes wirkte mit großem Eifer; Goltz, des Erfolges noch wenig sicher, suchte ihn zu mäßigen und setzte durch, daß man wegen des Gesetzes über Landabtretung einstweilen von Thorn absah und sich auf Danzig beschränkte, was nicht zu dem Gebiete der Republik im engeren Sinne gerechnet wurde. Hertzberg aber war anderer Meinung und riet dem Könige, bei der Verweigerung Thorns die ganze Sache auf eine günstigere Zeit zu versparen. Der König genehmigte diese Ansicht mit dem Worte: die Zeit wird schon kommen. Indes operierte Hailes mit einem so hastigen Ungeschick und säte die russische Partei so gewandt gegen Preußen Mißtrauen aus, daß Hertzberg schon am 4. März dem Ge-

schäftsträger die Weisung gab, seinen Kollegen von allen ferneren Schritten abzuhalten, und den Polen zu erklären, daß Preußen an die beiden Städte gar nicht mehr denke. Zum dritten Male also war den Polen die Eröffnung der Weichsel, den Preußen die Erwerbung der Städte fehlgeschlagen, und natürlich war nach dem wiederholten Mißlingen die Verstimmung auf allen Seiten doppelt bitter. Da kam am 14. März Nachricht nach Berlin und Warschau, der polnische Gesandte in Wien, Woyna, habe dort in Erfahrung gebracht, daß Preußen den Kaiser zu einer neuen polnischen Teilung eingeladen habe. Die Aufregung, welche diese Kunde hüben und drüben entzündete, war gewaltig, in Berlin Entrüstung über so lügenhafte Hetzereien, in Warschau Toben über die entdeckte Hinterlist der Mächte. Allerdings gelang es bald nachher dem preußischen Gesandten in Wien, den Urheber der gehässigen Erfindung zu ermitteln; es war ein Graf Rzewuski, ein alter Schwärmer für die verfassungsmäßige Anarchie in Polen, der einst für diese Sache dem preußischen Könige seine Dienste angeboten hatte, von diesem aber zurückgewiesen, nach Wien gegangen war, Preußen jetzt für den Beschützer der monarchischen Reform in Polen hielt und deshalb alle Mittel gebrauchte, um seine Landsleute von dem Berliner Kabinett abwendig zu machen. Preußen säumte darauf nicht, der polnischen Regierung in der unbedingtesten und öffentlichsten Weise die Grundlosigkeit des Gerüchtes zu erklären: aber der einmal geweckte Argwohn blieb und hielt die patriotische Partei seitdem von Preußen vollständig getrennt. Unter diesen Agitationen rückte die Verfassungsarbeit nur sehr langsam vorwärts; im Februar hatte man ein Gesetz über die Diätinen zu stande gebracht, im April stellte ein anderes einige politische Rechte der städtischen Bürger wieder her; allein von der die Geister spannenden Frage, der Erbmonarchie, redete einstweilen kein Mensch. Die Gegner derselben, Branicki und die Russen, wühlten sonst gegen die Patrioten nach allen Kräften, und vielfach war die Rede davon, daß jener auf die Bildung einer Gegenkonföderation unter russischem

Schutze sinne. Wenn schon hierdurch die Gemüter der patriotischen Partei stark bewegt wurden, so erreichte ihre Spannung den höchsten Grad durch einen besonderen, scheinbar erfreulichen Umstand. Während nämlich in den letzten Jahren von einer österreichischen Partei keine Rede mehr gewesen, der Wiener Hof sich vielmehr der strengsten Zurückhaltung befleißigt hatte, schien derselbe jetzt mit einem Male sich wieder mit Eifer polnische Anhänger zu werben. Ein Brief nach dem anderen meldete in Warschau, wie gnädig Leopold jeden polnischen Reisenden bewillkommne, wie er sich für Polens Unabhängigkeit interessiere, wie er selbst die Möglichkeit einer freiwilligen Rückgabe Galiziens durchblicken lasse. Bei näherer Betrachtung zeigte sich aber, daß alle diese Berichte von eifrigen Genossen der russischen, von erklärten Gegnern der patriotischen Partei herrührten, und nach diesem Umstand konnten der letzteren Leopolds schöne Worte nur als ein Symptom des engsten Einverständnisses zwischen Oesterreich und Rußland erscheinen. So sahen sie sich ringsum von drohender Feindschaft umgeben; sie fürchteten von beiden Kaiserhöfen bedrängt, von Preußen aufgeopfert, von Branicki nächstens überrumpelt zu werden. Die Lage dünkte ihnen verzweifelt auf allen Seiten, und in dieser Auffassung kamen sie zu einem Entschlusse der Verzweiflung, wie ihn Stakelberg einst vorausgesagt hatte, zu dem Entschlusse, die Widersacher ihrerseits durch einen Staatsstreich zu überraschen und die neue Verfassung im Sturme der Nation über den Kopf zu werfen.

Am 1. Mai erhielt Goltz ganz zufällig eine unbestimmte Kunde von solchen Plänen. Er schrieb eiligst nach Berlin und bat, obwohl im allgemeinen ohne Zweifel, um bestimmte Verhaltungsbefehle. Dann ging er umher auf weitere Forschung, fragte vielfach vergebens, endlich am folgenden Tage begegnete er einem der Häupter der Patriotenpartei und redete ihn als Eingeweihter und Mitwirkender an. Der Pole, ohne Arg, erzählte ihm, wie glücklich weit alle Vorbereitungen gediehen seien; in den nächsten Stunden solle der Tag der Ausführung festgestellt werden. Hierdurch der

Sache versichert, suchte Goltz in atemloser Eile seine Kollegen Hailes und den Holländer Reede auf, und alle drei fuhren schleunigst zu den Landtagsmarschällen, um durch vereinte Vorstellungen das verwegene Unternehmen noch im letzten Augenblicke zu hindern. Potocki und Malachowski gestanden den Anschlag ein, erklärten, daß sie, durch die Drohungen der Gegner und die Hoffnungslosigkeit der Lage gepreßt, sich zum Aeußersten entschlossen hätten, wiederholten jedoch die Angabe, daß der Tag noch nicht anberaumt sei und bis dahin also sich weitere Erwägung pflegen lasse. Kaum aber hatten darauf die Gesandten sie verlassen, so beriefen sie in schleuniger Hast die Genossen in den Palast Radziwil, teilten ihnen die Entdeckung des Planes durch die Gesandten mit, so daß nur die Wahl zwischen gänzlichem Scheitern oder sofortiger Durchführung desselben bliebe, und stellten unter allgemeiner Zustimmung alle Einzelheiten der Ausführung auf morgen fest. König Stanislaus gab seine Einwilligung.

Am Vormittag des 3. Mai — Goltz schrieb eben seinen Bericht über das gestrige Gespräch und den zu hoffenden Aufschub des Staatsstreichs — wurden unter großem Staunen der Bevölkerung die Zugänge zum Reichstage mit Truppen besetzt; der König erschien mit starkem militärischen Gefolge und befahl statt der Tagesordnung einen Vortrag des auswärtigen Amtes über das Verhältnis zu den anderen Mächten zu verlesen. Es geschah trotz heftigen Widerspruches von der russischen Seite her. Die Summe des aus den Berichten der verschiedenen polnischen Gesandten zusammengestellten Aktenstückes war, daß von Rußland und Preußen neue Teilungspläne, von letzterem insbesondere die Abreißung Danzigs und Thorns zu befürchten sei, daß dagegen die befreundeten Mächte keinen anderen Rat als die schleunige Einführung einer neuen und starken Verfassung wüßten. Darauf nahm trotz des Murrens der Opposition der König nochmals das Wort, um sofort einen Verfassungsentwurf in zwölf Artikeln vortragen zu lassen. Regelung der bäuerlichen Verhältnisse, politische Rechte für den Bürger-

stand, Bildung von zwei Kammern und eines selbständigen Ministeriums, Abschaffung des liberum veto, endlich Erblichkeit der Krone in dem Hause Kursachsen, so zwar, daß dem jetzigen Kurfürsten dessen Tochter succediere; dies waren die Hauptbestimmungen, deren Ausführung den ganzen Zustand Polens hätte verwandeln müssen. Gleich nach dem Schlusse der Vorlesung zeigte sich, wie gründlich der Staatsstreich vorbereitet war. Ein Landbote stellte den Antrag, die Verfassung ohne Zaudern durch Acclamation anzunehmen und zu beschwören; einige protestierende Rufe wurden durch den donnernden Jubel des zuhörenden Volkes übertönt oder erstickt; der Abgeordnete von Kalisch, der mit Stentorstimme unaufhörlich sein veto, veto schrie, wurde von den Soldaten zu Boden gerissen. Unter diesem Getümmel leistete der König den Verfassungseid, und die Versammlung strömte unaufhaltsam in die Kathedrale, um ihrerseits denselben Schwur abzulegen. Die Revolution war vollzogen [1]). Oder besser gesagt, die Revolution war begonnen. Denn was am 3. Mai geschehen, war in Wahrheit nur die Verkündigung eines rettenden Programmes, und erst wenn in der That die sterbenskranke Nation frische Lebenskraft daraus sog, in tapferer Einigkeit sich um das neue Banner sammelte, und mit siegreichem Heldenmut jeden Angriff des inneren Verrates und der fremden Herrschaft niederschlug: dann, erst dann war die Revolution vollendet. Eine kleine Minderheit hatte es gewagt, den Würfel zu werfen und das Wort in die Welt hinauszurufen: ob das Volk sich ihr anschließen würde, war fürs erste völlig ungewiß, desto sicherer aber die todesdrohende Feindschaft rechts und links bei den übermächtigen Nachbarn. Trotz der Güte der Sache war und blieb es ein Spiel der Verzweiflung.

Nicht bloß in Petersburg wurde der Vorgang aufgenommen als das, was er war, als eine offene Kriegserklärung

[1]) Die obige Darstellung ist durchaus nach der Korrespondenz des Grafen Goltz gegeben; ihr Inhalt zeigt, daß der anonyme Briefsteller bei Beer a. a. O. 252 ff. über die entscheidenden Momente gründlich im Irrtum war.

gegen Rußland: auch das Berliner Kabinett fand darin den zwingenden Grund zum Bruche der so lange gehegten Verbindung. Schon auf den Brief des Geschäftsträgers vom 1. Mai waren die Minister in ernste Beratung getreten und alle einig gewesen, daß Goltz mit jedem Mittel den polnischen Plan hintertreiben müsse. Auf Hertzbergs Antrag erstattete das Ministerium am 6. Mai dem Könige einen Bericht, worin es die Gefahr für Preußen entwickelte, wenn eine erstarkte polnische Kriegsmacht in die Hand eines russischen oder österreichischen Prinzen fiele oder auch nur in dauernde Abhängigkeit von einem der beiden Höfe geriete. Preußen, schloß das Gutachten, sei nur dann gesichert, wenn Polen ein freies Wahlreich bleibe. Der König, längst, wie wir wissen, gegen Polen gereizt, war völlig einverstanden und genehmigte die entsprechende Weisung an Goltz. Oft genug hatte dieser den Polen es vorausgesagt, daß Preußens Freundschaft für die Republik mit der Wahlkrone stehe und falle; sie hätten sich nicht wundern können, wenn jetzt die förmliche Aufkündigung des Bündnisses erfolgt wäre. Bei der Wendung, welche die Dinge binnen kurzer Frist nehmen mußten, wäre ohne Zweifel ein solcher Schritt die offenste und deshalb würdigste Politik gewesen; er hätte dem Könige manchen, später oft vernommenen Vorwurf der Treulosigkeit erspart.

Allein die Depesche an Goltz war noch nicht abgegangen, als aus Warschau die Nachricht von der vollbrachten Thatsache einlief, und von neuem begann die Erwägung, wie man ihr gegenüber das augenblickliche Interesse Preußens zu wahren habe. Nun war die Frage, welche noch immer die gesamte Thätigkeit der preußischen Staatsmänner beherrschte, die zwar gemilderte, aber keineswegs beseitigte Gefahr eines russischen Krieges, und in dieser Lage dünkte es dem Kabinette zuletzt doch äußerst mißlich, durch unbedingten Protest sich Polen gänzlich zu entfremden und es bei der Unbeständigkeit der Nation vielleicht in ein Bündnis mit Rußland hinüberzutreiben. Verstärkt wurde diese Betrachtung noch durch den Umstand, daß Kaiser Leopold, dem

man sich eben wieder näherte, den polnischen Staatsstreich mit günstigem Auge betrachtete; auch ihn, den vor allen man von Rußland abzuziehen wünschte, fürchtete man durch offene Feindschaft gegen Polen vor den Kopf zu stoßen. Genug, man beschloß, unter zwei Uebeln das kleinere, unter zwei Vorteilen den näheren zu wählen und, um Rußland isoliert zu halten, gegen die neue polnische Verfassung keinen Protest zu erheben. Der König sprach also am 8. Mai gegen den polnischen Gesandten Jablonowski seine Zufriedenheit mit dem Vorgefallenen aus und befahl dies gelegentlich in Dresden und Warschau zu wiederholen.

Er ließ sich nicht träumen, daß gerade diese, ganz auf Frieden mit Leopold berechnete Haltung ihm auf ein Haar den Krieg mit Oesterreich entzünden sollte.

In der That war der Kaiser mit den nationalen Anstrengungen der Polen von Herzen einverstanden. Er wünschte seiner Regierung Sicherheit gegen preußische Feindschaft und Unabhängigkeit von russischem Einfluß: nach beiden Seiten hin konnte ihm die Wiedergeburt Polens nur hoch erwünscht sein. Gleich nach seiner Thronbesteigung hatte er in Warschau seine Freundschaft versichert, sein Bündnis und seine Garantie gegen die fremde Einmischung angeboten. Damals allerdings hatte er bei den Polen, die zu jener Zeit in preußischem Bunde ihm Galizien zu entreißen hofften, wenig Eindruck gemacht. Er hatte trotzdem, wie wir sahen, fortgefahren, bei jeder Gelegenheit einzelnen polnischen Magnaten seine freundliche Gesinnung für ihre Nation auszusprechen; wir bemerkten, wie eine irrige Auffassung dieser Worte zur Beschleunigung des Staatsstreichs vom 3. Mai beitrug. Auf die erste Nachricht über denselben schrieb denn auch Kaunitz am 14. dem Gesandten du Caché, zwar sei der Kaiser abwesend in Italien, er selbst aber im voraus versichert, und du Caché könne es den Polen ohne Rückhalt zu erkennen geben, daß Se. Majestät an der vorgefallenen Aenderung vollkommen beifälligen und vergnüglichen Teil nehmen werde. Und wirklich hatte schon einige Tage früher sich Leopold auf die wärmste Art in diesem Sinne geäußert.

Er erörterte damals mit Lord Elgin den englischen Bundesantrag; er hatte zwar gegen das englische Kabinett und gegen das persönliche Verhalten des Unterhändlers das stärkste Mißtrauen, zeigte sich aber wohlgesinnt und entgegenkommend, und als einmal die Rede davon war, daß die Mächte sich in dem künftigen Vertrage nicht bloß ihre Besitzungen, sondern auch ihre Verfassungen garantieren möchten, äußerte er am 9. Mai das Begehren, daß man diese Bestimmung auch auf Polen ausdehne, d. h. also die neue polnische Verfassung unter den Schutz Europas stelle. Außerdem gab er die Zusage, ohne fernere Weiterungen in Sistowa den türkischen Frieden nach den Reichenbacher Grundsätzen abzuschließen und bei Katharina auf ein gleiches Verfahren wirken zu wollen. Josephs Bündnis mit Rußland, sagte er, war ein politischer Fehler; Oesterreich darf der russischen Macht kein weiteres Wachstum gestatten. Er beklagte es, auf seine freundschaftlichen Erbietungen noch keine Antwort von Friedrich Wilhelm zu haben, und sprach den Wunsch aus, den trefflichen Obersten Bischoffwerder noch einmal in seiner Nähe zu sehen [1]. Lord Elgin beeilte sich am 11. Mai sowohl von der allgemeinen Friedensstimmung als von dem auf Polen bezüglichen Antrag des Kaisers nach Berlin Nachricht zu geben.

Aber fast in demselben Augenblicke trat ein Umschlag ein. Jahrelang war Preußen vor aller Welt Augen der Beschützer der polnischen Patrioten gewesen: es war natürlich, daß es in weiten Kreisen jetzt auch für den Hort, wenn nicht für den Urheber der neuen Verfassung gehalten wurde. Es lag dann äußerst nahe, hierbei auch der beiden von Preußen ersehnten Städte zu gedenken und somit schließlich zu einer Auffassung des Ereignisses zu gelangen, nach

[1] Dies berichtet Elgin sehr ausdrücklich; es bestimmte die Entschließung des Königs von Preußen. Oesterreichischerseits hat man später behauptet, es sei nicht wahr (Vivenot, Quellen I, 178), doch ist das Aktenstück, worin die Behauptung vorkommt, vielfach ungenau und ohne Zweifel auf den Fall einer Mitteilung an Rußland redigiert.

welcher Preußen, zum Danke für den helfenden Beistand am 3. Mai, für sich selbst Danzig und Thorn und für einen seiner Prinzen die polnische Erbkrone erlangen würde. In Warschau hatte die russische Partei allen Grund, diese Vorstellungen zu verbreiten und auszuschmücken; ein Beispiel solcher Fabeln liegt uns in einer ausführlichen Erzählung des Staatsstreiches vor, welche dem Grafen Rzewuski unmittelbar nach dem Vorgange zugesandt und von ihm an das österreichische Ministerium weitergegeben wurde. Bei dem alten Preußenhasse des Fürsten Kaunitz zündeten diese Gerüchte bei ihm auf der Stelle; er erklärte den Staatsstreich ohne weiteres für eine preußische Intrigue und sandte die alarmierende Nachricht eiligst nach Italien dem Kaiser zu. Durch die Bestimmtheit, womit diese Angaben auftraten, wurde auch Leopold stark erschüttert. So erfreulich ihm die nationale Erhebung Polens gewesen, so abscheulich war ihm der Gedanke, dort einen Hohenzollern regieren zu sehen; so günstig, wie er am 9. und 11. Mai über die polnische Revolution geredet, ebenso wegwerfend äußerte er sich darüber eine Woche später. Ueberhaupt drängten die Warschauer Gerüchte die österreichische Politik in russenfreundliche und beinahe kriegslustige Haltung zurück. Auf die preußische Note vom 12. Mai antwortete jetzt Kaunitz, daß Oesterreich gern ein Bündnis mit Preußen schließen werde, aber jedenfalls auf dem Eintritt Rußlands in dasselbe bestehen müsse; denn, sagte er, wir können uns von Rußland nicht trennen; Rußland ist die einzige Macht, welche uns eine Vergrößerung gönnt. Eine weitere Denkschrift erläuterte die Ansprüche, welche Oesterreich seit dem Belgrader Frieden von 1739 auf Orsowa und einen kroatischen Bezirk an der Unna habe, und kam zu dem Schlusse, daß der Kaiser gemäß den Reichenbacher Abreden von den Türken nichts als den alten Besitzstand begehre, aber allerdings den Besitzstand, wie er vor dem Kriege von Rechts wegen hätte sein sollen. Oesterreich hatte soeben die Konferenzen in Sistowa wieder eröffnen lassen; zur Zeit aber war Leopold mit Kaunitz einverstanden, daß man die Ver-

handlungen bis zur Entscheidung über die russischen Ansprüche hinschleppen und damit die etwas welkende Freundschaft mit dem Petersburger Hofe neu erfrischen müsse.

In Berlin trafen diese verschiedenartigen Botschaften, Elgins süße und Kaunitz' bittere Worte, hintereinander ein. Der König dankte Leopold schon am 21. Mai in einem besonderen Handschreiben für seine freundlichen Aeußerungen gegen Elgin und versicherte, daß er in keiner Weise mehr auf die Erwerbung von Danzig ausgehe (also auf gleiche Uneigennützigkeit bei Leopold hoffen dürfe). Am 25. beschied er Finkenstein und Schulenburg zu einer Konferenz nach Charlottenburg, sprach ihnen seinen guten Glauben an Leopolds Aufrichtigkeit aus und erklärte seine Absicht, den Obersten Bischoffwerder zum zweiten Male zu Leopold hinüberzusenden. Die Minister, durch Kaunitz' Erklärungen gereizt und ohne großes Vertrauen zu Bischoffwerders Befähigung, waren nicht eben erfreut durch die königlichen Worte, fanden aber den Monarchen fest in einem bereits gefaßten Beschlusse. Die Allianz mit Oesterreich, sagte endlich Finkenstein, wird schwerlich zu stande kommen, und im Grunde ist das auch recht gut; die Sendung Bischoffwerders kann jedoch immer den Nutzen haben, den Kaiser zum rascheren Abschlusse in Sistowa zu bestimmen. Es wurde demnach die Instruktion für den Obersten entworfen, welche die damalige Haltung Preußens sehr bestimmt bezeichnete, und auf alle wesentlichen Einwendungen formelle Rücksicht nahm. Das bisherige Schweigen Preußens über das Bündnis sei nur die Folge der Schwierigkeiten, welche Kaunitz in die türkische Unterhandlung gebracht habe; sobald der Kaiser in Sistowa rückhaltlos abschließe, sei Preußen zur Unterzeichnung der Allianz bereit. Gegen die Garantie Polens in seinen jetzigen Grenzen und die freie, unabhängige Verfassung Polens, welche dem Kaiser offenbar stark am Herzen liege, habe Preußen nichts einzuwenden und wolle sie übernehmen; was aber die Bedenken der österreichischen Minister über die weiteren Folgen der polnischen Revolution betreffe, so habe Preußen zwar nicht

den mindesten Anteil an ihrer Entstehung, jedoch die vollbrachte Thatsache gebilligt, da die Wahl des sächsischen Kurfürsten ihm nur angenehm sein könne; an eine Verheiratung aber der sächsischen Prinzessin mit einem Sprößling der drei Nachbarmächte sei nicht zu denken und diese Ausschließung in einem Artikel des Bundesvertrages geradezu auszusprechen. Hinsichtlich dieses Bündnisses selbst sei die erste Bedingung Preußens, daß Rußland ausgeschlossen bleibe, der Kaiser sich vielmehr ausdrücklich zur Neutralität im Fall eines russisch-preußischen Krieges verpflichte. Außerdem sollte Bischoffwerder den letzten Abschluß nicht ohne Rückfrage in Berlin vollziehen, für die beabsichtigte Zusammenkunft der beiden Monarchen aber das sächsische Lustschloß Pillnitz in Vorschlag bringen. Zu diesem Behufe würde er auf der Durchreise sich mit dem Kurfürsten verständigen und dort den Anlaß wahrnehmen, den Kurfürsten zur Annahme der polnischen Vorschläge aufzufordern, — damit auch auf dieser Seite die Lage möglichst rasch bestimmt und der Einfluß der Russen ausgeschlossen werde.

So reiste Bischoffwerder am 30. Mai, von den besten Wünschen und Hoffnungen seines Monarchen begleitet, von Berlin ab. Kaum aber hatte er die preußische Grenze überschritten, als aus Sistowa und Wien Nachrichten einliefen, welche zu den bisherigen Versicherungen Leopolds den auffallendsten Kontrast bildeten. Kaunitz hatte seine Gesandten ganz im Sinne jener Denkschrift und zwar in der bindendsten Form instruiert; unaufhörlich erklärten sie, ohne die Abtretung von Orsowa und dem Unnabezirk den Frieden nicht zeichnen zu können. Ebenso nachdrücklich blieb Kaunitz, obwohl schon am 26. Mai über die Grundlosigkeit jener polnischen Gerüchte aufgeklärt, bei seinem Satze, daß Oesterreich nimmermehr ohne Rußland in ein Bündnis mit Preußen eintreten könne, während er gleichzeitig in Petersburg, hier ganz nach Leopolds Gesinnung, die förmliche Anerkennung der polnischen Erbmonarchie durch die beiden Kaiserhöfe beantragte, weil darin das beste Mittel liege, Polen für immer dem gefährlichen Einflusse Preußens

zu entziehen. In Berlin war man über die Schlag auf Schlag eintreffenden Meldungen nicht wenig befremdet. Man fand zwar die österreichische Auslegung des Belgrader Friedens richtig und war bereit, sie bei einer besonderen Verhandlung in Konstantinopel zu unterstützen. Aber man war durchdrungen davon, daß diese Frage schlechterdings nicht nach Sistowa gehöre, daß vielmehr dort Oesterreich nach dem Reichenbacher Vertrage einfach den thatsächlichen Besitzstand herzustellen habe. Vor allem aber war man entrüstet über die Zumutung, Rußland zu einem Bündnisse zuzulassen, dessen wesentlicher ausgesprochener Zweck eben die Einschränkung und Zügelung Rußlands war. Alles Mißtrauen gegen Leopold erwachte mit verdoppelter Stärke. Wer hat nun recht? schrieb Manstein den Ministern; ihr habt euch durch die schönen Worte des Kaisers täuschen lassen, jetzt kommen die willkürlichsten Forderungen zum Vorschein. Ihrerseits sandten die Minister dem Obersten Bischoffwerder eine dringende Warnung nach, sich nicht durch die hinterhaltige Politik der Oesterreicher berücken zu lassen. Die mildest Gesinnten hielten noch eine Weile an der Hoffnung, daß die neuen Schwierigkeiten ausschließlich das Werk des Fürsten Kaunitz und von diesem ohne Vorwissen des Kaisers erregt worden seien. Aber jeder Tag brachte schlimmere Anzeichen. Aus Petersburg erfuhr man, daß Katharina von den österreichischen Forderungen wisse, daß sie dieselben eifrig billige und dem Kaiser verheißen habe, nicht eher die Waffen ihrerseits niederzulegen, bis er im Besitz von Orsowa sei. In Wien sagte der Staatsreferendar Spielmann dem preußischen Gesandten, die Türken müßten schlechterdings Vernunft annehmen, oder die beiden Kaiserhöfe würden auf das nachdrücklichste gegen sie zusammenwirken. Aus Florenz beschwerte sich Lord Elgin über die kalte Höflichkeit des Kaisers, welcher nicht anders als Fürst Kaunitz die Aufnahme Rußlands in das abzuschließende Bündnis begehre. Endlich kam aus Sistowa die Nachricht des, wie es schien, unheilbaren Bruches. Nachdem die Türken die Abtretung Orsowas verweigert, erklärten

Herbert und Esterhazy die weitere Verhandlung für hoffnungslos und verließen am 8. Juni den Kongreß. Aus allen Teilen Ungarns eilten Rekruten und Verstärkungen zu den Bataillonen an der Donau; ansehnliche Heeresmassen zogen sich an den böhmischen und mährischen Grenzen zusammen; mit einem Worte, Oesterreich schien sich plötzlich so kriegerisch und offensiv wie jemals unter Josephs Regierung aufzunehmen. In Berlin war man durch einen so plötzlichen Wechsel aufgeregt und entrüstet im höchsten Grade. Einigen Trost gewährte das Einlaufen einer russischen Depesche, welche den letzten Vorschlag Preußens und Englands im wesentlichen zustimmend beantwortete und auf dieser Seite die Kriegswolken um ein bedeutendes aufhellte: um so entschiedener beschloß man, Oesterreich mit allen Mitteln auf der früher verabredeten Linie festzuhalten. Noch war man in sämtlichen Provinzen gerüstet; jetzt gingen die Befehle ab, im Laufe des Juli 80 000 Mann marschfertig zu stellen, welche unter der Führung des Herzogs Karl Wilhelm Ferdinand von Braunschweig in drei Kolonnen Mähren überschwemmen und Olmütz belagern sollten. Man fand sich mit einem Male in voller kriegerischer Spannung; der Lärm einer großen ernsten Rüstung erfüllte das Kabinett, die Hauptstadt und die Provinzen; der König war überrascht und verdrießlich, aber entschlossen, keinen Fingerbreit nachzugeben. Da kam den 24. Juni ein kurzer, eilig hingeworfener Zettel von Bischoffwerder aus Mailand, bereits am 14. geschrieben: Gott sei Dank, alles ist bereinigt, die Schwierigkeiten sind gehoben; der Befehl des Kaisers, in Sistowa ohne Einschränkungen abzuschließen, ist expediert und die Zusammenkunft in Pillnitz angenommen.

Dieses Mal war es denn keine Täuschung: Leopold hatte über die Fragen Osteuropas seinen definitiven Entschluß im Sinne des Friedens gefaßt. Einmal hatte er sich, wie Kaunitz, überzeugt, daß Preußen mit der polnischen Revolution nichts zu schaffen hatte, im Gegenteil nur mit schwerer Sorge auf ihre Durchführung blickte. Sodann aber war es die Entwickelung der französischen Angelegenheiten, die

eben in diesem Augenblicke in ihre brennende Spannung traten. Die Elsässer Fürsten hatten ihre Klagen amtlich an den deutschen Reichstag gebracht, und so sehr Leopold selbst in der Sache vollständige Zurückhaltung beobachtete, so wenig konnte er den Regensburger Verhandlungen positive Hindernisse in den Weg legen. Vor allem aber, jeden Tag erwartete er jetzt die Nachricht von der Flucht der königlichen Familie: mochte sie nun gelingen oder fehlschlagen, in jedem Falle war sein Wort für seine Schwester gebunden, und wie weit die dann erforderliche Thätigkeit führen würde, vermochte kein irdischer Mensch vorauszusehen. Hier gab es also kein dringenderes Bedürfnis als Frieden im Orient und Einverständnis mit Preußen. Leopold sandte nach Sistowa die Weisung, im preußisch-englischen Sinne abzuschließen.

Die orientalische Krisis war damit beendet. Denn auch Rußland fand sich durch Oesterreichs Entschluß bestimmt, auf die letzten preußisch-englischen Vorschläge einzugehen, welche sein eigenes Ultimatum nur in unwesentlichen Punkten beschränkten. So erfüllte sich denn auch die letzte Voraussetzung, von welcher Leopold bisher den Abschluß seines türkischen Friedens abhängig gemacht hatte: neben die österreichische trat eine russische Verhandlung mit der Pforte.

Allerdings fand sich der Kaiser für die Zähigkeit, womit er zu offenbarer Förderung des russischen Interesses in Sistowa hingezögert hatte, übel belohnt. In Petersburg war man schon über seine Nachgiebigkeit in Reichenbach stark verstimmt gewesen; die Wiederholung derselben in Sistowa machte in doppeltem Maße böses Blut. Was aber den Zorn der Russen gegen den bisherigen Bundesgenossen vollends in Flammen setzte, war Kaunitz' Aufforderung auf gemeinsame Anerkennung der polnischen Erbmonarchie. Viel lieber auf die Eroberung Konstantinopels als auf die Wiedereinnahme Warschaus wollten sie verzichten; ein für allemal erschien es ihnen als das höchste politische Gebot, kein selbständiges Polen neben sich aufkommen zu lassen. Einstweilen nahm man die österreichische Erörterung mit gelassener

Freundlichkeit und kühlem Schweigen hin, betrachtete aber von Stund an den Kaiser als treulosen und tückischen Gegner und nahm sich vor, so bald wie möglich den preußischen Hof zur Beseitigung der gemeinsamen polnischen Gefahr aufzurufen.

2. Pillnitz.

Bischoffwerder war nach eiliger Reise am 9. Juni in Mailand angekommen und hatte gleich am 11. bei Leopold die erste Audienz. Der Kaiser bekundete in derselben mit jedem Worte und nach jeder Richtung seinen Entschluß zu Frieden und Freundschaft. Wenn er im Hinblick auf die englischen Parlamentsverhandlungen, sagte er, in Sistowa etwas gezögert habe, so sei er jetzt über jeden Zweifel hinaus und habe die bestimmtesten Befehle zum Abschluß erteilt. Ich weiß, setzte er hinzu, daß Rußland mir seitdem feindlich gesinnt ist, kann aber anständigerweise nicht offen mit ihm brechen und auf das englische Anerbieten einer Allianz nicht eher eingehen, als der russisch-türkische Friede geschlossen ist. Wenn dies geschehen, versicherte er, so bin ich immer der Meinung, zuerst mit Preußen abzuschließen; dann mögen England und Rußland, wenn sie wollen, unserem Bunde beitreten. Er forderte den Obersten auf, ihn nach Wien zu begleiten und dort die Materialien des Vertrags festzustellen. Den Vorschlag, die Zusammenkunft mit dem Könige in Pillnitz stattfinden zu lassen, fand er vortrefflich. Dort könne man die polnische Sache ordnen, in welcher er mit der Erhebung des Kurfürsten und der Ausschließung der drei Nachbardynastien ganz einverstanden sei. Zuletzt kam man auf die französischen Angelegenheiten und fand sich auch hier vollkommen einverstanden. In Berlin hatte damals Baron Roll die, allerdings durchaus unwahre, Meldung des Grafen Artois vorgelegt, daß Ludwig XVI. durch einen Grafen von Durfort eine Bitte um preußische Waffenhülfe übersandt habe; der König aber hatte ausweichend geantwortet, daß er vor dem Abschlusse des tür-

kischen Friedens schlechterdings kein Versprechen geben könne. Bischoffwerder, bekanntlich stets bereit, nach seiner Kenntnis des königlichen Herzens über seine amtlichen Instruktionen hinauszugehen, sagte jetzt dem Kaiser, der König werde keinen Schritt in der französischen Sache ohne Leopolds Zustimmung thun, dafür aber jeder Maßregel des Kaisers seine aufrichtige Mitwirkung leihen und, sobald Ludwig XVI. Paris verlassen habe, seine Truppen für dessen Unterstützung zur Verfügung stellen. Von den windigen Plänen der Ausgewanderten auf eine gründliche Gegenrevolution wollte der Oberst wie der Kaiser nichts wissen; Bischoffwerder billigte die Weisungen durchaus, in welchen Leopold die französischen Prinzen zur Ruhe ermahnte.

Zwei Tage später, am 13. Juni, hatte er eine zweite Unterredung mit Bischoffwerder, in welcher er eine volle Stunde lang die Gefahren der französischen Revolution erörterte. Die Emigranten, sagte er, treiben sich in thörichten Hirngespinsten umher, die Jakobiner machen Wühlereien und Aufstandsversuche in ganz Italien: es ist nötig, das Uebel in der Wurzel auszurotten, wir müssen das in Pillnitz ausführlich erwägen. Am 18. gab er dem Obersten eine dritte Audienz, sprach mit ihm die Artikel des österreichisch-preußischen Bündnisses einzeln durch und erklärte am Schlusse dieser Erwägungen sein schließliches Einverständnis. Er kam dann wieder auf Frankreich, dieses Mal in etwas verändertem Tone. Die Gefahr, sagte er, ist groß, wir müssen äußerst vorsichtig verfahren und die Dinge reifen lassen, bis die Nation selbst das Bedürfnis einer Aenderung in ihrem Zustande empfindet. Er überreichte dann dem Obersten einen Brief an den König, nebst einer von dem Erzherzog Franz geschriebenen Erklärung, worin er die Bereitwilligkeit aussprach, gleich nach seiner Ankunft in Wien mit Bischoffwerder einen Vertrag über die besonderen Interessen Oesterreichs und Preußens abzuschließen, im Sinne der bereits verabredeten Artikel, welche dann als Grundlage für den Beitritt Hollands und Englands dienen möchten, sobald der russisch-türkische Frieden zu stande gekommen sei.

Bald nachher legte er dem Obersten den Entwurf einer Note über die französische Sache vor, in welcher er die Rechtmäßigkeit einer Einmischung darthat, nach der Gefährdung der königlichen Familie und den Aufhetzungen in den Nachbarländern, sofort aber hinzusetzte, daß kein einzelner Staat hier eine günstige Wirkung erzielen könne, sondern das einzige Mittel ein großer Verein aller europäischen Mächte sei. Bischoffwerder war ganz einverstanden und drückte die Hoffnung aus, daß sein König die Ansichten des Kaisers in jeder Beziehung teilen würde.

Dies waren die Nachrichten, welche in den letzten Tagen des Juni die kriegerischen Rüstungen in Berlin unterbrachen. Der König, welcher im Grunde des Herzens damals einen Kampf mit Oesterreich sehr ungern gesehen hätte, atmete auf, ein volles Vertrauen aber konnte im Augenblick doch noch nicht Platz greifen: Bischoffwerder hatte nichts Näheres über den Inhalt der kaiserlichen Instruktionen für Sistowa gemeldet, und in Berlin meinte man, die Waffen nicht eher aus der Hand legen zu dürfen, als bis die Unterschrift Leopolds unter dem türkischen Frieden stehe. „Es sind schöne Worte," schrieb Manstein den Ministern, „aber der König sagt, sie könnten jetzt nichts mehr helfen, er müsse Thaten sehen." Zwar erhielt damals, am 5. Juli, Graf Hertzberg seine definitive Entlassung, gleichzeitig aber ging ein Bote des Kabinetts an den Herzog von Braunschweig, um ihm den Oberbefehl im Fall eines österreichischen Krieges anzutragen. Indessen zerteilten sich diese letzten Sorgen bald genug; in Sistowa einigten sich die Unterhändler, daß die Abtretung von Orsowa in der Friedensurkunde unerwähnt bleibe, dagegen von den vermittelnden Mächten in einer besonderen Unterhandlung den Türken auferlegt werde; um die Mitte des Juli war kein Zweifel mehr an der allseitigen Verständigung über die orientalische Frage. Um so nachdrücklicher rückte jetzt auch in Berlin die französische Revolution in den Vordergrund aller Erwägungen. Die Minister waren in jedem Sinne überzeugt, daß nichts für Preußen verderblicher sein würde als ein Krieg gegen die

Franzosen, daß man dadurch nur das unzuverlässige Oesterreich stärken und das verbündete England tief beleidigen würde. Alvensleben, unter ihnen allen der Entschiedenste in der Abneigung gegen den Kaiser, glaubte jedoch mit einiger Sorge bei dem Könige Spuren eines wärmeren Mitleidens mit Ludwig XVI. zu bemerken, als es das preußische Interesse vertrüge. Er hatte nicht ganz unrecht, jedoch hielt einer solchen Stimmung das Mißtrauen gegen den Kaiser auch bei Friedrich Wilhelm einstweilen noch die Wage. „Die französische Sache", schrieb damals der König an Bischoffwerder, „giebt mir viel zu denken; ich wünschte, daß Ihr den Kern des Geheimnisses ergründetet und mir Aufschluß über die Politik des Kaisers verschafftet, welche man hier noch immer nicht für ehrlich halten kann." Er fürchtete, daß der Kaiser nur deshalb von Frankreich rede, um Preußen in das gefährliche Abenteuer zu verwickeln, um dann selbst in Deutschland und Osteuropa freie Hand zu haben.

Indessen hatte Leopold, nach einer ersten falschen Nachricht über Ludwigs glückliches Entkommen, die Botschaft von dem Mißlingen der königlichen Flucht und der verzweifelten Lage seiner Verwandten erhalten. Tief betroffen wie er war, blieb er auch jetzt bei der früher entwickelten Meinung, daß nur das gesamte Europa mit Erfolg der Revolution entgegentreten könne, und erließ am 6. Juli von Padua aus ein Rundschreiben an alle Souveräne, worin er sie aufforderte, sich gemeinsam der Sache Ludwigs XVI. anzunehmen. Zugleich wurde eine Erklärung an die französische Nationalversammlung aufgesetzt, welche jedoch nur von der persönlichen Sicherheit der königlichen Familie redete und, als diese in Paris keine unmittelbare Bedrohung erfuhr, gar nicht abgeschickt wurde. Der Kaiser verkündete dann laut genug die Absicht, sein ganzes Heer auf den Kriegsfuß zu setzen; die wirklichen Befehle beschränkten sich aber auf wenige Bataillone, und die preußischen Minister meinten demnach, Leopold wolle stark reden, aber wenig thun und vielleicht das Deutsche Reich die Kastanien aus

dem Feuer holen lassen. Es steht fest, meldeten sie ihrem Gesandten in Wien, daß wir zurückhalten und die Vorschläge des Kaisers abwarten. Um so eifriger bemühte sich Leopold, den Obersten Bischoffwerder vollständig zu gewinnen, und sah seine Bemühungen bei der Gemütsart dieses Mannes von raschem Erfolge gekrönt. Der Oberst hatte das sichere Bewußtsein, bei dem Kaiser und dessen Vertrauten den höchsten Einfluß zu genießen, und erfüllte sich täglich mehr mit dem Wunsche, das folgenreiche Ereignis eines österreichisch-preußischen Bündnisses so schnell wie möglich zur Vollendung zu bringen. Er wurde vielfach von Berlin aus erinnert, gegenüber einem so klugen Rechner wie Leopold auf der Hut zu sein; er versicherte dann, daß er die Feindseligkeit des Fürsten Kaunitz sehr wohl kenne, aber sich auf seine Freunde im Kabinett des Kaisers verlassen dürfe. Wenigstens das eine wurde durch diese Warnungen bewirkt, daß er mit der französischen Sache sich im einzelnen zu befassen ablehnte und sich nur zur Erörterung des Bündnisses befugt erklärte, wobei denn freilich Leopold sich im stillen vorbehielt, den Bundesvertrag nicht ohne eine auf Frankreich bezügliche Klausel abzuschließen. Er benutzte den freieren Verkehr auf der Rückreise nach Wien in diesem Sinne so gut, daß er schon fünf Tage nach der Ankunft den Obersten am 25. Juli zu einem vorläufigen Vertrage fortriß, trotz der ausdrücklichen Bestimmung in Bischoffwerders Instruktion, nicht ohne nochmalige Anfrage in Berlin und nicht vor der Vollendung des türkischen Friedens zu unterzeichnen. Der Inhalt der Präliminarien bekundete ebenso wie die Raschheit des Verfahrens die Ueberlegenheit des kaiserlichen Unterhändlers über seinen Partner. Man begann mit dem Versprechen, sich gegenseitig den Umfang der bestehenden Besitzung zu gewährleisten, für Preußen eine entschiedene Konzession hinsichtlich Belgiens, da sich der König hiermit von seinem Widerspruche gegen die vertragswidrige Beschränkung der belgischen Landesrechte lossagte. Es folgte die Verheißung, kein ferneres Bündnis mit dritten Mächten ohne Vorwissen

des neuen Genossen einzugehen, ein Punkt, welcher bei der damaligen Weltlage nur für Oesterreich Interesse haben konnte, da er eine einseitige Annäherung Preußens an Rußland hinderte. Sodann sagten sich die beiden Mächte zu, nichts gegen den Besitzstand und die Verfassung Polens zu unternehmen und die sächsische Prinzessin mit keinem Prinzen ihrer Häuser zu vermählen. Nach dem früher Bemerkten bedarf es keines Beweises weiter, daß Preußen damit anerkannte, was es für die Summe der österreichischen Wünsche hielt, während Leopold sich völlig freie Hand bewahrte und einstweilen noch die Uneigennützigkeit betonte, mit welcher er die Werbung mehrerer polnischer Magnaten um einen Erzherzog als Gemahl der sächsischen Fürstin ablehnte. Ebenso war es nur ein Vorteil für Oesterreich und eine Last für Preußen, daß die beiden Mächte sich Hülfe versprachen, wenn die innere Ruhe in ihren Staaten gestört werden sollte, ein Punkt, bei dem Bischoffwerder wieder alle seine Instruktionen überschritten hatte: Preußen hatte bei der damaligen Stimmung seiner Provinzen in dieser Hinsicht nichts zu befahren, während in Ungarn und Belgien die Erschütterung der Josephinischen Zeit fortdauernd nachdröhnte. Endlich erklärte der vierte Artikel des Vertrages, die beiden Höfe würden sich bemühen, den Verein über die französischen Angelegenheiten, zu welchem der Kaiser soeben die Hauptmächte Europas aufgefordert hatte, ungesäumt herbeizuführen. Leopold hatte also in jeder Hinsicht Grund, mit diesem Ergebnis zufrieden zu sein. Er hatte dem neuen Bündnis nicht das mindeste geopfert und doch seine Stellung nach allen Seiten gesichert. Was insbesondere Frankreich betraf, so hatte er so wenig Neigung wie die preußischen Minister zu einem Angriffverfahren gegen die Revolution: immer aber eröffneten auch hier die Präliminarien die Bahn, um für den Notfall die Mitwirkung Preußens einzuleiten.

Am 26. Juli überreichte dann Fürst Reuß in Berlin eine Denkschrift, in welcher der Kaiser seine Ansichten über den europäischen Verein näher darlegte. Sie war durchaus in der vorsichtigen und bedächtigen Weise Leopolds verfaßt.

Nachdem sie die Rechtmäßigkeit einer Intervention nach der ansteckenden Natur des revolutionären Giftes erörtert hatte, schlug sie zunächst eine gemeinsame Erklärung der Mächte an die französische Nationalversammlung vor, in welcher diese zum Innehalten auf ihrem verderblichen Wege aufgefordert würde. Wenn dieser Schritt wirkungslos bliebe, so sollten die Mächte allen Handel und Verkehr mit Frankreich abbrechen und einen Kongreß etwa in Aachen oder Spaa eröffnen, um daselbst die weiteren Maßregeln zu verhandeln. Dort würde man, für den Fall des kriegerischen Einschreitens, Abrede über die künftige Verfassung Frankreichs nehmen, von vornherein aber zu Ehren der großen gemeinsamen Sache auf jede selbstsüchtige Vergrößerung verzichten. Man sieht, wie geringe Kriegslust bei der Entwerfung dieses weitaussehenden Planes gewaltet hatte: wiederholt betonte die Note, daß kein Schritt geschehen dürfe, an welchem nicht alle Mächte und insbesondere England teilnähmen, und da Englands entschiedene Abneigung gegen jede Art der Einmischung bekannt war, so reichte dieser Umstand beinahe aus, dem ganzen Entwurfe den Charakter einer stets thatenlosen Scheinbewegung aufzudrücken.

Immer kam auch hierfür sehr viel, wenn nicht alles, auf Preußens Entschließung an. Nun war der König allerdings in dieser Zeit sehr weit von der Stimmung entfernt, in welcher er einst sich des Bastillesturms gefreut und Pétion wegen einer demokratischen Rede beglückwünscht hatte. Schritt auf Schritt war ihm die Revolution bedenklicher und endlich durch die Verhaftung der königlichen Familie in Varennes geradezu abscheulich geworden, ganz ähnlich wie ihn 1787 die Verhaftung seiner Schwester für den Krieg gegen Holland entschieden hatte. Aber bei allem Ingrimm gegen die Demagogen war er von einem Kriege gegen Frankreich noch weit entfernt. Jedenfalls meinten die preußischen Minister, bei einem so bedenklichen Gegenstande die höchste Vorsicht beobachten und sich auf alle Fälle decken zu müssen. Ihre eigene Meinung stand fest seit

langer Zeit; sie erließen schon am 28. Juli eine ausführliche Antwort nach Wien. Der König sei bereit, sobald der türkische Frieden endgültig geschlossen sei, sich thätig an den Maßregeln zu beteiligen, welche die Mächte im Verein beschlössen. Die erste derselben sei offenbar die vorgeschlagene Erklärung: wenn dieselbe jedoch Wirkung verheißen solle, so müsse sie durch eine ausreichende Rüstung unterstützt und die Mächte im Falle der Ablehnung zum Kriege und über die Art und Führung des Krieges entschlossen sein. Denn nichts sei schlimmer als stolze Worte ohne einen thatkräftigen Rückhalt. Weniger einverstanden sei der König mit den Vorschlägen eines Kongresses in Aachen und einer Aufhebung des Handelsverkehrs, von denen er keinen Nutzen, wohl aber vielfache Unzuträglichkeit erwarten müsse. Ueber die französische Verfassung würde schwer etwas zu vereinbaren sein; der König würde seinerseits eine ausreichend starke Monarchie wünschen, welche jedoch der einmal von der Nation beliebten Verfassung möglichst nahe bleibe. Ohne Zweifel nötig sei die Mitwirkung Englands, mehrfachen Bedenken unterworfen die Teilnahme des Deutschen Reiches. Den Verzicht auf selbstsüchtige Vergrößerung sei der König zu unterschreiben erbötig.

So weit war die Depesche zur Mitteilung an das österreichische Kabinett bestimmt. Zur Belehrung des Gesandten aber bemerkten die Minister weiter, daß jener Verzicht in der Ordnung sei, wenn es gelinge, die Regierung Ludwigs XVI. vollständig herzustellen. Wie aber, fragten sie, wenn der Krieg ein anderes Ergebnis lieferte, wenn die Restauration zwar fehlschlüge, unsere Waffen aber etwa Elsaß und Lothringen eroberten? welch ein Grund läge vor, sie wieder herauszugeben? und wenn nicht, wer sollte sie besitzen? sollte sie Oesterreich behalten? und welche entsprechende Erwerbung würden wir dann machen? Aus diesen Fragen könnte ein gänzlicher Bruch des Bundes hervorwachsen; es ist unerläßlich, sie vor dem Beginne des Krieges aufzuklären. Wir wünschen, schlossen sie, diesen Krieg überhaupt nicht; wir konnten nicht umhin, die kaiserliche Note

eingehend zu beantworten, aber wir bleiben ein für allemal bei dem Systeme völlig passiven Wartens.

Die Zukunft sollte nach wenigen Jahren lehren, wie gegründet diese Besorgnisse waren. Leopold war weit entfernt davon, das Gewicht derselben zu verkennen; er nahm die preußische Antwort sofort als eine ablehnende [1]) und bestärkte sich in dem Wunsche, wenn irgend möglich, den Bruch mit Frankreich zu vermeiden. Wir sahen, wie sich in diesem Augenblicke die Dinge in Paris gestalteten, wie die Nationalversammlung zu dem König hinüberlenkte und Lafayette die Demokraten niederwarf. Leopold beschloß, wenn hier ein einigermaßen leidliches Ergebnis gewonnen würde, jede auswärtige Einmischung zu verhindern, da er sich schon jetzt von einer solchen keine andere Wirkung als unendliche Verwickelungen in Europa und eine schrankenlose Erhitzung und Beschleunigung der Revolution versprach. Er zeigte den französischen Ausgewanderten eine doppelt empfindliche Kälte, ermahnte in Paris die königliche Familie und die politischen Häupter zu wechselseitiger Versöhnlichkeit und bekundete seine Gesinnung öffentlich durch die That, indem er sein Heer auf den Friedensfuß setzte und beinahe die Hälfte der Mannschaften aus dem aktiven Dienste entließ. Alles, was sonst in jenen Tagen am politischen Gesichtskreise bemerkbar wurde, trug dazu bei, ihn in dieser Haltung zu bestärken. Wenn Preußen, der letzten kaiserlichen Note scheinbar zustimmend, die praktische Unthunlichkeit derselben dargethan hatte, so kam von London eine äußerst bündige Erklärung, daß England bei einem Bruche zwischen Oesterreich und Frankreich in jedem Falle die genaueste Neutralität bewahren würde. Man glaubte aber in Wien noch weiter zu wissen, daß das Ministerium Pitt der Nationalversammlung sogar eine entschiedene Vorliebe zu-

[1]) Oder, wie Kaunitz es ausdrückt, als recht sehr beifällig, aber keineswegs Beweis für vollen Anschluß an Oesterreich. Vivenot I, 226. Wie Ranke, Revolutionskriege 102 in dem preußischen Schreiben eine größere Aktionslust als die österreichische zu finden vermag, ist mir nicht erkenntlich.

wende: man hatte Nachrichten, daß Ludwig XVI. ihm vergebens erhebliche Handelsvorteile zugesichert habe, wenn es sich mit Leopold gegen die Revolution erklären würde; man meinte, daß Pitt sich der Ohnmacht der bourbonischen Monarchie erfreue, an die Unterstützung der amerikanischen Revolution durch Ludwig denke und auf keinen Fall die Niederlande der Gefahr eines französischen Krieges aussetzen wolle. So löste sich in der Kette des europäischen Vereins, deren Zusammenhalten Leopold als die unerläßliche Bedingung für den Kampf gegen die Revolution bezeichnet hatte, bei der ersten Berührung das mächtigste Glied.

Noch schneidender wirkte in derselben Zeit auf den Kaiser die neue Wendung, mit welcher die größte der Kontinentalmächte einem anderen Teile seines Systemes entgegentrat. Eben jetzt wurde die lang ersehnte Vollendung des orientalischen Friedenswerkes erzielt: Oesterreich unterzeichnete seinen definitiven Vertrag zu Sistowa am 4., Rußland die Präliminarien des seinigen zu Galacz am 11. August. Dies trug denn dem österreichischen Hofe wohl in Berlin die bis dahin ausgesetzte Genehmigung des Bischoffwerderschen Vertrages ein; auf einer anderen Seite aber entwickelte sich daraus eine schwer empfundene Gefahr, indem Katharina, des türkischen Krieges entledigt, die polnische Sache mit höchstem Nachdruck angriff. Sie hatte nun für die polnischen Bestrebungen nichts als Haß und Verachtung, betrachtete den König Stanislaus als einen wortbrüchigen Verräter und sprach die Ueberzeugung aus, daß die Polen ihr eigenes Werk bald zerstören würden. Traurig genug ließen sich allerdings die Verhältnisse der Republik an. Von Litauen sagte Stanislaus schon im Juli, daß eine allgemeine Lauheit zu spüren sei, in der Ukraine glimmte der Aufstand unter der Asche, die Häupter der russischen Partei, Felix Potocki und Branicki, wollten damals den Fürsten Potemkin in Jassy aufsuchen. Schlimmer noch als diese Opposition war aber die tiefe Gleichgültigkeit der großen Masse des Volkes für die neue ihm aufgenötigte Verfassung

und endlich das allerschlimmste die Faulheit und Untauglichkeit der neuen Regierung selbst. Seit drei Jahren deklamierten alle Patrioten unaufhörlich von der allerdings greifbaren Notwendigkeit, das Heer auf 100 000 Mann zu bringen: jetzt hatten sie das Heft der Regierung in Händen und erfreuten sich nach dreimonatlicher Thätigkeit eines schlecht geübten und elend verpflegten Bestandes von 30 000 Mann. Als auf dem Reichstag einmal Beschwerde darüber vorkam, hieß es, daß die Militärkommission nicht arbeiten könne, weil die zu einem Beschluß erforderliche Zahl von sieben Mitgliedern niemals sich einfinde, und, unglaublich genug, man hatte dafür keinen anderen Rat, als daß man diese Zahl auf fünf herabsetzte. Bei einem solchen Zustande war Polen in jedem Falle entweder die Beute oder die Handhabe des mächtigsten Nachbarn, und Katharina war nicht gesonnen, hier einen Mächtigeren als sich selbst anzuerkennen. Ueberall verkündeten ihre Gesandten diese Gesinnung mit rückhaltloser Offenheit. In Dresden warnte Katharinas Vertreter den Kurfürsten, nicht durch die Annahme der polnischen Krone Rußlands Zorn auf sich zu laden; in Wien sagte Fürst Gallizyn zu Kaunitz, jeder der beiden Kaiserhöfe habe seine Gegenrevolution, der eine in Paris, der andere in Warschau durchzuführen. Katharina wußte, wie entgegengesetzten Sinnes Leopold war; für sie lag kein Wunsch näher, als den Kaiser auf das gründlichste in die französischen Händel zu verwickeln und dadurch Polen seines mächtigen Schutzes zu berauben; sie trat also mit dem höchsten Eifer in die Verhandlungen über die Unterstützung Ludwigs XVI. ein. Ihr alter Gegner, der glänzende König Gustav von Schweden, erklärte sich gegen ein starkes russisches Hülfsgeld bereit, ein schwedisches Heer zur See an die flandrische Küste und von dort unter Bouillés Leitung gegen Paris zu führen. Gemeinsam mit ihm schloß darauf Katharina mit den französischen Prinzen einen Vertrag; diese wurden als die allein berechtigte Regierung Frankreichs anerkannt und ein russischer Gesandter, Graf Romanzow, dort beglaubigt. König Gustav bestürmte

dann den Kaiser, endlich Ernst zu machen und sich an die Spitze der gemeinsamen Sache zu stellen. Natürlich aber war jedes seiner Worte für Leopold eine weitere Mahnung zum Frieden. Er hatte soeben bei Preußen die Anerkennung Polens erwirkt, und nichts war gewisser als dessen Ueberwältigung, sobald Oesterreich durch einen französischen Krieg in Anspruch genommen wurde. Er fand, daß Rußland und Schweden sehr wenig bei einem französischen Feldzuge wagten, während er die mühsam wieder errungenen belgischen Provinzen sofort auf das Spiel setzte. Endlich teilte er alle Besorgnisse seiner Schwester vor den Ausgewanderten, und gerade diese waren es, welche in der Gunst der kriegslustigen Höfe schwelgten. Mit einem Worte, die Notwendigkeit des Friedens stand in seiner Ueberzeugung fest, und ganz in diesem Sinne schickte er sich an, die jetzt bevorstehende Zusammenkunft mit dem Könige von Preußen zu verwerten.

Unter diesen Umständen wurde er auf das unangenehmste überrascht, als am 20. August, wenige Tage vor seiner Abreise nach Pillnitz, ohne vorausgegangene Anfrage oder Anmeldung, plötzlich der Graf von Artois in Wien eintraf. Es war nicht wohl thunlich, ihn abzuweisen, um so weniger aber ließ ihn Leopold über die Lage der Dinge im unklaren. Artois erinnerte lebhaft an die Aussichten, welche der Kaiser in Italien, zur Zeit der Flucht König Ludwigs eröffnet habe; Leopold entwickelte ihm darauf die Hindernisse der europäischen Politik und erklärte endlich, als Artois davon nichts hören wollte, ohne jeglichen Rückhalt, daß er die früheren Verheißungen förmlich zurücknehme. Der französische Prinz war in leidenschaftlicher Aufregung, machte aber auf den Kaiser nicht den mindesten Eindruck. Er bot ihm die Abtretung Lothringens; Leopold blieb unerschütterlich. Er bat um Erlaubnis, ihn nach Pillnitz begleiten zu dürfen; Leopold sagte mit kalter Freundlichkeit, er könne sie ohne Bedenken erteilen, eine Aenderung des Systems werde aber auch dort nicht erzielt werden. Einige Tage nachher erzählte Kaunitz dem preußischen Ge-

sandten, daß freilich Neapel und Sardinien zum Kriege gegen Frankreich bereit seien, Spanien die besten Worte, aber schwerlich Thaten spenden werde und durch Englands Neutralität die ganze Sache ohnedies erledigt sei. Denn, sagte er, wenn nicht das gesamte Europa mitwirkt, so ist in Frankreich nichts zu erreichen; ich glaube die Mittel zur Beruhigung eines Staates so ziemlich zu kennen, aber die französischen Angelegenheiten sind heillos und rettungslos verfahren; ich habe das auch dem Grafen Artois und seinen Freunden in dürren Worten erklärt und wünsche nur, daß der Kaiser sich in Pillnitz nicht durch seine Großmut zu einem unklugen Schritte fortreißen läßt; wenn Ludwig XVI. sich mit der Nationalversammlung über die Konstitution verständigt, so darf es zu keinem Kriege kommen.

Erfüllt von solcher Gesinnung reiste denn Kaiser Leopold zu der Zusammenkunft mit seinem neuen Alliierten. Der König kam ihm mit völlig zutreffenden Ansichten entgegen; er interessierte sich vielleicht mit etwas wärmerem Mitgefühl als Leopold für die Leiden der gestürzten französischen Größen, hatte aber nach der Lage seines Staates und den Erlebnissen der letzten Jahre viel weniger politische Veranlassung zum Kriege gegen die Revolution als Oesterreich und wünschte aus vollem Herzen eine mit der Fortdauer des Friedens verträgliche Abkunft. So fand Artois in Pillnitz so wenig Eingang wie acht Tage früher in Wien. In der That waren seine Anträge von solcher Beschaffenheit, um jeden Verständigen abzuschrecken und die Freunde Ludwigs XVI. zu erzürnen. Er legte den beiden Monarchen eine Denkschrift in zehn Artikeln vor, welche ein großes System unerbittlichen Krieges entwickelte. Man müsse, hieß es darin, alles thun, um Ludwigs Vertrauen zu stärken und die Unterdrücker desselben einzuschüchtern. Zu diesem Zwecke sollen die Brüder des Königs und alle anderen Fürsten des bourbonischen Hauses ein Manifest erlassen, worin sie die bisherigen Uebergriffe der Nationalversammlung auseinandersetzen, alle Akte derselben für nichtig erklären und gegen die königliche Zustimmung dazu, als er-

zwungen oder erschlichen, Verwahrung einlegen. Da es unmöglich sei, Frankreich noch länger ohne Regierung zu lassen, so müsse der ältere Bruder des Königs, Monsieur, der Graf von Provence, kraft seines Geburtsrechts als Regent auftreten, der Nation die Mitwirkung Oesterreichs, Spaniens, Neapels, Preußens, Sardiniens, Schwedens, der Schweiz und hoffentlich Rußlands ankündigen, und die Einwohner von Paris bei Todesstrafe für die Sicherheit der königlichen Familie verantwortlich machen. Der Kaiser möge die Regentschaft Monsieurs thatsächlich anerkennen, indem er diesem die Beschwerden der im Elsaß verletzten deutschen Reichsstände vorlege; er möge mit Preußen und Sardinien Truppen an die französische Grenze rücken lassen, den Auswanderern bewaffnete Rüstung in seinen Staaten erlauben und dem Landgrafen von Hessen-Kassel, welcher den französischen Prinzen seine Truppen vermieten wolle, die Zahlung der verabredeten Gelder gewährleisten. Monsieur beabsichtige seinerseits gleich nach Erlassung des Manifestes eine Anleihe von 12 Millionen zu eröffnen. Als der Kaiser diese Vorschläge vernommen hatte, war er innerlich empört. Sie erschienen ihm als das Erzeugnis blinder Selbstsucht und Selbstüberhebung. König Ludwig, dessen Errettung die Mächte aus allen menschlichen und politischen Gründen interessiere, werde hier auf die Seite geschoben, entwürdigt und unwiederbringlich mit seinem Volke entzweit; Frankreich werde zur Herstellung des alten Regime, Europa zu unermeßlichen Anstrengungen verurteilt, dies alles, um Monsieur und die Emigranten zu ihren früheren Genüssen und Vorrechten zurückzuführen. Er verständigte sich darüber mit dem preußischen Könige auf der Stelle. Beide beschlossen, die vordringlichen Begehren der Emigranten gebührend abzufertigen und ihnen gegenüber den allgemeinen europäischen Standpunkt auf das bestimmteste hervorzuheben. Artois empfing am 27. August eine gemeinsame Antwort der beiden Souveräne, deren Ton und Inhalt von der Stimmung ihrer Urheber klares Zeugnis ablegte. Ludwig XVI., sagten sie, kenne den Plan eines europäischen Vereins zu

seinen Gunsten; dies reiche hin, um sein Vertrauen zu stählen, während die Erhebung Monsieurs zur Regentschaft eine völlig entgegengesetzte Wirkung haben müsse. Das vorgeschlagene Manifest der bourbonischen Prinzen dürfe deshalb keinen Falles vor dem Abschlusse jenes Vereins veröffentlicht werden; ebensowenig könne vorher eine vereinzelte Truppenbewegung stattfinden. Die Rechte der verletzten Reichsstände werde der Kaiser gemäß der Reichsverfassung wahren und bedürfe dazu einer Regentschaft Monsieurs nicht. Hessen-Kassel könne wie alle anderen Stände nur zu den verfassungsmäßigen Leistungen angehalten werden. Der Kaiser und der König genehmigten endlich den friedfertigen Aufenthalt einzelner Emigranten in ihren Staaten, bewaffnete Rüstungen aber könnten vor dem Abschlusse des Vereins nicht gestattet werden. Neben diese Abweisung stellten dann die Monarchen ihr eigenes Programm in einer gemeinsamen Erklärung. Sie bezeichneten darin die Herstellung der Ordnung und der Monarchie in Frankreich als eine für ganz Europa wichtige Frage, drückten die Absicht aus, alle Mächte des Weltteils zur Mitwirkung einzuladen und kündigten, wenn diese Voraussetzung sich verwirkliche, dann und in diesem Falle eine thätige Einmischung an. Da man völlig sicher wußte, daß England nicht Anteil nehmen würde, so war der gebrauchte Ausdruck völlig gleichbedeutend mit einer Erklärung der Nichtintervention und von Leopold offenbar nur als Mittel zur Einschüchterung der Pariser Demokraten gewählt worden. Noch an demselben Abend schrieb er an Kaunitz nach Wien, er möge ganz ruhig sein, er, Leopold, habe sich ganz im allgemeinen und von jeder bindenden Zusicherung entfernt gehalten. Dann und in diesem Falle, sagte er, das ist mir Gesetz und Propheten: wenn England fehlt, so ist der Fall nicht vorhanden.

So schloß die Pillnitzer Zusammenkunft, nachdem die Monarchen noch sich beiderseitige Beschützung der Reichsverfassung, Ermunterung des sächsischen Kurfürsten zur Annahme der polnischen Krone und enge Freundschaft nach

allen Seiten zugesagt hatten. Was das persönliche Verhältnis der Fürsten betraf, so war der Erfolg ein sehr mäßiger; wenigstens die Oesterreicher urteilten äußerst ungünstig über den preußischen König und dessen Thronfolger. Um so weniger ist an die tausend Mal wiederholte Angabe zu denken, daß dort die erste Koalition zum Angriffe auf die französische Revolution gestiftet worden sei. Dies ist, wie wir gesehen, vollkommen unbegründet. Sobald in Paris der erste Schimmer einer Versöhnung zwischen Ludwig und der Nationalversammlung aufleuchtete, war der Trieb zur Bekämpfung der Franzosen bei den deutschen Höfen gedämpft. Von Anfang war es die persönliche Bedrängnis der königlichen Familie, nicht aber die Agitation der Ausgewanderten gewesen, welche Leopold in Bewegung gebracht hatte: es schien ihm eine Thorheit, seine näheren Interessen an der Donau und Weichsel wegen einer Pariser Verfassungsfrage auf das Spiel zu setzen; aber es dünkte ihn eine Pflicht der Ehre und des Herzens, das Leben und die Ehre seiner Verwandten nicht hülflos verkommen zu lassen. So wären seine Heere ausgerückt, wenn Ludwig nach gelungener Flucht einen Krieg gegen die Pariser Demokraten zu führen gehabt hätte; so blieb er umgekehrt zum Frieden entschlossen, jetzt, als der Krieg unendliche Schwierigkeiten und für die französische Königsfamilie nur Häufung der Gefahr in Aussicht stellte. Wir übersehen hier die für ganz Europa entscheidende Wichtigkeit des Augenblickes, in welchem die neue Verfassung Ludwig XVI. vorgelegt wurde. Die offizielle Wahl lautete dahin, daß er mit der Annahme wieder in die verfassungsmäßigen Regierungsrechte eintreten, in der Ablehnung aber zugleich seine Thronentsagung liegen sollte. Wenn er sich für die letztere entschied, so war es thatsächlich gewiß, daß er seine Freiheit nicht wieder erhalten würde; höchst wahrscheinlich erfolgten wilde Ausbrüche des populären Unwillens; es ist nicht abzusehen, wie in diesem Falle der Kaiser den Frieden hätte bewahren wollen. Es entsprach dem, daß alle Gutachten, die von österreichisch gesinnter Seite kamen, zur Annahme dringend rieten. In

derselben Richtung wirkten begreiflicherweise die Häupter der Nationalversammlung, die jetzt beinahe zu Ratgebern des Hofes geworden waren. Ueberhaupt war es die vorwiegende Meinung: so weit ich sehe, gelangten nur von Burke und Maury abweichende Gutachten in die Tuilerien. Und so kam denn auch Marie Antoinette und mit ihr der König zum Entschlusse.

Sie hatten eine entsetzliche Zeit durchlebt. Zunächst die Nachtstunden jenes 21. Juni, wo die eben gefaßte Hoffnung auf freies Atmen plötzlich zertrümmert wurde, dann die achttägige, langsame, stets von drohenden Volksmassen umgebene Rückfahrt, endlich die Ankunft in Paris, in jedem Momente die Möglichkeit blutiger Vernichtung vor Augen. Am folgenden Tage warf die Königin ein kurzes Wort an den schwedischen Grafen Fersen, der bei der Vorbereitung des Fluchtversuches mitgewirkt hatte, auf das Papier: beruhigt euch, wir leben. Was ließ sich mehr sagen? Was sonst noch als das nackte Leben war ihnen geblieben? Die Tuilerien, sonst von ferne beobachtet, waren jetzt erklärtermaßen ein Gefängnis, jeder Ausgang streng bewacht, im Innern alle Thüren, selbst die der Schlafzimmer und der Garderoben geöffnet, in jeder Nacht erschien die Wache am Bette der Königin, um sich ihrer Anwesenheit zu versichern [1]). Drei Wochen lang hing die Gefahr der peinlichen Anklage über Ludwigs Haupt, und tobte unter seinen Fenstern das blutdürstige Geschrei der jakobinischen Rotten. Dann trat, wie wir sahen, allmählich eine Besserung der politischen Lage ein; die ungestüme Hitze der Republikaner belebte die monarchische Gesinnung im Volke wie in der Nationalversammlung; die alten Widersacher selbst boten der Königin ihre Hülfe zur Erhaltung der schwachen noch übrigen Kronrechte an. Marie Antoinette änderte ihr Urteil über Barnaves politische Bestrebungen nicht, aber mit richtigem Blicke erkannte sie die Aufrichtigkeit seiner Gesinnung; sie trat mit ihm und seinen Freunden in Verhandlung,

[1]) Berichte des Grafen Goltz.

hörte ihre Vorschläge, ging auf manchen Gesichtspunkt ein; auch falls sie gelegentlich das Gegenteil ihrer Ueberzeugung aussprach, wer durfte sie schelten, wenn sie, eine wehrlose Gefangene, einmal die Unwahrheit sagte, um ihr Leben und das der Ihrigen zu fristen? Sie sah die Furcht der Machthaber vor einem deutschen Angriff; sie ließ sich herbei, ihrem Bruder einen Brief zu schreiben, worin sie ihn bat, Frankreich, wo jetzt sich alles zum Guten wende, sich selbst zu überlassen. Am folgenden Tage allerdings beeilte sie sich, dem Grafen Mercy heimlich ein anderes Schreiben zu senden; in Zorn und Scham stieß sie dort das Wort heraus: ich muß sie einschläfern, um sie künftig besser zu täuschen. Es war die List der Notwehr in tödlicher Bedrängnis. Denn ganz und gar war sie von der Ueberzeugung erfüllt, daß alles, was Barnave und die Seinen boten, für die Zukunft keine Rettung gewähre. „Die revidierte Verfassung," schrieb sie etwas später an Mercy, „ist ein Gewebe von Unvernunft, aber es ist unmöglich, sie nicht anzunehmen; glaubt es nur, weil ich es sage." Und nicht weniger klar schien es ihr damals wie drei Monate früher, daß es keinen anderen Weg zu haltbaren Zuständen gäbe als die Hülfe der fremden Mächte, eben die Einmischung, die sie in jenem von Barnave bestellten Briefe an den Kaiser so bestimmt verbeten hatte. Wie ihr Gemahl hatte sie Abscheu vor dem Bürgerkriege, und deshalb stets wachsenden Widerwillen gegen die Emigranten, gegen „die Memmen", schrieb sie Mercy am 21. August, „die uns verlassen haben und jetzt uns zumuten, für ihre selbstsüchtigen Umtriebe uns zu opfern". In einer ausführlichen Denkschrift [1]) entwickelte sie dem Kaiser, was sie von den Mächten erwartete. Im europäischen Vereine, wie ihn Leopold vorgeschlagen, müssen sie durch gemeinsame Machtentfaltung imponieren, ohne die französische Grenze zu verletzen. Sie müssen erklären, sich sonst in die inneren Angelegenheiten Frankreichs nicht mischen zu wollen, soweit dadurch die eigenen Interessen und die ver-

[1]) 8. September, bei Feuillet II, 289.

tragsmäßigen Rechte der anderen Staaten nicht ganz unmittelbar berührt werden. Sie können hiernach begehren, daß Frankreich eine geordnete Monarchie und nicht ein Tummelplatz wüster Unordnung werde, daß es gewissenhaft seine alten Verträge mit den übrigen Staaten beobachte, daß es die bewaffnete Masse seiner vier Millionen Nationalgarden vermindere, daß es seiner Regierung die Macht zur Unterdrückung der ganz Europa bedrohenden revolutionären Propaganda gebe. Die Königin hielt es für möglich, wenn diese und nur diese oder gleichartige Forderungen gestellt würden, das Ziel zu erreichen. Jeder verständige Mensch in Frankreich, hoffte sie, würde einsehen, daß es eine Thorheit und ein Verbrechen wäre, durch die Ablehnung so gerechter Forderungen einen Krieg mit ganz Europa über das Vaterland hereinzuziehen. Bei der damaligen Lage wird man eine solche Meinung an sich nicht unvernünftig und vollends nicht mit der neueren demokratischen Geschichtschreibung landesverräterisch nennen können; hätten die Mächte gleich nach der Niederlage der Republikaner am 17. Juli im Sinne der Königin gehandelt, so wäre eine günstigere Revision der Verfassung durchaus nicht unmöglich gewesen. Aber allerdings hätte die Königin sich sagen können, daß ein Verein aller Großmächte Europas eine höchst weitschichtige Sache war, und bald genug werden wir sehen, wie die wieder erstarkten Jakobiner dem Systeme der Königin zu begegnen wußten. Neben diesem positiven Teile ihres Programms führte dann Marie Antoinette mit verdoppeltem Nachdruck die polemische Seite desselben aus, die Verwahrung gegen jedes Auftreten der Emigranten, deren Absichten gegenüber dem einmal gegebenen Zustande Frankreichs geradezu wahnsinnig seien, deren Erscheinen auf der Stelle einen entsetzlichen Bürgerkrieg entzünden, deren Sieg, wenn er gegen alle Wahrscheinlichkeit erfolgen sollte, für das Königtum gleich verderblich wie der Triumph der Jakobiner sein würde. Trotz aller Versicherungen, daß sie die Brüder des Königs persönlich liebe und schätze, war es doch unverkennbar, daß die Erregung ihres Gefühls sich fast noch ener-

gischer gegen die falschen Freunde als gegen die offenen Feinde wandte. Mit Entrüstung schrieb sie dem Grafen Mercy wenige Tage später, am 12. September, in Paris erzähle man von einer Abrede der deutschen Mächte in Pillnitz, niemals die Verkündigung der französischen Verfassung dulden zu wollen. Gewiß, rief sie, enthalte diese einige Punkte, gegen welche sich zu erheben die Mächte berechtigt seien, sonst aber sei in Bezug auf die innere Gesetzgebung ein jeder Herr in seinem Hause; ein solches Auftreten der Mächte würde also rechtlos sein, von aller Welt als eine Intrigue der Emigranten erkannt werden und der guten Sache unendlich schaden.

So war sie für die Annahme der Verfassung entschieden. Freilich, als die Stunde kam, als die Erklärung des Königs erwogen wurde und Ludwig unschlüssig in seiner Weise über jeden Ausdruck schwankte und dann immer zuletzt den schwächsten und würdelosesten wählte: da brach noch einmal aus tiefstem Herzen ein Erguß des Schmerzes und der Sorge hervor. „Beklagt mich," schrieb sie dem treuen Mercy am 12. September; „ich versichere euch, es gehört mehr Mut zum Aushalten in meinem Zustande als im Getümmel einer Schlacht; denn nichts als Unheil sehe ich bei der Mattherzigkeit der einen und dem bösen Willen der anderen voraus. Mein Gott, ist es möglich, daß ich, mit Charakter geboren, und mit dem starken Gefühle des Blutes, das in meinen Adern rollt, zum Leben in diesem Jahrhundert und unter diesen Menschen bestimmt bin! Aber glaubt deshalb nicht, daß ich den Mut verliere; nicht für mich, nein, für mein Kind halte ich mich aufrecht, und werde meine lange und leidvolle Bahn bis zum Schlusse vollenden. Ich sehe nicht mehr, was ich schreibe. Lebt wohl."

Unter solchen Stimmungen sprach denn am 13. September Ludwig seine Zustimmung zu der Verfassung aus. Dem feierlichen Versprechen, sie in allen Stücken zu beobachten, fügte er eine doppelte Erklärung hinzu, die eine, daß die Verfassung nicht überall der Regierung die für das Gemeinwohl nötige Kraft verleihe, worüber denn die Er-

fahrung entscheiden möge, die andere, gegen die Emigranten gerichtet, daß es heute, wo die Verfassung feststehe, für Frankreich keine anderen Feinde als die Gegner derselben gebe. Der Jubel war groß in der Pariser Bevölkerung; die Nationalversammlung ergänzte ihn durch eine volle Amnestie für die bisherigen politischen Vergehungen. Seine Beweggründe entwickelte der König einige Wochen später noch einmal in einem vertraulichen Briefe an seine Brüder, indem er sie aufforderte, allen Protesten, die nur Erbitterung hervorrufen würden, zu entsagen. „Der Weg der Gewalt," sagte er, „führt uns zu Entsetzlichkeiten aller Art. Ein König kann nicht fremde Heere über sein Reich hereinführen, und wenn diesen die Eroberung gelänge, so können sie nicht immer in den verheerten Provinzen stehen bleiben. Man sagt wohl, ein König trachte stets nach Wiedergewinnung der verlorenen Macht; aber ich kann deshalb eine Bahn nicht einschlagen, auf der ich nur zum Ruine meines Volkes und zu Vorwürfen meines Gewissens gelange. Ich vereine mich deshalb mit dem Volke zu dem Versuche der Verfassung. Das Volk aber ist verwandelt in all seinen Anschauungen. Die niedere Klasse schwärmt für Ungebundenheit, die höhere für Gleichheit; jene sieht sich beachtet, diese erblickt nichts mehr über sich. Der Genuß dieses Selbstgefühles hat jede andere Erwägung verdrängt. Jeder tadelt irgend ein Dekret an der Verfassung, aber sie hoffen auf einen seligen Zustand jetzt nach der Vollendung derselben. Ein Versuch, sie zu stürzen, würde einen unabsehbaren Sturm hervorrufen, davon habe ich mich überzeugt. Sie müssen die Probe machen, dann werden sie bald ihre Täuschung erkennen. So bin ich bereit, ein mühevolles Dasein weiter zu fristen, und fordere euch auf, meine Pläne durch volle Resignation zu unterstützen. Ihr habt Ursache genug zur Erbitterung, ihr habt vieles erduldet, aber habe ich etwa fröhliche Tage gehabt?"

Kaiser Leopold war derselben Meinung von Grund seines Herzens. Er billigte die Annahme der Verfassung an sich selbst, sie war ihm zugleich eine rettende Aussicht in der

peinlichsten diplomatischen Lage. Kaum hatte er die Nachricht erhalten, so erklärte er den Mächten, hiermit sei der Gegenstand eines europäischen Vereins fürs erste beseitigt. Noch am 1. November wiederholte er in einer Cirkularnote: nachdem Ludwig XVI. selbst die Bereitwilligkeit ausgesprochen, seine neue Stellung einzunehmen, und damit Freiheit und Herrschaft wiederempfangen habe, könne man nichts thun, als die weitere Entwickelung der französischen Ding beobachten. Der König von Preußen, obwohl immer meh gegen die Revolution ergrimmt, wollte doch ohne den Kaise aus seiner Zurückhaltung nicht heraustreten. Spanien un die italienischen Staaten dankten bei aller Entrüstung gege die Revolution dem Himmel für die Erhaltung des Frie dens. Da Schweden und Rußland schon wegen der vor gerückten Jahreszeit ihre Seerüstungen auf den nächste Frühling aussetzen mußten, war für jetzt auch der letzte Schei einer Koalition verschwunden. Für Europa schien der Frie den auf lange hin gesichert.

Nur die Auswanderer blieben bei ihrem Treiben un schickten ihre Proteste, daß Ludwig als Gefangener kein gültigen Entschlüsse fassen könne, in alle Zeitungen. Ir Inneren Frankreichs aber gingen die geistlichen Händel i immer wachsendem Umfange fort, die Verfolgung der u beeidigten Priester steigerte sich wie der Fanatismus d katholischen Bauern. Beides war niemand willkommen als den Jakobinern, die sich mit schwach verhehlter Freu anschickten, diese Gärungsstoffe zum Sturze des Throne der Umkehr der Gesellschaft und der Entzündung Europ in die Hand zu nehmen.





